



Bischöfliches Ordinariat

Nr. 371	Profanierung von Altar und Kapelle im Konvent der Missionarinnen der Nächstenliebe	425
Nr. 372	Zählung der sonntäglichen Gottesdienstteilnehmer am 21. Februar 2016	425

Nr. 373	Fördermittel der Caritasstiftung	425
Nr. 374	Anbetungstage in Schönstatt	426
Nr. 375	Karl-Leisner-Pilgermarsch im August 2016 nach Xanten	426

Bischöfliches Ordinariat

Nr. 371 Profanierung von Altar und Kapelle im Konvent der Missionarinnen der Nächstenliebe

Mit Termin 26. Dezember 2015 wurde die Kapelle im Konvent der Missionarinnen der Nächstenliebe (Missionaries of Charity), Münchener Straße 23, 60329 Frankfurt am Main, gem. c. 1224 § 2 CIC für profan erklärt.

Zum gleichen Termin wurde der darin befindliche Altar gem. c. 1238 CIC für profan erklärt.

Nr. 372 Zählung der sonntäglichen Gottesdienstteilnehmer am 21. Februar 2016

Gemäß Beschlüssen der Deutschen Bischofskonferenz (vgl. Vollversammlung vom 24. bis 27. Februar 1969, Prot. Nr. 18, und Ständiger Rat vom 27. April 1992, Prot. Nr. 5) werden für die Zwecke der kirchlichen Statistik der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland die Gottesdienstteilnehmer zwei Mal im Jahr gezählt.

Die erste Zählung findet am zweiten Sonntag in der Fastenzeit (21. Februar 2016) statt. Zu zählen sind alle Personen, die an den sonntäglichen Heiligen Messen (einschließlich Vorabendmessen) teilnehmen.

Mituzählen sind auch die Besucher der Wort- oder Kommuniongottesdienste, die anstelle einer Eucharistiefeier gehalten werden. Zu den Gottesdienstteilnehmern zählen auch die Angehörigen anderer Pfarreien (z. B. Wallfahrer, Seminarteilnehmer, Touristen und Besuchsreisende).

Das Ergebnis dieser Zählung ist am Jahresende in den Erhebungsbogen der kirchlichen Statistik für das Jahr 2016 unter der Rubrik „Gottesdienstteilnehmer am zweiten Sonntag in der Fastenzeit“ (Pos. 2) einzutragen.

Nr. 373 Fördermittel der Caritasstiftung

Die Caritasstiftung in der Diözese Limburg fördert aus dem Familienfonds im Jahr 2016 vornehmlich Projekte aus dem Bereich Frühe Hilfen. Im Jahr 2016 stehen hierfür voraussichtlich ca. 10.000,00 € zur Verfügung.

Gefördert werden Angebote, die das koordinierte Zusammenwirken verschiedener professioneller Dienste und Einrichtungen in der Caritas im Netzwerk Frühe Hilfen des Deutschen Caritasverbandes unterstützen. Hierzu zählen speziell Projekte, die den Auf- und Ausbau einer professionell begleiteten ehrenamtlichen Unterstützungsstruktur zur Entlastung und Alltagsbegleitung werdender und junger Familien fördern.

Aus der Dachstiftung stehen für das Jahr 2016 Fördermittel in Höhe von voraussichtlich 90.000,00 € zur Verfügung. Diese können für Projekte aus dem Bereich „Mach dich stark für Generationengerechtigkeit“ in Anlehnung an die Caritas-Kampagne des Deutschen Caritasverbandes für das Jahr 2016 sowie für Projekte „Zuwanderung/Integration/Flüchtlinge“ beantragt werden. Auch Projekte für die mediale Vernetzung von Ehrenamtlichen werden unterstützt.

Die Förderung durch die Caritasstiftung richtet sich vorrangig an überregionale Projekte (d. h. in mindestens zwei Kirchenbezirken des Bistums) sowie Projekte von überregionaler Bedeutung im Bistum Limburg. Diese sollen eine grundsätzliche, strategische oder innovative Bedeutung haben.

Die Mittel können mit dem neuen Antrag innerhalb von drei Monaten nach Erscheinen dieses Amtsblattes entsprechend der Vergabeordnung der Caritasstiftung beantragt werden. Bitte laden Sie sich den neuen Antrag unter <http://www.dicv-limburg.de/ehrenamtundengagement/caritasstiftung> zum Ausfüllen aus dem Internet.

Dort steht auch die Vergabeordnung zum Download zur Verfügung. Danach ist der Antrag mit rechtsverbindlicher Unterschrift an die Caritasstiftung in der Diözese Limburg, Graupfortstraße 5, 65549 Limburg, zu senden.

Nr. 374 Anbetungstage in Schönstatt

Das Bildungs- und Gästehaus Marienau in Schönstatt lädt vom 7. bis 9. Februar 2016 (Fastnachtssonntag, 18:00 Uhr, bis Dienstag, 13:00 Uhr) Priester, Diakone und Theologiestudenten zu Tagen der Besinnung und der eucharistischen Anbetung ein. Die geistlichen Impulse werden vom Thema „Geist und Liturgie der heiligen vierzig Tage und der hl. Woche“ geprägt. Referent ist der Mainzer Pastoralliturgiker Dr. Franz-Rudolf Weinert.

Anmeldung und Information: Bildungs- und Gästehaus Marienau, Höhrer Str. 86, 56179 Vallendar-Schönstatt, Tel.: 0261 96262-0, Fax: 0261 96262-581.

Nr. 375 Karl-Leisner-Pilgermarsch im August 2016 nach Xanten

„Hier bin ich – Missionar der Barmherzigkeit.“ Unter diesem Leitwort laden die schönstättischen Priestergemeinschaften von Montag, 8. August, bis Freitag, 12. August 2016, Priester, Priesteramtskandidaten und Diakone zum Karl-Leisner-Pilgermarsch nach Xanten ein.

Der dreitägige Pilgerweg durch die niederrheinische Landschaft führt 20 Jahre nach der Seligsprechung Karl Leisners zum Marienwallfahrtsort Kevelaer, zum Haus der Familie Leisner in Kleve und zu seinem Grab in der Märtyrerkrypta des Xantener Domes. Das Motto für die Impulse und den mitbrüderlichen Austausch dient im Heiligen Jahr der Barmherzigkeit der Auseinandersetzung mit der Frage, wo ich als Mensch, als Christ und als (zukünftiger) Priester bzw. Diakon Barmherzigkeit erfahre, lebe und vermittele. So wird auf dem Weg nach Kevelaer der Aufruf des heiligen Paulus aufgegriffen: „Lasst euch mit Gott versöhnen“ (2 Kor 5, 20). Unterwegs nach Kleve geht es um die Auseinandersetzung mit den eigenen Schwächen und Grenzen und um das

Geschenk der Barmherzigkeit („Meine Gnade genügt dir; denn sie erweist ihre Kraft in der Schwachheit“, 2 Kor 12, 9). Die leiblichen und geistigen Werke der Barmherzigkeit, die Papst Franziskus uns ans Herz legt, stehen im Mittelpunkt des Weges nach Xanten.

Das Programm beginnt am Montag, 8. August 2016, um 18:00 Uhr mit dem Abendessen. Es endet am Freitag, 12. August 2016, nach dem Frühstück. Alle Übernachtungen sind im Schönstatt-Zentrum Oermter Marienberg, 47661 Issum-Sevelen. Die Wegstrecke beträgt täglich 15 bis 25 km, wobei ein Teilstück mit dem Schlauchboot zurückgelegt wird. Begleitung und Transfers mit dem PKW sind vorhanden. Der Kostenbeitrag für Übernachtungen und Vollverpflegung beträgt 160,00 €, für Studenten 70,00 €.

Informationen und Anmeldung: Pfarrer Armin Haas, Tel.: 09747 930709, E-Mail: armin.haas@gmx.de, Pfarrer em. Theo Hoffacker, Tel.: 02804 8497, E-Mail: theohoffacker@web.de, Pfarrer Christoph Scholten, Tel.: 02826 226, E-Mail: christoph.scholten@web.de.



Der Apostolische Stuhl			
Nr. 376	Botschaft von Papst Franziskus zum Jubiläum der Barmherzigkeit der Jungen und Mädchen: „Wachsen und barmherzig werden wie der Vater“	427	
Nr. 377	Botschaft von Papst Franziskus zur Fastenzeit: „Barmherzigkeit will ich, nicht Opfer“ (Mt 9, 13) – Die Werke der Barmherzigkeit auf dem Weg des Jubiläums	428	
Nr. 378	Botschaft von Papst Franziskus zum 50. Welttag der sozialen Kommunikationsmittel: „Kommunikation und Barmherzigkeit – eine fruchtbare Begabung“	430	
Der Apostolische Administrator			
Nr. 379	Beschluss der Bundeskommission der Arbeitsrechtlichen Kommission vom 22. Oktober 2015: Änderung des § 11 des Abschnitts E der Anlage 7 zu den AVR – Verlängerung der Regelung zu dualen Studiengängen	433	
Nr. 380	Beschluss der KODA vom 26. November 2015: § 3 AVO – Anstellung, Schriftform	433	
Nr. 381	Beschluss der KODA vom 26. November 2015: § 3 AVO – Anstellung, Schriftform	433	
Nr. 382	Beschluss der KODA vom 26. November 2015: § 10 AVO – Regelmäßige Arbeitszeit und Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage	433	
Nr. 383	Beschluss der KODA vom 26. November 2015: § 33 AVO – Erholungsurlaub	433	
Nr. 384	Beschluss der KODA vom 26. November 2015: § 36 – AVO Beendigung von Arbeitsverhältnissen	434	
Nr. 385	Beschluss der KODA vom 26. November 2015: Anlage 22 zu AVO – Vergütungsrichtlinien für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im kirchlichen Dienst im Bistum Limburg	434	
Nr. 386	Beschluss der KODA vom 26. November 2015: Rahmenordnung für pädagogische Mitarbeiter/innen in den katholischen Tageseinrichtungen für Kinder im Bistum Limburg	434	
Bischöfliches Ordinariat			
Nr. 387	Publikation zum Umgang mit der Kommunion bei Gluten-Unverträglichkeit	434	
Nr. 388	Fortbildungsangebote des Theologisch-Pastoralen Instituts in Mainz (TPI)	434	
Nr. 389	Exerzitien in Schönstatt	435	
Nr. 390	Dienstnachrichten	435	

Der Apostolische Stuhl

Nr. 376 Botschaft von Papst Franziskus zum Jubiläum der Barmherzigkeit der Jungen und Mädchen: „Wachsen und barmherzig werden wie der Vater“

Liebe Jungen und Mädchen,

die Kirche erlebt das Heilige Jahr der Barmherzigkeit, eine Zeit der Gnade, des Friedens, der Umkehr und der Freude, die alle einbezieht: Große und Kleine, Nahe und Ferne. Es gibt keine Grenzen oder Entfernungen, die die Barmherzigkeit des Vaters daran hindern können, uns zu erreichen und mitten unter uns gegenwärtig zu

werden. Mittlerweile ist die Heilige Pforte in Rom und in allen Diözesen der Welt geöffnet.

Diese kostbare Zeit betrifft auch euch, liebe Jungen und Mädchen, und ich wende mich an euch, um euch einzuladen, daran teilzunehmen, darin eine Hauptrolle zu übernehmen und zu entdecken, dass ihr Kinder Gottes seid (vgl. 1 Joh 3, 1). Ich möchte jeden einzeln rufen, euch beim Namen rufen, wie Jesus es täglich tut, denn ihr wisst ja genau, dass eure Namen im Himmel verzeichnet sind (vgl. Lk 10, 20), eingemeißelt ins Herz des Vaters, in das Herz der Barmherzigkeit, aus dem jede Versöhnung und jede Milde entspringt.

Das Jubiläum ist ein ganzes Jahr, in dem jeder Moment als heilig bezeichnet wird, damit unser Leben ganz und gar heilig wird. Es ist eine Gelegenheit, bei der wir entdecken werden, dass ein Leben als Brüder und Schwestern ein großes Fest ist, das schönste, das wir uns erträumen können, das Fest ohne Ende, das wir feiern mit Liedern, wie Jesus sie uns durch seinen Geist eingibt (vgl. Eph 5, 19; Kol 3, 16). Das Jubiläum ist das Fest, zu dem Jesus wirklich alle einlädt, ohne Unterschiede und ohne irgendjemanden auszuschließen. Darum wollte ich auch mit euch einige Tage des Gebetes und des Festes erleben. Ich erwarte euch also in großer Anzahl im kommenden Monat April.

„Wachsen und barmherzig werden wie der Vater“ ist das Thema eures Jubiläums, aber es ist auch das, was wir im Gebet für euch alle erleben, wenn wir euch im Namen Jesu empfangen. Wachsen und barmherzig werden bedeutet zu lernen, mutig zu sein in der konkreten und selbstlosen Liebe, es bedeutet, sowohl äußerlich als auch innerlich groß zu werden. Ihr bereitet euch darauf vor, Christen zu werden, die zu mutigen Entscheidungen und Taten fähig und imstande sind, Tag für Tag auch in den kleinen Dingen eine Welt des Friedens aufzubauen.

Ihr seid in einem Alter unglaublicher Veränderungen, in dem alles möglich und zugleich unmöglich erscheint. So sage ich euch noch einmal mit großem Nachdruck: „Bleibt unerschütterlich auf dem Weg des Glaubens mit der festen Hoffnung auf den Herrn. Darin liegt das Geheimnis unseres Weges! Er gibt uns den Mut, gegen den Strom zu schwimmen [...] Das ist gut für's Herz, aber es braucht Mut, um gegen den Strom zu schwimmen, und Er gibt uns diesen Mut! [...] Mit ihm können wir große Dinge tun; er wird uns die Freude spüren lassen, seine Jünger, seine Zeugen zu sein. Setzt auf die großen Ideale, auf die großen Dinge! Wir Christen sind vom Herrn nicht für Kleinigkeiten auserwählt, geht immer darüber hinaus, zu den großen Dingen! Setzt das Leben für große Ideale ein“ (Predigt am Tag der Firmlinge im Jahr des Glaubens, 28. April 2013).

Euch, liebe Jungen und Mädchen, die ihr in Situationen von Krieg, äußerster Armut, täglicher Mühen und Verlassenheit lebt, kann ich nicht vergessen. Verliert nicht die Hoffnung, der Herr hat einen großen Traum, den er gemeinsam mit euch verwirklichen möchte! Eure gleichaltrigen Freunde, die unter weniger dramatischen Bedingungen als den euren leben, denken an euch und engagieren sich, damit alle Frieden und Gerechtigkeit haben können. Glaubt nicht den Worten von Hass und Terror, die oft wiederholt werden; baut stattdessen neue

Freundschaften auf. Stellt eure Zeit zur Verfügung, kümmert euch immer um diejenigen, die euch um Hilfe bitten. Seid mutig und unkonventionell, seid Freunde Jesu, des Friedensfürsten (vgl. Jes 9, 6); „alles in ihm spricht von Barmherzigkeit. Nichts in ihm ist ohne Mitleid“ (Bulle *Misericordiae Vultus*, 8).

Ich weiß, dass ihr nicht alle nach Rom kommen könnt, aber das Jubiläum ist wirklich für alle, und es wird auch in euren Ortskirchen gefeiert werden. Zu diesem Moment der Freude seid ihr alle eingeladen! Bereitet nicht nur eure Rucksäcke und eure Spruchbänder vor, sondern bereitet vor allem euer Herz und euren Geist vor. Denkt gut über die Wünsche nach, die ihr Jesus im Sakrament der Versöhnung und in der Eucharistie anvertrauen wollt, die wir gemeinsam feiern werden. Wenn ihr durch die Heilige Pforte tretet, erinnert euch daran, dass ihr euch bemühen wollt, euer Leben zu heiligen und aus vom Evangelium und der Eucharistie – dem Wort und dem Brot des Lebens – eure Nahrung zu ziehen, um eine gerechtere und brüderlichere Welt aufzubauen.

Der Herr segne jeden Schritt auf eurem Weg zur Heiligen Pforte. Ich bete für euch zum Heiligen Geist, dass er euch leite und erleuchte. Möge die Jungfrau Maria, die Mutter aller, für euch, für eure Familien und für alle, die euch helfen, an Güte und Gnade zu wachsen, eine wirkliche Pforte der Barmherzigkeit sein.

Aus dem Vatikan, Franziskus
am 6. Januar 2016
dem Hochfest der Erscheinung des Herrn

Nr. 377 Botschaft von Papst Franziskus zur Fastenzeit: „Barmherzigkeit will ich, nicht Opfer“ (Mt 9, 13) – Die Werke der Barmherzigkeit auf dem Weg des Jubiläums

1. Maria, Bild einer Kirche, die das Evangelium verkündet, weil sie vom Evangelium durchdrungen ist.

In der Verkündigungsbulle des Jubiläums habe ich dazu eingeladen, dass „die österliche Bußzeit [...] in diesem Jubiläumsjahr noch stärker gelebt werden [soll] als eine besondere Zeit, in der es gilt, die Barmherzigkeit Gottes zu feiern und zu erfahren“ (*Misericordiae Vultus*, 17). Mit dem Aufruf, auf das Wort Gottes zu hören, sowie zur Initiative „24 Stunden für den Herrn“ wollte ich den Vorrang des betenden Hörens auf das Wort – insbesondere auf das prophetische Wort – unterstreichen. Die Barmherzigkeit Gottes ist nämlich eine Verkündigung an die Welt: Jeder Christ aber ist aufgerufen, die Realität

dieser Verkündigung ganz persönlich an sich selbst zu erfahren. Eben deswegen werde ich in der Fastenzeit die Missionare der Barmherzigkeit aussenden, damit sie für alle ein konkretes Zeichen der Nähe und der Vergabung Gottes seien.

Da Maria die durch den Erzengel Gabriel überbrachte Frohe Botschaft angenommen hat, besingt sie im Magnificat prophetisch die Barmherzigkeit, mit der Gott sie auserwählt hat. So wird die Jungfrau von Nazareth, die Verlobte Josefs, zum vollkommenen Bild der Kirche, die das Evangelium verkündet, weil sie selbst durch das Wirken des Heiligen Geistes, der ihren jungfräulichen Schoß fruchtbar gemacht hat, vom Evangelium durchdrungen wurde und immer neu durchdrungen wird. In der prophetischen Tradition steht – schon auf etymologischer Ebene – die Barmherzigkeit in engem Zusammenhang mit dem Mutterschoß („*rahamim* – *rehem*“) sowie mit der großherzigen, treuen und mitfühlenden Güte („*hesed*“), die in den ehelichen und verwandtschaftlichen Beziehungen zum Tragen kommt.

2. Der Bund Gottes mit den Menschen: eine Geschichte der Barmherzigkeit

Das Geheimnis der göttlichen Barmherzigkeit offenbart sich im Laufe der Geschichte des Bundes Gottes mit seinem Volk Israel. Gott erweist sich nämlich immer reich an Erbarmen und ist bereit, bei jeder Gelegenheit seinem Volk mit tief empfundener Zärtlichkeit und Anteilnahme zu begegnen, vor allem in den ganz dramatischen Augenblicken, wenn die Treulosigkeit des Volkes den Bund bricht und das Bündnis auf stabilere Weise in Gerechtigkeit und Wahrheit neu bestätigt werden muss. Wir haben es hier mit einem regelrechten Liebesdrama zu tun, in dem Gott die Rolle des betrogenen Vaters und Ehemannes spielt, während Israel den treulosen Sohn, die treulose Tochter oder Braut verkörpert. Es sind gerade die Bilder aus dem Familienleben – wie im Fall Hoseas (vgl. Hos 1–2) –, die ausdrücken, wie weit Gott sich mit seinem Volk verbinden möchte.

Dieses Liebesdrama erreicht im menschgewordenen Sohn seinen Höhepunkt. In ihm gießt Gott seine grenzenlose Barmherzigkeit in solchem Maße aus, dass er ihn zur „*inkarnierten Barmherzigkeit*“ (vgl. *Misericordiae Vultus*, 8) macht. Als Mensch ist Jesus von Nazareth gänzlich Sohn Israels, bis hin zur Verkörperung jenes innigen Hörens auf Gott, zu dem alle Juden durch das Schema aufgerufen sind, das auch heute noch das Herz des Bundes zwischen Gott und Israel bildet: „Höre, Israel! Jahwe, unser Gott, Jahwe

ist einzig. Darum sollst du den Herrn, deinen Gott, lieben mit ganzem Herzen, mit ganzer Seele und mit ganzer Kraft“ (Dtn 6, 4–5). Als Sohn Gottes ist er der Bräutigam, der alles unternimmt, um die Liebe seiner Braut zu gewinnen, an die ihn seine bedingungslose Liebe bindet, die dadurch sichtbar wird, dass er sich auf ewig mit ihr vermählt.

Dies ist der lebendige Kern des apostolischen Kerygmas, in dem die göttliche Barmherzigkeit eine zentrale und grundlegende Stellung einnimmt. Es ist „die Schönheit der heilbringenden Liebe Gottes, die sich im gestorbenen und auferstandenen Jesus Christus offenbart hat“ (Apostolisches Schreiben *Evangelii gaudium*, 36), jene erste Verkündigung, „die man immer wieder auf verschiedene Weisen neu hören muss und die man in der einen oder anderen Form im Lauf der Katechese [...] immer wieder verkünden muss“ (ebd., 164). Die Barmherzigkeit „drückt [dann] die Haltung Gottes gegenüber dem Sünder aus, dem er eine weitere Möglichkeit zur Reue, zur Umkehr und zum Glauben anbietet“ (*Misericordiae Vultus*, 21), um auf diese Weise die Beziehung zu Ihm wiederherzustellen. Im Gekreuzigten geht Gott schließlich so weit, den Sünder in seiner äußersten Entferntheit zu wollen, genau dort, wo dieser sich verirrt und von ihm abgewandt hat. Und dies tut er in der Hoffnung, dadurch endlich das verhärtete Herz seiner Braut zu rühren.

3. Die Werke der Barmherzigkeit

Die Barmherzigkeit Gottes verwandelt das Herz des Menschen, lässt ihn eine treue Liebe erfahren und befähigt ihn so seinerseits zur Barmherzigkeit. Es ist ein stets neues Wunder, dass die göttliche Barmherzigkeit sich im Leben eines jeden von uns ausbreiten kann, uns so zur Nächstenliebe motiviert und jene Werke anregt, welche die Tradition der Kirche die Werke der leiblichen und der geistigen Barmherzigkeit nennt. Sie erinnern uns daran, dass unser Glaube sich in konkreten täglichen Handlungen niederschlägt, deren Ziel es ist, unserem Nächsten an Leib und Geist zu helfen, und nach denen wir einst gerichtet werden: den Nächsten zu speisen, zu besuchen, zu trösten, zu erziehen. Daher war es mein Wunsch, „dass die Christen während des Jubiläums über die leiblichen und geistigen Werke der Barmherzigkeit nachdenken. Das wird eine Form sein, unser Gewissen, das gegenüber dem Drama der Armut oft eingeschlafen ist, wachzurütteln und immer mehr in die Herzmitte des Evangeliums vorzustoßen, in dem die Armen die Bevorzugten der göttlichen Barmherzigkeit sind“ (ebd., 15). Im Armen nämlich wird das Fleisch Christi neuerlich sichtbar; es wird „erneut sicht-

bar in jedem gemarterten, verwundeten, gepeitschten, unterernährten, zur Flucht gezwungenen Leib ..., damit wir Ihn erkennen, Ihn berühren, Ihm sorgsam beistehen“ (ebd.). Das unglaubliche und unerhörte Geheimnis der Fortdauer des Leidens des unschuldigen Lammes im Laufe der Geschichte: ein brennender Dornbusch bedingungsloser Liebe, vor dem man sich wie Moses nur die Schuhe ausziehen kann (vgl. Ex 3, 5) – umso mehr, wenn die Armen Brüder oder Schwestern in Christus sind, die wegen ihres Glaubens leiden.

Vor dieser Liebe, die stark ist wie der Tod (vgl. Hld 8, 6), erweist sich jener als der Ärmste, der nicht bereit ist, seine Armut einzugestehen. Er meint, reich zu sein, ist aber in Wirklichkeit der Ärmste unter den Armen. Denn er ist Sklave der Sünde, die ihn dazu drängt, Reichtum und Macht nicht zum Dienst an Gott und am Nächsten einzusetzen, sondern um in sich das tiefe Wissen zu ersticken, dass auch er nichts als ein armer Bettler ist. Und je größer die Macht und der Reichtum sind, über die er verfügt, desto größer kann diese trügerische Verblendung werden. Das geht so weit, dass er den armen Lazarus, der vor seiner Haustür bettelt (vgl. Lk 16, 20–21), nicht einmal sehen will – dabei ist Lazarus ein Bild Christi, der in den Armen um unsere Bekehrung bettelt. Lazarus ist die Möglichkeit zur Bekehrung, die Gott uns bietet und die wir vielleicht gar nicht sehen. Mit dieser Verblendung geht ein hochmütiger Allmachtswahn einher, in dem unheilvoll jenes dämonische „Ihr werdet sein wie Gott“ anklingt (vgl. Gen 3, 5), das die Wurzel aller Sünde ist. Dieser Wahn kann gesellschaftliche und politische Formen annehmen, wie die totalitären Systeme des zwanzigsten Jahrhunderts gezeigt haben und wie dies heute die Ideologien des vereinheitlichten Denkens und der Technoscience zeigen, die sich anmaßen, Gott als irrelevant abzutun und den Menschen auf eine zu instrumentalisierende Masse zu reduzieren. Und dieser Wahn kann gegenwärtig auch in den Strukturen der Sünde zum Ausdruck kommen, die mit einem irrigen Entwicklungsmodell in Zusammenhang stehen, das auf der Vergötterung des Geldes beruht. Dies führt zur Gleichgültigkeit der reicheren Menschen und Gesellschaften gegenüber dem Schicksal von Armen, denen sie ihre Türen verschließen und die zu sehen sie sich sogar weigern.

Die Fastenzeit in diesem Jubiläumsjahr ist also für alle eine geeignete Zeit, um durch das Hören auf Gottes Wort und durch Werke der Barmherzigkeit endlich die eigene existenzielle Entfremdung zu überwinden. Wenn wir durch die leiblichen Werke das Fleisch Christi in unseren Brüdern und Schwestern berühren, die bedürftig sind, gespeist, bekleidet, beherbergt und be-

sucht zu werden, dann berühren die geistigen Werke unmittelbarer unser Sünder-Sein: beraten, belehren, verzeihen, zurechtweisen, beten. Die leiblichen und die geistigen Werke dürfen daher nie voneinander getrennt werden. Denn gerade indem der Sünder im Armen das Fleisch des gekreuzigten Jesus Christus berührt, kann ihm – gleichsam als Geschenk – bewusst werden, dass er selbst ein armer Bettler ist. Auf diesem Weg haben auch die „Hochmütigen“, die „Mächtigen“ und die „Reichen“, von denen das Magnificat spricht, die Möglichkeit zu erkennen, dass sie vom Gekreuzigten, der auch für sie gestorben und auferstanden ist, unverdient geliebt werden. Einzig in dieser Liebe liegt die Antwort auf jenes Sehnen nach ewigem Glück und ewiger Liebe, das der Mensch mit Hilfe der Götzen des Wissens, der Macht und des Reichtums meint stillen zu können. Es bleibt jedoch immer die Gefahr bestehen, dass die Hochmütigen, die Reichen und die Mächtigen dadurch, dass sie sich immer hermetischer vor Christus verschließen, der im Armen weiter an die Tür ihres Herzens klopft, am Ende sich selbst dazu verurteilen, in jenem ewigen Abgrund der Einsamkeit zu versinken, den die Hölle darstellt. Deshalb erschallen für sie wie für uns alle erneut die inständigen Worte Abrahams: „Sie haben Mose und die Propheten, auf die sollen sie hören“ (Lk 16, 29). Dieses tätige Hören wird uns am besten dafür vorbereiten, den endgültigen Sieg über die Sünde und den Tod des schon auferstandenen Bräutigams zu feiern, der seine Braut reinigen möchte in Erwartung seines Kommens.

Versäumen wir nicht diesen für die Bekehrung günstigen Moment der Fastenzeit! Darum bitten wir unter Anrufung der mütterlichen Fürsprache der Jungfrau Maria, die als Erste vor der Größe der göttlichen Barmherzigkeit, die ihr unentgeltlich zuteil wurde, die eigene Niedrigkeit erkannte (vgl. Lk 1, 48) und sich als einfache Magd des Herrn bezeichnete (vgl. Lk 1, 38).

Aus dem Vatikan, Franziskus
am 4. Oktober 2015
dem Fest des heiligen Franziskus von Assisi

Nr. 378 Botschaft von Papst Franziskus zum 50. Welttag der sozialen Kommunikationsmittel: „Kommunikation und Barmherzigkeit – eine fruchtbare Begegnung“

Liebe Brüder und Schwestern,

das Heilige Jahr der Barmherzigkeit lädt uns ein, über die Beziehung zwischen Kommunikation und Barmherzigkeit nachzudenken. Tatsächlich ist die mit Christus,

der lebendigen Inkarnation des barmherzigen Gottes, vereinte Kirche berufen, die Barmherzigkeit als kennzeichnendes Merkmal all ihren Seins und Handelns zu leben. Was wir sagen und wie wir es sagen, jedes Wort und jede Geste müsste imstande sein, das Mitleid, die Zärtlichkeit und die Vergebung auszudrücken, die Gott allen entgegenbringt. Die Liebe ist von Natur aus Kommunikation, sie führt dazu, sich zu öffnen und sich nicht abzuschotten. Und wenn unser Herz und unsere Gesten von der Nächstenliebe, von der göttlichen Liebe beseelt sind, wird unsere Kommunikation eine Überbringerin der Kraft Gottes sein.

Wir sind aufgerufen, als Kinder Gottes mit allen in Verbindung zu treten, ohne jemanden auszuschließen. In besonderer Weise gehört es wesentlich zur Sprache und zum Handeln der Kirche, Barmherzigkeit zu übermitteln, so dass sie die Herzen der Menschen anrührt und sie auf dem Weg zur Fülle des Lebens unterstützt. Diese Lebensfülle allen zu bringen, ist Jesus Christus ja vom Vater gesandt und zu uns gekommen. Es geht darum, die Wärme der Mutter Kirche in uns aufzunehmen und um uns zu verbreiten, damit Jesus erkannt und geliebt wird – jene Wärme, die den Worten des Glaubens Substanz verleiht und in der Verkündigung wie im Zeugnis den „Funken“ entzündet, der sie lebendig macht.

Die Kommunikation hat die Macht, Brücken zu bauen, Begegnung und Einbeziehung zu fördern und so die Gesellschaft zu bereichern. Wie schön ist es, wenn man sieht, wie Menschen bemüht sind, ihre Worte und Gesten sorgfältig zu wählen, um Unverständnis zu überwinden, das verwundete Gedächtnis zu heilen und Frieden und Harmonie zu schaffen. Worte können Brücken spannen zwischen Menschen, Familien, sozialen Gruppen und Völkern. Und das im physischen wie im digitalen Bereich. Mögen daher Worte und Taten so beschaffen sein, dass sie uns helfen, aus den Teufelskreisen von Verurteilungen und Rache auszusteigen, die Einzelne und Nationen weiterhin gefangen halten und zu hasserfüllten Äußerungen führen. Das Wort des Christen entspringt dagegen dem Wunsch, Gemeinschaft wachsen zu lassen, und versucht selbst dann, wenn es das Böse unnachgiebig verurteilen muss, niemals die Beziehung und die Kommunikation abubrechen.

Ich möchte daher alle Menschen guten Willens einladen, die Macht der Barmherzigkeit, zerrissene Beziehungen zu heilen und in die Familien und die Gemeinschaften wieder Frieden und Harmonie zu tragen, neu zu entdecken. Wir alle wissen, wie alte Verwundungen und lange gehegter Groll Menschen gefangen halten und sie daran hindern können, Kontakt aufzunehmen

und sich zu versöhnen. Und das gilt auch für die Beziehungen unter den Völkern. In all diesen Fällen ist die Barmherzigkeit imstande, eine neue Art in Gang zu setzen, miteinander zu sprechen und in Dialog zu treten. Shakespeare hat das wortgewandt zum Ausdruck gebracht: „Die Barmherzigkeit ist keine Pflicht. Sie fällt vom Himmel, wie die Erquickung des Regens auf die Erde träufelt. Sie ist ein zweifacher Segen: Sie segnet den, der sie gewährt, und den, der sie empfängt“ (Der Kaufmann von Venedig, 4. Akt, 1. Szene).

Es ist zu hoffen, dass auch die Sprache der Politik und der Diplomatie sich inspirieren lässt von der Barmherzigkeit, die niemals etwas als verloren aufgibt. Ich appelliere vor allem an diejenigen, die im institutionellen und im politischen Bereich sowie auf dem Gebiet der Meinungsbildung Verantwortung tragen, immer wachsam zu sein in Bezug auf ihre Äußerungen über Andersdenkende oder -handelnde und auch über die, die einen Fehler begangen haben mögen. Allzu leicht gibt man der Versuchung nach, solche Situationen auszunutzen und auf diese Weise Öl ins Feuer des Misstrauens, der Angst und des Hasses zu gießen. Dagegen braucht es Mut, um die Menschen auf Versöhnungsprozesse hin auszurichten, und gerade dieser positive und kreative Wagemut ist es, der echte Lösungen für alte Konflikte und die Gelegenheit zur Verwirklichung eines dauerhaften Friedens bietet. „Selig die Barmherzigen, denn sie werden Erbarmen finden [...] Selig, die Frieden stiften, denn sie werden Söhne Gottes genannt werden“ (Mt 5, 7.9).

Wie wünsche ich mir, dass unsere Art der Kommunikation wie auch unser Dienst als Hirten der Kirche niemals den hochmütigen Stolz des Triumphes über einen Feind zum Ausdruck brächten, noch diejenigen demütigten, die die Mentalität der Welt als Verlierer betrachtet, die auszuschließen sind! Die Barmherzigkeit kann helfen, die Widrigkeiten des Lebens zu mildern, und denen, die nur die Kälte des Urteils erfahren haben, Wärme schenken. Möge der Stil unserer Kommunikation so geartet sein, dass er die Logik der krassen Trennung nach Sündern und Gerechten überwindet. Wir können und müssen über Situationen der Sünde – Gewalt, Korruption, Ausbeutung usw. – richten, aber wir dürfen nicht über Menschen richten, denn allein Gott kann das Innerste ihres Herzens deuten. Unsere Aufgabe ist es, den zu ermahnen, der einen Fehler begeht, indem wir die Schlechtigkeit und Ungerechtigkeit gewisser Verhaltensweisen anprangern, mit dem Ziel, die Opfer zu befreien und den Gefallenen aufzuheben. Das Johannesevangelium sagt uns: „Die Wahrheit wird euch befreien“ (8, 32). Diese Wahrheit ist letztlich Christus

selbst, dessen sanfte Barmherzigkeit das Maß ist für unsere Art, die Wahrheit zu verkünden und die Ungerechtigkeit zu verurteilen. Unsere Hauptaufgabe besteht darin, die Wahrheit mit Liebe zu bekräftigen (vgl. Eph 4, 15). Nur mit Liebe gesprochene und von Sanftmut und Barmherzigkeit begleitete Worte treffen die Herzen von uns Sündern. Harte oder moralistische Worte laufen Gefahr, diejenigen, die wir zur Umkehr bewegen und in die Freiheit führen möchten, weiter zu entfernen, indem wir ihre innere Haltung der Weigerung und Abwehr stärken.

Manche meinen, eine auf Barmherzigkeit gegründete Sicht der Gesellschaft sei unentschuldig idealistisch oder übertrieben nachsichtig. Doch versuchen wir einmal, an unsere ersten Erfahrungen von Beziehung im Schoß der Familie zurückzudenken. Unsere Eltern haben uns mehr für das, was wir sind, geliebt und geschätzt, als für unsere Fähigkeiten und unsere Erfolge. Die Eltern wollen natürlich das Beste für ihre Kinder, aber ihre Liebe ist nie abhängig vom Erreichen der Ziele. Das Elternhaus ist der Ort, wo du immer aufgenommen wirst (vgl. Lk 15, 11–32). Ich möchte alle ermutigen, die menschliche Gesellschaft nicht als einen Raum zu verstehen, in dem Fremde Konkurrenz machen und versuchen sich durchzusetzen, sondern vielmehr als ein Haus oder eine Familie, wo die Tür immer offen steht und man versucht, einander anzunehmen.

Dafür ist es grundlegend, zuzuhören. Kommunikation bedeutet Miteinander-Teilen, und das verlangt das Zuhören, die Aufnahme. Zuhören ist viel mehr als hören. Das Hören betrifft den Bereich der Information; das Zuhören verweist hingegen auf den der Kommunikation und verlangt Nähe. Das Zuhören gestattet uns, die richtige Haltung einzunehmen, indem wir die ruhige Situation des Zuschauers, des Nutzers und des Konsumenten verlassen. Zuhören bedeutet auch, fähig zu sein, an Fragen und Zweifeln Anteil zu nehmen, einen Weg Seite an Seite zu gehen, sich von jedem Allmachtsdünkel zu lösen und die eigenen Fähigkeiten und Gaben demütig in den Dienst des Gemeinwohls zu stellen.

Zuhören ist niemals leicht. Manchmal ist es bequemer, sich taub zu stellen. Zuhören bedeutet, dem Wort des anderen Aufmerksamkeit zu schenken, den Wunsch zu haben, es zu verstehen, ihm Wert beizumessen, es zu respektieren und zu hüten. Beim Zuhören vollzieht sich eine Art von Martyrium, ein Opfer des eigenen Selbst, in dem sich die heilige Geste erneuert, die Mose vor dem brennenden Dornbusch vollbrachte: auf dem „heiligen

Boden“ der Begegnung mit dem anderen, der zu mir spricht, sich die Sandalen ausziehen (vgl. Ex 3, 5). Zuhören zu können ist eine unsägliche Gnade, eine Gabe, die man erleben muss, um sich dann darin zu üben, sie anzuwenden.

Auch E-Mail, SMS, soziale Netze und Chat können Formen ganz und gar menschlicher Kommunikation sein. Nicht die Technologie bestimmt, ob die Kommunikation authentisch ist oder nicht, sondern das Herz des Menschen und seine Fähigkeit, die ihm zur Verfügung stehenden Mittel gut zu nutzen. Die sozialen Netze sind imstande, Beziehungen zu begünstigen und das Wohl der Gesellschaft zu fördern, aber sie können auch zu einer weiteren Polarisierung und Spaltung unter Menschen und Gruppen führen. Der digitale Bereich ist ein Platz, ein Ort der Begegnung, wo man liebkoosen oder verletzen, eine fruchtbare Diskussion führen oder Rufmord begehen kann. Ich bete darum, dass das in Barmherzigkeit gelebte Jubiläumsjahr „uns offener [mache] für den Dialog, damit wir uns besser kennen und verstehen lernen. Es überwinde jede Form der Verslossenheit und Verachtung und vertreibe alle Form von Gewalt und Diskriminierung“ (Verkündigungsbulle *Misericordiae vultus*, 23). Auch im Netz wird eine wirkliche Bürgerschaft aufgebaut. Der Zugang zu den digitalen Netzen bringt eine Verantwortung für den anderen mit sich, den wir nicht sehen, der aber real ist und seine Würde besitzt, die respektiert werden muss. Das Netz kann gut genutzt werden, um eine gesunde und für das Miteinander-Teilen offene Gesellschaft wachsen zu lassen.

Die Kommunikation, ihre Orte und ihre Mittel haben für viele Menschen zu einer Horizonterweiterung geführt. Das ist ein Geschenk Gottes, und es ist auch eine große Verantwortung. Ich definiere diese Macht der Kommunikation gerne als ein „Nahesein“. Die Begegnung von Kommunikation und Barmherzigkeit ist in dem Maße fruchtbar, in dem es ein Nahesein hervorbringt, das sich des anderen annimmt, ihn tröstet, heilt, begleitet und mit ihm feiert. In einer geteilten, aufgesplitterten, polarisierten Welt eine Kommunikation in Barmherzigkeit zu pflegen bedeutet, einen Beitrag zu leisten zu einem guten, freien und solidarischen Nahesein unter Kindern Gottes und Brüdern und Schwestern im Menschsein.

Aus dem Vatikan,
am 24. Januar 2016

Franziskus

Der Apostolische Administrator

Nr. 379 Beschluss der Bundeskommission der Arbeitsrechtlichen Kommission vom 22. Oktober 2015: Änderung des § 11 des Abschnitts E der Anlage 7 zu den AVR – Verlängerung der Regelung zu dualen Studiengängen

Die Bundeskommission beschließt:

1. In Abschnitt E der Anlage 7 wird § 11 Satz 1 wie folgt neu gefasst:

„§ 11 Duales Studium

¹Die Regelungen dieses Abschnitts finden ebenfalls Anwendung auf Ausbildungen im Rahmen dualer Studiengänge, die vom 1. Januar 2013 bis einschließlich 31. Dezember 2018 begonnen werden.“

2. Dieser Beschluss tritt zum 1. November 2015 in Kraft.

Für das Bistum Limburg

Limburg, 29. Dezember 2015 + Weihbischof Manfred Grothe
Az.: 359H/45168/15/01/10 Apostolischer Administrator

Nr. 380 Beschluss der KODA vom 26. November 2015: § 3 AVO – Anstellung, Schriftform

§ 3 AVO wird um einen neuen Absatz 3 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

- (3) Arbeitsverträge sind in der Regel unbefristet abzuschließen. Befristete Arbeitsverhältnisse mit sachlichen Gründen sind nach Maßgabe des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) sowie anderer gesetzlicher Vorschriften über die Befristung von Arbeitsverträgen zulässig. Die Befristung ohne sachlichen Grund ist grundsätzlich ausgeschlossen. Sie ist zulässig, sofern ethische Gründe für eine sachgrundlose Befristung vorliegen, die in Abwägung mit den Prinzipien der katholischen Soziallehre eine sachgrundlose Befristung rechtfertigen.

Die Änderung tritt zum 1. Januar 2016 in Kraft

Limburg, 15. Januar 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Az.: 565AH/40931/15/02/7 Apostolischer Administrator

Nr. 381 Beschluss der KODA vom 26. November 2015: § 3 AVO – Anstellung, Schriftform

§ 3 AVO wird um einen neuen Abs. 4 mit folgenden Wortlaut ergänzt:

- (4) Mehrere Arbeitsverhältnisse bei einem Arbeitgeber, deren Anforderungsprofile und auszuübenden Tätigkeiten vergleichbar sind, werden zu einem Arbeitsverhältnis verbunden bzw. gelten als ein Arbeitsverhältnis.

Die Änderung tritt zum 1. Januar 2016 in Kraft.

Limburg, 15. Januar 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Az.: 565AH/40931/15/02/7 Apostolischer Administrator

Nr. 382 Beschluss der KODA vom 26. November 2015: § 10 AVO – Regelmäßige Arbeitszeit und Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage

§ 10 Abs. 3a Satz 4 AVO erhält folgenden Wortlaut:

Beim Caritasverband Frankfurt e.V., beim Caritasverband für den Bezirk Main-Taunus e.V. und beim Arbeitgeber Bistum Limburg kann durch Dienstvereinbarungen von dieser Regelung abgewichen werden.

Die Änderung tritt zum 1. Dezember 2015 in Kraft.

Limburg, 15. Januar 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Az.: 565AH/40931/15/02/7 Apostolischer Administrator

Nr. 383 Beschluss der KODA vom 26. November 2015: § 33 AVO – Erholungsurlaub

§ 33 Abs. 3 AVO erhält folgenden Wortlaut:

- (3) Die oder der Beschäftigte hat ihren oder seinen Urlaubswunsch rechtzeitig mitzuteilen. Bei der zeitlichen Festlegung des Urlaubs sind die Urlaubswünsche der oder des Beschäftigten zu berücksichtigen, es sei denn, dass ihrer Berücksichtigung dringende dienstliche Belange oder Urlaubswünsche anderer Beschäftigter, die unter sozialen Gesichtspunkten den Vorrang verdienen, entgegenstehen. Der Urlaub soll im Verlauf des Urlaubsjahres mindestens zu 2/3 der Urlaubsdauer zusammenhängend genommen werden. Der Urlaub ist zu gewähren, wenn die oder der Beschäftigte dies im Anschluss an eine Maßnahme der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation verlangt. Der Urlaub gilt als ge-

nehmigt, wenn dem Antrag nicht binnen drei Wochen widersprochen wird.

Die Änderung tritt zum 1. Januar 2016 in Kraft.

Limburg, 15. Januar 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Az.: 565AH/40931/15/02/7 Apostolischer Administrator

Nr. 384 Beschluss der KODA vom 26. November 2015: § 36 – AVO Beendigung von Arbeitsverhältnissen

§ 36 Abs. 3 AVO wird wie folgt geändert:

In § 36 Abs. 3 AVO wird der zweite Spiegelstrich ersatzlos gestrichen.

Limburg, 15. Januar 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Az.: 565AH/40931/15/02/7 Apostolischer Administrator

Nr. 385 Beschluss der KODA vom 26. November 2015: Anlage 22 zu AVO – Vergütungsrichtlinien für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im kirchlichen Dienst im Bistum Limburg

Allgemeine Vergütungsrichtlinie

Die Allgemeine Vergütungsrichtlinie wird in Nummer 4 Abschnitt III wie folgt geändert:

- a) Die Zulage für Bürokoordination wird von € 120 auf € 125 erhöht.
- b) Das Datum „31.12.2015“ wird durch „31.12.2017, längstens jedoch bis zum Inkrafttreten einer neuen Vergütungsrichtlinie“ ersetzt.

Die Änderung tritt zum 1. Januar 2016 in Kraft.

Limburg, 15. Januar 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Az.: 565AH/40931/15/02/7 Apostolischer Administrator

Nr. 386 Beschluss der KODA vom 26. November 2015: Rahmenordnung für pädagogische Mitarbeiter/innen in den katholischen Tageseinrichtungen für Kinder im Bistum Limburg

Die Rahmenordnung für pädagogische Mitarbeiter/innen in den katholischen Tageseinrichtungen für Kinder im Bistum Limburg wird wie folgt geändert:

- a) Punkt 4.1 Satz 4, Punkt 4.2 Satz 2 und Punkt 4.3 Satz 3 erhalten jeweils eine Fußnote mit folgen-

dem Wortlaut: „Die Pflichten des Trägers gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 1 MAVO bleiben unberührt.“

- b) In Punkt 4.3 Satz 2 werden die Worte „der MAV bzw.“ ersatzlos gestrichen.

Limburg, 15. Januar 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Az.: 565AH/40931/15/02/7 Apostolischer Administrator

Bischöfliches Ordinariat

Nr. 387 Publikation zum Umgang mit der Kommunion bei Gluten-Unverträglichkeit

Zum Umgang mit der Kommunion bei Gluten-Unverträglichkeit hat das Deutsche Liturgische Institut in Trier eine 24-seitige Handreichung mit dem Titel „... und es set alle davon?“ veröffentlicht. Das Heft beschreibt, was Zöliakie ist, was das Kirchenrecht bezüglich des Brotes bei der Eucharistie sagt, welche besonderen Hostien es für Zöliakiekranken gibt und wie damit umzugehen ist.

Bestellung: VzF Deutsches Liturgisches Institut, Postfach 2628, 54216 Trier, E-Mail: dli@liturgie.de, Website: <http://shop.liturgie.de>.

Nr. 388 Fortbildungsangebote des Theologisch-Pastoralen Instituts in Mainz (TPI)

Das Theologisch-Pastorale Institut in Mainz (TPI) macht auf folgende Fortbildungsveranstaltungen aufmerksam:

- „Zuviel Biss? Gen 3 und die Erbsünde“; 1. bis 11. Mai 2016, Kloster Jakobsberg/Ockenheim; Kursleitung: Sr. Dr. Igna Kram CJ;
- „Denk-bar: Wie kommt das Neue in die Welt? Offenes Pastoral-Labor: Ein Inspirations-Workshop für Innovationstreiber“; 19. bis 20. Mai 2016, Kloster Jakobsberg/Ockenheim; Referent: Martin Hollinetz;
- „Trauernde Menschen seelsorglich begleiten. Pastorales Handeln bei Sterben, Tod, Bestattung und seelsorgliche Begleitung in Trauerprozessen“; 30. Mai bis 3. Juni 2016, 5. bis 9. September 2016, 5. bis 19. Mai 2017, 25. bis 29. September 2017; Leitung: Prof. Dr. Heinz Günther Schöttler, Pfr. Erhard Weiher, Theresia Wagner.

Informationen und Anmeldung beim Theologisch-Pastoralen Institut Mainz, Große Weißgasse 15, 55116 Mainz, Tel: 06131 27088-0, E-Mail: info@tpi-mainz.de, Website: www.tpi-mainz.de.

Nr. 389 Exerzitien in Schönstatt

Das Priester- und Bildungshaus Ber Moriah (Schönstatt) lädt ein zu folgenden Vortragsexerzitien mit Schweigen:

- „„Gottes Name heißt Barmherzigkeit‘ (Papst Franziskus) – Zum ‚Außerordentlichen Jubiläum der Barmherzigkeit‘“, 8. bis 13. Mai 2016, Leitung: Erzbischof em. Dr. Robert Zollitsch, Freiburg. Eingeladen sind Priester und Diakone.
- „Beten heißt: sich berühren lassen“, 25. September bis 1. Oktober 2016, Leitung: Spiritual Andreas Brüstle, Freiburg. Eingeladen sind Priester, Diakone und pastorale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- „Unter den Augen des barmherzig liebenden Vaters – Zum Jahr der Barmherzigkeit“, 13. bis 18. November 2016, Leitung: Msgr. Dr. Peter Wolf, Berg Moriah. Eingeladen sind Priester und Diakone.

Informationen und Anmeldung: Priester- und Bildungshaus Berg Moriah, 56337 Simmern/Westerwald, Tel.: 0261 941-0, E-Mail: info@moriah.de, Website: www.moriah.de/exerzitien.

Nr. 390 Dienstnachrichten

Mit Termin 15. September 2016 hat der Apostolische Administrator den Verzicht von Monsignore Ordinariatsrat Pfarrer Michael METZLER auf die Pfarrei St. Josef in Frankfurt am Main angenommen. Monsignore Pfarrer Metzler tritt zum 16. September 2016 als Pfarrer in den Ruhestand. Monsignore Metzler nimmt weiterhin das Amt des Dezernenten Caritas und des Vorstandsvorsitzenden des Caritasverbandes für die Diözese Limburg wahr.

Mit Termin 30. September 2016 hat der Apostolische Administrator den Verzicht von Pfarrer Karl-Heinz KÖNIGSTEIN auf die Pfarreien St. Nikolaus in Kaub, St. Johannes der Täufer in St. Goarshausen und St. Martin in St. Goarshausen-Wellmich angenommen. Zu diesem Zeitpunkt endet auch sein Amt als Pfarrverwalter der Pfarrei St. Jakobus der Ältere und St. Georg in Kestert. Pfarrer Königstein tritt zum 1. Oktober 2016 in den Ruhestand.



Der Apostolische Stuhl		Nr. 398	Vertretung der Bezirke des Bistums im ehemaligen Priesterrat des Bistums Limburg	461	
Nr. 391	Dekret „In Missa in cena Domini“ der Kongregation für den Gottesdienst und die Sakramentenordnung	440	Nr. 399	Verfügung zur Errichtung Pastoraler Einheiten im Bezirk Main-Taunus	462
Die deutschen Bischöfe		Bischöfliches Ordinariat			
Nr. 392	„Im Heute glauben!“ – Botschaft der deutschen Bischöfe zum Abschluss des überdiözesanen Gesprächsprozesses	442	Nr. 400	Entsendeordnung für die Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften in die KODA der Diözese Limburg (Entsendeordnung)	462
Der Apostolische Administrator		Nr. 401	Bekanntmachung über die Bildung einer neuen KODA mit Beteiligungsmöglichkeit der Gewerkschaften	464	
Nr. 393	Wort der (Erz-)Bischöfe in Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl am 13. März 2016	444	Nr. 402	Ankündigung der Palmsonntagskollekte: „Hilfe leisten – Hoffnung spenden. In Solidarität mit den Christen im Heiligen Land“	464
Nr. 394	Aufruf der deutschen Bischöfe zur Solidarität mit den Christen im Heiligen Land (Palmsonntags-Kollekte 2016)	445	Nr. 403	Ankündigung der Diakonenweihe	465
Nr. 395	Beschluss der KODA vom 26. November 2015: Anlage 22 zu AVO – Vergütungsrichtlinien für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im kirchlichen Dienst im Bistum Limburg, Besondere Vergütungsrichtlinien, VR 26 Beschäftigte in der Verwaltung von Kindertageseinrichtungen der Katholischen Kirchengemeinden	445	Nr. 404	Änderung des Ritus der Fußwaschung am Gründonnerstag	465
Nr. 396	Ordnung zur Mitwirkung bei der Gestaltung des Arbeitsvertragsrechts durch eine Kommission für den Bereich des Bistums Limburg (KODA-Ordnung)	446	Nr. 405	Begräbnisfeier während des Triduum Paschale	465
Nr. 397	Beschlüsse der Bundeskommission der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes vom 10. Dezember 2015	454	Nr. 406	Ernennung von Missionaren der Barmherzigkeit zum Jahr der Barmherzigkeit	465
			Nr. 407	Ausschreibung des diözesanen Projekts „Netzwerk Familienpastoral“	466
			Nr. 408	Pauschalvertrag zwischen dem Verband der Diözesen Deutschlands und der GEMA	466
			Nr. 409	Übertragung der Fußball-EM 2016 in den Pfarreien (Public Viewing)	466
			Nr. 410	Dienstnachrichten	468

Der Apostolische Stuhl

Nr. 391 Dekret „In Missa in cena Domini“ der Kongregation für den Gottesdienst und die Sakramentenordnung

Die Erneuerung der Heiligen Woche räumte mit dem Dekret *Maxima Redemptionis nostrae mysteria* (vom 30. November 1955) die Möglichkeit ein, in der Messe vom Letzten Abendmahl nach der Lesung aus dem Johannesevangelium, wenn seelsorgliche Gründe dies nahelegen, an zwölf Männern die Fußwaschung vorzunehmen, um die Demut und Liebe Christi zu seinen Jüngern gleichsam szenisch vor Augen zu führen.

Dieser Ritus ist aufgrund der Worte Jesu (vgl. Joh 13, 34), die als Antiphon während der Feier erklingen, in der römischen Liturgie mit der Bezeichnung *Mandatum* überliefert worden, das heißt als das ‚neue Gebot‘ des Herrn zur geschwisterlichen Liebe.

Die Bischöfe und Priester, die diesen Ritus vollziehen, sind eingeladen, sich innerlich Christus gleichförmig zu werden, der „nicht gekommen ist, um sich dienen zu lassen, sondern um zu dienen“ (Mt 20, 28) und der, gedrängt von der Liebe „bis zur Vollendung“ (Joh 13, 1), sein Leben gibt für das Heil des ganzen Menschengeschlechts.

Damit die volle Bedeutung dieses Ritus den Mitfeiernden erschlossen wird, hält es Papst Franziskus für gut, die Norm zu verändern, die in den Rubriken des Römischen Messbuchs (S. 300 n. 11) steht: „Die Altardiener geleiten die Männer ...“. Sie soll deshalb in folgender Weise verbessert werden: „Die Altardiener geleiten diejenigen, die aus dem Volk Gottes dazu ausgewählt wurden ...“ (und entsprechend im *Caeremoniale Episcoporum* n. 301 und n. 299 b: „die Sitze für diejenigen, die [zur Fußwaschung] bestimmt wurden“), damit so die Hirten eine kleine Gruppe von Gläubigen auswählen können, die die Verschiedenheit und Einheit eines jeden Teiles des Gottesvolkes repräsentieren. Diese Gruppe kann aus Männern und Frauen bestehen und angemessener Weise aus Jungen und Alten, Gesunden und Kranken, Klerikern, Ordensleuten und Laien.

Kraft der ihr vom Papst verliehenen Vollmacht führt die Kongregation für den Gottesdienst und die Sakramentenordnung diese Erneuerung in den liturgischen Büchern des römischen Ritus ein und fordert die Hirten auf, ihre ureigene Aufgabe wahrzunehmen und sowohl die Gläubigen, die zur Feier der Fußwaschung ausgewählt werden, als auch alle anderen Gläubigen

mit einer geeigneten Hinführung zu befähigen, bewusst, tätig und mit geistlichem Gewinn diesen Ritus mitzufeiern.

Ungeachtet gegenteiliger Bestimmungen.

Aus der Kongregation für den Gottesdienst und die Sakramentenordnung am 6. Januar 2016, dem Hochfest der Erscheinung des Herrn.

Robertus Card. Sarah
Präfekt

+ Artur Roche
Erzbischof Sekretär

Begleitbrief zum Dekret „In Missa in cena Domini“

Mit dem Dekret *In Missa in cena Domini* hat die Kongregation für den Gottesdienst und die Sakramentenordnung auf Anordnung des Papstes die Rubrik des *Missale Romanum* über die Fußwaschung (S. 300, Nr. 11) überarbeitet, die seit Jahrhunderten auf verschiedene Weise mit dem Gründonnerstag verbunden ist und seit der Reform der Heiligen Woche 1955 in der Messe vom Letzten Abendmahl, die das österliche Triduum eröffnet, vollzogen werden kann.

Vor dem Hintergrund des Johannesevangeliums wird deutlich, dass der Ritus traditionell eine zweifache Bedeutung hat: Er ist Nachahmung dessen, was Jesus beim Letzten Abendmahl getan hat, indem er die Füße seiner Apostel wusch, und er ist Ausdruck der Selbsthingabe, die mit diesem dienenden Gestus bezeichnet wird. Nicht ohne Grund wird diese Fußwaschung *Mandatum* genannt, und zwar nach dem Beginn der ersten Antiphon, die sie begleitet: „*Mandatum novum do vobis, ut diligatis invicem, sicut dilexi vos, dicit Dominus*“ (Joh 13, 14). Das Gebot der geschwisterlichen Liebe verpflichtet ja alle Jünger Jesu, ohne Unterschied und ohne Ausnahme.

„*Pontifex suis cubicularibus pedes lavat et unusquisque clericorum in domo sua*“, heißt es schon in einem alten *Ordo* des 7. Jahrhunderts. In verschiedenen Diözesen und Abteien in unterschiedlicher Weise verwirklicht, ist das *Mandatum* auch im Römischen Pontifikale des 12. Jahrhunderts nach der Vesper des Gründonnerstags sowie in den Gebräuchen der römischen Kurie des 13. Jahrhunderts („*fecit mandatum duodecim subdiaconos*“) bezeugt. Im *Missale Romanum* des Hl. Pius V. (1570) ist es folgendermaßen beschrieben: „*Post denudationem altarium, hora competenti, facto signo cum tabula, conveniunt clerici ad faciendum mandatum. Maior abluit pedes minoribus: tergit et osculatur*“. Die Fußwaschung findet während des Gesangs

von Antiphonen, deren letzte *Ubi caritas* ist, statt und wird vom *Pater noster* und einem Gebet, das das Gebot des Dienens mit der Reinigung von den Sünden verbindet, beschlossen: „*Adesto Domine, quaesumus, officio servitutis nostrae: et quia tu discipulis tuis pedes lavare dignatus es, ne despicias opera manuum tuarum, quae nobis retinenda mandasti: ut sicut hic nobis, et a nobis exteriora abluuntur inquinamenta; sic a te omnium nostrum interiora laventur peccata. Quod ipse praestare digneris, qui vivis et regnas, Deus, per omnia saecula saeculorum*“. Die Handlung ist auf den Klerus beschränkt („*conveniunt clerici*“) und wird erhellt durch das am Morgen gehörte Evangelium; der fehlende Hinweis auf die Zwölfzahl scheint nahezu legen, dass es nicht nur um die Nachahmung dessen geht, was Jesus beim Abendmahl getan hat, sondern darum, den beispielhaften Wert der Handlung, die für seine Jünger immer aktuell ist, in die Praxis umzusetzen.

Die Beschreibung „*De Mandato seu lotione pedum*“ des *Caeremoniale Episcoporum* von 1600 ist detaillierter. Sie erwähnt den Brauch, dass der Bischof (nach der Vesper oder zu Mittag, in der Kirche, im Kapitelsaal oder an einem anderen geeigneten Ort) „dreizehn“ Armen die Füße wäscht, abtrocknet und küsst, nachdem er sie bekleidet, ihren Hunger gestillt und ihnen ein Almosen gegeben hat, oder auch dreizehn Kanonikern, je nach den örtlichen Gewohnheiten und dem Willen des Bischofs, der auch dort, wo üblicherweise Kanonikern die Füße gewaschen werden, die Armen, vorziehen kann: „*videtur enim eo pacto maiorem humilitatem, et charitatem prae se ferre, quam lavare pedes Canonicis*“. Auf den Klerus beschränkt, ohne dass jedoch lokale Gebräuche ausgeschlossen wären, die Arme oder Kinder berücksichtigen (vgl. z. B. das *Missale Parisiense*), ist die Fußwaschung also ein bedeutungsvoller Gestus, der aber nicht in der Versammlung des ganzen Gottesvolkes vollzogen wird. Das *Caeremoniale Episcoporum* schreibt ihn ausdrücklich für die Kathedralen und die Kollegiatsstifte vor.

Mit der Reform Pius' XII., der die *Missa in cena Domini* wieder in die Abendstunden zurückverlegt hat, kann die Fußwaschung aus pastoralen Gründen in ebendieser Messe, und zwar nach der Homilie, an „*duodecim viros selectos*“, die „in medio presbyterii vel in ipsa aula ecclesiae“ sitzen, vorgenommen werden: Ihnen wäscht und trocknet der Zelebrant die Füße (der Kuss wird nicht mehr erwähnt). Hier ist der klerikale und wenig öffentliche Charakter überwunden, der Vollzug erfolgt in der Versammlung des Gottesvolkes, und der Hinweis auf die „zwölf Männer“ lässt die Fußwaschung ausdrücklicher als ein nachahmendes Zeichen erscheinen,

gleichsam als heilige Darstellung, um dem Verstand leichter einzuprägen, was Jesus am ersten Gründonnerstag getan hat.

Das *Missale Romanum* von 1970 hat den erst kurz zuvor erneuerten Ritus aufgegriffen und einige Elemente vereinfacht: Die Zahl „zwölf“ entfällt, es wird davon gesprochen, dass die Waschung „in loco apto“ geschehen soll, eine Antiphon wird weggelassen und andere vereinfacht, das *Ubi caritas* wird der Gabenprozession zugeordnet und der Schlussteil (*Pater noster*, Versikel und Gebet) wird – als Relikt einer eigenständigen Feier außerhalb der Hl. Messe – gestrichen. Was jedoch aufgrund der nachahmenden Bedeutung bestehen blieb, ist die Beschränkung auf „*viri*“.

Die aktuelle Änderung sieht vor, dass aus dem ganzen Gottesvolk ausgewählte Personen bestimmt werden. Es geht ja nicht nur um die äußere Nachahmung dessen, was Jesus getan hat, sondern auch um die Bedeutung dessen, was er mit universaler Geltung vollzogen hat, nämlich die Selbsthingabe für das Heil des Menschengeschlechts „bis zur Vollendung“, seine Liebe, die alle umfasst und in der Nachahmung seines Vorbilds alle brüderlich verbindet. In der Tat geht ja das exemplum, das er gegeben hat, damit auch wir so handeln wie er (vgl. Joh 13, 14–15), darüber hinaus, dass wir anderen physisch die Füße waschen, und umfasst all das, was dieser Gestus an spürbarem Liebesdienst für den Nächsten ausdrückt. Alle Antiphonen, die das *Missale* für die Fußwaschung vorschlägt, erinnern an diese Bedeutung der Zeichenhandlung für den, der sie setzt, für den, an dem sie gesetzt wird, und für alle, die sie schauend mitverfolgen und durch den Gesang verinnerlichen, und veranschaulichen diese.

Die Fußwaschung ist für die *Missa in cena Domini* nicht verpflichtend vorgeschrieben. Gemäß den Umständen und pastoralen Erwägungen entscheiden die Seelsorger über ihre Angemessenheit, so dass der Ritus nicht zu selbstverständlich oder zu künstlich erscheint oder gar seiner Bedeutung beraubt und auf das darstellende Element reduziert wird. Auch darf die Fußwaschung nicht so wichtig werden, dass sie in der Messe vom Abendmahl – an jenem „hochheiligen Tag, an dem unser Herr Jesus Christus sich für uns hingegeben hat“ (*Communicantes* des römischen Meßkanon) – die ganze Aufmerksamkeit an sich zieht. In den Hinweisen für die Homilie wird an die dreifache Besonderheit dieser Messfeier erinnert, insofern diese dem Gedächtnis der Einsetzung der Eucharistie, des Priestertums und des Gebotes der geschwisterlichen Liebe als höchstes Gesetz für alle und gegenüber allen in der Kirche gewidmet ist.

Es obliegt den Hirten, eine kleine Gruppe von Personen auszuwählen, die nicht nur eine Kategorie oder Gruppe, sondern das ganze Gottesvolk repräsentieren: Laien, Geweihte Diener, Verheiratete, Zölibatäre, Ordensleute, Gesunde und Kranke, Kinder, Jugendliche und Alte. Jene, die ausgewählt wurden, mögen sich in aller Schlichtheit zur Verfügung stellen. Jenen, die die liturgischen Feiern vorbereiten, obliegt es schließlich, alles so vorzubereiten und zu gestalten, dass allen und jedem geholfen wird, an diesem Ereignis fruchtbar teilzunehmen: Es ist ja das Leben jedes Jüngers des Herrn, das anamnesis (Erinnerung) des „neuen Gebotes“ ist, von dem wir im Evangelium hören.

+ Arthur Roche
Erzbischof Sekretär
der Kongregation für den Gottesdienst
und die Sakramentenordnung

Die deutschen Bischöfe

Nr. 392 „Im Heute glauben!“ – Botschaft der deutschen Bischöfe zum Abschluss des überdiözesanen Gesprächsprozesses

Als wir im Jahr 2011 mit unserem Wort an die Gemeinden „Im Heute glauben“ zum überdiözesanen Gesprächsprozess eingeladen haben, konnten wir nicht wissen, wohin uns dieser Prozess führen würde. Wir haben uns aber von der Gewissheit leiten lassen, „dass in der Kirche Gottes Geist am Werk ist“.¹

Nun, fünf Jahre später, wiederum zu Beginn der österlichen Bußzeit, mitten im Heiligen Jahr der Barmherzigkeit können wir dankbar feststellen, dass es sich gelohnt hat, in diesen Prozess einzutreten.

Wir haben den überdiözesanen Gesprächsprozess initiiert. Gerne richten wir deshalb auch an seinem Ende ein bischöfliches Wort an alle Interessierten. Es knüpft an den gemeinsam verabschiedeten Abschlussbericht² an und stellt dar, was wir Bischöfe aus dem Prozess mitnehmen in der Hoffnung und dem festen Willen, dass es für die Zukunft fruchtbar werde.

Wir haben nach Wegen des kirchlichen Lebens und Lehrens gesucht, die es gestatten, die Botschaft des Evangeliums den Menschen in heutiger Zeit besser

zugänglich zu machen. Damit haben wir ein wichtiges Anliegen des Zweiten Vatikanischen Konzils aufgegriffen: das „Aggiornamento“ – das bleibend notwendige „Heutig-Werden“ des Glaubens.

Wir sind den Weg des Dialogs gegangen. Wir fühlen uns dabei durch Papst Franziskus bestärkt, der in seinem Apostolischen Schreiben „Evangelii gaudium“ den Dialog als zentralen Weg der Evangelisierung in Erinnerung ruft und jene Freude am Evangelium in das Zentrum seiner Betrachtungen stellt, die radikal auf die Geschichte Gottes mit den Menschen verweist. „Die Evangelisierung schließt auch einen Weg des Dialogs ein ... Es ist Zeit, in Erfahrung zu bringen, wie man in einer Kultur, die den Dialog als Form der Begegnung bevorzugt, die Suche nach Einvernehmen und Übereinkünften planen kann, ...“³

In den verschiedenen Phasen des Prozesses haben wir erfahren, dass alle, die sich an den Veranstaltungen beteiligt haben, durch die Sorge um und die Leidenschaft für unsere Kirche und für die Menschen motiviert waren. So konnten wir alle die vielen guten, bisweilen auch anstrengenden Schritte des Gesprächs wagen und den von dialogischen und geistlichen Elementen gekennzeichneten Prozess miteinander gestalten.

Wir haben gelernt, dass es hilfreich ist, wichtige Anliegen und brennende Themen gemeinsam aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten, um klarer zu sehen, was zu tun oder auch zu lassen ist. Die Gespräche auf Augenhöhe haben die jeweiligen Kompetenzen und Zuständigkeiten der Gesprächsteilnehmerinnen und Gesprächsteilnehmer nicht nivelliert. Sie haben vielmehr dazu geführt, dass der wechselseitige Respekt vor der Expertise und dem Engagement des Anderen gewachsen ist.

Themen der Jahresveranstaltungen waren die fundamentalen Lebensvollzüge der Kirche: Bekenntnis und Glaubensverkündigung (Martyria), Verehrung Gottes in den Gottesdiensten und in den Sakramenten (Leiturgia) und Dienst der Kirche im caritativen Handeln (Diakonia). Vier Leitgedanken haben dabei unsere Beratungen durchzogen: Die kirchliche Gemeinschaft (Communio) muss sich in Zukunft noch mehr im Miteinander aller Dienste und Charismen entfalten, um die erforderliche Vielfalt zu ermöglichen und die notwendige Einheit ohne unnötige Einheitlichkeit zu leben. „Es gelte im Notwendigen Einheit, im Zweifel Freiheit, in allem die Liebe“ (GS 92). Wachsen muss die grundlegende

¹ Im Heute glauben. Wort der deutschen Bischöfe an die Gemeinden vom 17. März 2011, (4).

² Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): Überdiözesaner Gesprächsprozess „Im Heute glauben“ 2011–2015. Abschlussbericht vom 11./12. September 2015.

³ Papst Franziskus, Apostolisches Schreiben „Evangelii Gaudium“ vom 24. November 2013, Nr. 238 f.

Sprach- und Auskunftsfähigkeit in der Glaubenskommunikation und im Dialog mit der Welt (Communicatio). Die Partizipation wird als Teilgabe und Teilhabe die Beteiligung möglichst vieler an Leben und Sendung der Kirche ermöglichen. Im Mitfühlen (Compassio) teilen wir die Sorgen und Nöte mit den Menschen, auch denen an den Grenzen und Rändern der Gesellschaft, so dass das Evangelium auch für sie sichtbar und erfahrbar wird. Die vielen Diskussionen, die wir im Laufe des Gesprächsprozesses geführt haben, verdichtet eine Aussage der Würzburger Synode vor 40 Jahren, die nach wie vor Gültigkeit hat: „Wir müssen versuchen, uns und den Menschen, mit denen wir leben, ‚Rechenschaft zu geben über die Hoffnung, die in uns ist‘ (vgl. 1 Petr 3, 15). Wir müssen zusehen, dass über den vielen Einzelfragen und Einzelinitiativen nicht jene Fragen unterschlagen werden, die unter uns selbst und in der Gesellschaft, in der wir leben, aufgebrochen sind und nicht mehr verstummen: die Fragen nach dem Sinn des Christseins in dieser Zeit überhaupt.“⁴

Dankbar haben wir wahrgenommen, dass der überdiözesane Gesprächsprozess in viele Diözesen, Verbände und Gruppierungen hinein Impulse geben konnte und auch dort verschiedenste Formen des Gesprächs, der Partizipation und der Konzeption künftigen kirchlichen Lebens in Gang gesetzt hat. Wir haben Anregungen gegeben und etwas ins Rollen gebracht; viele konkrete Entscheidungen für die Diözesen sind aber vor Ort zu treffen.

Auch wenn in unserem überdiözesanen Gesprächsprozess keine Beschlüsse gefasst wurden, hat er vorzeigbare Ergebnisse hervorgebracht. Von Beginn an brannte vielen das Thema der Beteiligung von wiederverheirateten Geschiedenen am Leben der Kirche auf den Nägeln. Wir haben es aufgegriffen und in einer bischöflichen Arbeitsgruppe erneut durchdacht. Unsere Überlegungen haben wir in die gesamtkirchliche Meinungsbildung auf den beiden Bischofssynoden zu Ehe und Familie (2014 und 2015 in Rom) eingebracht. Das kirchliche Arbeitsrecht wurde 2015 im Rahmen der Grundordnung weiterentwickelt. Mit dem Ziel einer angemesseneren Einbeziehung von Frauen in Dienst und Auftrag der Kirche in Deutschland haben wir 2013 u. a. die Selbstverpflichtung abgegeben, den Anteil von Frauen in kirchlichen Leitungspositionen deutlich zu erhöhen und dies entsprechend zu evaluieren. Das im vergangenen Jahr verabschiedete Wort der deutschen Bischöfe zur Erneuerung

der Pastoral „Gemeinsam Kirche sein“⁵ setzt viele Überlegungen um, die auch im Gesprächsprozess zur Sprache kamen. Es geht darum, wie Priester und Laien künftig zusammenwirken, wie sich die Übernahme von Verantwortung und die Ausübung von Leitung in der Pastoral darstellen und wie die Entscheidungsfindung künftig transparenter sein kann.

Unser Prozess hat sich vornehmlich innerkirchlichen Themen gewidmet. Aber schon in der Abschlussveranstaltung in Würzburg haben wir uns spontan gemeinsam zur Flüchtlingsfrage geäußert. So hat sich gezeigt, dass unsere innerkirchlichen Vergewisserungen auch dazu befähigen, Mitverantwortung in aktuellen Herausforderungen unserer Gesellschaft zu übernehmen. Das ist unsere bleibende Aufgabe.

Bei den Jahresgesprächen in Mannheim (2011), Hannover (2012), Stuttgart (2013), Magdeburg (2014) und Würzburg (2015) haben wir uns mit allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gemeinsam auf den Weg gemacht. Wir Bischöfe haben zugehört, mitdiskutiert – und vieles gelernt. Diese positiven Erfahrungen des Hörens, des Austauschs und des Lernens, die wir gemeinsam gemacht haben, veranlassen uns, den dialogischen Weg in unserer Kirche weiterzugehen. Dazu laden wir zu einer Versammlung mit Vertreterinnen und Vertretern u. a. aus den (Erz-)Diözesen, den Orden, dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken, dem Deutschen Caritasverband, den Theologieprofessoren und den Gemeinschaften und Bewegungen ein, wie wir sie im Dialogprozess erlebt haben. Sie soll nach Möglichkeit alle zwei Jahre mit ca. 120 Personen stattfinden und sich konkreten (Einzel-)Fragen des kirchlichen Auftrags widmen. Die Auswahl der Themen und die Vorbereitung der Treffen sollen gemeinsam erfolgen. Die Treffen dienen der Reflexion, der Konsultation, der Vergewisserung und der Verständigung über den weiteren Weg. Wir sind davon überzeugt, dass sie neben den entsprechenden Begegnungen in den (Erz-)Diözesen weitere Schritte auf dem Weg einer „Kirche der Teilhabe“ sind. Dazu wird es auch wichtig sein, eine Form zu finden, die in diese Foren Menschen aus verschiedenen Altersgruppen und Lebenswelten sowie Expertinnen und Experten für die jeweilige Thematik einbezieht.

Bei der Auswahl der Themen sollten die Grundanliegen, die sich durch alle Jahrestreffen hindurchgezogen haben und noch einer intensiveren Befassung bedürfen, berücksichtigt werden.

⁴ Synodenbeschluss Unsere Hoffnung, in: Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Beschlüsse der Vollversammlung. Offizielle Gesamtausgabe, Herder 2012 (Neuausgabe von 1976/77), 85.

⁵ Vgl. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): „Gemeinsam Kirche sein“. Wort der deutschen Bischöfe zur Erneuerung der Pastoral. Die deutschen Bischöfe Nr. 100 vom 1. August 2015.

Im Vertrauen auf die Kraft des Evangeliums wollen wir als Kirche in Deutschland kritische Wegbegleiter der Entwicklungen in unserer Gesellschaft sein. Wir trauen uns zu, auch im raschen Wandel der Situationen zusammen mit allen Menschen guten Willens die richtigen Unterscheidungen zu treffen und zur Geltung zu bringen; mutig, wo nötig offensiv, aber mit Einfühlungsvermögen und in Anwaltschaft für die, deren Stimme sonst kein Gehör findet.

„Wir wollen uns, von der Liebe geleitet, an die Wahrheit halten und in allem wachsen, bis wir ihn erreicht haben. Er, Christus, ist das Haupt“ (Eph 4, 15). Christus, durch den wir zusammengefügt und gefestigt sind wie ein Leib, befähige uns, im Heute zu glauben (vgl. Eph 4, 16).

Die Botschaft der deutschen Bischöfe zum Abschluss des überdiözesanen Gesprächsprozesses wurde vom Ständigen Rat der Deutschen Bischofskonferenz am 25. Januar 2016 verabschiedet.

Der Apostolische Administrator

Nr. 393 Wort der (Erz-)Bischöfe in Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl am 13. März 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Schwestern und Brüder in den Bistümern von Rheinland-Pfalz!

Am 13. März 2016 findet die Wahl zum Landtag von Rheinland-Pfalz statt. Hierbei entscheiden die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger über die Gestaltung der Politik in unserem Land während der kommenden fünf Jahre.

Diese Wahl fällt in eine Zeit umwälzender Ereignisse. Gerade im letzten Jahr sind viele Menschen in unser Land gekommen, die insbesondere wegen Krieg, Terror, politischer Verfolgung, Hunger oder unguter sozialer Verhältnisse aus ihrer Heimat geflohen sind. Unser Dank gilt all jenen, die durch ihr ehrenamtliches, berufliches oder politisches Engagement bisher dazu beigetragen haben, dass in der Regel eine gute Aufnahme der Menschen gestaltet werden konnte. Zugleich ist abzu-sehen, dass hier Herausforderungen für die Politik der kommenden Jahre bestehen bleiben werden. So setzen zunehmend Diskussionen zur inneren Sicherheit sowie auch zur eigenen Identität unseres Landes ein. Daneben wird überlegt, wie Menschen mit Bleibeperspektiven gut in unsere Gesellschaft insgesamt wie in unser Rechtssystem integriert werden können. Bisher noch ungelöste

Fragen dürfen nicht dazu führen, unser Land gegenüber Zuwanderern abzuschotten, Flüchtlinge pauschal zu verurteilen, sie auszugrenzen, zu bedrohen oder sogar zu verfolgen. Nationalistische wie rassistische Töne und Parolen dürfen in unserem Land keinen Widerhall finden. Gerade in diesem Zusammenhang kommt den Parteien in unserem Land die besondere Aufgabe zu, Augenmaß zu wahren und den friedlichen Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu stärken.

Hinter den durch Flucht und Migration aufgeworfenen Fragen drohen derzeit andere Aspekte der Politik aus dem Blick zu geraten. Gleichwohl sind sie von hoher Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Dauerhaft gerungen werden muss ebenso um gute Lebensbedingungen für alle Menschen. Dabei dürfen beispielsweise Langzeitarbeitslose, Menschen ohne festen Wohnsitz, Jugendliche ohne Ausbildungsplatz oder Menschen mit Behinderungen ebenfalls nicht ohne Perspektiven bleiben. Wegen der notwendigen Bewältigung des demographischen Wandels müssen auch zukünftig die Familien gestärkt werden. Ebenso müssen Menschen in allen schwierigen Lebenssituationen und Lebensaltern Unterstützung finden. Dies gilt vom vorgeburtlichen und frühkindlichen Stadium bis ins hohe Alter. Um den Herausforderungen der globalisierten Welt gerecht werden zu können, bedarf es auch weiterhin einer wertorientierten Bildung. Schließlich muss die Sorge der Politik auch im Interesse einer guten Gestaltung der Lebensverhältnisse so unterschiedliche Aspekte wie die Bewahrung der Schöpfung und geordnete Staatsfinanzen mitumfassen, wenn wir den kommenden Generationen nicht ungebührliche Lasten aufladen wollen.

Immer wieder müssen wir uns daran erinnern, dass wir in einem Land leben, das uns die Chance bietet, die Zukunft durch freie Wahlen selbst mitzugestalten. Gerade angesichts vieler Flüchtlinge, denen ein solches grundlegendes Recht in ihren Heimatländern nicht gewährt wird, rufen wir alle Wahlberechtigten auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Dies erscheint uns wichtig, um die Demokratie als Regierungsform von innen heraus zu stärken. Jede Stimme ist wichtig und zählt. Sie trägt dazu bei, dass wir auch künftig in unserem Land und in Europa selbstbestimmt leben können. Sie legitimiert und stärkt diejenigen Frauen und Männer, die zukünftig im Parlament die Entwicklung für unser Land und damit auch für uns voranbringen wollen sowie den Zusammenhalt in unserem Land gestalten sollen. Schließlich danken wir allen Frauen und Männern, die Abgeordnete des Landtags oder auch Mitglieder der Landesregierung sind, für ihren intensiven Einsatz

zum Wohl der Menschen in unserem Land und darüber hinaus.

Limburg, 2. Februar 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Für das Bistum Limburg Apostolischer Administrator

Vorstehendes Bischofswort ist am Sonntag, 6. März 2016, in allen Gottesdiensten im rheinland-pfälzischen Teil unseres Bistums (auch in den Abendgottesdiensten) zu verlesen oder/und – je nach Entscheidung des einzelnen Bistums – auf andere geeignete Weise in den Gemeinden zur Kenntnis zu geben (Pfarrbrief, Auslage usw.).

Limburg, 11. Februar 2016 Wolfgang Rösch
Az.: 560K/17869/16/01/2 Ständiger Vertreter des
Apostolischen Administrators

Nr. 394 Aufruf der deutschen Bischöfe zur Solidarität mit den Christen im Heiligen Land (Palmsonntags-Kollekte 2016)

In den Gottesdiensten am Palmsonntag gedenken die deutschen Katholiken besonders der Christen im Heiligen Land, der Region der biblischen Stätten. Wir müssen feststellen: Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern scheint von einer Lösung weiter entfernt zu sein denn je. Noch bedrückender ist die Lage in anderen Teilen dieser Weltgegend. Nach fünf Jahren Krieg ist Syrien weitgehend zerstört. Hunderttausende haben den Tod gefunden, Millionen sind auf der Flucht. In den Herrschaftsgebieten des so genannten „Islamischen Staats“ gibt es für die Christen keine würdigen Lebensmöglichkeiten. Syriens Nachbarländer Jordanien und Libanon sind von den Flüchtlingsbewegungen besonders betroffen. Viele Menschen haben auch den weiten und beschwerlichen Weg nach Europa angetreten, um abseits der angestammten Heimat für sich und ihre Kinder ein Leben in Gerechtigkeit, Würde und Frieden zu finden.

In seiner Rede an das Diplomatische Corps in Rom zitierte Papst Franziskus am 11. Januar 2016 das Matthäusevangelium, das vom Auftrag des Engels an Josef erzählt, mit Maria und Jesus nach Ägypten zu fliehen. „Es ist die Stimme“, so kommentierte der Heilige Vater, „welche die vielen Migranten hören, die niemals ihr Land verlassen würden, wenn sie nicht dazu gezwungen wären. Unter diesen sind zahlreiche Christen, die im Laufe der letzten Jahre zunehmend massenhaft ihre Länder verlassen haben, die sie doch schon seit den Anfängen des Christentums bewohnen.“ Wir sind überzeugt: Auch die Katholiken in Deutschland sollten das ihnen Mögliche tun, damit die Christen des Heiligen Landes in ihrer Hei-

mat verbleiben oder bald wieder dorthin zurückkehren können. Hier geht es um die Existenz des Christentums in der Ursprungsregion unseres Glaubens!

So bitten wir am diesjährigen Palmsonntag um Ihr Gebet für die Christen und für alle Menschen im Heiligen Land. Wir ermutigen zu Pilgerreisen, bei denen die persönliche Begegnung mit den christlichen Gemeinden gesucht wird und die so zu einem wichtigen Zeichen der Solidarität werden können. Einmal mehr bitten wir Sie, liebe Brüder und Schwestern, auch um Ihre großzügige Spende. Sie hilft den kirchlichen Einrichtungen im Heiligen Land bei ihrem schwierigen Dienst an den Menschen. Für all Ihr Engagement sagen wir Ihnen unseren herzlichen Dank.

Kloster Schöntal, 18. Februar 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Für das Bistum Limburg Apostolischer Administrator

Dieser Aufruf soll am 5. Fastensonntag, dem 13. März 2016, in allen Gottesdiensten (auch am Vorabend) verlesen werden. Die Kollekte am Palmsonntag, dem 20. März 2016 (auch am Vorabend, dem 19. März 2016), ist ausschließlich für den Deutschen Verein vom Heiligen Lande bestimmt.

Limburg, 25. Februar 2016 Wolfgang Rösch
Az.: 608B/18510/16/02/2 Ständiger Vertreter des
Apostolischen Administrators

Nr. 395 Beschluss der KODA vom 26. November 2015: Anlage 22 zu AVO – Vergütungsrichtlinien für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im kirchlichen Dienst im Bistum Limburg, Besondere Vergütungsrichtlinien, VR 26 Beschäftigte in der Verwaltung von Kindertageseinrichtungen der Katholischen Kirchengemeinden

Es wird eine neue Besondere Vergütungsrichtlinie VR 26 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

VR 26 Beschäftigte in der Verwaltung von Kindertageseinrichtungen der Katholischen Kirchengemeinden

I. Beschäftigte in der Tätigkeit als Trägerbeauftragte – Kita-Koordinatoren mit abgeschlossener tätigkeitsbezogener Fachhochschulbildung (z. B. Betriebswirtschaftslehre, Personalbetriebswirtschaft, Sozialmanagement, Sozialpädagogik) BAT III
nach 5jähriger Bewährung in BAT III BAT IIa

II. Üben Beschäftigte die Tätigkeit aus, ohne die Ausbildungsvoraussetzungen hierfür zu erfüllen, so sind die

Beschäftigten entsprechend den Vergütungsrichtlinien zu vergüten, sofern sie über gleichwertige Fähigkeiten und Erfahrungen verfügen. Andernfalls werden sie bis zum Erreichen der erforderlichen Fähigkeiten und Erfahrungen in einer Vergütungs- oder Entgeltgruppe niedriger eingruppiert.

Die Änderung tritt zum 1. Januar 2016 in Kraft.

Limburg, 19. Januar 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Az.: 565 AH/40931/15/02/7 Apostolischer Administrator

Nr. 396 Ordnung zur Mitwirkung bei der Gestaltung des Arbeitsvertragsrechts durch eine Kommission für den Bereich des Bistums Limburg (KODA-Ordnung)

Präambel

¹Die katholische Kirche hat gemäß Art. 140 GG, 137 Abs. 3 WRV das verfassungsrechtlich anerkannte Recht, die Arbeitsverhältnisse im kirchlichen Dienst als ihre Angelegenheit selbständig zu ordnen. ²Um dem kirchlichen Sendungsauftrag und der daraus folgenden Besonderheit der kirchlichen Dienstgemeinschaft gerecht zu werden und um die Beteiligung der Mitarbeiterseite gemäß Art. 7 Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse (Grundordnung) an der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen zu gewährleisten, wird zur Sicherung der Einheit und Glaubwürdigkeit des kirchlichen Dienstes folgende Ordnung erlassen:

§ 1 – Geltungsbereich

- (1) ¹Diese Ordnung regelt das Zustandekommen von Rechtsnormen über Inhalt, Abschluss und Beendigung von Arbeitsverhältnissen mit folgenden Rechtsträgern:
1. der Diözese,
 2. der Kirchengemeinden und Kirchenstiftungen,
 3. der Verbände von Kirchengemeinden,
 4. des Diözesancaritasverbandes und dessen Gliederungen, soweit sie öffentliche juristische Personen des kanonischen Rechts sind,
 5. der sonstigen dem Diözesanbischof unterstellten öffentlichen juristischen Personen des kanonischen Rechts,
 6. der sonstigen kirchlichen Rechtsträger, unbeschadet ihrer Rechtsform, die der bischöflichen Gesetzgebungsgewalt unterliegen und deren rechtlich unselbständigen Einrichtungen.

- (2) Diese Ordnung gilt auch für die sonstigen kirchlichen Rechtsträger unbeschadet ihrer Rechtsform,
- a) wenn sie die Grundordnung in ihrer jeweils geltenden Fassung für ihren Bereich rechtsverbindlich in ihr Statut übernommen haben; sofern ein kirchlicher Rechtsträger in der Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts über kein Statut verfügt, ist eine notarielle Erklärung der Grundordnungsübernahme und anschließende Veröffentlichung dieser Erklärung ausreichend,
 - b) wenn sie ihren Sitz in der Diözese Limburg haben,
 - c) wenn sie die Übernahme der Grundordnung dem Diözesanbischof anzeigen und
 - d) wenn der Diözesanbischof, in dessen Diözese der Rechtsträger seinen Sitz hat, der erstmaligen Aufnahme des Rechtsträgers in die Kommission schriftlich zugestimmt hat. Vor der Entscheidung des Diözesanbischofs ist die Kommission anzuhören. Wird die Aufnahme in die Kommission vom Diözesanbischof abgelehnt, verweist der Diözesanbischof den Rechtsträger an die zuständige Kommission; diese ist an die Entscheidung gebunden.
- (3) ¹Wenn kirchliche Rechtsträger sich satzungsgemäß dafür entschieden haben, die Arbeitsvertragsrichtlinien des Deutschen Caritasverbandes (AVR) anzuwenden, bleiben sie von der Zuständigkeit der Kommission ausgenommen.
- (4) ¹Beantragt ein kirchlicher Rechtsträger den Wechsel in den Zuständigkeitsbereich einer anderen Kommission, entscheidet der Diözesanbischof nach Zustimmung beider Seiten jeweils der abgebenden und der aufnehmenden Kommission. ²Der Antrag bedarf der schriftlichen Begründung. ³Die Entscheidung ist den Kommissionen mitzuteilen.
- (5) ¹Der Diözesanbischof kann für mehrere kirchliche Rechtsträger eine eigene Ordnung erlassen. ²Die Entscheidung über den Erlass einer solchen Ordnung erfolgt im Benehmen mit beiden Seiten der ansonsten zuständigen Kommission.

§ 2 – Die Kommission

- (1) ¹Für die in § 1 genannten Rechtsträger wird eine „Kommission zur Ordnung des Diözesanen Arbeitsvertragsrechtes“ (Bistums-KODA) errichtet.

- (2) ¹Die Amtsperiode der Kommission beträgt vier Jahre. ²Sie beginnt mit der konstituierenden Sitzung, jedoch nicht vor Ablauf der Amtsperiode der bisherigen Kommission. ³Bis zur konstituierenden Sitzung der neuen Kommission nimmt die bestehende Kommission die Aufgaben gemäß dieser Ordnung wahr, jedoch nicht über die Dauer von zwölf Monaten über das Ende ihrer Amtsperiode hinaus.

§ 3 – Aufgabe

- (1) ¹Aufgabe der Kommission ist die Beratung und Beschlussfassung von Rechtsnormen über Inhalt, Abschluss und Beendigung von Arbeitsverhältnissen, solange und soweit die Zentral-KODA von ihrer Regelungsbefugnis gemäß § 3 Abs. 1 Zentral-KODA-Ordnung keinen Gebrauch gemacht hat oder macht. ²Die durch die Kommission nach Maßgabe dieser Ordnung beschlossenen und vom Diözesanbischof in Kraft gesetzten arbeitsrechtlichen Regelungen gelten unmittelbar und zwingend.
- (2) ¹Beschlüsse der Zentral-KODA im Rahmen ihrer Beschlusskompetenz gemäß § 3 Abs. 1 Zentral-KODA-Ordnung gehen mit ihrer Inkraftsetzung den Beschlüssen aller anderen Kommissionen nach Art. 7 Grundordnung vor.
- (3) ¹In Erfüllung ihrer Aufgabe soll die Kommission bei den Beratungen die Empfehlungen der Zentral-KODA gemäß § 3 Abs. 3 Zentral-KODA-Ordnung berücksichtigen.

§ 4 – Zusammensetzung

¹Der Kommission gehören als Mitglieder eine gleiche Anzahl von Personen als Vertreter von Dienstgebern und Mitarbeitern an, und zwar auf jeder Seite fünf.

§ 5 – Vertretung der Dienstgeber

- (1) ¹Die Vertreter der Dienstgeber werden durch den Generalvikar für eine Amtsperiode berufen.
- (2) ¹Als Dienstgebervertreter kann nicht berufen werden, wer aufgrund der Mitarbeitervertretungsordnung (MAVO) Mitglied der Mitarbeitervertretung sein kann. ²Bei der Berufung der Mitglieder der Dienstgeber sollen die verschiedenen Bereiche des kirchlichen Dienstes angemessen berücksichtigt werden. ³Als Dienstgebervertreter aus dem kirchlichen Dienst können nur Personen in die Kommission berufen werden, die bei Dienstgebern im Gel-

tungsbereich der Grundordnung tätig sind. ⁴Nicht im kirchlichen Dienst stehende Personen können Dienstgebervertreter sein, wenn sie als Mitglied eines kirchlichen Organs zur Entscheidung in arbeitsvertragsrechtlichen Angelegenheiten befugt sind.

- (3) Wird neben den gewählten Vertretern der Mitarbeiterseite auch eine bestimmte Anzahl von Gewerkschaftsvertretern nach § 6 Abs. 2 entsandt, ist die Dienstgeberseite durch eine identische Zahl von Dienstgebervertretern zu erhöhen.

§ 6 – Vertretung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

- (1) ¹Fünf Vertreter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden für eine Amtsperiode gewählt. ²Sie sollen aus den verschiedenen Gruppen des kirchlichen Dienstes gewählt werden. ³Das Nähere regelt § 8.
- (2) ¹Zusätzlich zu den gewählten Vertretern wird eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern durch tariffähige Arbeitnehmerkoalitionen (Gewerkschaften) entsandt. ²Das Nähere regelt § 9.

§ 7 – Vorsitzende(r) und stellvertretende(r) Vorsitzende(r)

- (1) ¹Die oder der Vorsitzende und die oder der stellvertretende Vorsitzende werden von der Gesamtheit der Kommissionsmitglieder geheim gewählt, und zwar die oder der Vorsitzende einmal aus der Reihe der Dienstgebervertreter und das andere Mal aus der Reihe der Dienstnehmervertreter, die oder der stellvertretende Vorsitzende aus der jeweils anderen Seite. ²Der Wechsel erfolgt jeweils nach der Hälfte der Amtsperiode. ³Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit aller Kommissionsmitglieder auf sich vereinigt. ⁴§ 19 Abs. 3 findet Anwendung. ⁵Kommt in zwei Wahlgängen die erforderliche Mehrheit nicht zustande, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt. ⁶Bis zur Wahl der oder des Vorsitzenden und der oder des stellvertretenden Vorsitzenden leitet das nach Lebensjahren älteste Mitglied die Sitzung.
- (2) ¹Scheidet die oder der Vorsitzende oder die oder der stellvertretende Vorsitzende vorzeitig aus, findet für den Rest der Amtsperiode eine Nachwahl statt.

§ 8 – Wahlrechtsgrundsätze

- (1) ¹Wählbar sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

die das 18. Lebensjahr vollendet haben, mindestens seit einem Jahr in einem kirchlichen Arbeitsverhältnis stehen und die übrigen Voraussetzungen für die Wahlberechtigung nach § 7 und die Wählbarkeit nach § 8 der Mitarbeitervertretungsordnung (MAVO) erfüllen.

- (2) ¹Wahlvorschlagsberechtigt sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die seit mindestens sechs Monaten in einem kirchlichen Arbeitsverhältnis stehen und die übrigen Voraussetzungen für die Wahlberechtigung nach der Mitarbeitervertretungsordnung (MAVO) erfüllen.
- (3) Die Vertreter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden von denjenigen Mitgliedern der Haupt-Mitarbeitervertretung/Diözesane Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen gewählt, deren Dienstgeber unter den Geltungsbereich des § 2 der Arbeitsvertragsordnung des Bistums Limburg (AVO) fällt. Die Haupt-Mitarbeitervertretung/Diözesane Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen fordert spätestens vier Wochen vor dem Wahltermin in geeigneter Weise die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Einreichung von Wahlvorschlägen auf.

§ 9 – Entsendungsgrundsätze

- (1) ¹Die Anzahl der Vertreter, die von den Gewerkschaften entsandt werden, richtet sich grundsätzlich nach dem zahlenmäßigen Verhältnis der im Zeitpunkt der Entsendung in den Gewerkschaften zusammengeschlossenen kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Zuständigkeitsbereich der Kommission (Organisationsstärke). ²Ungeachtet der jeweiligen Organisationsstärke wird gewährleistet, dass bei Kommissionen mit bis zu zehn Mitgliedern der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mindestens ein Sitz, bei Kommissionen mit bis zu 20 Mitgliedern mindestens zwei Sitze, bei Kommissionen mit bis zu 30 Mitglieder mindestens drei Sitze für die Gewerkschaften vorbehalten werden. ³Satz 2 findet keine Anwendung, wenn die Mitarbeit in der Kommission von keiner Gewerkschaft beansprucht wird.
- (2) ¹Berechtigt zur Entsendung von Mitgliedern in die Kommission sind nur Gewerkschaften, die nach ihrer Satzung für diesen Bereich zuständig sind.
- (3) ¹Benennt nur eine Gewerkschaft Vertreter für die Kommission, fallen alle Sitze nach Abs. 1 Satz 2 an diese Gewerkschaft.

(4) ¹Benennen mehrere Gewerkschaften Vertreter für die Kommission, einigen sich die mitwirkungsberechtigten und mitwirkungswilligen Gewerkschaften auf die zahlenmäßige und namentliche Zusammensetzung der von der Gewerkschaft zu entsendenden Vertreter. ²Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet die/der Vorsitzende der Kommission über die Verteilung der Plätze. ³Gegen die Entscheidung der/des Vorsitzenden der Kommission ist Klage beim kirchlichen Arbeitsgericht innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Wochen nach Bekanntgabe der Entscheidung zulässig. ⁴Die Frist beginnt nur zu laufen, wenn die Gewerkschaften über den Rechtsbehelf, das Gericht, bei dem der Rechtsbehelf anzubringen ist, den Sitz und die einzuhaltende Frist schriftlich belehrt worden sind. ⁵Das kirchliche Arbeitsgericht entscheidet insbesondere auf Grund der Mitgliederzahlen, die ihm gegenüber glaubhaft zu machen sind. ⁶Die Glaubhaftmachung der Mitgliederzahl kann insbesondere durch eine eidesstattliche Versicherung erfolgen, die ein Mitglied des Vertretungsorgans der Gewerkschaft vor einem Notar abgibt.

(5) ¹Die entsandten Mitglieder müssen die Gewähr dafür bieten, dass sie das verfassungsmäßige Selbstbestimmungsrecht der Kirche zur Gestaltung der sozialen Ordnung ihres Dienstes achten und die Eigenart des kirchlichen Dienstes respektieren.

(6) ¹Scheidet ein entsandtes Mitglied aus der Kommission aus oder wird es abberufen, entsendet die Gewerkschaft, die durch das Mitglied vertreten wurde, unverzüglich ein neues Mitglied.

(7) ¹Kündigt eine Gewerkschaft ihre Mitarbeit in der Kommission auf, einigen sich die verbleibenden mitwirkungsberechtigten und mitwirkungswilligen Gewerkschaften darüber, wer für den Rest der Amtszeit die Stelle des ausscheidenden Mitglieds übernehmen soll. ²Kommt keine Einigung zustande, entscheidet die/der Vorsitzende der Kommission, welcher verbleibenden Gewerkschaft das Nachbesetzungsrecht zusteht. Gegen die Entscheidung der/des Vorsitzenden der Kommission ist Klage beim Kirchlichen Arbeitsgericht innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Wochen nach Bekanntgabe der Entscheidung zulässig. ³Die Frist beginnt nur zu laufen, wenn die Gewerkschaft über den Rechtsbehelf, das Gericht, bei dem der Rechtsbehelf anzubringen ist, den Sitz und die einzuhaltende Frist schriftlich belehrt worden ist.

- (8) ¹Kündigen alle Gewerkschaften ihre Mitarbeit in der Kommission auf, rücken nach Maßgabe des § 10 Abs. 6 die nächstberechtigten Ersatzmitglieder für den Rest der Amtsperiode nach.
- (9) Das Nähere regelt eine Entsendeordnung, die Bestandteil dieser Ordnung ist.

§ 10 – Vorzeitiges Ausscheiden, Nachfolge für ausgeschiedene Mitglieder, Ruhen der Mitgliedschaft

- (1) ¹Die Mitgliedschaft in der Kommission erlischt vor Ablauf der Amtsperiode durch
1. Wegfall der Voraussetzungen für die Berufung oder Wählbarkeit; die Feststellung erfolgt durch die/den Vorsitzende(n) im Einvernehmen mit der/dem stellvertretenden Vorsitzenden,
 2. Niederlegung des Amtes, die der/dem Vorsitzenden gegenüber schriftlich zu erklären ist,
 3. Ausscheiden aus dem kirchlichen Dienst in der Diözese, in der das Mitglied gewählt oder für die es berufen wurde oder
 4. rechtskräftige Entscheidung der kirchlichen Gerichte für Arbeitssachen, die die grobe Vernachlässigung oder Verletzung der Befugnisse und Pflichten als Mitglied der Kommission festgestellt haben.
- (2) Scheidet ein Dienstgebervertreter vorzeitig aus, so beruft der Generalvikar für den Rest der Amtsperiode ein neues Mitglied.
- (3) ¹Auf Antrag des einzelnen Mitgliedes kann dessen Mitgliedschaft in der Kommission aus wichtigem Grund für ruhend erklärt werden. ²Über den Antrag entscheidet die/der Vorsitzende im Einvernehmen mit der/dem stellvertretenden Vorsitzenden. ³Kommt eine einvernehmliche Entscheidung nicht zustande, ist der Antrag der Kommission vorzulegen und von dieser zu entscheiden. ⁴Ebenfalls ruht die Mitgliedschaft für den Fall, dass die/der Vorsitzende im Einvernehmen mit der/dem stellvertretenden Vorsitzenden die dauerhafte Verhinderung eines Mitglieds feststellt. ⁵Gegen die Entscheidung der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden kann Beschwerde bei der Kommission erhoben werden; die Kommission entscheidet abschließend. ⁶Handelt es sich bei dem Mitglied, dessen Mitgliedschaft für ruhend erklärt wird, um einen Mitarbeitervertreter, so rückt für die Dauer des Ruhens der Mitgliedschaft das nächstberechtigte Ersatzmitglied nach; handelt es sich um einen

Dienstgebervertreter, benennt der Generalvikar für die Dauer des Ruhens der Mitgliedschaft ein Ersatzmitglied. ⁷Handelt es sich um einen entsandten Mitarbeitervertreter, benennt die Gewerkschaft, die durch das Mitglied vertreten wurde, für die Dauer des Ruhens der Mitgliedschaft ein neues Mitglied.

- (4) ¹Wird einem Mitglied der Kommission die grobe Vernachlässigung oder Verletzung der Befugnisse und Pflichten als Mitglied der Kommission vorgeworfen, ruht die Mitgliedschaft, wenn die Kommission mit drei Viertel der Gesamtheit ihrer Mitglieder das Ruhen der Mitgliedschaft beschließt. ²Das Ruhen der Mitgliedschaft endet, wenn das Kirchliche Arbeitsgericht in erster Instanz feststellt, dass das Mitglied seine Befugnisse und Pflichten nicht grob vernachlässigt oder verletzt hat. ³Handelt es sich bei dem Mitglied, dessen Mitgliedschaft für ruhend erklärt wird, um einen Mitarbeitervertreter, so rückt für die Dauer des Ruhens der Mitgliedschaft das nächstberechtigte Ersatzmitglied nach; handelt es sich um einen Dienstgebervertreter, benennt der Generalvikar für die Dauer des Ruhens der Mitgliedschaft ein Ersatzmitglied. ⁴Handelt es sich um einen entsandten Mitarbeitervertreter, benennt die Gewerkschaft, die durch das Mitglied vertreten wurde, für die Dauer des Ruhens der Mitgliedschaft ein neues Mitglied.
- (5) ¹Die Mitgliedschaft in der Kommission endet im Falle einer arbeitgeberseitigen Kündigung erst, wenn das Arbeitsgericht rechtskräftig die Wirksamkeit der Kündigung festgestellt hat.
- (6) ¹Scheidet ein gewählter Mitarbeitervertreter vorzeitig aus, rückt das nächstberechtigte Ersatzmitglied für den Rest der Amtsperiode nach.

§ 11 – Unterkommissionen

¹Die Kommission kann für die Dauer ihrer Amtsperiode oder zeitlich befristet Unterkommissionen bilden. ²Vorschriften dieser Ordnung über die Kommission gelten für die Unterkommissionen und deren Mitglieder entsprechend, soweit sich nicht aus den § 12 und § 13 etwas anderes ergibt.

§ 12 – Aufgabe und Bildung von Unterkommissionen

- (1) ¹Zur Beschlussfassung von Rechtsnormen über Inhalt, Abschluss und Beendigung von Arbeitsverhältnissen bestimmter Rechtsträger oder bestimmter

Berufs- und Aufgabenfelder in den kirchlichen Einrichtungen kann die Kommission mit der Mehrheit der Gesamtzahl ihrer Mitglieder (absolute Mehrheit) Unterkommissionen bilden. ²Die Reichweite der Handlungskompetenz der Unterkommission wird von der Kommission festgelegt.

- (2) ¹Die Unterkommissionen setzen sich paritätisch aus insgesamt vier bis sechs Vertretern aus der Reihe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie vier bis sechs Vertretern aus der Reihe der Dienstgeber zusammen. ²Die Hälfte der Mitglieder jeder Seite wird von den Seiten der Kommission aus ihren Reihen gewählt. ³Die andere Hälfte der Mitglieder darf nicht Mitglied der Kommission sein; sie wird von der jeweiligen Seite der Kommission aus den betroffenen Berufs- und Aufgabenfeldern bzw. Rechtsträgern berufen, für die die Unterkommission gebildet wurde.
- (3) ¹Die Mitglieder der Unterkommissionen bestimmen aus ihrer Mitte eine/einen Vorsitzende(n), sowie die/den stellvertretende(n) Vorsitzende(n) von der jeweils anderen Seite. ²Die/der Vorsitzende und ihr/sein Vertreter müssen Mitglied der Kommission sein.
- (4) ¹Die Sitzungen der Unterkommissionen werden von der/dem jeweiligen Vorsitzenden geleitet und einberufen.
- (5) ¹Die Amtsperiode der Unterkommission endet spätestens mit der Amtsperiode der Kommission.

§ 13 – Kompetenzen und Beschlüsse der Unterkommissionen

¹Die von der Unterkommission mit Dreiviertelmehrheit beschlossenen Regelungsvorschläge sind qualifizierte Beschlussempfehlungen. ²Diese werden dem Diözesanbischof nur dann zur Inkraftsetzung zugeleitet, wenn ihnen drei Viertel der Gesamtzahl der Mitglieder der Kommission zustimmt.

§ 14 – Rechtsstellung

- (1) ¹Die Mitglieder der Kommission führen ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt. ²Sie sind in ihrem Amt unabhängig und an keine Weisungen gebunden.
- (2) ¹Für die Mitglieder der KODA steht die Wahrnehmung von Aufgaben als Mitglied der Kommission der arbeitsvertraglich vereinbarten Tätigkeit gleich. ²Sie dürfen in der Ausübung ihres Amtes nicht be-

hindert und aufgrund ihrer Tätigkeit weder benachteiligt noch begünstigt werden. ³Aus ihrer Tätigkeit dürfen ihnen keine beruflichen Nachteile erwachsen.

- (3) ¹Erleidet ein Mitglied der Kommission, das Anspruch auf Unfallfürsorge nach beamtenrechtlichen Grundsätzen hat, anlässlich der Wahrnehmung von Rechten oder in Erfüllung von Pflichten nach dieser Ordnung einen Unfall, der im Sinne der beamtenrechtlichen Unfallfürsorgevorschriften ein Dienstunfall wäre, so sind diese Vorschriften entsprechend anzuwenden.

§ 15 – Freistellung

- (1) ¹Die Mitglieder der Kommission, die im kirchlichen Dienst stehen, sind zur ordnungsgemäßen Durchführung ihrer Aufgaben im notwendigen Umfang von der dienstlichen Tätigkeit freizustellen, insbesondere für die Teilnahme an den Sitzungen des Plenums und der Ausschüsse und für deren Vorbereitung. ²Zu den Aufgaben der Mitglieder der Kommission gehört auch die Pflege einer angemessenen Rückbindung zu denen, die sie repräsentieren. ³Die Freistellung umfasst den Anspruch auf Reduzierung der übertragenen Aufgaben. ⁴Fällt eine Tätigkeit als Kommissionsmitglied auf einen außerhalb der persönlichen Arbeitszeit liegenden Zeitraum, hat das Mitglied Anspruch auf entsprechende Arbeitsbefreiung zu einem anderen Zeitpunkt unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts. ⁵Die Kosten der Freistellung regelt die Diözese.
- (2) ¹Die gewählten Kandidaten sind bis zur konstituierenden Sitzung im notwendigen Umfang für Veranstaltungen der Mitarbeiterseite zur Vorbereitung auf ihre Tätigkeit freizustellen.
- (3) ¹Die Beisitzerinnen und Beisitzer im Vermittlungsausschuss werden für die Teilnahme an Verhandlungen in notwendigem Umfang freigestellt.
- (4) ¹Das Nähere kann in Ausführungsregelungen festgelegt werden.

§ 16 – Schulung

¹Die Mitglieder der Kommission werden bis zu insgesamt zwei Wochen pro Amtsperiode für die Teilnahme an Schulungsveranstaltungen freigestellt, soweit diese Kenntnisse vermitteln, die für die Arbeit in der Kommission erforderlich sind.

§ 17 – Kündigungsschutz der Mitglieder der Kommission

¹Einem Mitglied der Kommission kann nur gekündigt werden, wenn ein Grund für eine außerordentliche Kündigung vorliegt. ²Abweichend von Satz 1 kann in den Fällen des Artikels 5 Abs. 3–5 Grundordnung auch eine ordentliche Kündigung ausgesprochen werden. ³Die Sätze 1 und 2 gelten ebenfalls innerhalb eines Jahres nach Ausscheiden aus der Kommission.

§ 18 – Beratung

¹Der Mitarbeiterseite werden zur Beratung im notwendigen Umfang eine im Arbeitsrecht kundige Person oder die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt. ²Die Entscheidung über die Beauftragung einer Person erfolgt im Einvernehmen mit der Mitarbeiterseite. ³Der/die Berater(in) ist nicht Mitglied der Kommission, kann jedoch an den Sitzungen der Kommission teilnehmen. ⁴Satz 3 gilt entsprechend für eine mit der Beratung der Dienstgeberseite beauftragte Person.

§ 19 – Sitzungen, Antragsstellung und Geschäftsordnung

- (1) ¹Die Kommission tritt bei Bedarf zusammen. ²Eine Sitzung hat außerdem stattzufinden, wenn dies von einem Viertel der Gesamtzahl der Mitglieder schriftlich und unter Angabe von Gründen verlangt wird.
- (2) ¹Die/der Vorsitzende der Kommission, bei Verhinderung die/der stellvertretende Vorsitzende, lädt unter Angabe der Tagesordnung spätestens zwei Wochen – in Eilfällen acht Tage – vor der Sitzung ein. ²Sie/er entscheidet im Einvernehmen mit der/dem stellvertretenden Vorsitzenden auch über die Eilbedürftigkeit.
- (3) ¹Sind Mitglieder verhindert, an einer Sitzung teilzunehmen, so ist die Übertragung des Stimmrechtes auf ein anderes Mitglied derselben Seite zulässig. ²Ein Mitglied kann zusätzlich nicht mehr als ein übertragenes Stimmrecht ausüben. ³Die Übertragung des Stimmrechtes ist der/dem Vorsitzenden in Textform nachzuweisen.
- (4) ¹Eine Sitzung kann nur stattfinden, wenn von jeder Seite mindestens jeweils die Hälfte der Mitglieder, darunter die/der Vorsitzende oder die/der stellvertretende Vorsitzende, anwesend ist.

- (5) ¹Antragsberechtigt ist jedes Mitglied der Kommission; die Anträge müssen schriftlich mit Begründung vorgelegt werden.
- (6) ¹Empfehlungsbeschlüsse der Zentral-KODA sind nach Zuleitung durch die Geschäftsstelle der Zentral-KODA in der nächsten Sitzung der Kommission zu behandeln.
- (7) ¹Die Sitzungen sind nicht öffentlich.
- (8) ¹Die Kommission kann sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 20 – Beschlüsse und ihre Inkraftsetzung

- (1) ¹Die Kommission fasst Beschlüsse mit einer Mehrheit von mindestens drei Viertel der Gesamtzahl ihrer Mitglieder.
- (2) ¹In Angelegenheiten, die eilbedürftig sind und für die eine mündliche Verhandlung entbehrlich ist, können Beschlüsse schriftlich herbeigeführt werden. ²Ein Beschluss kommt nur zustande, wenn alle Mitglieder zustimmen. ³Die/der Vorsitzende entscheidet im Einvernehmen mit der/dem stellvertretenden Vorsitzenden über die Einleitung dieses Verfahrens.
- (3) ¹Die Beschlüsse werden nach Unterzeichnung durch die/den Vorsitzende(n) oder die/den stellvertretenden Vorsitzende(n) dem Diözesanbischof übermittelt.
- (4) ¹Sieht sich der Diözesanbischof nicht in der Lage, einen Beschluss in Kraft zu setzen, weil er offensichtlich gegen kirchenrechtliche Normen oder gegen Vorgaben der katholischen Glaubens- und Sittenlehre verstößt, so legt er innerhalb von sechs Wochen nach Zugang des Beschlusses beim Bischöflichen Ordinariat unter Angabe von Gründen Einspruch bei der Kommission ein.
- (5) ¹Wenn bis zum Ablauf der sechswöchigen Frist kein Einspruch erhoben worden ist, sind die Beschlüsse vom Diözesanbischof in Kraft zu setzen und im Amtsblatt der Diözese zu veröffentlichen.
- (6) ¹Im Falle eines Einspruchs berät die Kommission die Angelegenheit nochmals. ²Fasst sie einen neuen Beschluss oder bestätigt sie ihren bisherigen Beschluss, so leitet sie diesen dem Diözesanbischof zur Inkraftsetzung zu. ³Kommt ein solcher Beschluss nicht zustande, so ist das Verfahren beendet.

- (7) ¹Das Verfahren ist auch dann beendet, wenn der Diözesanbischof sich nicht in der Lage sieht, einen bestätigten oder geänderten Beschluss in Kraft zu setzen.

§ 21 – Vermittlungsausschuss

- (1) ¹Für den Zuständigkeitsbereich der Kommission wird ein Vermittlungsausschuss gebildet.
- (2) ¹Der Vermittlungsausschuss setzt sich unter Wahrung der Parität aus sechs Personen zusammen – aus je einer/einem Vorsitzenden der von beiden Seiten gewählten Personen sowie vier Beisitzerinnen und Beisitzer gemäß § 23 Abs. 2. ²Von den Beisitzerinnen und Beisitzern gehören auf jeder Seite eine der Kommission an; die weiteren Beisitzerinnen und Beisitzer dürfen nicht Mitglied der Kommission sein.
- (3) ¹Die Mitglieder des Vermittlungsausschusses werden zu Beginn der jeweiligen Amtsperiode der Kommission gewählt.
- (4) ¹Jede Beisitzerin bzw. jeder Beisitzer hat für den Fall der Verhinderung einen Stellvertreter.

§ 22 – Voraussetzung der Mitgliedschaft im Vermittlungsausschuss

- (1) ¹Die Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses dürfen bei keinem kirchlichen Rechtsträger beschäftigt sein oder keinem vertretungsberechtigten Leitungsorgan eines kirchlichen Rechtsträgers angehören, wenn der Rechtsträger in den Geltungsbereich der Kommission fällt. ²Sie sollen der katholischen Kirche angehören und über fundierte Kenntnisse und Erfahrungen im Arbeitsrecht verfügen. ³Sie dürfen nicht in der Ausübung der allen Kirchenmitgliedern zustehenden Rechte behindert sein und müssen die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit für das kirchliche Gemeinwohl eintreten. ⁴Für sie gelten die Vorgaben der Grundordnung; falls sie nicht im kirchlichen Dienst stehen, gelten für sie diese Vorgaben entsprechend.
- (2) ¹Die Beisitzerinnen und Beisitzer, die nicht Mitglieder der Kommission sind, müssen in einem kirchlichen Arbeits- oder Anstellungsverhältnis stehen.

§ 23 – Wahl und Amtsperiode des Vermittlungsausschusses

- (1) ¹Die Vorsitzenden werden von der Kommission

nach einer Aussprache mit drei Viertel der Gesamtheit ihrer Mitglieder in einem gemeinsamen Wahlgang geheim gewählt. ²Kommt in den ersten beiden Wahlgängen diese Mehrheit nicht zustande, reicht im dritten Wahlgang die einfache Mehrheit der Stimmen. ³§ 19 Abs. 3 findet Anwendung. ⁴Wird auch diese nicht erreicht, wählen die Dienstgeber- und die Mitarbeiterseite getrennt je eine/n Vorsitzende/n mit mindestens der Mehrheit ihrer Stimmen. ⁵Wählt eine Seite keine/n Vorsitzende/n, ist nur der andere Vorsitzender des Vermittlungsausschusses.

- (2) ¹Jeweils zwei Beisitzerinnen und Beisitzer und ihre Stellvertreter werden von der Dienstgeberseite und von der Mitarbeiterseite in der Kommission gewählt. ²Für die dabei erforderlichen Mehrheiten gilt Absatz 1 entsprechend.
- (3) ¹Die Amtsperiode der beiden Vorsitzenden sowie der Beisitzerinnen und Beisitzer und ihrer Stellvertreter entspricht derjenigen der Kommission. ²Bis zur Wahl eines neuen Vermittlungsausschusses nimmt der bestehende Vermittlungsausschuss die Aufgaben wahr, jedoch nicht über die Dauer von zwölf Monaten über das Ende seiner Amtsperiode hinaus. ³Wiederwahl ist zulässig. ⁴Das Amt eines Mitglieds erlischt mit seinem Ausscheiden aus der Kommission, sofern es Mitglied der Kommission ist. ⁵Die dauerhafte Verhinderung ist durch den jeweils anderen Vorsitzenden festzustellen. ⁶Dazu gilt das Verfahren nach Abs. 1.

§ 24 – Anrufung des Vermittlungsausschusses

¹Falls ein Antrag in der Kommission nicht die für einen Beschluss erforderliche Dreiviertelmehrheit erhalten hat, jedoch mindestens die Hälfte der Gesamtheit der Mitglieder dem Beschluss zugestimmt haben, legt die/der Vorsitzende diesen Antrag dem Vermittlungsausschuss vor, wenn auf Antrag wiederum mindestens die Hälfte der Mitglieder für die Anrufung des Vermittlungsausschusses stimmt.

§ 25 – Verfahren vor dem Vermittlungsausschuss

- (1) ¹Die Einladungen zu den Sitzungen des Vermittlungsausschusses erfolgen auf Veranlassung der beiden Vorsitzenden. ²Für jedes Vermittlungsverfahren wird jeweils zu Beginn des Verfahrens einvernehmlich von den Mitgliedern festgelegt, welche(r) der beiden Vorsitzenden die Sitzung nach pflichtgemäßem Ermessen leitet und welche(r) unterstützend

teilnimmt. ³Kommt keine solche einvernehmliche Festlegung zustande, entscheidet das Los. ⁴Die/der leitende Vorsitzende kann im Benehmen mit der/ dem weiteren Vorsitzenden Sachverständige hinzuziehen.

- (2) ¹Die beiden Vorsitzenden unterbreiten dem Vermittlungsausschuss einen gemeinsamen Vermittlungsvorschlag. ²Der Vermittlungsausschuss entscheidet mit einer Mehrheit von mindestens drei Stimmen über den Vermittlungsvorschlag. ³Eine Stimmenthaltung ist nicht zulässig. ⁴Bei der Abstimmung haben die beiden Vorsitzenden gemeinsam nur eine Stimme. ⁵Sollten beide Vorsitzende sich nicht auf einen Vermittlungsvorschlag einigen können, ist das Verfahren beendet.
- (3) ¹Scheidet die/der leitende Vorsitzende während des Verfahrens aus dem Amt aus oder ist dauerhaft krankheitsbedingt oder aus anderen Gründen an der Wahrnehmung des Amtes verhindert, wird die/der andere leitende/r Vorsitzende/r. ²Die dauerhafte Verhinderung ist durch die Vorsitzenden festzustellen. ³Scheidet eine/r der beiden Vorsitzenden aus dem Amt aus bzw. ist eine/r der beiden Vorsitzenden dauerhaft verhindert, so hat binnen einer Frist von acht Wochen ab dem Zeitpunkt des Ausscheidens bzw. ab dem Zeitpunkt der Feststellung der dauerhaften Erkrankung oder Verhinderung eine Neuwahl zu erfolgen. ⁴Solange ruht das Verfahren. ⁵Eine Neuwahl für den Rest der Amtsperiode findet auch dann statt, wenn der Vorsitzende im Sinne des § 23 Abs. 1 S. 5 aus dem Amt ausgeschieden ist oder dauerhaft verhindert ist.
- (4) ¹Das Vermittlungsverfahren soll spätestens zehn Wochen nach Anrufung des Vermittlungsausschusses mit einem Vermittlungsvorschlag oder mit der Feststellung abgeschlossen werden, keinen Vermittlungsvorschlag unterbreiten zu können.
- (5) ¹Der Vermittlungsausschuss kann im Einvernehmen mit beiden Vorsitzenden die Verbindung verschiedener Vermittlungsverfahren beschließen, wenn die Verfahrensgegenstände in sachlichem oder rechtlichem Zusammenhang stehen. ²Nach der Verbindung ist entsprechend Absatz 1 ein leitender Vorsitzender zu bestimmen, wenn kein solcher nach § 23 gewählt ist.
- (6) ¹Das Vermittlungsverfahren ist nicht öffentlich.

§ 26 – Verfahren zur ersetzenden Entscheidung

- (1) ¹Stimmt die Kommission im Falle des § 24 dem Vermittlungsvorschlag nicht mit mindestens drei Viertel der Gesamtheit ihrer Mitglieder innerhalb einer Frist von acht Wochen zu oder entscheidet die Kommission nicht gemäß § 20 selbst über die Angelegenheit, hat sich der Vermittlungsausschuss erneut mit der Angelegenheit zu befassen, wenn mindestens die Hälfte der Gesamtzahl der Mitglieder der Kommission dies beantragt. ²Das Verfahren ist nicht öffentlich.
- (2) ¹Der Vermittlungsausschuss entscheidet mit einer Mehrheit von mindestens drei Stimmen über den bisherigen oder einen neuen Vermittlungsvorschlag. ²Eine Stimmenthaltung ist nicht zulässig. ³Die beiden Vorsitzenden haben gemeinsam nur eine Stimme. ⁴Der Vermittlungsspruch tritt an die Stelle eines Beschlusses der Kommission, der dann dem Diözesanbischof zur Inkraftsetzung gemäß § 20 vorgelegt wird. ⁵Die/der Vorsitzende des Vermittlungsausschusses setzt die Kommission unverzüglich über den Vermittlungsspruch, der dem Diözesanbischof zugeleitet wird, in Kenntnis.
- (3) ¹Das Verfahren zur ersetzenden Entscheidung soll spätestens sechs Wochen nach erneuter Anrufung des Vermittlungsausschusses mit einer ersetzenden Entscheidung oder mit der Feststellung abgeschlossen werden, dass keine ersetzende Entscheidung unterbreitet wird.

§ 27 – Vorbereitungsausschuss

¹Zur Vorbereitung der Sitzungen der Kommission kann ein Vorbereitungsausschuss gebildet werden. ²Er berät die/den Vorsitzende(n) bei der Aufstellung der Tagesordnung. ³Er kann Beschlussanträge stellen und zu Beschlussvorschlägen von Ausschüssen und Anträgen von Kommissionsmitgliedern Stellung nehmen.

§ 28 – Ausschüsse

¹Für die Vorbereitung von Beschlüssen zu einzelnen Sachgebieten kann die Kommission ständige oder zeitlich befristete Ausschüsse einsetzen.

§ 29 – Kosten

- (1) ¹Für die Sitzungen der Kommission, des Vermittlungsausschusses und der Ausschüsse sowie für

die laufende Geschäftsführung und die Beratung der Mitarbeiterseite stellt die Diözese im erforderlichen Umfang Raum, Geschäftsbedarf und Personalkräfte zur Verfügung und trägt die notwendigen Kosten einschließlich der Reisekosten. ²Die Reisekosten für die entsandten Vertreter trägt die Gewerkschaft.

- (2) ¹Die Diözese trägt auch die notwendigen Kosten für die Teilnahme an Schulungsveranstaltungen im Sinne des § 16.
- (3) ¹Ehrenamtlichen Vertreterinnen und Vertretern der Dienstgeber, die nicht im kirchlichen Dienst stehen, wird Verdienstausschlag auf Antrag vom berufenden Bistum erstattet.
- (4) ¹Der/dem Vorsitzenden und der/dem stellvertretenden Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses kann eine Aufwandsentschädigung oder eine Vergütung gewährt werden, wenn sie nicht im kirchlichen Dienst stehen.

§ 30 – Inkrafttreten

¹Diese Ordnung tritt am 1. Januar 2016 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Ordnung in der Fassung vom 6. Juni 2013, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 7 vom 1. Juli 2013, außer Kraft.

Limburg, 19. Januar 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Az.: 565 AH/40931/16/02/1 Apostolischer Administrator

Nr. 397 Beschlüsse der Bundeskommission der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes vom 10. Dezember 2015

I. Änderungen in Anlage 33 zu den AVR – Umsetzung der Tarifeinigung im Sozial- und Erziehungsdienst

A. Änderungen in Anlage 33

1. § 11 Abs. 2 Satz 7 Buchstabe b) wird wie folgt neu gefasst:

„b) in der Entgeltgruppe S 8b bei Tätigkeiten entsprechend dem Tätigkeitsmerkmal der Fallgruppe 2.“
2. § 11 Abs. 2 Satz 8 entfällt.

3. In § 11 Abs. 2 wird ein neuer Satz 9 mit folgendem Inhalt eingefügt:

„Abweichend von Satz 6 erreichen Mitarbeiter, die nach den Tätigkeitsmerkmalen des Anhangs B dieser Anlage in der Entgeltgruppe S 8b eingruppiert sind die Stufe 5 nach sechs Jahren in Stufe 4 und die Stufe 6 nach acht Jahren in Stufe 5.“

4. § 15 Abs. 2a wird wie folgt neu gefasst:

„Für die Jahressonderzahlung von Mitarbeitern in der Entgeltgruppe S 9 findet der in Absatz 2 Satz 1 für die Entgeltgruppen 1 bis 8 ausgewiesene Prozentsatz Anwendung.“

B. Änderungen in Anhang A der Anlage 33

1. In die Tabelle werden zwei neue Entgeltgruppen S 8a und S 8b mit folgenden mittleren Werten eingefügt (in Euro):

S 8b	2.480,00	2.760,00	2.980,00	3.300,00	3.600,00	3.830,00
S 8a	2.460,00	2.700,00	2.890,00	3.070,00	3.245,00	3.427,50

2. Für die Entgeltgruppen S 2 bis S 4 sowie die Entgeltgruppen S 9, S 11, S 12 und S 14 werden die folgenden mittleren Werte festgelegt (in Euro):

S 14	2.909,57	3.182,56	3.437,82	3.697,48	3.984,60	4.185,57
S 12	2.815,04	3.093,78	3.367,29	3.608,45	3.907,04	4.033,37
S 11	2.715,30	3.049,78	3.195,64	3.563,13	3.850,24	4.022,50
S 9	2.480,00	2.760,00	2.980,00	3.300,00	3.600,00	3.830,00
S 4	2.260,76	2.511,63	2.667,73	2.773,65	2.874,00	3.030,34
S 3	2.104,67	2.363,34	2.513,30	2.651,01	2.714,00	2.789,26
S 2	2.009,72	2.115,65	2.193,69	2.282,89	2.372,08	2.461,29

C. Änderungen in Anhang B der Anlage 33

1. Die Entgeltgruppen in Anhang B der Anlage 33 werden wie folgt neu gefasst:

„S 2
Mitarbeiter in der Tätigkeit von Kinderpflegern, Heilerziehungshelfern mit staatlicher Anerkennung oder mit staatlicher Prüfung

S 3
Kinderpfleger, Heilerziehungshelfer mit staatlicher Anerkennung oder mit staatlicher Prüfung und entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Mitarbeiter, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten

und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben

S 4

1. Kinderpfleger, Heilerziehungshelfer mit staatlicher Anerkennung oder mit staatlicher Prüfung und entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Mitarbeiter, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, mit schwierigen fachlichen Tätigkeiten 2
2. Mitarbeiter in der Tätigkeit von Erziehern, Heilerziehungspflegern, Heilerziehern mit staatlicher Anerkennung 3
3. Mitarbeiter mit abgeschlossener Berufsausbildung in der beruflichen Ausbildung/Anleitung in Einrichtungen der Erziehungs-, Behinderten-, Suchtkranken-, Wohnungslosen- oder Straffälligenhilfe 21
4. Mitarbeiter mit abgeschlossener Berufsausbildung als Handwerker oder Facharbeiter oder entsprechender abgeschlossener Berufsausbildung als Gruppenleiter in einer Werkstatt für behinderte Menschen

S 5 (derzeit nicht besetzt)

S 6

1. (entfallen)
2. (entfallen)
3. (entfallen)
4. (entfallen)
5. (entfallen)
6. (entfallen)

S 7

1. (entfallen)
2. (entfallen)
3. Mitarbeiter mit abgeschlossener Berufsausbildung in der beruflichen Ausbildung/Anleitung in Einrichtungen der Erziehungs-, Behinderten-, Suchtkranken-, Wohnungslosen- oder Straffälligenhilfe 21, 26, 27
4. Mitarbeiter mit abgeschlossener Berufsausbildung als Handwerker oder Facharbeiter oder entsprechender abgeschlossener Berufsausbildung und mit sonderpädagogischer Zusatzqualifikation als Gruppenleiter in einer Werkstatt für behinderte Menschen 14
5. Mitarbeiter mit Meisterprüfung in der beruflichen Ausbildung/Anleitung in Einrichtungen der Erziehungs-, Behinderten-, Suchtkranken-, Wohnungslosen- oder Straffälligenhilfe 21, 22

6. Mitarbeiter mit Meisterprüfung/Techniker als Gruppenleiter in einer Werkstatt für behinderte Menschen 20
7. Arbeitserzieher mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit

S 8

1. (entfallen)
2. (entfallen)
3. (entfallen)
4. (entfallen)
5. (entfallen)
6. (entfallen)
7. (entfallen)
8. (entfallen)

S 8a

Erzieher, Heilerziehungspfleger, Heilerzieher mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Mitarbeiter, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben 3, 5

S 8b

1. Erzieher, Heilerziehungspfleger, Heilerzieher mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Mitarbeiter, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, mit besonders schwierigen fachlichen Tätigkeiten 3, 5, 6
2. Mitarbeiter in der Tätigkeit von Sozialarbeitern bzw. Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung
3. Mitarbeiter mit Meisterprüfung/Techniker und mit sonderpädagogischer Zusatzqualifikation oder Arbeitserzieher mit staatlicher Anerkennung als Gruppenleiter in einer Werkstatt für behinderte Menschen 14, 20
4. Mitarbeiter mit Meisterprüfung/Erzieher am Arbeitsplatz in der beruflichen Ausbildung/Anleitung in Einrichtungen der Erziehungs-, Behinderten-, Suchtkranken, Wohnungslosen- oder Straffälligenhilfe 21, 22, 26, 27
5. Arbeitserzieher mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit als verantwortlicher Leiter eines Arbeitsbereiches, wenn ihnen mindestens zwei Mitarbeiter durch ausdrückliche Anordnung ständig unterstellt sind

S 9

1. Erzieher/Heilerziehungspfleger/Heilerzieher mit staatlicher Anerkennung und entsprechender

Tätigkeit mit besonders schwierigen fachlichen Tätigkeiten und mit fachlichen koordinierenden Aufgaben für mindestens zwei Mitarbeiter im Erziehungsdienst 3, 5, 6, 30

2. (entfallen)
3. Mitarbeiter als Leiter von Kindertagesstätten 8
4. Mitarbeiter, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreter von Leitern von Kindertagesstätten mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 40 Plätzen bestellt sind 4, 8, 9
5. Heilpädagogen mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit 7

§ 10

1. (entfallen)
2. (entfallen)
3. Handwerksmeister, Industriemeister oder Gärtnermeister im handwerklichen Erziehungsdienst als Leiter von großen Ausbildungs- oder Berufsförderungswerkstätten oder Werkstätten für behinderte Menschen
4. Mitarbeiter als technische Leiter einer Werkstatt für behinderte Menschen 16
5. Mitarbeiter mit Meisterprüfung/Techniker und mit sonderpädagogischer Zusatzqualifikation oder Arbeitserzieher mit staatlicher Anerkennung in einer Werkstatt für behinderte Menschen als Leiter einer Abteilung 14, 19, 20
6. Mitarbeiter als Leiter eines Teilbereiches in der beruflichen Ausbildung/Anleitung in Einrichtungen der Erziehungs-, Behinderten-, Suchtkranken-, Wohnungslosen- oder Straffälligenhilfe 21, 23
7. Heilpädagogen mit staatlicher Anerkennung/Erzieher mit staatlicher Anerkennung und mit sonderpädagogischer Zusatzausbildung mit entsprechender Tätigkeit in Sonderschulen und Einrichtungen, die der Vorbereitung auf den Sonderschulbesuch dienen 7, 18
8. Heilpädagogen mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit
 - a) in der Erziehungsberatung, der psychosozialen Beratung, der Frühförderung, der Pflegeelternberatung 7
 - b) in gruppenergänzenden Diensten in Einrichtungen der Erziehungs-, Behinderten- oder Gefährdetenilfe 7
 - c) als Leiter einer Gruppe in Einrichtungen der Erziehungs-, Behinderten- oder Gefährdetenilfe 7
 - d) in entsprechenden eigenverantwortlichen Tätigkeiten 7

§ 11

1. Sozialarbeiter und Sozialpädagogen sowie Heilpädagogen mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Mitarbeiter, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben 13
2. Mitarbeiter, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreter von Leitern von Kindertagesstätten für Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX oder für Kinder und Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten oder von Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX bestellt sind 4, 8

§ 12

1. Sozialarbeiter und Sozialpädagogen sowie Heilpädagogen mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Mitarbeiter, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, mit schwierigen Tätigkeiten 11, 13, 28
2. Mitarbeiter als Leiter einer Werkstatt für behinderte Menschen 15
3. Mitarbeiter als technische Leiter einer Werkstatt für behinderte Menschen mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 180 Plätzen 17
4. Mitarbeiter als Leiter des Bereiches der beruflichen Ausbildung/Anleitung mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 60 Plätzen oder mindestens sechs Gruppen in Einrichtungen der Erziehungs-, Behinderten-, Suchtkranken-, Wohnungslosen- oder Straffälligenhilfe 21, 24, 25
5. Mitarbeiter als Leiter von mindestens drei Teilbereichen in der beruflichen Ausbildung/Anleitung in Einrichtungen der Erziehungs-, Behinderten-, Suchtkranken-, Wohnungslosen- oder Straffälligenhilfe 21, 23

§ 13

1. (entfallen)
2. (entfallen)
3. (entfallen)
4. (entfallen)
5. (entfallen)
6. Handwerksmeister, Industriemeister oder Gärtnermeister im handwerklichen Erziehungsdienst als Leiter von Ausbildungs- oder Berufsförderungswerkstätten oder Werkstätten für behinderte Menschen

derte Menschen, die sich durch den Umfang und die Bedeutung ihres Aufgabengebietes wesentlich aus der Entgeltgruppe S 10 Fallgruppe 3 herausheben

7. Mitarbeiter als Leiter von Kindertagesstätten mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 40 Plätzen 8, 9
8. Mitarbeiter, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreter von Leitern von Kindertagesstätten mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 70 Plätzen bestellt sind 4, 8, 9

S 14

Sozialarbeiter und Sozialpädagogen sowie Heilpädagogen mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit, die Entscheidungen zur Vermeidung der Gefährdung des Kindeswohls treffen und in Zusammenarbeit mit dem Familiengericht bzw. Vormundschaftsgericht Maßnahmen einleiten, welche zur Gefahrenabwehr erforderlich sind, oder mit gleichwertigen Tätigkeiten, die für die Entscheidung zur zwangsweisen Unterbringung von Menschen mit psychischen Krankheiten erforderlich sind (z. B. Sozialpsychiatrischer Dienst der örtlichen Stellen der Städte, Gemeinden und Landkreise) 12, 13

S 15

1. (entfallen)
2. (entfallen)
3. (entfallen)
4. (entfallen)
5. (entfallen)
6. (entfallen)
7. Sozialarbeiter und Sozialpädagogen sowie Heilpädagogen mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Mitarbeiter, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, deren Tätigkeit sich mindestens zu einem Drittel durch besondere Schwierigkeit und Bedeutung aus der Entgeltgruppe S 12 heraushebt 13
8. Mitarbeiter als Leiter von Kindertagesstätten mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 70 Plätzen 8, 9
9. Mitarbeiter, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreter von Leitern von Kindertagesstätten mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 100 Plätzen bestellt sind 4, 8, 9
10. Mitarbeiter als Leiter von Kindertagesstätten für Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX oder für Kinder und Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten oder

von Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX 8

11. Mitarbeiter, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreter von Leitern von Kindertagesstätten für Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX oder für Kinder und Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten oder von Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 40 Plätzen bestellt sind 4, 8, 9
12. Mitarbeiter, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreter von Leitern von Heimen der Erziehungs-, Behinderten- oder Gefährdetenhilfe bestellt sind 4, 10

S 16

1. (entfallen)
2. (entfallen)
3. (entfallen)
4. (entfallen)
5. Mitarbeiter als Leiter von Kindertagesstätten mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 100 Plätzen 8, 9
6. Mitarbeiter, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreter von Leitern von Kindertagesstätten mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 130 Plätzen bestellt sind 4, 8, 9
7. Mitarbeiter als Leiter von Kindertagesstätten für Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX oder für Kinder und Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten oder von Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 40 Plätzen 8, 9
8. Mitarbeiter, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreter von Leitern von Kindertagesstätten für Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX oder für Kinder- und Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten oder von Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 70 Plätzen bestellt sind 4, 8, 9
9. Mitarbeiter als Leiter von Heimen der Erziehungs-, Behinderten- oder Gefährdetenhilfe 10
10. Mitarbeiter, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreter von Leitern von Heimen der Erziehungs-, Behinderten- oder Gefährdetenhilfe mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 50 Plätzen bestellt sind 4, 9, 10

S 17

1. (entfallen)
2. (entfallen)
3. (entfallen)
4. Mitarbeiter, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreter von Leitern von Heimen der Erziehungs-, Behinderten- oder Gefährdetenhilfe mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 90 Plätzen bestellt sind 4, 9, 10
5. Sozialarbeiter und Sozialpädagogen sowie Heilpädagogen mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Mitarbeiter, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, deren Tätigkeit sich durch besondere Schwierigkeit und Bedeutung aus der Entgeltgruppe S 12 heraushebt 13
6. Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten und Psychagogen mit staatlicher Anerkennung oder staatlich anerkannter Prüfung und entsprechender Tätigkeit 29
7. Mitarbeiter als Leiter des Bereiches der beruflichen Ausbildung/Anleitung mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 120 Plätzen oder mindestens zwölf Gruppen in Einrichtungen der Erziehungs-, Behinderten-, Suchtkranken-, Wohnungslosen- oder Straffälligenhilfe 9, 21, 24, 25
8. Mitarbeiter als technischer Leiter einer Werkstatt für behinderte Menschen mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 300 Plätzen 16, 17
9. Mitarbeiter als Leiter einer Werkstatt für behinderte Menschen mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 120 Plätzen 15, 17
10. Mitarbeiter als Leiter von Kindertagesstätten mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 130 Plätzen 8, 9
11. Mitarbeiter, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreter von Leitern von Kindertagesstätten mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 180 Plätzen bestellt sind 4, 8, 9
12. Mitarbeiter als Leiter von Kindertagesstätten für Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX oder für Kinder- und Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten oder von Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 70 Plätzen 8, 9
13. Mitarbeiter, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreter von Leitern von Kindertagesstätten für Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX oder für Kinder- und

Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten oder von Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 90 Plätzen bestellt sind 4, 8, 9

S 18

1. (entfallen)
 2. Sozialarbeiter und Sozialpädagogen sowie Heilpädagogen mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Mitarbeiter, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, deren Tätigkeit sich durch das Maß der damit verbundenen Verantwortung erheblich aus der Entgeltgruppe S 17 Fallgruppe 5 heraushebt 13
 3. Mitarbeiter als Leiter des Bereiches der beruflichen Ausbildung mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 180 Plätzen in Einrichtungen der Erziehungs-, Behinderten-, Suchtkranken-, Wohnungslosen- oder Straffälligenhilfe 9, 2
 4. Mitarbeiter mit abgeschlossener Fachhochschulausbildung in der Tätigkeit als Leiter/-innen einer Werkstatt für behinderte Menschen mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 180 Plätzen 15, 17
 5. Mitarbeiter als Leiter von Kindertagesstätten mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 180 Plätzen 8, 9
 6. Mitarbeiter als Leiter von Kindertagesstätten für Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX oder für Kinder- und Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten oder von Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 90 Plätzen 8, 9
 7. Mitarbeiter als Leiter von Heimen der Erziehungs-, Behinderten- oder Gefährdetenhilfe mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 50 Plätzen 9, 10
2. Die Anmerkungen zu den Tätigkeitsmerkmalen der Entgeltgruppen S 2 bis S 18 werden wie folgt geändert:
- a) In Anmerkung Nr. 4 wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Je Kindertagesstätte und je Erziehungsheim soll ein ständiger Vertreter des Leiters bestellt werden.“

- b) In Anmerkung Nr. 9 wird folgender neuer Satz 3 eingefügt (die bisherigen Sätze 3 und 4 werden zu Sätzen 4 und 5):

„Eine Unterschreitung um mehr als 5 v. H. führt erst dann zur Herabgruppierung, wenn die maßgebliche Platzzahl drei Jahre hintereinander unterschritten wird.“

- c) Es wird eine neue Anmerkung Nr. 29 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Unter dieses Tätigkeitsmerkmal fallen nicht Mitarbeiter mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulbildung und entsprechender Tätigkeit.“

- d) Es wird eine neue Anmerkung Nr. 30 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Der Dienstgeber kann zur Deckung des Personalbedarfs eine monatliche Zulage an den Mitarbeiter zahlen, deren Höhe mindestens 80 Euro betragen soll.“

D. Anhang F zur Anlage 33

In die Anlage 33 wird folgender neuer Anhang F eingefügt:

„Zuordnungsregelung für Bestandsmitarbeiter

Präambel

Diese Zuordnungsregelung dient der Umsetzung des Bundesbeschlusses vom 10. Dezember 2015 zur Umsetzung der Tarifeinigung im Sozial- und Erziehungsdienst vom 30. September 2015, welcher im Zuständigkeitsbereich der Regionalkommissionen durch Beschluss der jeweiligen Regionalkommission in Kraft tritt. Sie legt die Durchführung der Höhergruppierung fest und stellt sicher, dass der einzelne Mitarbeiter durch die Änderung der Tabellenwerte kein geringeres Tabellenentgelt hat.

§ 1 Geltungsbereich

Diese Zuordnungsregelung gilt für Mitarbeiter, die am Tag vor dem Inkrafttreten des Bundesbeschlusses durch Beschluss der jeweiligen Regionalkommission in einem Dienstverhältnis standen, das am Tag des Inkrafttretens des Bundesbeschlusses durch Beschluss der jeweiligen Regionalkommission fortbesteht.

§ 2 Durchführung der Höhergruppierung

- (1) Bei Mitarbeitern der nachfolgend aufgeführten Entgeltgruppen erfolgt die Höhergruppierung stufengleich und unter Beibehaltung der in ihrer Stufe zurückgelegten Stufenlaufzeit.

Entgeltgruppe alt	Entgeltgruppe neu
S 6 Fallgruppe 1	S 8a
S 6 Fallgruppe 2	S 7 Fallgruppe 7
S 6 Fallgruppe 3	S 7 Fallgruppe 3
S 6 Fallgruppe 4	S 7 Fallgruppe 5
S 6 Fallgruppe 5	S 7 Fallgruppe 4
S 6 Fallgruppe 6	S 7 Fallgruppe 6
S 7 Fallgruppe 1	S 9 Fallgruppe 3
S 7 Fallgruppe 2	S 9 Fallgruppe 4
S 8 Fallgruppe 1	S 8b Fallgruppe 1*
S 8 Fallgruppe 2	S 9 Fallgruppe 5
S 8 Fallgruppe 5	S 8b Fallgruppe 2
S 8 Fallgruppe 6	S 8b Fallgruppe 3*
S 8 Fallgruppe 7	S 8b Fallgruppe 4*
S 8 Fallgruppe 8	S 8b Fallgruppe 5*

* Mitarbeiter, die bereits mindestens sechs Jahre in der Stufe 4 zurückgelegt haben, steigen unmittelbar in die Stufe 5 auf, Mitarbeiter, die bereits mindestens acht Jahre in der Stufe 5 zurückgelegt haben, steigen unmittelbar in die Stufe 6 auf. Ansprüche für die Vergangenheit entstehen nicht, überschießende Stufenlaufzeiten finden keine Berücksichtigung.

- (2) Für alle anderen Mitarbeiter erfolgt die Höhergruppierung nach § 13 Abs. 4 der Anlage 33 zu den AVR. Die Zuordnung zu einer höheren Entgeltgruppe erfolgt bei diesen Mitarbeitern nur auf Antrag. Der Antrag kann innerhalb einer Frist von 12 Monaten ab dem Tag des Inkrafttretens in der jeweiligen Regionalkommission gestellt werden. Der Antrag wirkt auf den Tag des Inkrafttretens in der jeweiligen Regionalkommission zurück. Ruht das Dienstverhältnis beginnt die Frist mit der Wiederaufnahme der Tätigkeit. Fallen bei diesen Mitarbeitern am Tag des Inkrafttretens in der jeweiligen Regionalkommission der Stufenaufstieg und die Höhergruppierung zusammen, erfolgt erst der Stufenaufstieg und anschließend die Höhergruppierung.

§ 3 Fortgeltung der Tabellenwerte

Für Mitarbeiter der Stufen 1 und 2 der Entgeltgruppe S 9 Fallgruppe 1 gelten die vor dem Inkrafttreten in der jeweiligen Regionalkommission festgelegten Tabellenwerte weiter, bis sie die Stufe 3 erreicht haben.“

E. Inkrafttreten

Dieser Beschluss tritt zum 1. Januar 2016 in Kraft.

Im Zuständigkeitsbereich einer Regionalkommission werden die Änderungen nach den Abschnitten A bis C dieses Beschlusses zu dem Zeitpunkt wirksam, zu dem die Regionalkommission durch Beschluss innerhalb der von der Bundeskommission festgelegten Bandbreite Werte zur Höhe der Tabellenentgelte nach Abschnitt B dieses Beschlusses für die unter die Anlage 33 zu den AVR fallenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter festlegt.

II. Wegfall der Anwendung der Sonderregelung Berlin (SR Berlin)/Anhang C – Einführung einer neuen Anlage 1e zu den AVR

1. Die Anwendung der Sonderregelung Berlin (SR Berlin)/Anhang C entfällt ab 1. Januar 2017.
2. In die AVR wird die folgende neue Anlage 1e eingefügt:

„Anlage 1e: Wegfall der Anwendung der Sonderregelung Berlin/Anhang C

§ 1 Geltungsbereich

- (1) ¹Für alle Mitarbeiter findet mit Wirkung ab dem 01.01.2017 die Sonderregelung Berlin (SR Berlin)/Anhang C keine Anwendung mehr und wird aufgehoben. ²Als Rechtsfolge davon finden auch die entsprechenden Ausnahmeregelungen in den AVR ab dem 01.01.2017 keine Anwendung mehr. ³Dies sind insbesondere Abschnitt III, § 3 (a) lit. aa) Unterabs. 3 der Anlage 1 zu den AVR, § 1 Abs. 5 der Anlage 6a zu den AVR und Abs. 4 der Anlage 13a zu den AVR.
- (2) ¹Für alle Mitarbeiter, die nach dem Inkrafttreten dieses Beschlusses neu in ein Dienstverhältnis eintreten, auf das der Dienstgeber die SR Berlin/Anhang C üblicherweise anwendet, findet diese bis zum 31.12.2016 weiterhin Anwendung.

§ 2 Überleitung von Mitarbeitern von der Anwendung der SR Berlin/Anhang C in die Anlagen 2 bis 2d zu den AVR (Eingruppierung und Regelvergütungsstufe)

- (1) ¹Alle Mitarbeiter, die nach der SR Berlin/Anhang C abweichend von Anlage 2 bis 2d zu den AVR sinngemäß entsprechend den Bestimmungen des öffentlichen Dienstes nach dem BAT/Bund-Länder eingruppiert waren und/oder nicht nach Anlage 3 zu den AVR vergütet wurden, werden mit Ablauf des 31.12.2016 in die nach den Anlagen 2 bis 2d zu den AVR maßgebliche Vergütungsgruppe eingruppiert.
- (2) ¹Jeder Mitarbeiter wird ab 01.01.2017 in die zahlenmäßig gleiche Regelvergütungsstufe innerhalb der jeweiligen Vergütungsgruppe der Anlagen 2 bis 2d zu den AVR eingruppiert. ²Wenn eine zahlenmäßig gleiche Überleitung nicht möglich ist, wird der Mitarbeiter der höchsten Stufe der jeweiligen Vergütungsgruppe zugeordnet. ³Die in der jeweiligen Stufe zurückgelegten Zeiten werden bei der Umstellung angerechnet. ⁴Er erhält ab dem 01.01.2017 als Teil der Dienstbezüge nach Abschnitt II eine Regelvergütung nach Anlage 3 zu den AVR.
- (3) ¹Alle Mitarbeiter, die nach Inkrafttreten dieses Beschlusses bis zum 31.12.2016 neu in ein Dienstverhältnis aufgenommen werden, auf das die SR Berlin/Anhang C üblicherweise angewandt wird, werden ebenfalls zum 31.12.2016 nach Abs.1 und 2 in Anlage 2 bis 2 d zu den AVR eingruppiert und vergütet.

§ 3 Dokumentation der Vergütungsveränderung

¹Der Dienstgeber informiert die von dieser Regelung betroffenen Mitarbeiter bei Inkrafttreten dieser Regelung über die eintretenden Veränderungen der Vergütung. ²Der Dienstgeber erstellt zum 31.12.2016 eine Ermittlung des monatlichen Brutobetrag, um den sich die jeweilige Vergütung der von diesem Beschluss betroffenen Mitarbeiter verändert und informiert jeden betroffenen Mitarbeiter in Schriftform über die durch diesen Beschluss eintretenden Veränderungen.

§ 4 Besitzstand

- (1) ¹Soweit ein Mitarbeiter nach der Überleitung schlechter gestellt wäre als zuvor, erhält er den

gemäß Abs. 3 errechneten Differenzbetrag als Besitzstandszulage.

- (2) ¹Die Mitarbeiter im Archiv- und Bibliotheksdienst, denen nach der SR Berlin/Anhang C ein Bewährungsaufstieg zusteht, den die Anlage 2 zu den AVR nicht vorsieht und die am 31.12.2016 die für diese Höhergruppierung erforderliche Zeit der Bewährung oder Tätigkeit zur Hälfte erfüllt haben, sind zu dem Zeitpunkt, zu dem sie bei Fortgeltung SR Berlin höhergruppiert wären, in die nächst höhere Vergütungsgruppe nach Anlage 2 zu den AVR eingruppiert.
- (3) ¹Der Besitzstand ergibt sich aus einem möglichen Differenzbetrag zwischen der Vergütungshöhe nach SR Berlin/Anhang C zu den AVR für den Monat Dezember 2016 und der sich aus § 2 Absatz 2 vorgesehenen Vergütungshöhe, die dem Mitarbeiter im Monat Dezember 2016 zustehen würde. ²Der Differenzbetrag wird einmalig zum Stichtag ermittelt. ³Zur Monatsvergütung im Sinne dieser Regelung gehören die Regelvergütung gemäß Abschnitt III der Anlage 1 zu den AVR, die Kinderzulage gemäß Abschnitt V der Anlage 1 zu den AVR, die Besitzstandsregelungen gemäß Anlage 1b zu den AVR und weitere regelmäßig gewährte Zulagen.
- (4) ¹Für den Mitarbeiter, der nicht für alle Tage im Monat Dezember 2016 oder für keinen Tag dieses Monats Bezüge erhält, wird die Vergleichsvergütung so bestimmt, als hätte er für alle Tage dieses Monats Anspruch auf die Bezüge.
- (5) ¹Ruht das Beschäftigungsverhältnis im Dezember 2016, wird der Mitarbeiter bei der Berechnung der Vergleichsvergütung so gestellt, als würde das Beschäftigungsverhältnis im Dezember 2016 nicht ruhen.
- (6) ¹Soweit zum Zeitpunkt der Überleitung auf Grundlage der SR Berlin/Anhang C für den Mitarbeiter ein Anspruch auf Dienstbefreiung unter Fortzahlung der Dienstbezüge an Fronleichnam, am Reformationstag oder an einem vergleichbaren religiösen Feiertag bestand, wird diese Regelung für den betroffenen Mitarbeiter bis 31.12.2019 beibehalten.“

7. Dieser Beschluss tritt zum 1. Dezember 2015 in Kraft.

Für das Bistum Limburg

Limburg, 10. Februar 2016
Az.: 359H/45168/15/01/11

+ Weihbischof Manfred Grothe
Apostolischer Administrator

Nr. 398 Vertretung der Bezirke des Bistums im ehemaligen Priesterrat des Bistums Limburg

1. Mit Eintritt der Sedisvakanz ist der Priesterrat der Diözese Limburg aufgehoben. Bei Wahrung der Rechte des Konsultorenkollegiums ist für die Zeit der Sedisvakanz durch die Ordnung für die Beratung des Apostolischen Administrators durch die Mitglieder des früheren Priesterrates vom 10. Juni 2014 verfügt, dass es regelmäßige Zusammenkünfte des Apostolischen Administrators mit den Mitgliedern des früheren Priesterrates gibt. In dieser Weise soll eine Beratung des Apostolischen Administrators aus dem Kreis der Priester erfolgen.
2. Durch das Ausscheiden verschiedener zu Beginn der letzten Amtsperiode des Priesterrates gewählten Priester ist aktuell nicht gewährleistet, dass alle Bezirke des Bistums in der Begegnung des Apostolischen Administrators mit den Mitgliedern des ehemaligen Priesterrates repräsentiert sind. Um eine solche Repräsentanz der jeweiligen Bezirkspresbyterien zu gewährleisten, wurden nach Anhörung des ehemaligen Priesterrates die Bezirksdekane gebeten, nach Abstimmungen mit den Priestern des jeweiligen Bezirkes einen Vorschlag für die Berufung in den Kreis des ehemaligen Priesterrates vorzulegen.
3. Unter Berücksichtigung der Rückmeldung durch die Bezirksdekane der Bezirke Westerwald, Wetzlar und Rhein-Lahn berufe ich hiermit aus dem Bezirk Westerwald Pfarrer P. Guido Dupont OCist, aus dem Bezirk Wetzlar Pfarrer Martin Weber und aus dem Bezirk Rhein-Lahn Pfarrvikar Manfred Döbbeler zur Mitwirkung an der Beratung des Apostolischen Administrators durch die Mitglieder des früheren Priesterrates.
4. Sofern der künftige Bischof von Limburg in Wahrnehmung der ihm gemäß c. 501 § 2, Teilsatz 2 CIC gegebenen Möglichkeit einer Wiedereinsetzung des ehemaligen Priesterrates als Priesterrat des Bistums Limburg Gebrauch machen sollte, rege ich an, dass eine Bestätigung des ehemaligen Priesterrates auch

die hier in diesem Dekret genannten Priester berücksichtigt.

Limburg, 2. Februar 2016
Az.: 038 A/9254/16/0111

+ Weihbischof Manfred Grothe
Apostolischer Administrator

Nr. 399 Verfügung zur Errichtung Pastoraler Einheiten im Bezirk Main-Taunus

Seit dem 1. Januar 2012 wird vom Bistum Limburg in allen Bezirken, die schon visitiert wurden, ein neuer Zuschnitt der Pastoralen Räume festgelegt. Im Bezirk Main-Taunus werden mit Termin 2. Februar 2016 aus bisher 8 Pastoralen Räumen 5 Pastorale Einheiten gebildet. Diese Einheiten werden zu unterschiedlichen Zeitpunkten jeweils zu Pastoralen Räumen errichtet. Dem schließt sich dann zu einem zeitlich noch zu bestimmenden Zeitpunkt der Pfarreiwerdungsprozess an, der zur Errichtung einer Pfarrei neuen Typs führt. Zwei pastorale Einheiten bestehen bereits nur aus einer Pfarrei.

Im Einzelnen werden folgende fünf Pastorale Einheiten gebildet:

1. Eine Einheit bildet die Pfarrei St. Franziskus, Kelkheim

Hier ist der Pfarreiwerdungs-Prozess bereits abgeschlossen. Die Pfarrei St. Franziskus wurde am 1. Januar 2016 vom Apostolischen Administrator errichtet.

2. Eine Einheit bildet der Pastorale Raum Hofheim-Kriftel und die Pfarrei St. Laurentius-St. Michael-St. Margareta-St. Jakobus, Eppstein

3. Eine Einheit wird gebildet aus den Pfarreien St. Peter und Paul, Hochheim, und St. Gallus, Flörsheim

4. Eine Einheit bildet die Pfarrei St. Martinus, Hattersheim

5. Eine Einheit wird gebildet aus den bisherigen Pastoralen Räumen Schwalbach-Eschborn und der Pfarrei St. Marien und St. Katharina, Bad Soden

Für die Pastoralen Einheiten, die jetzt nicht aus einer einzigen Pfarrei bestehen, gilt:

Die förmliche Errichtung des Pastoralen Raumes erfolgt spätestens zum 1. Januar 2020, damit gemäß der Empfehlung des Diözesansynodalarates (DSR) und der Entscheidung des Apostolischen Administrators bis Mitte

der 14. Amtszeit der synodalen Gremien, also in der zweiten Jahreshälfte 2021, entschieden werden kann, zu welchem Zeitpunkt zeitnah die Pfarrei neuen Typs errichtet werden kann.

Die Pastoralteams und synodalen Gremien können somit den Takt und die Intensität der Zusammenarbeit von Beginn an gemeinsam gestalten und die weiteren pastoralen Entwicklungen (Katholikenzahlen, Bevölkerungsentwicklung, Personal) in ihre Überlegungen einbeziehen.

Sollte von den Verantwortlichen vor Ort eine frühere Errichtung des Pastoralen Raumes, ein früherer Errichtungstermin der Pfarrei neuen Typs oder Pfarreizusammenschlüsse im Sinne eines Zwischenschritts und gemäß der DSR-Empfehlung und der Entscheidung des Apostolischen Administrators als sinnvoll angesehen werden, ist dies grundsätzlich möglich, allerdings nur in Abstimmung mit dem Bischöflichen Ordinariat.

Für Entwicklungen im Bereich des Pastoralen Personals gilt:

Diese Festlegung der pastoralen Einheiten im Bezirk gilt solange, wie das Bistum eine ausreichende Zahl von Priestern und pastoralen Mitarbeiter/inne/n zur Verfügung hat. Sollte dies nicht mehr der Fall sein, werden die zukünftige Pfarrei Flörsheim/Hochheim und die Pfarrei St. Martinus, Hattersheim vereinigt.

Bischöfliches Ordinariat

Nr. 400 Entsendeordnung für die Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften in die KODA der Diözese Limburg (Entsendeordnung)

§ 1 – Gegenstand

Diese Entsendeordnung regelt gemäß § 9 Abs. 9 der KODA-Ordnung die Entsendung von einer Vertreterin oder einem Vertreter der Gewerkschaften auf der Mitarbeiterseite in die Kommission.

§ 2 – Vorbereitung

- (1) Spätestens neun Monate vor dem Ende der Amtszeit der KODA veröffentlicht die oder der der Dienstnehmerseite angehörende Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende der Kommission im Amtsblatt der Diözese die Bekanntmachung über die Bildung einer neuen Kommission und fordert

gleichzeitig in dieser Veröffentlichung die tariffähigen Arbeitnehmerkoalitionen (Gewerkschaften), auf, binnen zwei Monaten nach Bekanntmachung (Anzeigefrist) mitzuteilen, ob sie eine Vertreterin oder einen Vertreter in die Kommission entsenden wollen und zu erklären, dass sie vertretungsberechtigt gem. Abs. 3 sind. Zusätzlich soll eine Pressemitteilung über diesen Aufruf erscheinen. Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass ein Sitz zu vergeben ist.

- (2) Gewerkschaften, die sich an dem Verfahren zu Entsendung einer Vertreterin oder eines Vertreters in die Kommission beteiligen wollen, müssen dies gegenüber der oder dem der Dienstnehmerseite angehörenden Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission innerhalb der Anzeigefrist schriftlich mitteilen. Die Anzeige kann nur bis zum Ablauf dieser Anzeigefrist abgegeben werden. Anzeigen die nach dieser Frist eingereicht werden können nicht mehr berücksichtigt werden (Ausschlussfrist).
- (3) Berechtigt zur Entsendung von Vertreterinnen oder Vertretern sind nur Gewerkschaften, die nach ihrer Satzung für die Regelungsbereiche der jeweiligen Kommission örtlich und sachlich zuständig sind. Weitere Voraussetzung ist, dass mindestens ein Mitglied der jeweiligen Gewerkschaft bei einem der Rechtsträger gem. § 1 der jeweils gültigen „Ordnung zur Mitwirkung bei der Gestaltung des Arbeitsvertragsrechtes durch eine Kommission für den Bereich des Bistums Limburg (KODA)“ tätig ist. Auf Anforderung der oder des Vorsitzenden hat die Gewerkschaft dies durch eine eidesstattliche notariell beurkundete Erklärung nachzuweisen. Erfüllt eine Gewerkschaft diese Voraussetzungen nicht, wird sie hierüber durch die oder den der Dienstnehmerseite angehörenden Vorsitzende bzw. Vorsitzenden oder der bzw. dem stellvertretenden Vorsitzenden der KODA schriftlich in Kenntnis gesetzt. Gegen die Entscheidung der oder des Vorsitzenden bzw. der oder des stellvertretenden Vorsitzenden ist Klage beim Kirchlichen Arbeitsgericht innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Wochen nach Bekanntgabe der Entscheidung zulässig. Die Frist beginnt zu laufen, wenn die Gewerkschaft über den Rechtsbehelf, das Gericht und die einzuhaltende Frist schriftlich belehrt worden ist.

§ 3 – Durchführung der Entsendung

- (1) Nach Ablauf der Anzeigefrist lädt die oder der der Dienstnehmerseite angehörende Vorsitzende oder

stellvertretende Vorsitzende der KODA die mitwirkungsberechtigten und mitwirkungswilligen Gewerkschaften zu einer Sitzung ein, in der sie sich auf die Entsendung auf den für die KODA zur Verfügung stehenden Sitz der Gewerkschaften einigen sollen. Erklärt nur eine Gewerkschaft ihr Interesse an der Entsendung in die Kommission, so fällt der Sitz für die Wahlperiode automatisch an diese Gewerkschaft. Findet bei mehreren interessierten Gewerkschaften keine einvernehmliche Entsendung statt, so erfolgt die Entsendung durch geheime Wahl, wobei jede Gewerkschaft eine Stimme erhält. Kommt auch hier nach drei Wahlgängen keine Einigung zustande bzw. herrscht Stimmengleichheit, so bleibt der Sitz für die Wahlperiode unbesetzt.

Die Sitzung wird von der oder dem der Dienstnehmerseite angehörenden Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission geleitet, das Ergebnis in einem Protokoll festgehalten.

- (2) Die namentliche Benennung der Vertreterin oder des Vertreters der Gewerkschaften, die oder der gem. Abs. 1 in die KODA entsendet wird, erfolgt durch die jeweilige Gewerkschaft spätestens 3 Monate vor dem Ende der Amtszeit der laufenden Periode.
- (3) Als Gewerkschaftsvertreterinnen oder Gewerkschaftsvertreter können nur Personen benannt werden, die die Gewähr dafür bieten, dass sie das verfassungsmäßige Selbstbestimmungsrecht der Kirche zur Gestaltung der sozialen Ordnung ihres Dienstes achten und die Eigenart des kirchlichen Dienstes respektieren. Die oder der der Dienstnehmerseite angehörende Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende der Kommission prüft, ob die benannten Personen die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in der Kommission erfüllen. Liegen die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in der Kommission nicht vor, lehnt die oder der der Dienstnehmerseite angehörende Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende der Kommission die benannte Person ab und teilt dies der entsendenden Gewerkschaft schriftlich mit. Gegen die Entscheidung der oder des der Dienstnehmerseite angehörenden Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission ist Klage beim Kirchlichen Arbeitsgericht innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Wochen nach Bekanntgabe der Entscheidung zulässig. Die Frist beginnt nur zu laufen, wenn die Gewerkschaft über den Rechtsbehelf, das Gericht, bei dem der Rechtsbehelf anzubringen

ist, den Sitz und die einzuhaltende Frist schriftlich belehrt worden ist.

§ 4 – Ergebnis der Entsendung

Das Ergebnis der Entsendung teilt die oder der der Dienstnehmerseite angehörende Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende der Geschäftsführung der Kommission zur Verkündung im Amtsblatt mit.

§ 5 – Nachfolgeregelung

Scheidet eine Vertreterin oder ein entsandter Vertreter während der Wahlperiode aus der Kommission aus oder wird sie oder er abberufen, entsendet die betroffene Gewerkschaft unverzüglich eine neue Vertreterin oder einen neuen Vertreter für den Rest der laufenden Wahlperiode.

§ 6 – Kosten

Die durch die Entsendung entstehenden Kosten tragen die Gewerkschaften.

§ 7 – Vorsitz oder stellvertretender Vorsitz

Ist in dieser Ordnung oder in § 9 der KODA-Ordnung die Rede von der oder dem Vorsitzenden bzw. der oder dem stellvertretenden Vorsitzenden ist damit stets die oder der Vorsitzende bzw. die oder der stellvertretende Vorsitzende der Kommission der laufenden Amtszeit beziehungsweise der vergangenen Amtszeit gemeint und nicht die oder der der Dienstnehmerseite angehörende Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende der Kommission der gemäß dieser Ordnung neu zu besetzenden Kommission.

§ 8 – In Kraft treten

Die Entsendeordnung tritt zum 01.01.2016 in Kraft.

§ 9 – Übergangsregelung

Da die Amtszeit der gegenwärtigen Kommission bereits am 06.02.2016 endet, beginnen die in den §§2 und 3 enthaltenen Fristen ausnahmsweise für die kommende Amtszeit erst einen Monat nach Veröffentlichung dieser Ordnung. Das von den Gewerkschaften entsandte KODA-Mitglied wird deshalb ausnahmsweise während einer laufenden KODA-Amtszeit in die Kommission entsandt.

Limburg, 29. Dezember 2015
Az.: 565AH/40931/16/01/1

Wolfgang Rösch
Ständiger Vertreter des
Apostolischen Administrators

Nr. 401 Bekanntmachung über die Bildung einer neuen KODA mit Beteiligungsmöglichkeit der Gewerkschaften

Im Februar 2016 wurde nach Ablauf der Amtszeit der bisherigen Kommission zur Ordnung des diözesanen Arbeitsvertragsrechts für das Bistum Limburg (Bistums-KODA) eine neue Bistums-KODA gebildet. Hierbei haben die tariffähigen Arbeitnehmerkoalitionen (Gewerkschaften) erstmals die Möglichkeit, sich auf eine eigene Vertreterin oder einen eigenen Vertreter zu einigen und für die Mitarbeiterseite in die Bistums-KODA zu entsenden.

Berechtigt zur Entsendung einer Vertreterin oder eines Vertreters sind Gewerkschaften, die nach ihrer Satzung für Regelungsbereiche der Bistums-KODA Limburg örtlich und sachlich zuständig sind. Weiterhin ist erforderlich, dass mindestens ein Mitglied der jeweiligen Gewerkschaft bei einem der Rechtsträger gemäß § 1 KODA-Ordnung tätig ist.

Den betroffenen Gewerkschaften wird hiermit Gelegenheit gegeben, sich binnen einer Anzeigefrist von zwei Monaten nach Bekanntmachung an der Entsendung einer Vertreterin oder eines Vertreters in die Bistums-KODA zu beteiligen.

Gewerkschaften, die sich an der Entsendung einer Vertreterin oder eines Vertreters in die Bistums-KODA Limburg beteiligen wollen, müssen dies gegenüber dem Vorsitzenden der Bistums-KODA, Herrn Johannes Müller-Rörig, Roßmarkt 4, 65549 Limburg, innerhalb der o.g. Anzeigefrist, also bis spätestens 17. Mai 2016 schriftlich mitteilen. Die Anzeige kann nur bis zum Ablauf dieser Anzeigefrist abgegeben werden. Anzeigen, die nach dieser Frist eingereicht werden, können nicht mehr berücksichtigt werden (Ausschlussfrist).

Johannes Müller-Rörig
Vorsitzender der Bistums-KODA Limburg

Nr. 402 Ankündigung der Palmsonntagskollekte: „Hilfe leisten – Hoffnung spenden. In Solidarität mit den Christen im Heiligen Land“

Aus Angst vor Krieg und Gewalt haben sich Tausende Männer, Frauen und Kinder aus dem Nahen und Mittleren Osten in den letzten Jahren auf den Weg nach Europa gemacht. Die Diskussionen um Flüchtlingsströme, Willkommenskultur und Asylrechtsverschärfung machen deutlich: Der Nahe Osten ist uns ganz nah! Die Entwicklungen im Heiligen Land haben unmittelbare

Auswirkungen auf die Gesellschaften in Europa – und umgekehrt.

Wir in Deutschland können durch die Kollekte an Palmsonntag die Menschen im Heiligen Land unterstützen und ihre Lebenssituation verbessern.

Der Leitgedanke zur Palmsonntagskollekte 2016 „Hilfe leisten – Hoffnung spenden. In Solidarität mit den Christen im Heiligen Land“ macht deutlich, dass es das gemeinsame Ziel aller Gläubigen sein muss, durch konkrete Hilfe christliches Leben im Heiligen Land zu sichern. Die Kirche an den Ursprungsstätten unseres Glaubens benötigt unsere Unterstützung, damit sie ihren Dienst an den Menschen erfüllen kann. Auch die deutschen Bischöfe bitten in ihrem Aufruf um Solidarität mit den Christen im Nahen Osten.

So wird um eine großzügige Spende für die Palmsonntagskollekte gebeten und um entsprechende Hinweise.

Das Generalsekretariat des Deutschen Vereins vom Heiligen Lande, Steinfelder Gasse 17, 50670 Köln, versendet an die Pfarrgemeinden Plakate für den Aushang und Textvorschläge für die Ankündigung. Sämtliche Materialien stehen auch als Download zur Verfügung: www.palmsonntagskollekte.de.

Die Seelsorger werden gebeten, die Mitgliedschaft im Deutschen Verein vom Heiligen Lande zu empfehlen.

Nr. 403 Ankündigung der Diakonenweihe

Am Samstag, den 12. März 2016, wird Weihbischof Dr. Thomas Löhr fünf Priesterkandidaten des Bistums Limburg die Diakonenweihe spenden. Die Weiheliturgie beginnt um 10:00 Uhr im Hohen Dom zu Limburg.

Die Priester und Diakone sind eingeladen, durch ihre Teilnahme an der Diakonenweihe ein Zeichen der Verbundenheit mit den Weihekandidaten zu setzen. Sie sind gebeten, in Chorkleidung und violetter Stola zu erscheinen. Im Südquerhaus des Domes ist eine begrenzte Zahl an Plätzen reserviert.

Die Pfarreien und alle Gläubigen im Bistum sind eingeladen, die Weihekandidaten durch ihr Gebet zu begleiten.

Nr. 404 Änderung des Ritus der Fußwaschung am Gründonnerstag

Mit Dekret vom 6. Januar 2016 (abgedruckt in diesem Amtsblatt) hat die Kongregation für den Gottesdienst

und die Sakramentenordnung auf Wunsch des Heiligen Vaters den Ritus der Fußwaschung in der Messe vom letzten Abendmahl am Gründonnerstag modifiziert.

Um das Volk Gottes in seiner Verschiedenheit und Einheit zu repräsentieren, kann diese Gruppe künftig, wie es ausdrücklich heißt, „aus Männern und Frauen bestehen und angemessener Weise aus Jungen und Alten, Gesunden und Kranken, Klerikern, Ordensleuten und Laien“. Die Beschränkung auf männliche Teilnehmer ist damit ab sofort aufgehoben.

Dementsprechend lautet in der betreffenden Rubrik im Messbuch zur Karwoche und Osteroktav, S. 26, sowie im Messbuch I, S. [23], der bisherige Satz „Die Altardiener geleiten die Männer, an denen die Fußwaschung vorgenommen werden soll, zu den an geeigneter Stelle bereitgestellten Sitzen“ künftig wie folgt: „Die Altardiener geleiten diejenigen, die aus dem Volk Gottes dazu ausgewählt wurden, zu den an geeigneter Stelle bereitgestellten Sitzen“.

Nr. 405 Begräbnisfeier während des Triduum Paschale

Es wird darauf hingewiesen, dass am Gründonnerstag und an den Tagen des Triduum Paschale keine Begräbnismesse gefeiert werden darf.

An die Stelle kann eine Wort-Gottes-Feier gemäß dem Rituale (2009) bzw. dem Manuale (2012) „Die kirchliche Begräbnisfeier“ treten. Die heilige Kommunion darf nicht ausgeteilt werden (vgl. AEM Nr. 336 sowie die Hinweise im Direktorium des Bistums Limburg, S. 44).

Nr. 406 Ernennung von Missionaren der Barmherzigkeit zum Jahr der Barmherzigkeit

Aus Anlass des Jahres der Barmherzigkeit wurden am Aschermittwoch 2016 auf Empfehlung des Apostolischen Administrators nachstehende Priester durch Papst Franziskus als „Missionare der Barmherzigkeit“ für das Bistum Limburg ausgesandt:

- P. Wendelin Köster SJ, Frankfurt,
- Bezirksdekan Pfarrer Dr. Christof May, Braunfels,
- Pfarrer Friedhelm Meudt, Dietkirchen,
- Pfarrer Michael Pauly, Geisenheim,
- P. Helmut Schlegel OFM, Frankfurt,
- Kaplan Marc Stenger, Königstein,
- Regens Dr. Christof Strüder, Limburg,
- Bruder Paulus Terwitte OFM Cap, Frankfurt.

Nr. 407 Ausschreibung des diözesanen Projekts „Netzwerk Familienpastoral“

Das diözesane Projekt „Netzwerk Familienpastoral“ wurde erneut ausgeschrieben. Es beinhaltet eine dreijährige Begleitung von pastoralen Vernetzungsprozessen.

Bewerben können sich Pfarreien, die ihre Familienpastoral schwerpunktmäßig in den Blick nehmen wollen. Die verschiedenen Angebote für und mit Familien sollen so vernetzt und gemeinsam weiter entwickelt werden, dass Glaube für möglichst viele Familien neu erlebbar wird. Dabei kommen die Angebote an den verschiedenen Kirchorten und die zahlreichen Angebote kirchlicher Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Familienbildung und Beratungsdienste in den Blick. Gemeinsam wird überlegt, was Familien vor Ort brauchen und wollen.

Die Flyer zur dritten Staffel wurden an alle Pfarreien versandt. Sie beginnt nach den Sommerferien, Bewerbungsfrist ist der 30. April 2016. Nach der Bewerbung wird bei einem Besuch vor Ort die Idee für eine Weiterentwicklung der Pastoral konkretisiert. Über die Teilnahme entscheidet eine diözesane Projektgruppe.

Ausführlichere Informationen erteilt Pastoralreferent Edwin Borg (Projektstelle) unter Tel. 06431 295-311, E-Mail e.borg@bistumlimburg.de, Website: www.familienpastoral.bistumlimburg.de.

Nr. 408 Pauschalvertrag zwischen dem Verband der Diözesen Deutschlands und der GEMA

Musik wird in den Gemeinden und anderen kirchlichen Einrichtungen häufig eingesetzt, vor allem bei Konzerten und Veranstaltungen. Für derartige Nutzungen stehen den an der Schaffung der Musikwerke Beteiligten, also den Komponisten, Textdichtern und Verlagen, eine angemessene Vergütung zu. Die Musikurheber haben sich in Verwertungsgesellschaften organisiert und diesen Einrichtungen relevante Nutzungsrechte zur Wahrnehmung übertragen. Die GEMA kann daher die Rechte nahezu für das Weltrepertoire an geschützter Musik einräumen.

Der Verband der Diözesen Deutschlands unterhält seit Jahrzehnten einen Pauschalvertrag mit der GEMA, wonach bestimmte Konzerte und Veranstaltungen abgegolten sind. Damit die GEMA einen Überblick zu den konkreten Nutzungen und deren Ausprägungen erhält und so in die Lage versetzt wird, die pauschale Vergütung zu bewerten, wurde beginnend mit dem letzten Jahr vereinbart, ein Meldeverfahren einzuführen. Um den Aufwand für die Gemeinden so gering wie möglich

zu halten, sind bestimmte, typischerweise vorkommende Veranstaltungen von der Meldepflicht ausgenommen worden, z. B. jährlich ein stattfindendes Gemeindefest. Die Meldepflicht wird vollständig im Fragebogen für die Kirchen dargestellt, der im Internet unter <https://www.gema.de/musiknutzer/tarife-formulare/tarif-wr-k-2> zu finden ist.

Nachdem das neue Verfahren jetzt ein Jahr gilt, hat zwischen dem Verband der Diözesen Deutschlands und der GEMA ein Gespräch stattgefunden, in dem die Neuerungen auf der Tagesordnung standen. Es konnte festgehalten werden, dass sich die Regelungen grundsätzlich bewährt haben. Entsprechend wurde vereinbart, die Pauschalregelungen unverändert fortzuführen.

Das erste Jahr der Umsetzung war bewusst als Zeitraum für die Einführung geplant. Der Beginn des zweiten Jahres soll zum Anlass genommen werden, um auf die Bedeutung der Meldung hinzuweisen sowie auf die Notwendigkeit, die Meldungen wie vereinbart einzureichen. So ist gewährleistet, dass die für die Kirche und die GEMA vorteilhafte Zusammenarbeit in Form eines Pauschalvertrags auch weiterhin möglich ist.

Bei Fragen steht die GEMA-Bezirksdirektion (Bezirksdirektion Wiesbaden, Abraham-Lincoln-Straße 20, 65189 Wiesbaden, Postfach 2680, 65016 Wiesbaden, Fax: 0611 7905-197, E-Mail: bd-wi@gema.de; Tel. Sachgebiet Hessen: 0611 7905-155, Tel. Sachgebiet Rheinland-Pfalz: 0611 7905-355) zur Verfügung.

Nr. 409 Übertragung der Fußball-EM 2016 in den Pfarreien (Public Viewing)

Vom 10. Juni 2016 bis zum 10. Juli 2016 wird die UEFA EURO 2016 in Frankreich ausgetragen. Auf Anfrage verschiedener Interessenten hat der Verband der Diözesen Deutschlands Kontakt mit den betroffenen Rechteinhabern aufgenommen, um allen Pfarreien und katholischen Einrichtungen, die anlässlich der Fußball-EM die Spiele öffentlich zeigen möchten, eine rechtlich abgesicherte Möglichkeit dazu zu verschaffen.

Im Folgenden werden die notwendigen Schritte für die öffentliche Aufführung der EM-Spiele (sog. Public Viewing) aufgezeigt.

1. Die Übertragungsrechte am Fernsehbild

Die Übertragungsrechte von EM-Spielen (über ARD, ZDF, RTL, Sky etc.) liegen bei der UEFA. Grundsätzlich ist zu unterscheiden zwischen dem nicht-kommerziellen und

dem kommerziellen Public Viewing. Die Frage, wann ein Public Viewing kommerziell ist, wird von der UEFA wie folgt beantwortet: „Kommerzielle öffentliche Übertragungen unterliegen Lizenzgebühren und haben kommerziellen Charakter, etwa durch den Verkauf von Essen und Getränken, durch Eintrittsgelder oder durch Sponsoring durch Dritte. Nicht-kommerzielle öffentliche Übertragungen besitzen keinen solchen kommerziellen Charakter.“

Für beide Kategorien wird eine Lizenz der UEFA benötigt. Die entsprechenden Lizenzen müssen ausschließlich per Online-Antrag per Internet unter der Adresse „<https://uefa.fame.uefa.com/EBS/PublicScreeningService/PublicForm/Presentation.htm?key=MTUwMDAzOTI2>“ beantragt werden. Dies ist derzeit leider nur in englischer Sprache möglich. Bitte beachten Sie, dass eine Anmeldung für ein nicht-kommerzielles oder kommerzielles Public Viewing bis zum 6. Mai 2016 zu erfolgen hat. Die UEFA hat diese Frist gesetzt, um etwaige Prüfungen rechtzeitig vor Beginn der EM am 10. Juni 2016 abschließen zu können. Lizenzen für nicht-kommerzielles Public Viewing werden von der UEFA kostenlos erteilt. Für kommerzielles Public Viewing wird eine Lizenzgebühr erhoben, die sich nach der Zuschauerkapazität richtet.

Das Public Viewing ist ohne eine Anmeldung bei der UEFA zulässig, wenn alle folgenden Kriterien erfüllt sind:

- Das Fassungsvermögen des Ortes, an dem das Public Viewing stattfinden soll, darf nicht für mehr als 300 Leute ausgelegt sein.
- Ein Sponsoring oder eine Eintrittsgebühr ist nicht gestattet.

Bitte beachten Sie, dass beim Public Viewing:

- die Logos/Marken der UEFA oder der UEFA EURO 2016 nicht verwendet werden dürfen.
- die Veranstaltung nicht als offizielle Veranstaltung der UEFA EURO 2016 ausgegeben werden darf.
- das TV-Signal nicht verändert oder modifiziert (etwa in dem zusätzliche Grafiken hinzugefügt werden) werden darf.

Sofern Sie weitere Fragen, insbesondere zur Anmeldung Ihrer Veranstaltung bei der UEFA haben, wenden Sie sich bitte ausschließlich per Mail an die UEFA unter publicScreeningEURO2016@CAA11.com.

2. Die Rechte am Fernsehton (GEMA, GVL und VG Wort)

Da bei der Übertragung der EM-Spiele auch der EM-Song, die Nationalhymnen und in den Pausen Werbung

mit Musik sowie Kommentare der Reporter öffentlich wiedergegeben werden, haben auch die Verwertungsgesellschaften GEMA, GVL, VG Wort und VG Media urheberrechtliche Ansprüche. Diese Rechte werden nicht kostenfrei weitergegeben und sind von jeder teilnehmenden Pfarrei oder Einrichtung unmittelbar an die GEMA zu zahlen.

Für die Zeit der Fußball-EM bietet die GEMA die Nutzung dieser Rechte zu einem Sondertarif an, die im Folgenden aufgeführt sind. Hinzu kommen Aufschläge für die GVL in Höhe von 26 % (17,11 €), die VG Wort in Höhe von 20 % (13,16 €) und die VG Media in Höhe von 16,46 € zzgl. Umsatzsteuer in Höhe von 7 %. Auf diesen Tarif erhalten die katholischen Einrichtungen noch einen Sondernachlass in Höhe von 20 % auf den Nettopreis.

Diese Gebühren sind von jeder teilnehmenden Pfarrei oder Einrichtung unmittelbar an die GEMA zu zahlen. Die entsprechenden Anmeldungen sind vor der öffentlichen Aufführung bei der für Sie zuständigen GEMA-Bezirksdirektion vorzunehmen (Bezirksdirektion Wiesbaden, Abraham-Lincoln-Straße 20, 65189 Wiesbaden, Postfach 2680, 65016 Wiesbaden, Fax: 0611 7905-197, E-Mail: bd-wi@gema.de; Tel. Sachgebiet Hessen: 0611 7905-155, Tel. Sachgebiet Rheinland-Pfalz: 0611 7905-355). Dies geht formlos per Fax oder E-Mail.

Die Rechnung wird Ihnen dann unmittelbar von der GEMA-Bezirksdirektion für alle Verwertungsgesellschaften zugestellt.

Vergütungssätze FS-EM 2016 für die Wiedergabe von Fernsehsendungen anlässlich der Fußball-Europameisterschaft vom 10. Juni bis 10. Juli 2016

10.06.2016 (5) – Nettobeträge zuzüglich z. Zt. 7 % Umsatzsteuer

I. Vergütungssätze

Die Vergütung für die GEMA-Wiedergaberechte anlässlich der Fußball-EM ohne Veranstaltungscharakter beträgt einmalig pauschal 65,82 EUR bei Einsatz von Großbildschirmen unabhängig von der Anzahl der Fernsehgeräte bis zu einer Raumgröße von 200 qm. Als Großbildschirme im Sinne der Vergütungssätze gelten Bildschirme mit einer Bild-diagonale von mehr als 42 Zoll (106 cm). Bei einer Raumgröße von über 200 qm gelten die tariflichen Vergütungssätze FS.

II. Allgemeine Bestimmungen

1. Geltungsbereich

Die Vergütungssätze gelten für die Nutzung von Werken des GEMA-Repertoires bei der Wiedergabe von Fernsehsendungen zur Unterhaltung ohne Veranstaltungscharakter anlässlich der Fußball-Europameisterschaft vom 10.06. bis 10.07.2016.

2. Umfang der Einwilligung

Die Einwilligung umfasst nur die der GEMA zustehenden Rechte.

3. Gesamtvertragsnachlass

Den Mitgliedern von Organisationen, mit denen die GEMA einen Gesamtvertrag geschlossen hat, wird ein Nachlass entsprechend den gesamtvertraglichen Vereinbarungen eingeräumt.

Mit Termin 1. Januar 2016 hat der Apostolische Administrator Pfarrer P. Toni SCHRÖERS SAC zum stellvertretenden Dekan des Dekanats Limburg ernannt.

Mit Termin 6. Januar 2016 wurde Pfarrer Jimmi GEORGE als Pastoralpraktikant im Pastoralen Raum Montabaur eingesetzt.

Mit Termin 1. Februar 2016 wurde P. Paul DEVADAS CMF mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % als Kooperator im Pastoralen Raum Frankfurt-West eingesetzt.

Mit Termin 1. Februar 2016 wurde der Vertrag mit Pfarrer Hilary UBAH als Seelsorgeaushilfe im Pastoralen Raum Schwalbach-Eschborn mit einem Beschäftigungsumfang von 8,2 % bis 31. Januar 2018 verlängert.

Mit Termin 1. Juni 2016 hat der Apostolische Administrator Pfarrer Stephan NEIS zum Pfarrer der Pfarrei St. Anna Herschbach ernannt.

Nr. 410 Dienstnachrichten

Priester

Der Apostolische Administrator hat die Amtszeit von Pfarrer Michael NIERMANN als Bezirksdekan für den Bezirk Lahn-Dill-Eder bis zum 1. August 2019 bestätigt.

Mit Termin 1. Oktober 2015 wurde P. Jaison ADAKKA-PARAMBANVARGHESE ISch als Pastoralpraktikant in der Pfarrei St. Marien/Limburg eingesetzt.

Mit Termin 1. November 2015 wurde P. Thomas KURIAN CMF mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % als Priesterlicher Mitarbeiter in der Krankenhausseelsorge des Sankt Katharinen-Krankenhauses in Frankfurt eingesetzt, sowie mit Termin 1. Februar 2016 mit einem Beschäftigungsumfang von 25 % zum Seelsorger der Katholiken der Syro-Malabarischen Kirche auf dem Gebiet des Bistums Limburg ernannt.

Mit Termin 1. November 2015 wurde P. Sabumon PURAYIDATHIL SCARIA OFMCap nach Präsentation durch den Ordensoberen im Rahmen eines Gestellungsvertrages als Beicht- und Gesprächsseelsorger an Liebfrauen, Frankfurt, eingesetzt.

Mit Termin 1. Januar 2016 hat der Apostolische Administrator Pfarrer Friedhelm MEUDT zum Dekan des Dekanats Limburg ernannt.

Mit Termin 31. Dezember 2016 tritt Pfarrer Reinhold KALTEIER, Kooperator in der Pfarrei St. Ursula Oberursel, in den Ruhestand.

Diakone

Mit Termin 15. August 2016 wird Diakon Dieter WITTE-MANN aus dem Pastoralen Raum Montabaur in die Pfarrei St. Anna Herschbach versetzt.

Mit Termin 30. September 2016 tritt Diakon Otto BAMEL, Frankfurt, in den Ruhestand.

Hauptamtliche Pastorale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mit Termin 1. März 2016 wird Pastoralreferent Gunnar Bach, bisher St. Laurentius in Nentershausen, in der Pfarrei Liebfrauen, Westerbürg eingesetzt.

Weitere Dienstnachrichten

Für den Zeitraum vom 1. Februar 2016 bis zum 31. Januar 2020 hat der Apostolische Administrator unter Bezug auf die Disziplinarordnung für die kirchlichen Beamten im Bistum Limburg Frau Monika SCHUMAK zur Disziplinargerichtsrätin als Beisitzerin in der Disziplinarkammer berufen.

Für den Zeitraum vom 1. Februar 2016 bis zum 31. Januar 2020 hat der Apostolische Administrator unter

Bezug auf die Disziplinarordnung für die kirchlichen Beamten im Bistum Limburg Herrn Patrick SEILER zum Disziplinargerichtsrat als stellvertretender Beisitzer in der Disziplinarkammer berufen.

Mit Termin 1. August 2016 wird die Beauftragung von Gemeindereferentin Ulrike MUDRICH für die Diözesanstelle „Berufe der Kirche“ (Beschäftigungsumfang: 25 %) bis zum 31. Juli 2019 verlängert.

Mit Termin 1. Oktober 2016 übernimmt Sr. Agnes LANFERMANN MMS im Rahmen eines Gestellungsvertrags mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % die Stelle der Diözesanreferentin im Ordensreferat.



Der Apostolische Administrator				
Nr. 411	Aufruf der deutschen Bischöfe zur Pfingstaktion Renovabis	471	Nr. 416	Einladung zur Priesterweihe 480
Nr. 412	Aufruf zur Katholikentagskollekte	471	Nr. 417	Hinweise zur Durchführung der Renovabis-Pfingstaktion 480
Nr. 413	Beschluss der Regionalkommission Mitte des Deutschen Caritasverbandes vom 17. Dezember 2015: Änderung der Anlage 33 zu den AVR – Umsetzung der Tarifeinigung im Sozial- und Erziehungsdienst	472	Nr. 418	Besetzung der Kommission zur Ordnung des diözesanen Arbeitsvertragsrechts (KODA) 481
Nr. 414	Gesetz über die diözesane Vermögensverwaltung im Bistum Limburg	472	Nr. 419	Priesterliche Ferienaushilfen im Sommer 482
			Nr. 420	Neuerungen in der elektronischen Datenübermittlung seitens der Kirchen an die Meldebehörden 482
			Nr. 421	Neue Ministranten-Card und Heft für neue Ministrant/-innen 482
			Nr. 422	Fortbildungsangebote des Theologisch-Pastoralen Instituts in Mainz (TPI) 483
			Nr. 423	Dienstnachrichten 483
Bischöfliches Ordinariat				
Nr. 415	Mitteilung über erfolgte Diakonenweihen	480		

Der Apostolische Administrator

Nr. 411 Aufruf der deutschen Bischöfe zur Pfingstaktion Renovabis

Liebe Schwestern und Brüder,

viele junge Menschen im Osten Europas blicken sorgenvoll in die Zukunft. Sie leben unter schwierigen Umständen und sehen oft keine Perspektiven. Armut, Arbeitslosigkeit und Korruption prägen das Umfeld. Die Bildungs- und Verdienstmöglichkeiten sind meistens sehr eingeschränkt. Deshalb verlassen viele junge Leute ihre Heimat in Mittel- und Osteuropa, um sich anderswo eine bessere Zukunft zu erarbeiten. Oft sind dies gerade die Begabten und Engagierten, deren Abwanderung einen herben Verlust für ihre Länder bedeutet.

„Jung – dynamisch – chancenlos? Jugendliche im Osten Europas brauchen Perspektiven!“ heißt daher das Leitwort der diesjährigen Renovabis-Pfingstaktion. Renovabis unterstützt die Kirchen in Osteuropa dabei, Lebens- und Berufschancen für die Jugendlichen zu schaffen. Die Seelsorge stärkt junge Menschen und vermittelt ihnen Orientierung und Lebenssinn. Dazu kommen Projekte im Bildungsbereich, wie die Förderung und Weiterentwicklung des katholischen Schulwesens, berufsbildende Maßnahmen und die Unterstützung universitärer Ausbildung.

Liebe Brüder und Schwestern, unterstützen Sie Renovabis und seine Partner in diesem Bemühen. Setzen Sie durch eine großzügige Spende bei der Pfingstkollekte ein Zeichen der Solidarität mit den Jugendlichen im Osten Europas. Dafür sagen wir Bischöfe Ihnen ein herzliches Vergelt's Gott.

Kloster Schöntal, 18. Februar 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Für das Bistum Limburg Apostolischer Administrator

Dieser Aufruf soll am Sonntag, dem 8. Mai 2016, in allen Gottesdiensten (auch am Vorabend) verlesen werden. Der Ertrag der Kollekte am Pfingstsonntag, dem 15. Mai 2016, ist ausschließlich für die Aktion Renovabis bestimmt.

Limburg, 3. März 2016
Az.: 608B/47384/16/01/2

Wolfgang Rösch
Ständiger Vertreter
Apostolischen Administrators

Nr. 412 Aufruf zur Katholikentagskollekte

Liebe Schwestern und Brüder,

„Seht, da ist der Mensch!“ So lautet das Leitwort für den 100. Deutschen Katholikentag, der vom 25. bis 29. Mai in Leipzig stattfinden wird. Seit über 160 Jahren sind die Katholikentage ein Spiegelbild des Lebens

in unserer Kirche, bunt und vielfältig, ernst und fröhlich, geistlich und politisch zugleich. Im Jahr der Barmherzigkeit konzentriert sich der Katholikentag auf die bewusste Hinwendung zu den Menschen, die unserer praktischen Solidarität und tätigen Nächstenliebe bedürfen.

Der 100. Deutsche Katholikentag wird in Leipzig stattfinden, einer großen, modernen, jungen Handels- und Kulturstadt, in der die katholischen Christen eine vitale Minderheit sind. Hier und im gesamten Bistum Dresden-Meißen haben sich viele Menschen für die Vorbereitung des Jubiläumskatholikentages engagiert.

Liebe Schwestern und Brüder! Für viele von uns ist die Teilnahme an diesem Fest des Glaubens sicher schon eingeplant. Doch auch wenn Sie persönlich nicht kommen können, bitten wir Sie herzlich um Ihre Unterstützung. Der Katholikentag ist Ausdruck der Verantwortung aller Katholikinnen und Katholiken für Kirche und Gesellschaft. Tragen Sie durch Ihr Gebet mit zum Gelingen dieses Ereignisses bei. Und helfen Sie darüber hinaus durch eine großzügige Spende mit, dass der Katholikentag ein Zeugnis für unseren Glauben werden kann, das weit in die Gesellschaft hinausstrahlt.

Kloster Schöntal, 18. Februar 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Für das Bistum Limburg Apostolischer Administrator

Dieser Aufruf soll am Sonntag, dem 15. Mai 2016, in allen Gottesdiensten (auch am Vorabend) verlesen werden. Der Ertrag der Kollekte am Sonntag, dem 22. Mai 2016, ist ausschließlich für den 100. Deutschen Katholikentag in Leipzig bestimmt.

Limburg, 3. März 2016 Wolfgang Rösch
Az.: 608B/18519/16/01/1 Ständiger Vertreter
Apostolischen Administrators

Nr. 413 Beschluss der Regionalkommission Mitte des Deutschen Caritasverbandes vom 17. Dezember 2015: Änderung der Anlage 33 zu den AVR – Umsetzung der Tarifeinigung im Sozial- und Erziehungsdienst

I.

Die Regionalkommission beschließt:

Änderungen in Anhang A der Anlage 33

1. Es werden folgende Werte festgelegt (in Euro):

S 14	2.909,57	3.182,56	3.437,82	3.697,48	3.984,60	4.185,57
S 12	2.815,04	3.093,78	3.367,29	3.608,45	3.907,04	4.033,37
S 11	2.715,30	3.049,78	3.195,64	3.563,13	3.850,24	4.022,50
S 9	2.480,00	2.760,00	2.980,00	3.300,00	3.600,00	3.830,00
S 8b	2.480,00	2.760,00	2.980,00	3.300,00	3.600,00	3.830,00
S 8a	2.460,00	2.700,00	2.890,00	3.070,00	3.245,00	3.427,50
S 4	2.260,76	2.511,63	2.667,73	2.773,65	2.874,00	3.030,34
S 3	2.104,67	2.363,34	2.513,30	2.651,01	2.714,00	2.789,26
S 2	2.009,72	2.115,65	2.193,69	2.282,89	2.372,08	2.461,29

2. Dieser Beschluss tritt zum 1. Januar 2016 in Kraft. Damit treten die Regelungen des Bundesbeschlusses vom 10. Dezember 2015 zur Umsetzung der Tarifeinigung im Sozial- und Erziehungsdienst in der Regionalkommission Mitte ebenfalls zum 1. Januar 2016 in Kraft.

Limburg, 2. März 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Az.: 359H/45168/16/01/2 Apostolischer Administrator

II. Regelungsziel und wesentlicher Inhalt

Die Regelung setzt den Beschluss der Bundeskommission vom 10. Dezember 2015 zu Änderungen im Sozial- und Erziehungsdienst der Anlage 33 zu den AVR um.

Nr. 414 Gesetz über die diözesane Vermögensverwaltung im Bistum Limburg

Präambel

Das vorliegende Artikelgesetz ordnet die diözesane Vermögensverwaltung im Bistum Limburg zum 1. April 2016 neu. Mit dem Artikelgesetz werden die dafür maßgeblichen Rechtsvorschriften zentral gebündelt und transparent gemacht.

Artikel 1 – Verordnung über die Aufgaben des Diözesankirchensteuerrates und des Diözesanvermögensverwaltungsrates

Unter Berücksichtigung der partikularen Rechtstradition in Deutschland, dass die Diözesankirchensteuerräte über den Diözesanhaushalt, die Diözesanjahresrechnung und über die Hebesätze für die Diözesankirchensteuer beschließen, wird verordnet wie folgt:

- (1) Dem Diözesankirchensteuerrat kommt es zu:
 - a) den Haushaltsplan zu beschließen;
 - b) die Hebesätze für die Diözesankirchensteuer festzusetzen;
 - c) den Jahresabschluss festzustellen;
 - d) über Art und Umfang der Prüfung des Jah-

resabschlusses zu beschließen und den Abschlussprüfer zu wählen;

- e) vor der Berufung und der Abberufung des Diözesanökonomen angehört zu werden;
- f) über die Entlastung des Finanzdezernenten und des Diözesanökonomen zu beschließen;
- g) dem Diözesanbischof die Mitglieder des Diözesanvermögensverwaltungsrates zur Ernennung vorzuschlagen und
- h) bei der Änderung von Zwecken sowie bei der Aufhebung aus Kirchensteuermitteln gespeister Stiftungen nach Maßgabe der jeweiligen Satzung mitzuwirken.

- (2) Die sonstigen dem Vermögensverwaltungsrat nach den Vorschriften des Buches V des Codex Iuris Canonici übertragenen Aufgaben werden durch den Diözesanvermögensverwaltungsrat wahrgenommen. Näheres regelt das Statut für den Diözesanvermögensverwaltungsrat gemäß Artikel 2 des vorliegenden Gesetzes.

Artikel 2 – Statut für den Diözesanvermögensverwaltungsrat

§ 1 – Einsetzung eines Diözesanvermögensverwaltungsrates

Im Bistum Limburg wird nach Maßgabe von c. 492 CIC ein Diözesanvermögensverwaltungsrat eingesetzt.

§ 2 – Aufgaben des Diözesanvermögensverwaltungsrates

- (1) Der Diözesanvermögensverwaltungsrat nimmt unbeschadet der Zuständigkeiten des Diözesankirchensteuerrates gemäß Artikel 1 Abs. 1 des vorliegenden Gesetzes insbesondere die sich aus den cc. 1277, 1281 § 2, 1292 § 1, 1295, 1297, 1305 und 1310 § 2 CIC sowie den hierzu erlassenen Partikularnormen der Deutschen Bischofskonferenz in ihrer jeweils gültigen Fassung ergebenden Beispruchsrechte wahr.
- (2) Die Erteilung von Planungs- und Baufreigabe von Neubauten, Um- und Erweiterungsbauten, soweit die Gesamtkosten 250.000 EURO übersteigen, bedarf der Zustimmung des Diözesanvermögensverwaltungsrates.
- (3) Der Diözesanvermögensverwaltungsrat darf sein Beispruchsrecht erst dann ausüben, wenn ihm genaue Angaben über die Wirtschaftslage der betrof-

fenen juristischen Personen vorliegen (c. 1292 § 4 CIC). Ferner muss ein gerechter Grund für das Rechtsgeschäft gegeben sein, wie zum Beispiel dringende Notwendigkeit, offener Nutzen, Frömmigkeit, Caritas oder ein anderer gewichtiger pastoraler Grund (c. 1293 § 1 n. 1 CIC). Weiterhin gelten die übrigen Vorschriften des c. 1294 CIC, welche die Verwendung des Erlöses und die Schätzung eines Sachverständigen betreffen.

- (4) Weiter ist der Diözesanvermögensverwaltungsrat zuständig für die Aufgaben, die der Diözesanbischof ihm generell oder im Einzelfall zuweist.

§ 3 – Der Vorsitzende und die Mitglieder des Diözesanvermögensverwaltungsrates

- (1) Den Vorsitz im Diözesanvermögensverwaltungsrat führt der Diözesanbischof oder ein von ihm Beauftragter. Dem Diözesanbischof oder seinem Beauftragten kommt im Diözesanvermögensverwaltungsrat kein Stimmrecht zu.

- (2) Neben dem Vorsitzenden gehören dem Diözesanvermögensverwaltungsrat fünf stimmberechtigte Mitglieder an, die vom Diözesanbischof berufen werden. Der Finanzdezernent wie der Diözesanökonom nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Diözesanvermögensverwaltungsrates teil. Die Geschäftsführung obliegt dem Finanzdezernenten.

- (3) Der Diözesanvermögensverwaltungsrat kann die Teilnahme weiterer Sachverständiger an den Sitzungen des Diözesanvermögensverwaltungsrates beschließen.

§ 4 – Voraussetzungen für die Mitgliedschaft im Diözesanvermögensverwaltungsrat

Die Mitglieder des Diözesanvermögensverwaltungsrates

- a) müssen der Katholischen Kirche angehören und das Sakrament der Firmung empfangen haben;
- b) müssen besondere Kenntnisse und Erfahrungen auf den Gebieten des Finanz-, Steuer-, Rechtswesens oder im Bau- und Liegenschaftsbereich haben und sich durch persönliche Integrität auszeichnen (vgl. c. 492 § 1 CIC);
- c) müssen das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben;
- d) müssen zum Zeitpunkt ihrer Ernennung ihren Wohnsitz im Bistum Limburg haben;

- e) dürfen nicht durch kirchenbehördlichen Entscheidung von den allen Kirchengliedern zustehenden Rechten ausgeschlossen sein;
- f) dürfen nicht mit dem Diözesanbischof oder dem Generalvikar bis zum vierten Grad blutsverwandt oder verschwägert sein und
- g) dürfen nicht im kirchlichen Dienst auf der Ebene des Bistums Limburg oder des Bischöflichen Stuhles zu Limburg tätig sein.

§ 5 – Berufung der Mitglieder des Diözesanvermögensverwaltungsrates

- (1) Der Diözesanbischof beruft die Mitglieder des Diözesanvermögensverwaltungsrates auf Vorschlag des Diözesankirchensteuerrates. Nicht mehr als zwei Mitglieder des Diözesanvermögensverwaltungsrates können gleichzeitig dem Diözesankirchensteuerrat angehören.
- (2) Der Vorschlag für die Berufung von Mitgliedern des Diözesanvermögensverwaltungsrates erfolgt durch Beschlussfassung des Diözesankirchensteuerrates. Vor der Beschlussfassung hat der Diözesanbischof die Gelegenheit, Bedenken gegen zur Berufung Vorgeschlagene vorzubringen sowie von sich aus dem Diözesankirchensteuerrat Vorschläge zu unterbreiten. Die Berufung erfolgt nach Maßgabe der Stimmen, die im Diözesankirchensteuerrat auf die Kandidaten entfallen.
- (3) Die Mitglieder des Diözesanvermögensverwaltungsrates werden vom Diözesanbischof auf fünf Jahre berufen.
- (4) Scheidet ein Mitglied des Diözesanvermögensverwaltungsrates während der fünfjährigen Amtszeit aus, beruft der Diözesanbischof gemäß Abs. 2 für den Rest der verbleibenden Amtszeit auf Vorschlag des Diözesankirchensteuerrates ein neues Mitglied. Nach Ablauf der Amtszeit ist eine Wiederberufung nach Vorschlag des Diözesankirchensteuerrates auch mehrfach möglich (vgl. c. 492 § 2 CIC).
- (5) Schlägt der Diözesankirchensteuerrat dem Diözesanbischof keine Personen zur Berufung in den Diözesanvermögensverwaltungsrat vor, ernennt der Diözesanbischof die Mitglieder frei.

§ 6 – Erlöschen der Mitgliedschaft im Diözesanvermögensverwaltungsrat

Die Mitgliedschaft eines Mitglieds im Diözesanvermögensverwaltungsrat erlischt

- a) durch Zeitablauf nach Maßgabe des c. 186 CIC;
- b) durch Amtsverzicht, der gegenüber dem Diözesanbischof zu erklären ist;
- c) durch Tod;
- d) durch Verlust der Voraussetzungen für die Berufung;
- e) durch Amtsenthebung durch den Diözesanbischof bei Vorliegen eines schwerwiegenden Grundes nach Maßgabe von c. 193 CIC. Ein solcher liegt insbesondere dann vor, wenn ein Mitglied des Diözesanvermögensverwaltungsrates durch sein Verhalten eine vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb des Diözesanvermögensverwaltungsrates oder des Diözesanvermögensverwaltungsrates mit dem Diözesanbischof nicht mehr gewährleistet ist. Vor der Entscheidung über die Amtsenthebung erhält das betroffene Mitglied Gelegenheit zur Stellungnahme.

§ 7 – Arbeitsweise

- (1) Der Diözesanvermögensverwaltungsrat tritt in der Regel alle sechs bis acht Wochen zusammen. Weiter kann der Diözesanvermögensverwaltungsrat vom Vorsitzenden einberufen werden, wenn der Anfall der Amtsgeschäfte dies nach dem Urteil des Vorsitzenden erforderlich macht oder wenn wenigstens zwei stimmberechtigte Mitglieder die Einberufung wünschen.
- (2) Der Diözesanvermögensverwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn wenigstens drei stimmberechtigte Mitglieder sowie der Vorsitzende bzw. dessen Beauftragter anwesend sind.
- (3) Der Diözesanvermögensverwaltungsrat trifft seine Beschlüsse mit der absoluten Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.
- (4) Bei Eilbedürftigkeit ist die Beschlussfassung im Umlaufverfahren möglich.
- (5) Über die Sitzungen des Diözesanvermögensverwaltungsrates ist ein Protokoll zu führen, das vom Vorsitzenden und dem Geschäftsführer zu unterzeichnen ist.
- (6) Die Mitglieder des Diözesanvermögensverwaltungsrates üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Die aus der Amtstätigkeit entstandenen Aufwendungen werden gegen Nachweis ersetzt.

§ 8 – Verschwiegenheitspflichten

Zu Beginn der Amtszeit sind die Mitglieder vom Diözesanbischof schriftlich auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben und die Wahrung der Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 9 – Haftung

- (1) Die Mitglieder des Diözesanvermögensverwaltungsrates sind für den aus einer Pflichtverletzung entstandenen Schaden verantwortlich. Dies gilt insbesondere bei Verstößen gegen die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Kaufmannes, der ihm anvertrautes fremdes Vermögen verwaltet. Die Haftung beschränkt sich auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.
- (2) Die Mitglieder sind über ihre Haftung ausdrücklich zu belehren.

Artikel 3 – Änderung der Synodalordnung für das Bistum Limburg (SynO)

(1) Zusammensetzung des Diözesankirchensteuerrates

- a) § 104 Abs. 1 Buchst. b SynO wird wie folgt neu gefasst:

„als geborene Mitglieder kraft Amtes: der Generalvikar, der Justitiar des Bistums und der Finanzdezernent, der mit beratender Stimme geschäftsführend an den Sitzungen des Diözesankirchensteuerrates teilnimmt;“

- b) § 104 Abs. 1 Buchst. c SynO wird wie folgt neu gefasst:

„zwei weitere Mitglieder der Finanzkammer, die vom Bischof auf Vorschlag der Finanzkammer berufen werden;“

- c) Einfügung eines neuen § 104 Abs. 4 SynO

Der Diözesanökonom nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Diözesankirchensteuerrates teil.“

- d) Dadurch wird der bisherige § 104 Abs. 4 SynO zu § 104 Abs. 5 SynO.

- e) § 108 SynO erhält folgende Überschrift: „§ 108 Vorsitz“.

- f) § 108 Abs. 3 SynO entfällt ersatzlos.

(2) Aufgaben des Diözesankirchensteuerrates

§ 109 Abs. 1 SynO wird wie folgt neu gefasst:

„Der Diözesankirchensteuerrat hat die Aufgaben:

- a) den Haushaltsplan zu beschließen;
- b) die Hebesätze für die Diözesankirchensteuer festzusetzen;
- c) den Jahresabschluss festzustellen;
- d) über Art und Umfang der Prüfung des Jahresabschlusses zu beschließen und den Abschlussprüfer zu wählen;
- e) vor der Berufung und der Abberufung des Diözesanökonomen angehört zu werden;
- f) über die Entlastung des Finanzdezernenten und des Diözesanökonomen zu beschließen;
- g) dem Diözesanbischof die Mitglieder des Diözesanvermögensverwaltungsrates zur Ernennung vorzuschlagen und
- h) bei der Änderung von Zwecken sowie bei der Aufhebung aus Kirchensteuermitteln gespeister Stiftungen nach Maßgabe der jeweiligen Satzung mitzuwirken.“

(3) Finanzausschuss des Diözesankirchensteuerrates

- a) Es wird ein neuer § 111 SynO „Finanzausschuss des Diözesankirchensteuerrates“ folgenden Wortlautes eingefügt:

„Zur Vorbereitung der Sitzungen des Diözesankirchensteuerrates sowie zur Wahrnehmung der im Rahmen der Anlagegrundsätze für das Bistum Limburg zugewiesenen Aufgaben richtet der Diözesankirchensteuerrat einen Finanzausschuss ein. Mitglieder sind der Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende und bis zu vier weitere Mitglieder aus den in § 104 Abs. 1 Buchst. a und d genannten Personen, welche in geheimer Wahl bestimmt werden. Der Finanzdezernent wie der Diözesanökonom nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Finanzausschusses teil. Die Geschäftsführung obliegt dem Finanzdezernenten. Über jede Sitzung ist eine Niederschrift nach den Grundsätzen des § 110 Abs. 4 anzufertigen.“

- b) Dadurch werden der bisherige § 111 SynO zu § 112 SynO und der bisherige § 112 SynO zu § 113 SynO.

- h) Gründung bzw. Genehmigung und Auflösung kirchlicher Stiftungen sowie Änderungen von Stiftungszwecken.

Artikel 4 – Satzung der Finanzkammer des Bischöflichen Ordinariates Limburg

§ 1 – Einrichtung einer Finanzkammer des Bischöflichen Ordinariates

Zur Unterstützung und Beratung des Diözesanbischofs in der Leitung und Beaufsichtigung der kirchlichen Finanz- und Vermögensverwaltung wird im Bischöflichen Ordinariat Limburg eine Finanzkammer eingerichtet.

§ 2 – Aufgaben

- (1) Die Zuständigkeit der Finanzkammer erstreckt sich insbesondere auf Angelegenheiten der Finanz- und Vermögensverwaltung der Körperschaften Bistum Limburg und Bischöflicher Stuhl zu Limburg.
- (2) Der Finanzkammer obliegt die Beratung und Beschlussfassung in folgenden Angelegenheiten:
 - a) allgemeine Fragen des Kirchensteuerrechts und des Melderechts;
 - b) Gebührenordnungen und Lizenzverträge;
 - c) bedeutsame Baulastfragen;
 - d) Zustimmung zur Vergabe von Stiftungsleistungen insbesondere der Schulstiftung des Bistums Limburg, der Baustiftung des Bistums Limburg, des Hilfsfonds des Bistums Limburg für kirchliche Projekte in der Einen Welt nach Maßgabe der jeweils geltenden Satzungen bzw. Statuten der entsprechenden Sondervermögen;
 - e) beamtenrechtliche Angelegenheiten; Entscheidungsvorschläge betreffend die beamtenrechtliche Ausgestaltung und Beendigung von kirchlichen Beamtenverhältnissen sowie besoldungsrechtliche Regelungen für die Geistlichen;
 - f) arbeitsvertragliche Angelegenheiten, einschließlich des Vergütungswesens, entsprechender Nebenleistungen und Regelungen für die Erstattung dienstlicher Auslagen, soweit dies nicht Aufgabe der „Kommission zur Ordnung des diözesanen Arbeitsvertragsrechtes“ (KODA) ist;
 - g) Begründung, Aufgabe und Änderung gesellschaftsrechtlicher Beteiligungsverhältnisse;

- (3) In Fragen des Haushaltswesens nimmt die Finanzkammer die ihr durch die Haushaltsordnung des Bistums Limburg in der jeweils geltenden Fassung zugewiesenen Aufgaben wahr.
- (4) In Fragen der Finanzanlagen nimmt die Finanzkammer die ihr durch die Anlagegrundsätze für das Bistum Limburg in der jeweils geltenden Fassung zugewiesenen Aufgaben wahr.
- (5) Die Finanzkammer nimmt die Aufgaben des Organs des Versorgungsfonds nach Maßgabe der jeweils geltenden Satzung wahr.
- (6) Die Finanzkammer unterbreitet dem Generalvikar Vorschläge für die Berufung der Dienstgebervertreter in die KODA.
- (7) Im Übrigen ist die Finanzkammer für die Angelegenheiten zuständig, die ihr vom Diözesanbischof übertragen werden oder die ihr aufgrund anderer Regelungen zugewiesen sind.

§ 3 – Mitglieder

- (1) Geborene Mitglieder der Finanzkammer sind:
 - a) der Generalvikar
 - b) der Finanzdezernent
 - c) der Justitiar
 - d) der Personaldezernent
 - e) der Dezernent Pastorale Dienste.
- (2) Der Diözesanbischof kann nach Anhörung der Dezentenkonferenz weitere Mitglieder berufen. Ihm obliegt auch die Abberufung dieser Mitglieder, ebenfalls nach Anhörung der Dezentenkonferenz.

§ 4 – Vorsitz und Geschäftsführung

Der Vorsitzende der Finanzkammer ist der Generalvikar. Stellvertretender Vorsitzender ist der Finanzdezernent. Dem Finanzdezernenten obliegt gleichzeitig die Geschäftsführung.

§ 5 – Arbeitsweise

- (1) Die Finanzkammer tagt in der Regel einmal monatlich. Darüber hinaus tagt sie, wenn der Diözesanbischof oder ein Mitglied der Finanzkammer dies verlangen.

- (2) Die Finanzkammer kann für die Beratung sachverständige Dritte hinzuziehen.

§ 6 – Beschlussfassung

- (1) Die Finanzkammer ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind, darunter der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende.
- (2) Die Finanzkammer trifft ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit.

§ 7 – Wirksamkeit der Beschlüsse und Information

- (1) Über die Beschlüsse der Finanzkammer erstellt der Geschäftsführer ein Ergebnisprotokoll, das dem Diözesanbischof zur Genehmigung der Beschlüsse zugeleitet wird.
- (2) Unbeschadet der Rechte Dritter erlangt ein Beschluss mit der Genehmigung durch den Diözesanbischof Rechtskraft. Bei längerer Abwesenheit des Diözesanbischofs obliegt dem Generalvikar die Genehmigung.
- (3) Der Geschäftsführer, in den Fällen des § 2 Abs. 2 Buchst. e) und f) der Personaldezernent, informiert die jeweils zuständigen Dezernate bzw. Abteilungen des Bischöflichen Ordinariates schriftlich über die Beschlüsse der Finanzkammer.
- (4) Zu Einzelheiten über die Arbeitsweise, insbesondere zum Protokoll, gibt sich die Finanzkammer eine Geschäftsordnung.

Artikel 5 – Satzung des Ausschusses Bau und Liegenschaften des Bischöflichen Ordinariates Limburg

§ 1 – Einsetzung eines Ausschusses Bau und Liegenschaften

Im Bischöflichen Ordinariat wird ein Ausschuss Bau und Liegenschaften (im Folgenden Ausschuss) eingesetzt.

§ 2 – Aufgaben

- (1) Dem Ausschuss obliegt die kurieninterne Vorberatung aller Bau- und Liegenschaftsangelegenheiten, die aufgrund der einschlägigen Vorgaben des CIC und den dazu erlassenen Partikularnormen der Deutschen Bischofskonferenz in ihrer jeweils gültigen Fassung Beispruchsrechte des Diözesanvermögens-

verwaltungsrates und des Konsultorenkollegiums auslösen. Ferner obliegen dem Ausschuss die Beratungen der Baulisten auf der Grundlage des in der Haushalts- und Finanzplanung festgesetzten Rahmens sowie die Fälle der Planungs- und Baufreigaben von Neubauten, Um- und Erweiterungsbauten, soweit die Gesamtkosten 250.000 EURO übersteigen.

- (2) Der Ausschuss beschließt ferner Planungs- und Baufreigaben von Neubauten, Um- und Erweiterungsbauten, soweit die Gesamtkosten 100.000 EURO übersteigen.

§ 3 – Mitglieder

- (1) Mitglieder des Ausschusses kraft Amtes sind:
- a) der Generalvikar
 - b) der Finanzdezernent
 - c) der Personaldezernent
 - d) der Dezernent Pastorale Dienste.
- (2) Beratende Mitglieder des Ausschusses sind:
- a) der Leiter der Abteilung Diözesanbauamt
 - b) der Leiter der Abteilung Liegenschaften und Zentrale Dienste
 - c) der Leiter der Abteilung Controlling
 - d) bei Abwesenheit nimmt der jeweilige Vertreter in der Abteilung teil.
- (3) Der Generalvikar kann nach Anhörung der Mitglieder gemäß Absatz 1 weitere Mitglieder berufen oder abberufen.
- (4) Die Mitglieder gemäß Absatz 1 haben Rede-, Antrags- und Stimmrecht. Die Mitglieder gemäß den Absätzen 2 und 3 haben Rede- und Antragsrecht.
- (5) Der Ausschuss kann fallbezogen für die Beratung sachverständige Gäste hinzuziehen.

§ 4 – Vorsitz und Geschäftsführung

Der Vorsitzende des Ausschusses ist der Generalvikar. Stellvertretender Vorsitzender ist der Finanzdezernent. Dem Finanzdezernenten obliegt gleichzeitig die Geschäftsführung. Der Ausschuss kann einen Schriftführer bestimmen, der nicht Mitglied gemäß § 2 sein muss.

§ 5 – Arbeitsweise

Der Ausschuss tagt in der Regel mit den Sitzungsfrequenzen des Diözesanvermögensverwaltungsrates sowie des Konsultorenkollegiums.

§ 6 – Beschlussfassung

- (1) Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder kraft Amtes anwesend sind, darunter der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende.
- (2) Der Ausschuss trifft die Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder.

§ 7 – Wirksamkeit der Beschlüsse und Verfahrensweise

- (1) Über die Beschlüsse des Ausschusses ist ein Ergebnisprotokoll zu erstellen, das durch den Geschäftsführer und den Schriftführer, sofern dieser bestellt ist, zu unterzeichnen ist.
- (2) Das gemäß Abs. 1 erstellte Protokoll ist dem Generalvikar zur Zustimmung zu den getroffenen Beschlüssen vorzulegen. Sofern der Generalvikar sich einen Beschluss des Ausschusses nicht zu eigen macht, ist eine erneute Beratung der betreffenden Angelegenheit im Ausschuss erforderlich. Bei längerer Abwesenheit des Generalvikars gelten die üblichen Vertretungsregelungen.
- (3) Nach erfolgter Zustimmung zu den Beschlüssen des Ausschusses initiiert der Geschäftsführer die Beratungsgänge in den bepruchsberechtigten Gremien gemäß § 2 Abs. 1 sowie die Umsetzung der Beschlüsse gemäß § 2 Abs. 2.

Artikel 6 – Änderung des Statutes für das Bischöfliche Ordinariat Limburg

§ 5 des Statutes für das Bischöfliche Ordinariat Limburg vom 22. Dezember 2005 (Amtsblatt 2006, S. 219–222), zuletzt geändert durch Verfügung vom 18. November 2010 (Amtsblatt 2010, S. 458–460) erhält die Überschrift „Kammern und Ausschüsse“ und folgenden Wortlaut: „Die Rechte und Pflichten der Pastoralkammer, der Finanzkammer, der Personalkammern sowie des Ausschusses Bau und Liegenschaften werden in eigenen Satzungen geregelt.“

Artikel 7 – Statut für den Bischöflichen Stuhl zu Limburg

§ 1 – Name und Rechtsstellung

- (1) Der Bischöfliche Stuhl zu Limburg ist als Träger seiner Vermögensrechte nach kanonischem Recht

öffentliche juristische Person.¹

- (2) Nach staatlichem Recht besitzt er den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts.²

§ 2 – Zweck

- (1) Der Bischöfliche Stuhl zu Limburg bildet als rechtsfähige Gesamtheit von Sachen sowie Rechten den vermögensrechtlichen Anhang des Amtes des Bischofs von Limburg und ist diesbezüglich vornehmlich den folgenden Zwecken gewidmet:
 - a) Der Bischöfliche Stuhl fördert kirchliche Aufgaben unter besonderer Berücksichtigung der dem Bischof von Limburg anvertrauten Sorge für die geordnete Durchführung des Gottesdienstes (vgl. cc. 387–390 CIC) und die Ausübung der Werke des Apostolats und der Caritas (vgl. c. 394 CIC).
 - b) Der Bischöfliche Stuhl gewährt dem Bischof als Bischof von Limburg Wohnung und Amtsräume für die Dauer seiner Amtszeit.
- (2) Die Körperschaft kann außerdem Träger von Diözesanvermögen sowie sonstigen, in der Regel gewidmeten, Vermögensbestandteilen sein.

§ 3 – Stammvermögen und sonstige Mittel

- (1) Der Bischöfliche Stuhl verfügt über ein Stammvermögen, das von anderem Vermögen getrennt zu halten ist. Erlöse aus Vermögensveräußerungen sollen in der Regel langfristig angelegt werden.
- (2) Zuwendungen ohne Zweckbestimmung unter Lebenden oder auf Grund Verfügungen von Todes wegen können dem Stammvermögen zugeführt werden.
- (3) Die notwendigen Mittel zur Aufgabenerfüllung erhält die Körperschaft aus
 - a) den Erträgen des Vermögens,
 - b) Einnahmen, die der Körperschaft im Rahmen der Aufgabenerfüllung zufließen,
 - c) Erstattungen,
 - d) Zuwendungen und sonstigen Zuschüssen.
- (4) Eine weitere Vermischung des Vermögens und der Haushaltswirtschaft des Bischöflichen Stuhls mit anderen diözesanen Körperschaften soll grundsätzlich nicht erfolgen.

¹ Vgl. cc. 4 und 116 CIC.

² Vgl. Art. 13 Reichskonkordat vom 20.07.1933, RGBl. II S. 679 i. V. m. Art. 1 (1) Staatsvertrag Hessen vom 29. März 1974, GVBl. S. 388 u. Art. 1 Staatsvertrag Rheinland-Pfalz vom 18.09.1975, GVBl. S. 399.

§ 4 – Verwaltung und Vertretung der Körperschaft

- (1) Der Bischöfliche Stuhl zu Limburg unterliegt unmittelbar der Vertretung und Verwaltung durch den Bischof von Limburg.³
- (2) (In der Regel vertritt der Generalvikar des Bischofs von Limburg den Diözesanbischof in der Vertretung des Bischöflichen Stuhles.
- (3) Im Falle der Amtsbehinderung des Bischofs von Limburg gelten die Bestimmungen des c. 413 CIC, im Falle der Sedisvakanz die der Bestimmungen des c. 419 CIC.
- (4) Der Diözesanbischof bestellt den Diözesanökonom oder den Finanzdezernenten, in seinem Auftrag die Vermögensverwaltung des Bischöflichen Stuhles zu Limburg wahrzunehmen.

§ 5 – Wahrnehmung der Beispruchsrechte und weitere Zuständigkeiten

- (1) Für das beim Rechtsträger Bischöflicher Stuhl zu Limburg angesiedelte Vermögen finden die Vorschriften des CIC über die Vermögensverwaltung des Diözesanvermögens und die diese ergänzenden Partikularnormen der Deutschen Bischofskonferenz in der jeweils geltenden Fassung Anwendung. Dabei werden die Beispruchsrechte des Konsultorenkollegiums gemäß der Partikularnorm der Deutschen Bischofskonferenz zu c. 502 § 3 CIC vom Domkapitel wahrgenommen.
- (2) Im Übrigen nehmen die Gremien gemäß dem Gesetz über die diözesane Vermögensverwaltung im Bistum Limburg ihre Aufgaben in vollem Umfang auch für den Bischöflichen Stuhl zu Limburg wahr.
- (3) Der Diözesanbischof bedient sich in Fragen der Finanz- und Vermögensverwaltung der fachlichen Beratung durch die Finanzkammer des Bischöflichen Ordinariates entsprechend der für das Bistum geltenden Normen.

§ 6 – Planungswesen und Rechnungslegung

- (1) Das Planungswesen und die Rechnungslegung der Körperschaft richten sich nach der Haushaltsordnung des Bistums Limburg in der jeweils geltenden Fassung.

- (2) Der Diözesanökonom oder der Finanzdezernent (vergleiche § 4 Abs. 4) hat durch die Vorlage eines Jahresabschlusses dem Diözesanbischof jährlich Rechenschaft über die Verwaltung der Körperschaft für das vergangene Jahr bis zum 30. Juni des Folgejahres zu geben.

§ 7 – Änderungen des Statutes

Der Diözesanbischof kann dieses Statut nach Anhörung des Diözesanvermögensverwaltungsrates und des Konsultorenkollegiums ändern.

§ 8 – Aufhebung der Körperschaft

Bei Aufhebung oder Auflösung der Körperschaft Bischöflicher Stuhl zu Limburg fällt dessen Vermögen an das Bistum Limburg, das es unter Beachtung der Zwecke der Körperschaft zu verwenden hat.

Artikel 8 – Diözesanökonom

§ 1 – Berufung und Stellung

Der Diözesanbischof ernennt gem. c. 494 § 1 CIC nach Anhörung des Konsultorenkollegiums und des Diözesankirchensteuerrates für fünf Jahre einen Diözesanökonom. Wiederernennung ist – auch mehrfach – möglich. Während der Amtszeit kann er nur aus einem schwerwiegenden Grund und nach Anhörung des Konsultorenkollegiums und des Diözesankirchensteuerrates durch den Diözesanbischof abberufen werden. Es besteht unbeschadet etwaiger Regelungen des Diözesanbischofs gemäß c. 134 § 3 CIC kein Weisungsrecht des Generalvikars gegenüber dem Diözesanökonom, insoweit es um den Vollzug des Diözesanhaushaltes geht.

§ 2 – Aufgaben

- (1) Der Diözesanökonom verwaltet unter Wahrung der Rechte und Pflichten Dritter das Vermögen der Diözese gemäß dem vom Diözesankirchensteuerrat beschlossenen Haushaltsplan unter der Autorität des Diözesanbischofs (c. 494 § 3 CIC). Er unterliegt dabei der Haushaltsordnung des Bistums Limburg.
- (2) Der Diözesanbischof bestellt in der Regel den Diözesanökonom, in seinem Auftrag die Vermögensverwaltung des Bischöflichen Stuhles zu Limburg wahrzunehmen.

³ § 32 KVVG v. 23.11.1977, Amtsblatt 1977, S. 559f., Staatsanz. Hessen, S. 2426f. u. Staatsanz. Rheinland-Pfalz, S. 880f.

§ 3 – Berichtspflichten

Der Diözesanökonom berichtet unbeschadet etwaig bestehender besonderer Regelungen dem Diözesanbischof, dem Generalvikar und dem Diözesankirchensteuerrat regelmäßig schriftlich über wirtschaftliche Entwicklungen, die das Vermögen der Diözese insgesamt und die Entwicklung der Kirchensteuereinnahmen betreffen.

Artikel 9 – Inkrafttreten

Das Gesetz tritt zum 1. April 2016 in Kraft. Zu diesem Zeitpunkt treten alle entgegenstehenden diözesanen Regelungen außer Kraft.

Limburg, 16. März 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Az.: 603H/18480/16/01/1 Apostolischer Administrator

Bischöfliches Ordinariat

Nr. 415 Mitteilung über erfolgte Diakonenweihen

Am Samstag, den 12. März 2016, hat Weihbischof Dr. Thomas Löhr im Hohen Dom zu Limburg folgenden Männern die Diakonenweihe gespendet:

- Michael Brien aus St. Martinus, Hattersheim;
- Johannes Funk aus St. Ursula Oberursel;
- Nikolaus von Magnis aus Maria Himmelfahrt im Taunus, Königstein;
- Dr. Walter Simon aus St. Markus, Mühlheim;
- Benedikt Wach aus St. Johannes der Täufer, Montabaur-Horresen.

Für die Zeit des Diakonatspraktikums sind die Neugeweihten wie folgt eingesetzt:

- Diakon Michael Brien in der Pfarrei Maria Himmelfahrt im Taunus;
- Diakon Johannes Funk im Pastoralen Raum Hadamar;
- Diakon Nikolaus von Magnis im Pastoralen Raum Limburg;
- Diakon Dr. Walter Simon in der Pfarrei Heilig Kreuz Geisenheim;
- Diakon Benedikt Wach in der Pfarrei St. Anna Braunfels.

Nr. 416 Einladung zur Priesterweihe

Am Pfingstsamstag, 14. Mai 2016, 10:00 Uhr, wird der Apostolische Administrator, Weihbischof Manfred Grothe, im Hohen Dom zu Limburg Herrn Diakon Stefan Salzmann die Priesterweihe erteilen.

Zur Mitfeier der Priesterweihe wird hiermit herzlich eingeladen.

Die Priester und Diakone werden gebeten, in Chorkleidung und weißer Stola am Weihegottesdienst teilzunehmen. Umkleidemöglichkeiten bestehen im Kolpinghaus.

Die Priester legen dem Neugeweihten nach dem Bischof und den Konzelebranten ebenfalls die Hände auf. Für Priester und Diakone ist das südliche Querschiff reserviert.

Die Gemeinden des Bistums sind eingeladen, den Weihelikandidaten durch ihr Gebet zu begleiten.

Nr. 417 Hinweise zur Durchführung der Renovabis-Pfingstaktion

Mit der Pfingstaktion 2016 greift Renovabis die Chancenlosigkeit vieler junger Menschen Mittel-, Ost- und Südosteuropas auf. Sie sind jung und motiviert, oft aber auch ziemlich ratlos, was ihre Zukunft anbelangt: Weil ihre Heimatländer ihnen kaum Aussichten für Beruf und Existenz bieten, kehren viele junge Leute ihrem Land den Rücken. Dies thematisiert die Renovabis-Pfingstaktion vom 11. April bis Pfingstsonntag, 15. Mai 2016.

Eröffnung und Abschluss der Pfingstaktion 2016

Die Renovabis-Pfingstaktion 2016 wird für alle deutschen (Erz-)Diözesen am Sonntag, 17. April 2016 im Bistum Speyer eröffnet. Den Eröffnungsgottesdienst hält Bischof Dr. Karl-Heinz Wiesemann zusammen mit zahlreichen Gästen aus Mittel- und Osteuropa um 10:00 Uhr im Dom zu Speyer. Der Abschlussgottesdienst der Aktion findet am Pfingstsonntag, 15. Mai 2016, um 10:00 Uhr mit Bischof Bernhard Haßlberger in St. Georg Freising, zusammen mit zahlreichen Gästen aus Mittel- und Osteuropa, statt.

Die Renovabis-Aktionszeit beginnt am Montag, 11. April 2016, in allen deutschen Pfarrgemeinden als Vorbereitung auf die bundesweite Eröffnung am folgenden Sonntag, 17. April, und endet am Pfingstsonntag, 15. Mai 2016, mit der Renovabis-Kollekte für Mittel- und Osteuropa in allen katholischen Kirchen in Deutschland. Am Pfingstsonntag, 15. Mai 2016, sowie in den Vorabendmessen am 14. Mai 2016 wird in allen katholischen Kirchen die Renovabis-Kollekte für Osteuropa gehalten.

Kalendarium zur Durchführung der Renovabis-Pfingstaktion

ab Montag, 11. April 2016 (Beginn der Aktionszeit):

- Aushang der Renovabis-Plakate
- Verteilung der kombinierten Spendentüten/Infoblätter an die Gottesdienstbesucher oder mit dem Pfarrbrief

Sonntag, 17. April 2016: bundesweite Eröffnung der diesjährigen Aktion

7. Sonntag der Osterzeit: Samstag/Sonntag, 7./8. Mai 2016

- Verlesen des Aufrufs der deutschen Bischöfe in allen Gottesdiensten, auch in den Vorabendmessen.
- Predigt/Hinweis auf die Pfingstaktion von Renovabis (siehe Aktionsheft) und die Kollekte am folgenden nächsten Sonntag (Pfingsten)
- Verteilung der Spendentüten/Infoblätter mit Hinweis, dass die Spende für die Menschen in Osteuropa am Pfingstsonntag eingesammelt wird, die Spende zum Pfarramt gebracht oder sie auf ein Renovabis-Spendenkonto überwiesen werden kann.
- Spendentüten/Infoblätter: Nachlegen auf dem Schriftenstand oder Einlegen in die Gottesdienstordnung/Pfarrbrief

Samstag/Pfingstsonntag 14./15. Mai 2016

- Gottesdienst mit Predigt (siehe Aktionsheft) und Spenden-Aufruf zur Renovabis-Kollekte
- Bekanntmachung der Renovabis-Kollekte in allen Gottesdiensten, auch am Vorabend, z. B. in folgender Form: „Heute bittet die Kirche durch die Aktion Renovabis um eine Spende für die Menschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa.“
- Gemäß Wunsch der deutschen Bischöfe wird die Renovabis-Kollekte für die Aufgaben der Solidaritätsaktion Renovabis ohne jeden Abzug an die Bistumskasse weitergegeben. Das Ergebnis der Renovabis-Kollekte ist mit dem Vermerk „Renovabis 2016“ an die Bistumskasse zu überweisen. Die Bistumskasse leitet die Beträge an Renovabis weiter.

Weitere Hinweise

Die Pfingstnovene 2016 „Strahle Licht in diese Welt“ von Bischof Dr. Karl-Heinz Wiesemann ist besonders für das Novenengebet zwischen Christi Himmelfahrt und dem Pfingstfest zum Gebet in den Pfarreien, in Famili-

enkreisen, Gruppen und Verbänden als Gebetsbrücke nach Osten empfohlen.

Besonders hingewiesen sei auf das Aktionsheft, das mit den „Bausteinen für den Gottesdienst“ auch Predigtimpulse an die Hand gibt. Außerdem wurde zur Renovabis-Pfingstaktion ein Pfarrbriefmantel sowie ein Gebetsbild und weitere Materialien entwickelt, die allen Pfarreien unmittelbar nach Ostern per Post zu gehen. Im Aktionsheft finden sich Reportagen sowie Impulse und Handlungsvorschläge, insbesondere für den Schulunterricht. Alle Aktionsmaterialien sowie Filme, Länderprofile, Landkarten sind online unter <http://www.renovabis.de/service/> auch in digitaler Form erhältlich.

Kontakt und Informationen: Solidaritätsaktion Renovabis, Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, 85354 Freising, Tel.: 08161 5309-49, E-Mail: info@renovabis.de, Website: www.renovabis.de; Materialbestellung: renovabis@eine-welt-mvg.de.

Nr. 418 Besetzung der Kommission zur Ordnung des diözesanen Arbeitsvertragsrechts (KODA)

Zum 11. Februar 2016 hat eine neue Amtsperiode der KODA begonnen.

Zum Vorsitzenden der KODA wurde Johannes Müller-Rörig, zum stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Sascha Koller gewählt.

Für die Dienstgeberseite werden folgende Mitglieder vom Ständigen Vertreter des Apostolischen Administrators in die KODA berufen: Dr. Heinz Auerbach, Pfarrer Georg Franz, Gaby Hagmans, Justitiar Dr. Sascha Koller, Finanzdezernent Gordon Sobbeck.

Für die Mitarbeiterseite wurden folgende Mitglieder in die KODA gewählt: Richard Ackva, Marientraud Altmeier, Martin Grether, Udo Koser, Johannes Müller-Rörig.

Als Vorsitzender des KODA-Vermittlungsausschusses wählte die KODA Herrn Hans-Georg Dahl und Frau Christina Kreis.

Zu Beisitzern wurden von der Mitarbeiterseite gewählt: Patric Feick (außerhalb der Kommission), vertreten durch Birgit Wehner (außerhalb der Kommission), sowie Martin Grether (aus der Kommission), vertreten durch Udo Koser (aus der Kommission). Von Dienstgeberseite wurden berufen: Gaby Hagmans (aus der Kommissi-

on), als Stellvertreter Wolfgang Hammerl und Dr. Sascha Koller (aus der Kommission), als Stellvertreter Johannes Weuthen.

Die Geschäftsführung der KODA und des KODA-Vermittlungsausschusses wird durch Frau Birgit Krellmann, Dezernat Personal, wahrgenommen.

Die Amtszeit der KODA dauert vom 11. Februar 2016 bis zum 10. Februar 2020. Die Amtszeit des KODA-Vermittlungsausschusses dauert vom 11. Februar 2016 bis 10. Februar 2020.

Herr Dietmar Henn schied zum 11. Februar 2016 als KODA-Vorsitzender aus. Ebenso verlässt Herr Pfarrer Franz Lomberg nach mehrjähriger Zugehörigkeit die KODA zum 11. Februar 2016.

Nr. 419 Priesterliche Ferienaushilfen im Sommer

In den vergangenen Jahren konnten immer wieder ausländische Priester als Aushilfe in den Ferienmonaten in Pfarreien des Bistums vermittelt werden. Erfahrungsgemäß wird um die Vermittlung eines Kalendermonats gebeten.

Damit auch in diesem Jahr die Planungen rechtzeitig anlaufen können, mögen sich die Pfarrer, die für die Urlaubszeit eine Vertretung wünschen, bitte bis Ende April an Herrn Thomas Schön, Referent für Liturgie- und Sakramentenrecht, Zentralstelle im Bischöflichen Ordinariat, wenden (E-Mail: t.schoen@bistumlimburg.de). Dabei sind Ort der Pfarrei, Zeitraum der Vertretung und die Möglichkeiten der Unterbringung anzugeben. Die Bestimmungen bezüglich der Ernennung des vicarius substitutus sind zu beachten, besonders hinsichtlich des Einsatzes von Ordensgeistlichen (Amtsblatt 1999, S. 13).

Bei bestehenden Kontakten zu Priestern wird um Anmeldung bis spätestens vier Wochen vor Beginn der Urlaubsvertretung beim Bischöflichen Ordinariat gebeten. Das Bistum Limburg schließt für die Dauer der Vertretung eine Krankenversicherung für akut eintretende Krankheiten beim Pax-Versicherungsdienst ab. Nähere Auskünfte hierzu erteilt Frau Dill, Dezernat Personal, Tel. 06431 295-157.

Nr. 420 Neuerungen in der elektronischen Datenübermittlung seitens der Kirchen an die Meldebehörden

Nachdem seit dem 1. November 2015 die Übermittlung von Meldedaten seitens der Meldebehörden an die Kir-

chen automatisiert im Standard OSCI-XMeld erfolgt, wird ab dem 1. Mai 2016 auch die Übermittlung von den die Kirchenmitgliedschaft begründenden Tatsachen wie Taufen, Wiederaufnahmen und Übertritte seitens der Kirchen an die kommunalen Meldebehörden im Standard OSCI-XMeld erfolgen.

Ab diesem Zeitpunkt nehmen die kommunalen Meldebehörden entsprechende Meldungen nur noch in elektronischer Form im Standard OSCI-XMeld entgegen. Meldungen in Papierform sind ab diesem Zeitpunkt nicht mehr zulässig.

Meldungen sonstiger Seelsorgestellen (Auslandsseelsorge, Militärseelsorge), die nicht an dem elektronischen Meldewesenverfahren teilnehmen, senden ihre Mitteilungen in Papierform ausschließlich an (die für sie zuständige) Zentrale Meldestelle.

Die elektronische Übermittlung der Mitteilungen von den die Kirchenmitgliedschaft begründenden Tatsachen an die kommunalen Meldebehörden erfolgt über das beauftragte kirchliche Rechenzentrum im Bischöflichen Ordinariat Mainz.

Weitere Informationen zur technischen Umsetzung werden rechtzeitig vor dem Umstellungstermin auf der e-mip Startseite veröffentlicht.

Für Rückfragen steht die Zentrale Meldestelle unter der Telefonnummer 06431 295-258 gerne zur Verfügung.

Nr. 421 Neue Ministranten-Card und Heft für neue Ministrant/-innen

Auf Bundesebene sind die Materialien für die Ministrant/-innenarbeit überarbeitet worden. Neben der neuen im Scheckkartenformat erhältlichen Mini-Card gibt es ein überarbeitetes Heft MINI-Plus. Dieses Heft kann direkt beim Referat für Ministrant/-innenarbeit bestellt werden. Es ist besonders für Einsteiger und neue Ministrantinnen und Ministranten gedacht und enthält wertvolle Tipps, liturgische Einführungen und spirituelle Impulse.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite des Referates für Ministrant/-innenarbeit unter den Menüpunkten Service > Material für die Ministrantenarbeit: www.minis.bistumlimburg.de.

Daneben findet in diesem Jahr zum ersten Mal ein diözesaner MINI-Tag am Samstag, 9. Juli 2016, in Limburg statt. Auch hier finden Sie Informationen auf der

Homepage des Mini-Referates. Bei Fragen können Sie sich direkt an das Referat (E-Mail: ministrantenarbeit@bistumlimburg.de, Tel: 06431 295-378) wenden.

Nr. 422 Fortbildungsangebote des Theologisch-Pastoralen Instituts in Mainz (TPI)

Das Theologisch-Pastorale Institut in Mainz (TPI) macht auf folgende Fortbildungsveranstaltungen aufmerksam:

- „„Geht auf die Straßen!’ (Evangelii Gaudium). Einführung in die Praxis von Sozialraumorientierung in der Kooperation von Seelsorge und Caritas“; 13. bis 15. Juni 2016 und 22. bis 24. November 2016; Tagungszentrum Schmerlenbach/Hösbach; Kursleitung: Dr. Christoph Rüdesheim, Hermann Krieger, Stefan Nober; Referent: Prof. Dr. Herbert Schubert, Köln (1. Modul);
- „Christlich-Islamischer Dialog. Qualifizierungskurs“; 11. bis 12. Juli 2016 (Einführung), 4. bis 7. Oktober 2016, 15. bis 19. Mai 2017, 13. bis 17. November 2017, 14. bis 18. Mai 2018; Mainz, Priesterseminar; Inhaltliche Projektbegleitung: Prof. Dr. Tobias Specker SJ (Sankt Georgen); Dr. Timotheus Güzelmannsur (CIBEDO); Referenten: dito, Dr. Armin Eschraghi und weitere;
- „Gar nicht so ‚verrückt‘?! Seelsorge und psychisch auffällige Menschen“; 12. bis 14. September 2016; Vallendar/Forum Vinzenz Pallotti; Kursleitung: Dr. Regina Heyder; Referent: Prof. Dr. Wolfgang Reuter.

Informationen und Anmeldung beim Theologisch-Pastoralen Institut Mainz, Große Weißgasse 15, 55116 Mainz, Tel: 06131 27088-0, E-Mail: info@tpi-mainz.de, Website: www.tpi-mainz.de.

Nr. 423 Dienstinrichten

Mit Termin 14. März 2016 wurde Frau Dr. Kornelia SIEDLACZEK zur Kontaktperson zum Katholischen Bibelwerk Stuttgart für das Bistum Limburg ernannt.



Nr. 424	Gebet für die Wahl eines Bischofs von Limburg	488	Nr. 430	Beschluss der KODA vom 4. April 2016: Änderung der AVO aufgrund der Tarifiergebnisse zum Sozial- und Erziehungsdienst vom 30. September 2015	491
Der Apostolische Administrator			Bischöfliches Ordinariat		
Nr. 425	Diözesankirchensteuerbeschluss vom 28. November 2015 für das Rechnungsjahr (Kalenderjahr) 2016 für das Bistum Limburg (hessischer Anteil)	489	Nr. 431	Errichtung einer zentralen Stelle gemäß Art. 5 Abs. 4 der Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse	501
Nr. 426	Allgemeine Genehmigung von Ortskirchensteuer Beschlüsse der Kirchengemeinden im hessischen Anteil des Bistums Limburg für das Jahr 2016	489	Nr. 432	Firmungen durch beauftragte Firmspender im Jahr 2017	501
Nr. 427	Diözesankirchensteuerbeschluss vom 28. November 2015 für das Rechnungsjahr (Kalenderjahr) 2016 für das Bistum Limburg (rheinland-pfälzischer Anteil)	489	Nr. 433	Pfarrexamen	502
Nr. 428	Allgemeine Genehmigung von Ortskirchensteuer Beschlüsse der Kirchengemeinden im rheinland-pfälzischen Anteil des Bistums Limburg für das Jahr 2016	490	Nr. 434	Liturgische Arbeitshilfen des Deutschen Liturgischen Instituts	503
Nr. 429	Beschluss der KODA vom 11. Februar 2016: Anlage 11 zu AVO – Jubiläumsordnung	490	Nr. 435	Arbeitshilfe „Christen aus dem Orient“ der Deutschen Bischofskonferenz	503
			Nr. 436	Fortbildungsangebote des Theologisch-Pastoralen Instituts in Mainz	503
			Nr. 437	Wallfahrt mit Schweige-Exerzitien in Lisieux	503
			Nr. 438	Totenmeldungen	503
			Nr. 439	Dienstnachrichten	506
			Nr. 440	Anhang: Budget 2016 des Bistums Limburg	507

Gebet für die Wahl eines Bischofs von Limburg

*Ewiger Gott,
du bist der Hirt,
der seine Herde beschützt und durch die Zeiten führt.*

*Wir bitten dich:
Gib der Kirche von Limburg einen Bischof,
der das Volk Gottes nach deinem Willen leitet und im Glauben festigt,
der das Evangelium treu und unermüdlich verkündet,
sich der Armen und Schwachen annimmt,
den Aufbau der Kirche fördert
und unser Bistum in der Einheit stärkt.*

*Wir bitten dich auch für alle,
die an der Wahl unseres neuen Bischofs verantwortlich mitwirken:
Schenke ihnen den Heiligen Geist,
dass sie in der Erkenntnis deines Willens
die richtige Entscheidung treffen.*

*Uns alle lass wachsen im Glauben,
in der Hoffnung und in der Liebe.
Lass uns unserer Sendung treu bleiben und Verantwortung übernehmen.
Schenke uns in diesem Jahr der Barmherzigkeit ein hörendes Herz,
damit wir in Gemeinschaft mit unserem Bischof
zum Zeichen und Werkzeug deiner Gegenwart werden
und versöhnt miteinander leben.*

Um all das bitten wir durch Christus, unseren Herrn. Amen.

*Heilige Maria, Mutter Gottes – bitte für uns!
Heiliger Georg, Patron unseres Bistums – bitte für uns!*

Der Apostolische Administrator

Nr. 425 Diözesankirchensteuerbeschluss vom 28. November 2015 für das Rechnungsjahr (Kalenderjahr) 2016 für das Bistum Limburg (hessischer Anteil)

Der Diözesankirchensteuerrat des Bistums Limburg erlässt folgenden Diözesankirchensteuerbeschluss für das Bistum Limburg (hessischer Anteil) für das Rechnungsjahr (Kalenderjahr) 2016:

Die Diözesankirchensteuer als Zuschlag zur Einkommensteuer beträgt 9 v. H. der Einkommensteuer (Einkommen-, Lohn- und Kapitalertragsteuer) für das Rechnungsjahr (Kalenderjahr) 2016.

Der Hebesatz von 9 v. H. gilt grundsätzlich auch in den Fällen der Pauschalierung der Einkommensteuer bzw. der Lohnsteuer. Er wird auf 7 v. H. der Lohnsteuer ermäßigt, wenn der zum Steuerabzug Verpflichtete von der Vereinfachungsregelung nach Nr. 1 des gleichlautenden Erlasses der obersten Finanzbehörden der Bundesländer vom 23. Oktober 2012 – Az. S 2444 A (BStBl. 2012, Teil I, Seite 1083) – Gebrauch macht. Der Steuersatz von 7 v. H. gilt auch, wenn der zum Steuerabzug Verpflichtete von der Vereinfachungsregelung nach Nr. 1 des Erlasses des Hessischen Finanzministeriums vom 28. Dezember 2006 – Az. S 2444 A (BStBl. 2007, Teil I, Seite 76) – Gebrauch macht.

Eine Diözesankirchensteuer als Zuschlag zur Vermögenssteuer wird nicht erhoben.

Das besondere Kirchgeld (§ 2 Abs. 1 Nr. 5 des hessischen Kirchensteuergesetzes in der Fassung vom 12. Februar 1986) bemisst sich nach der Tabelle zu § 2 Abs. 3 Satz 2 der Kirchensteuerordnung für die Diözese Limburg (hessischer Anteil) in der jeweils gültigen Fassung, zuletzt vom 16. Dezember 2014, die einen Bestandteil der Kirchensteuerordnung bildet.

Die oben festgesetzten Kirchensteuern werden auch über den 31. Dezember 2016 weiter erhoben, falls zu dem genannten Termin neue Kirchensteuerhebesätze nicht beschlossen und staatlich genehmigt sind.

Limburg, 13. Dezember 2015 + Weihbischof Manfred Grothe
Apostolischer Administrator

Nr. 426 Allgemeine Genehmigung von Ortskirchensteuer Beschlüsse der Kirchengemeinden im hessischen Anteil des Bistums Limburg für das Jahr 2016

Das Bischöfliche Ordinariat genehmigt gemäß § 6 der Kirchensteuerordnung für die Diözese Limburg (hessischer Anteil) in der jeweils gültigen Fassung, zuletzt vom 16. Dezember 2014 Ortskirchensteuerbeschlüsse der Kirchengemeinden, die sich im Rahmen der staatlich allgemein anerkannten Sätze bewegen:

1. Ortskirchensteuer vom Grundbesitz bis zu 20 v. H. der Grundsteuermessbeträge,
2. Ortskirchensteuer als festes Kirchgeld bis zu einem Höchstbetrag von 6 Euro jährlich,
3. als gestaffeltes Kirchgeld mit einem Mindestsatz von 3 Euro und einem Höchstsatz bis zu 30 Euro jährlich.

Ländliche Kirchengemeinden können an Stelle einer Ortskirchensteuer, die als Abgabe nach den Grundsteuermessbeträgen erhoben wird, ein gestaffeltes Kirchgeld erheben, das 300 Euro jährlich nicht übersteigen darf.

Die Einleitung von Vollstreckungsmaßnahmen bedarf im Einzelfall einer Genehmigung durch das Bischöfliche Ordinariat Limburg.

Die Genehmigung gilt für das Steuerjahr (Kalenderjahr) 2016.

Die oben genannte allgemeine Genehmigung von Ortskirchensteuer gilt auch über den 31. Dezember 2016 hinaus, falls zu dem genannten Termin eine neue Genehmigung nicht erteilt und staatlich genehmigt ist.

Limburg, 13. Dezember 2015 + Weihbischof Manfred Grothe
Apostolischer Administrator

Nr. 427 Diözesankirchensteuerbeschluss vom 28. November 2015 für das Rechnungsjahr (Kalenderjahr) 2016 für das Bistum Limburg (rheinland-pfälzischer Anteil)

Der Diözesankirchensteuerrat des Bistums Limburg erlässt folgenden Diözesankirchensteuerbeschluss für das Bistum Limburg (rheinland-pfälzischer Anteil) für das Rechnungsjahr (Kalenderjahr) 2016:

Die Diözesankirchensteuer als Zuschlag zur Einkommensteuer beträgt 9 v. H. der Einkommensteuer (Einkommen-, Lohn- und Kapitalertragsteuer) für das Rechnungsjahr (Kalenderjahr) 2016.

Der Hebesatz von 9 v. H. gilt grundsätzlich auch in den Fällen der Pauschalierung der Einkommensteuer bzw. Lohnsteuer. Er wird auf 7 v. H. der Lohnsteuer ermäßigt, wenn der zum Steuerabzug Verpflichtete von der Vereinfachungsregelung nach Nr. 1 des gleichlautenden Erlasses der obersten Finanzbehörden der Bundesländer vom 23. Oktober 2012 – Az. S 2444 A (BStBl. 2012, Teil I, Seite 1083) – Gebrauch macht. Der Steuersatz von 7 v. H. gilt auch, wenn der zum Steuerabzug Verpflichtete von der Vereinfachungsregelung nach Nr. 1 des Erlasses des Rheinland-Pfälzischen Ministeriums der Finanzen vom 29. Oktober 2008 – Az. S 2447 A (BStBl. 2009, Teil I, Seite 332) – Gebrauch macht.

Eine Diözesankirchensteuer als Kirchensteuer vom Vermögen wird nicht erhoben.

Das besondere Kirchgeld (§ 5 Abs. 1 Ziff. 5 des rheinland-pfälzischen Kirchensteuergesetzes vom 24. Februar 1971) bemisst sich nach der Tabelle zu § 2 Abs. 3 Satz 2 der Kirchensteuerordnung für die Diözese Limburg (rheinland-pfälzischer Anteil) in der jeweils gültigen Fassung, zuletzt vom 16. Dezember 2014, die einen Bestandteil der Kirchensteuerordnung bildet.

Die oben festgesetzten Kirchensteuern werden auch über den 31. Dezember 2016 weiter erhoben, falls zu dem genannten Termin neue Kirchensteuerhebesätze nicht beschlossen und staatlich anerkannt sind.

Limburg, 13. Dezember 2015 + Weihbischof Manfred Grothe
Apostolischer Administrator

Nr. 428 Allgemeine Genehmigung von Ortskirchensteuer Beschlüsse der Kirchengemeinden im rheinland-pfälzischen Anteil des Bistums Limburg für das Jahr 2016

Das Bischöfliche Ordinariat genehmigt gemäß § 6 der Kirchensteuerordnung für die Diözese Limburg (rheinland-pfälzischer Anteil) in der jeweils gültigen Fassung, zuletzt vom 16. Dezember 2014 Ortskirchensteuerbeschlüsse der Kirchengemeinden, die sich im Rahmen der staatlich allgemein anerkannten Sätze bewegen:

1. Ortskirchensteuer vom Grundbesitz bis zu 20 v. H. der Grundsteuermessbeträge,

2. Ortskirchensteuer als festes Kirchgeld bis zu einem Höchstbetrag von 6 Euro jährlich,
3. als gestaffeltes Kirchgeld mit einem Mindestsatz von 3 Euro und einem Höchstsatz bis zu 30 Euro jährlich.

Die Einleitung von Vollstreckungsmaßnahmen bedarf im Einzelfall einer Genehmigung durch das Bischöfliche Ordinariat Limburg.

Die Genehmigung gilt für das Steuerjahr (Kalenderjahr) 2016.

Die oben genannte allgemeine Genehmigung von Ortskirchensteuer gilt auch über den 31. Dezember 2016 hinaus, falls zu dem genannten Termin eine neue Genehmigung nicht erteilt und staatlich anerkannt ist.

Limburg, 13. Dezember 2015 + Weihbischof Manfred Grothe
Apostolischer Administrator

Nr. 429 Beschluss der KODA vom 11. Februar 2016: Anlage 11 zu AVO – Jubiläumsordnung

Die Jubiläumsordnung wird in § 2 wie folgt geändert:

- 1) Sätze 2 und 3 erhalten folgenden Wortlaut:

„Die Jubiläumsdienstzeit umfasst die Beschäftigungszeit bei einem Arbeitgeber gemäß § 12 AVO. Auf Antrag sind ferner auch die Zeiten anzurechnen, die bei einem kirchlichen Arbeitgeber in einem Arbeitsverhältnis oder in einem Ausbildungsverhältnis zurückgelegt worden sind sofern diese Zeiten die Voraussetzungen des § 12 AVO erfüllt hätten; Unterbrechungen von bis zu 6 Monaten Dauer sind unschädlich.“

- 2) Es wird ein neuer Satz 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Schriftlich anerkannte Jubiläumsdienstzeiten bleiben bestehen.“

- 3) Die bisherigen Sätze 4–6 werden zu Sätze 5–7.

- 4) Die Änderung tritt zum 01.01.2015 in Kraft.

Limburg, 24. März 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Az.: 565AH/40931/16/04/1 Apostolischer Administrator

Nr. 430 Beschluss der KODA vom 4. April 2016: Änderung der AVO aufgrund der Tarifiergebnisse zum Sozial- und Erziehungsdienst vom 30. September 2015

I.

Anlage 29 zur AVO wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 7 wird die Angabe „Entgeltgruppe S 8“ durch die Angabe „Entgeltgruppe S 8b“ und die Angabe „Fallgruppe 5“ durch die Angabe „Fallgruppe 3“ ersetzt.

b) Satz 8 wird wie folgt gefasst:

„⁸Abweichend von Satz 6 erreichen Beschäftigte, die nach den Tätigkeitsmerkmalen der Besonderen Vergütungsrichtlinie VR 2 in der Entgeltgruppe S 8b bei Tätigkeiten der Fallgruppen 1 oder 2 eingruppiert sind, die Stufe 5 nach sechs Jahren in Stufe 4 und die Stufe 6 nach acht Jahren in Stufe 5.

2. In Absatz 3 wird die Angabe „S 6 bis S 8“ durch die Angabe „S 6 bis S 8b“ ersetzt.

3. Es wird folgender Absatz 4 angefügt:

(4) Auf Beschäftigte der Entgeltgruppe S 9 findet der in Anlage 4 zur AVO, Abs. 2 Satz 1 für die Entgeltgruppen 1 bis 8 ausgewiesene Prozentsatz Anwendung.

Die gemäß Anlage 29 zur AVO § 1 Abs. 1 geltende Entgelttabelle für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst ist als Anhang 1 beigelegt.

Die Besondere Vergütungsrichtlinie VR 2 wird wie aus dem Anhang 2 ersichtlich gefasst.

Anhang 1

Anlage C (VKA) zum TVöD

Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst, gültig ab 1. Juli 2015 (monatlich in Euro)

Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
S 18	3.445,25	3.560,07	4.019,46	4.363,97	4.880,76	5.196,57

S	17	3.102,56	3.416,52	3.789,76	4.019,46	4.478,80	4.748,69
S	16	3.024,52	3.341,89	3.594,53	3.904,60	4.249,12	4.455,84
S	15	2.913,01	3.215,54	3.445,25	3.709,38	4.134,29	4.318,02
S	14	2.909,57	3.182,56	3.437,82	3.697,48	3.984,60	4.185,57
S	13	2.879,57	3.102,56	3.387,82	3.617,48	3.904,60	4.048,14
S	12	2.815,04	3.093,78	3.367,29	3.608,45	3.907,04	4.033,37
S	11b	2.715,30	3.049,78	3.195,64	3.563,13	3.850,24	4.022,50
S	11a	2.656,58	2.991,07	3.136,01	3.502,66	3.789,76	3.962,02
S	10	[nicht besetzt]					
S	9	2.480,00	2.760,00	2.980,00	3.300,00	3.600,00	3.830,00
S	8b	2.480,00	2.760,00	2.980,00	3.300,00	3.600,00	3.830,00
S	8a	2.460,00	2.700,00	2.890,00	3.070,00	3.245,00	3.427,50
S	7	2.405,70	2.628,70	2.807,11	2.985,49	3.119,30	3.318,92
S	6	[nicht besetzt]					
S	5	[nicht besetzt]					
S	4	2.260,76	2.511,63	2.667,73	2.773,65	2.874,00	3.030,34
S	3	2.104,67	2.363,34	2.513,30	2.651,01	2.714,00	2.789,26
S	2	2.009,72	2.115,65	2.193,69	2.282,89	2.372,08	2.461,29

Anhang 2

Anlage 22 zu AVO

Vergütungsrichtlinie VR 2: Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst beim Caritasverband Frankfurt e. V. und im Haus der Volksarbeit e. V. sowie in den Tageseinrichtungen für Kinder im Bistum Limburg

S 2

Beschäftigte in der Tätigkeit von Kinderpflegerinnen/Kinderpflegern mit staatlicher Anerkennung. (Hierzu Protokollerklärung Nr. 1)

S 3

Kinderpflegerinnen/Kinderpfleger mit staatlicher Anerkennung oder mit staatlicher Prüfung und entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben. (Hierzu Protokollerklärung Nr. 1)

S 4

1. Kinderpflegerinnen/Kinderpfleger mit staatlicher Anerkennung oder mit staatlicher Prüfung und entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, mit schwierigen fachli-

	chen Tätigkeiten. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1 und 2)		Gärtnermeisterinnen/Gärtnermeister als Gruppenleiterin/Gruppenleiter in Ausbildungs- oder Berufsförderungswerkstätten oder Werkstätten für behinderte Menschen. (Hierzu Protokollerklärung Nr. 1)
	2. Beschäftigte im handwerklichen Erziehungsdienst mit abgeschlossener Berufsausbildung. (Hierzu Protokollerklärung Nr. 1)		3. Beschäftigte in der Tätigkeit von Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeitern bzw. Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung. (Hierzu Protokollerklärung Nr. 1)
	3. Beschäftigte in der Tätigkeit von Erzieherinnen/Erziehern, Heilerziehungspflegerinnen/Heilerziehungspfleger oder Heilerzieherinnen/Heilerzieher mit staatlicher Anerkennung. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1 und 3)	S 9	
S 5			1. Erzieherinnen/Erzieher, Heilerziehungspflegerinnen/Heilerziehungspfleger und Heilerzieherinnen/Heilerzieher mit staatlicher Anerkennung und jeweils entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, mit fachlich koordinierenden Aufgaben für mindestens drei Beschäftigte mindestens der Entgeltgruppe S 8b Fallgruppe 1. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1, 3 und 5)
	[nicht besetzt]		
S 6			2. Heilpädagoginnen/Heilpädagogen mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1 und 7)
	[nicht besetzt]		3. Beschäftigte in der Tätigkeit von Heilpädagoginnen/Heilpädagogen mit abgeschlossener Hochschulbildung und – soweit nach dem jeweiligen Landesrecht vorgesehen – mit staatlicher Anerkennung. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1 und 15)
S 7	Beschäftigte mit abgeschlossener Berufsausbildung als Gruppenleiterin/Gruppenleiter in Ausbildungs- oder Berufsförderungswerkstätten oder Werkstätten für behinderte Menschen. (Hierzu Protokollerklärung Nr. 1)		4. Beschäftigte als Leiterinnen/Leiter von Kindertagesstätten mit einer Gruppe. (Hierzu Protokollerklärung Nr. 8)
S 8a	Erzieherinnen/Erzieher, Heilerziehungspflegerinnen/Heilerziehungspfleger und Heilerzieherinnen/Heilerzieher mit staatlicher Anerkennung und jeweils entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1, 3 und 5)		5. Beschäftigte, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreterinnen/Vertreter von Leiterinnen/Leitern von Kindertagesstätten mit zwei Gruppen bestellt sind. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 4, 8 und 9)
S 8b		S 10	[nicht besetzt]
	1. Erzieherinnen/Erzieher, Heilerziehungspflegerinnen/Heilerziehungspfleger und Heilerzieherinnen/Heilerzieher mit staatlicher Anerkennung und jeweils entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, mit besonders schwierigen fachlichen Tätigkeiten. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1, 3, 5 und 6)	S 11a	Beschäftigte, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreterinnen/Vertreter von Leiterinnen/Leitern von Kindertagesstätten für Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX oder für Kinder und Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten oder
	2. Handwerksmeisterinnen/Handwerksmeister, Industriemeisterinnen/Industriemeister oder		

von Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne des § 2 SGB IX bestellt sind. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 4 und 8)

S 11b

Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung sowie Heilpädagoginnen/Heilpädagogen mit abgeschlossener Hochschulbildung und – soweit nach dem jeweiligen Landesrecht vorgesehen – mit staatlicher Anerkennung mit jeweils entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1 und 15)

S 12

Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung sowie Heilpädagoginnen/Heilpädagogen mit abgeschlossener Hochschulbildung und – soweit nach dem jeweiligen Landesrecht vorgesehen – mit staatlicher Anerkennung mit jeweils entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, mit schwierigen Tätigkeiten. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1, 12 und 15)

S 13

1. Beschäftigte als Leiterinnen/Leiter von Kindertagesstätten mit zwei Gruppen. (Hierzu Protokollerklärungen Nr. 8 und 9)
2. Beschäftigte, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreterinnen/Vertreter von Leiterinnen/Leitern von Kindertagesstätten mit mindestens drei Gruppen bestellt sind. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 4, 8 und 9)

S 14

Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung sowie Heilpädagoginnen/Heilpädagogen mit abgeschlossener Hochschulbildung und – soweit nach dem jeweiligen Landesrecht vorgesehen – mit staatlicher Anerkennung mit jeweils entsprechender Tä-

tigkeit, die Entscheidungen zur Vermeidung der Gefährdung des Kindeswohls treffen und in Zusammenarbeit mit dem Familiengericht bzw. Vormundschaftsgericht Maßnahmen einleiten, welche zur Gefahrenabwehr erforderlich sind, oder mit gleichwertigen Tätigkeiten, die für die Entscheidung zur zwangsweisen Unterbringung von Menschen mit psychischen Krankheiten erforderlich sind (z.B. Sozialpsychiatrischer Dienst der örtlichen Stellen der Städte, Gemeinden und Landkreise). (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 13, 14 und 15)

S 15

1. Beschäftigte als Leiterinnen/Leiter von Kindertagesstätten mit mindestens drei Gruppen. (Hierzu Protokollerklärungen Nr. 8 und 9)
2. Beschäftigte, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreterinnen/Vertreter von Leiterinnen/Leitern von Kindertagesstätten mit fünf Gruppen bestellt sind. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 4, 8 und 9)
3. Beschäftigte als Leiterinnen/Leiter von Kindertagesstätten für Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX oder für Kinder und Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten oder von Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne des § 2 SGB IX. (Hierzu Protokollerklärung Nr. 8)
4. Beschäftigte, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreterinnen/Vertreter von Leiterinnen/Leitern von Kindertagesstätten für Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX oder für Kinder und Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten oder von Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne des § 2 SGB IX mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 40 Plätzen bestellt sind. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 4, 8 und 9)
5. Beschäftigte, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreterinnen/Vertreter von Leiterinnen/Leitern von Erziehungsheimen oder von Wohnheimen für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne des § 2 SGB IX bestellt sind. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1, 4, 10 und 11)
6. Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung sowie Heilpädagoginnen/Heilpädagogen mit abgeschlossener Hochschulbildung und – soweit nach dem jeweili-

gen Landesrecht vorgesehen – mit staatlicher Anerkennung mit jeweils entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, deren Tätigkeit sich mindestens zu einem Drittel durch besondere Schwierigkeit und Bedeutung aus der Entgeltgruppe S 12 heraushebt. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1 und 15)

S 16

1. Beschäftigte als Leiterinnen/Leiter von Kindertagesstätten mit fünf Gruppen. (Hierzu Protokollerklärungen Nr. 8 und 9)
2. Beschäftigte, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreterinnen/Vertreter von Leiterinnen/Leitern von Kindertagesstätten mit mindestens sechs Gruppen bestellt sind. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 4, 8 und 9)
3. Beschäftigte als Leiterinnen/Leiter von Kindertagesstätten für Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX oder für Kinder und Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten oder von Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne des § 2 SGB IX mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 40 Plätzen. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 8 und 9)
4. Beschäftigte, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreterinnen/Vertreter von Leiterinnen/Leitern von Kindertagesstätten für Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX oder für Kinder und Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten oder von Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne des § 2 SGB IX mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 70 Plätzen bestellt sind. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 4, 8 und 9)
5. Beschäftigte als Leiterinnen/Leiter von Erziehungsheimen oder von Wohnheimen für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne des § 2 SGB IX. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1, 10 und 11)
6. Beschäftigte, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreterinnen/Vertreter von Leiterinnen/Leitern von Erziehungsheimen oder von Wohnheimen für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne des § 2 SGB IX mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 50 Plätzen bestellt sind. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1, 4, 9, 10 und 11)

S 17

1. Beschäftigte als Leiterinnen/Leiter von Kindertagesstätten mit mindestens sechs Gruppen. (Hierzu Protokollerklärungen Nr. 8 und 9)
2. Beschäftigte, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreterinnen/Vertreter von Leiterinnen/Leitern von Kindertagesstätten mit mindestens 8 Gruppen bestellt sind. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 4, 8 und 9)
3. Beschäftigte als Leiterinnen/Leiter von Kindertagesstätten für Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX oder für Kinder und Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten oder von Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne des § 2 SGB IX mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 70 Plätzen. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 8 und 9)
4. Beschäftigte, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreterinnen/Vertreter von Leiterinnen/Leitern von Kindertagesstätten für Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX oder für Kinder und Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten oder von Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne des § 2 SGB IX mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 90 Plätzen bestellt sind. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 4, 8 und 9)
5. Beschäftigte, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreterinnen/Vertreter von Leiterinnen/Leitern von Erziehungsheimen oder von Wohnheimen für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne des § 2 SGB IX mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 90 Plätzen bestellt sind. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1, 4, 9, 10 und 11)
6. Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung sowie Heilpädagoginnen/Heilpädagogen mit abgeschlossener Hochschulbildung und – soweit nach dem jeweiligen Landesrecht vorgesehen – mit staatlicher Anerkennung mit jeweils entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, deren Tätigkeit sich durch besondere Schwierigkeit und Bedeutung aus der Entgeltgruppe S 12 heraushebt. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1 und 15)
7. Psychagoginnen/Psychagogen mit staatlicher Anerkennung oder staatlich anerkannter Prü-

fung und entsprechender Tätigkeit. (Hierzu Protokollerklärung Nr. 16)

S 18

1. Beschäftigte als Leiterinnen/Leiter von Kindertagesstätten mit mindestens acht Gruppen. (Hierzu Protokollerklärungen Nr. 8 und 9)
2. Beschäftigte als Leiterinnen/Leiter von Kindertagesstätten für Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX oder für Kinder und Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten oder von Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne des § 2 SGB IX mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 90 Plätzen. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 8 und 9)
3. Beschäftigte als Leiterinnen/Leiter von Erziehungsheimen oder von Wohnheimen für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne des § 2 SGB IX mit einer Durchschnittsbelegung von mindestens 50 Plätzen. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1, 9, 10 und 11)
4. Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung sowie Heilpädagoginnen/Heilpädagogen mit abgeschlossener Hochschulbildung und – soweit nach dem jeweiligen Landesrecht vorgesehen – mit staatlicher Anerkennung mit jeweils entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, deren Tätigkeit sich durch das Maß der damit verbundenen Verantwortung erheblich aus der Entgeltgruppe S 17 Fallgruppe 6 heraushebt. (Hierzu Protokollerklärungen Nrn. 1 und 15)

Protokollerklärungen:

1. ¹Die Beschäftigten – ausgenommen die in Entgeltgruppe S 4 bei Tätigkeiten der Fallgruppe 2, Entgeltgruppe S 7 und Entgeltgruppe S 8b bei Tätigkeiten der Fallgruppe 2 eingruppierten Beschäftigten – erhalten für die Dauer der Tätigkeit in einem Erziehungsheim, einem Kinder- oder einem Jugendwohnheim oder einer vergleichbaren Einrichtung (Heim) eine Zulage in Höhe von 61,36 Euro monatlich, wenn in dem Heim überwiegend behinderte Menschen im Sinne des § 2 SGB IX oder Kinder und Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten zum Zwecke der Erziehung, Ausbildung oder Pflege ständig untergebracht sind; sind nicht überwiegend

solche Personen ständig untergebracht, beträgt die Zulage 30,68 Euro monatlich. ²Für die in Entgeltgruppe S 15 bei Tätigkeiten der Fallgruppe 5, S 16 bei Tätigkeiten der Fallgruppen 5 und 6, S 17 bei Tätigkeiten der Fallgruppe 5 und S 18 bei Tätigkeiten der Fallgruppe 3 eingruppierten Beschäftigten gilt Satz 1 für die Dauer der Tätigkeit in einem Wohnheim für erwachsene Menschen mit Behinderung entsprechend. ³Für die in Entgeltgruppe S 4 bei Tätigkeiten der Fallgruppe 2, Entgeltgruppe S 7 und Entgeltgruppe S 8b bei Tätigkeiten der Fallgruppe 2 eingruppierten Beschäftigten in einem Heim im Sinne des Satzes 1 erster Halbsatz beträgt die Zulage 40,90 Euro monatlich. ⁴Die Zulage wird nur für Zeiträume gezahlt, in denen Beschäftigte einen Anspruch auf Entgelt oder Fortzahlung des Entgelts nach § 21 haben. ⁵Sie ist bei der Bemessung des Sterbegeldes (§ 23 Abs. 3) zu berücksichtigen.

2. Schwierige fachliche Tätigkeiten sind z. B.
 - a) Tätigkeiten in Einrichtungen für behinderte Menschen im Sinne des § 2 SGB IX und in psychiatrischen Kliniken,
 - b) alleinverantwortliche Betreuung von Gruppen z. B. in Randzeiten,
 - c) Tätigkeiten in Integrationsgruppen (Erziehungsgruppen, denen besondere Aufgaben in der gemeinsamen Förderung behinderter und nicht behinderter Kinder zugewiesen sind) mit einem Anteil von mindestens einem Drittel von behinderten Menschen im Sinne des § 2 SGB IX in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung,
 - d) Tätigkeiten in Gruppen von behinderten Menschen im Sinne des § 2 SGB IX oder in Gruppen von Kindern und Jugendlichen mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten,
 - e) Tätigkeiten in geschlossenen (gesicherten) Gruppen.

3. Als entsprechende Tätigkeit von Erzieherinnen/Erziehern gilt auch die Tätigkeit in Schulkindergärten, Vorklassen oder Vermittlungsgruppen für nicht schulpflichtige Kinder und die Betreuung von über 18jährigen Personen (z.B. in Einrichtungen für behinderte Menschen im Sinne des § 2 SGB IX oder für Obdachlose).

4. ¹Ständige Vertreterinnen/Vertreter sind nicht Vertreterinnen/Vertreter in Urlaubs- und sonstigen Abwesenheitsfällen. ²Je Kindertagesstätte soll eine ständige Vertreterin oder ein ständiger Vertreter der Leiterin oder des Leiters bestellt werden.

5. Nach diesem Tätigkeitsmerkmal sind auch
 - a) Kindergärtnerinnen/Kindergärtner und Hortnerinnen/Hortner mit staatlicher Anerkennung oder staatlicher Prüfung,
 - b) Kinderkrankenschwestern/Kinderkrankenschwester, die in Kinderkrippen tätig sind, eingruppiert.
6. Besonders schwierige fachliche Tätigkeiten sind z. B. die
 - a) Tätigkeiten in Integrationsgruppen (Erziehungsgruppen, denen besondere Aufgaben in der gemeinsamen Förderung behinderter und nicht behinderter Kinder zugewiesen sind) mit einem Anteil von mindestens einem Drittel von behinderten Menschen im Sinne des § 2 SGB IX in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung,
 - b) Tätigkeiten in Gruppen von behinderten Menschen im Sinne des § 2 SGB IX oder von Kindern und Jugendlichen mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten,
 - c) Tätigkeiten in Jugendzentren/Häusern der offenen Tür,
 - d) Tätigkeiten in geschlossenen (gesicherten) Gruppen,
 - e) fachlichen Koordinierungstätigkeiten für mindestens vier Beschäftigte mindestens der Entgeltgruppe S 8a,
 - f) Tätigkeiten einer Facherzieherin/eines Facherziehers mit einrichtungsübergreifenden Aufgaben.
7. Unter Heilpädagoginnen/Heilpädagogen mit staatlicher Anerkennung sind Beschäftigte zu verstehen, die einen nach Maßgabe der Rahmenvereinbarung über die Ausbildung und Prüfung an Fachschulen (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 7. November 2002) gestalteten Ausbildungsgang für Heilpädagoginnen/Heilpädagogen mit der vorgeschriebenen Prüfung erfolgreich abgeschlossen und die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „staatlich anerkannte Heilpädagogin/staatlich anerkannter Heilpädagoge“ erworben haben.
8. Kindertagesstätten im Sinne dieses Tarifmerkmals sind Krippen, Kindergärten, Horte, Kinderbetreuungsstuben, Kinderhäuser und Kindertageseinrichtungen der örtlichen Kindererholungsfürsorge.
9. ¹Sofern innerhalb dieser Vergütungsrichtlinie nicht auf die Anzahl der Gruppen abgestellt wird, ist für

die Ermittlung der Durchschnittsbelegung für das jeweilige Kalenderjahr grundsätzlich die Zahl der vom 1. Oktober bis 31. Dezember des vorangegangenen Kalenderjahres vergebenen, je Tag gleichzeitig belegbaren Plätze zugrunde zu legen. ²Eine Unterschreitung der maßgeblichen je Tag gleichzeitig belegbaren Plätze von nicht mehr als 5 v. H. führt nicht zur Herabgruppierung. ³Eine Unterschreitung um mehr als 5 v. H. führt erst dann zur Herabgruppierung, wenn die maßgebliche Platzzahl drei Jahre hintereinander unterschritten wird. ⁴Eine Unterschreitung auf Grund vom Arbeitgeber verantworteter Maßnahmen (z. B. Qualitätsverbesserungen) führt ebenfalls nicht zur Herabgruppierung. ⁵Hiervon bleiben organisatorische Maßnahmen infolge demografischer Handlungsnotwendigkeiten unberührt.

Protokollnotiz der KODA:

Soweit für die Eingruppierung der Leiterinnen und Leiter beziehungsweise der stellvertretenden Leiterinnen und Leiter die Anzahl der Plätze Kriterium für die Eingruppierung ist, werden solche Plätze mitberücksichtigt, die durch von den Ländern Hessen bzw. Rheinland-Pfalz oder durch vertragliche Vereinbarung mit einer Kommune bzw. Landkreis veranlassten Reduzierung der Gruppengröße nicht besetzt sind bzw. nicht besetzbar oder weggefallen sind.

10. Erziehungsheime sind Heime, in denen überwiegend behinderte Kinder oder Jugendliche im Sinne des § 2 SGB IX oder Kinder oder Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten ständig untergebracht sind.
11. Dieses Tätigkeitsmerkmal gilt nicht für Leiterinnen/Leiter bzw. ständige Vertreterinnen/Vertreter von Leiterinnen/Leitern von Wohngruppen.
12. Schwierige Tätigkeiten sind z. B. die
 - a) Beratung von Suchtmittel-Abhängigen,
 - b) Beratung von HIV-Infizierten oder an AIDS erkrankten Personen,
 - c) begleitende Fürsorge für Heimbewohnerinnen/Heimbewohner und nachgehende Fürsorge für ehemalige Heimbewohnerinnen/Heimbewohner,
 - d) begleitende Fürsorge für Strafgefangene und nachgehende Fürsorge für ehemalige Strafgefangene,
 - e) Koordinierung der Arbeiten mehrerer Beschäftigter mindestens der Entgeltgruppe S 9.

13. Unter die Entgeltgruppe S 14 fallen auch Beschäftigte mit dem Abschluss Diplompädagogin/Diplompädagoge, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten von Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeitern bzw. Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung ausüben, denen Tätigkeiten der Entgeltgruppe S 14 übertragen sind.

14. ¹Das „Treffen von Entscheidungen zur Vermeidung der Gefährdung des Kindeswohls und die Einleitung von Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Familiengericht bzw. Vormundschaftsgericht, welche zur Gefahrenabwehr erforderlich sind“, sind im Allgemeinen Sozialen Dienst bei Tätigkeiten im Rahmen der Fallverantwortung bei

- Hilfen zur Erziehung nach § 27 SGB VIII,
- der Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII,
- der Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen (§ 42 SGB VIII),
- der Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten (§ 50 SGB VIII)

einschließlich der damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten erfüllt.

²Die Durchführung der Hilfen nach den getroffenen Entscheidungen (z.B. Erziehung in einer Tagesgruppe, Vollzeitpflege oder Heimerziehung) fällt nicht unter die Entgeltgruppe S 14. ³Die in Aufgabengebieten außerhalb des Allgemeinen Sozialen Dienstes wie z. B. Erziehungsbeistandschaft, Pflegekinderdienst, Adoptionsvermittlung, Jugendgerichtshilfe, Vormundschaft, Pflegschaft auszuübenden Tätigkeiten fallen nicht unter die Entgeltgruppe S 14, es sei denn, dass durch Organisationsentscheidung des Arbeitgebers im Rahmen dieser Aufgabengebiete ebenfalls Tätigkeiten auszuüben sind, die die Voraussetzungen von Satz 1 erfüllen.

Niederschriftserklärung zu der Protokollerklärung Nr. 14:

¹Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD) ist eine Organisationsbezeichnung, die auch durch andere Begriffe wie z. B. Kommunalen Sozialer Dienst (KSD) ersetzt sein kann. ²Der Begriff bezeichnet hier die Aufgabenstellung des Allgemeinen Sozialen Dienstes und muss nicht mit der Benennung der Organisationsform bei dem einzelnen Arbeitgeber übereinstimmen.

15. ¹Eine abgeschlossene Hochschulbildung liegt vor, wenn von einer Hochschule im Sinne des § 1 HRG ein Diplomgrad mit dem Zusatz „Fachhochschule“

(„FH“), ein anderer nach § 18 HRG gleichwertiger Abschlussgrad oder ein Bachelorgrad verliehen wurde. ²Die Abschlussprüfung muss in einem Studiengang abgelegt worden sein, der seinerseits mindestens das Zeugnis der Hochschulreife (allgemeine Hochschulreife oder einschlägige fachgebundene Hochschulreife) oder eine andere landesrechtliche Hochschulzugangsberechtigung als Zugangsvoraussetzung erfordert, und für den Abschluss eine Regelstudienzeit von mindestens sechs Semestern – ohne etwaige Praxissemester, Prüfungssemester o. Ä. – vorschreibt. ³Der Bachelorstudiengang muss nach den Regelungen des Akkreditierungsrats akkreditiert sein. ⁴Dem gleichgestellt sind Abschlüsse in akkreditierten Bachelorausbildungsgängen an Berufsakademien. ⁵Ein Abschluss an einer ausländischen Hochschule gilt als abgeschlossene Hochschulbildung, wenn er von der zuständigen staatlichen Anerkennungsstelle als dem deutschen Hochschulabschluss gleichwertig anerkannt wurde.

16. Psychagoginnen/Psychagogen mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulbildung und entsprechender Tätigkeit werden von diesem Tätigkeitsmerkmal nicht erfasst.

II. Änderungen der OzÜ

Die Ordnung zur Überleitung der Beschäftigten in die Entgeltsystematik des TVöD-VKA wird wie folgt geändert:

1. § 28a Abs. 8 wird wie folgt gefasst:

(8) ¹Am 1. Januar 2008 aus dem BAT übergeleitete Beschäftigte, denen am 31. Dezember 2012 eine Besitzstandszulage nach § 9 zustand und die

- a) nach der Anlage 22 VR 2 zur AVO in der Entgeltgruppe S 11b eingruppiert sind, erhalten für die Dauer der Zuordnung zur Stufe 6 zusätzlich zu dem Tabellenentgelt der Entgeltgruppe S 11b Stufe 6 eine Zulage in Höhe von 70,00 Euro monatlich;
- b) nach der Anlage 22 VR 2 zur AVO in der Entgeltgruppe S 12 eingruppiert sind, erhalten für die Dauer der Zuordnung zur Stufe 6 zusätzlich zu dem Tabellenentgelt der Entgeltgruppe S 12 Stufe 6 eine Zulage in Höhe von 80,00 Euro monatlich.

²Die jeweilige Zulage nach Satz 1 verändert sich bei allgemeinen Entgeltanpassungen um den von den Tarifvertragsparteien des TVöD-VKA für die Entgeltgruppe S 11b bzw. S 12 festgelegten Vomhundertsatz. ³Die Sätze 1 und 2 gelten für Beschäftigte, die einer individuellen Endstufe zugeordnet sind, entsprechend. ⁴Abweichend von § 16a Abs. 1 AVO gelten für am 1. Oktober 2005 aus dem BAT/BAT-O übergeleitete Beschäftigte, denen am 31. Dezember 2012 eine Besitzstandszulage nach § 9 zustand und die nach der Anlage 22 VR 2 zur AVO in der Entgeltgruppe S 13 eingruppiert sind, folgende Tabellenwerte der Entgeltgruppe S 13 Ü:

Gültig ab 1. März 2015

Stufe 1	2.926,55
Stufe 2	3.149,53
Stufe 3	3.436,20
Stufe 4	3.665,88
Stufe 5	3.952,98
Stufe 6	4.096,53

⁵Im Übrigen gelten die Regelungen der Absätze 1 bis 6 mit Ausnahme von Absatz 3 Satz 7 entsprechend.

2. Nach § 28a wird folgender neuer § 28b eingefügt:

§ 28b

Besondere Regelungen für am 30. Juni 2015 nach der Anlage 22 VR 2 zur AVO eingruppierte Beschäftigte und weitere Regelungen

(1) Beschäftigte, die nach der Anlage 22 VR 2 zur AVO am 30. Juni 2015 in einer der folgenden Entgeltgruppen eingruppiert sind und am 1. Juli 2015 in einer der folgenden Entgeltgruppen eingruppiert sind:

Entgeltgruppe am 30. Juni 2015	Entgeltgruppe am 1. Juli 2015
S 5 bei Tätigkeiten der Fallgruppe 1	S 7
S 6	S 8a
S 8 bei Tätigkeiten der Fallgruppen 1, 3 und 5	S 8b
S 8 bei Tätigkeiten der Fallgruppen 2, 6 und 7	S 9
S 11	S 11b

werden stufengleich und unter Beibehaltung der in ihrer Stufe zurückgelegten Stufenlaufzeit in die am 1. Juli 2015 maßgebliche Entgeltgruppe übergeleitet.

Protokollerklärungen zu Absatz 1:

- ¹Die Zuordnung zu einer individuellen Zwischen- oder Endstufe bleibt unberührt. ²§ 28a Abs. 4 Satz 7 findet Anwendung.
- ¹Für in Entgeltgruppe S 8 eingruppierte Beschäftigte, die den Entgeltgruppen S 8b oder S 9 zugeordnet werden, gelten folgende abweichende Vorschriften:
 - a) Bei Erfüllung einer Stufenlaufzeit von mindestens sechs Jahren in Stufe 4 erfolgt in der Entgeltgruppe S 8b die Zuordnung zu der Stufe 5.
 - b) Bei Erfüllung einer Stufenlaufzeit von mindestens acht Jahren in Stufe 5 erfolgt in der Entgeltgruppe S 8b die Zuordnung zu der Stufe 6.
 - c) Bei Erfüllung einer Stufenlaufzeit von mindestens vier Jahren in Stufe 4 erfolgt in der Entgeltgruppe S 9 die Zuordnung zu der Stufe 5.
 - d) Bei Erfüllung einer Stufenlaufzeit von mindestens fünf Jahren in Stufe 5 erfolgt in der Entgeltgruppe S 9 die Zuordnung zu der Stufe 6.

²Die Stufenlaufzeit beginnt nach der Zuordnung zu der höheren Stufe nach Satz 1 neu.

- (2) ¹Beschäftigte, für die sich außerhalb von Absatz 1 am 1. Juli 2015 nach der Anlage 22 VR 2 zur AVO eine Eingruppierung in einer höheren Entgeltgruppe als am 30. Juni 2015 ergibt, werden in die höhere Entgeltgruppe eingruppiert. ²Gegen die höhere Eingruppierung können die Beschäftigten bis zum 31. August 2016 (Ausschlussfrist) Widerspruch einlegen. ³Der Widerspruch wirkt auf den 1. Juli 2015 zurück. ⁴Ruht das Arbeitsverhältnis am 1. Juli 2015, beginnt die Frist von einem Jahr mit der Wiederaufnahme der Tätigkeit; Satz 3 findet Anwendung. ⁵Für diese Höhergruppierungen finden § 16e Abs. 4 AVO und § 28a Abs. 5 Satz 1 Anwendung. ⁶Fallen am 1. Juli 2015 ein Stufenaufstieg und die Höhergruppierung zusammen, erfolgt erst der Stufenaufstieg und anschließend die Höhergruppierung.

Protokollerklärungen zu Absatz 2:

1. ¹Für Beschäftigte, die über den 30. Juni 2015 hinaus in der Entgeltgruppe S 10 eingruppiert sind, gelten abweichend von § 16a Absatz 1 AVO folgende Tabellenwerte:

Gültig ab 1. Juli 2015

Stufe 1	2.589,68
Stufe 2	2.857,27
Stufe 3	2.991,07
Stufe 4	3.387,82
Stufe 5	3.709,38
Stufe 6	3.973,50

²Diese Tabellenwerte verändern sich bei allgemeinen Entgeltanpassungen um den von den Tarifvertragsparteien des TVöD-VKA für die Entgeltgruppe S 9 festgelegten Vomhundertsatz.

2. Bei Höhergruppierungen aus der Entgeltgruppe S 9 bei Tätigkeiten der Fallgruppe 2 nach der Fassung vom 30. Juni 2015 in die Entgeltgruppe S 11a gilt bei den Stufen 5 und 6 in entsprechender Anwendung von § 16e Absatz 4 Satz 3 AVO die Entgeltgruppe S 10 mit ihren am 30. Juni 2015 gültigen Tabellenwerten als dazwischen liegende Entgeltgruppe.
- (3) ¹Werden Beschäftigte zum 1. Juli 2015 aus einer individuellen Endstufe nach Absatz 1 einer höheren Entgeltgruppe zugeordnet oder nach Absatz 2 höhergruppiert, erhalten sie in der höheren Entgeltgruppe ein Entgelt, das dem Entgelt ihrer bisherigen individuellen Endstufe zuzüglich des Zuordnungs- bzw. Höhergruppierungsgewinns, den die Beschäftigten erhalten, die aus der Stufe 6 ihrer bisherigen Entgeltgruppe der höheren Entgeltgruppe zugeordnet oder in diese höhergruppiert werden, entspricht. ²So weit sich zum 1. Juli 2015 allein die Tabellenwerte der Entgeltgruppe der Anlage C (VKA) zum TVöD erhöhen, findet § 6 Abs. 4 Satz 4 entsprechende Anwendung.
- (4) Für Beschäftigte der Entgeltgruppe S 9 bei Tätigkeiten der Fallgruppe 1, die am 30. Juni 2015 den Stufen 1 oder 2 zugeordnet sind, finden für die Dauer des Verbleibs in den Stufen 1 und 2 die Tabellenwerte der Stufen 1 und 2 nach dem Stand vom 30. Juni 2015 Anwendung.

- (5) ¹Beschäftigte im Sinne des § 28a Abs. 7 Satz 1, die nicht innerhalb der Antragsfrist nach § 28a Abs. 7 Satz 1 ihre Eingruppierung nach der Anlage 22 VR 2 zur AVO geltend gemacht haben und die weiterhin Entgelt nach der Anlage A zum TVöD erhalten, können bis zum 31. Mai 2016 (Ausschlussfrist) ihre Eingruppierung nach der Anlage 22 VR 2 zur AVO schriftlich beantragen. ²Bei Beschäftigten, die von ihrem Antragsrecht nach Satz 1 Gebrauch machen, wird ein Vergleichsentgelt gebildet, das aus dem diesen Beschäftigten am 30. Juni 2015 zustehenden Tabellenentgelt, gegebenenfalls zuzüglich eines am 30. Juni 2015 nach § 16e Abs. 4 Satz 2 AVO zustehenden Garantiebetrages und einer am 30. Juni 2015 zustehenden Besitzstandszulage nach § 9, besteht. ³Diese Beschäftigten werden einer ihrem Vergleichsentgelt entsprechenden individuellen Zwischenstufe der Entgeltgruppen S 8b, S 9 bzw. S 11a zugeordnet. ⁴Zum 1. Juli 2017 steigen diese Beschäftigten in die dem Betrag nach nächsthöhere reguläre Stufe ihrer Entgeltgruppe auf. ⁵Der weitere Stufenaufstieg richtet sich nach § 1 Abs. 2 der Anlage 29 zu AVO. ⁶Liegt das Vergleichsentgelt nach Satz 2 über der höchsten Stufe der Entgeltgruppe S 8b, S 9 bzw. S 11a, werden diese Beschäftigten einer dem Vergleichsentgelt entsprechenden individuellen Endstufe zugeordnet. ⁷Werden Beschäftigte vor dem 1. Juli 2017 aus einer individuellen Zwischenstufe höhergruppiert, so erhalten sie in der höheren Entgeltgruppe Entgelt nach der regulären Stufe, deren Betrag mindestens der individuellen Zwischenstufe entspricht. ⁸Werden Beschäftigte aus einer individuellen Endstufe höhergruppiert, so erhalten sie in der höheren Entgeltgruppe mindestens den Betrag, der ihrer bisherigen individuellen Endstufe entspricht. ⁹Die individuelle Zwischen- bzw. Endstufe verändert sich bei allgemeinen Entgeltanpassungen um den von den Tarifvertragsparteien für die Entgeltgruppe S 8b, S 9 bzw. S 11a festgelegten Vomhundertsatz. ¹⁰§ 28a Abs. 10 findet Anwendung. ¹¹§ 28a Abs. 11 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des 31. Dezember 2012 der 30. Juni 2015 und an die Stelle des 1. Januar 2013 der 1. Juli 2015 tritt.
- (6) ¹Ein am 30. Juni 2015 zustehender Strukturausgleich nach § 12 vermindert sich bei Höhergruppierung nach Absatz 2 um den sich daraus

ergebenden Höhergruppierungsgewinn. ²Dies gilt auch bei Höhergruppierungen aus einer individuellen Endstufe nach Absatz 3.

III. Ausnahmen vom Geltungsbereich

¹Für Beschäftigte, die spätestens mit Ablauf des 30. September 2015 aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind, gelten vorstehende Regelungen nur, wenn sie dies bis 31. Mai 2016 schriftlich beantragen. ²Für Beschäftigte, die spätestens mit Ablauf des 30. September 2015 aufgrund eigenen Verschuldens ausgeschieden sind, gelten vorstehende Regelungen nicht.

IV. Inkrafttreten

Die vorstehenden Änderungen treten mit Wirkung vom 1. Juli 2015 in Kraft.

Nachfolgende Tabellen werden in Anlage 25 – Vergütungstabellen abgebildet

Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst

Anlage C (VKA) zum TVöD

Gültig ab 01. Juli 2015 (monatlich in Euro)

Entgelt- gruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen				
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	
S 18	3.445,25	3.560,07	4.019,46	4.363,97	4.880,76	5.196,57	
S 17	3.102,56	3.416,52	3.789,76	4.019,46	4.478,80	4.748,69	
S 16Ü	-	-	3.726,60	4.134,29	4.386,95	-	
S 16	3.024,52	3.341,89	3.594,53	3.904,60	4.249,12	4.455,84	
S 15	2.913,01	3.215,54	3.445,25	3.709,38	4.134,29	4.318,02	
S 14	2.909,57	3.182,56	3.437,82	3.697,48	3.984,60	4.185,57	
S 13Ü	2.926,55	3.149,53	3.436,20	3.665,88	3.952,98	4.096,53	
S 13	2.879,57	3.102,56	3.387,82	3.617,48	3.904,60	4.048,14	
S 12	2.815,04	3.093,78	3.367,29	3.608,45	3.907,04	4.033,37	
S 11b	2.715,30	3.049,78	3.195,64	3.563,13	3.850,24	4.022,50	
S 11a	2.656,58	2.991,07	3.136,01	3.502,66	3.789,76	3.962,02	
S 10	[nicht besetzt]						
S 9	2.480,00	2.760,00	2.980,00	3.300,00	3.600,00	3.830,00	
S 8b	2.480,00	2.760,00	2.980,00	3.300,00	3.600,00	3.830,00	
S 8a	2.460,00	2.700,00	2.890,00	3.070,00	3.245,00	3.427,50	
S 7	2.405,70	2.628,70	2.807,11	2.985,49	3.119,30	3.318,92	
S 6	[nicht besetzt]						
S 5	[nicht besetzt]						
S 4	2.260,76	2.511,63	2.667,73	2.773,65	2.874,00	3.030,34	
S 3	2.104,67	2.363,34	2.513,30	2.651,01	2.714,00	2.789,26	
S 2	2.009,72	2.115,65	2.193,69	2.282,89	2.372,08	2.461,29	

Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst

Stundenentgelte

Anlage C zum TVöD-V und TVöD-B – Tarifgebiet West (gültig ab 1. Juli 2015)

Entgelt- gruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen				
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	
S 18	20,32	20,99	23,70	25,74	28,78	30,65	
S 17	18,30	20,15	22,35	23,70	26,41	28,00	
S 16Ü	-	-	21,98	24,38	25,87	-	
S 16	17,84	19,71	21,20	23,03	25,06	26,28	
S 15	17,18	18,96	20,32	21,88	24,38	25,46	
S 14	17,16	18,77	20,27	21,81	23,50	24,68	
S 13Ü	17,26	18,57	20,26	21,62	23,31	24,16	
S 13	16,98	18,30	19,98	21,33	23,03	23,87	
S 12	16,60	18,24	19,86	21,28	23,04	23,79	
S 11b	16,01	17,99	18,85	21,01	22,71	23,72	
S 11a	15,67	17,64	18,49	20,66	22,35	23,37	
S 10	[nicht besetzt]						
S 9	14,63	16,28	17,57	19,46	21,23	22,59	
S 8b	14,63	16,28	17,57	19,46	21,23	22,59	
S 8a	14,51	15,92	17,04	18,10	19,14	20,21	
S 7	14,19	15,50	16,55	17,61	18,40	19,57	
S 6	[nicht besetzt]						
S 5	[nicht besetzt]						
S 4	13,33	14,81	15,73	16,36	16,95	17,87	
S 3	12,41	13,94	14,82	15,63	16,01	16,45	
S 2	11,85	12,48	12,94	13,46	13,99	14,51	

Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst

Zeitzuschläge

Anlage C zum TVöD-V und TVöD-B – Tarifgebiet West (gültig ab 1. Juli 2015)

EG	Ent- gelt Stufe 3	Überstunden		Nacht- arbeit	Sonn- tags- arbeit	Feiertagsarbeit		24. u. 31.12.	sams- tag **
		EG 2-14	EG 15-18			ohne FA*	mit FA*		
	100%	30%	15%	20%	25%	135%	35%	35%	35%
S 18	23,70		3,56	4,74	5,93	32,00	8,30	8,30	4,74
S 17	22,35		3,35	4,47	5,59	30,17	7,82	7,82	4,47
S 16Ü	21,98		3,30	4,40	5,50	29,67	7,69	7,69	4,40
S 16	21,20		3,18	4,24	5,30	28,62	7,42	7,42	4,24
S 15	20,32		3,05	4,06	5,08	27,43	7,11	7,11	4,06
S 14	20,27	6,08		4,05	5,07	27,36	7,09	7,09	4,05
S 13Ü	20,26	6,08		4,05	5,07	27,35	7,09	7,09	4,05
S 13	19,98	5,99		4,00	5,00	26,97	6,99	6,99	4,00
S 12	19,86	5,96		3,97	4,97	26,81	6,95	6,95	3,97
S 11b	18,85	5,66		3,77	4,71	25,45	6,60	6,60	3,77

S	11a	18,49	5,55		3,70	4,62	24,96	6,47	6,47	3,70
S	10	[nicht besetzt]								
S	9	17,57	5,27		3,51	4,39	23,72	6,15	6,15	3,51
S	8b	17,57	5,27		3,51	4,39	23,72	6,15	6,15	3,51
S	8a	17,04	5,11		3,41	4,26	23,00	5,96	5,96	3,41
S	7	16,55	4,97		3,31	4,14	22,34	5,79	5,79	3,31
S	6	[nicht besetzt]								
S	5	[nicht besetzt]								
S	4	15,73	4,72		3,15	3,93	21,24	5,51	5,51	3,15
S	3	14,82	4,45		2,96	3,71	20,01	5,19	5,19	2,96
S	2	12,94	3,88		2,59	3,24	17,47	4,53	4,53	2,59

* FA = Freizeitausgleich

** Soweit diese nicht im Rahmen von Wechselschicht- oder Schichtarbeit anfällt.

Sozial- und Erziehungsdienst

Überstundenentgelte

Anlage C zum TVöD-V und TVöD-B – Tarifgebiet West
(gültig ab 1. Juli 2015)

Entgelt- gruppe		Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
		Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
S	18	23,88	24,55	27,26	29,30	29,30	29,30
S	17	21,65	23,50	25,70	27,05	27,05	27,05
S	16Ü	–	–	25,28	27,68	27,68	–
S	16	21,02	22,89	24,38	26,21	26,21	26,21
S	15	20,23	22,01	23,37	24,93	24,93	24,93
S	14	23,24	24,85	26,35	27,89	27,89	27,89
S	13Ü	23,34	24,65	26,34	27,70	27,70	27,70
S	13	22,97	24,29	25,97	27,32	27,32	27,32
S	12	22,56	24,20	25,82	27,24	27,24	27,24
S	11b	21,67	23,65	24,51	26,67	26,67	26,67
S	11a	21,22	23,19	24,04	26,21	26,21	26,21
S	10	[nicht besetzt]					
S	9	19,90	21,55	22,84	24,73	24,73	24,73
S	8b	19,90	21,55	22,84	24,73	24,73	24,73
S	8a	19,62	21,03	22,15	23,21	23,21	23,21
S	7	19,16	20,47	21,52	22,58	22,58	22,58
S	6	[nicht besetzt]					
S	5	[nicht besetzt]					
S	4	18,05	19,53	20,45	21,08	21,08	21,08
S	3	16,86	18,39	19,27	20,08	20,08	20,08
S	2	15,73	16,36	16,82	17,34	17,34	17,34

Sozial- und Erziehungsdienst

Zulage nach § 19 Abs. 2 AVO

Anlage C zum TVöD-V und TVöD-B (gültig ab 1. Juli 2015)

Nachfolgende Beträge gelten nur, sofern nicht gemäß § 19 Abs. 2 Satz 1 AVO ein höherer Betrag zu zahlen ist.

Entgelt- gruppe		Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
		Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
S	8b	111,60	124,20	134,10	148,50	162,00	172,35
S	8a	110,70	121,50	130,05	138,15	146,03	154,24
S	7	108,26	118,29	126,32	134,35	140,37	149,35
S	6	[nicht besetzt]					
S	5	[nicht besetzt]					
S	4	101,73	113,02	120,05	124,81	129,33	136,37
S	3	94,71	106,35	113,10	119,30	122,13	125,52
S	2	90,44	95,20	98,72	102,73	106,74	110,76

Limburg, 12. April 2016

Az.: 565AH/40931/16/04/2

+ Weihbischof Manfred Grothe

Apostolischer Administrator

Bischöfliches Ordinariat

Nr. 431 Errichtung einer zentralen Stelle gemäß Art. 5 Abs. 4 der Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse

Zur Sicherstellung einer einheitlichen Rechtsanwendung hinsichtlich der Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschland vom 27. April 2015 (Amtsblatt 2015, S. 293 ff.) wird im Bistum Limburg eine zentrale Stelle gebildet. Beabsichtigt ein kirchlicher Dienstgeber, eine Kündigung wegen eines schwerwiegenden Verstoßes gegen eine Loyalitätsobliegenheit auszusprechen, soll er gem. Art. 5 Abs. 4 Grundordnung bei der zentralen Stelle eine Stellungnahme zur beabsichtigten Kündigung einholen. Die Einholung der Stellungnahme der zentralen Stelle ist keine Wirksamkeitsvoraussetzung für die Kündigung.

Im Bistum Limburg wird die Aufgabe der zentralen Stelle im Sinne von Art. 5 Abs. 4 Grundordnung von Herrn Justiziar Dr. Sascha Koller wahrgenommen.

Nr. 432 Firmungen durch beauftragte Firmspender im Jahr 2017

Die für die Firmpastoral Verantwortlichen in den Pastoralen Räumen und Pfarreien sind gebeten, ihre Wünsche für die Firmtermine im Jahr 2017 bis zum 1. August

2016 mitzuteilen. Nachträglich erbetene Firmtermine können nicht berücksichtigt werden. Ebenso sind unmittelbare Terminabsprachen mit den Firmspendern nicht möglich.

Aufgrund der Sedisvakanz sind auch jene Bezirke um Mitteilung der Terminwünsche gebeten, die im Jahr 2017 von Diözesanbischof und Weihbischof visitiert werden sollten (vgl. dazu den Hinweis im Amtsblatt Nr. 5/2014, S. 63).

Hinsichtlich der Anmeldung der Termine gilt folgendes Verfahren:

1. Wenn in den Pastoralen Räumen und Pfarreien angesichts der Anzahl der Firmbewerber ein einziger bzw. gemeinsamer Firmtermin durch einen beauftragten Firmspender sinnvoll und möglich ist, sind die Terminwünsche an den Referenten für Liturgie- und Sakramentenrecht zu richten.

Folgende Angaben sind erbeten:

- Datum
- Ort
- Uhrzeit
- sowie zusätzlich zwei Alternativtermine (für den Fall, dass der Wunschtermin nicht ermöglicht werden kann).

2. Aufgrund des Neuzuschnitts der Pastoralen Räume und der Gründung von Pfarreien neuen Typs wächst die Zahl der Fälle, in denen das Sakrament der Firmung in mehr als einem Firmgottesdienst innerhalb des Pastoralen Raumes bzw. der Pfarrei gespendet werden soll.

In diesen Fällen sind die für die Firmpastoral Verantwortlichen gebeten, sich zuvor mit dem Referenten für Liturgie- und Sakramentenrecht in Verbindung zu setzen, um die Anzahl der Firmtermine abzusprechen.

Für die abgesprochene Anzahl der Firmtermine werden danach die in Punkt 1 aufgeführten Angaben erbeten.

Die Terminwünsche werden bei Mehrfachnennung in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt und die Firmspender vonseiten des Bischöflichen Ordinariates festgelegt.

An folgenden Terminen ist die Spendung des Firmsakraments durch beauftragte Firmspender nicht möglich:

- Pfingstsonntag (4. Juni 2017),
- Fronleichnam (15. Juni 2017),
- der Tag des Kreuzfestes (17. September 2017) und
- alle Tage der Adventszeit (ab dem 3. Dezember 2017).

In der Fastenzeit soll nur in Ausnahmefällen gefirmt werden. Die Entscheidung darüber trifft der Dezernent des Dezernates Pastorale Dienste.

Spätestens zum Beginn der kommenden Adventszeit werden die Pastoralen Räume und die Pfarreien eine Mitteilung über den Firmtermin und den Firmspender erhalten.

Kontakt: Herr Thomas Schön, Referent für Liturgie- und Sakramentenrecht, Zentralstelle, Roßmarkt 4, 65549 Limburg, Tel.: 06431 295-536, E-Mail: t.schoen@bistumlimburg.de.

Nr. 433 Pfarrexamen

Entsprechend der Ordnung für die Priesterbildung im Bistum Limburg vom 1. Juli 2012 besteht das Pfarrexamen aus einer schriftlichen Hausarbeit und einer mündlichen Prüfung.

Die mündliche Prüfung ist für Freitag, 2. September 2016, angesetzt.

In der Prüfung von insgesamt 45 Minuten werden behandelt:

- a) die vorliegende Hausarbeit, ausgehend von einem theologischen Problem,
- b) ein vorgegebenes theologisches Thema und seine pastorale Relevanz,
- c) Fragen des kirchlichen Rechts (Sakramentenrecht, Synodalrecht) und des Arbeitsrechts.

Die formlose Anmeldung zum Pfarrexamen ist bis zum 30. Juni 2016 an den Regens des Bischöflichen Priesterseminars zu richten.

Die schriftliche Hausarbeit soll einen Umfang von 40 bis 50 Textseiten haben. Das Thema kann in Absprache mit dem Regens des Priesterseminars frei gewählt werden. Letzter Abgabetermin ist Freitag, 19. August 2016.

Spätestens zum Termin des Anmeldeschlusses wird die Themenstellung für Punkt b) und die prüfungsrelevante Literaturliste ausgehändigt.

Nr. 434 Liturgische Arbeitshilfen des Deutschen Liturgischen Instituts

Mehrmals im Jahr gibt das Deutsche Liturgische Institut liturgische Arbeitshilfen zur Vorbereitung von Gottesdiensten heraus, zuletzt unter anderem Vorschläge für einen Bußgottesdienst in der österlichen Bußzeit, einen Predigtgottesdienst im Jahr der Barmherzigkeit und eine Handreichung für die Feier der Hauskommunion.

Neuerscheinungen, Übersichten der bisher veröffentlichten Bücher und Dokumente sowie Bestellmöglichkeiten sind unter <http://shop.liturgie.de> zusammengestellt.

Nr. 435 Arbeitshilfe „Christen aus dem Orient“ der Deutschen Bischofskonferenz

Angesichts der wachsenden Zahl von Christen, die als Flüchtlinge insbesondere aus den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas nach Deutschland kommen, veröffentlicht die Deutsche Bischofskonferenz die Arbeitshilfe „Christen aus dem Orient. Orientierung über christliche Kirchen im Nahen Osten und Nordafrika und die pastorale Begleitung ihrer Gläubigen in Deutschland“ (Reihe „Arbeitshilfen“, Nr. 283). Die Arbeitshilfe bietet einen Überblick und Informationen über die orientalischen und die mit Rom unierten Kirchen, denen die Flüchtlinge zu meist angehören. Außerdem enthält sie Hinweise zur pastoralen Begleitung von Christen aus diesen Kirchen und benennt konkrete Ansprechpartner, an die man sich wenden kann, wenn Gläubige auf der Suche nach Kontakt zu einer Gemeinde ihrer Kirche sind.

Die Arbeitshilfe richtet sich insbesondere an die katholischen Gemeinden und darüber hinaus an alle, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren und nach verlässlichen Informationen über die Kirchen des Ostens suchen.

Sie kann unter www.dbk-shop.de als Broschüre bestellt oder als pdf-Datei heruntergeladen werden.

Nr. 436 Fortbildungsangebote des Theologisch-Pastoralen Instituts in Mainz (TPI)

Das Theologisch-Pastorale Institut in Mainz (TPI) macht auf folgende Fortbildungsveranstaltungen aufmerksam:

- „Notfallseelsorge. Grundkurs“; 26. bis 30. September 2016; Priesterseminar Mainz; Kursleitung: Joachim Michalik und Markus Reuter;
- „Das zielorientierte Kurzgespräch in Seelsorge und Beratung. Aufbaukurs“; 27. bis 30. September 2016; Tagungszentrum Schmerlenbach, Hösbach; Kursleitung: Claudia Simonis-Hippel, Andrea Ebel;

Informationen und Anmeldung beim Theologisch-Pastoralen Institut Mainz, Große Weißgasse 15, 55116 Mainz, Tel: 06131 27088-0, E-Mail: info@tpi-mainz.de, Website: www.tpi-mainz.de.

Nr. 437 Wallfahrt mit Schweige-Exerzitien in Lisieux

Das Theresienwerk e.V. Augsburg lädt Priester, Ordensleute, Diakone und Laien vom 30. Juli bis zum 8. August 2016 zu Schweigeexerzitien unter dem Leitwort „Das Leben und die Lehre der hl. Therese von Lisieux“ ein. Die Leitung hat Msgr. Anton Schmid, Augsburg, Leiter des Theresienwerkes e.V. Die Fahrt geht über Reims, Paris, Alençon, Lisieux, Le Bec Hellouin und weitere Orte. Zusteigemöglichkeiten in den Bus besteht an den Hauptbahnhöfen Augsburg, Karlsruhe und Saarbrücken. Der Gesamtpreis beträgt etwa 770 Euro.

Informationen und Anmeldung: Dr. Esther Leimdörfer, Theresienwerk e.V., Moritzplatz 5, 86150 Augsburg, Tel. 0821 513931, E-Mail: lisieuxfahrt@theresienwerk.de.

Nr. 438 Totenmeldungen

Pfarrer i. R. Bernhard Gruber

Am 31. März 2016 verstarb Pfarrer i. R. Bernhard Gruber im Alter von 80 Jahren in Kronberg-Oberhöchstadt.

Bernhard Gruber wurde am 21. Januar 1936 in Frankfurt am Main geboren. Während der Kriegsjahre besuchte er Volksschulen in Köln, Frankfurt, im Sudetenland und in Hamburg. Die Reifeprüfung legte er 1956 am Wöhlerrealgymnasium in Frankfurt ab. Im gleichen Jahr begann er sein Studium an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt.

Bischof Wilhelm Kempf weihte ihn am 8. Dezember 1961 im Limburger Dom zum Priester. Zunächst war Bernhard Gruber von Januar bis März 1962 als Seelsorgspraktikant in Mammolshain eingesetzt. Seine ersten Kaplansstellen führten ihn im Anschluss daran nach Hofheim (Mai 1962 bis April 1966) und Frankfurt-Eckenheim (April 1966 bis September 1969). Für Frankfurt wurde er im September 1969 zum Stadtjugendpfarrer, im Dezember 1970 zusätzlich zum Stadtvikar ernannt. Diese beiden Ämter hatte er bis Ende Oktober 1975 inne und entwickelte in dieser Zeit, die ganz von der nachkonziliaren Entwicklung geprägt war, seelsorgliche Konzepte auf Stadtebene. Zum 1. November 1975 berief ihn der Bischof zum Pfarrer von St. Anna in Frankfurt-Hausen und zum Pfarrvikar von

St. Raphael in Frankfurt. Den muttersprachlichen Gemeinden und der „Dessauer-Haus-Gemeinde“, die aus der Hochschulgemeinde hervorgegangen war, gewährte er in St. Raphael gastfreundlich Heimat. In guter Nachbarschaft kooperierte er zudem mit dem wachsenden katholischen Studentenwohnheim „Friedrich Dessauer“ und dem benachbarten Altenpflegeheim „Santa Teresa“ in Trägerschaft des Caritasverbandes.

1987 wurde Pfarrer Gruber zum Klinikpfarrer an den Universitätskliniken in Frankfurt berufen und wirkte dort die kommenden knapp zwanzig Jahre in prägender Weise. Die Seelsorge in den Kliniken wollte er umfassend gestalten: Über die klassischen Besuche am Krankenbett hinaus gehörte zu seinem Verständnis auch die Seelsorge an den Ärzten, Assistenten, dem Pflegepersonal und den technischen Angestellten zum pastoralen Auftrag der Kirche in den Krankenhäusern. Die Seelsorger sollten erfahrbar machen, dass Gott in allen Phasen des Lebens, auch in den von Krankheit gezeichneten, ein mitgehender und fürsorgender Gott ist. Leitend war für ihn in diesem Zusammenhang das Wort vom „Loslassenkönnen am Ende des Lebens“.

Bis heute sind die von Pfarrer Gruber entwickelten Kurse in der Krankenhausseelsorge für die Ausbildung der Priesterkandidaten und die Frauen und Männer im hauptamtlichen pastoralen Dienst von Bedeutung. Als Leiter des dem Dezernat Pastorale Dienste im Bischöflichen Ordinariat zugeordneten Referates „Klinik- und Krankenhaus-Seelsorge“ wurde er, wie auch durch seine langjährige Mitgliedschaft im Diözesansynodalrat und im Priesterrat des Bistums Limburg, ein wichtiger Anwalt der Krankenhausseelsorge in den verschiedenen Bistumskonzepten.

Pfarrer Gruber war während der gesamten Zeit seines priesterlichen Dienstes ein geschätzter Prediger mit großer persönlicher Ausstrahlung; jahrelang gehörte er zum Kreis derer, die in den 1970er- und 1980er-Jahren das „Wort zum Sonntag“ sprachen.

Nach dem Eintritt in den Ruhestand am 1. Juli 2006 half er bis Pfingsten 2014 nach Kräften mit priesterlichen Diensten in den Pastoralen Räumen Bad Soden und Schwalbach-Eschborn aus. Dort und als Lebensberater im Turmzimmer von Liebfrauen in Frankfurt blieb Pfarrer Gruber weiterhin den Menschen seelsorglich zugewandt. Im September 2013 wechselte er in die Seniorenwohnanlage Altkönig-Stift nach Kronberg. Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich nach und nach. Trotz allem konnte er noch im Januar 2016 seinen 80. Geburtstag sehr bewusst und mit einem

großen Fest im Kreis seiner Freunde und seiner Familie feiern.

Wir danken Herrn Pfarrer Gruber für sein Wirken in unserem Bistum. Wir empfehlen den Verstorbenen dem Gebet der Mitbrüder und dem Gebet aller, mit denen er aus dem Glauben heraus gelebt und für die er gewirkt hat.

Am Freitag, den 8. April 2016, wurde in Sulzbach/Maria Rosenkranzkönigin die Eucharistie für ihn gefeiert. Die Urnenbeisetzung erfolgte auf dem dortigen Friedhof im Familienkreis.

Pfarrer i. R. Eusebio Redondo Díez

Am 15. April 2016 verstarb unseren Mitbruder, Pfarrer i. R. Eusebio Redondo Díez, im Alter von 79 Jahren in Valladolid (Spanien).

Eusebio Redondo Díez wurde am 20. November 1936 in Mérida de Peñafiel (Spanien) geboren und in Valladolid am 3. Juli 1960 zum Priester geweiht. Im Oktober 1970 kam er in das Bistum Limburg und wurde als Pfarrer in der Katholischen Spanischen Mission in Frankfurt eingesetzt. Fünf Jahre später, am 1. November 1975, übernahm er die Leitung der Mission, die heute den Namen „Spanischsprachige Katholische Gemeinde Frankfurt“ trägt.

Im Namenswechsel zeigte sich die Entwicklung der Arbeit von Pfarrer Redondo Díez sehr deutlich: In den Anfängen als Mission für die damals noch sogenannten spanischen Gastarbeiter gegründet, erlebte er eine Zeit, in der ein raues soziales Klima gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe herrschte. Im Laufe der Jahre kamen immer mehr spanischsprachige Katholiken aus Lateinamerika nach Frankfurt. Für viele von ihnen waren die Gemeinde und ihr Pfarrer die erste und wichtigste Anlaufstelle. Pfarrer Redondo Díez stellte sich der Herausforderung, den Gläubigen in der Fremde Heimat zu geben und sie in ihren jeweiligen Lebensumständen zu begleiten. Mit großem Geschick führte er diejenigen, die in Deutschland bleiben wollten, näher an die deutschen Gemeinden heran, begleitete aber auch jene mit großer pastoralem Einfühlungsvermögen, die zurück in ihre Heimatländer gehen wollten. Ihnen allen versuchte er eine Identität zu geben im Glauben an Jesus Christus.

Im September 2006 endete sein Dienst als Leiter der Spanischsprachigen Katholischen Gemeinde Frankfurt, und er kehrte zurück in sein Geburtsland.

In den 36 Jahren seines priesterlichen Wirkens in unserem Bistum stand Pfarrer Redondo Díez vielen Menschen in schwierigen und freudvollen Lebenssituationen bei. Gerade die Arbeit im sozial-caritativen Bereich, die er mit Treue und Hingabe verrichtete, lag ihm sehr am Herzen. „Er ist ein Hirte, der nach seinen Schafen riecht und nach dem Volk Gottes“, so hat der ehemalige Delegat für die spanischsprachige Seelsorge, Don Jose Antonio Arzo, Pfarrer Redondo Díez in Anlehnung an die bekannten Worte von Papst Franziskus treffend bezeichnet.

Wir danken Herrn Pfarrer Eusebio Redondo Díez für sein Wirken in unserem Bistum. Wir empfehlen den Verstorbenen dem Gebet der Mitbrüder und dem Gebet aller, mit denen er aus dem Glauben heraus gelebt und für die er gewirkt hat.

Das Requiem wurde am 19. April 2016 in Spanien gefeiert. Die Spanischsprachige Katholische Gemeinde Frankfurt gedachte des Verstorbenen in der Feier der Eucharistie am 30. April 2016.

Domkapitular em. Dr. Christian Meurer

Am 21. April 2016 verstarb unseren Mitbruder Domkapitular und Offizial em. Dr. Christian Meurer im Alter von 86 Jahren in Wiesbaden.

Christian Meurer wurde am 9. Oktober 1929 in Camberg geboren, wo er in einer großen Familie mit acht Geschwistern seine Kindheit und Jugend verbrachte. Nach dem Besuch des Realgymnasiums in Limburg erhielt er im Herbst 1949 das Zeugnis der Reife und begann im gleichen Jahr das Theologiestudium in Sankt Georgen. Seine Freisemester verbrachte er in München. Am 13. März 1955 empfing Christian Meurer im Hohen Dom zu Limburg durch Bischof Dr. Wilhelm Kempf die Priesterweihe.

Seinen priesterlichen Dienst begann er im April 1955 als Kaplan in Geisenheim/Rhg. Gleichzeitig erteilte er an der St.-Ursula-Schule und am Rheingaugymnasium Religionsunterricht. Im September 1959 stellte ihn Bischof Wilhelm zum Studium des Kanonischen Rechts an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom frei. In dieser Zeit war er auch Vizerektor des Priesterkollegs S. Maria dell' Anima. Er erlebte aus unmittelbarer Nähe viele Konzilsväter und verfolgte mit Interesse die Beratungen des II. Vatikanischen Konzils.

Nach seiner Promotion zum Doktor des Kanonischen Rechts kehrte Christian Meurer nach Limburg zurück

und wirkte ab dem 1. August 1963 als Domvikar in der Seelsorge und als Ordinariatsassessor und stellvertretender Kanzleidirektor in der bischöflichen Verwaltung. Zum 1. Januar 1970 wurde er zum Offizialratsrat ernannt und wuchs immer mehr in die Verantwortung für das Gerichtswesen hinein. Am Fest Mariä Lichtmess 1972 ernannte ihn Bischof Wilhelm zum Offizial und berief ihn zugleich in das Limburger Domkapitel. In diesen neuen Ämtern hat Christian Meurer der Kirche im Bistum Limburg durch seine kluge und rechtskundige Art, stets verbunden mit einem freundlichen, humorvollen Wesen, wertvolle Dienste geleistet. Am 17. November 1977 wurde er zum Synodalrichter und Synodalprüfer ernannt. Für Generationen von Examenskandidaten waren seine lebensnahen Prüfungsfragen erheiternd und fordernd zugleich. Bei seinen vielfältigen beruflichen Verpflichtungen war Dr. Meurer stets interessiert am Menschen. Er hat den künftigen Seelsorgern und pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern manch brauchbaren Rat mit auf den Weg gegeben.

Neben seiner Arbeit am Offizialat war er viel unterwegs im Bistum. Er übernahm Aushilfen, begleitete Familienkreise und Arbeitsgruppen des „Würzburger Theologischen Fernkurses“ und seit seiner Beauftragung zum Firmspender hat er vielen Jugendlichen das Sakrament des Heiligen Geistes gespendet. Seine Predigten waren lebensnah und zeugten von einem Gott, der den Menschen liebevoll und einladend zugewandt ist.

Noch bevor es eine italienische Mission in Limburg gab, hat Dr. Meurer Gottesdienste in italienischer Sprache gefeiert und auch die italienischen Strafgefangenen in der JVA Diez und ihre Familien seelsorglich betreut. Durch diese einfühlsame Sorge und Begleitung von Menschen in Not hat er viel Ermutigung ins Dunkel verfahrenere Situationen gebracht.

Vor allem aber war er in seiner Zeit als Offizial bestrebt, in der Anwendung des kirchlichen Rechtes – „cum aequitate canonica“ – rechtsuchenden Menschen in schwierigen Situationen einen gangbaren Weg mit der Kirche aufzuzeigen und ihnen eine neue Lebensperspektive zu eröffnen. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wie auch die Offizialate der Nachbardiözesen schätzten ihn wegen seiner umgänglichen und kompetenten Art, in der er seinen Dienst versah.

Aus gesundheitlichen Gründen trat Offizial Dr. Meurer zum 30. September 1999 in den Ruhestand. Als Senior capituli war er auch weiterhin Mitglied des Domkapitels und durfte am 13. März 2005 sein Goldenes Priesterjubiläum feiern.

Aufgrund seiner angeschlagenen Gesundheit zog er im November 2005 in das Ignatius-Lötschert-Haus der Barmherzigen Brüder in Horbach. Dort fand er mitbrüderliche Aufnahme und eine gute Betreuung. Da sein Bruder Willy – der sich stets verantwortungsvoll um ihn kümmerte – und weitere Geschwister in Wiesbaden leben, siedelte Dr. Meurer im März 2014 um in das Vitanas Senioren Centrum Sonnenberg, wo er in den frühen Morgenstunden des 21. April verstarb.

Das Bistum dankt Herrn Domkapitular und Official em. Dr. Christian Meurer für seinen überzeugenden priesterlichen Dienst und empfiehlt ihn der Barmherzigkeit Gottes und dem Gebet der Gläubigen.

Das Pontifikalrequiem wurde am 29. April 2016 im Hohen Dom zu Limburg gefeiert, anschließend erfolgte die Beisetzung auf dem Domherrenfriedhof.

Nr. 439 Dienstnachrichten

Priester

Mit Termin 1. Februar 2016 wurde Pater Devadas PAUL CMF mit einem Beschäftigungsumfang von 38,5 % als Klinikseelsorger in der Krankenhausseelsorge des Marienkrankenhauses in Flörsheim eingesetzt.

Mit Termin 31. März 2016 hat Pater Dr. Lukas Stephan RÜDIGER OCist seinen Dienst (50 % Beschäftigungsumfang) im Pastoralen Raum Hochheim beendet.

Mit Termin 1. April 2016 wurde Pater George JOSEPH CMI als Pastoralpraktikant im Pastoralen Raum Hochheim eingesetzt.

Mit Termin 18. April 2016 wurde Pater Mathew JACOB CMI als Kooperator in der Pfarrei Herz Jesu Dillenburg eingesetzt.

Mit Termin 1. Juni 2016 wird Bezirksdekan Pfarrer Heinz-Walter BARTHENHEIER bis auf Weiteres zum Pfarrverwalter für die Pfarreien St. Bartholomäus in Gackebach, St. Margaretha in Holler, St. Wendelin in Stahlhofen, St. Josef in Niederelbert und St. Laurentius in Oberelbert (mit der Kirchengemeinde St. Johannes Baptist in Welschneudorf) ernannt.

Mit Termin 1. Oktober 2016 wird Pfarrer Andreas UNFRIED zum stellvertretenden Bezirksdekan für den Bezirk Hochtaunus ernannt. Zum gleichen Termin wird Pfarrer Unfried zum Vorsitzenden des Caritasverbandes Hochtaunus ernannt.

Nr. 440 Anhang: Budget 2016 des Bistums Limburg

Der Diözesankirchensteuerrat des Bistums Limburg hat in seiner Sitzung vom 28. November 2015 folgenden Feststellungsbeschluss zum Budget 2016 gefasst:

„Der Diözesankirchensteuerrat stellt nach entsprechender Empfehlung durch die Verwaltungskammer das Budget 2016 des Bistums Limburg mit Erträgen (einschl. Entnahmen aus Rücklagen aus Budgetresten) in Höhe von 248.809.400,00 Euro, Aufwendungen in Höhe von 239.309.400,00 Euro sowie einem positiven Gesamtergebnis von 9.500.000,00 Euro einschließlich den in dieser Sitzung beschlossenen Änderungen fest. Das positive Gesamtergebnis soll dem Kapital zugeführt werden.“

	Erträge (€)	Personalaufwendungen (€)	Sachaufwendungen (€)	Ergebnis (€)
Bistumsleitung	959.700	6.547.100	3.952.450	-9.539.850
00 Bischof	45.000	318.200	110.900	-384.100
01 Weihbischof	0	155.300	12.500	-167.800
02 Offizialat	5.000	354.500	15.700	-365.200
03 Bischofsvikar für den synodalen Bereich	0	323.700	95.000	-418.700
04 Generalvikar/Zentralstelle/Bistumsleitung/-verwaltung allgemein	909.700	5.324.400	3.700.950	-8.115.650
08 Bischofsvikar für die Orden und geistlichen Gemeinschaften	0	71.000	17.400	-88.400
Dezernat Pastorale Dienste	2.621.150	13.431.700	7.711.560	-18.522.110
10 Dezernatsleitung	91.650	638.300	340.300	-886.950
11 Grunddienste und Entwicklung der Pastoral	85.600	2.284.200	236.850	-2.435.450
12 Pastoral in den Bezirken	90.200	1.681.800	595.550	-2.187.150
13 Kategoriale Seelsorge	761.750	4.357.800	805.580	-4.401.630
14 Weltkirche	1.487.950	4.373.000	5.351.280	-8.236.330
17 Schule des Glaubens, des Gebets und der Gemeinschaft	104.000	96.600	382.000	-374.600
Caritas/Caritative Verbände	50.000	0	14.539.800	-14.489.800
22 Caritasverbände	50.000	0	11.889.100	-11.839.100
23 Caritative Verbände	0	0	2.650.700	-2.650.700
Dezernat Kinder, Jugend und Familie	6.111.650	9.705.600	6.184.370	-9.778.320
30 Dezernatsleitung	275.250	234.500	453.950	-413.200
31 Jugendverbände	270.300	698.600	487.100	-915.400
35 Tagungshäuser und Projektsteuerung	0	0	1.580.000	-1.580.000
36 Jugendliche und junge Erwachsene	1.473.900	3.663.100	1.166.630	-3.355.830
37 Kindertageseinrichtungen	2.140.100	2.889.400	748.600	-1.497.900
38 Familien und Generationen	1.952.100	2.220.000	1.748.090	-2.015.990

Dezernat Schule und Bildung	4.813.600	7.585.750	12.985.070	-15.757.220
40 Dezernatsleitung	460.100	401.000	3.427.800	-3.368.700
41 Haus am Dom	1.029.600	1.204.450	1.347.850	-1.522.700
42 Abteilung Katholische Schulen	0	0	6.620.150	-6.620.150
43 Abteilung Religionspädagogik	2.734.500	4.726.700	373.420	-2.365.620
45 Erwachsenenbildung	589.400	1.253.600	1.215.850	-1.880.050
Dezernat Personal	9.812.500	14.044.200	1.821.600	-6.053.300
50 Dezernatsleitung	150.800	662.700	157.800	-669.700
51 Pastorales Personal	16.300	935.600	877.900	-1.797.200
52 Nichtpastorales Personal u. Personalverwaltung	9.645.400	12.445.900	785.900	-3.586.400
Dezernat Finanzen, Verwaltung und Bau	214.509.400	11.932.800	49.255.050	153.321.550
60 Dezernatsleitung	145.400	299.900	1.139.200	-1.293.700
61 Diözesanbauamt	1.382.300	936.500	31.637.400	-31.191.600
62 Liegenschaften und Zentrale Dienste	642.400	2.278.400	3.210.050	-4.846.050
63 Controlling	69.300	1.252.600	21.700	-1.205.000
64 Haushalt und Rechnungswesen	212.265.900	1.130.500	13.012.450	198.122.950
66 Programmleitung Pfarreiwerdung	0	189.300	5.000	-194.300
67 Rentamt Nord	600	2.766.350	91.900	-2.857.650
68 Rentamt Süd	3.500	3.079.250	137.350	-3.213.100
Kirchengemeinden	9.931.400	32.519.300	46.747.350	-69.335.250
71 Geistliche und Pastorale Mitarbeiter	4.563.700	32.519.300	1.007.000	-28.962.600
72 Küster und Pfarrsekretärinnen	0	0	16.130.000	-16.130.000
73 Schlüsselzuweisungen	0	0	12.305.000	-12.305.000
74 Sonderzuweisungen	5.367.700	0	16.709.000	-11.341.300
75 Gesamtverbände	0	0	596.350	-596.350
Stellenpool	0	345.700	0	-345.700
80 Bistumsleitung	0	119.500	0	-119.500
81 Pastorale Dienste	0	25.500	0	-25.500
83 Kinder, Jugend und Familie	0	78.400	0	-78.400
84 Schule und Bildung	0	122.300	0	-122.300
Gesamt	248.809.400	96.112.150	143.197.250	9.500.000



Der Apostolische Stuhl		
Nr. 441	Botschaft von Papst Franziskus zum Weltmissionssonntag: „Missionarische Kirche, Zeugin der Barmherzigkeit“	511
Bischöfliches Ordinariat		
Nr. 442	Priesterweihe	512
Nr. 443	Besetzung der Kommission zur Ordnung des diözesanen Arbeitsvertragsrechts (KODA) – Korrektur	512
Nr. 444	Beschluss der Verwaltungskammer vom 29. Februar 2016: Förderung der Beseitigung sowie Ursachenforschung des Schimmelbefalls an Orgeln – Änderung der Richtlinien	512
Nr. 445	Kniekissen gesucht	514
Nr. 446	Einladung zu Exerzitien für Priester, Diakone und Ordensleute	514
Nr. 447	Totenmeldungen	514
Nr. 448	Dienstnachrichten	516

Der Apostolische Stuhl

Nr. 441 Botschaft von Papst Franziskus zum Weltmissionssonntag: „Missionarische Kirche, Zeugin der Barmherzigkeit“

Liebe Brüder und Schwestern,

das außerordentliche Jubiläum der Barmherzigkeit, das die Kirche zur Zeit begeht, taucht auch den Sonntag der Weltmission 2016 in ein besonderes Licht: Es lädt uns ein, die Mission ad gentes als ein großes, immenses geistiges wie leibliches Werk der Barmherzigkeit zu betrachten. In der Tat sind wir an diesem Tag der Weltmission alle aufgefordert, als missionarische Jünger „aufzubrechen“, indem ein jeder die eigenen Fähigkeiten, die eigene Kreativität, die eigene Weisheit und Erfahrung zur Verfügung stellt, wenn es darum geht, die Botschaft von der Zärtlichkeit und vom Mitleid Gottes der ganzen Menschheitsfamilie zu verkünden. Kraft ihres Sendungsauftrags nimmt sich die Kirche derer an, die das Evangelium noch nicht kennen, weil sie möchte, dass alle gerettet werden und die Liebe Gottes erfahren. Sie „hat den Auftrag, die Barmherzigkeit Gottes, das pulsierende Herz des Evangeliums, zu verkünden“ (Bulle *Misericordiae Vultus*, 12) und sie in allen Winkeln der Erde zu verkünden, damit sie jede Frau und jeden Mann, alle älteren Menschen, Jugendlichen und Kinder erreicht.

Die Barmherzigkeit erfüllt das Herz des Vaters mit in-niger Freude, wenn er den menschlichen Geschöpfen begegnet; von Anfang an wendet er sich liebevoll auch

an die Schwächsten, denn seine Größe und seine Macht offenbaren sich gerade in seiner Fähigkeit, sich in die Kleinsten, die Ausgestoßenen, die Unterdrückten hineinzuversetzen (vgl. Dtn 4, 31; Ps 86, 15; 103, 8; 111, 4). Er ist ein gütiger, aufmerksamer, treuer Gott; er ist den Notleidenden nahe, um allen beizustehen, vor allem den Armen; zärtlich nimmt er an der Wirklichkeit der Menschen teil, wie es ein Vater oder eine Mutter am Leben ihrer Kinder tut (vgl. Jer 31, 20). Der in der Bibel für Barmherzigkeit verwendete Ausdruck verweist auf den Mutterschoß – und somit auf die Liebe einer Mutter zu ihren Kindern, jene Kinder, die sie immer lieben wird, unter welchen Umständen auch immer und was auch immer passieren mag, weil sie die Frucht ihres Leibes sind. Dies ist auch ein wesentlicher Aspekt der Liebe Gottes zu seinen Kindern und in besonderer Weise zu den Gliedern des Volkes, das er geschaffen hat und das er großziehen und erziehen will: Angesichts ihrer Schwäche und Treulosigkeit ist er im Innersten bewegt und von Mitleid erfüllt (vgl. Hos 11, 8). Er ist barmherzig mit allen, seine Liebe gilt allen Völkern und sein Erbarmen waltet über allen Geschöpfen (vgl. Ps 145, 8–9).

Die Barmherzigkeit findet ihre höchste und vollkom-menste Ausdrucksform im menschengewordenen Wort Gottes. Jesus zeigt uns das Antlitz des barmherzigen Vaters, „er spricht nicht nur vom Erbarmen und erklärt es mit Hilfe von Gleichnissen und Parabeln, er ist vor allem selbst eine Verkörperung des Erbarmens, stellt es in seiner Person dar“ (Johannes Paul II., Enzyklika *Dives in misericordia*, 2). Wenn wir Jesus durch das Evangelium und die Sakramente aufnehmen und ihm folgen, können wir durch das Wirken des Heiligen Geistes

barmherzig werden wie unser himmlischer Vater, indem wir zu lieben lernen, wie er uns liebt, und unser Leben zu einem selbstlosen Geschenk machen, zu einem Zeichen seiner Güte (vgl. Bulle *Misericordiae Vultus*, 3). Die Kirche ist an erster Stelle unter den Menschen die Gemeinschaft, die die Barmherzigkeit Christi lebt: Stets fühlt sie sich von ihm in barmherziger Liebe betrachtet und erwählt, und aus dieser Liebe ergibt sich der Stil ihres Auftrags, sie lebt aus dieser Liebe und macht sie unter allen Völkern in einem respektvollen Dialog mit allen Kulturen und religiösen Überzeugungen bekannt.

Von dieser barmherzigen Liebe zeugen wie zu den Anfängen der kirchlichen Erfahrung viele Männer und Frauen jeden Alters und jeder Herkunft. Beredtes Zeichen der mütterlichen Liebe Gottes ist die beachtliche wachsende Präsenz von Frauen in den Missionen neben jener von Männern. Frauen im Laienstand oder als Gottgeweihte und heute auch nicht wenige Familien verwirklichen ihre missionarische Berufung in unterschiedlichen Formen: von der direkten Verkündigung des Evangeliums bis zum karitativen Dienst. Neben dem evangelisierenden und sakramentalen Wirken der Missionare verstehen Frauen und Familien die Probleme der Menschen oft besser und wissen, wie man sie auf angemessene oder manchmal neuartige Weise angehen kann: sich um das Leben kümmern, indem man vor allem den Personen und nicht so sehr den Strukturen sein besonderes Augenmerk widmet und dabei die menschlichen und geistlichen Ressourcen einsetzt, wenn es darum geht, Harmonie, Beziehungen, Frieden, Solidarität, Dialog, Zusammenarbeit und Geschwisterlichkeit zu fördern, sowohl bei den zwischenmenschlichen Beziehungen als auch im weiteren Sinne im sozialen und kulturellen Bereich und insbesondere bei der Sorge für die Armen.

An vielen Orten nimmt die Evangelisierung ihren Anfang bei erzieherischen Aktivitäten, denen die Missionstätigkeit viel Kraft und Zeit widmet, wie der barmherzige Weingärtner aus dem Evangelium (vgl. Lk 13, 7–9; Joh 15, 1), und dabei geduldig auf die Früchte einer langjährigen Bildungsarbeit wartet; so wachsen Personen heran, die fähig sind, das Evangelium zu verkünden und es dorthin zu bringen, wo man dessen Verwirklichung nicht erwarten würde. Die Kirche kann als „Mutter“ bezeichnet werden, auch weil viele eines Tages zum Glauben an Christus gelangen werden. Deshalb hoffe ich, dass das heilige Volk Gottes diesen mütterlichen Dienst der Barmherzigkeit ausübt, der den Völkern, die den Herrn noch nicht kennen, sehr hilft, ihm zu begegnen und ihn zu lieben. Denn der Glaube ist ein Geschenk Gottes und nicht die Frucht von Pro-

selytismus; er wächst durch den Glauben und die Liebe von Evangelisierenden, die Zeugen Christi sind. Wenn sie die Straßen der Welt beschreiten, dann sollen die Jünger Jesu dies mit jener Liebe tun, die nicht aufrechnet, sondern vielmehr gegenüber allen dasselbe Maß wie der Herr anlegt; wir verkünden das schönste und größte Geschenk, das er uns gemacht hat: sein Leben und seine Liebe.

Jedes Volk und jeder Kulturkreis hat das Recht, die Botschaft des Heils zu empfangen, die ein Geschenk Gottes an alle ist. Dies ist umso notwendiger, wenn wir bedenken, wie viele Situationen der Ungerechtigkeit, Kriege und humanitäre Krisen heute auf eine Lösung warten. Die Missionare wissen aus Erfahrung, dass das Evangelium der Vergebung und der Barmherzigkeit Freude und Versöhnung, Gerechtigkeit und Frieden schenken kann. Der Auftrag des Evangeliums: „Darum geht zu allen Völkern und macht alle Menschen zu meinen Jüngern; tauft sie auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes, und lehrt sie, alles zu befolgen, was ich euch geboten habe“ (Mt 28, 19–20), ist noch nicht zu Ende. Vielmehr verpflichtet er uns alle, uns in der heutigen Lage und angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen zu einem neuen missionarischen „Aufbruch“ berufen zu fühlen, wie dies auch das Apostolische Schreiben *Evangelii gaudium* nahe legt: „Jeder Christ und jede Gemeinschaft soll unterscheiden, welches der Weg ist, den der Herr verlangt, doch alle sind wir aufgefordert, diesen Ruf anzunehmen: hinausgehen aus der eigenen Bequemlichkeit und den Mut zu haben, alle Randgebiete zu erreichen, die das Licht des Evangeliums brauchen“ (20).

Genau in diesem Heiligen Jahr wird der 90. Sonntag der Weltmission begangen, der vom Päpstlichen Werk der Glaubensverbreitung gefördert und 1926 von Papst Pius XI. bestätigt wurde. Ich halte es deshalb für angebracht, an die klugen Weisungen meiner Vorgänger zu erinnern, die veranlassten, dass diesem Werk die Spenden zukommen sollten, die alle Diözesen, Pfarreien, Ordensgemeinschaften, kirchlichen Vereine und Bewegungen in allen Teilen der Welt sammeln können, um die hilfsbedürftigen christlichen Gemeinden zu unterstützen und der Verkündigung des Evangeliums bis an die Grenzen der Erde Kraft zu verleihen. Auch heute dürfen wir uns dieser Geste missionarischer kirchlicher Gemeinschaft nicht entziehen. Verschließen wir nicht unser Herz wegen unserer eigenen Sorgen, sondern weiten wir es für die Horizonte der ganzen Menschheit.

Die allerseligste Jungfrau Maria, erhabenste Ikone der erlösten Menschheit und missionarisches Vorbild für die

Kirche, lehre alle – Männer und Frauen und Familien –, überall die lebendige und geheimnisvolle Gegenwart des Auferstandenen darzustellen und zu bewahren. Denn er erneuert die Beziehungen zwischen Menschen, Kulturen und Völkern und erfüllt sie mit freudiger Barmherzigkeit.

Aus dem Vatikan
am Pfingstfest,
dem 15. Mai 2016

Franziskus

Bischöfliches Ordinariat

Nr. 442 Priesterweihe

Der Apostolische Administrator des Bistums Limburg, Weihbischof Manfred Grothe, hat am Pfingstsamstag, 14. Mai 2016, im Hohen Dom zu Limburg einem Diakon die Priesterweihe gespendet: Stefan Salzmann aus der Pfarrei St. Franziskus und Klara Usinger Land, Kirchort St. Michael in Wehrheim.

Nr. 443 Besetzung der Kommission zur Ordnung des diözesanen Arbeitsvertragsrechts (KODA) – Korrektur

Die Information über die Besetzung der Kommission zur Ordnung des diözesanen Arbeitsvertragsrechts (KODA), Amtsblatt Nr. 4/2016, S. 481, ist dahingehend zu korrigieren, dass es unter Absatz 6 zu lauten hat:

Zu Beisitzern wurden gewählt:

Von der Mitarbeiterseite: Patric Feick (außerhalb der Kommission), vertreten durch Birgit Wehner (außerhalb der Kommission) sowie Martin Grether (aus der Kommission), vertreten durch Udo Koser (aus der Kommission).

Von der Dienstgeberseite: Wolfgang Hammerl (außerhalb der Kommission), vertreten durch Johannes Weuthen (außerhalb der Kommission) sowie Gaby Hagmans (aus der Kommission), vertreten durch Dr. Sascha Koller (aus der Kommission).

Nr. 444 Beschluss der Verwaltungskammer vom 29. Februar 2016: Förderung der Beseitigung sowie Ursachenforschung des Schimmelbefalls an Orgeln – Änderung der Richtlinien

Die „Richtlinie für die Vergabe von Zuschüssen für bauliche Maßnahmen der Kirchengemeinden im Bistum Lim-

burg“ (SVR VII B 1) erhält unter Punkt III. 1.5 folgenden Wortlaut:

„Übrige Innenausstattung der Pfarrkirchen

Folgende Anschaffungen und Ersatzbeschaffungen von Innenausstattungen sowie Reparaturen/Restaurierungen an Innenausstattungen sind nicht zuschussfähig:

- Kreuze
- Heiligenfiguren, -reliefs oder -skulpturen
- Epitaphien
- Kredenztsche
- Glocken
- Turmuhren
- Sprachübertragungsanlagen
- Liedanzeigeanlagen
- Beleuchtungskörper
- sonstige bewegliche Ausstattungsteile
- Orgeln sind im Grundsatz nicht zuschussfähig, jedoch verweisen wir hierzu auf § 5 der Richtlinie zur Neuanschaffung, Restaurierung und Reparatur von Orgeln.“

Die „Richtlinie zur Neuanschaffung, Restaurierung und Reparatur von Orgeln“ (SVR VIII A 1) erhält unter § 5 folgenden Wortlaut:

- „(1) Neuanschaffungen und Reparaturen von Orgeln werden nicht bezuschusst. Zuschussmöglichkeiten bei Restaurierungen von historischen Orgeln sind mit dem Diözesankonservator und im Einvernehmen mit dem Diözesanbauamt und dem RKM abzustimmen.
- (2) Die Kosten sind aus ungebundenen Haushaltsmitteln der Kirchengemeinde aufzubringen. Die Verwendung von Einnahmen aus dem Pfründevermögen ist unzulässig. Die Zustimmung zu einer Darlehensaufnahme wird nur dann erteilt, wenn die ausreichende Gewähr dafür besteht, dass Zins- und Tilgungsleistungen die Kirchengemeinde nachhaltig nicht überfordern. Der fremd zu finanzierende Anteil darf grundsätzlich ein Drittel des von der Kirchengemeinde zu erbringenden Anteils nicht übersteigen.
- (3) Die Beratung und Begleitung der Projekte durch den Orgelsachverständigen erfolgt für die Kirchengemeinden kostenlos.
- (4) Die Ursachenforschung des Schimmelbefalls an Orgeln wird nach vorheriger Abstimmung mit dem Orgelsachverständigen, dem Diözesanbauamt sowie dem Referat Controlling Baufinanzierung im Rahmen der zur Verfügung

stehenden Haushaltsmittel durch das Bistum übernommen. Die sich daraus ergebenden Maßnahmen zur Beseitigung und Vorbeugung des Schimmelbefalls sind grundsätzlich zuschussfähig. Im jeweiligen Fall ist zuerst eine Vorortuntersuchung durchzuführen und erst nach Identifizierung des Problems die Orgel vom Schimmelbefall zu reinigen.“

Die notwendigen Voruntersuchungen werden zu 100 % durch das Bistum Limburg finanziert. Die Zuschüsse zur Schimmelbeseitigung belaufen sich, analog zu den substanzerhaltenden Maßnahmen, auf 90 % der Kosten. In den betreffenden Richtlinien wird die Bezuschussung bewusst bis zum Ende des Pilotphases offen gehalten.

Nr. 445 Kniekissen gesucht

Die Katholische Kirchengemeinde St. Josef in Limburg-Staffel sucht gut erhaltene Kniekissen für die Kirchenbänke.

Kontakt: Katholische Kirchengemeinde St. Josef, Hans-Wolf-Straße 9, 65556 Limburg-Staffel, Tel. 06431 8620, Fax 06431 3328, E-Mail st.josef-staffel@bistum-limburg.de.

Nr. 446 Einladung zu Exerzitien für Priester, Diakone und Ordensleute

Das Sudetendeutsche Priesterwerk e. V. lädt ein zu Exerzitien für Priester, Diakone und Ordensleute im November 2016. Die Tage stehen unter dem Leitwort „Seele Christi heilige mich“ und sind geprägt vom durchgängigen Schweigen, der täglichen Eucharistiefeier, zwei Impulsen und stiller Anbetung. Die Leitung hat P. Markus Franz SJ, München.

Zeitraum der Exerzitien ist der 13. bis 17. November 2016, die Kosten betragen 275,00 Euro. Um Anmeldung wird bis zum 15. Oktober 2016 gebeten. Kontakt: Sudetendeutsches Priesterwerk e. V., Haus St. Johann, Weidacher Str. 9, 83098 Brannenburg, Tel.: 08034 697, E-Mail: zentrale@sud-pw.de, Website: www.sud-pw.de.

Nr 447 Totenmeldungen

Pfarrer i. R. Bernhard Welzel

Am 2. Mai 2016 verstarb unseren Mitbruder, Herr Pfarrer i. R. Bernhard Welzel, im Alter von 86 Jahren in Wiesbaden.

Bernhard Welzel wurde am 11. Februar 1930 in Berlin-Pankow geboren. Kindheit und Jugend waren geprägt von einem starken katholischen Elternhaus und der Bedrängnis des Nationalsozialismus. Seit seiner Erstkommunion war er ein begeisterter Sänger im Kathedralchor der Stadt. Die Kriegswirren zwangen die Familie mehrere Male zur Flucht. 1947 fand sie in Bünde/Westfalen neue Heimat, und der Vater konnte dort nach russischer Kriegsgefangenschaft eine Stelle als Lehrer übernehmen. Im Bund Neudeutschland lernte der junge Bernhard Welzel in der Jugendarbeit die Jesuiten kennen. Die Patres unterstützten ihn tatkräftig, und so reifte in ihm der Entschluss, an der Hochschule Sankt Georgen der Jesuiten in Frankfurt am Main das Studium der Philosophie und der Theologie zu beginnen.

Am 4. März 1956 empfing er aus den Händen von Bischof Dr. Wilhelm Kempf die Priesterweihe. Seine erste Stelle führte ihn als vicarius substitutus nach Eisenbach bei Bad Camberg. Es folgten Kaplansstellen in Salz (Oktober 1957 bis April 1960), in der Limburger Domgemeinde (April 1960 bis April 1964) und in Wiesbaden/Maria Hilf (April 1964 bis Dezember 1966).

Die seelsorgliche Arbeit in Wiesbaden war mit Blick auf den priesterlichen Dienst von Bernhard Welzel von besonderer Bedeutung, fiel sie doch in die Zeit des Zweiten Vatikanischen Konzils und war verbunden mit einem besonderen Auftrag: Bischof Wilhelm bestimmte den jungen Priester dazu, die Gemeinde in Wiesbaden-Klarenthal aufzubauen. Bereits nach drei Monaten, am 25. März 1967 konnte die Gemeinde in Klarenthal zur Pfarrvikarie St. Klara erhoben und Rektor Welzel zum Pfarrvikar ernannt werden. Sechs Jahre später, zum 1. Januar 1973, wurde St. Klara Pfarrei und Bernhard Welzel bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 16. Februar 1997 ihr Pfarrer. In der Zeit seines langjährigen Dienstes übernahm er weitere Aufgaben: So war er von Februar 1974 bis Dezember 1979 stellvertretender Dekan des Dekanates Wiesbaden-Nord und ab Februar 1980 mit der Seelsorge in der Justizvollzugsanstalt Wiesbaden beauftragt.

Pfarrer Welzel lag der synodale Weg des Bistums Limburg in besonderer Weise am Herzen; auf allen Ebenen – in Pfarrei, im Bezirk und auf Diözesanebene – brachte er sich ein. Hervorgehoben sei an dieser Stelle seine Mitarbeit im Präsidium der Diözesanversammlung, im Diözesansynodalrat und im Diözesankirchensteuerrat. Immer wieder hielt er den Gedanken des Konzils wach, dass die Gemeinde nicht Objekt der Seelsorge, sondern ihr eigentliches Subjekt sei. Aus dieser Haltung heraus

hatte er einen besonderen Blick für die Nöte und Ängste der Menschen. Sie gab ihm die Kraft, den Aufbau der Gemeinde St. Klara mit ihrem sozialpastoralen, ökumenischen und sakramental-katechetischen Konzept voranzutreiben. Der Dienst bei den Menschen am Rande der Gesellschaft, wie etwa in der Justizvollzugsanstalt, war ihm ein Herzensanliegen.

Schon während seiner Limburger Kaplanszeit und der Zeit des Konzils hatte er mit anderen Mitbrüdern zusammen den Gedanken verfolgt, in einer Gemeinschaft zu leben. Aus diesen Überlegungen entstand bei seinem Wechsel nach Wiesbaden die Wiesbadener Priestergemeinschaft, deren Teil er war. Am 4. März 2016 konnte er dort sein diamantenes Priesterjubiläum feiern. Das Wort Jesu aus der Dankmesse für dieses Jubiläum „So sollt auch ihr einander die Füße waschen“ ist eine passende Überschrift über sein priesterliches Wirken.

Wir danken Herrn Pfarrer Welzel für sein Wirken in unserem Bistum. Wir empfehlen den Verstorbenen dem Gebet der Mitbrüder und dem Gebet aller, mit denen er aus dem Glauben heraus gelebt und für die er gewirkt hat. Der Herr möge ihn, der in den letzten Jahren an erheblichen gesundheitlichen Problemen litt, aufnehmen in seine Herrlichkeit und dort sein Leben und seinen Dienst vollenden.

Am Pfingstmontag, 16. Mai 2016, wurde in Wiesbaden/St. Klara die Eucharistie für den Verstorbenen gefeiert. Die Urnenbeisetzung erfolgte zu einem späteren Zeitpunkt.

Pfarrer i. R. Josef Holzbach

Am 11. Mai 2016 verstarb unsere Mitbrüder, Herr Pfarrer i. R. Josef Holzbach, im Alter von 85 Jahren in Limburg.

Josef Holzbach wurde am 29. September 1930 in Westerbürg geboren. Dort verbrachte er die ersten Jahre seiner Kindheit. 1934 zog er, da der Vater nach Limburg versetzt wurde, mit der Familie in die Domstadt und besuchte zunächst die Volksschule, später das Realgymnasium, das er im Jahr 1951 mit dem Reifezeugnis verließ. Durch seinen im Krieg gefallenen Bruder kam er bereits früh mit der Jugendbewegung „Bund Neudeutschland“ in Kontakt und engagierte sich dort in hohem Maße. Sein Wunsch, Priester zu werden, reifte in dieser Zeit heran, und so begann er 1951 seine philosophisch-theologischen Studien an der Hochschule der Jesuiten in Frankfurt/Sankt Georgen.

Am 8. Dezember 1956 wurde Josef Holzbach von Bischof Dr. Wilhelm Kempf im Limburger Dom zum Priester geweiht.

Seine erste Stelle führte ihn nach Höhn-Schönberg, zunächst als Seelsorgspraktikant, von April 1957 bis April 1959 dann als Kaplan. Es folgten weitere Kaplansjahre in Oberursel (April 1959 bis August 1959 sowie April 1960 bis August 1962), in Nauort (August 1959 bis April 1960) und in Bad Homburg in der Pfarrei St. Marien (August 1962 bis September 1964). Bischof Kempf übertrug Kaplan Holzbach zum 1. Oktober 1964 die verantwortungsvolle Aufgabe, die Gemeinde Herz Jesu in Bad Homburg aufzubauen und ernannte ihn zum Pfarrvikar. Mit viel Eifer und Freude ging der junge Priester ans Werk. Im Oktober 1969 konnte die unter Pfarrvikar Holzbach errichtete neue Herz-Jesu-Kirche geweiht werden. Schließlich wurde die bisherige Pfarrvikarie zur Pfarrei erhoben, und Josef Holzbach wurde am 1. April 1973 ihr erster Pfarrer. Gesundheitliche Beeinträchtigungen in den folgenden Jahren ließen seinen Mut nicht sinken, das Gemeindeleben kontinuierlich aufzubauen. Unterstützung fand er bei zahlreichen Ehrenamtlichen. Wichtig war ihm, auch am gesellschaftlichen Leben außerhalb der kirchlichen Kreise teilzuhaben; dadurch konnte er zahlreiche Kontakte knüpfen.

Neben seiner Arbeit in der Pfarrei und als Pfarrverwalter von Hl. Kreuz in Bad Homburg im Januar und Februar 1989 galt sein Einsatz vor allem dem Dekanat Bad Homburg, dem er zwanzig Jahre lang, vom 15. Februar 1971 bis zum 30. April 1991, als Dekan diente. Ein gutes Verhältnis unter den Mitbrüdern und mit allen, die im Dekanat mit der Seelsorge beauftragt waren, sah er als wichtige Voraussetzung für den Dienst der Verkündigung.

Nach fast 30 Jahren im Dienst der Seelsorge in Bad Homburg trat Pfarrer Holzbach zum 1. August 1991 aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand und kehrte nach Limburg zurück. Trotz der Beeinträchtigung übernahm er mit hohem Einsatz und Engagement vom 1. September 1991 bis zum 31. August 1995 die Aufgabe des Leiters der Seelsorge in der Pfarrei St. Josef in Limburg-Staffel und war im Anschluss daran, vom 1. September 1995 bis zum 31. Oktober 2003, Leiter der Priester in der genannten Pfarrei.

Im Dezember dieses Jahres hätte er sein diamantenes Priesterjubiläum feiern können.

Wir danken Herrn Pfarrer Holzbach für sein Wirken in unserem Bistum. Wir empfehlen den Verstorbenen dem

Gebet der Mitbrüder und dem Gebet aller, mit denen er aus dem Glauben heraus gelebt und für die er gewirkt hat.

Das Requiem wurde am 24. Mai 2016 im Limburger Dom gefeiert. Anschließend erfolgte die Beisetzung auf dem Limburger Hauptfriedhof.

Nr. 448 Dienstnachrichten

Priester

Mit Termin 1. November 2015 wurde Pater Sabumon Purayidathil SCARIA OFMCap als Beicht- und Gesprächsseelsorger an Liebfrauen, Frankfurt/Main, eingesetzt.

Mit Termin 1. Januar 2016 wurde Pfarrer Ernst-Martin BENNER zum Dekan des Dekanates Bad Camberg ernannt.

Mit Termin 1. Januar 2016 wurde Pfarrer Frank-Peter BEULER zum Stellvertreter des Dekans im Dekanat Hadamar-Weilburg ernannt.

Mit Termin 1. Januar 2016 wurde Pfarrer Hans MAYER zum Dekan des Dekanates Hadamar-Weilburg ernannt.

Mit Termin 1. Januar 2016 wurde Pfarrer Joachim WICHMANN zum Stellvertreter des Dekans im Dekanat Bad Camberg ernannt.

Mit Termin 30. April 2016 hat der Provinzial der Franziskaner der Krakauer Ordensprovinz den Gestellungsvertrag für Pater Dr. Iwo JANUSZ OFM, Kamp-Bornhofen, gekündigt.

Mit Termin 1. Juni 2016, befristet bis 31. Mai 2018, wird Benjamin Ogechi AGBARA mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % in der Flughafenseelsorge in Frankfurt eingesetzt.

Mit Termin 1. Juni 2016 wird Dieudonné Katunda MWANA mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % als Kooperator im Pastoralen Raum Schwalbach-Eschborn eingesetzt.

Mit Termin 1. Juni 2016 wird Kaplan Juraj SABADOS neben seiner Tätigkeit mit 50 % Beschäftigungsumfang in der Seelsorge für die slowakischen Katholiken mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % als Kooperator im Pastoralen Raum Frankfurt-Nied-Griesheim-Gallus (Schwerpunkt St. Gallus) eingesetzt.

Mit Termin 1. Juni 2016 wird Hilary UBAH mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % als Pastoralpraktikant in der Pfarrei St. Ursula Oberursel/Steinbach eingesetzt.

Mit Termin 1. Juli 2016 hat der Apostolische Administrator Pfarrer Kirsten BRAST zum Pfarrer der Pfarrei St. Nikolaus von Flüe in Idstein-Wörsdorf ernannt.

Mit Termin 9. Juli 2016 hat der Apostolische Administrator Pfarrer Stefan SCHNEIDER zum Pfarrer der Pfarreien St. Elisabeth in Bad Schwalbach, Heilig Geist in Heidenrod-Laufenselden, St. Ägidius in Schlangenbad-Niedergladbach, Herz Jesu in Schlangenbad, St. Ferrutius in Taunusstein-Bleidenstadt, St. Johannes Nepomuk in Taunusstein-Hahn, Herz Mariä in Taunusstein-Wehen, St. Klemens-Maria-Hofbauer in Hohenstein-Breithardt, St. Josef in Aarbergen-Daisbach und St. Bonifatius in Aarbergen-Michelbach ernannt. Zum gleichen Termin hat er ihn zum Priesterlichen Leiter des Pastoralen Raumes Bad Schwalbach ernannt.

Mit Termin 31. Juli 2016 hat der Provinzial der Pallottiner den Gestellungsvertrag für P. Benjamin ATANGA SAC in der Flughafenseelsorge gekündigt. Zum 1. August 2016 wird P. Benjamin Atanga SAC als Kaplan in der Pfarrei St. Marien, Limburg, eingesetzt.

Mit Termin 15. August 2016 wird Pfr. Michael SCHEUNGRABER als Kooperator in der Pfarrei St. Martin Lahnstein und der Pfarrei St. Martin Bad Ems/Nassau eingesetzt.

Mit Termin 30. August hat der Provinzial der Pallottiner den Gestellungsvertrag für P. Markus STECHER SAC als Kaplan in der Pfarrei St. Marien, Limburg, gekündigt.

Hauptamtliche Pastorale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mit Termin 1. August 2016 wird Frau Anita NOVOTNY als Gemeindereferentin im Bistum Limburg angestellt und mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % in der Pfarrei St. Ursula Oberursel/Steinbach eingesetzt.



Der Apostolische Administrator		Bischöfliches Ordinariat	
Nr. 449	Aufruf der deutschen Bischöfe zum Sonntag der Weltmission 2016	519	
Nr. 450	Aufruf der deutschen Bischöfe zum Diaspora-Sonntag 2016	520	
Nr. 451	Beschlüsse der Bundeskommission der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes vom 17. März 2016: Änderung der Anlage 33 zu den AVR, Korrektur des Beschlusses vom 10. Dezember 2015	520	
Nr. 452	Beschlüsse der Bundeskommission der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes vom 17. März 2016: Änderung der Anlagen 1, 6a, 21a, 31 und 32 zu den AVR, Eingruppierung von Pflegelehrkräften	523	
Nr. 453	Beschluss der Regionalkommission Mitte vom 7. April 2016: Änderung der Anlage 33 zu den AVR, Korrektur des Beschlusses vom 17. Dezember 2015	524	
Nr. 454	Profanierung der Kapelle der katholischen Kirche St. Josef in Limburg-Staffel	525	
Nr. 455	Neuwahl der Arbeitsrechtlichen Kommissionen: Vertreter/-innen der Mitarbeiter/-innen	525	
Nr. 456	Gottesdienstvorlage zum Reformationstagsgedenken 2017	525	
Nr. 457	Druckschriften und Broschüren des Sekretariates der Deutschen Bischofskonferenz	525	
Nr. 458	Totenmeldungen		525
Nr. 459	Dienstnachrichten		529

Der Apostolische Administrator

Nr. 449 Aufruf der deutschen Bischöfe zum Sonntag der Weltmission 2016

Liebe Schwestern und Brüder,

„... denn sie werden Erbarmen finden“ (Mt 5, 7) lautet das Leitwort zum diesjährigen Sonntag der Weltmission, den wir in Deutschland am 23. Oktober begehen. Wir laden Sie in diesem Jahr ein, das Engagement unserer Schwestern und Brüder auf den Philippinen näher kennenzulernen. Aus dem Glauben heraus setzen sie sich für die Würde der Menschen und den Schutz der Familien ein. Trotz wiederholter Naturkatastrophen und weit verbreiteter Armut lassen sie sich die Freude am Leben und am Glauben nicht nehmen.

Mit dem Leitwort aus den Seligpreisungen der Bergpredigt fügt sich der Weltmissionssonntag in das Heilige Jahr der Barmherzigkeit ein. Wir sind aufgerufen, uns von der grenzenlosen Barmherzigkeit Gottes berühren

zu lassen und selbst zu einem Werkzeug der Barmherzigkeit in unserer Welt zu werden. Auch die Kollekte am Sonntag der Weltmission ist ein Ausdruck dafür. Sie ist die größte Solidaritätsaktion der Katholiken weltweit. Auf allen Kontinenten wird sie zugunsten der ärmsten Diözesen der Welt durchgeführt.

Liebe Schwestern und Brüder, setzen Sie am Weltmissionssonntag ein Zeichen! „Die Barmherzigkeit Gottes ist sehr konkret“, schreibt Papst Franziskus, „und wir alle sind gerufen, diese Erfahrung in eigener Person zu machen.“ Wir bitten Sie um Ihr Gebet und um eine großzügige Spende bei der Kollekte für die Päpstlichen Missionswerke Missio.

Würzburg, 25. April 2016
Für das Bistum Limburg

+ Weihbischof Manfred Grothe
Apostolischer Administrator

Dieser Aufruf soll am Sonntag, 16. Oktober 2016, in allen Gottesdiensten (auch am Vorabend) verlesen werden.

Der Ertrag der Kollekte am 23. Oktober 2016 ist ausschließlich für die Päpstlichen Missionswerke Missio (Aachen bzw. München) bestimmt.

Limburg, 30. Mai 2016
Az.: 367J/16755/16/01/1

Wolfgang Rösch
Ständiger Vertreter des
Apostolischen Administrators

Nr. 450 Aufruf der deutschen Bischöfe zum Diaspora-Sonntag 2016

Liebe Schwestern und Brüder,

wer sind wir Christen? Was macht unser Christ-Sein aus? Was verbindet uns mit unseren Mitmenschen und was unterscheidet uns von ihnen? Diese Fragen nach der Identität stellen sich die Christen zu allen Zeiten. Sie gewinnen im heutigen Europa an Schärfe und Dringlichkeit, da das Christ-Sein immer weniger selbstverständlich ist.

In der diesjährigen Diaspora-Aktion gibt das Bonifatiuswerk der deutschen Katholiken Hinweise für eine Antwort. Die Aktion steht unter dem Leitwort „Unsere Identität: Barmherzigkeit“. Barmherzigkeit gehört für uns Christen untrennbar zum eigenen Selbstverständnis. Sie ist ein Herzstück unseres Glaubens. Jesus selbst trägt uns auf: „Seid barmherzig, wie es auch euer Vater ist!“ (Lk 6, 36).

Das von Papst Franziskus ausgerufene Heilige Jahr der Barmherzigkeit lenkt unseren Blick auf Orte und Situationen, in denen Menschen sich selbstlos für andere einsetzen. Die Katholiken in Skandinavien, im Baltikum und in der deutschen Diaspora brauchen unsere besondere Unterstützung, damit sie sich in den Dienst der Barmherzigkeit Gottes stellen können. Was andersorts selbstverständlich ist, stellt die kleinen katholischen Minderheiten vor große Probleme: etwa der Bau und die Instandhaltung von Kirchen, Programme der Weitergabe des Glaubens oder caritative Projekte für die Bedürftigsten. Die Kirche in der Diaspora bedarf der Hilfe, damit sie Zeugnis geben kann von der Barmherzigkeit Gottes.

Liebe Schwestern und Brüder, wir bitten Sie anlässlich des Diaspora-Sonntags am 20. November um Ihr Gebet und um eine großzügige Spende bei der Kollekte. Dafür sagen wir Ihnen ein herzliches „Vergelt's Gott“.

Hildesheim, 25. April 2016
Für das Bistum Limburg

+ Weihbischof Manfred Grothe
Apostolischer Administrator

Dieser Aufruf soll am Sonntag, 13. November, in allen Gottesdiensten (auch am Vorabend) verlesen oder den Gemeinden in einer anderen geeigneten Weise bekannt gemacht werden. Die Kollekte am Diaspora-Sonntag, dem 20.11.2016, ist ausschließlich für das Bonifatiuswerk der deutschen Katholiken bestimmt und ohne Abzüge weiterzuleiten.

Limburg, 30. Mai 2016
Az.: 3362A/38663/16/02/1

Wolfgang Rösch
Ständiger Vertreter des
Apostolischen Administrators

Nr. 451 Beschlüsse der Bundeskommission der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes vom 17. März 2016: Änderung der Anlage 33 zu den AVR, Korrektur des Beschlusses vom 10. Dezember 2015

I.

Die Bundeskommission beschließt:

Der Beschluss der Bundeskommission vom 10. Dezember 2015 wird wie folgt geändert:

A. Ziffer I Abschnitt A Änderungen in Anlage 33 wird wie folgt geändert:

1. Nummer 2 wird wie folgt geändert:

§ 11 Abs. 2 Satz 8 wird wie folgt neu gefasst:

„Abweichend von Satz 6 erreichen Mitarbeiter, die nach den Tätigkeitsmerkmalen des Anhang B dieser Anlage in der Entgeltgruppe S 8b Fallgruppen 1, 3, 4 oder 5 eingruppiert sind, die Stufe 5 nach sechs Jahren in Stufe 4 und die Stufe 6 nach acht Jahren in Stufe 5.“

2. Nummer 3 wird wie folgt neu gefasst:

„In § 11 Abs. 3 wird die Angabe ‚S 6 bis S 8‘ durch die Angabe ‚S 6 bis S 8b‘ ersetzt.“

B. Ziffer I Abschnitt B Änderungen in Anhang A der Anlage 33 wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 wird unter der Tabelle folgender Satz eingefügt:

„Die Entgeltgruppe S 8 wird gestrichen.“

2. In Nummer 2 werden die Angabe „S 11,“ und in

der Tabelle die Zeile mit der Entgeltgruppe S 11 gestrichen.

3. Es wird eine neue Nummer 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„In die Tabelle werden zwei neue Entgeltgruppen S 11a und S 11b mit folgenden mittleren Werten eingefügt (in Euro):

S 11b	2715,30	3049,78	3195,64	3563,13	3850,24	4022,50
S 11a	2656,58	2991,07	3136,01	3502,66	3789,76	3962,02

Die Entgeltgruppe S 11 wird gestrichen.“

4. Es wird eine neue Nummer 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„In den Entgeltgruppen S 5 und S 6 werden die Tabellenwerte gestrichen und die Worte ‚nicht besetzt‘ eingefügt.“

- C. Ziffer I Abschnitt C Änderungen in Anhang B der Anlage 33 wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 werden folgende Änderungen vorgenommen:

- a) In der Entgeltgruppe S 5 wird das Wort „derzeit“ gestrichen.
- b) In der Entgeltgruppe S 6 wird der bisherige Wortlaut durch die Angabe „(nicht besetzt)“ ersetzt.
- c) Die Entgeltgruppe S 8 wird gestrichen.
- d) Die Entgeltgruppe S 11 wird gestrichen.
- e) Nach der Entgeltgruppe S 10 werden zwei neue Entgeltgruppen S 11a und S 11b mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„S 11a

Mitarbeiter, die durch ausdrückliche Anordnung als ständige Vertreter von Leitern von Kindertagesstätten für Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX oder für Kinder und Jugendliche mit wesentlichen Erziehungsschwierigkeiten oder von Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung im Sinne von § 2 SGB IX bestellt sind 4, 8

S 11b

Sozialarbeiter und Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung sowie Heilpädagogen mit abgeschlossener Hochschulbildung und – soweit nach dem jeweiligen Landesrecht vorgesehen – mit staatlicher Anerkennung mit jeweils entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Mitarbeiter, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben 13“

- f) Die Entgeltgruppe S 12 Fallgruppe 1 wird wie folgt gefasst:

„Sozialarbeiter und Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung sowie Heilpädagogen mit abgeschlossener Hochschulbildung und – soweit nach dem jeweiligen Landesrecht vorgesehen – mit staatlicher Anerkennung mit jeweils entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Mitarbeiter, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, mit schwierigen Tätigkeiten 11, 13, 28“

- g) Die Entgeltgruppe S 14 wird wie folgt gefasst:

„Sozialarbeiter und Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung sowie Heilpädagogen mit abgeschlossener Hochschulbildung und – soweit nach dem jeweiligen Landesrecht vorgesehen – mit staatlicher Anerkennung mit jeweils entsprechender Tätigkeit, die Entscheidungen zur Vermeidung der Gefährdung des Kindeswohls treffen und in Zusammenarbeit mit dem Familiengericht bzw. Vormundschaftsgericht Maßnahmen einleiten, welche zur Gefahrenabwehr erforderlich sind, oder mit gleichwertigen Tätigkeiten, die für die Entscheidung zur zwangsweisen Unterbringung von Menschen mit psychischen Krankheiten erforderlich sind (z. B. Sozialpsychiatrischer Dienst der örtlichen Stellen der Städte, Gemeinden und Landkreise) 12, 13“

- h) Die Entgeltgruppe S 15 Fallgruppe 7 wird wie folgt gefasst:

„Sozialarbeiter und Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung sowie Heilpädagogen mit abgeschlossener Hochschulbildung und – soweit nach dem jeweiligen Landesrecht vorgesehen – mit staatlicher Anerkennung mit jeweils entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Mitarbeiter, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, deren Tätigkeit sich mindestens zu einem Drittel durch besondere Schwierigkeit und Bedeutung aus der Entgeltgruppe S 12 heraushebt 13“

- i) Die Entgeltgruppe S 17 Fallgruppe 5 wird wie folgt gefasst:

„Sozialarbeiter und Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung sowie Heilpädagogen mit abgeschlossener Hochschulbildung und – soweit nach dem jeweiligen Landesrecht vorgesehen – mit staatlicher Anerkennung mit jeweils entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Mitarbeiter, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, deren Tätigkeit sich durch besondere Schwierigkeit und Bedeutung aus der Entgeltgruppe S 12 heraushebt 13“

- j) Die Entgeltgruppe S 18 Fallgruppe 2 wird wie folgt gefasst:

„Sozialarbeiter und Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung sowie Heilpädagogen mit abgeschlossener Hochschulbildung und – soweit nach dem jeweiligen Landesrecht vorgesehen – mit staatlicher Anerkennung mit jeweils entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Mitarbeiter, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, deren Tätigkeit sich durch das Maß der damit verbundenen Verantwortung erheblich aus der Entgeltgruppe S 17 Fallgruppe 5 heraushebt 13“

2. In Nummer 2 werden folgende Änderungen vorgenommen:

- a) In Buchstabe a) werden die Wörter „und je Erziehungsheim“ gestrichen.

- b) Hinter Buchstabe d) wird ein neuer Buchstabe e) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„e) Die Anmerkung Nr. 13 wird wie folgt gefasst:

„¹Eine abgeschlossene Hochschulbildung liegt vor, wenn von einer Hochschule im Sinne des § 1 HRG ein Diplomgrad mit dem Zusatz „Fachhochschule“ („FH“), ein anderer nach § 18 HRG gleichwertiger Abschlussgrad oder ein Bachelorgrad verliehen wurde. ²Die Abschlussprüfung muss in einem Studiengang abgelegt worden sein, der seinerseits mindestens das Zeugnis der Hochschulreife (allgemeine Hochschulreife oder einschlägige fachgebundene Hochschulreife) oder eine andere landesrechtliche Hochschulzugangsberechtigung als Zugangsvoraussetzung erfordert, und für den Abschluss eine Regelstudienzeit von mindestens sechs Semestern – ohne etwaige Praxissemester, Prüfungssemester o. Ä. – vorschreibt. ³Der Bachelorstudiengang muss nach den Regelungen des Akkreditierungsrats akkreditiert sein. ⁴Dem gleichgestellt sind Abschlüsse in akkreditierten Bachelorausbildungsgängen an Berufsakademien. ⁵Ein Abschluss an einer ausländischen Hochschule gilt als abgeschlossene Hochschulbildung, wenn er von der zuständigen staatlichen Anerkennungsstelle als dem deutschen Hochschulabschluss gleichwertig anerkannt wurde.““

- D. In Ziffer I Abschnitt D Anhang F zur Anlage 33 wird § 2 Abs. 1 wie folgt geändert:

1. In der rechten Spalte der Tabelle wird die Angabe „S 9 Fallgruppe 5“ wie folgt geändert:

„S 9 Fallgruppe 5**“

2. Am Ende der Tabelle wird folgende neue Zeile eingefügt:

S 11	S 11b
------	-------

3. Am Ende des Absatzes wird folgender Text eingefügt:

„**Mitarbeiter, die bereits mindestens vier Jahre in

Stufe 4 zurückgelegt haben, steigen unmittelbar in Stufe 5 auf, Mitarbeiter, die bereits mindestens fünf Jahre in Stufe 5 zurückgelegt haben, steigen unmittelbar in die Stufe 6 auf. Ansprüche für die Vergangenheit entstehen nicht, überschießende Stufenlaufzeiten finden keine Berücksichtigung.“

II.

Inkrafttreten

Dieser Beschluss tritt zum 1. Januar 2016 in Kraft.

Für das Bistum Limburg

Limburg, 1. Juni 2016
Az.: 359H/53157/16/01/4

+ Weihbischof Manfred Grothe
Apostolischer Administrator

Nr. 452 Beschlüsse der Bundeskommission der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes vom 17. März 2016: Änderung der Anlagen 1, 6a, 21a, 31 und 32 zu den AVR, Eingruppierung von Pflegelehrkräften

I.

Die Bundeskommission beschließt:

A. Änderungen in Anlage 1 zu den AVR

In Abschnitt I Absatz a und Absatz c wird jeweils hinter die Angabe „2d“ ein Komma und die Angabe „21a“ eingefügt.

B. Änderungen in Anlage 6a zu den AVR

- I. In § 1 Absatz 1 Buchstabe a) wird nach der Angabe „Kr 14 bis Kr 9“ ein Komma und die Angabe „E 10 bis E 15 (Anlage 21a zu den AVR)“ eingefügt.

II. § 2 wird wie folgt geändert:

„Die Stundenvergütungen werden je Vergütungs- bzw. Entgeltgruppe in den Anlagen 3, 3a und 21a zu den AVR nach folgender Formel ermittelt:

Regelvergütung bzw. Tabellenentgelt der Stufe 4
*durchschnittliche regelmäßige Wochenarbeitszeit * 4,348*

C. Änderungen in Anlage 21a zu den AVR – Anhang A

In den Entgeltgruppen 14 und 15 wird die Angabe „ab 150“ durch die Angabe „ab 151“ ersetzt.

D. Änderungen in Anlage 31 zu den AVR – Anhang D

I. Die Tätigkeitsmerkmale der Vergütungsgruppen

Kr 8 Ziffern 10, 11, 15, 16, 19a und 20,
Kr 9 Ziffern 9, 10, 13, 13a und 14a,
Kr 10 Ziffern 7, 7a und 8a und
Kr 11 Ziffer 6

werden gestrichen und jeweils durch die Wörter „(durch Überleitung in Anlage 21a zu den AVR entfallen)“ ersetzt.

II.

1. In der Vergütungsgruppe Kr 9 werden

- a) in der Ziffer 1 die Zahl „11“ durch die Zahl „8“,
- b) in der Ziffer 11 die Zahl „16“ durch die Zahl „14“ und
- c) in der Ziffer 14 die Zahl „20“ durch die Zahl „19“

ersetzt.

2. In der Vergütungsgruppe Kr 10 werden

- a) in der Ziffer 1 die Zahl „10“ durch die Zahl „8“,
- b) in der Ziffer 8 die Angabe „Ziffern 12 bis 13a“ durch die Angabe „Ziffer 12“ und die Angabe „der jeweiligen“ durch die Angabe „dieser“ und
- c) in der Ziffer 9 die Angabe „Ziffern 14a und 15“ durch die Angabe „Ziffer 15“ und die Wörter „diesen Ziffern“ durch die Wörter „dieser Ziffer“

ersetzt.

3. In der Vergütungsgruppe Kr 11 werden

- a) in der Ziffer 1 die Angabe „7a“ durch die Zahl „6“ ersetzt und

b) in der Ziffer 7 die Angabe „8a und“ gestrichen.

4. In der Vergütungsgruppe Kr 12 wird in der Ziffer 1 die Zahl „6“ durch die Zahl „5“ ersetzt.

III. In den Anmerkungen zu den Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsgruppen Kr 1 bis Kr 13 werden die Anmerkungen Nr. 22, 24, 26 bis 30 gestrichen und jeweils durch das Wort „(entfallen)“ ersetzt.

E. Änderungen in Anlage 32 zu den AVR – Anhang D

I. Die Tätigkeitsmerkmale der Vergütungsgruppen Kr 8 Ziffern 10, 11, 15, 16, 19a und 20, Kr 9 Ziffern 9, 10, 13, 13a und 14a, Kr 10 Ziffern 7, 7a und 8a und Kr 11 Ziffer 6

werden gestrichen und jeweils durch die Wörter „(durch Überleitung in Anlage 21a zu den AVR entfallen)“ ersetzt.

II.

1. In der Vergütungsgruppe Kr 9 werden

- a) in der Ziffer 1 die Zahl „11“ durch die Zahl „8“,
- b) in der Ziffer 11 die Zahl „16“ durch die Zahl „14“ und
- c) in der Ziffer 14 die Zahl „20“ durch die Zahl „19“

ersetzt.

2. In der Vergütungsgruppe Kr 10 werden

- a) in der Ziffer 1 die Zahl „10“ durch die Zahl „8“,
- b) in der Ziffer 8 die Angabe „Ziffern 12 bis 13a“ durch die Angabe „Ziffer 12“ und die Angabe „der jeweiligen“ durch die Angabe „dieser“ und
- c) in der Ziffer 9 die Angabe „Ziffern 14a und 15“ durch die Angabe „Ziffer 15“ und die Wörter „diesen Ziffern“ durch die Wörter „dieser Ziffer“

ersetzt.

3. In der Vergütungsgruppe Kr 11 werden

- a) in der Ziffer 1 die Angabe „7a“ durch die Zahl „6“ ersetzt und
- b) in der Ziffer 7 die Angabe „8a und“ gestrichen.

4. In der Vergütungsgruppe Kr 12 wird in der Ziffer 1 die Zahl „6“ durch die Zahl „5“ ersetzt.

III. In den Anmerkungen zu den Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsgruppen Kr 1 bis Kr 13 werden die Anmerkungen Nr. 22, 24, 26 bis 30 gestrichen und jeweils durch das Wort „entfallen“ ersetzt.

F. Inkrafttreten

Diese Regelung tritt zum 1. April 2016 in Kraft.

Für das Bistum Limburg

Limburg, 1. Juni 2016
Az.: 359H/53157/16/01/4

+ Weihbischof Manfred Grothe
Apostolischer Administrator

Nr. 453 Beschluss der Regionalkommission Mitte vom 7. April 2016: Änderung der Anlage 33 zu den AVR, Korrektur des Beschlusses vom 17. Dezember 2015

I.

Die Regionalkommission beschließt:

Der Beschluss der Regionalkommission Mitte vom 17. Dezember 2015 wird wie folgt geändert:

1. In Ziffer I Nummer 1 wird in der Tabelle die Zeile

S 11	2.715,30	3.049,78	3.195,64	3.563,13	3.850,24	4.022,50
------	----------	----------	----------	----------	----------	----------

ersetzt durch

S 11	2715,30	3049,78	3195,64	3563,13	3850,24	4.022,50
S 11a	2656,58	2991,07	3136,01	3502,66	3789,76	3962,02

2. Dieser Beschluss tritt zum 1. Januar 2016 in Kraft.

Limburg, 7. April 2016
Az.: 359H/53157/16/01/5

+ Weihbischof Manfred Grothe
Apostolischer Administrator

Bischöfliches Ordinariat

Nr. 454 Profanierung der Kapelle der katholischen Kirche St. Josef in Limburg-Staffel

Mit Termin 1. Juli 2016 hat der Apostolische Administrator gem. c. 1224 § 2 CIC die Kapelle der katholischen Kirche St. Josef in 65556 Limburg-Staffel für profan erklärt.

Nr. 455 Neuwahl der Arbeitsrechtlichen Kommissionen: Vertreter/-innen der Mitarbeiter/-innen

Für die neue Amtszeit der Bundeskommission beim Deutschen Caritasverband ab 1. Januar 2017 sowie der Regionalkommission Mitte hat die Haupt-Mitarbeitervertretung/Diözesane Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen im Bistum Limburg einen Wahlvorstand gebildet (§ 3 Wahlordnung).

Der Wahlvorstand besteht aus Petra Klee (Sankt Katharinen-Krankenhaus Frankfurt), Michael Klein (Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus) Ulrich-Franz Böttinger (Marienkrankenhaus Nassau) als Vorsitzender.

Der Wahlvorstand ist unter folgender Anschrift zu erreichen: Wahlvorstand zur Wahl der AK, Ulrich-Franz Böttinger, Holzstraße 26, 56220 Kettig, E-Mail: ulifranzb@aol.com

Der Wahlvorstand fordert alle Mitarbeitervertretungen bei Einrichtungen im Bistum Limburg, bei denen die „AVR Caritas“ als Grundlage von Arbeitsverträgen Verwendung finden, auf, sich schriftlich – am besten per E-Mail – bei dem Wahlvorstand zu melden.

Alle dem Wahlvorstand bekannten oder gemeldeten Mitarbeitervertretungen erhalten weitergehende Informationen zur Wahl.

Die Wahlversammlung findet statt am 31. Oktober 2016, 14:00 Uhr, im Wilhelm-Kempf-Haus in Wiesbaden-Naurod.

Nr. 456 Gottesdienstvorlage zum Reformationsgedenken 2017

Unter dem Titel „Vom Konflikt zur Gemeinschaft“ ist im Auftrag der Lutherisch/römisch-katholischen Kommission für die Einheit eine Vorlage für einen ökumenischen Gottesdienst zum gemeinsamen Reformationsgedenken 2017 erschienen.

Die Broschüre kann beim Referat Ökumene im Bischöflichen Ordinariat Limburg, Dezernat Pastorale Dienste, angefordert werden.

Da in der genannten Kommission der Lutherische Weltbund die evangelische Seite vertritt, ist seitens der Verantwortlichen in den Pfarreien eine Einschätzung notwendig, inwieweit die Vorlage im Zusammenwirken mit den evangelischen Gemeinden vor Ort, die in der Regel unierter Prägung sind, Verwendung finden kann.

Nr. 457 Druckschriften und Broschüren des Sekretariates der Deutschen Bischofskonferenz

Das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz hat folgende Broschüre herausgegeben:

Arbeitshilfe „Reformation in ökumenischer Perspektive“ (Nr. 284).

Interessenten können diese Broschüre beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz bestellen, Tel.: 0228 103-205, Fax: 0228 103-330. Die Broschüren werden zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Nr 458 Totenmeldungen

Pfarrer i. R. Heribert Zerwes

Am 23. Mai 2016 verstarb unser Mitbruder, Herr Pfarrer i. R. Heribert Zerwes, im Alter von 81 Jahren in Königstein.

Heribert Zerwes wurde am 28. August 1934 in Frankfurt-Höchst als zweites von vier Kindern seiner Eltern geboren. Seine Schulbildung begann 1940 – zu Kriegzeiten – mit der Volksschule in Kelkheim. Von 1944 an besuchte er, mit einjähriger Unterbrechung im Jahr 1945, das Städtische Realgymnasium in Königstein. Diese Zeit war für ihn sehr prägend. Nach dem Abitur, das er 1954 ablegte, begann er seine Studien an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main.

Am 8. Dezember 1959 wurde Heribert Zerwes durch Bischof Dr. Wilhelm Kempf im Dom zu Limburg zum Priester geweiht. Nach einem kurzen Pastoralpraktikum in Oberursel wurde er im April 1960 zunächst als Kaplan in der Pfarrei St. Johannes der Täufer in Nauort im Westerwald eingesetzt. Weitere Kaplansstellen folgten in der Pfarrei St. Josef in Wiesbaden-Dotzheim (April 1963 bis März 1967) sowie in der Pfarrei St. Josef in Frankfurt-Eschersheim (April 1967 bis September 1968).

Zum 1. Oktober 1968 übernahm er die erste Pfarrstelle in der Pfarrei St. Vitus in Oberhöchstadt, die er bis zum 31. August 1984 innehatte. Hinzu kam ab September 1980 die Pfarrverwaltung der Pfarrei St. Michael in Mammolshain. Während dieser Zeit lebte er in Priestergemeinschaft zwei anderen Mitbrüdern im Pfarrhaus in Kronberg. Vom Vertrauen der Mitbrüder getragen wurde er für den Zeitraum von 1976 bis 1979 zum stellvertretenden Dekan des Dekanates Kronberg gewählt; zusätzlich war er ab 1981 bis zu seinem Weggang Präses der Kolpingfamilie Oberhöchstadt.

Nach 16 Jahren als Pfarrer in Kronberg-Oberhöchstadt und Pfarrverwalter in Königstein-Mammolshain übernahm er zum 1. September 1984 den Dienst des Pfarrers in den Pfarreien St. Johannes der Täufer in Waldbrunn-Lahr, St. Laurentius und St. Leonhard in Waldbrunn-Hausen und St. Maximinus in Waldbrunn-Ellar und war von 1985 bis 2005 Präses der Kolpingfamilie. Zum 1. September 2000 wurde er zum Priesterlichen Leiter des Pastoralen Raumes Waldbrunn ernannt. Schon früh erkannte er die Aufgabe, die Pfarreien zu einer Gemeinschaft zusammenzuführen, versuchte dabei aber auch, den Eigenständigkeiten der Gemeinden mit ihren gewachsenen Traditionen Rechnung zu tragen.

Schon während seines Studiums lernte er die Gemeinschaft des Opus Spiritus Sancti von Mammolshain kennen. Hier fand er eine geistliche Heimat, die ihn durch das Leben als Priester trug. Lange Zeit engagierte er sich in ihr und übernahm, solange er konnte, für die Weltpriestergemeinschaft im Opus Spiritus Sancti die Leitung für den deutschsprachigen Raum.

Zum 31. August 2005 trat Pfarrer Zerwes nach fast 46 Jahren priesterlicher Tätigkeit im Bistum Limburg in den Ruhestand. Im Dezember 2009 konnte er sein 50-jähriges Priesterjubiläum feiern und verbrachte seine letzten Lebensjahre im Altenheim St. Raphael in Königstein-Mammolshain.

Pfarrer Zerwes zeichnete sich durch persönliche Bescheidenheit und hohe Glaubwürdigkeit aus. Beharrlich und mit großer Ruhe verfolgte er seine Ziele. Im Kreis der Mitbrüder im Bezirk und in der Gemeinschaft der Mariana war er gerne gesehen und wegen seiner Beiträge zu pastoralen und theologischen Fragen geschätzt. Erholung und Kraft fand er in langen Wanderungen, in Sommer- wie in Wintermonaten.

Wir danken Herrn Pfarrer Zerwes für sein Wirken in unserem Bistum. Wir empfehlen den Verstorbenen dem Gebet der Mitbrüder und dem Gebet aller, mit denen er

aus dem Glauben heraus gelebt und für die er gewirkt hat. Das Requiem für den Verstorbenen wurde am 31. Mai 2016 in St. Michael in Königstein-Mammolshain gefeiert. Anschließend erfolgte die Beisetzung auf dem dortigen Friedhof.

Pfarrer i. R. Dr. Albrecht Bender

Am 23. Juni 2016 verstarb unsere Mitbruder Pfarrer i. R. Dr. Albrecht Bender im Alter von 88 Jahren in Sasbach-Obersasbach.

Albrecht Bender wurde am 11. September 1927 als drittes Kind seiner Eltern in Schwanheim a. Main geboren. Dort verlebte er seine Kindheit, besuchte von 1934 bis 1938 die Volksschule und wechselte 1938 auf das Kaiser-Friedrich-Gymnasium in Frankfurt am Main. Von Ostern 1944 bis Anfang September 1944 besuchte er das Staatliche Gymnasium in Fulda, konnte nach den Kriegswirren im Jahr 1947 die Reifeprüfung ablegen und begann anschließend seine Studien an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt. Am 8. März 1953 erteilte ihm Bischof Dr. Wilhelm Kempf im Limburger Dom die Priesterweihe.

Schon früh galt sein Interesse einer Aufgabe im kategorialen Bereich. Die christliche Soziallehre fand sein reges Interesse, gerne hätte er Sozialwissenschaften studiert. Aber auch für die Arbeit in der Schule konnte sich Albrecht Bender begeistern, und so wurde er – nach Kaplansstellen in Kölbingen-Möllingen (1953), Oberursel (1953 bis 1957) und am Dom zu Wetzlar (1957 bis 1961) – im Juni 1961 zum Schulpfarrer an der Lotte-Schule und am Goethe-Gymnasium in Wetzlar ernannt. Mit der Übernahme in den Staatsdienst wurde er zugleich Leiter des neu geschaffenen Religionspädagogischen Amtes für den Bezirk Wetzlar, das von ihm auf- und ausgebaut wurde. Für diese Aufgabe machte er sich, zusätzlich zu seinen übrigen Verpflichtungen, mit dem ersten und zweiten Staatsexamen und einer Promotion fachkundig. Eine Reihe seiner Schülerinnen und Schüler haben im Laufe der Zeit geistliche und kirchliche Berufe ergriffe. Mit seinem hohen Fachwissen fand er Anerkennung und Respekt: So wurde er für die Zeit von 1983 bis 1986 in das Wissenschaftliche Prüfungsamt für das Lehramt an Gymnasien in Gießen berufen und 1983 zum ersten Vorsitzenden des Verbandes katholischer Religionslehrer an Gymnasien im Bistum Limburg gewählt.

Seine soziale Einstellung fand Entsprechung darin, dass er Präses der Kolpingfamilie Wetzlar war; zeitweise übernahm er zusätzlich die Seelsorge in einem Alten-

heim und in der Hessenklinik in Wetzlar. Er kümmerte sich um die Schwestern in ABlar, die vor allem im sozialen Bereich eingesetzt waren und betreute für einen kurzen Zeitraum die Filiale Steindorf, wo sein besonderes Augenmerk den Kranken und Behinderten galt.

Nach nahezu 30 Jahren im Schuldienst übernahm Pfarrer Dr. Bender die Leitung der Katholischen Seelsorge im Nordwest-Krankenhaus in Frankfurt am Main. Schon sehr bald setzte er sich dafür ein, dass die Seelsorge die nötigen Diensträume erhielt und auch eine Kapelle errichtet wurde. Zielstrebigkeit, ein hohes Maß an Geschick und Gespür für den sensiblen Bereich der Seelsorge an den Kranken und den in der Klinik Beschäftigten zeichnete seine Arbeit aus.

Zum 1. April 1993 trat Dr. Bender in den Ruhestand und zog nach Sasbach (Ortenaukreis). Dort half er gerne weiterhin in der Seelsorge aus und konnte am 8. März 2013 sein diamantenes Priesterjubiläum feiern.

Wir danken Herrn Pfarrer i.R. Dr. Albrecht Bender für sein Wirken in unserem Bistum. Wir empfehlen den Verstorbenen dem Gebet der Mitbrüder und dem Gebet aller, mit denen er aus dem Glauben heraus gelebt und für die er gewirkt hat. Das Requiem wurde am 29. Juni 2016 in der Kuratiekirche St. Konrad in Obersasbach gefeiert. Anschließend erfolgte die Beisetzung auf dem dortigen Friedhof.

Ordinariatsrat Pfarrer i.R. Hans Wiedenbauer

Am 24. Juni 2016 verstarb unser Mitbruder Ordinariatsrat Pfarrer i.R. Hans Wiedenbauer im Alter von 86 Jahren in Hofheim/Ts. .

Hans Wiedenbauer wurde am 24. Juli 1929 in Frankfurt am Main geboren. Im Jahr 1949 legte er die Reifeprüfung ab und begann im Wintersemester 1949/1950 das Studium an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main. P. Oswald von Nell-Breuning SJ wurde in dieser Zeit ein für den jungen Studenten einflussreicher Lehrer, der das Fundament für sein späteres hohes Engagement in verschiedenen sozialen Bereichen legte.

Am 13. März 1955 empfing Hans Wiedenbauer aus den Händen von Bischof Dr. Wilhelm Kempf im Hohen Dom zu Limburg die Priesterweihe. In seiner ersten Kaplansstelle in Siershahn im Westerwald wirkte er als Religionslehrer an der Kreisberufsschule, als Dekanatsjugendseelsorger und als engagierter Diözesankaplan der CAJ-Frauenjugend. Seine zweite Kaplansstelle führte

ihn 1957 nach Königstein. Dort unterrichtete er als Religionslehrer an der St.-Angela-Schule, war wiederum als Dekanatsjugendseelsorger und zeitweise auch als Pfarrverwalter tätig. 1960 berief ihn Bischof Wilhelm als Kaplan nach Flörsheim/St. Gallus. Auch hier war ihm die Dekanatsjugendseelsorge, ebenso wie die KAB und die Kolpingfamilie, eine Herzensangelegenheit.

Zum 1. Juni 1963 wurde Hans Wiedenbauer zum Pfarrvikar der neu errichteten Pfarrvikarie St. Josef in Flörsheim ernannt und wurde nach der Erhebung zur Pfarrei zum 15. Juli 1969 ihr erster Pfarrer. Als Hirte für seine „Flörschener“, die ihm sehr ans Herz gewachsenen waren, selbständig wirken zu dürfen, war ihm eine große Freude. Mit Geschick und Augenmaß baute er auf gut gelegtem Grund die pfarrliche Seelsorge aus. Rasch erwarb er das Vertrauen der Mitbrüder und wurde 1968 zum Dekan des Dekanats Hochheim ernannt. Im gleichen Jahr übernahm er zudem die Leitung des Amtes für Katholische Religionspädagogik im Bezirk Main-Taunus. Zwei Jahre später erfolgte die Ernennung zum Bezirksdekan für den Bezirk Main-Taunus sowie Jahr 1970 zum Bezirkspräses der KAB Rhein-Main.

Im Jahr 1976 wechselte Pfarrer Wiedenbauer als Pfarrer nach Frankfurt-Höchst und wurde Präses der Höchster Kolpingfamilie und Dekan des dortigen Dekanats. 1984 stellte er sich zudem dem Diözesanverband des Kolpingwerks als Diözesanpräses zur Verfügung. Als Pfarrer von Höchst war ihm zugleich die Aufgabe anvertraut, eine Betriebsseelsorge für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der dortigen Farbwerke aufzubauen.

1980 kam eine neue und bedeutungsvolle Aufgabe auf Pfarrer Wiedenbauer zu: Der anerkannte Fachmann und erfahrene Praktiker wurde zum Leiter des Amtes für Katholische Religionspädagogik in Frankfurt bestellt. Mit einem besonderen Augenmerk widmete er sich diesem Leitungsamtsamt und brachte Fragen und Impulse der Religionspädagogik auf Bistumsebene ein. 1981 wurde er zusätzlich zum Beauftragten des Bischofs für die Teilnahme an den mündlichen Prüfungen der Lehramtskandidaten im Fach „Katholische Religion“ an der Frankfurter Universität bestellt und erhielt den Titel eines „Ordinariatsrates“.

Ein weiteres Feld eröffnete sich im Jahr 1982, als er zum Prosynodalrichter am Bischöflichen Offizialat in Limburg ernannt wurde und ab 1983 den synodalen Weg des Bistums als Vorsitzender einer Wahlprüfungskammer begleitete. Mit Sorgfalt in der Rechtspflege und der Rechtsprechung widmete er sich dieser Aufgabe, die er nicht als Herrschaft über, sondern als Dienst an den

Menschen verstand. 1993 erfolgte die Ernennung zum Diözesanrichter und kurz darauf zum Vizeoffizial. Bis ins Jahr 2001 übte er dieses anspruchsvolle Amt aus; unzählige Rechtssuchende fanden bei ihm, der eine große Menschen- und Sachkenntnis besaß, Rat und Perspektive.

Ordinariatsrat Wiedenbauer war stets bereit, zu seinen umfangreichen Tätigkeiten weitere Aufgabe zu übernehmen und dort mitzuhelfen, wo er gebraucht wurde. So war er zusätzlich Pfarrverwalter in Eddersheim (August bis Oktober 1976), in Steinbach und Oberursel-Weißkirchen (April bis August 1986) sowie in Oberursel-Stierstadt (November 1995 bis Februar 1996).

Zum 30. September 1999 trat Ordinariatsrat Wiedenbauer in den Ruhestand. Solange es seine Kräfte erlaubten, unterstützte er die ihm lieb gewordenen Pfarreien in Oberursel. Die letzten Jahre seines Lebens verbrachte er im Haus Maria-Elisabeth in Hofheim. Am 13. März des vergangenen Jahres konnte er sein diamantenes Priesterjubiläum feiern.

Wir danken Herrn Ordinariatsrat Wiedenbauer für sein Wirken in unserem Bistum. Wir empfehlen den Verstorbenen dem Gebet der Mitbrüder und dem Gebet aller, mit denen er aus dem Glauben heraus gelebt und für die er gewirkt hat. Das Requiem für den Verstorbenen wurde am 30. Juni 2016 in St. Josef in Flörsheim gefeiert. Anschließend erfolgte die Beisetzung auf dem neuen Friedhof.

Diakon Clemens Olbrich

Am 25. Juni 2016 verstarb unser Mitbruder Diakon Clemens Olbrich im Alter von 47 Jahren in Oberursel-Bommersheim.

Clemens Olbrich wurde am 20. Januar 1969 in Frankfurt am Main geboren. Im Jahr 1988 legte er am dortigen Lessing-Gymnasium das Abitur ab und leistete im Anschluss daran im Katholischen Jugendamt Frankfurt seinen Zivildienst. Das Studium begann er im Jahr 1989 an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt.

1995 trat Clemens Olbrich als Pastoralassistent in den Dienst des Bistums Limburg und war während seiner Ausbildungszeit in Frankfurt-Eschersheim/St. Josef eingesetzt. Seine erste Stelle als Pastoralreferent und Bezugsperson führte ihn 1997 in die Pfarrei Maria Rosenkranz, Seckbach, nach Frankfurt. 2003 wurde er in die Pfarrei St. Aureus und Justina nach Oberursel-Bommers-

heim versetzt und zum Pfarrbeauftragten ernannt; zugleich war er als Notfallseelsorger in Frankfurt tätig.

In den Jahren seines pastoralen Dienstes wurde für ihn zunehmend die Frage drängend, in welcher Weise er seiner Beziehung zu Christus tieferen Ausdruck geben könnte. Die Überlegungen mündeten in die Entscheidung, sich als Diakon in den Dienst nehmen zu lassen. Am 25. November 2006 spendete ihm Bischof Dr. Franz Kamphaus im Dom zu Limburg die Weihe. Fortan war er als Diakon im Hauptberuf und Pfarrbeauftragter (ab September 2010 als Bezugsperson) in Oberursel-Bommersheim und ab Januar 2012 als Diakon im Hauptberuf in der neu errichteten Pfarrei St. Ursula Oberursel-Steinbach eingesetzt. Sein seelsorgerliches Wirken war geprägt von seiner Kreativität und seiner Begabung, die Fragen unseres Glaubens gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in einer Weise zu erschließen, die vielen den Zugang zum Evangelium erleichtert hat. Getragen war er dabei von einer Spiritualität, die in der Heiligen Schrift ihre Quelle hatte; Musik und Kunst gaben ihm weitere wichtige Impulse. Für sein Gebet standen die Psalmen im Mittelpunkt.

Zum 1. Mai 2010 wurde Diakon Olbrich zum Ausbildungsreferenten für die Ständigen Diakone ernannt. In dieser Funktion entwickelte er das bestehende Konzept fort und gab wichtige Impulse für die Ausbildung. In besonderer Weise lag Diakon Olbrich die geistliche Begleitung am Herzen. Auf diesem Feld erwarb er im Laufe der Jahre zahlreiche Kompetenzen und wurde im Dezember 2011 mit dem Dienst der „Geistlichen Begleitung von Einzelnen und von Gruppen im Bistum Limburg“ auf Diözesanebene beauftragt.

Im Jahr 2014 begann für Diakon Olbrich eine Zeit, die durch schwere Krankheit und gesundheitliche Rückschläge geprägt war. Mit tiefem Gottvertrauen und großer Geduld nahm er die Krankheit an und ging den Weg des Leidens mit großer Würde, stets in der Hoffnung auf eine Heilung und getragen von seiner Familie und dem Gebet seiner zahlreichen Freunde. Auch in dieser schweren Zeit verkündete er in beeindruckender Weise mit Freude die frohe Botschaft des Lebens schaffenden und tröstenden Evangeliums und zeigte, dass dieses auch angesichts des Todes jene Quelle ist, aus der wir die Hoffnung auf ein neues Leben bei Gott schöpfen dürfen.

Wir danken Herrn Diakon Olbrich für sein Wirken in unserem Bistum. Wir empfehlen den Verstorbenen dem Gebet der Mitbrüder und dem Gebet aller, mit denen er aus dem Glauben heraus gelebt und für die er gewirkt

hat. Unsere besondere Anteilnahme gilt seiner Frau und seinen drei Kindern. Das Requiem für den Verstorbenen wird am Freitag, den 1. Juli 2016, um 10:00 Uhr in St. Aureus und Justina in Oberursel-Bommersheim gefeiert, anschließend erfolgt die Beisetzung auf dem dortigen Alten Friedhof.

Nr. 459 Dienstnachrichten

Priester

Mit Termin 1. September 2015 befristet für die Dauer des Aufbaustudiums in Sankt Georgen, längstens bis 31. Dezember 2018 wurde Vincent JIJINGI mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % im Pastoralen Raum Frankfurt Nied-Griesheim-Gallus als Priesterlicher Mitarbeiter eingesetzt.

Mit Termin 1. April 2016 wurde Pfarrer Michael PAULY zum Präses des Kolpingwerkes Bezirksverband Rheingau ernannt.

Mit Termin 24. Mai 2016 wurde P. Prise ANTONY ISch als Kaplan im Pastoralen Raum Montabaur eingesetzt.

Mit Termin 13. Juni 2016 wurde Pfarrer Marcus Walter FISCHER zum Rector ecclesiae der Kapelle im St.-Josefs-Krankenhaus, der Kapelle des Thomas-Morus-Hauses in Assmanshausen und der Marienkapelle im Marienheim in Geisenheim ernannt.

Für die Zeit vom 1. Juli 2016 bis zum 3. September 2016 wird Pfr. Franz-Heinrich LOMBERG zum Pfarrverwalter der Pfarrei St. Laurentius Nentershausen ernannt.

Mit Termin 1. Juli 2016 wird Kaplan Damian WIDERA mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % in der polnischen Gemeinde in Wiesbaden und mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % in der Pfarrei St. Peter und Paul Wiesbaden als Kaplan eingesetzt.

Mit Termin 31. Juli 2016 wird Pfarrer Rüdiger GUCKELSBERGER von der Aufgabe als Kooperator in der Pfarrei St. Laurentius Nentershausen entpflichtet.

Mit Termin 1. August 2016 tritt Pfarrer Franz-Josef HOFMANN, Altenheimseelsorger im Bezirk Main-Taunus, in den Ruhestand.

Mit Termin 15. August 2016 wird Kaplan Tobias BLECHSCHMIDT aus dem Pastoralen Raum Montabaur in die Pfarrei Maria Himmelfahrt im Taunus versetzt.

Mit Termin 15. August 2016 wird Kaplan Steffen HENRICH von der Pfarrei Maria Himmelfahrt im Taunus in den Pastoralen Raum Montabaur mit einem Auftrag für priesterliche Dienste in der Fachstelle für Jugendarbeit Westerwald/Rhein-Lahn versetzt.

Mit Termin 15. August 2016 wird P. Saju JOSEPH CMI als Pastoralpraktikant in der Pfarrei St. Peter und Paul Bad Camberg eingesetzt.

Mit Termin 15. August 2016 wird Neupriester Stefan SALZMANN als Kaplan im Pastoralen Raum Hofheim-Kriftel eingesetzt.

Mit Termin 1. September 2016 wird Kaplan Jan Gerrit ENGELMANN aus dem Pastoralen Raum Hofheim-Kriftel in die Pfarrei St. Laurentius Nentershausen versetzt.

Hauptamtliche Pastorale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mit Termin 1. Mai 2016 wurde Frau Dr. Anne KOSATZ-POMPÉ als Pastorale Mitarbeiterin mit einem Beschäftigungsumfang von 75 % in der Pfarrei St. Marien Bad Homburg-Friedrichsdorf eingesetzt.

Mit Termin 30. Mai 2016 ist Gemeindereferentin Sibylle STAUFENBIEL in den Ruhestand getreten.

Mit Termin 31. Juli 2016 scheidet Gemeindereferentin Sabine NOPPENNEY aus dem Dienst des Bistums Limburg aus und wechselt in das Bistum Speyer.

Mit Termin 31. Juli 2016 wechselt Gemeindereferentin Sylvia ZERNIG aus dem Pastoralen Raum Limburg in das Dezernat Kinder, Jugend und Familie.

Mit Termin 1. August 2016 wird Pastoralreferent Dr. Thomas HAMMER in die Klinikseelsorge am Klinikum in Frankfurt-Höchst versetzt.

Mit Termin 15. August 2016 wird Gemeindereferent Florian AHR von der Pfarrei St. Franziskus Frankfurt in die Pfarrei Mariä Himmelfahrt Hachenburg mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % versetzt.

Mit Termin 15. August 2016 wird Frau Dr. Katrin GALLEGOS SÁNCHEZ als Pastoralreferentin in der Pfarrei St. Ursula Oberursel mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % eingesetzt.

Mit Termin 15. August 2016 wurde der Gestellungsvertrag für Pastoralreferentin Sr. Mariotte HILLEBRAND

MMS durch die Leitung der Missionsärztlichen Schwestern gekündigt.

Mit Termin 15. August 2016 wird Pastoralreferent Stefan HOFER aus der Pfarrei St. Anna Braunfels in den Pastoralen Raum Frankfurt-Nied-Griesheim-Gallus mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % versetzt.

Mit Termin 15. August 2016 wird Frau Charlotte MEISTER als Gemeindereferentin im Pastoralen Raum Biedenkopf mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % eingesetzt.

Mit Termin 15. August 2015 wird Pastoralreferent Markus NEUST aus dem Pastoralen Raum Weilburg-Mengerskirchen in den Pastoralen Raum Montabaur mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % versetzt.

Mit Termin 15. August 2016 wird Pastoralreferent Jan QUIRMBACH aus der Pfarrei St. Anna Biebertal in den Pastoralen Raum Frankfurt-Nied-Griesheim-Gallus mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % versetzt.

Mit Termin 15. August 2016 wird Pastoralreferentin Svenja QUIRMBACH von der Pfarrei St. Petrus Herborn in die Pfarrei St. Franziskus Frankfurt mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % versetzt.

Mit Termin 15. August 2016 wird Frau Ilona SCHLESINGER als Gemeindereferentin im Pastoralen Raum Diez mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % eingesetzt.

Mit Termin 15. August 2016 wird Pastoralreferent Peter SCHWADERLAPP aus dem Pastoralen Raum Blasiusberg in den Pastoralen Raum Bad Schwalbach mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % versetzt.

Mit Termin 15. August 2016 wird Frau Marina THEBBE als Pastoralreferentin im Pastoralen Raum Frankfurt-West mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % eingesetzt.

Mit Termin 15. August 2016 wird Herr Michael WIESEL als Pastoralreferent in der Pfarrei St. Anna Biebertal mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % eingesetzt.

Mit Termin 31. August 2016 wechselt Gemeindereferent Jörg Harald WERRON aus der Pfarrei St. Josef Frankfurt mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % zum punctum in Frankfurt.

Mit Termin 1. September 2016 werden als Gemeindeassistentinnen mit einem Beschäftigungsumfang von jeweils 100 % eingesetzt: Frau Eva-Maria ROHRBACHER im Pastoralen Raum Schwalbach-Eschborn und Frau Divya WAGENKNECHT in der Pfarrei St. Peter und Paul Bad Camberg.

Mit Termin 1. September 2016 werden als Pastoralassistentinnen mit einem Beschäftigungsumfang von jeweils 100 % eingesetzt: Frau Marika JULUKHADZE in der Pfarrei St. Bonifatius Wiesbaden, Frau Géraldine SCHÖN im Pastoralen Raum Diez, Frau Angelika POHL im Pastoralen Raum Montabaur und Frau Hanna SCHÄFER in der Pfarrei St. Franziskus Kelkheim.

Mit Termin 1. September 2016 verlässt Pastoralreferent Dr. Matthias BRAUNWARTH die Pfarrei St. Franziskus Kelkheim und wird als Bezirksreferent für den Bezirk Main-Taunus eingesetzt.

Mit Termin 1. September 2016 wechselt Pastoralreferent Daniel DERE aus der Pfarrei St. Ursula Oberursel als Leiter in die Fachstelle für Jugendarbeit Hochtaunus.

Mit Termin 1. September 2016 wird Pastoralreferentin Isabell TRAUTMANN während der Elternzeit mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % von der Pfarrei St. Martin Hattersheim in die Pfarrei St. Franziskus Kelkheim versetzt.

Mit Termin 30. September 2016 scheidet Gemeindereferentin Daniela LUKACIC aus dem Dienst des Bistums Limburg aus und wechselt zum Caritasverband Hochtaunus.

Mit Termin 15. Oktober 2016 wird Gemeindereferentin Jasmin JUNG vom Pastoralen Raum Rennerod in den Pastoralen Raum Limburg mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % versetzt.



Nr. 460	Neuer Bischof von Limburg	531	Nr. 464	Ordnung für die Wahl des Rates der Pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bistum Limburg	534
Nr. 461	Erwähnung des ernannten Bischofs in der Liturgie	532			
	Der Apostolische Administrator			Bischöfliches Ordinariat	
Nr. 462	Satzung des Beirats „Willkommenskultur für Flüchtlinge“	532	Nr. 465	Änderung der Richtlinie „Messstipendien und gottesdienstliche Stiftungen“ vom 28. Mai 2002	534
Nr. 463	Ordnung für den Rat der Pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bistum Limburg	532	Nr. 466	Handreichung für die Gestaltung der Firmgottesdienste	535
			Nr. 467	Dienstnachrichten	536

Nr. 460 Neuer Bischof von Limburg

Hiermit gebe ich dem Klerus und allen Gläubigen des Bistums Limburg bekannt:

Unser Heiliger Vater Papst Franziskus hat mit heutigem Datum aufgrund der Wahl des Limburger Domkapitels den Trierer Generalvikar

Domkapitular Msgr. Dr. theol. Georg Bätzing

zum neuen Bischof von Limburg ernannt. Die Bischofsweihe und Amtseinführung finden statt am Sonntag, den 18. September 2016, um 15:00 Uhr im Hohen Dom zu Limburg. Der Wahlspruch des künftigen Bischofs lautet: „Congrega in unum“ – „Führe zusammen“.

Georg Bätzing wurde am 13. April 1961 in Kirchen geboren und wuchs in Niederfischbach an der Sieg, der sogenannten Trierischen Insel im Westerwald (Kreis Altenkirchen), nicht weit von der Limburger Bistumsgrenze, auf. Nach dem Studium der Philosophie und Theologie in Trier und Freiburg wurde er im Jahr 1987 von Bischof Hermann Josef Spital zum Priester geweiht. Als Kaplan wirkte er an der Wallfahrtskirche Maria Heimsuchung in Klausen und in der Pfarrei St. Josef in Koblenz, ehe er im Jahr 1990 als Subregens die stellvertretende Leitung des Bischöflichen Priesterseminars in Trier übernahm. Im Jahr 1996 wurde er mit einer dogmatischen Arbeit mit dem Titel „Kirche im Werden“ von der Theologischen Fakultät der Universität Trier zum Doktor der Theologie promoviert.

Als Regens war Dr. Georg Bätzing von 1996 bis Januar 2010 für die Priesterausbildung im Bistum Trier verantwortlich und leitete das dortige Priesterseminar. Papst Benedikt XVI. ernannte ihn im Jahr 2005 zum Monsignore. Im November 2007 berief ihn der damalige Bischof von Trier, Dr. Reinhard Marx, zum Leiter der Heilig-Rock-Wallfahrt. Am 6. Dezember 2009 wurde er Mitglied des Trierer Domkapitels.

Seit dem 1. November 2012 leitet er als Generalvikar das Bischöfliche Generalvikariat in Trier.

Limburg, 1. Juli 2016

Prälat Dr. Günther Geis
Domdekan

Nr. 461 Erwähnung des ernannten Bischofs in der Liturgie

Bis zur Weihe und Amtseinführung des neuen Diözesanbischofs am 18. September 2016 wird weiterhin der Apostolische Administrator im Hochgebet erwähnt (vgl. Amtsblatt 2014, S. 57).

Für den künftigen Bischof soll in den Fürbitten gebetet werden: „Für den ernannten Bischof Georg.“

Der Apostolische Administrator

Nr. 462 Satzung des Beirats „Willkommenskultur für Flüchtlinge“

§ 1

Zur Unterstützung des Bischofs in allen Fragen der Willkommenskultur für Flüchtlinge wird ein Beirat eingesetzt.

§ 2

- (1) Geborene Mitglieder des Beirats sind:
 - der Generalvikar,
 - die/der Beauftragte für die Willkommenskultur,
 - die/der Direktor/in des Diözesancharitasverbandes.
- (2) Nach Anhörung in der Dezentralen Konferenz kann der Generalvikar im Auftrag des Bischofs weitere Mitglieder berufen. Die Bezirksebene muss dabei Berücksichtigung finden.
- (3) Geborene Mitglieder und weitere Mitglieder haben Antrags-, Rede- und Stimmrecht.
- (4) Die Mitglieder können sich vertreten lassen. Die Vertreter haben Antrags- und Rederecht. Die Vertretungsbefugnis ist dem Vorsitzenden spätestens zu Beginn der Sitzung schriftlich nachzuweisen und zum Protokoll zu nehmen.

§ 3

- (1) Der Beirat befasst sich mit folgenden Angelegenheiten und führt hierzu Beschlüsse im Rahmen der bereitgestellten Mittel und im Rahmen der geltenden Statuten und Richtlinien, insbesondere der Haushaltsordnung des Bistums Limburg (HOBL) und den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften und unbeschadet Recht Dritter, herbei:

1. Fachstellen für die Willkommenskultur für Flüchtlinge
2. Ehrenamt
3. Politische Anwaltschaft
4. Öffentlichkeitsarbeit
5. Wohnraum

- (2) Der Beirat soll für die Verwendung für die bereitgestellten Mittel jahresbezogene Planungen erstellen, die der Generalvikar in das Beratungsverfahren des Haushalts des Bistums Limburg einbringt. Beschlüsse ab einer Mittelvergabe oder einer entsprechenden Verpflichtung von 100.000,- € bedürfen der Zustimmung der Finanzkammer des Bischöflichen Ordinariates.

- (3) Der Beirat kann für bestimmte Aufgaben Arbeitsgruppen oder Ausschüsse bilden.

§ 4

Der Beirat tagt in der Regel fünf Mal im Jahr.

§ 5

Der Beirat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Die Beschlüsse erlangen Gültigkeit durch die Unterzeichnung des hierüber zu erstellenden Protokolls durch den Generalvikar. Näheres regelt die Geschäftsordnung.

§ 6

Die Satzung tritt mit Wirkung zum 1. Juli 2016 in Kraft. Die Satzung wird durch den Apostolischen Administrator in Kraft gesetzt.

Limburg, 20. Juni 2016
Az.: 216A/52639/16/18/1

+ Weihbischof Manfred Grothe
Apostolischer Administrator

Nr. 463 Ordnung für den Rat der Pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bistum Limburg

§ 1

Für die Etablierung einer verbindlichen, institutionellen Form des Kontaktes des Diözesanbischofs mit Vertretern der Hauptamtlichen Pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Gemeindereferentinnen und Gemeindereferenten sowie Pastoralreferentinnen und Pastoralreferenten im pfarrlichen wie auch kategorialen Einsatz) wird im Bistum Limburg ein Rat der Pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt.

§ 2

Im Rat der Pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bespricht der Diözesanbischof mit den Gemeinde- und Pastoralreferentinnen sowie -referenten Fragen ihres Dienstes und des kirchlichen Lebens.

§ 3

Mit der Einsetzung des Rates der Pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird keine Parallelstruktur zu Beteiligungsrechten und Zuständigkeiten auf Ebene der Mitarbeitervertretung oder zu den synodalen Gremien geschaffen. Daher sind Materien, die der Anhörung mit Mitberatung der zuständigen MAV unterliegen, als Gesprächsgegenstände der MAV zu betrachten und dort zu verorten.

§ 4

Die bisherigen Vertretungs- und Kommunikationsstrukturen bestehen weiter:

- Berufsverband der Pastoralreferent/innen und Pastoralassistent/-innen
- Bezirkssprecher/-innen der Gemeindereferent/-innen
- Studenttag der Hauptamtlichen Pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

§ 5

Dem Rat der Pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehören an:

- 6 Personen aus dem Kreis der Gemeindereferentinnen und -referenten;
 - davon 2 Mitglieder aus dem Kreis der BezirkssprecherInnen (Vorsitzende bzw. Vorsitzender und Stellvertreterin bzw. Stellvertreter)
- sowie 4 Personen durch direkte Wahl aller Gemeindereferentinnen und -referenten davon
 - 3 Gemeindereferentinnen bzw. -referenten im pfarrlichen Einsatz,
 - 1 Gemeindereferentin bzw. -referent aus dem Bereich der Kategorialeseelsorge
- 6 Personen aus dem Kreis der Pastoralreferentinnen und -referenten;
 - davon 2 Mitglieder aus dem Vorstand des Berufsverbandes
 - sowie 4 Personen durch direkte Wahl aller Pastoralreferentinnen und -referenten

davon

- 3 Pastoralreferentinnen bzw. -referenten im pfarrlichen Einsatz,

- 1 Pastoralreferentin bzw. -referent aus dem Bereich der Kategorialeseelsorge.

- Die Mitgliedschaft der Vertreterinnen bzw. Vertreter erlischt, wenn die Wählbarkeitsvoraussetzungen gemäß der Wahlordnung für den Rat der Pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mehr erfüllt sind.

- An den Sitzungen des Rates der Hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen teil der Diözesanbischof, der Generalvikar, die Dezenten Personal sowie Pastorale Dienste des Bischöflichen Ordinariates, die Diözesanreferentinnen bzw. Diözesanreferenten. Themenbezogen können Gäste eingeladen werden. Den Vorsitz hat der Diözesanbischof.

§ 6

Die Amtsdauer des Rates der Pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beträgt vier Jahre, angelehnt an die Amtszeit der synodalen Gremien im Bistum Limburg.

§ 7

Der Rat der Pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tritt in der Regel zu jährlich zwei Sitzungen zusammen. Die Einladung erfolgt durch den Generalvikar.

§ 8

Die Geschäftsführung liegt bei den Diözesanreferentinnen bzw. Diözesanreferenten, diese sind auch für die Erstellung eines Ergebnisprotokolls wie für die Sammlung von Beratungsgegenständen zuständig. Das Protokoll erhalten über die zu den Sitzungen des Rates der Pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Eingeladenen hinaus alle Hauptamtlichen Pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Mitglieder der Dezentenkonferenz, die Mitglieder des Vorstandes des Diözesansynodalrates und der Sprecher des Priesterrates.

§ 9

Die Moderation der Sitzungen wird für die jeweils folgende Sitzung vereinbart.

§ 10

Die vorstehende Ordnung wird mit Termin 15. Juli 2016 ad experimentum in Kraft gesetzt. Mit der erstmaligen Konstituierung des Rates der Pastoralen Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter wird das bisherige „Gespräch der Ämter und Dienste“ aufgehoben.

Limburg, 1. Juli 2016
Az.: 565R/36904/16/01/2

+ Weihbischof Manfred Grothe
Apostolischer Administrator

Nr. 464 Ordnung für die Wahl des Rates der Pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bistum Limburg

Die Wahl der jeweils 4 dazugewählten Gemeinde- bzw. Pastoralreferentinnen bzw. -referenten (vgl. § 5 der Ordnung für den Rat der Pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) wird in Form der Briefwahl wie folgt vorgenommen:

1. Aktiv wahlberechtigt für die jeweilige Berufsgruppe sind alle Personen, die qua Ausbildung und Ausendung als Gemeinde- resp. Pastoralreferentinnen bzw. -referenten im Dienst des Bistums stehen.
2. Wählbar für die jeweilige Berufsgruppe sind alle aktiv Wahlberechtigten.
3. Die 3 Kandidatinnen bzw. Kandidaten aus dem pfarrlichen Einsatz sowie die 1 Kandidatin bzw. der Kandidat aus der Kategorialseelsorge mit den meisten Stimmen sind gewählt.
4. Für die Wahl der Vertreter der jeweiligen Berufsgruppe wird ein Wahlvorstand gebildet. Der Wahlvorstand fordert die Wahlberechtigten mit Fristsetzung zur Benennung von Kandidatinnen und Kandidaten auf, erstellt die Liste der Kandidatinnen und Kandidaten, stellt den Wahlberechtigten die Briefwahlunterlagen zu und ist für die Auszählung der Stimmzettel wie die Feststellung des Ergebnisses zuständig.
 - a. Für die Berufsgruppe der Pastoralreferentinnen und -referenten wird der Wahlvorstand gebildet aus der Diözesanreferentin bzw. dem Diözesanreferenten für Pastoralreferentinnen und Pastoralreferenten im Gemeindedienst sowie die 2 entsendeten Vertreterinnen bzw. Vertreter aus dem Vorstand des Berufsverbands.
 - b. Für die Berufsgruppe der Gemeindereferentinnen und -referenten wird der Wahlvorstand gebildet aus der Diözesanreferentin bzw. dem Diözesanreferenten für Gemeindereferentinnen und Gemeindereferenten im Gemeindedienst sowie die 2 entsendeten Vertreterinnen bzw. Vertreter aus dem Kreis der Bezirkssprecherinnen bzw. -sprecher.

5. Die vorstehende Ordnung wird mit Termin 15. Juli 2016 ad experimentum in Kraft gesetzt.

Limburg, 1. Juli 2016
Az.: 565R/36904/16/01/2

+ Weihbischof Manfred Grothe
Apostolischer Administrator

Bischöfliches Ordinariat

Nr. 465 Änderung der Richtlinie „Messstipendien und gottesdienstliche Stiftungen“ vom 28. Mai 2002

Die Richtlinie „Messstipendien und gottesdienstliche Stiftungen“ vom 28. Mai 2002 (vgl. Amtsblatt des Bistums Limburg 2002, S. 39–40) wird wie folgt geändert:

1. Abschnitt „I. Allgemeine Bestimmungen“, Punkt 5:

Nach dem Wort „Priesterausbildung“ wird eingefügt: „(Theologenfonds)“.
2. Abschnitt „II. Gottesdienstliche Stiftungen“:
 - a. Punkt 1 wird ersetzt durch:

„1. Das Stiftungsverzeichnis der jeweiligen Kirchengemeinde wird als führendes Stiftungsverzeichnis definiert. Gottesdienstliche Stiftungen können wie bisher bei der Kirchengemeinde errichtet werden, jedoch darf nur eine Annahme erfolgen, wenn die Erfüllung der daraus resultierenden Verpflichtungen während der Stiftungsdauer auch gewährleistet werden können. Ob diese Gewährleistung möglich ist, liegt im Ermessen des zuständigen Pfarrers vor Ort und ist daher – seitens des Pfarrbüros – mit diesem abzustimmen.“
 - b. Punkt 2 wird ersetzt durch:

„2. Stiftungen können nur noch auf die Dauer von zehn Jahren errichtet werden.“
 - c. Punkt 3 d) wird ersetzt durch:

„d) bei Grundstücksstiftungen: Hierbei ist vorab eine Abstimmung mit dem Rentamt notwendig. Dieses stellt mit einem Ausdruck aus dem Inventarverzeichnis fest, ob der Grundstückswert (Anzahl der m² multipliziert mit dem Grundstückssatz) für die notwendige Stiftungssumme ausreichend ist.“

- d. Punkt 5 wird ersetzt durch:

„5. Nach Vorlage der kirchenaufsichtsbehördlichen Genehmigung ist die Stiftung im Pfarrbüro in das entsprechende Stiftungsverzeichnis einzutragen. Das Stiftungskapital fließt generell in den Pfarrfonds, bei nicht vorhandenem Pfarrfonds in den Kirchenfonds.

Auf Beginn und Ende der Laufzeit ist zu achten, besonders wenn es sich um den Stiftungsbeginn erst nach dem Tod des Stifters handelt, der dem Bischöflichen Ordinariat umgehend mitzuteilen ist.

Weiterhin ist in der Kirchengemeinde über die Persolvierung der Stiftungsmessen ein Verzeichnis zu führen und die Übernahme in die jährliche Gottesdienstordnung sicherzustellen.“

- e. Punkt 6 wird ersetzt durch:

„6. Seitens des Pfarrbüros erfolgt jährlich im Monat Oktober eine Meldung an das zuständige Rentamt zur Abrechnung der Anzahl der zu berücksichtigenden hl. Messen (mit bzw. ohne Orgelspiel) einschließlich der Benennung der betroffenen Mitarbeiter/innen.“

- f. Es wird ein neuer Punkt 7 eingefügt:

„7. Nach letzter hl. Messe (mit bzw. ohne Orgelspiel) ist das Stiftungsende anhand einer Kopie des Persolvierungsverzeichnisses an das zuständige Rentamt zu melden. Weiterhin ist eine Berichtigung des Stiftungsverzeichnisses erforderlich.“

3. Abschnitt III. Festsetzung für Messstipendien

- a. Punkt 1 wird ersetzt durch:

„1. Das Messstipendium für eine hl. Messe mit Orgelspiel beträgt € 6,-- und wird wie folgt aufgeteilt: Kirchengemeinde: € 1,50. Der Kirchengemeinde fließt dieser Betrag ausschließlich zweckgebunden für kirchliche und caritative Zwecke zu und wird gemäß § 1 KVVG vom Verwaltungsrat verwaltet. Organist: € 2,50, Küster: € 1,50, Messdienerkasse: € 0,50.“

- b. Punkt 2 wird ersetzt durch:

„2. Das Messstipendium für eine hl. Messe ohne Orgelspiel beträgt € 3,50 und wird wie folgt aufgeteilt: Kirchengemeinde: € 1,50. Der Kirchengemeinde fließt dieser Betrag ausschließlich zweckgebunden für kirchliche und caritative Zwecke zu und wird gemäß § 1 KVVG vom Verwaltungsrat verwaltet. Küster: € 1,50, Messdienerkasse: € 0,50. Dasselbe gilt für private Zelebrationen, soweit Küster und Ministranten anwesend sind.“

4. Abschnitt IV. Festsetzung der Stipendien für Stiftungsmessen

- a. Punkt 1 wird ersetzt durch:

„1. Für eine gestiftete hl. Messe ohne Orgelspiel ist eine Stiftungssumme von € 130,00 zu entrichten.“

- b. Punkt 2 wird ersetzt durch:

„2. Für eine gestiftete hl. Messe mit Orgelspiel ist eine Stiftungssumme von € 205,00 zu entrichten.“

- c. Punkt 3 wird ersatzlos gestrichen.

5. Inkrafttreten

Die vorstehenden Änderungen treten zum 1. Januar 2017 in Kraft.

Limburg, 15. Juli 2016
Az.: 308A/16524/16/02/1

Wolfgang Rösch
Ständiger Vertreter des
Apostolischen Administrators

Nr. 466 Handreichung für die Gestaltung der Firmgottesdienste

Für die Vorbereitung und Gestaltung der Firmgottesdienste im Bistum Limburg wurde von einer Arbeitsgruppe aus haupt- und ehrenamtlichen Vertreterinnen und Vertretern der mit der Firmvorbereitung befassten Gruppen eine Handreichung durch das Dezernat Pastorale Dienste erarbeitet.

Der Apostolische Administrator hat diese nach Beratung im Priesterrat und Rückmeldung aus den pastoralen Berufsgruppen bestätigt, sie wird nun veröffentlicht.

Nr. 467 Dienstinrichten

Priester

Mit Termin 13. Juni 2016 bis zum 31. Mai 2021 hat der Apostolische Administrator Pfarrer Rolf GLASER zusätzlich zum Ständigen Vertreter des Bischöflichen Kommissars (Stadtdekans) im Bezirk Frankfurt ernannt.

Hauptamtliche Pastorale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mit Termin 1. Juli 2016 wird Pastoralreferentin Simone GERLITZKI mit einem Beschäftigungsumfang von 25 % in der Messeseelsorge in Frankfurt a. M. eingesetzt.

Mit Termin 15. Juli 2016 wird Herr Hubertus PANTLEN von der Klinikseelsorge an den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken in Wiesbaden als Pastoraler Mitarbeiter in die Pfarrei St. Franziskus Frankfurt mit dem Schwerpunkt Altenheimseelsorge versetzt.



Der Apostolische Administrator			
Nr. 537	Aufruf der deutschen Bischöfe zum Caritas-Sonntag 2016	539	
Nr. 538	Vertrag zwischen den Bistümern Fulda, Limburg, Mainz und Trier über die Fortführung des Theologisch-Pastoralen Instituts für berufsbegleitende Bildung	540	
Nr. 539	Statut des Theologisch-Pastoralen Instituts	541	
Nr. 540	Beschluss der KODA vom 2. Juni 2016: § 10 AVO – Regelmäßige Arbeitszeit und Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage	543	
Nr. 541	Beschluss der KODA vom 2. Juni 2016: § 16e AVO – Allgemeine Regelungen zu den Stufen	543	
Nr. 542	Beschluss der KODA vom 2. Juni 2016: § 36 AVO – Beendigung des Arbeitsverhältnisses	544	
Nr. 543	Beschluss der KODA vom 2. Juni 2016: § 33 AVO – Erholungsurlaub, Anlage 2 zur AVO, § 15 OzÜ Urlaub	544	
Nr. 544	Beschluss der KODA vom 2. Juni 2016: Anlage 22 zu AVO – Vergütungsrichtlinien für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im kirchlichen Dienst im Bistum Limburg, Besondere Vergütungsrichtlinien: VR 14 Hausmeister in nichtpfarrlichen Dienststellen, VR 15 Hausmeister in pfarrlichen Dienststellen	545	
Nr. 545	Beschluss der KODA vom 2. Juni 2016: Anlage 22 zu AVO – Vergütungsrichtlinien für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im kirchlichen Dienst im Bistum Limburg, VR 26 Beschäftigte in der Verwaltung von Kindertageseinrichtungen der katholischen Kirchengemeinden	546	
Nr. 546	Beschluss der KODA vom 2. Juni 2016: Anlage 33/1 zur AVO – Bereitschaftsentgelt	546	
Bischöfliches Ordinariat			
Nr. 547	Hinweise zur Durchführung der mission-Aktion zum Sonntag der Weltmission 2016	546	
Nr. 548	Kollekte in den Gottesdiensten an Allerseelen	547	
Nr. 549	Gedenktag des Hl. Johannes XXIII.: Einlegeblätter für Mess- und Stundenbuch	547	
Nr. 550	Tage für Ehejubilare 2017	548	
Nr. 551	Druckschriften und Broschüren des Sekretariates der Deutschen Bischofskonferenz	548	
Nr. 552	Fortbildungsangebote des Theologisch-Pastoralen Instituts in Mainz	548	
Nr. 553	Warnung	548	
Nr. 554	Totenmeldungen	548	
Nr. 555	Dienstnachrichten	550	

Der Apostolische Administrator

Nr. 537 Aufruf der deutschen Bischöfe zum Caritas-Sonntag 2016

Liebe Schwestern und Brüder!

Am nächsten Sonntag begehen wir den diesjährigen Caritas-Sonntag.

In diesem Jahr beschäftigt sich die Caritas besonders mit der Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

Alle Prognosen gehen davon aus, dass die Zahl junger Menschen in unserer Gesellschaft zurückgehen wird, während die Zahl der älteren Menschen deutlich steigt. Das Verhältnis der Generationen wird sich verändern. Was bedeutet es für eine Gesellschaft, wenn immer mehr ältere und immer weniger junge Menschen zusammenleben? Wie wirkt sich das auf die Situation von Kindern und Jugendlichen aus und was bedeutet es für die Versorgung bei Krankheit und Pflege der älteren Generation?

Die Caritas stellt bei ihrer Kampagne dazu Kinder in den Mittelpunkt. „Kann die junge Generation künftige

Lasten stemmen?“ ist auf einem Plakat zu lesen, auf dem ein kleines Mädchen eine Hantel stemmt. „Muss die nächste Generation für zwei arbeiten?“ fragt ein kleiner Junge, der einen Gabelstapler zieht. „Wie schweißen wir alle Generationen für eine gute Zukunft zusammen?“ fragen ein Mädchen und ein Junge, die vor einer Werkbank stehen.

Auch in den Pfarrgemeinden sind die Auswirkungen des demografischen Wandels spürbar. Die Antworten darauf sind nicht leicht, sie bieten aber auch die Chance, Neues zu wagen. Die Caritas fordert dazu auf, sich für Generationengerechtigkeit stark zu machen. Alle sind eingeladen, sich mit ihren Ideen und ihren Erfahrungen für ein gutes Miteinander der Generationen einzusetzen.

Die Kollekte des Caritas-Sonntags ist für die vielfältigen Anliegen der Caritas in unseren Pfarrgemeinden und der Diözese bestimmt. Bitte unterstützen Sie durch Ihre Gabe die Arbeit der Caritas. Wir danken Ihnen dafür sehr herzlich.

Berlin, 21. Juni 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Für das Bistum Limburg Apostolischer Administrator

Dieser Aufruf soll am Sonntag, dem 11. September 2016, auch am Vorabend, in allen Gottesdiensten verlesen werden.

Limburg, 18. Juli 2016 Wolfgang Rösch
Az.: 359S/45843/16/02/1 Ständiger Vertreter des
Apostolischen Administrators

Nr. 538 Vertrag zwischen den Bistümern Fulda, Limburg, Mainz und Trier über die Fortführung des Theologisch-Pastoralen Instituts für berufsbegleitende Bildung

1.

Die Bistümer Fulda, Limburg, Mainz und Trier führen ab dem 01. Januar 2016 gemeinsam das am 26. Oktober 1970 gegründete Theologisch-Pastorale Institut fort.

2.

Die Kosten des Theologisch-Pastoralen Instituts werden von den vertragschließenden Diözesen nach einem Verteilerschlüssel getragen, der im jährlichen Haushaltsplan festzulegen ist. Er ist zu 75 % auszurichten an der Zahl der Priester, der Ständigen Diakone sowie der Pastoral-

und Gemeindereferenten der Trägerdiözesen gemäß der jährlichen Erhebung statischer Eckdaten des Referates Statistik der Deutschen Bischofskonferenz und zu 25 % an der Zahl der realen Teilnehmer aus den Trägerdiözesen.

3.

Für das Theologisch-Pastorale Institut gilt das beigefügte Statut. Es ist Bestandteil dieses Vertrages.

Für eine Änderung sind ausschließlich die Ordinarien der Trägerdiözesen zuständig.

4.

Der Anstellungsträger stellt in dem jeweiligen Arbeitsvertrag bzw. beamtenrechtlich sicher, dass der Angestellte bzw. Beamte seine uneingeschränkte Versetzungsbereitschaft innerhalb der vertragschließenden Bistümer erklärt.

5.

Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Jede der vertragschließenden Diözesen ist berechtigt, sie nach fünf Jahren mit einer Frist von zwei Jahren zum Ende eines Kalenderjahres zu kündigen.

Wird zu diesem Zeitpunkt nicht gekündigt, so ist danach eine Kündigung mit zweijähriger Frist möglich.

Über die als Folge der Kündigung erforderliche vermögensrechtliche Abwicklung wird eine besondere Vereinbarung getroffen. Dabei sind die von der kündigenden Diözese erbrachten Anteile an der Gesamtfinanzierung des Theologisch-Pastoralen Instituts und fortlaufende Personalkosten, die sich aus der Anstellung eines Mitarbeiters des Theologisch-Pastoralen Instituts ergeben, zu berücksichtigen.

6.

Dieser Vertrag tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.

Fulda und Limburg, 18. und 19. Dezember 2015

- + Heinz Josef Algermissen, Bischof von Fulda
- + Weihbischof Manfred Grothe,
Apostolischer Administrator des Bistums Limburg
- + Karl Kardinal Lehmann, Bischof von Mainz
- + Dr. Stephan Ackermann, Bischof von Trier

Nr. 539 Statut des Theologisch-Pastoralen Instituts

I. Das Institut, seine Träger, Aufgaben, Leitung und Organe

§ 1 – Das Institut und seine Träger

1. Das Theologisch-Pastorale Institut ist das gemeinsame Institut der Bistümer Fulda, Limburg, Mainz und Trier zur Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Pastoral.
2. Träger des Instituts sind die Bistümer Fulda, Limburg, Mainz und Trier.
3. Das Institut hat seinen Sitz in Mainz.

§ 2 – Aufgaben

1. Das Theologisch-Pastorale Institut dient der Fortbildung der Priester, der Ständigen Diakone, der Pastoralreferentinnen und Pastoralreferenten, der Gemeindereferentinnen und Gemeindereferenten und anderer in der Pastoral Tätiger.
2. Fortbildung im Sinne dieses Statuts umfasst Bildungsmaßnahmen, die unmittelbar für die ausgeübte Tätigkeit qualifizieren, zur besseren Ausübung des Dienstes befähigen oder auf die Übernahme neuer bzw. anderer Aufgaben vorbereiten.
3. Die Aufgaben des TPI umfassen
 - a. auf überdiözesaner Ebene Fortbildungsmaßnahmen für die in der allgemeinen Pastoral Tätigen;
 - b. auf überdiözesaner Ebene Fortbildungsmaßnahmen für die in der kategorialen Seelsorge Tätigen;
 - c. auf diözesaner Ebene Fortbildungsmaßnahmen im Auftrag einzelner Trägerdiözesen.
4. Das Theologisch-Pastorale Institut kooperiert mit den Einrichtungen für die Ausbildung und für die Berufseinführung der pastoralen Berufe im Bereich der Trägerdiözesen. Es hält engen Kontakt zu den Verantwortlichen für den Personaleinsatz und die Personalentwicklung sowie zu den Unterstützungssystemen (Gemeindeberatung, Supervision, Geistliche Begleitung) in den Trägerdiözesen.

§ 3 – Leitung

1. Die Bischöfe von Fulda, Limburg, Mainz und Trier delegieren aus ihrer Mitte einen Bischof, der ihre Verantwortlichkeiten gegenüber dem Theologisch-

Pastoralen Institut wahrnimmt, und einen Stellvertreter.

2. Der delegierte Bischof

- a. Der delegierte Bischof spricht die Ernennung des Leiters des Theologisch-Pastoralen Instituts gemäß § 3, Nr. 3 a, und der Dozenten gemäß § 10, Nr. 1 dieses Statuts aus.
- b. Er leitet die gemeinsamen Sitzungen der Organe des Theologisch-Pastoralen Instituts oder er beauftragt damit einen Stellvertreter.
- c. Er erhält die Einladungen und die Sitzungsprotokolle des Verwaltungsrates.

3. Der Leiter des Theologisch-Pastoralen Instituts

- a. Der Leiter des Theologisch-Pastoralen Instituts wird vom delegierten Bischof nach Anhörung der Diözesanvertreter im Verwaltungsrat sowie der Dozenten ernannt (vgl. § 6, Nr. 6; § 10, Nr. 2).
- b. Seine Amtszeit beträgt fünf Jahre. Die Wiederernennung ist möglich.
- c. Er repräsentiert im Einvernehmen mit dem delegierten Bischof das Theologisch-Pastorale Institut nach außen.
- d. In Abstimmung mit dem Verwaltungsrat sorgt er für die kritische Begleitung und Weiterentwicklung des Instituts. Prüfaufträge an Experten zu spezifischen Fragestellungen, die die Arbeit des Instituts betreffen, sind hierzu ein wichtiges Instrument. Näheres regelt die Geschäftsordnung des Verwaltungsrates.
- e. Er bestimmt die Richtlinien für die Arbeit des Theologisch-Pastoralen Instituts in inhaltlicher und didaktischer Hinsicht.
- f. Er gehört dem Verwaltungsrat an.
- g. Er hat die Dienst- und Fachaufsicht über die Dozenten und über die Verwaltungsangestellten in der Geschäftsstelle und leitet deren Arbeit.
- h. Er kann aus wichtigem Grund vom delegierten Bischof im Einvernehmen mit den Bischöfen der Trägerdiözesen und nach Anhörung der Diözesanvertreter im Verwaltungsrat jederzeit abberufen werden.

§ 4 – Organe des Theologisch-Pastoralen Instituts

1. Das Theologisch-Pastorale Institut hat folgende Organe:
 - a. Den Verwaltungsrat,
 - b. das Dozententeam.

2. Gemeinsame Sitzungen

- a. Mindestens einmal im Jahr findet eine gemeinsame Sitzung der Organe des Theologisch-Pastoralen Instituts unter dem Vorsitz des delegierten Bischofs oder seines Stellvertreters statt.
- b. Im Einvernehmen mit dem delegierten Bischof lädt der Leiter des Theologisch-Pastoralen Instituts unter Einhaltung einer Ladungsfrist von vier Wochen mit Angabe der Tagesordnung schriftlich dazu ein.
- c. Näheres regelt die Geschäftsordnung des Verwaltungsrates.
- d. Die Einladungen zu den Sitzungen sowie die Protokolle erhalten (neben den unmittelbar Beteiligten) die Bischöfe der Trägerdiözesen.

3. Sitzungen der einzelnen Organe

Neben den gemeinsamen Sitzungen arbeiten die Organe des Theologisch-Pastoralen Instituts auch in je eigenen Sitzungen.

II. Der Verwaltungsrat

§ 5 – Die Mitglieder des Verwaltungsrats

1. Der Verwaltungsrat hat fünf Mitglieder. Ihm gehören an:
 - a. Die von den Ordinarien der Trägerdiözesen entsandten Diözesanvertreter, in der Regel die für die Fortbildung Verantwortlichen;
 - b. der Leiter des Theologisch-Pastoralen Instituts.
2. Die Mitglieder des Verwaltungsrates wählen für die Dauer von fünf Jahren aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden. Zum Vorsitzenden kann nur ein Diözesanvertreter gewählt werden.
3. Der entsendende Ordinarius kann einen Diözesanvertreter jederzeit abberufen und einen neuen Diözesanvertreter benennen.

§ 6 – Die Aufgaben des Verwaltungsrats

1. Die Diözesanvertreter bringen Vorschläge für Fortbildungsmaßnahmen des Theologisch-Pastoralen Instituts im Verwaltungsrat ein.
2. Der Verwaltungsrat beschließt das Veranstaltungsprogramm des Instituts nach Beratung mit dem Dozententeam. Dabei sind die von den einzelnen

Trägerdiözesen selbst angebotenen Fortbildungsmaßnahmen zu berücksichtigen.

3. Er beschließt den jährlichen Haushalts- und Stellenplan.
4. Er legt die geprüfte Jahresrechnung den Trägerdiözesen vor.
5. Er nimmt den vom Dozententeam erstellten und vom Leiter des Theologisch-Pastoralen Instituts vorgelegten Jahresbericht an und wertet ihn aus.
6. Er erarbeitet Vorschläge für die Ernennung des Leiters des Theologisch-Pastoralen Instituts und legt sie dem delegierten Bischof vor (vgl. § 3 a).
7. Er wirkt bei der Anstellung von Dozenten durch eine Trägerdiözese einvernehmlich mit.

§ 7 – Sitzungen des Verwaltungsrats

1. Sitzungen des Verwaltungsrats finden bei Bedarf, mindestens jedoch zweimal im Jahr statt. Auf Verlangen eines Mitglieds ist eine Sitzung anzuberaumen.
2. Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn alle Diözesanvertreter anwesend sind. Bei Verhinderung eines Diözesanvertreters kann die betreffende Diözese im Einzelfall einen Vertreter entsenden. Dieser hat volles Stimmrecht.
3. Beschlüsse des Verwaltungsrats bedürfen zur Gültigkeit der Einstimmigkeit. Kommt diese nicht zustande, bemüht sich der delegierte Bischof um eine einvernehmliche Lösung. Scheitert dieser Versuch, so führt er die Entscheidung der Bischöfe der Trägerdiözesen herbei.
4. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats kann – unbeschadet § 4, Nr. 2 a – das Dozententeam und andere Personen zu seinen Sitzungen einladen.
5. Zu den Sitzungen des Verwaltungsrats lädt der Vorsitzende unter Einhaltung einer Ladungsfrist von einer Woche mit Angabe der Tagesordnung schriftlich ein.
6. Der Vorsitzende leitet die Sitzungen des Verwaltungsrats.
7. Über die Sitzungen wird ein Ergebnisprotokoll erstellt, das auch dem delegierten Bischof zugestellt wird.

III. Das Dozententeam

§ 8 – Aufgaben des Dozententeams

1. Dem Dozententeam obliegt die Einzelplanung, die Organisation und die Durchführung der vom Verwaltungsrat beschlossenen Veranstaltungen, gemäß den von dessen Leiter bestimmten Richtlinien (vgl. § 3, Nr. 3 e).

2. Das Dozententeam wertet die durchgeführten Kurse aus und erarbeitet auf Grund der Auswertungsergebnisse für den Verwaltungsrat Vorschläge für die Programmgestaltung.

§ 9 – Der Leiter des Dozententeams

Leiter und Vorgesetzter des Dozententeams ist der Leiter des Theologisch-Pastoralen Instituts (vgl. § 3, Nr. 3 g).

§ 10 – Die Dozenten

1. Die Dozenten werden vom delegierten Bischof im Einvernehmen mit der im Stellenplan vorgesehenen Trägerdiözese und mit dem Verwaltungsrat jeweils für die Dauer von fünf Jahren ernannt. Sie können einen Antrag auf Verlängerung stellen. Die Dozenten werden von je einer der Trägerdiözese angestellt.
2. Die Dozenten erarbeiten Vorschläge für die Ernennung des Leiters des Theologisch-Pastoralen Instituts und legen sie dem delegierten Bischof vor (vgl. § 3, Nr. 3 a).
3. Mindestens einer der hauptamtlichen Dozenten soll ein Priester sein.
4. Ein Dozent kann jederzeit aus wichtigem Grund im Einvernehmen mit den Bischöfen der anderen Trägerdiözesen und nach Anhörung des Verwaltungsrates vom delegierten Bischof abberufen werden. Sein Dienstverhältnis zur Trägerdiözese bleibt davon unberührt.

IV. Weitere Regelungen

§ 11 – Die Geschäftsstelle

1. Das Theologisch-Pastorale Institut hat seine Geschäftsstelle in Mainz.
2. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle werden auf Vorschlag des Leiters des Theologisch-Pastoralen Instituts von der Diözese Mainz zur Dienstleistung am Theologisch-Pastoralen Institut angestellt.
3. Die Geschäftsstelle wird vom Leiter des Theologisch-Pastoralen Instituts geleitet. Dieser ist Vorgesetzter der dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (vgl. § 3, Nr. 3 g).

§ 12 – Haushaltsrechtliche Angelegenheiten

Die Diözese Mainz erledigt im Auftrag der anderen Trägerdiözesen alle haushalts- und vermögensrechtlichen

Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Betrieb des Theologisch-Pastoralen Instituts.

Fulda und Limburg, 18. und 19. Dezember 2015

- + Heinz Josef Algermissen, Bischof von Fulda
- + Weibischof Manfred Grothe,
Apostolischer Administrator des Bistums Limburg
- + Karl Kardinal Lehmann, Bischof von Mainz
- + Dr. Stephan Ackermann, Bischof von Trier

Nr. 540 Beschluss der KODA vom 2. Juni 2016: § 10 AVO – Regelmäßige Arbeitszeit und Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage

§ 10 Absatz 3a Satz 4 AVO erhält folgenden Wortlaut:

Beim Caritasverband Frankfurt e.V., beim Haus der Volksarbeit e. V. und beim Arbeitgeber Bistum Limburg kann durch Dienstvereinbarungen von dieser Regelung abgewichen werden.

Limburg, 8. Juli 2016
Az.: 565AH/40931/16/04/4

+ Weibischof Manfred Grothe
Apostolischer Administrator

Nr. 541 Beschluss der KODA vom 2. Juni 2016: § 16e 541 – Allgemeine Regelungen zu den Stufen

§ 16e AVO wird um einen neuen Absatz 5 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

(5) Wird eine zunächst befristet übertragene höherwertige Tätigkeit im unmittelbaren¹ Anschluss dauerhaft übertragen und ist der Höhergruppierungsgewinn gem. Abs. 4 (Unterschiedsbetrag, ggf. zuzüglich Garantiebetrags) geringerer als die Zuzahlung gemäß § 19, erhält die oder der Beschäftigte eine Besitzstandszulage in Höhe der Differenz zwischen dem Höhergruppierungsgewinn und der Zulage gemäß § 19. Die Besitzstandszulage reduziert sich um den Zugewinn aus allgemeinen Entgeltanpassungen und Stufenwechseln. Die Besitzstandszulage wird bei Höhergruppierungen in eine höhere Entgeltgruppe nicht berücksichtigt.

¹ Die Voraussetzung ist auch erfüllt, wenn zwischen der befristeten und der dauerhaften Übertragung der Tätigkeit nicht mehr als die Hälfte der Dauer der befristet übertragenen Tätigkeit, längstens jedoch sechs Monate liegen.

Limburg, 8. Juli 2016
Az.: 565AH/40931/16/04/4

+ Weibischof Manfred Grothe
Apostolischer Administrator

Nr. 542 Beschluss der KODA vom 2. Juni 2016: § 36 AVO – Beendigung des Arbeitsverhältnisses

A) § 36 AVO wird wie folgt ergänzt:

- 1) Abs. 2 wird in Satz 3 wie folgt ergänzt:

nach den Worten „bei Lehrkräften katholischer Schulen im Bistum Limburg“ werden folgende Worte eingefügt: „und Religionslehrerinnen/Religionslehrer im Sinne der Vergütungsrichtlinie VR 24“.

- 2) Abs. 3 wird im 4. Spiegelstrich wie folgt ergänzt:

nach den Worten „bei Lehrkräften katholischer Schulen im Bistum Limburg“ werden folgende Worte eingefügt: „und Religionslehrerinnen/Religionslehrer im Sinne der Vergütungsrichtlinie VR 24“.

B) Die Änderung tritt zum 01.08.2016 in Kraft

Limburg, 8. Juli 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Az.: 565AH/40931/16/04/4 Apostolischer Administrator

Nr. 543 Beschluss der KODA vom 2. Juni 2016: § 33 AVO – Erholungsurlaub, Anlage 2 zur AVO, § 15 OzÜ Urlaub

§ 33 AVO, Anlage 2 zur AVO und § 15 OzÜ werden wie folgt geändert:

A) In § 33 Abs. 2 wird ein neuer Satz 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

²st die Arbeitszeit auf weniger oder mehr als 5 Tage in der Woche verteilt, so wird der Urlaubsanspruch gemäß Anlage 2 zur AVO umgerechnet.

B) Anlage 2 zur AVO wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift des Teil A erhält folgenden Wortlaut:

Umrechnung des Urlaubsanspruchs gemäß § 33 Abs. 2 AVO und § 15 OzÜ

2. Satz 1 des Teil A erhält folgenden Wortlaut:

Der Urlaubsanspruch bei weniger oder mehr als 5 Arbeitstage pro Woche wird wie folgt umgerechnet:

3. Die Umrechnungstabellen im Teil A erhalten folgende Fassung:

I. Umrechnungstabelle nach § 33 Abs. 2

Der Urlaubsanspruch nach § 33 Abs. 2 AVO wird wie folgt umgerechnet:

Umrechnung nach a)

	Arbeitstage pro Woche					
Anspruch	1	2	3	4	5	6
30	6	12	18	24	30	36

Umrechnung nach b)

	Arbeitstage pro Jahr					
Anspruch	78	130	182	234	260	312
30	9	15	21	27	30	36

II. Umrechnungstabelle nach § 15 OzÜ

Der Urlaubsanspruch nach § 15 OzÜ wird wie folgt umgerechnet:

Umrechnung nach a)

		Arbeitstage pro Woche					
Lebensalter	Anspruch	1	2	3	4	5	6
bis 49	30	6	12	18	24	30	36
ab 50	33	7	13	20	26	33	40

Umrechnung nach b)

		Arbeitstage pro Jahr					
Lebensalter	Anspruch	78	130	182	234	260	312
bis 49	30	9	15	21	27	30	36
ab 50	33	10	17	23	30	33	40

- C) § 15 Abs. 1 OzÜ erhält folgenden Wortlaut:

Der Urlaubsanspruch für Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnis über den 31. Dezember 2011 hinaus fortbestanden hat und die spätestens am 31. Dezember 2012 das 50. Lebensjahr vollenden, beträgt abweichend von § 33 Abs. 2 Satz 1 AVO 33 Arbeitstage für die Dauer des ununterbrochen fortbestehenden Arbeitsverhältnisses.

Limburg, 8. Juli 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Az.: 565AH/40931/16/04/4 Apostolischer Administrator

Nr. 544 Beschluss der KODA vom 2. Juni 2016: Anlage 22 zu AVO – Vergütungsrichtlinien für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im kirchlichen Dienst im Bistum Limburg, Besondere Vergütungsrichtlinien: VR 14 Hausmeister in nichtpfarrlichen Dienststellen, VR 15 Hausmeister in pfarrlichen Dienststellen

A) Die Vergütungsrichtlinie VR 14 erhält folgenden Wortlaut:

Vergütungsrichtlinie VR 14: Hausdienste

- I. Hausmeisterinnen/Hausmeister; Haustechnikerinnen/Haustechniker mit tätigkeitsbezogener handwerklicher oder technischer Ausbildung¹

a) mit mindestens zur Hälfte hochwertigen Tätigkeiten² BAT Vc

nach 3-jähriger Bewährung in BAT Vc BAT Vb

b) mit mindestens einem Drittel hochwertigen Tätigkeiten² BAT VIb

nach 3-jähriger Bewährung in BAT VIb BAT Vc

c) die die Voraussetzungen der Buchst. a) oder b) nicht erfüllen BAT VII

nach 3-jähriger Bewährung in BAT VII BAT VIb

Übergangsregelung: Beschäftigte, die nach bis zum 30.06.2016 geltendem Recht eingruppiert sind, behalten diese Eingruppierung, sofern diese über der künftig vorgesehenen Eingruppierung liegt. Sollten sie nach altem Recht falsch eingruppiert gewesen sein, findet zunächst eine Eingruppierung nach altem Recht statt. Liegt diese über der Eingruppierung, wie sie nach neuem Recht zu erfolgen hätte, ist gemäß Satz 1 zu verfahren.

- II. Hilfskräfte im Gebäude- und Außenbereich

a) Beschäftigte, mit Tätigkeiten die eine handwerkliche oder fachliche Anlernung erfordern

BAT VIII

nach 3-jähriger Bewährung in BAT VIII

BAT VII

b) Beschäftigte, mit einfachen und einfachsten Tätigkeiten³ BAT IXb

nach 3-jähriger Bewährung in BAT IXb

BAT VIII

Protokollnotizen:

¹ Als tätigkeitsbezogene handwerkliche oder technische Ausbildungsberufe im Sinne dieses Tätigkeitsmerkmals gelten einschlägige Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von mindestens 3 Jahren. Dies sind z. B. Elektriker/in, Tischler/in, Schreiner/in, Maler/in, Anlagentechniker/in Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik. Förderliche höherwertige Ausbildungsabschlüsse (z. B. Bachelor) im technischen Bereich werden ebenfalls anerkannt.

² Hochwertige Tätigkeiten im Sinne des Tätigkeitsmerkmals sind Tätigkeiten, die an das Überlegungsvermögen und das fachliche Geschick Anforderungen stellen, die über das übliche Maß hinausgehen, solche Tätigkeiten sind z. B.:

- selbständige Tätigkeiten im Bereich Instandhaltung /Überwachung von komplexer und umfangreicher Haustechnik oder Veranstaltungstechnik oder Gebäudeleittechnik;
- Übernahme von Verwaltungstätigkeiten (z. B. Erstellen von Belegungsplänen, Abschluss von Belegungsverträgen, Einholen von Kostenvoranschlägen, Vorratsbeschaffung)

³ Einfache Tätigkeiten sind Tätigkeiten, die weder eine Vor- noch eine Ausbildung, jedoch eine Einarbeitung erfordern, die über eine sehr kurze mündliche Einweisung oder eine sehr kurze Anlernphase hinausgeht, um die Arbeitsabläufe als solche zu beherrschen.

Einfachste Tätigkeiten sind z. B. Reinigung mit Handgeräten in Außenbereichen, wie Höfe, Wege, Grünanlagen.

B) Die Vergütungsrichtlinie VR 15 wird ersatzlos gestrichen.

C) Die Änderungen treten zum 01.07.2016 in Kraft.

Limburg, 8. Juli 2016
Az.: 565AH/40931/16/04/4

+ Weihbischof Manfred Grothe
Apostolischer Administrator

**NR. 545 Beschluss der KODA vom 2. Juni 2016:
Anlage 22 zu AVO – Vergütungsrichtlinien für die
Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im kirchlichen
Dienst im Bistum Limburg, VR 26 Beschäftigte in
der Verwaltung von Kindertageseinrichtungen der
Katholischen Kirchengemeinden**

Die Vergütungsrichtlinie VR 26 wird wie folgt geändert:

A) Nach dem Punkt I. werden folgende neuen Punkte
II. und III. eingefügt:

II. Qualitätsmanagementbeauftragte

Erzieherin/Erzieher bzw. Beschäftigte mit vergleich-
barer Qualifikation mit abgeschlossener Zusatzaus-
bildung als Interne Auditorin/Interner Auditor

BAT IVb

nach 3jähriger Bewährung in BAT IVb BAT IVa

**III. Verwaltungsmitarbeiterin/Verwaltungsmitarbei-
ter**

Die Eingruppierung der Verwaltungsmitarbeiterin-
nen und Verwaltungsmitarbeiter richtet sich nach
A. Allgemeinen Vergütungsrichtlinie, 4. Allgemeiner
Verwaltungsdienst, b) Mitarbeiterinnen und Mitar-
beiter im allgemeinen Verwaltungsdienst.

B) Der bisherige Punkt II. wird zu Punkt IV.

C) Die Änderung tritt zum 01.04.2016 in Kraft.

Limburg, 8. Juli 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Az.: 565AH/40931/16/04/4 Apostolischer Administrator

**Nr. 546 Beschluss der KODA vom 2. Juni 2016: An-
lage 33/1 zur AVO – Bereitschaftsentgelt**

A) Die Anlage 1 zur Anlage 33 zur AVO wird um fol-
gende Tabelle ergänzt: IV.

Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst, deren
Eingruppierung nach der Besonderen Vergütungs-
richtlinie VR 2 richtet:

Entgeltgruppe	Stundenent- gelt
S 2	15,38
S 3	16,36
S 4	17,45

S 5	/.
S 6	/.
S 7	18,49
S 8a	18,49
S 8b	19,76
S 9	19,76
S 10	19,76
S 11a	19,76
S 11b	20,48
S 12	20,48
S 13	20,48
S 14	22,25
S 15	22,25
S 16	22,25
S 17	24,19
S 18	26,79

Der Betrag S 18 = 26,79 war Beschlussvorschlag;
S 18 ist keine neue Entgeltgruppe.

B) Satz 2 der Tabelle I wird gestrichen

Limburg, 8. Juli 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Az.: 565AH/40931/16/04/4 Apostolischer Administrator

Bischöfliches Ordinariat

**Nr. 547 Hinweise zur Durchführung der missio-
Aktion zum Sonntag der Weltmission 2016**

„... denn sie werden Erbarmen finden“ (Mt 5,7) lau-
tet das Leitwort der missio-Aktion zum Sonntag der
Weltmission. Er wird dieses Jahr in Deutschland am
23. Oktober begangen. Die missio-Aktion lädt ein, das
Engagement unserer Schwestern und Brüder auf den
Philippinen kennenzulernen, die sich aus dem Glauben
heraus für die Würde der Menschen und besonders der
Familien einsetzen.

Die größte Solidaritätsaktion der Katholiken weltweit
Mit dem Leitwort aus den Seligpreisungen der Berg-
predigt fügt sich der Sonntag der Weltmission in das
Heilige Jahr der Barmherzigkeit ein. „Barmherzigkeit
verändert die Welt“ schreibt Papst Franziskus. Die Kol-
lekte am Sonntag der Weltmission ist Ausdruck eben
dieser Barmherzigkeit. Sie ist die größte Solidaritätsak-
tion der Katholiken weltweit. Nahezu alle katholischen
Gemeinden der Welt beteiligen sich an dieser Kollekte
und füllen gemeinsam den Globalen Solidaritätsfonds,
aus dem weltweit die pastorale und soziale Arbeit der

Kirche unterstützt wird. Die Hilfe wird dringend gebraucht: Fast die Hälfte der weltweit rund 2.500 Diözesen der katholischen Kirche befinden sich in Ländern, die zu den ärmsten der Welt gehören. Durch den Solidaritätsfonds können auch diejenigen Diözesen, die selbst kaum genug zum Leben haben, für die Ärmsten der Armen da sein.

Eröffnung der missio-Aktion

Die bundesweite Eröffnung der missio-Aktion zum Sonntag der Weltmission findet vom 30. September bis zum 2. Oktober 2016 in der Diözese Hildesheim statt. Gemeinsam mit Bischöfen, Partnern und Gästen aus den Philippinen feiert missio um 10:00 Uhr im Dom zu Hildesheim einen feierlichen Eröffnungsgottesdienst.

missio-Aktion in den Gemeinden

Das missio-Aktionsplakat zeigt die Fischerfamilie Espera in der Taifun-Region Tacloban. Schwester Celine Sapla begleitet die Familie und hilft, ihr Leben nach dem Taifun wieder selbst in die Hand zu nehmen. Bitte hängen Sie das Plakat gut sichtbar in Ihrer Gemeinde aus. In Kooperation mit den missio-Diözesanstellen werden Schwester Celine Sapla und weitere Gäste aus den Philippinen zu Begegnungen und Gesprächen in den Diözesen unterwegs sein. Bei Interesse melden Sie sich bitte bei der missio-Diözesanstelle. Anfang September erhalten alle Gemeinden ihr Materialpaket zur Gestaltung des Monats der Weltmission. Alle Bausteine und Aktionsideen sowie Kurzfilme zur Arbeit der Kirche auf den Philippinen finden Sie auf einer DVD. Die gemeinsam mit kfd und KDFB entwickelt Frauengebetkette zum Schwerpunktland Philippinen kann über missio und die Frauenverbände bezogen werden. Die Gebetsaktion steht in diesem Jahr im Zeichen des Heiligen Jahres der Barmherzigkeit. Informationen und Gestaltungshinweise, besonders für die Gottesdienste im Oktober, finden Sie unter www.missio-hilft.de/gebetsaktion2016

missio-Kollekte am 23. Oktober

Die missio-Kollekte findet am Sonntag der Weltmission, dem 23. Oktober 2016, in allen Gottesdiensten (auch am Vorabend) statt. Einschließlich der Spenden, die noch nachträglich für den Sonntag der Weltmission eingehen, erfolgt eine Abrechnung mit dem Generalvikariat. Auf ausdrücklichen Wunsch der Bischöfe soll die Kollekte zeitnah und ohne jeden Abzug von den Gemeinden über die Bistumskassen an missio weitergeleitet werden. Eine pfarreinterne Verwendung der Kollektengelder z. B. für Partnerschaftsprojekte ist nicht

zulässig. missio ist den Spendern gegenüber rechenschaftspflichtig. Sobald das Ergebnis der Kollekte vorliegt, sollte es der Gemeinde mit einem herzlichen Dank bekannt gegeben werden.

Informationen und Kontakt

Weitere Informationen und alle Materialien, Kurzfilme und Veranstaltungen finden Sie auf www.missio-hilft.de/wms. Bestellungen: Tel: 0241 7507-350, Fax: 0241 7507-336, E-Mail: bestellungen@missio.de. Bei inhaltlichen Fragen zur missio-Aktion wenden Sie sich bitte an Herrn Werner Meyer zum Farwig, Tel.: 0241 7507-289 oder E-Mail: w.meyer-zum-farwig@missio-hilft.de.

Nr. 548 Kollekte in den Gottesdiensten an Allerseelen

Kollekte in den Allerseelen-Gottesdiensten am Mittwoch, dem 2. November 2016. Die Kollekte in den Allerseelen-Gottesdiensten dient der Unterstützung der Priesterausbildung (Diözesan- und Ordenspriester) in Mittel- und Osteuropa. Für den Wiederaufbau der Kirche in den ehemals kommunistischen Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas ist die Priesterausbildung nach wie vor von großer Bedeutung.

Die Kollekte wird über die Diözesen an Renovabis weitergeleitet. Wir bitten um ein empfehlendes Wort für dieses wichtige Anliegen. Ein Plakat wird von Renovabis direkt verschickt. Die Kollekten-Gelder müssen mit dem im Kollektenplan aufgeführten Vermerk an die Bistumskasse überwiesen werden.

Nr. 549 Gedenktag des Hl. Johannes XXIII.: Einlegeblätter für Mess- und Stundenbuch

Für die Feier des nichtgebotenen Gedenktages des Hl. Johannes XXIII. (11. Oktober) liegen inzwischen deutsche Fassungen der Texte für die Messfeier und die Stundenliturgie vor. Priester, Diakone und hauptamtlich pastorale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können je ein Exemplar eines Einlegeblattes für das Messbuch (Großformat) und das Stundenbuch kostenfrei über das Bischöfliche Ordinariat beziehen.

Beide Dokumente stehen zudem auf der Website des Deutschen Liturgischen Instituts im pdf-Format zum Download bereit: http://www.liturgie.de/liturgie/download/Messbuch_Heilige_Johannes_XXIII_11.%20Oktober_Stand-2016-03.pdf und http://www.liturgie.de/liturgie/download/Stundenbuch_Hl_Johannes_XXIII_11.%20Oktober_Stand-2016-03.pdf.

Information und Bestellung: Thomas Schön, Referent für Liturgie- und Sakramentenrecht, Bischöfliches Ordinariat, Tel.: 06431 295-536, E-Mail: t.schoen@bistumlimburg.de.

Nr. 550 Tage für Ehejubilare 2017

Im Jahr 2017 wird der Tag für die Silberjubilare am 24. Juni im Dom in Limburg stattfinden. Die Paare, die 2017 ihre Silberhochzeit feiern, werden über das Bischöfliche Ordinariat eingeladen. Alle Paare, die zwischen September 2016 und September 2017 Goldhochzeit, diamantene oder eiserne Hochzeit feiern, sind am 9. September 2017 eingeladen, nach Limburg zu kommen. Einladungen hierzu werden im Juni 2017 in die Gemeinden verschickt und von dort an die Jubiläumspaare weitergegeben.

Informationen zu den Tagen der Ehejubilare erhalten Sie im Referat Ehe & Familie, Bischöfliches Ordinariat Limburg, Tel.: 06431 295-456, E-Mail: ehe-familie@bistumlimburg.de.

Nr. 551 Druckschriften und Broschüren des Sekretariates der Deutschen Bischofskonferenz

Das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz hat folgende Broschüre herausgegeben:

- „Gemeinsam Kirche sein. Impulse – Einsprüche – Ideen“ (Arbeitshilfen, Nr. 286);
- „Katholische Kirche in Deutschland: Zahlen und Fakten 2015/16“ (Arbeitshilfen, Nr. 287);
- „Erinnerung heilen – Jesus Christus bezeugen. Ein gemeinsames Wort zum Jahr 2017“ (Gemeinsame Texte, Nr. 24).

Interessenten können diese Broschüre beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz bestellen, Tel.: 0228 103-205, Fax: 0228 103-330. Die Broschüren werden zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Nr. 552 Fortbildungsangebote des Theologisch-Pastoralen Instituts in Mainz (TPI)

Das Theologisch-Pastorale Institut in Mainz (TPI) macht auf folgende Fortbildungsveranstaltungen aufmerksam:

- „Himmlische Aussichten. Kurs zur Johannesapokalypse“; Zielgruppe: Diakone mit und im Zivilberuf; 18. bis 19. November 2016; Waldbreitbach, Rosa-Flesch-Tagungszentrum; Referentin: Dr. I. Kramp CJ;
- „Himmlische Aussichten. Ein Lesekurs zur Johannesapokalypse“; Zielgruppe: alle pastoralen Berufsgruppen; 22. bis 25. November 2016; Referent: Prof. Dr. Hans-Georg Gradl, Trier.

Informationen und Anmeldung beim Theologisch-Pastoralen Institut Mainz, Große Weißgasse 15, 55116 Mainz, Tel: 06131 27088-0, E-Mail: info@tpi-mainz.de, Website: www.tpi-mainz.de.

Nr. 553 Warnung

Das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz hat den Hinweis erhalten, dass sich seit einiger Zeit ein Mann um die 60 Jahre in Bibliotheken mit wechselnden Namen und unter Vorspiegelung historischer Studien wertvolle antiquarische Handschriften mit Illustrationen und Karten vorlegen lässt. Er steht in dringendem Verdacht, diese Schriften durch das Heraustrennen von Seiten zu zerstören.

Nr. 554 Totenmeldungen

Pfarrer i. R. Johannes Hubrich

Am 24. August 2016 verstarb Pfarrer i. R. Johannes Hubrich im Alter von 89 Jahren in Fulda.

Johannes Hubrich wurde am 6. September 1926 als sechstes von elf Kindern in Damrau, Kreis Falkenberg/Oberschlesien, geboren. Die Kindheit verbrachte er auf dem Bauernhof seiner Eltern. Ab 1932 besuchte er die Volksschule seines Heimatortes und wechselte anschließend auf das Gymnasium der Franziskaner nach Neiße. Bereits zu diesem Zeitpunkt hatte er den Entschluss gefasst, Priester zu werden. Kriegsbedingt musste er jedoch die Schule verlassen und ging ab 1940 auf das Burggymnasium in Oppeln. Nach Gefangenschaft kam Johannes Hubrich nach Schleswig-Holstein und verdiente sich auf einem Bauernhof seinen Lebensunterhalt. Ab April 1947 konnte er in Königstein seine Schulausbildung fortsetzen und legte im Jahr 1950 an der Liebigschule in Frankfurt die Hochschulreife ab. So konnte er ab dem Sommersemester 1950 seine Studien an der philosophisch-theologischen Hochschule in Königstein beginnen.

Am 3. Oktober 1954 erteilte ihm Bischof Dr. Wilhelm Kempf im Hohen Dom zu Limburg die Priesterweihe. Seine erste Kaplansstelle führte ihn im November 1954 nach Höhn-Schönberg. Weitere Kaplansstellen waren Frankfurt/St. Joseph (Januar 1958 bis April 1960) und Königstein (April 1960 bis Juli 1963). Zum 1. Juli 1963 ernannte ihn Bischof Dr. Kempf zum Pfarrer der Pfarrei St. Adelphus in Salz. Knapp zwanzig Jahre, bis zum 31. Juli 1982, war Pfarrer Hubrich dort tätig und übte während dieser Zeit zusätzlich von 1971 bis 1982 das verantwortungsvolle Amt des Dekans im Dekanat Meudt aus. Im Jahr 1982 wechselte er nach Wiesba-

den und übernahm die Leitung der Pfarrei St. Georg und Katharina im Stadtteil Frauenstein. Gesundheitliche Rückschläge führten dazu, dass er nach knapp drei Jahren den Verzicht einreichen musste. Trotz dieser Einschränkungen war er bereit, zum 1. Juli 1985 als Pfarrer von St. Nikolaus nach Selters-Haintchen zu gehen und ab November 1987 zusätzlich als Diözesanrichter am Bischöflichen Offizialat in Limburg tätig zu werden, wo er die ihm übertragene Aufgabe mit großer Akribie und hohem Verantwortungsbewusstsein verrichtete.

Aus gesundheitlichen Gründen trat Pfarrer Hubrich zum 15. Oktober 1989 in den Ruhestand. Seinen Wohnsitz verlegte er zu Verwandten nach Künzell, in die Nähe von Fulda. Am 3. Oktober 2014 konnte er dankbar sein Diamantenes Priesterjubiläum feiern. Die letzten eineinhalb Jahre seines Lebens verbrachte er in einem Alten- und Pflegeheim in Fulda.

Pfarrer Hubrich verrichtete seinen priesterlichen Dienst in treuer, vorbildlicher und aufopferungsvoller Weise, obwohl seine Jahre in Wiesbaden-Frauenstein und Haintchen von schwerer Krankheit überschattet waren. Konsequent trat er ein für die Lehre der Kirche. Bis zuletzt fühlte er sich mit dem Bistum Limburg verbunden und blieb im schriftlichen Austausch mit seiner Heimatdiözese.

Wir danken Herrn Pfarrer i. R. Johannes Hubrich für sein Wirken in unserem Bistum. Wir empfehlen den Verstorbenen dem Gebet der Mitbrüder und dem Gebet aller, mit denen er aus dem Glauben heraus gelebt und für die er gewirkt hat. Das Requiem wurde am 31. August 2016 in der Pfarrkirche Christkönig Edzell-Engelhelms gefeiert. Anschließend erfolgte die Beisetzung auf dem Florenberg-Friedhof in Pilgerzell.

Pfarrer i. R. Franz Alois Knothe

Am 25. August 2016 verstarb Pfarrer i. R. Franz Alois Knothe im Alter von 84 Jahren in Montabaur.

Franz Alois Knothe wurde am 23. Februar 1932 in Ober-Ebersdorf, Kreis Tetschen/Elbe, geboren. Von 1938 bis 1942 besuchte er zunächst die Volksschule in Ober-Ebersdorf, anschließend die Hauptschule in Bensen. Mit dem Kriegsende wurde die Familie aus der Heimat vertrieben, und Franz Alois Knothe fand in Rostock-Warnemünde neue Heimat. Da es sein großer Wunsch war, einmal als Missionspriester zu wirken, nahm ihn im August 1947 ein Missionar von der Hl. Familie mit nach Westfalen. An zwei Missionsschulen, in Oberhunsrück/Sauerland und Lebenhan/Unterfranken, setzte er

seine Schulbildung fort, trat dann aber aus diesen Missionsschulen aus, um das Abitur abzulegen und Weltpriester zu werden. Nachdem er schließlich im Juli 1954 die Hochschulreife an einem staatlichen Gymnasium in Würzburg erlangt hatte, studierte er ab Oktober des gleichen Jahres Philosophie und Theologie in Königstein und verbrachte dabei auch zwei Semester seines Studiums in München.

Am 7. Dezember 1958 empfing Franz Alois Knothe durch Bischof Dr. Wilhelm Kempf im Hohen Dom zu Limburg die Priesterweihe. Nach einem Seelsorgspraktikum in Villmar wurde er als Kaplan von April 1960 bis Mai 1963 in Rennerod, von Mai 1963 bis Mai 1965 in Frankfurt-Untertulsa und schließlich von Mai 1965 bis Oktober 1968 in Niedernhausen eingesetzt. Kurze Zeit übernahm er im Jahr 1965 die Pfarrverwaltung der Pfarrei in Marienrachdorf und war von Mai 1968 bis Oktober 1968 Vicarius substitutus in Camberg.

Zum 1. Oktober 1968 ernannte ihn Bischof Dr. Wilhelm Kempf zum Pfarrer der Pfarrei Rauenthal. Segensreich wirkte er dort, bis ihn Bischof Dr. Franz Kamphaus im Oktober 1982 zum Pfarrer der Pfarrei Rüdesheim-Assmanshausen berief. Dort blieb Pfarrer Knothe bis Mai 1990 und übernahm im Anschluss daran vielfältige Aufgaben im Bereich der Altenheimseelsorge im Caritas-Altenzentrum Santa Teresa in Frankfurt-Hausen und in der Altenwohnanlage in Frankfurt-Rödelheim. Zugleich wurde er Hausgeistlicher für die Ordensschwester im Altenzentrum in Frankfurt-Hausen. Viele Jahre, von 1982 bis 1990 war er zudem Schifferseelsorger für die Binnenschiffer auf dem Rhein und Vizegeneralpräses des Schifferverbandes St. Nikolaus.

Zum 31. März 1996 trat Pfarrer Knothe in den Ruhestand und zog nach Fulda. Sein Goldenes Priesterjubiläum konnte er, nachdem er seinen Wohnsitz wieder in das Bistum Limburg verlegt hatte, im Dezember 2009 feiern. Auf seinen Wunsch hin verbrachte er die letzten Jahre seines Lebens im Ignatius-Lötschert-Haus der Barmherzigen Brüder in Horbach.

Pfarrer Knothe war von ganzem Herzen Priester und stets den Menschen zugewandt. Eine tiefe Marienfrömmigkeit und eine ansteckende Lebensfreude zeichneten ihn aus; beides machte ihn zudem zu einem bei den Gläubigen beliebten Seelsorger. In vielen Wallfahrten, die er selbst unternahm, aber auch für andere organisierte, fand er Kraft und eine Stärkung im Glauben.

Wir danken Herrn Pfarrer Knothe für sein Wirken in unserem Bistum. Wir empfehlen den Verstorbenen dem

Gebet der Mitbrüder und dem Gebet aller, mit denen er aus dem Glauben heraus gelebt und für die er gewirkt hat. Das Requiem für den Verstorbenen wird am 2. September 2016 um 15:00 Uhr in der Kirche St. Antonius Erem. in Eltville-Rauenthal gefeiert. Anschließend erfolgt die Beisetzung auf dem Friedhof in Eltville-Rauenthal.

Pfarrer i. R. Adolf Rohman

Am 26. August 2016 verstarb Pfarrer i. R. Adolf Rohman nach kurzer Krankheit im Alter von 80 Jahren in Frankfurt zu sich heimgerufen.

Adolf Rohman wurde am 8. Februar 1936 in Nürnberg geboren. Im Jahr 1938 verlegte die Familie ihren Wohnsitz nach Frankfurt-Sachsenhausen. In den Kriegsjahren zog er mit seiner Mutter – der Vater war eingezogen worden – in das Eichsfeld. Ab Herbst 1947 konnte Adolf Rohman in Fulda die Rabanus-Maurus-Schule, ein humanistisches Gymnasium, besuchen und dort 1957 das Abitur ablegen. Im gleichen Jahr begann er das Studium an der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Jesuiten in Frankfurt. Zwei Semester verbrachte er an der Universität in München.

Am 9. Dezember 1962 empfing er im Hohen Dom zu Limburg aus den Händen von Bischof Dr. Wilhelm Kempf die Priesterweihe. Danach wirkte er sechs Jahre als Kaplan, zunächst in Frankfurt-Zeilsheim (1963 bis 1967), danach in Höhr-Grenzhausen (1967 bis 1968) und in Frankfurt-Eschersheim. Von dort wechselte er ein Jahr später, am 1. September 1969, in den hauptamtlichen Schuldienst. Sein Einsatz erfolgte am Liebiggymnasium, am Hessenkolleg und an der Kantschule in Frankfurt am Main. Zum 1. April 1972 ernannte ihn Bischof Wilhelm zum Pfarrer der Pfarrei St. Josef in Frankfurt-Eschersheim. Über 33 Jahre hat er dort gelebt und gearbeitet. Es war die Zeit des Aufbruchs nach dem II. Vatikanischen Konzil. Vieles wurde angepackt und aufgebaut: die Kirchenrenovierung, die die Handschrift des Kunstliebhabers Adolf Rohman trägt, die Gruppen-gemeinde, die Gemeindekatechese, die Bildungsarbeit und insbesondere die Ökumene.

Vom Vertrauen der Mitbrüder und des Bischofs getragen, war er in dieser Zeit in nahezu fünf Amtsperioden

zunächst stellvertretender Dekan (1980 bis 1984) und schließlich, bis zum 31. Dezember 2002, gewählter Dekan des Dekanats Frankfurt-Nord. Zusätzlich half er immer wieder als Pfarrverwalter aus, so 1991 in der Pfarrei St. Bonifatius in Frankfurt/M.-Bonames und 1995 in der Pfarrei Herz Jesu in Frankfurt/M.-Eckenheim. Er war der ruhende Pol und die zuverlässige Stütze für viele Menschen in aufgeregten Zeiten. Er überzeugte durch Verlässlichkeit und Treue. Im Jahre 1986 kam eine neue und nicht leichte Herausforderung hinzu. Als zusätzliche Aufgabe übernahm er den Dienst eines Diözesanrichters am Bischöflichen Ehegericht in Limburg.

In außergewöhnlicher Weise lebte Pfarrer Rohman die diakonische Dimension des priesterlichen Amtes und setzte sich ein für die Betreuung und Pflege eines Mitbruders und sorgte sich treu um eine erkrankte pastorale Mitarbeiterin. Sein abwägendes Urteil, seine klugen Ratschläge und seine verständnisvolle Art machten ihn zu einem beliebten Seelsorger.

Zum 31. Mai 2005 trat Pfarrer Rohman in den Ruhestand und übernahm Subsidiarsaufgaben in Frankfurt-Rödelheim und in weiteren Pfarreien des Pastoralen Raumes Frankfurt-West. Im Dezember 2012 konnte er sein Goldenes Priesterjubiläum feiern.

Wir danken Herrn Pfarrer i. R. Adolf Rohman für sein Wirken in unserem Bistum. Wir empfehlen den Verstorbenen dem Gebet der Mitbrüder und dem Gebet aller, mit denen er aus dem Glauben heraus gelebt und für die er gewirkt hat. Die Beisetzung erfolgt am Donnerstag, den 1. September 2016, um 11:00 Uhr auf dem Eschersheimer Friedhof (Nußzeil 13, 60433 Frankfurt-Eschersheim). Anschließend wird um 13:00 Uhr in St. Antonius in Frankfurt-Rödelheim das Requiem gefeiert.

Nr. 555 Dienstinrichten

Mit Termin 15. August 2016 wird Herr Manuel GALL aus dem Pastoralen Raum Blasiusberg als Pastoralreferent mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % in die Pfarrei St. Peter und Paul Wiesbaden versetzt.



Täglich aktualisierte Hinweise und Arbeitshilfen finden Sie im Mitarbeiterportal: www.intern.bistumlimburg.de.

Verlag des Bischöflichen Ordinariates Limburg, 65549 Limburg/Lahn, E-Mail: verlag@bistumlimburg.de
Herstellung: Druckerei Uwe Lichel, Limburg. Bezugspreis: jährlich 23,- Euro



Der Apostolische Stuhl		Nr. 564	Bestätigung des Offizials	569	
Nr. 556	Urkunde über die Ernennung des neuen Bischofs von Limburg	551	Nr. 565	Ernennung eines Vizeoffizials	569
Nr. 557	Botschaft von Papst Franziskus zum Weltgebetstag für die Bewahrung der Schöpfung (1. September 2016): „Erweisen wir unserem gemeinsamen Haus Barmherzigkeit“	552	Nr. 566	Errichtung des Priesterrates	569
			Nr. 567	Errichtung des Diakonenrats	569
			Nr. 568	Ernennung des Bischöflichen Beauftragten für die Bergung, Verwahrung und Weitergabe der Reliquien von Heiligen und Seligen	569
Der Apostolische Administrator					
Nr. 558	Beschlüsse der Bundeskommission der Arbeitsrechtlichen Kommission vom 16. Juni 2016	556	Bischöfliches Ordinariat		
			Nr. 569	Sternsingertag am 19. November 2016 in Limburg: „Segen bringen, Segen sein. Gemeinsam für Gottes Schöpfung – in Kenia und weltweit!“	570
Der Bischof von Limburg			Nr. 570	Materialien für die „Gebetswoche für die Einheit der Christen“ im Jahr 2017	570
Nr. 559	Ernennung des Generalvikars	568	Nr. 571	Druckschriften und Broschüren des Sekretariates der Deutschen Bischofskonferenz	570
Nr. 560	Ernennung von stellvertretenden Generalvikaren	568	Nr. 572	Dienstnachrichten	570
Nr. 561	Ernennung des Moderators der Kurie	568			
Nr. 562	Ernennung eines Bischofsvikars	568			
Nr. 563	Bestätigung des Ökonoms des Bistums Limburg	569			

Der Apostolische Stuhl

Nr. 556 Urkunde über die Ernennung des neuen Bischofs von Limburg

FRANCISCUS EPISCOPUS SERVUS SERVORUM DEI dilecto Filio GEORGIO BÄTZING, hactenus Vicario Generali et Canonico Capituli cathedralis Sedis Trevirensis, electo Episcopo Limburgensi, salutem et Apostolicam Benedictionem.

Cupientibus Nobis, Successori beati Petri et universali Patri, apte providere dioecesi Limburgensi, vacanti post renuntiationem Venerabilis Fratris Francisci Petri Tebartz-van Elst et novum quidem desideranti Pastorem, optime fieri videtur si te, dilecte Fili, comprobatis dotibus ornatum necnon virtutibus, ad normam iuris conventi, eidem praeficiamus.

Summa igitur Apostolica Nostra potestate te Episcopum LIMBURGENSEM nominamus cunctis cum iuribus et obligationibus.

Permittimus ut ordinationem extra urbem Romam accipias a quolibet catholico Episcopo liturgicis servatis legibus atque praemissis catholicae fidei professione iureque iurando fidelitatis erga Nos et Nostros Successores secundum sacros canones. Praeterea mandamus ut hisce de Litteris facias certiores clerum populumque tuum; quos hortamur ut te libentes prosequantur tecumque coniuncti maneant.

Fac denique, dilecte Fili, ut gravissimum Episcopi officium ita valeas implere ut fideles tibi crediti pergant in lege Domini fortes ac laeti ambulare (cfr Ps 119, 1), horum verborum memores: „Fili mi ... praecepta mea cor tuum custodiat; longitudinem enim dierum et annos vitae et pacem apponent tibi“ (Prv 3, 1–2).

Lux, virtus et gaudium Spiritus Sancti, praestite Beata Virgine Maria, iugiter sint tecum et cum ista carissima ecclesiali communitate in dilecta Germania.

Datum Romae, apud S. Petrum, die primo mensis Iulii, anno Domini bismillesimo decimo sexto, Iubilaeo Misericordiae, Pontificatus Nostri quarto.

FRANCISCUS PP.

Nichtamtliche deutsche Übersetzung

FRANZISKUS, BISCHOF, DIENER DER DIENER GOTTES, dem geliebten Sohn Georg Bätzing, bisher Generalvikar und Kanoniker des dortigen Kathedralekapitels der Diözese Trier, dem erwählten Bischof von Limburg, Gruß und Apostolischen Segen.

Wir, Nachfolger des seligen Petrus und universaler Vater, wünschen für die Diözese Limburg, die nach dem Amtsverzicht des ehrwürdigen Bruders Franz-Peter Tebartz-van Elst vakant ist und einen neuen Hirten ersehnt, angemessen zu sorgen; so scheint es uns am besten zu sein, wenn Wir dich, geliebter Sohn, der du mit erprobten Talenten und Tugenden ausgestattet bist, gemäß den Bestimmungen des Konkordatsrechts ebendieser Diözese voranstellen.

So ernennen Wir dich kraft unserer höchsten Apostolischen Vollmacht zum Limburger Bischof mit allen Rechten und Pflichten.

Wir gestatten, dass du die Weihe außerhalb der Stadt Rom von einem katholischen Bischof deiner Wahl empfängst, unter Beachtung der liturgischen Gesetze und nachdem du gemäß dem kirchlichen Recht das Bekenntnis des katholischen Glaubens abgelegt und den Treueeid Uns und Unseren Nachfolgern gegenüber geleistet hast. Außerdem weisen Wir dich an, dieses Schreiben deinem Klerus und deinem Volk bekannt zu machen; jene ermahnen Wir, dir bereitwillig zu folgen und mit dir verbunden zu bleiben.

Sorge schließlich, geliebter Sohn, dafür, dass du das sehr bedeutende Amt des Bischofs derart erfüllst, dass die dir anvertrauten Gläubigen fortfahren, unerschrocken und froh im Gesetz des Herrn zu wandeln (vgl. Ps 119, 1), eingedenk der Worte „Mein Sohn ... bewahre meine Gebote in deinem Herzen! Denn sie vermehren die Tage und Jahre deines Lebens und bringen dir Frieden“ (Spr 3, 1–2).

Das Licht, die Kraft und die Freude des Heiligen Geistes

wie auch der Schutz der Seligen Jungfrau Maria seien allzeit mit Dir und dieser uns besonders lieb gewordenen kirchlichen Gemeinschaft im geliebten Deutschland.

Gegeben zu Rom, bei St. Peter, am ersten Tag des Monats Juli im Jahre des Herrn 2016, dem Jubiläum der Barmherzigkeit, dem vierten Jahr unseres Pontifikates.

FRANCISCUS PP.

Nr. 557 Botschaft von Papst Franziskus zum Weltgebetstag für die Bewahrung der Schöpfung (1. September 2016): „Erweisen wir unserem gemeinsamen Haus Barmherzigkeit“

Vereint mit unseren orthodoxen Brüdern und Schwestern und unter Anteilnahme anderer Kirchen und christlicher Gemeinschaften feiert die katholische Kirche heute den jährlichen „Weltgebetstag für die Bewahrung der Schöpfung“. Der Gedenktag „bietet sowohl den einzelnen Gläubigen wie auch den Gemeinschaften eine gute Möglichkeit, ihre persönliche Einwilligung in ihre eigene Berufung als Hüter der Schöpfung zu erneuern, indem sie Gott für das wunderbare Werk danken, das er unserer Sorge anvertraut hat, und ihn um seine Hilfe für den Schutz der Schöpfung und um seine Barmherzigkeit für die gegen unsere Welt begangenen Sünden bitten“.¹

Es ist sehr ermutigend, dass auch andere Religionen die Sorge der Kirchen und der christlichen Gemeinschaften um die Zukunft unseres Planeten teilen. Tatsächlich sind in den letzten Jahren von religiösen Verantwortungsträgern und von Organisationen viele Initiativen ergriffen worden, um die öffentliche Meinung stärker für die Gefahren der unverantwortlichen Ausbeutung der Erde zu sensibilisieren. Ich möchte hier den Patriarchen Bartholomäus und seinen Vorgänger Dimitrios erwähnen, die sich viele Jahre lang beharrlich gegen die Sünde, der Schöpfung Schaden zuzufügen, geäußert haben. Damit haben sie die Aufmerksamkeit auf die moralische und geistliche Krise gelenkt, die den Umweltproblemen und -schäden zugrunde liegen. Als Reaktion auf das zunehmende Interesse an der Unversehrtheit der Schöpfung hat die Dritte Europäische Ökumenische Versammlung (Sibiu/Hermannstadt 2007) vorgeschlagen, vom 1. September (dem orthodoxen Gedenktag der göttlichen Schöpfung) bis zum 4. Oktober (dem Gedenktag des heiligen Franziskus von Assisi in der katholischen Kirche und in einigen anderen westlichen Traditionen) eine fünfwöchige „Zeit für die Schöpfung“ zu begehen. Von

¹ Schreiben zur Einführung des „Weltgebetstags für die Bewahrung der Schöpfung“ (6. August 2015).

jenem Moment an hat diese Initiative mit der Unterstützung des Weltrates der Kirchen viele ökumenische Aktivitäten in verschiedenen Teilen der Welt angeregt. Es ist auch ein Grund zur Freude, dass in aller Welt ähnliche Initiativen, welche die Umweltgerechtigkeit, die Sorge für die Armen und ein verantwortliches gesellschaftliches Engagement fördern, Menschen – vor allem Jugendliche – aus verschiedenen religiösen Umfeldern zusammenführen. Als Christen und Nichtchristen, Gläubige und Menschen guten Willens müssen wir alle vereint unserem gemeinsamen Haus, der Erde, Barmherzigkeit erweisen und die Welt, in der wir leben, als Ort des Miteinander-Teilens und der Gemeinschaft voll zur Geltung bringen.

1. Die Erde schreit auf ...

Mit dieser Botschaft nehme ich erneut mit jedem Menschen, der auf diesem Planeten wohnt, den Dialog über die quälenden Leiden der Armen und die Zerstörung der Umwelt auf. Gott hat uns einen blühenden Garten geschenkt, wir aber sind dabei, ihn in eine von „Schutt, Wüsten und Schmutz“ (Laudato si', 161) verseuchte Ebene zu verwandeln. Wir dürfen angesichts des Verlustes der biologischen Vielfalt und der Zerstörung der Ökosysteme – Erscheinungen, die oft durch unser verantwortungsloses und egoistisches Verhalten verursacht werden – nicht aufgeben oder mit Gleichgültigkeit reagieren. „Unseretwegen können bereits Tausende Arten nicht mehr mit ihrer Existenz Gott verherrlichen, noch uns ihre Botschaft vermitteln. Dazu haben wir kein Recht“ (ebd., 33).

Der Planet erwärmt sich weiter, zum Teil aufgrund menschlichen Tuns: 2015 war das wärmste Jahr, das je verzeichnet wurde, und 2016 wird wahrscheinlich noch wärmer werden. Das bewirkt Dürreperioden, Überschwemmungen, Brände und immer besorgniserregendere extreme meteorologische Ereignisse. Der Klimawandel trägt auch zu der entsetzlichen Krise der Zwangsmigration bei. Die Armen der Welt, die den Klimawandel am wenigsten zu verantworten haben, sind die Verletzlichsten und leiden bereits unter den Auswirkungen.

Wie die ganzheitliche Ökologie hervorhebt, sind die Menschen untereinander und mit der Schöpfung als Ganzer zutiefst verbunden. Wenn wir die Natur schlecht behandeln, behandeln wir auch die Menschen schlecht. Zugleich besitzt jedes Geschöpf einen ihm innewohnenden Eigenwert, der geachtet werden muss. Seien wir bereit, „die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde“ (ebd., 49), und versuchen wir, einge-

hend zu prüfen, wie wir eine geeignete und rechtzeitige Antwort sicherstellen können.

2. ... weil wir gesündigt haben

Gott hat uns die Erde gegeben, damit wir sie respektvoll und ausgewogen bebauen und hüten (vgl. Gen 2, 15). Sie „zu stark“ zu bebauen – das heißt sie kurzsichtig und egoistisch auszubeuten – und kaum zu hüten, ist Sünde.

Mutig hat der verehrte Ökumenische Patriarch Bartholomäus wiederholt und prophetisch unsere Sünden gegen die Schöpfung deutlich gemacht: „Dass Menschen die biologische Vielfalt in der göttlichen Schöpfung zerstören; dass Menschen die Unversehrtheit der Erde zerstören, indem sie Klimawandel verursachen, indem sie die Erde von ihren natürlichen Wäldern entblößen oder ihre Feuchtgebiete zerstören; dass Menschen [...] die Gewässer der Erde, ihren Boden und ihre Luft mit giftigen Substanzen verschmutzen – all das sind Sünden.“²

Möge das Jubiläum der Barmherzigkeit angesichts dessen, was unserem „Haus“ zustößt, die gläubigen Christen „zu einer tiefgreifenden inneren Umkehr“ aufrufen (Enzyklika Laudato si', 217), die besonders durch das Bußsakrament unterstützt wird. Lernen wir in diesem Jubiläumsjahr, die Barmherzigkeit Gottes für die Umweltsünden zu suchen, die wir bisher noch nicht zu erkennen und zu beichten wussten, und verpflichten wir uns, konkrete Schritte auf dem Weg der ökologischen Umkehr zu vollziehen. Diese verlangt, dass wir uns unserer Verantwortung uns selbst, dem Nächsten, der Schöpfung und dem Schöpfer gegenüber klar bewusst werden (vgl. ebd., 10. 229).

3. Gewissenserforschung und Reue

Der erste Schritt auf diesem Weg ist immer eine Gewissenserforschung, die „Dankbarkeit und Unentgeltlichkeit [einschließt], das heißt ein Erkennen der Welt als ein von der Liebe des himmlischen Vaters erhaltenes Geschenk. Daraus folgt, dass man Verzicht übt, ohne eine Gegenleistung zu erwarten“. Sie „schließt auch das liebevolle Bewusstsein ein, nicht von den anderen Geschöpfen getrennt zu sein, sondern mit den anderen Wesen des Universums eine wertvolle allumfassende Gemeinschaft zu bilden. Der Glaubende betrachtet die Welt nicht von außen, sondern von innen her und erkennt die Bande, durch die der himmlische Vater uns mit allen Wesen verbunden hat“ (ebd., 220).

² Ansprache an das Umwelt-Symposium, Santa Barbara, Kalifornien (8. November 1997).

An diesen Vater voll Erbarmen und Güte, der die Rückkehr eines jeden seiner Kinder erwartet, können wir uns wenden und unsere Sünden gegen die Schöpfung, die Armen und die kommenden Generationen bekennen. „Insofern wir alle kleine ökologische Schäden verursachen“, sind wir aufgerufen, „unseren kleineren oder größeren Beitrag zur Verunstaltung und Zerstörung der Schöpfung“³ anzuerkennen. Das ist der erste Schritt auf dem Weg der Umkehr.

Im Jahr 2000, das ebenfalls ein Jubiläumsjahr war, hat mein Vorgänger, der heilige Johannes Paul II., die Katholiken aufgefordert, Buße zu tun für die religiöse Intoleranz von einst und jetzt sowie für das begangene Unrecht gegenüber den Juden, den Frauen, den Urvölkern, den Einwanderern, den Armen und den Ungeborenen. In diesem Außergewöhnlichen Jubiläum der Barmherzigkeit fordere ich jeden auf, das gleiche zu tun: Bereuen wir das Übel, das wir unserem gemeinsamen Haus zufügen – als Einzelne, die wir bereits an Lebensstile gewöhnt sind, die auf einer falsch verstandenen Wohlstandskultur beruhen oder auf dem „ungezügelter Wunsch [...], mehr zu konsumieren, als man tatsächlich braucht“ (ebd. 123), und als Beteiligte an einem System, das „die Logik des Gewinns um jeden Preis durchgesetzt hat, ohne an die soziale Ausschlussung oder die Zerstörung der Natur zu denken“⁴.

Nach einer ernsten Gewissenserforschung und erfüllt von solcher Reue können wir unsere Sünden gegen den Schöpfer, gegen die Schöpfung und gegen unsere Brüder und Schwestern beichten. „Der Katechismus der Katholischen Kirche zeigt uns den Beichtstuhl als einen Ort, an dem die Wahrheit uns frei macht für eine Begegnung.“⁵ Wir wissen: „Gott ist größer als unsere Sünde“,⁶ als alle Sünden, einschließlich der gegen die Schöpfung. Wir beichten sie, weil wir bereuen und uns ändern wollen. Und die barmherzige Gnade, die wir im Sakrament empfangen, wird uns helfen, das zu tun.

4. Einen Kurswechsel vornehmen

Die Gewissenserforschung, die Reue und das Bekenntnis gegenüber dem Vater, der reich ist an Barmherzigkeit, führen zu einem festen Vorsatz, das Leben zu ändern. Und dieser muss in Haltungen und konkrete Verhaltensweisen umgesetzt werden, die mehr Achtung

gegenüber der Schöpfung zeigen. Dazu gehört zum Beispiel, Plastik und Papier bedachtsamer zu gebrauchen, die Verschwendung von Wasser, Lebensmitteln und elektrischer Energie zu vermeiden, Abfälle zu sortieren, die anderen Lebewesen sorgsam zu behandeln, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen und zu mehreren Personen ein Fahrzeug miteinander zu teilen und vieles mehr (vgl. *Laudato si'*, 211). Wir dürfen nicht meinen, diese Anstrengungen seien zu gering, um die Welt zu verbessern. Solche Handlungen „verursachen im Schoß dieser Erde etwas Gutes, das stets dazu neigt, sich auszubreiten, manchmal unsichtbar“ (ebd., 212), und ermutigen zu einem „prophetischen und kontemplativen Lebensstil, der fähig ist, sich zutiefst zu freuen, ohne auf Konsum versessen zu sein“ (ebd., 222).

In gleicher Weise muss der Vorsatz, das Leben zu ändern, sich in der Art ausdrücken, wie wir zum Aufbau der Kultur und der Gesellschaft beitragen, zu der wir gehören. Denn „die Pflege der Natur ist Teil eines Lebensstils, der die Fähigkeit zum Zusammenleben und zur Gemeinschaft einschließt“ (ebd., 228). Wirtschaft und Politik, Gesellschaft und Kultur dürfen nicht von einer Mentalität der Kurzfristigkeit und vom Streben nach einem unmittelbaren finanziellen Ertrag oder einem Wahlerfolg beherrscht werden. Sie müssen stattdessen dringend wieder auf das Gemeinwohl ausgerichtet werden, das Nachhaltigkeit und Bewahrung der Schöpfung einschließt.

Ein konkreter Fall ist die „ökologische Schuld“ zwischen dem Norden und dem Süden (vgl. ebd., 51–52) der Erde. Die Erstattung dieser Schuld würde erfordern, für die Umwelt der ärmeren Länder zu sorgen durch die Bereitstellung von Geldmitteln und technischer Unterstützung, die ihnen helfen, mit den Folgen des Klimawandels umzugehen und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Der Schutz des gemeinsamen Hauses verlangt einen zunehmenden politischen Konsens. In diesem Sinn ist es ein Grund zur Zufriedenheit, dass die Länder der Welt im September 2015 die Ziele nachhaltiger Entwicklung (Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung) angenommen und im Dezember 2015 das Klimaabkommen von Paris approbiert haben, das sich das anspruchsvolle, aber grundlegende Ziel setzt, den globalen Temperaturanstieg zu beschränken. Jetzt haben die Regierungen die Verpflichtung, den eingegangenen Verbindlichkeiten nachzukommen, während die Unternehmen verantwortlich ihren Teil beisteuern müssen. Die Aufgabe der Bürger aber besteht darin zu fordern, dass dies geschieht und dass sogar noch ehrgeizigere Ziele angepeilt werden.

³ Bartholomäus I., Message upon the World Day of Prayer for the Protection of Creation (1. September 2012).

⁴ Ansprache, II. Welttreffen der Volksbewegungen, Santa Cruz de la Sierra, Bolivien (9. Juli 2015).

⁵ Dritte Meditation, Geistliche Einkehr zum Jubiläum der Priester, Basilika Sankt Paul vor den Mauern (2. Juni 2016).

⁶ Mittwochsaudienz (30. März 2016).

Der Kurswechsel bedeutet also, „gewissenhaft das ursprüngliche Gebot zu beachten, die Schöpfung vor allem Schaden zu bewahren, und zwar uns selbst wie auch den anderen Menschen zuliebe“⁷. Eine Frage kann uns helfen, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren: „Welche Art von Welt wollen wir denen überlassen, die nach uns kommen, den Kindern, die gerade aufwachsen?“ (Laudato si', 160).

5. Ein neues Werk der Barmherzigkeit

„Nichts vereint mehr mit Gott als eine Tat der Barmherzigkeit – ob es sich nun um die Barmherzigkeit handelt, mit der der Herr uns unsere Sünden vergibt, oder um die Gnade, die er uns schenkt, damit wir die Werke der Barmherzigkeit in seinem Namen vollbringen.“⁸

In Anlehnung an ein Wort des Apostels Jakobus könnten wir sagen: „Die Barmherzigkeit für sich allein ist tot, wenn sie nicht Werke vorzuweisen hat [...] Aufgrund des Wandels unserer globalisierten Welt haben sich einige Formen materieller und spiritueller Armut vervielfacht: Geben wir daher der Phantasie der Nächstenliebe Raum, um neue Möglichkeiten des Handelns zu erkennen. Auf diese Weise wird der Weg der Barmherzigkeit immer konkreter werden.“⁹

Das christliche Leben schließt die Übung der traditionellen Werke der leiblichen und der geistlichen Barmherzigkeit ein.¹⁰ „Gewöhnlich [denken wir] an die Werke der Barmherzigkeit [...], indem wir sie einzeln betrachten und in Verbindung mit einer Einrichtung sehen: Krankenhäuser für die Kranken, Mittagstische für die Hungrigen, Herbergen für die Obdachlosen, Schulen für die, welche eine Ausbildung brauchen, und Beichtstuhl und geistliche Leitung für die, welche Rat und Vergebung nötig haben... Wenn wir sie aber gemeinsam betrachten, dann lautet die Botschaft, dass der Gegenstand der Barmherzigkeit das menschliche Leben selbst ist und zwar in seiner Ganzheit.“¹¹

⁷ Bartholomäus I., Message for the Day of Prayer for the Protection of Creation (1. September 1997).

⁸ Erste Meditation, Geistliche Einkehr zum Jubiläum der Priester, Basilika Sankt Johannes im Lateran (2. Juni 2016).

⁹ Mittwochsaudienz (30. Juni 2016).

¹⁰ Die leiblichen Werke der Barmherzigkeit sind: die Hungrigen speisen; den Dürstenden zu trinken geben; die Nackten bekleiden; die Fremden aufnehmen; die Kranken besuchen; die Gefangenen besuchen; die Toten begraben. Die geistlichen Werke der Barmherzigkeit sind: die Unwissenden lehren; den Zweifelnden recht raten; die Betrübten trösten; die Sünder zurechtweisen; die Lästigen geduldig ertragen; denen, die uns beleidigen, gerne verzeihen; für die Lebenden und die Toten beten.

¹¹ Dritte Meditation, Geistliche Einkehr zum Jubiläum der Priester, Basilika Sankt Paul vor den Mauern (2. Juni 2016).

Selbstverständlich schließt das menschliche Leben selbst in seiner Ganzheit auch die Sorge um das gemeinsame Haus ein. Ich erlaube mir also, eine Ergänzung der beiden traditionellen Aufzählungen der sieben Werke der Barmherzigkeit vorzuschlagen, indem ich jedem von ihnen die Sorge um das gemeinsame Haus anfüge.

Als geistliches Werk der Barmherzigkeit verlangt die Sorge um das gemeinsame Haus die „dankerfüllte[n] Betrachtung der Welt“ (Laudato si', 214); sie „erlaubt uns, durch jedes Ding irgendeine Lehre zu entdecken, die Gott uns übermitteln möchte“ (ebd., 85). Als leibliches Werk der Barmherzigkeit verlangt die Sorge um das gemeinsame Haus die „einfachen alltäglichen Gesten [...], die die Logik der Gewalt, der Ausnutzung, des Egoismus durchbrechen [...], und zeigt sich bei allen Gelegenheiten, die zum Aufbau einer besseren Welt beitragen“ (ebd., 230–231).

6. Zum Schluss lasst uns beten

Trotz unserer Sünden und der erschreckenden Herausforderungen, die vor uns stehen, verlieren wir nie die Hoffnung: „Der Schöpfer verlässt uns nicht, niemals macht er in seinem Plan der Liebe einen Rückzieher, noch reut es ihn, uns erschaffen zu haben [...] denn er hat sich endgültig mit unserer Erde verbunden, und seine Liebe führt uns immer dazu, neue Wege zu finden“ (ebd., 13. 245). Besonders am 1. September und dann das ganze Jahr hindurch wollen wir beten:

„Gott der Armen,
hilf uns,
die Verlassenen und Vergessenen dieser Erde,
die so wertvoll sind in deinen Augen,
zu retten. [...] Gott der Liebe,
zeige uns unseren Platz in dieser Welt
als Werkzeuge deiner Liebe
zu allen Wesen dieser Erde“ (ebd., 246).
Gott der Barmherzigkeit,
lass uns deine Vergebung empfangen
und deine Barmherzigkeit verbreiten
in unserem ganzen gemeinsamen Haus.
Gelobt seist du!
Amen.

Franziskus

Der Apostolische Administrator

Nr. 558 Beschlüsse der Bundeskommission der Arbeitsrechtlichen Kommission 2/2016 vom 16. Juni 2016 in Magdeburg

A. Tarifrunde 2016/2017

I. Mittlere Werte und Bandbreiten

Die nachfolgend festgelegten mittleren Werte und Bandbreiten für die Vergütungs- und Entgeltbestandteile sind bis zum 31. Dezember 2016 befristet. Die Bandbreite beträgt für alle im Beschluss aufgeführten Vergütungs- und Entgeltbestandteile 14 v. H. nach oben und unten.

II. Erhöhung der Regelvergütungen und Tabellenentgelte sowie sonstige Änderungen

1. Die Bundeskommission erhöht die mittleren Werte der Regelvergütungen und Tabellenentgelte der Anlagen 3, 3a, 31, 32 und 33 zu den AVR und der Stundenvergütung der Anlagen 31 und 32 zu den AVR sowie die in den Ziffern III bis X, XIII, XV bis XVII dieses Beschlusses genannten mittleren Werte ausgehend von den am 1. Januar 2016 geltenden Werten wie folgt:

Zeitpunkt	Erhöhung der zum jeweils vorhergehenden Zeitpunkt geltenden Werte um
1. Januar 2016	Ausgangswert
ab 1. Juni 2016	2,4 v. H.

Die Bundeskommission erhöht alle mittleren Werte zur Vergütung und zum Entgelt ausgehend von den am 1. Januar 2017 geltenden mittleren Werten ab 1. Januar 2017 um weitere 2,35 %, soweit im Folgenden nichts anderes geregelt ist.

2. Operationstechnische Assistenten (OTAs)

Erweiterung des Geltungsbereiches um Auszubildende zu Operationstechnischen Assistenten (OTA) in Anlage 7 zu den AVR Abschnitt B II.

3. Auszubildende und Praktikanten

- a) Die Bundeskommission erhöht die mittleren Werte für die Vergütung der Auszubildenden nach Abschnitten B II, C II und E der Anlage 7 zu den AVR ausgehend von dem am 1. Januar 2016 geltenden Werten ab

1. Juni 2016 um einen Festbetrag in Höhe von 35,00 Euro, ab dem 1. Januar 2017 um einen weiteren Festbetrag in Höhe von 30,00 Euro.

- b) Die Bundeskommission erhöht die die mittleren Werte für die Vergütung der Praktikanten nach Abschnitt D der Anlage 7 zu den AVR ausgehend von dem am 1. Januar 2016 geltenden Werten wie folgt:

Zeitpunkt	Erhöhung der zum jeweils vorhergehenden Zeitpunkt geltenden Werte um
1. Januar 2016	Ausgangswert
ab 1. Juni 2016	2,4 v. H.
ab 1. Januar 2017	2,35 v. H.

4. Die sich aus den Ziffern 1 und 3 ergebenden im Anhang wiedergegebenen mittleren Vergütungs- und Entgeltwerte ab 1. Juni 2016 sind Teil dieses Beschlusses.
5. Das Wirksamwerden der Erhöhung der mittleren Werte zum 1. Januar 2017 der Ziffern 1, 3 und 4 verschiebt sich auf den Tag, an dem die neue Entgeltordnung wirksam wird.
6. Anlage 8 zu den AVR und Abschnitt XIII der Anlage 1 zu den AVR werden geändert. Im Zuständigkeitsbereich einer Regionalkommission tritt Ziffer XII Nr. 3 b) des Beschlusses in dem Monat in Kraft, in dem die Werte zur Höhe aller Vergütungs- und Entgeltwerte dieses Beschlusses durch Beschluss der Regionalkommission innerhalb der von der Bundeskommission festgelegten Bandbreite in Kraft treten. Der monatliche Einbehalt von Eigenbeiträgen nach § 1a VersO A Anlage 8 zu den AVR wird ab dem 1. Januar 2017 solange ausgesetzt, bis die neue Entgeltordnung wirksam wird.
7. Die Geltung der Anlage 17a zu den AVR wird um zwei Jahre verlängert.
8. Die Geltung der Anlage 22 zu den AVR wird um ein Jahr verlängert.
9. Sollte der Ausschuss Fahrdienste bis zur Sitzung der Bundeskommission am 8. Dezember 2016 keine Einigung für einen weiteren Zwischenschritt in der Vergütung erzielt haben, gilt der vereinbarte Prozentsatz von 93 % gemäß § 3 Abs.1 Satz 4 Anlage 23 zu den

AVR auch für das Jahr 2017, bezogen auf die zum jeweiligen Zeitpunkt geltende Regelvergütungstabelle in Anlage 3 zu den AVR, unverändert weiter.

10. Anlage 25 zu den AVR wird entfristet.

11. Die Regionalkommissionen können Einmalzahlungen festlegen.

III. Abschnitt IV der Anlage 1 zu den AVR

Die Bundeskommission fasst Abschnitt IV der Anlage 1 zu den AVR wie folgt neu und legt für Dozenten und Lehrkräfte, die nach Ziffer VI der Anmerkungen zu den Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsgruppen 1 bis 12 der Anlage 2 zu den AVR nicht unter die Anlage 2 zu den AVR fallen, die folgenden Regelvergütungskürzungen als mittlere Werte fest:

1. Vergütungsgruppen 2 bis 5b nach Ziffer VI der Anmerkungen zu den Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsgruppen 1 bis 12 der Anlage 2 zu den AVR:

„Bei Dozenten und Lehrkräften der Vergütungsgruppen 2 bis 5b nach Ziffer VI der Anmerkungen zu den Tätigkeitsmerkmalen der Anlage 2 zu den AVR wird die Regelvergütung wie folgt gekürzt:

ab 1. Juni 2016 89,25 Euro.“

2. Vergütungsgruppen 5c bis 8 nach Ziffer VI der Anmerkungen zu den Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsgruppen 1 bis 12 der Anlage 2 zu den AVR:

„Bei Dozenten und Lehrkräften der Vergütungsgruppen 5c bis 8 nach Ziffer VI der Anmerkungen zu den Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsgruppen 1 bis 12 der Anlage 2 zu den AVR wird die Regelvergütung wie folgt gekürzt:

ab 1. Juni 2016 80,34 Euro.“

IV. Abschnitt V der Anlage 1 zu den AVR

Die Bundeskommission legt in Abschnitt V Buchstabe C der Anlage 1 zu den AVR die folgenden mittleren Werte für die Kinderzulage fest:

„(a) Mitarbeiter, deren Dienstverhältnis vor dem 1. Juli 2008 bestanden hat, erhalten für jedes berücksichtigungs-fähige Kind eine Kinderzulage in Höhe von:

ab 1. Juni 2016 112,87 Euro

(b) Die Kinderzulage erhöht sich ab dem 1. Juni 2016 nach folgender Tabelle für

Mitarbeiter nach den Vergütungsgruppen	für das erste zu berücksichtigen-de Kind	für jedes weitere zu berücksichti-gende Kind
VG 12, 11, 10, 9, Kr 1	6,38 Euro	31,88 Euro
VG 9a und Kr 2	6,38 Euro	25,48 Euro
VG 8	6,38 Euro	19,13 Euro.“

V. Abschnitt XI Abs. (d) der Anlage 1 zu den AVR

Die Bundeskommission legt in Abschnitt XI Abs. (d) der Anlage 1 zu den AVR den folgenden mittleren Wert für die Höhe des Einsatzzuschlags im Rettungsdienst fest:

„Der Einsatzzuschlag im Rettungsdienst beträgt

ab 1. Juni 2016 19,28 Euro.“

VI. Anlage 1b zu den AVR

Die Bundeskommission legt in Absatz 2 in § 3 der Anlage 1b zu den AVR die folgenden mittleren Werte für die Besitzstandszulage fest:

Für Mitarbeiter der Vergütungsgruppen	ab 1. Juni 2016
1 bis 2, Kr14, Kr13	133,21 Euro
3 bis 5b, Kr12 bis Kr7	133,21 Euro
5c bis 12, Kr6 bis Kr1	126,88 Euro

VII. Anlagen 2a und 2c zu den AVR

1. Die Bundeskommission legt in Hochziffer 1a in Anlage 2a zu den AVR den folgenden Wert der monatlichen Zulage als mittleren Wert fest:

„Diese Mitarbeiter erhalten eine monatliche Zulage in Höhe von

ab 1. Juni 2016 62,31 Euro.“

2. Die Bundeskommission legt in Hochziffer 1a in Anlage 2c zu den AVR den folgenden Wert der monatlichen Zulage als mittleren Wert fest:

„Diese Mitarbeiter erhalten eine monatliche Zulage in Höhe von

ab 1. Juni 2016 62,31 Euro.“

VIII. Anlage 2b zu den AVR

Die Bundeskommission legt in Anmerkung A zu dem Tätigkeitsmerkmal der Vergütungsgruppe 5b der Anlage 2b zu den AVR folgenden Wert der Vergütungsgruppenzulage als mittleren Wert fest:

„A Diese Mitarbeiter erhalten nach vierjähriger Bewährung in dieser Ziffer eine monatliche Vergütungsgruppenzulage in Höhe von

ab 1. Juni 2016 152,33 Euro.“

IX. Anlage 2d zu den AVR

Die Bundeskommission legt folgende Werte der Vergütungsgruppenzulage als mittlere Werte der Anmerkungen A – F zu den Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsgruppen 1a bis 9 der Anlage 2d zu den AVR fest:

„Die Vergütungsgruppenzulage nach den Anmerkungen A–F beträgt in Euro:

ab	A	B	C	D	E	F
1. Juni 2016	103,80	124,57	137,57	152,33	126,95	169,03.“

X. Anlage 6a zu den AVR

1. Die Bundeskommission legt in § 1 Abs. 1 Satz 2 lit. e) der Anlage 6a zu den AVR den folgenden Wert als mittleren Wert fest:

„e) für Arbeit zwischen 20.00 Uhr und 6.00 Uhr

ab 1. Juni 2016 1,52 Euro.“

2. Die Bundeskommission legt in § 1 Abs. 1 Satz 2 lit. f) der Anlage 6a zu den AVR den folgenden Wert als mittleren Wert fest:

„f) für Arbeit an Samstagen in der Zeit von 13.00 Uhr bis 20.00 Uhr

ab 1. Juni 2016 0,76 Euro.“

XI. Anlage 7 zu den AVR

1. In Abschnitt B II der Anlage 7 zu den AVR wird Satz 1 des Absatzes zum Geltungsbereich wie folgt neu gefasst:

„Diese Ordnung gilt für die Schüler, die nach Maß-

gabe des Krankenpflegegesetzes vom 16. Juli 2003 (Bundesgesetzblatt I Seite 1442), des Hebammengesetzes vom 4. Juni 1985 (Bundesgesetzblatt I, Seite 1690) oder der Empfehlung der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) für Ausbildung und Prüfung von Operationstechnischen Assistenten (OTA) in der jeweils geltenden Fassung in Schulen an Krankenhäusern, Altenpflegeschulen oder Schulen/Berufsfachschulen für Operationstechnische Assistenten ausgebildet werden.

Anmerkung:

Dieser Abschnitt findet für Auszubildende zu Operationstechnischen Assistenten erstmalig Anwendung, wenn die Ausbildung ab dem 1. Juli 2016 begonnen wird oder der Wechsel in das nächste Ausbildungsjahr erfolgt.“

2. Die Bundeskommission legt in § 1 Abs. (a) Satz 2 Abschnitt B II der Anlage 7 zu den AVR die folgenden Werte als mittlere Werte fest:

„²Sie beträgt

	ab 1. Juni 2016
im ersten Ausbildungsjahr	1.010,69 Euro
im zweiten Ausbildungsjahr	1.072,07 Euro
im dritten Ausbildungsjahr	1.173,38 Euro.

²Sie beträgt

	ab 1. Juni 2017
im ersten Ausbildungsjahr	1.040,69 Euro
im zweiten Ausbildungsjahr	1.102,07 Euro
im dritten Ausbildungsjahr	1.203,38 Euro.“

3. Die Höhe der Ausbildungsvergütung für die Krankenpflegehelfer sowie Altenpflegehelfer gemäß § 1 Abs. (a) Satz 2 Abschnitt C II der Anlage 7 zu den AVR wird wie folgt geändert und der folgende Wert wird als mittlerer Wert festgelegt:

„²Sie beträgt

ab 1. Juni 2016	934,91 Euro
ab 1. Januar 2017	964,91 Euro.“

4. Die Höhe des Entgelts für Praktikanten nach abgelegtem Examen gemäß § 1 Abs. (a) Satz 2 Abschnitt D der Anlage 7 zu den AVR wird wie folgt geändert und die folgenden Werte werden als mittlere Werte festgelegt:

„²Es beträgt für

	ab 1. Juni 2016
1. Pharmazeutisch-techni. Assistent/inn/en	1.467,53 Euro
2. Masseure und med. Bademeister/innen	1.412,17 Euro
3. Sozialarbeiter/innen	1.686,58 Euro
4. Sozialpädagoge/inn/en	1.686,58 Euro
5. Erzieher/innen	1.467,53 Euro
6. Kinderpfleger/innen	1.412,17 Euro
7. Altenpfleger/innen	1.467,53 Euro
8. Haus- und Familienpfleger/innen	1.467,53 Euro
9. Heilerziehungshelfer/innen	1.412,17 Euro
10. Heilerziehungspfleger/innen	1.527,86 Euro
11. Arbeitserzieher/innen	1.527,86 Euro
12. Rettungsassistent/inn/en	1.412,17 Euro.

²Es beträgt für

	ab 1. Juni 2017
1. Pharmazeutisch-techni. Assistent/inn/en	1.502,02 Euro
2. Masseure und med. Bademeister/innen	1.445,36 Euro
3. Sozialarbeiter/innen	1.726,21 Euro
4. Sozialpädagoge/inn/en	1.726,21 Euro
5. Erzieher/innen	1.502,02 Euro
6. Kinderpfleger/innen	1.445,36 Euro
7. Altenpfleger/innen	1.502,02 Euro
8. Haus- und Familienpfleger/innen	1.502,02 Euro
9. Heilerziehungshelfer/innen	1.445,36 Euro
10. Heilerziehungspfleger/innen	1.563,76 Euro
11. Arbeitserzieher/innen	1.563,76 Euro
12. Rettungsassistent/inn/en	1.445,36 Euro.“

5. Die Höhe des Entgelts für Auszubildende gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Abschnitt E der Anlage 7 zu den AVR wird wie folgt geändert und die folgenden Werte werden als mittlere Werte festgelegt:

„²Es beträgt

	ab 1. Juni 2016
im ersten Ausbildungsjahr	888,26 Euro
im zweiten Ausbildungsjahr	938,20 Euro
im dritten Ausbildungsjahr	984,02 Euro
im vierten Ausbildungsjahr	1.047,59 Euro.

²Es beträgt

	ab 1. Juni 2017
im ersten Ausbildungsjahr	918,26 Euro
im zweiten Ausbildungsjahr	968,20 Euro

im dritten Ausbildungsjahr	1.014,02 Euro
im vierten Ausbildungsjahr	1.077,59 Euro.“

XII. Anlage 8 zu den AVR (sowie Verweis in Anlage 1 Abschnitt XIII zu den AVR)

1. Änderung des Abschnitts XIII der Anlage 1 zu den AVR

Abschnitt XIII der Anlage 1 zu den AVR wird wie folgt neu gefasst:

„XIII Zusätzliche Altersversorgung

Der Dienstgeber ist verpflichtet, die Versorgung der Mitarbeiter für Alter und Individualität gemäß den Bestimmungen der Anlage 8 zu den AVR zu veranlassen.“

2. Änderungen der Anlage 8 zu den AVR

- a) Der Titel der Anlage 8 zu den AVR wird von „Versorgungsordnungen“ in „Zusätzliche Altersversorgung“ geändert.
- b) Vor der Versorgungsordnung A (VersO A) wird unter entsprechender Änderung in der Inhaltsangabe folgender Titel mit Regelung aufgenommen:

„Grundsatz der Versorgung für Alter und Invalidität

¹Der Dienstgeber ist verpflichtet, die Versorgung der Mitarbeiter für Alter und Invalidität gemäß den Bestimmungen dieser Anlage (Versorgungsordnung A/Versorgungsordnung B) zu veranlassen. ²Grundsätzlich findet Versorgungsordnung A Anwendung. ³Versorgungsordnung B ist anzuwenden, sofern der Dienstgeber nicht Beteiligter einer öffentlich-rechtlichen Zusatzversorgungseinrichtung ist.“

3. Änderung der Versorgungsordnung A in Anlage 8 zu den AVR

- a) In § 1 der Anlage 8, Versorgungsordnung A zu den AVR wird unter entsprechender Änderung in der Inhaltsangabe der Titel „Gesamtversorgung“ durch „Versorgungszusage“ ersetzt.

- b) § 1a der Anlage 8, Versorgungsordnung A zu den AVR wird wie folgt neu gefasst:

„§ 1a Beitragssatz

(1) ¹Der Dienstgeber trägt die von der Zusatzversorgungskasse nach § 62 der Satzung der Zusatzversorgungskasse festgesetzten Beiträge bis zu einer Höhe von 5,2 v.H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts des Beschäftigten allein. ²An dem darüber hinausgehenden Beitrag des Dienstgebers zur Pflichtversicherung beteiligt sich der Beschäftigte zur Hälfte mit einem Eigenbeitrag im Sinne des § 61 Abs. 2 der Satzung der Zusatzversorgungskasse.

(2) ¹Der Dienstgeber führt die Beiträge als Schuldner nach § 61 Abs. 1 lit. a) der Satzung der Zusatzversorgungskasse ab. ²Dies umfasst auch die Eigenbeiträge der Beschäftigten. ³Der Dienstgeber behält den Eigenbeitrag des Beschäftigten vom Arbeitsentgelt des Beschäftigten ein. ⁴Die Beteiligung erfolgt für jeden Kalendermonat, für den der Beschäftigte einen Anspruch auf Bezüge (Entgelt, sonstige Zuwendungen, Krankenbezüge) oder einen Anspruch auf Krankengeldzuschuss hat, auch wenn dieser wegen der Höhe der Barleistungen des Sozialversicherungsträgers nicht gezahlt wird.

(3) ¹Dem Beschäftigten wird unter Bezug auf § 30e Abs. 2 BetrAVG das Recht, nach § 1b Abs. 5 Nr. 2 BetrAVG die Pflichtversicherung nach Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis mit eigenen Beiträgen fortzusetzen, nicht eingeräumt, sofern die Satzung der Zusatzversorgungskasse dies nicht ausdrücklich vorsieht. ²Ist die persönliche Beteiligung des Beschäftigten und die Übernahme der Pflichtbeitragschuld nach der Satzung der Zusatzversorgungskasse vorgesehen, richten sich alle weiteren Ansprüche, die aus diesen Beiträgen entstehen, ausschließlich nach deren Satzung, ohne dass Ansprüche gegenüber dem Dienstgeber entstehen.

(4) Der Anspruch des Beschäftigten nach § 1 Abs. 2 Nr. 4 zweiter Halbsatz BetrAVG in Verbindung mit § 1a Abs. 3 BetrAVG,

zu verlangen, dass die Voraussetzungen für eine Förderung nach den §§ 10a, 82 Abs. 2 EStG erfüllt werden, ist ausgeschlossen, wenn die Satzung der Zusatzversorgungskasse diese Förderungsmöglichkeit nicht ausdrücklich vorsieht.

(5) ¹Der Anspruch des Beschäftigten nach § 1 Abs. 2 Nr. 4 zweiter Halbsatz BetrAVG in Verbindung mit § 1a Abs. 4 BetrAVG auf Fortführung der Versicherung mit eigenen Beiträgen in entgeltlosen Zeiten während des Beschäftigungsverhältnisses ist für die Pflichtversicherung ausgeschlossen, sofern die Satzung der Zusatzversorgungskasse dies nicht ausdrücklich vorsieht. ²Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.

(6) ¹Soweit die Zusatzversorgungskasse einen Beitrag im Sinne von Absatz 1 im Zeitraum

- a) vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2017 von mehr als 5,3 v.H.
 - b) vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2019 von mehr als 5,8 v.H.
 - c) vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2021 von mehr als 6,3 v.H.
 - d) vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2023 von mehr als 6,8 v.H.
- oder
- e) von mehr als 7,1 v.H. ab dem 1. Januar 2024

erhebt, ist in diesen Zeiträumen der Eigenbeitrag des Mitarbeiters nach Absatz 1 Satz 2 auf die jeweilige Hälfte der Differenz zwischen 5,2 v.H. und den jeweiligen in Halbsatz 1 genannten v. H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts beschränkt. ²Erhebt die Zusatzversorgungskasse in den in Satz 1, 1. Halbsatz genannten Zeiträumen geringere Beiträge als die dort genannten, verbleibt es bei der Anwendung von Absatz 1 Satz 2.“

(7) ¹Die Regelungen des Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 Sätze 2 bis 4 und Absatz 6 treten mit Ablauf des Tages vor dem Tag außer Kraft, an dem ein Leistungsrecht der Zusatzversorgungskasse i. S. d. § 1 Abs. 2 wirksam wird, das nicht dem in dem Tarifvertrag über die zusätzliche Altersvorsorge

der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – Altersvorsorge-TV-Kommunal (ATV-K), abgeschlossen zwischen der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände und u. a. ver.di – Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft, in der jeweils geltenden Fassung festgelegten Versorgungsanspruch entspricht. ²Sie treten außerdem mit dem Ablauf des Tages vor dem Tag außer Kraft, an dem eine Satzungsbestimmung der Zusatzversorgungskasse wirksam wird, nach der nicht mindestens 50 Prozent der Mitglieder der Organe der Zusatzversorgungskasse ausgenommen deren Vorstand Versicherte oder ihre Vertreter sein sollen. ³Bei der Zahl der Organmitglieder im Sinne des Satzes 2 bleiben neutrale Vorsitzende unberücksichtigt.“

- c) § 2 der Anlage 8, Versorgungsordnung A zu den AVR wird unter Beifügung eines neuen Absatzes 2 wie folgt gefasst:

„§ 2 Ausnahmeregelung

(1) ¹Die Versicherung bei der Zusatzversorgungskasse entfällt für Mitarbeiter, die bei einem Dienstgeber beschäftigt sind, der Beteiligter ist bei einer Zusatzversorgungseinrichtung, mit der die Zusatzversorgungskasse ein Überleitungsabkommen abgeschlossen hat oder ein solches abschließen kann, für die Dauer der Versicherung bei dieser Zusatzversorgungseinrichtung. ²Die Ansprüche dieser Mitarbeiter bestimmen sich ausschließlich nach der Satzung der jeweiligen Zusatzversorgungseinrichtung.

(2) ¹Soweit ein Dienstgeber die Versorgung der Mitarbeiter für Alter und Invalidität abweichend von § 1 über eine kommunale oder andere Zusatzversorgungseinrichtung i. S. d. Absatzes 1 veranlasst, findet § 1a mit Ausnahme von dessen Absätzen 6 und 7 entsprechende Anwendung. ²Dies gilt auch, wenn diese Zusatzversorgungseinrichtung durch Umlagen oder im Kombinationsmodell dazu zusätzlich kapitalgedeckt durch Zusatzbeiträge finanziert ist. ³Die Höhe und Art des Eigenbetrages richten sich nach der Satzung und den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen der jeweiligen Zusatzversorgungseinrichtung sowie den

ihnen jeweils zugrunde liegenden Regelungen des Tarifvertrages über die betriebliche Altersversorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Tarifvertrag Altersversorgung – ATV), des Tarifvertrages über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – Altersvorsorge-TV-Kommunal (ATV-K) – und entsprechender arbeitsrechtlicher Regelungen und Tarifverträge nach dem Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzgesetz – ARGG-EKD.“

XIII. Anlage 14 zu den AVR

Die Bundeskommission fasst § 7 Absatz 1 Buchstabe a) und Buchstabe b) der Anlage 14 zu den AVR wie folgt neu und legt die folgenden Werte als mittlere Werte fest:

„(1) Das Urlaubsgeld beträgt

- a) für die am 1. Juli vollbeschäftigten Mitarbeiter der Vergütungsgruppen 1 bis 5b der Anlagen 2, 2b und 2d zu den AVR und der Vergütungsgruppen Kr14 bis Kr7 der Anlagen 2a und 2c zu den AVR

ab 1. Juni 2016 300,64 Euro.

- b) für die am 1. Juli vollbeschäftigten Mitarbeiter der Vergütungsgruppen 5c bis 12 der Anlagen 2, 2b und 2d zu den AVR und der Vergütungsgruppen Kr6 bis Kr1 der Anlagen 2a und 2c zu den AVR

ab 1. Juni 2016 390,83 Euro.“

XIV. Anlage 17a zu den AVR

Die Bundeskommission fasst § 1 Abs. 2 der Anlage 17a zu den AVR wie folgt neu:

„(2) Diese Regelung gilt für Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 2018 die jeweiligen Voraussetzungen dieser Regelungen erfüllen und deren Altersteilzeitdienstverhältnis oder deren flexible Altersarbeitszeit vor dem 1. Januar 2019 begonnen hat.“

XV. Anlage 22 zu den AVR

Die Bundeskommission fasst § 6 der Anlage 22 zu den AVR wie folgt neu:

„(2) Diese Regelung tritt zum 1. April 2012 in Kraft und ist bis zum 31. Dezember 2017 befristet.“

XVI. Anlage 23 zu den AVR

Die Bundeskommission fasst § 3 Absatz 1 Satz 4 der Anlage 23 zu den AVR wie folgt neu:

„⁴Im Jahr 2016 und 2017 beträgt die Vergütung abweichend von Satz 1 93,00 v. H. der festgelegten Vergütung nach Vergütungsgruppe 11 Stufe 1 der zum jeweiligen Zeitpunkt geltenden Regelvergütungstabelle in Anlage 3 zu den AVR.“

XVII. Anlage 25 zu den AVR

Die Bundeskommission fasst § 4 der Anlage 25 zu den AVR wie folgt neu:

„Diese Regelung tritt zum 1. Januar 2014 in Kraft.“

XVIII. Anlage 31 zu den AVR

Die Bundeskommission legt in § 14 Absatz 4 Satz 2 der Anlage 31 zu den AVR die folgenden mittleren Werte für die Garantiebeträge fest:

„²Beträgt der Unterschiedsbetrag zwischen dem derzeitigen Tabellenentgelt und dem Tabellenentgelt nach Satz 1

in den Entgeltgruppen 1 bis 8 weniger als

ab 1. Juni 2016 57,63 Euro

bzw. in den Entgeltgruppen 9 bis 15 weniger als

ab 1. Juni 2016 92,22 Euro

so erhält der Mitarbeiter während der betreffenden Stufenlaufzeit anstelle des Unterschiedsbetrags einen Garantiebtrag von monatlich

in den Entgeltgruppen 1 bis 8

ab 1. Juni 2016 57,63 Euro

bzw. in den Entgeltgruppen 9 bis 15

ab 1. Juni 2016 92,22 Euro.“

XIX. Anlage 32 zu den AVR

Die Bundeskommission legt in § 14 Absatz 4 der Anlage

32 zu den AVR die folgenden mittleren Werte für die Garantiebeträge fest:

„²Beträgt der Unterschiedsbetrag zwischen dem derzeitigen Tabellenentgelt und dem Tabellenentgelt nach Satz 1

in den Entgeltgruppen 1 bis 8 weniger als

ab 1. Juni 2016 57,63 Euro

bzw. in den Entgeltgruppen 9 bis 15 weniger als

ab 1. Juni 2016 92,22 Euro

so erhält der Mitarbeiter während der betreffenden Stufenlaufzeit anstelle des Unterschiedsbetrags einen Garantiebtrag von monatlich

in den Entgeltgruppen 1 bis 8

ab 1. Juni 2016 57,63 Euro

bzw. in den Entgeltgruppen 9 bis 15

ab 1. Juni 2016 92,22 Euro.“

XX. Anlage 33 zu den AVR

Die Bundeskommission legt in § 13 Absatz 4 Satz 2 der Anlage 33 zu den AVR die folgenden mittleren Werte für die Garantiebeträge fest:

„²Beträgt der Unterschiedsbetrag zwischen dem derzeitigen Tabellenentgelt und dem Tabellenentgelt nach Satz 1

in den Entgeltgruppen 1 bis 8 weniger als

ab 1. Juni 2016 57,63 Euro

bzw. in den Entgeltgruppen 9 bis 15 weniger als

ab 1. Juni 2016 92,22 Euro

so erhält der Mitarbeiter während der betreffenden Stufenlaufzeit anstelle des Unterschiedsbetrags einen Garantiebtrag von monatlich

in den Entgeltgruppen 1 bis 8

ab 1. Juni 2016 57,63 Euro

bzw. in den Entgeltgruppen 9 bis 15

ab 1. Juni 2016 92,22 Euro.“

XXI. In-Kraft-Treten

Dieser Beschluss tritt zum 1. Juni 2016 in Kraft. Abweichend davon tritt Ziffer XII Nr. 3 b) des Beschlusses in dem Monat in Kraft, in dem die Werte zur Höhe aller Vergütungs- und Entgeltwerte dieses Beschlusses durch Beschluss der Regionalkommission innerhalb der von

der Bundeskommission festgelegten Bandbreite in Kraft treten. Abweichend davon tritt Ziffer XVI des Beschlusses zum 1. Januar 2017 nur dann in Kraft, wenn der Ausschuss Fahrdienste bis zur Sitzung der Bundeskommission am 8. Dezember 2016 keine Einigung für einen weiteren Zwischenschritt in der Vergütung erzielt hat.

Für das Bistum Limburg

Limburg, 1. September 2016 + Weihbischof Manfred Grothe
Az.: 359H/53157/16/01/6 Apostolischer Administrator

Anhang: Regelvergütung und Tabellenentgelte in den Richtlinien für Arbeitsverträge in den Einrichtungen des Deutschen Caritasverbandes e.V. ab 1. Juni 2016

Anlage 3 – Regelvergütung ab 1. Juni 2016

Vergütungsgruppe	Grundvergütungssätze in Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1	4.471,57 €	4.863,18 €	5.254,79 €	5.460,25 €	5.665,67 €	5.871,03 €	6.076,47 €	6.281,88 €	6.487,26 €	6.692,70 €	6.898,11 €	7.086,18 €
1a	4.139,48 €	4.477,37 €	4.815,22 €	5.003,35 €	5.191,48 €	5.379,59 €	5.567,77 €	5.755,86 €	5.944,05 €	6.132,12 €	6.320,26 €	6.404,72 €
1b	3.838,11 €	4.127,95 €	4.417,85 €	4.602,11 €	4.786,44 €	4.970,72 €	5.154,99 €	5.339,29 €	5.523,56 €	5.707,88 €	5.784,66 €	- €
2	3.652,84 €	3.900,44 €	4.148,09 €	4.301,65 €	4.455,22 €	4.608,85 €	4.762,43 €	4.916,01 €	5.069,55 €	5.223,12 €	5.321,08 €	- €
3	3.324,85 €	3.537,93 €	3.751,00 €	3.891,17 €	4.031,29 €	4.171,46 €	4.311,55 €	4.451,69 €	4.591,86 €	4.732,01 €	4.753,11 €	- €
4a	3.102,45 €	3.280,66 €	3.463,05 €	3.585,95 €	3.708,81 €	3.831,64 €	3.954,49 €	4.077,39 €	4.200,23 €	4.317,35 €	- €	- €
4b	2.902,99 €	3.052,12 €	3.201,23 €	3.307,56 €	3.415,05 €	3.522,55 €	3.630,08 €	3.737,59 €	3.845,11 €	3.929,54 €	- €	- €
5b	2.725,89 €	2.847,13 €	2.973,87 €	3.067,03 €	3.156,51 €	3.246,17 €	3.338,29 €	3.430,42 €	3.522,55 €	3.583,98 €	- €	- €
5c	2.539,65 €	2.633,78 €	2.731,13 €	2.812,51 €	2.898,25 €	2.983,96 €	3.069,71 €	3.155,43 €	3.231,83 €	- €	- €	- €
6b	2.410,07 €	2.488,44 €	2.566,83 €	2.622,01 €	2.679,06 €	2.736,19 €	2.795,75 €	2.859,07 €	2.922,48 €	2.969,06 €	- €	- €
7	2.293,30 €	2.358,93 €	2.424,48 €	2.470,84 €	2.517,21 €	2.563,58 €	2.610,24 €	2.658,93 €	2.707,65 €	2.737,91 €	- €	- €
8	2.186,19 €	2.240,58 €	2.294,96 €	2.330,14 €	2.362,12 €	2.394,08 €	2.426,07 €	2.458,06 €	2.490,02 €	2.522,03 €	2.552,40 €	- €
9a	2.116,67 €	2.157,70 €	2.198,71 €	2.230,58 €	2.262,44 €	2.294,33 €	2.326,23 €	2.358,13 €	2.389,98 €	- €	- €	- €
9	2.068,74 €	2.113,48 €	2.158,28 €	2.191,88 €	2.222,24 €	2.252,66 €	2.283,01 €	2.313,41 €	- €	- €	- €	- €
10	1.920,27 €	1.957,06 €	1.993,87 €	2.027,44 €	2.057,80 €	2.088,17 €	2.118,57 €	2.148,97 €	2.169,77 €	- €	- €	- €
11	1.799,31 €	1.845,10 €	1.873,90 €	1.896,31 €	1.918,66 €	1.941,08 €	1.963,44 €	1.985,86 €	2.008,25 €	- €	- €	- €
12	1.723,60 €	1.752,36 €	1.781,18 €	1.803,53 €	1.825,95 €	1.848,31 €	1.870,73 €	1.893,10 €	1.915,48 €	- €	- €	- €

Anlage 3a – Regelvergütung ab 1. Juni 2016

Vergütungsgruppe	Grundvergütungssätze in Stufe								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Kr 14	4.727,62 €	4.867,93 €	5.008,23 €	5.117,39 €	5.226,52 €	5.335,66 €	5.444,78 €	5.553,94 €	5.663,07 €
Kr 13	4.229,61 €	4.369,91 €	4.510,25 €	4.619,38 €	4.728,48 €	4.837,63 €	4.946,79 €	5.055,91 €	5.165,07 €
Kr 12	3.899,57 €	4.030,27 €	4.160,92 €	4.262,52 €	4.364,18 €	4.465,80 €	4.567,43 €	4.669,04 €	4.770,71 €
Kr 11	3.677,55 €	3.802,96 €	3.928,38 €	4.025,95 €	4.123,48 €	4.221,03 €	4.318,56 €	4.416,10 €	4.513,65 €
Kr 10	3.465,23 €	3.581,59 €	3.697,95 €	3.788,43 €	3.878,94 €	3.969,39 €	4.059,89 €	4.150,37 €	4.240,89 €
Kr 9	3.270,36 €	3.377,92 €	3.485,55 €	3.569,24 €	3.652,95 €	3.736,66 €	3.820,34 €	3.904,03 €	3.987,71 €
Kr 8	3.093,66 €	3.190,43 €	3.288,65 €	3.366,20 €	3.443,76 €	3.521,30 €	3.598,82 €	3.676,39 €	3.753,90 €
Kr 7	2.932,94 €	3.022,36 €	3.111,74 €	3.181,29 €	3.251,16 €	3.322,79 €	3.394,41 €	3.466,04 €	3.537,63 €
Kr 6	2.743,94 €	2.825,88 €	2.907,81 €	2.971,51 €	3.035,26 €	3.098,99 €	3.162,72 €	3.226,44 €	3.291,68 €

Kr 5a	2.655,04 €	2.731,64 €	2.808,24 €	2.867,82 €	2.927,37 €	2.986,98 €	3.046,56 €	3.106,14 €	3.165,70 €
Kr 5	2.593,99 €	2.666,48 €	2.738,95 €	2.795,30 €	2.851,71 €	2.908,06 €	2.964,40 €	3.020,78 €	3.077,17 €
Kr 4	2.483,65 €	2.548,07 €	2.612,50 €	2.662,59 €	2.712,70 €	2.762,80 €	2.812,92 €	2.863,03 €	2.913,12 €
Kr 3	2.381,30 €	2.436,04 €	2.490,80 €	2.533,38 €	2.575,94 €	2.618,53 €	2.661,10 €	2.703,68 €	2.746,26 €
Kr 2	2.204,95 €	2.252,90 €	2.300,90 €	2.338,24 €	2.375,53 €	2.412,87 €	2.450,16 €	2.487,49 €	2.524,81 €
Kr 1	2.116,98 €	2.159,70 €	2.202,41 €	2.235,61 €	2.268,82 €	2.302,03 €	2.335,24 €	2.368,42 €	2.401,65 €

Anlage 31 – Tabellenentgelt Anhang A ab 1. Juni 2016

	Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
		Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
	15	4.280,05 €	4.748,72 €	4.923,20 €	5.546,38 €	6.020,00 €	6.331,60 €
	14	3.876,23 €	4.299,99 €	4.549,26 €	4.923,20 €	5.496,55 €	5.808,12 €
	13	3.573,37 €	3.963,48 €	4.175,38 €	4.586,64 €	5.159,99 €	5.396,82 €
	12	3.204,27 €	3.552,17 €	4.050,72 €	4.486,96 €	5.047,84 €	5.297,11 €
	11	3.095,36 €	3.427,56 €	3.676,82 €	4.050,72 €	4.592,90 €	4.842,18 €
	10	2.986,43 €	3.302,89 €	3.552,17 €	3.801,47 €	4.275,08 €	4.387,25 €
	9 ¹⁾	2.648,85 €	2.925,94 €	3.071,16 €	3.464,92 €	3.776,53 €	4.025,78 €
	8	2.485,48 €	2.744,42 €	2.865,46 €	2.974,36 €	3.095,36 €	3.171,59 € ²⁾
	7	2.333,03 € ³⁾	2.575,02 €	2.732,33 €	2.853,36 €	2.944,10 €	3.028,81 €
	6	2.289,44 €	2.526,62 €	2.647,62 €	2.762,59 €	2.841,25 €	2.919,91 € ⁴⁾
	5	2.197,47 €	2.423,78 €	2.538,73 €	2.653,69 €	2.738,39 €	2.798,90 €
	4	2.093,40 € ^{5b)}	2.308,81 €	2.454,02 €	2.538,73 €	2.623,44 €	2.673,03 €
	3 ⁵⁾	2.060,76 €	2.272,49 €	2.333,03 €	2.429,82 €	2.502,44 €	2.568,98 €
	2	1.908,26 €	2.103,09 €	2.163,60 €	2.224,12 €	2.357,19 €	2.496,38 €
	1	- €	1.711,04 €	1.740,08 €	1.776,39 €	1.810,25 €	1.897,38 €
Für Mitarbeiter im Pflegedienst:							
1)	E9b	- €	- €	3.174,02 €	3.365,23 €	3.602,03 €	3.826,37 €
2)	3.220,01 €						
3)	2.393,52 €						
4)	2.986,43 €						
5)	2.153,91 €						
6)	E3a						
	38,5 Std.	2.032,03 €	2.096,25 €	2.139,68 €	2.171,79 €	2.194,45 €	2.228,45 €
	39 Std.	2.057,21 €	2.122,24 €	2.166,24 €	2.198,77 €	2.221,72 €	2.256,16 €
	40 Std.	2.107,53 €	2.174,24 €	2.219,37 €	2.252,73 €	2.276,27 €	2.311,59 €

Anlage 31 – Tabellenentgelt Anhang B ab 1. Juni 2016

EG allg. Tabelle (TVÖD)	EG KR (TVÖD)	Zuordnungen Vergütungsgruppen KR/KR- Verläufe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
			Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
EG 12	12a	12 mit Aufstieg nach 13	- €	- €	4.050,72 €	4.486,96 €	5.047,84 €	5.297,11 €
			- €	- €	- €	nach 2 J. St. 3	nach 3 J. St. 4	- €

EG 11	11b	11 mit Aufstieg nach 12	- €	- €	- €	4.050,72 €	4.592,90 €	4.842,18 €
	11a	10 mit Aufstieg nach 11	- €	- €	3.676,82 €	4.050,72 €	4.592,90 €	- €
			- €	- €	- €	nach 2 J. St. 3	nach 5 J. St. 4	- €
EG 10	10a	9 mit Aufstieg nach 10	- €	- €	3.552,17 €	3.801,47 €	4.275,08 €	- €
			- €	- €	- €	nach 2 J. St. 3	nach 3 J. St. 4	- €
EG 9, EG 9 b	9d	8 mit Aufstieg nach 9	- €	- €	3.464,92 €	3.776,53 €	4.025,78 €	- €
			- €	- €	- €	nach 4 J. St. 3	nach 2 J. St. 4	- €
	9c	7 mit Aufstieg nach 8	- €	- €	3.365,23 €	3.602,03 €	3.826,37 €	- €
			- €	- €	- €	nach 5 J. St. 3	nach 5 J. St. 4	- €
	9b	6 mit Aufstieg nach 7	- €	- €	3.071,16 €	3.464,92 €	3.602,03 €	- €
		7 ohne Aufstieg	- €	- €		nach 5 J. St. 3	nach 5 J. St. 4	- €
	9a	6 ohne Aufstieg	- €	- €	3.071,16 €	3.174,02 €	3.365,23 €	- €
			- €	- €	- €	nach 5 J. St. 3	nach 5 J. St. 4	- €
EG 7, EG 8, EG 9 b	8a	5 a mit Aufstieg nach 6	- €	2.732,33 €	2.865,46 €	2.974,36 €	3.174,02 €	3.365,23 €
		5 mit Aufstieg nach 5a und 6	- €	2.732,33 €	2.865,46 €	2.974,36 €	3.174,02 €	3.365,23 €
		5 mit Aufstieg nach 6	2.575,02 €	2.732,33 €	2.865,46 €	2.974,36 €	3.174,02 €	3.365,23 €
EG 7, EG 8	7a	5 mit Aufstieg nach 5a	- €	2.575,02 €	2.732,33 €	2.974,36 €	3.095,36 €	3.220,01 €
		4 mit Aufstieg nach 5 und 5a	2.393,52 €	2.575,02 €	2.732,33 €	2.974,36 €	3.095,36 €	3.220,01 €
		4 mit Aufstieg nach 5	2.393,52 €	2.575,02 €	2.732,33 €	2.974,36 €	3.095,36 €	- €
EG 4, EG 6	4a	2 mit Aufstieg nach 3 und 4	2.153,91 €	2.308,81 €	2.454,02 €	2.762,59 €	2.841,25 €	2.986,43 €
		3 mit Aufstieg nach 4	2.153,91 €	2.308,81 €	2.454,02 €	2.762,59 €	2.841,25 €	2.986,43 €
		2 ohne Aufstieg	2.153,91 €	2.308,81 €	2.454,02 €	- €	- €	- €
EG 3, EG 4	3a	1 mit Aufstieg nach 2 - 38,5 Std.	2.032,03 €	2.096,25 €	2.139,68 €	2.171,79 €	2.194,45 €	2.228,45 €
		1 mit Aufstieg nach 2 - 39 Std.	2.057,21 €	2.122,24 €	2.166,24 €	2.198,77 €	2.221,72 €	2.256,16 €
		1 mit Aufstieg nach 2 - 40 Std.	2.107,53 €	2.174,24 €	2.219,37 €	2.252,73 €	2.276,27 €	2.311,59 €

Anlage 31 – Stundenentgelttabelle Anhang C ab 1. Juni 2016

Entgeltgruppe	Stundenentgelt
Kr12a	25,18 €
Kr11b	23,52 €
Kr11a	22,23 €
Kr10a	20,82 €
Kr9d	20,05 €
Kr9c	19,34 €
Kr9b	18,46 €
Kr9a	18,17 €
Kr8a	17,36 €
Kr7a	16,64 €
Kr4a	15,41 €
Kr3a	12,84 €

Anlage 32 – Tabellenentgelt Anhang A ab 1. Juni 2016

	Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
		Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
	15	4.280,05 €	4.748,72 €	4.923,20 €	5.546,38 €	6.020,00 €	6.331,60 €

	14	3.876,23 €	4.299,99 €	4.549,26 €	4.923,20 €	5.496,55 €	5.808,12 €
	13	3.573,37 €	3.963,48 €	4.175,38 €	4.586,64 €	5.159,99 €	5.396,82 €
	12	3.204,27 €	3.552,17 €	4.050,72 €	4.486,96 €	5.047,84 €	5.297,11 €
	11	3.095,36 €	3.427,56 €	3.676,82 €	4.050,72 €	4.592,90 €	4.842,18 €
	10	2.986,43 €	3.302,89 €	3.552,17 €	3.801,47 €	4.275,08 €	4.387,25 €
	9 ¹⁾	2.648,85 €	2.925,94 €	3.071,16 €	3.464,92 €	3.776,53 €	4.025,78 €
	8	2.485,48 €	2.744,42 €	2.865,46 €	2.974,36 €	3.095,36 €	3.171,59 € ²⁾
	7	2.333,03 € ³⁾	2.575,02 €	2.732,33 €	2.853,36 €	2.944,10 €	3.028,81 €
	6	2.289,44 €	2.526,62 €	2.647,62 €	2.762,59 €	2.841,25 €	2.919,91 € ⁴⁾
	5	2.197,47 €	2.423,78 €	2.538,73 €	2.653,69 €	2.738,39 €	2.798,90 €
	4	2.093,40 € ⁵⁾	2.308,81 €	2.454,02 €	2.538,73 €	2.623,44 €	2.673,03 €
	3 ⁶⁾	2.060,76 €	2.272,49 €	2.333,03 €	2.429,82 €	2.502,44 €	2.568,98 €
	2	1.908,26 €	2.103,09 €	2.163,60 €	2.224,12 €	2.357,19 €	2.496,38 €
	1	- €	1.711,04 €	1.740,08 €	1.776,39 €	1.810,25 €	1.897,38 €
Für Mitarbeiter im Pflegedienst:							
1)	E9b	- €	- €	3.174,02 €	3.365,23 €	3.602,03 €	3.826,37 €
2)	3.220,01 €						
3)	2.393,52 €						
4)	2.986,43 €						
5)	2.153,91 €						
6)	E3a						
	39 Std.	2.057,21 €	2.122,24 €	2.166,24 €	2.198,77 €	2.221,72 €	2.256,16 €
	40 Std.	2.107,53 €	2.174,24 €	2.219,37 €	2.252,73 €	2.276,27 €	2.311,59 €

Anlage 32 – Tabellenentgelt Anhang B ab 1. Juni 2016

EG allg. Tabelle (TVÖD)	EG KR (TVÖD)	Zuordnungen Vergütungsgruppen KR/KR-Verläufe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
			Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
EG 12	12a	12 mit Aufstieg nach 13	- €	- €	4.050,72 €	4.486,96 €	5.047,84 €	5.297,11 €
			- €	- €	- €	nach 2 J. St. 3	nach 3 J. St. 4	- €
EG 11	11b	11 mit Aufstieg nach 12	- €	- €	- €	4.050,72 €	4.592,90 €	4.842,18 €
	11a	10 mit Aufstieg nach 11	- €	- €	3.676,82 €	4.050,72 €	4.592,90 €	- €
			- €	- €	- €	nach 2 J. St. 3	nach 5 J. St. 4	- €
EG 10	10a	9 mit Aufstieg nach 10	- €	- €	3.552,17 €	3.801,47 €	4.275,08 €	- €
			- €	- €	- €	nach 2 J. St. 3	nach 3 J. St. 4	- €
EG 9, EG 9 b	9d	8 mit Aufstieg nach 9	- €	- €	3.464,92 €	3.776,53 €	4.025,78 €	- €
			- €	- €	- €	nach 4 J. St. 3	nach 2 J. St. 4	- €
	9c	7 mit Aufstieg nach 8	- €	- €	3.365,23 €	3.602,03 €	3.826,37 €	- €
			- €	- €	- €	nach 5 J. St. 3	nach 5 J. St. 4	- €
	9b	6 mit Aufstieg nach 7	- €	- €	3.071,16 €	3.464,92 €	3.602,03 €	- €
		7 ohne Aufstieg	- €	- €	3.071,16 €	nach 5 J. St. 3	nach 5 J. St. 4	- €
	9a	6 ohne Aufstieg	- €	- €	3.071,16 €	3.174,02 €	3.365,23 €	- €
			- €	- €	- €	nach 5 J. St. 3	nach 5 J. St. 4	- €
EG 7, EG 8, EG 9 b	8a	5a mit Aufstieg nach 6	- €	2.732,33 €	2.865,46 €	2.974,36 €	3.174,02 €	3.365,23 €

		5 mit Aufstieg nach 5a und 6	- €	2.732,33 €	2.865,46 €	2.974,36 €	3.174,02 €	3.365,23 €
		5 mit Aufstieg nach 6	2.575,02 €	2.732,33 €	2.865,46 €	2.974,36 €	3.174,02 €	3.365,23 €
EG 7, EG 8	7a	5 mit Aufstieg nach 5a	- €	2.575,02 €	2.732,33 €	2.974,36 €	3.095,36 €	3.220,01 €
		4 mit Aufstieg nach 5 und 5a	2.393,52 €	2.575,02 €	2.732,33 €	2.974,36 €	3.095,36 €	3.220,01 €
		4 mit Aufstieg nach 5	2.393,52 €	2.575,02 €	2.732,33 €	2.974,36 €	3.095,36 €	- €
EG 4, EG 6	4a	2 mit Aufstieg nach 3 und 4	2.153,91 €	2.308,81 €	2.454,02 €	2.762,59 €	2.841,25 €	2.986,43 €
		3 mit Aufstieg nach 4	2.153,91 €	2.308,81 €	2.454,02 €	2.762,59 €	2.841,25 €	2.986,43 €
		2 ohne Aufstieg	2.153,91 €	2.308,81 €	2.454,02 €	- €	- €	- €
EG 3, EG 4	3a	1 mit Aufstieg nach 2 - 39 Std.	2.057,21 €	2.122,24 €	2.166,24 €	2.198,77 €	2.221,72 €	2.256,16 €
		1 mit Aufstieg nach 2 - 40 Std.	2.107,53 €	2.174,24 €	2.219,37 €	2.252,73 €	2.276,27 €	2.311,59 €

Anlage 32 – Stundenentgelttabelle Anhang C ab 1. Juni 2016

Entgeltgruppe	Stundenentgelt
Kr12a	25,18 €
Kr11b	23,52 €
Kr11a	22,23 €
Kr10a	20,82 €
Kr9d	20,05 €
Kr9c	19,34 €
Kr9b	18,46 €
Kr9a	18,17 €
Kr8a	17,36 €
Kr7a	16,64 €
Kr4a	15,41 €
Kr3a	12,84 €

Anlage 33 – Tabellenentgelt Anhang A ab 1. Juni 2016

EG	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
S 18	3.527,94 €	3.645,51 €	4.115,93 €	4.468,71 €	4.997,90 €	5.321,29 €
S 17	3.177,02 €	3.498,52 €	3.880,71 €	4.115,93 €	4.586,29 €	4.862,66 €
S 16	3.097,11 €	3.422,10 €	3.680,80 €	3.998,31 €	4.351,10 €	4.562,78 €
S 15	2.982,92 €	3.292,71 €	3.527,94 €	3.798,41 €	4.233,51 €	4.421,65 €
S 14	2.979,40 €	3.258,94 €	3.520,33 €	3.786,22 €	4.080,23 €	4.286,02 €
S 13	2.948,68 €	3.177,02 €	3.469,13 €	3.704,30 €	3.998,31 €	4.145,30 €
S 12	2.882,60 €	3.168,03 €	3.448,10 €	3.695,05 €	4.000,81 €	4.130,17 €
S 11b	2.780,47 €	3.122,97 €	3.272,34 €	3.648,65 €	3.942,65 €	4.119,04 €
S 11a	2.720,34 €	3.062,86 €	3.211,27 €	3.586,72 €	3.880,71 €	4.057,11 €
S 10	2.651,83 €	2.925,84 €	3.062,86 €	3.469,13 €	3.798,41 €	4.068,86 €
S 9	2.539,52 €	2.826,24 €	3.051,52 €	3.379,20 €	3.686,40 €	3.921,92 €
S 8b	2.539,52 €	2.826,24 €	3.051,52 €	3.379,20 €	3.686,40 €	3.921,92 €
S 8a	2.519,04 €	2.764,80 €	2.959,36 €	3.143,68 €	3.322,88 €	3.509,76 €
S 7	2.463,44 €	2.691,79 €	2.874,48 €	3.057,14 €	3.194,16 €	3.398,57 €
S 6	nicht besetzt					
S 5	nicht besetzt					
S 4	2.315,02 €	2.571,91 €	2.731,76 €	2.840,22 €	2.942,98 €	3.103,07 €
S 3	2.155,18 €	2.420,06 €	2.573,62 €	2.714,63 €	2.779,14 €	2.856,20 €
S 2	2.057,95 €	2.166,43 €	2.246,34 €	2.337,68 €	2.429,01 €	2.520,36 €

Der Bischof von Limburg

Nr. 559 Ernennung des Generalvikars

Hiermit ernenne ich gemäß c. 475 § 1 CIC mit Wirkung zum 19. September 2016 Herrn Domkapitular Wolfgang Rösch zu meinem Generalvikar.

Dem Generalvikar kommt unbeschadet der den Bischofsvikaren übertragenen Rechte und Pflichten kraft Amtes ausführende Gewalt zu.

Zugleich beauftrage ich ihn, als mein persönlich Bevollmächtigter über den gesetzlichen Aufgabenbereich des Generalvikars hinaus auch alle jene Akte vorzunehmen, die nach den Bestimmungen des CIC ein Spezialmandat des Diözesanbischofs erfordern (vgl. c. 134 § 3 i. V. m. c. 479 § 1 CIC). Damit ist er auch bevollmächtigt, das Bistum Limburg bei allen Rechtsgeschäften zu vertreten (vgl. c. 393 CIC). Dies umfasst auch die dem Diözesanbischof zukommenden Befugnisse und Aufgaben in Bezug auf die Vermögensverwaltung des Bistums Limburg.

Ich bevollmächtige ihn außerdem, den Bischöflichen Stuhl zu Limburg in allen Rechtsgeschäften zu vertreten.

Für sein verantwortungsvolles Amt wünsche ich ihm Gottes Segen.

Limburg, 18. September 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 9B/8653/16/03/1 Bischof von Limburg

Nr. 560 Ernennung von stellvertretenden Generalvikaren

Hiermit ernenne ich mit Wirkung zum 27. September 2016 gemäß c. 477 § 2 CIC für den Fall der Abwesenheit oder Verhinderung meines Generalvikars Herrn Pfarrer Georg Franz zum stellvertretenden Generalvikar.

Hierzu übertrage ich ihm auch die Vollmachten, die nach den Bestimmungen des CIC ein Spezialmandat des Diözesanbischofs erfordern (vgl. c. 134 § 3 i. V. m. c. 479 § 1 CIC). Damit ist er auch bevollmächtigt, das Bistum Limburg bei allen Rechtsgeschäften zu vertreten (vgl. c. 393 CIC). Dies umfasst auch die dem Diözesanbischof zukommenden Befugnisse und Aufgaben in Bezug auf die Vermögensverwaltung des Bistums Limburg. Außerdem bevollmächtige ich ihn, den Bischöflichen Stuhl zu Limburg in allen Rechtsgeschäften zu vertreten.

Limburg, 27. September 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 9B/8653/16/02/2 Bischof von Limburg

Hiermit ernenne ich mit Wirkung zum 27. September 2016 gemäß c. 477 § 2 CIC für den Fall, dass sowohl mein Generalvikar als auch der stellvertretende Generalvikar Pfarrer Franz abwesend oder verhindert sind Herrn Domdekan Prälat Dr. Günther Geis zum stellvertretenden Generalvikar.

Hierzu übertrage ich ihm auch die Vollmachten, die nach den Bestimmungen des CIC ein Spezialmandat des Diözesanbischofs erfordern (vgl. c. 134 § 3 i. V. m. c. 479 § 1 CIC). Damit ist er auch bevollmächtigt, das Bistum Limburg bei allen Rechtsgeschäften zu vertreten (vgl. c. 393 CIC). Dies umfasst auch die dem Diözesanbischof zukommenden Befugnisse und Aufgaben in Bezug auf die Vermögensverwaltung des Bistums Limburg. Außerdem bevollmächtige ich ihn, den Bischöflichen Stuhl zu Limburg in allen Rechtsgeschäften zu vertreten.

Limburg, 27. September 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 9B/8653/16/02/3 Bischof von Limburg

Nr. 561 Ernennung des Moderators der Kurie

Hiermit ernenne ich gemäß c. 475 § 1 CIC mit Wirkung zum 19. September 2016 meinen Generalvikar Domkapitular Wolfgang Rösch gemäß c. 473 § 3 CIC zum Moderator der Kurie.

Limburg, 18. September 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 9B/8653/16/03/2 Bischof von Limburg

Nr. 562 Ernennung eines Bischofsvikars

Hiermit ernenne ich gemäß c. 476 CIC mit Wirkung zum 19. September 2016 ad quinquennium Herrn Domkapitular Prälat Dr. Günther Geis zu meinem Bischofsvikar.

Ich beauftrage und bevollmächtige ihn in dieser Eigenschaft gemäß c. 476 i. V. m. c. 479 § 2 CIC als persönlichen Vertreter des Diözesanbischofs mit ordentlicher Jurisdiktion für den synodalen Bereich im Bistum Limburg.

Gemäß c. 134 § 3 CIC i. V. m. c. 479 § 2 CIC übertrage ich ihm mein Spezialmandat zur Ausübung sämtlicher Vollmachten im Bereich der ausübenden Gewalt, die durch die Synodalordnung des Bistums Limburg ausdrücklich dem Diözesanbischof zugewiesen sind. Insbesondere bestelle ich ihn zum Leiter des Diözesansynodalrates im Bischöflichen Ordinariat.

Die allgemeine Zuständigkeit des Generalvikars bleibt unberührt mit der Maßgabe, dass der Generalvikar nur bei Abwesenheit des Bischofsvikars in dem diesem übertragenen Aufgabenbereich tätig wird. Gemäß dem Statut für das Bischöfliche Ordinariat ist der Bischofsvikar Mitglied der Dezentenkonferenz, der Plenarkonferenz und der Pastorkammer.

Für sein verantwortungsvolles Amt wünsche ich ihm Gottes Segen.

Limburg, 18. September 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 9CA/8662/16/01/1 Bischof von Limburg

Nr. 563 Bestätigung des Ökonoms des Bistums Limburg

Mit Dekret vom 23. Juli 2014 hat der Apostolische Administrator des Bistums Limburg nach Anhörung des Domkapitels (in Wahrnehmung der Aufgaben des Konsultorenkollegiums) wie der Verwaltungskammer des Bischöflichen Ordinariates Herrn Gordon Sobbeck für die Zeit vom 1. August 2014 bis 31. Juli 2019 zum Ökonom des Bistums Limburg ernannt und gleichzeitig verfügt, dass diese Ernennung innerhalb der ersten drei Monate nach Amtsantritt eines neuen Diözesanbischofs der Bestätigung bedarf (vgl. Amtsblatt 2014, 81f.).

Hiermit bestätige ich die Ernennung von Herrn Gordon Sobbeck zum Ökonom des Bistums Limburg für die laufende Amtszeit bis einschließlich 31. Juli 2019.

Limburg, 18. September 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 10U/8690/16/02/1 Bischof von Limburg

Nr. 564 Bestätigung des Offiziels

Hierdurch bestätige ich gemäß c. 1420 § 5 CIC mit Wirkung zum 19. September 2016 Domkapitular Prälat Dr. iur. can. Günter Assenmacher als Offizial des Bistums Limburg.

Limburg, 18. September 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 330B/16657/16/01/3 Bischof von Limburg

Nr. 565 Ernennung eines Vizeoffiziels

Hierdurch ernenne ich gemäß can. 1420 §§ 3 und 4 CIC nach Erteilung der notwendigen Dispens von den akademischen Titeln durch die Apostolische Signatur (Prot. n. 4151/14 SAT) und nach Zustimmung der Ordensoberen Pater Dr. theol. Georg Schmidt SJ mit Wirkung vom

19. September 2016 ad quinquennium zum Vizeoffizial am Bischöflichen Offizialat Limburg.

Limburg, 19. September 2016 + Dr. Georg Bätzing
Bischof von Limburg

Nr. 566 Errichtung des Priesterrats

Hiermit errichte ich gemäß c. 501 § 2 CIC den Priesterrat im Bistum Limburg neu und bestätige ihn für die Zeit bis zum 1. Juli 2017 in seiner vor Eintritt in die Sedisvakanz bestehenden Zusammensetzung mit der Maßgabe, dass die durch Dekret des Apostolischen Administrators vom 2. Februar 2016 benannten Priester (vgl. Amtsblatt 2016, S. 461f.) ebenfalls dem Priesterrat angehören.

Weiter lege ich fest, dass zu einem noch festzusetzenden Zeitpunkt unter Beachtung der geltenden Ordnung für die Wahl und die Berufung in den Priesterrat im Bistum Limburg eine Neuwahl des Priesterrates für die verbleibende 13. Amtszeit der synodalen Gremien im Bistum Limburg erfolgen wird.

Limburg, 18. September 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 38L/9263/16/01/1 Bischof von Limburg

Nr. 567 Errichtung des Diakonenrats

Hiermit errichte ich den Diakonenrat im Bistum Limburg neu und bestätige ihn für die Zeit bis zum 01. Juli 2017 mit der Maßgabe, dass für die ausgeschiedenen Mitglieder gemäß § 8 der Wahlordnung für den Diakonenrat Ersatzmitglieder in den Diakonenrat nachrücken.

Weiter lege ich fest, dass zu einem noch festzusetzenden Zeitpunkt unter Beachtung der geltenden Ordnung für die Wahl des Diakonenrates eine Neuwahl des Diakonenrates für die verbleibende 13. Amtszeit der synodalen Gremien im Bistum Limburg erfolgen wird.

Limburg, 18. September 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 24C/41074/16/02/1 Bischof von Limburg

Nr. 568 Ernennung des Bischöflichen Beauftragten für die Bergung, Verwahrung und Weitergabe der Reliquien von Heiligen und Seligen

Hiermit bestätige ich mit Termin 23. September 2016 die im November 2013 durch den damaligen Generalvikar erfolgte mündliche Ernennung von Herrn Pfarrer Prof. Dr. Matthias Kloft als Bischöflicher Beauftragter für die Bergung, Verwahrung und Weitergabe der Reliquien von Heiligen und Seligen (vgl. hierzu die Ordnung für

die Bergung und Abgabe von Reliquien und Abgabe von Altarsteinen vom 29. März 2010 [Amtsblatt 2010, 325f.]).

Limburg, 23. September 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 262A/26887/16/02/1 Bischof von Limburg

Bischöfliches Ordinariat

Nr. 569 Sternsingertag am 19. November 2016 in Limburg: „Segen bringen, Segen sein. Gemeinsam für Gottes Schöpfung – in Kenia und weltweit!“

Der diesjährige Sternsingertag findet am Samstag, den 19. November 2016, in Limburg statt. Der Tag beginnt um 10:30 Uhr im Limburger Dom und parallel in der Stadtkirche mit einem Wortgottesdienst. Anschließend findet in der Stadthalle für alle Teilnehmenden die Einführung in das diesjährige Leitwort und das Beispielland Kenia statt. Das Kulturprogramm mit einem Trommelzauber-Mitmach-Konzert, Gästen und Film-Ausschnitten endet gegen 13:45 Uhr mit der Aussendung und dem Abschlussegens. Ab sofort ist die Anmeldung nur noch online auf der Website www.bdkj-limburg.de möglich. Anmeldeschluss ist Freitag, der 4. November 2016. Der BDKJ Limburg freut sich auf die gemeinsame Eröffnung der Aktion Dreikönigssingen 2017. Bei weiteren Fragen erreichen Sie den BDKJ per E-Mail (sternsingertag@bistumlimburg.de) oder telefonisch unter 06431 295-362.

Nr. 570 Materialien für die „Gebetswoche für die Einheit der Christen“ im Jahr 2017

Die Gebetswoche für die Einheit der Christen wird jedes Jahr vom 18. bis 25. Januar oder zwischen Christi Himmelfahrt und Pfingsten gefeiert. Texte und Materialien (Logos, Gottesdienstvorschläge, Einführungstexte zum Motto der Gebetswoche und eine Darstellung der Spendenprojekte) werden von der „Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK)“ unter www.gebetswoche.de zum Download angeboten.

Nr. 571 Druckschriften und Broschüren des Sekretariates der Deutschen Bischofskonferenz

Das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz hat folgende Broschüre herausgegeben:

- „Der bedrohte Boden“ (Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen, Nr. 44),
- „Die pastorale Funktion der kirchlichen Archive; Anhang: Dokumente zum kirchlichen Archivwesen für

die Hand des Praktikers“ (Päpstliche Kommission für die Kulturgüter der Kirche, Nr. 142).

Interessenten können diese Broschüre beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz bestellen, Tel.: 0228 103-205, Fax: 0228 103-330. Die Broschüren werden zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Nr. 572 Dienstinrichten

Priester

Mit Termin 15. August 2016 wurde P. Shajan MANICKATHAN ISch in der Pfarrei St. Marien Limburg mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % als Pastoralpraktikant eingesetzt.

Mit Termin 15. August 2016 wurde P. Vijay Kumar RAJULAPARIMELLU OSS in der Pfarrei Mariä Himmelfahrt im Taunus mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % als Pastoralpraktikant eingesetzt.

Mit Termin 15. August 2016 wurde P. Sonu THOMAS CMI im Pastoralen Raum Hadamar mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % als Pastoralpraktikant eingesetzt.

Mit Termin 15. August 2016 wurde P. Gins XAVIER OSS in der Pfarrei St. Gallus Flörsheim mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % als Pastoralpraktikant eingesetzt.

Mit Termin 4. September 2016 hat der Apostolische Administrator Kaplan Marc STENGER die Pfarrei St. Laurentius Nentershausen übertragen und ihn zum Pfarrer ernannt.

Zum 11. September 2016 hat der Apostolische Administrator den Verzicht von Pfarrer Uwe MICHLER auf die Pfarreien Herz Jesu in Diez, St. Bonifatius in Holzappel und St. Bartholomäus in Baldunstein sowie auf die Stelle des Priesterlichen Leiters des Pastoralen Raumes Diez angenommen.

Mit Termin 12. September 2016 bis auf Weiteres wurde Pfarrer Bruder Friedrich NEUMÜLLER zum Pfarrverwalter der Pfarreien Herz Jesu in Diez, St. Bonifatius in Holzappel und St. Bartholomäus in Baldunstein sowie zum kommissarischen Priesterlichen Leiter des Pastoralen Raumes Diez ernannt.

Mit Termin 16. September 2016 bis 12. November 2016 wurde Pfarrer Joachim METZNER CO zum Pfarrverwalter der Pfarrei St. Josef Frankfurt ernannt.

Mit Termin 19. September 2016 ad quinquennium hat der Bischof Pfarrer Lic. iur. can. Ralf HUFISKY zum Diözesanrichter im Bistum Limburg ernannt.

Mit Termin 19. September 2016 ad quinquennium hat der Bischof Pater Dr. theol. Lic. iur. can. Albert SIEGER OSB nach Zustimmung seines Oberen zum Diözesanrichter im Bistum Limburg ernannt.

Mit Termin 19. September 2016 ad quinquennium hat der Bischof Stadtdekan Domkapitular Dr. iur. Lic. iur. can. Johannes ZU ELTZ zum Diözesanrichter im Bistum Limburg ernannt.

Mit Termin 1. Oktober 2016 wird Pfarrer Rüdiger GUCKELSDERGER als Kooperator in der Pfarrei St. Marien Bad Homburg-Friedrichsdorf eingesetzt.

Mit Termin 1. Oktober 2016 bis 30. April 2017 wird P. Franz KOLL SSCC in der Polizeiseelsorge Rhein-Main in Frankfurt mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % eingesetzt. Der Gestellungsvertrag endet zum 30. April 2017.

Mit Termin 1. Oktober 2016 bis auf Weiteres wird P. Hugon SUPERSON ofm zum Pfarrverwalter der Pfarreien St. Nikolaus in Kaub, St. Johannes der Täufer in St. Goarshausen, St. Martin in St. Goarshausen-Wellmich, St. Jakobus der Ältere in Dahlheim und St. Georg in Kestert ernannt.

Mit Termin 1. Oktober 2016 hat der Apostolische Administrator Pfarrer Andreas UNFRIED zum stellvertretenden Bezirksdekan für den Bezirk Hochtaunus ernannt.

Mit Termin 1. Oktober 2016 hat der Apostolische Administrator Pfarrer Klaus WALDECK für eine erneute Amtszeit zum Bezirksdekan für den Bezirk Main-Taunus ernannt.

Mit Termin 13. November 2016 hat der Bischof Pfarrer Uwe MICHLER zum Pfarrer der Pfarrei St. Josef Frankfurt am Main ernannt.

Diakone

Mit Termin 19. September 2016 ad quinquennium hat der Bischof Diakon Lic. iur. can. Ullrich SCHMAUS zum Diözesanrichter im Bistum Limburg ernannt.

Hauptamtliche Pastorale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mit Termin 26. Juli bis 22. August 2016 wird Frau Sandra EIDNER-SISTIG als Gemeindereferentin im Wieder-

einstieg mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % angestellt und mit Termin 23. August 2016 als Gemeindereferentin mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % im Pastoralen Raum Rennerod eingesetzt.

Mit Termin 1. September 2016 wird Pastoralreferent Heiko DÖRR mit einem Beschäftigungsumfang von 65 % in der Abteilung Personalausbildung des Dezernates Personal und mit 35 % in der Abteilung Familien und Generationen im Dezernat Kinder, Jugend und Familie als Referent für das Familienpastorale Zentrum weiterbeschäftigt. Zu diesem Zeitpunkt endet seine Tätigkeit als Leiter der Jugendkirche cross over in Limburg.

Mit Termin 1. September 2016 wird Pastoralreferent Thorsten KLUG von der Fachstelle für Jugendarbeit Taunus mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % als Leiter in das Amt für Religionspädagogik Wiesbaden-Rheingau-Untertaunus versetzt.

Mit Termin 1. Oktober 2016 wird Frau Sabine CHRISTE-PHILIPPI vom Amt für Religionspädagogik Wiesbaden-Rheingau-Untertaunus in die Katholische Polizeiseelsorge Wiesbaden mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % versetzt. Mit Termin 1. Mai 2017 übernimmt Frau Christe-Philippi diese Aufgabe zusätzlich für die Polizeiseelsorge Rhein-Main in Frankfurt.

Mit Termin 1. November 2016 wird Frau Theresia BAHR mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % als Gemeindereferentin angestellt und in der Pfarrei St. Peter und Paul im Kannenbäckerland eingesetzt.

Weitere Dienstinrichtungen

Mit Termin 19. September 2016 ad quinquennium hat der Bischof Herrn Offizialratsrat Dr. theol. Herwald JANSSEN zum Diözesanrichter im Bistum Limburg ernannt.

Mit Termin 19. September 2016 ad quinquennium hat der Bischof Herrn Rechtsdirektor i. K. Prof. Dr. theol. Lic. iur. can. Peter PLATEN zum Diözesanrichter im Bistum Limburg ernannt.



Der Apostolische Stuhl		Nr. 579	Hinweise zur Durchführung der Ad-	583
Nr. 573	Botschaft von Papst Franziskus zum Welttag des Migranten und Flüchtlings 2017: „Minderjährige Migranten – verletztlich und ohne Stimme“	575	veniat-Aktion	
Der Bischof von Limburg		Nr. 580	Hinweise zum Weltmissionstag der Kinder („Krippenopfer“)	583
Nr. 574	Aufruf der deutschen Bischöfe zur Adveniat-Aktion	578	Nr. 581	Satzung der „Stiftung Wallfahrtskapelle Maria Hilf Beselich“
Nr. 575	Ordnung für das Vorgehen bei Verdachtsfällen von sexuellem Missbrauch Minderjähriger und erwachsener Schutzbefohlener durch kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich des Bistums Limburg (Interventionsordnung)	578	Nr. 582	Änderung der Durchführungsverordnung zur Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO-DVO)
Nr. 576	Änderung der Anordnung über das kirchliche Meldewesen	582	Nr. 583	IT-Richtlinien zur Umsetzung von IV. Anlage 2 zu § 6 KDO der Durchführungsverordnung zur Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO-DVO)
Bischöfliches Ordinariat		Nr. 584	Veröffentlichung zum Reformationsgedenken der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland	592
Nr. 577	Priesterweihen	582	Nr. 585	Druckschriften und Broschüren des Sekretariates der Deutschen Bischofskonferenz
Nr. 578	Zählung der sonntäglichen Gottesdienstteilnehmer am 13. November 2016	582	Nr. 586	Totenmeldung
			Nr. 587	Dienstnachrichten
				593

Der Apostolische Stuhl

Nr. 573 Botschaft von Papst Franziskus zum Welttag des Migranten und Flüchtlings 2017: „Minderjährige Migranten – verletztlich und ohne Stimme“

Liebe Brüder und Schwestern,

„Wer ein solches Kind um meinetwillen aufnimmt, der nimmt mich auf; wer aber mich aufnimmt, der nimmt nicht nur mich auf, sondern den, der mich gesandt hat“ (Mk 9,37; vgl. Mt 18,5; Lk 9,48; Joh 13,20). Mit diesen Worten erinnern die Evangelisten die christliche Gemeinde an eine Lehre Jesu, die begeisternd und zugleich sehr verpflichtend ist. Diese Aussage zeichnet nämlich den Weg vor, der von den „Kleinsten“ ausgeht und in der Dynamik der Aufnahme über den Erlöser sicher zu Gott führt. Gerade die Aufnahme ist also die notwendige Bedingung, damit dieser Weg sich verwirk-

licht: Gott ist einer von uns geworden, in Jesus ist er als Kind zu uns gekommen, und die Offenheit für Gott im Glauben – der wiederum die Hoffnung nährt – findet ihren Ausdruck in der liebevollen Nähe zu den Kleinsten und den Schwächsten. Liebe, Glaube und Hoffnung – alle drei sind an den Werken der Barmherzigkeit beteiligt, die wir während des jüngsten Außerordentlichen Jubiläums wiederentdeckt haben.

Doch die Evangelisten gehen auch auf die Verantwortung dessen ein, der gegen die Barmherzigkeit verstößt: „Wer einen von diesen Kleinen, die an mich glauben, zum Bösen verführt, für den wäre es besser, wenn er mit einem Mühlstein um den Hals im tiefen Meer versenkt würde“ (Mt 18,6; vgl. Mk 9,42; Lk 17,2). Wie könnte man diese ernste Ermahnung vergessen, wenn man an die Ausbeutung denkt, die skrupellose Menschen auf Kosten so vieler Kinder betreiben, die in die Prostitution geführt oder für Pornographie verwendet

werden; die zu Sklaven in der Kinder- und Jugendarbeit gemacht oder als Soldaten angeworben werden; die in Drogenhandel und andere Formen der Kriminalität verwickelt werden; die zur Flucht vor Konflikten und Verfolgungen gezwungen werden und Gefahr laufen, einsam und verlassen dazustehen?

Darum liegt es mir anlässlich des diesjährigen Welttags des Migranten und des Flüchtlings am Herzen, auf die Wirklichkeit der minderjährigen Migranten – besonders auf die, welche ganz allein unterwegs sind – aufmerksam zu machen und alle aufzurufen, sich um diese Kinder zu kümmern, die dreifach schutzlos sind: weil sie minderjährig, weil sie fremd und weil sie wehrlos sind, wenn sie aus verschiedenen Gründen gezwungen sind, fern von ihrer Heimat und getrennt von der Liebe in der Familie zu leben.

Heute sind die Migrationen kein auf einige Gebiete des Planeten beschränktes Phänomen, sondern betreffen alle Kontinente und nehmen immer mehr die Dimension eines dramatischen weltweiten Problems an. Es handelt sich nicht nur um Menschen auf der Suche nach einer würdigen Arbeit oder nach besseren Lebensbedingungen, sondern auch um Männer und Frauen, alte Menschen und Kinder, die gezwungen sind, ihre Häuser zu verlassen, in der Hoffnung, ihr Leben zu retten und woanders Frieden und Sicherheit zu finden. Und an erster Stelle sind es die Minderjährigen, die den hohen Preis der Emigration zahlen, die fast immer durch Gewalt, durch Elend und durch die Umweltbedingungen ausgelöst wird – Faktoren, zu denen sich auch die Globalisierung in ihren negativen Aspekten gesellt. Die zügellose Jagd nach schnellem und leichtem Gewinn zieht auch die Entwicklung abnormer Übel nach sich wie Kinderhandel, Ausbeutung und Missbrauch Minderjähriger und ganz allgemein die Beraubung der Rechte, die mit der Kindheit verbunden und in der UN-Kinderrechtskonvention sanktioniert sind.

Das Kindesalter hat aufgrund seiner besonderen Zartheit einzigartige Bedürfnisse und unverzichtbare Ansprüche. Vor allem hat das Kind das Recht auf ein gesundes und geschütztes familiäres Umfeld, wo es unter der Führung und dem Vorbild eines Vaters und einer Mutter aufwachsen kann; dann hat es das Recht und die Pflicht, eine angemessene Erziehung zu erhalten, hauptsächlich in der Familie und auch in der Schule, wo die Kinder sich als Menschen entfalten und zu eigenständigen Gestalten ihrer eigenen Zukunft sowie der ihrer jeweiligen Nation heranwachsen können. Tatsächlich sind in vielen Teilen der Welt das Lesen, das Schreiben und die Beherrschung der Grundrechenarten

noch ein Privileg weniger. Außerdem haben alle Kinder ein Recht auf Spiel und Freizeitbeschäftigung, kurz: ein Recht, Kind zu sein.

Unter den Migranten bilden die Kinder dagegen die verletzlichste Gruppe, denn während sie ihre ersten Schritte ins Leben tun, sind sie kaum sichtbar und haben keine Stimme: Ohne Sicherheit und Dokumente sind sie vor den Augen der Welt verborgen; ohne Erwachsene, die sie begleiten, können sie nicht ihre Stimme erheben und sich Gehör verschaffen. Auf diese Weise enden die minderjährigen Migranten leicht auf den untersten Stufen der menschlichen Verelendung, wo Gesetzlosigkeit und Gewalt die Zukunft allzu vieler Unschuldiger in einer einzigen Stichflamme verbrennen, während es sehr schwer ist, das Netz des Missbrauchs Minderjähriger zu zerreißen.

Wie soll man auf diese Realität reagieren?

Vor allem, indem man sich bewusst macht, dass das Migrations-Phänomen nicht von der Heilsgeschichte getrennt ist, sondern vielmehr zu ihr gehört. Mit ihm ist ein Gebot Gottes verbunden: „Einen Fremden sollst du nicht ausnützen oder ausbeuten, denn ihr selbst seid in Ägypten Fremde gewesen“ (Ex 22,20); „ihr sollt die Fremden lieben, denn ihr seid Fremde in Ägypten gewesen“ (Dtn 10, 19). Dieses Phänomen ist ein Zeichen der Zeit, ein Zeichen, das vom Werk der Vorsehung Gottes in der Geschichte und in der menschlichen Gemeinschaft spricht im Hinblick auf das universale Miteinander. Die Kirche erkennt durchaus nicht die Problematik und die häufig mit der Migration verbundenen Dramen und Tragödien und ebenso wenig die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der würdigen Aufnahme dieser Menschen. Dennoch ermutigt sie, auch in diesem Phänomen den Plan Gottes zu erkennen, in der Gewissheit, dass in der christlichen Gemeinschaft, die Menschen „aus allen Nationen und Stämmen, Völkern und Sprachen“ (Offb 7, 9) in sich vereint, niemand ein Fremder ist. Jeder ist wertvoll, die Menschen sind wichtiger als die Dinge, und der Wert jeder Institution wird an der Art und Weise gemessen, wie sie mit dem Leben und der Würde des Menschen umgeht, vor allem wenn er sich in Situationen der Verletzlichkeit befindet wie im Fall der minderjährigen Migranten.

Im Übrigen muss man auf Schutz, auf Integration und auf dauerhafte Lösungen setzen.

Vor allem geht es darum, jede mögliche Maßnahme zu ergreifen, um den minderjährigen Migranten Schutz und Verteidigung zu garantieren, denn „diese jungen

Mädchen und Jungen enden häufig auf der Straße, sich selbst überlassen und Opfer von skrupellosen Ausbeutern, die sie viel zu oft zum Gegenstand physischer, moralischer und sexueller Gewalt werden lassen“ (Benedikt XVI., Botschaft zum Welttag des Migranten und des Flüchtlings 2008).

Im Übrigen kann es manchmal sehr schwer werden, die Abgrenzung zwischen Migration und Menschenhandel genau zu bestimmen. Zahlreich sind die Faktoren, die dazu beitragen, die Migranten, besonders wenn sie minderjährig sind, in einen Zustand der Verletzlichkeit zu versetzen: die Armut und der Mangel an Mitteln zum Überleben – verbunden mit unrealistischen Erwartungen, die von den Kommunikationsmitteln suggeriert werden –; das niedrige Niveau der Alphabetisierung; die Unkenntnis der Gesetze, der Kultur und häufig auch der Sprache der Gastländer. All das macht sie physisch und psychologisch abhängig. Doch der stärkste Antrieb für die Ausbeutung und den Missbrauch der Kinder kommt von der Nachfrage. Wenn keine Möglichkeit gefunden wird, mit größerer Strenge und Wirksamkeit gegen die Nutznießer vorzugehen, wird man den vielfältigen Formen der Sklaverei, denen die Minderjährigen zum Opfer fallen, keinen Einhalt gebieten können.

Es ist daher notwendig, dass die Immigranten gerade zum Wohl ihrer Kinder immer enger mit den Gemeinschaften zusammenarbeiten, die sie aufnehmen. Mit großer Dankbarkeit schauen wir auf die kirchlichen und zivilen Organismen und Institutionen, die mit starkem Engagement Zeit und Mittel zur Verfügung stellen, um die Minderjährigen vor verschiedenen Formen des Missbrauchs zu schützen. Es ist wichtig, dass immer wirksamere und durchgreifendere Arten der Zusammenarbeit geschaffen werden, die sich nicht nur auf den Austausch von Informationen stützen, sondern auch auf die Intensivierung von Netzen, die imstande sind, unverzügliches und engmaschiges Einschreiten sicherzustellen. Dabei soll nicht unterschätzt werden, dass die außerordentliche Kraft der kirchlichen Gemeinschaften sich vor allem dann zeigt, wenn eine Einheit des Gebetes besteht und ein brüderliches Miteinander herrscht.

An zweiter Stelle muss für die Integration der Kinder und Jugendlichen in Migrationssituationen gearbeitet werden. Sie hängen in allem von der Gemeinschaft der Erwachsenen ab, und häufig wird der Mangel an finanziellen Mitteln zum Hinderungsgrund, warum geeignete politische Programme zur Aufnahme, Betreuung und Eingliederung nicht zur Anwendung gelangen. Anstatt die soziale Integration der minderjährigen Migranten oder Pläne zu ihrer sicheren und betreuten Rückfüh-

rung zu fördern, wird folglich nur versucht, ihre Einreise zu verhindern, und so begünstigt man den Rückgriff auf illegale Netze. Oder sie werden in ihr Herkunftsland zurückgeschickt, ohne zu klären, ob das wirklich von „höherem Nutzen“ für sie ist.

Noch ernster ist die Lage der minderjährigen Migranten, wenn sie sich in einer Situation der Irregularität befinden oder wenn sie von der organisierten Kriminalität angeworben werden. Dann landen sie oft zwangsläufig in Haftanstalten. Nicht selten werden sie nämlich festgenommen, und da sie kein Geld haben, um die Kautions- oder die Rückreise zu bezahlen, können sie lange Zeit inhaftiert bleiben und dabei verschiedenen Formen von Missbrauch und Gewalt ausgesetzt sein. In diesen Fällen muss das Recht der Staaten, die Migrationsströme unter Kontrolle zu halten und das nationale Gemeinwohl zu schützen, mit der Pflicht verbunden werden, Lösungen für die minderjährigen Migranten zu finden und ihre Position zu legalisieren. Dabei müssen sie uneingeschränkt deren Würde achten und versuchen, ihren Bedürfnissen entgegenzukommen, wenn sie allein sind; zum Wohl der gesamten Familie müssen aber auch die Bedürfnisse ihrer Eltern berücksichtigt werden.

Grundlegend bleibt allerdings, dass geeignete nationale Verfahren und Pläne einer abgestimmten Zusammenarbeit zwischen den Herkunfts- und den Aufnahmeländern zur Anwendung gelangen, mit dem Ziel, die Ursachen der Zwangsemigration der Minderjährigen zu beseitigen.

An dritter Stelle appelliere ich von Herzen an alle, nach dauerhaften Lösungen zu suchen und diese konkret umzusetzen. Da es sich um ein komplexes Phänomen handelt, ist die Frage der minderjährigen Migranten an ihrer Wurzel anzugehen. Kriege, Verletzungen der Menschenrechte, Korruption, Armut sowie die Störung des Gleichgewichts in der Natur und Umweltkatastrophen gehören zu den Ursachen des Problems. Die Kinder sind die Ersten, die darunter leiden; manchmal erleiden sie Formen physischer Folter und Gewalt, die mit denen moralischer und psychischer Art einhergehen und in ihnen Spuren hinterlassen, die fast immer unauslöschlich sind.

Es ist daher absolut notwendig, in den Herkunftsländern den Ursachen entgegenzutreten, die die Migrationen auslösen. Das erfordert als ersten Schritt den Einsatz der gesamten Internationalen Gemeinschaft, um die Konflikte und Gewalttaten auszumerzen, die die Menschen zur Flucht zwingen. Außerdem ist eine Weitsicht notwendig, die fähig ist, geeignete Programme für die von schwerwiegenden Ungerechtigkeiten und von In-

Stabilität betroffenen Gebiete vorzuplanen, damit allen der Zugang zu authentischer Entwicklung gewährleistet wird, die das Wohl der Kinder fördert; sie sind ja die Hoffnung der Menschheit.

Zum Schluss möchte ich ein Wort an euch richten, die ihr den Weg der Emigration an der Seite der Kinder und Jugendlichen mitgeht: Sie brauchen eure wertvolle Hilfe, und auch die Kirche braucht euch und unterstützt euch in eurem großzügigen Dienst. Werdet nicht müde, mit eurem Leben mutig das gute Zeugnis für das Evangelium abzulegen, das euch ruft, Jesus, den Herrn, der in den Kleinsten und Verletzlichsten gegenwärtig ist, zu erkennen und aufzunehmen.

Ich vertraue alle minderjährigen Migranten, ihre Familien, ihre Gemeinschaften und euch, die ihr ihnen nahe seid, dem Schutz der Heiligen Familie von Nazareth an, damit sie über jeden wacht und alle auf ihrem Weg begleitet. Und mit meinem Gebet verbinde ich den Apostolischen Segen.

Aus dem Vatikan,
am 8. September 2016

Franziskus

Der Bischof von Limburg

Nr. 574 Aufruf der deutschen Bischöfe zur Adveniat-Aktion

Liebe Schwestern und Brüder,

„Gott der Armen, hilf uns, die Verlassenen und Vergessenen dieser Erde, die in deinen Augen so wertvoll sind, zu retten.“ – So betet Papst Franziskus am Ende seiner Enzyklika *Laudato si'*. Dieses Gebet rüttelt auf: Es appelliert an unsere Verantwortung für die Ärmsten der Armen.

Daran werden wir auch an Weihnachten erinnert: Denn das Fest der Menschwerdung Gottes ermutigt uns, alle Menschen, besonders die Verlassenen und Vergessenen, mit den liebenden Augen Gottes zu sehen.

Mit der diesjährigen Weihnachtsaktion bringt uns das Hilfswerk Adveniat die Amazonas-Region nahe. Dort tritt die Kirche für die Rechte und die Lebenschancen der Indigenen ein. Sie gehören zu den Verlassenen und Vergessenen unserer Tage.

Mit der Adveniat-Kollekte am Weihnachtsfest können wir Verantwortung übernehmen und die Arbeit der Kirche in Lateinamerika und der Karibik unterstützen. Tun

wir dies mit unserem Gebet und unserer großzügigen Spende!

Fulda, 22. September 2016
Für das Bistum Limburg

+ Dr. Georg Bätzing
Bischof von Limburg

Dieser Aufruf soll am 3. Adventssonntag, dem 11. Dezember 2016, in allen Gottesdiensten (auch am Vorabend) verlesen werden oder den Gemeinden auf eine andere ortsübliche Weise bekannt gemacht werden. Die Kollekte, die am Heiligabend und am 1. Weihnachtstag (24./25. Dezember) in allen Gottesdiensten, auch in den Kinderkrippenfeiern, gehalten wird, ist ausschließlich für die Bischöfliche Aktion Adveniat bestimmt.

Limburg, 31. Oktober 2016
Az.: 367C/16767/16/02/2

Wolfgang Rösch
Generalvikar

Nr. 575 Ordnung für das Vorgehen bei Verdachtsfällen von sexuellem Missbrauch Minderjähriger und erwachsener Schutzbefohlener durch kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich des Bistums Limburg (Interventionsordnung)

Auf der Grundlage der „Leitlinien für den Umgang mit sexuellem Missbrauch Minderjähriger und erwachsener Schutzbefohlener durch Kleriker, Ordensangehörige und andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz“ (vgl. Amtsblatt 2013, S. 608-613; nachfolgend: Leitlinien) werden die Zuständigkeiten und Verfahrensabläufe bei Verdachtsfällen von sexuellem Missbrauch Minderjähriger und erwachsener Schutzbefohlener durch kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Bereich des Bistums Limburg bei kirchlichen Rechtsträgern im Sinne von Art. 2 Abs. 1 und 2 der Grundordnung des kirchlichen Dienstes in der jeweils geltenden Fassung tätig sind, wie folgt geregelt.¹

A. Erstansprache und Betreuung

1. Die beauftragten Ansprechpersonen (nachfolgend weiterhin: Beauftragte bei Missbrauchsverdacht) sind die originär zuständigen Personen zur Entgegennahme von Verdachtsfällen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger und erwachsener Schutzbefohlener. Jedoch kann eine Meldungsentgegennahme bei direkter Ansprache durch mittelbare Betroffene auch durch die Präventionsbeauftragten geschehen, um die eingehenden Informationen

¹ Aus Gründen der Lesbarkeit wird im Folgenden auf eine geschlechtsneutrale Formulierung verzichtet. Es sind jedoch immer beide Geschlechter im Sinne der Gleichbehandlung angesprochen, es sei denn, zwingende Vorgaben bedingen etwas anderes.

zu sichern. Der Präventionsbeauftragte informiert nach Abschluss der Informationsaufnahme unverzüglich den Beauftragten bei Missbrauchsverdacht und den Generalvikar; dem Meldenden teilen sie die zu erfolgende Weiterleitung der Informationen im Erstkontaktgespräch mit.

2. Der Beauftragte bei Missbrauchsverdacht nimmt erste Bewertung der Hinweise auf ihre Plausibilität und im Hinblick auf das weitere Verfahren vor.
3. Der Beauftragte bei Missbrauchsverdacht führt die Gespräche mit den Betroffenen sexuellen Missbrauchs (nachfolgend: Betroffene bzw. betroffene Personen) und steht als deren Begleiter während des gesamten Prozesses zur Verfügung.
4. Der Beauftragte bei Missbrauchsverdacht (oder ggf. der Präventionsbeauftragte) erstellt mittels eines standardisierten Formulars ein schriftliches Erstanspracheprotokoll zu jedem Vorgang. Das Protokoll und weitere relevante Informationen sind unverzüglich an den Generalvikar weiterzuleiten, der hierbei und bei den anderen in dieser Ordnung genannten Verfahrensschritten gemäß c. 480 CIC in enger Abstimmung mit dem Diözesanbischof vorgeht.
5. Die betroffene Person wird zu einer eigenen Anzeige bei den Strafverfolgungsbehörden ermutigt und bei diesem Schritt unterstützt.
6. In zu dokumentierenden Ausnahmefällen kann die Weiterleitung der personenbezogenen Daten der betroffenen Person gemäß Nr. 4 auf ausdrücklichen Wunsch der betroffenen Person unterbleiben. Die Weiterleitung hat gleichwohl zumindest in anonymisierter Form zu erfolgen. Der Name einer beschuldigten Person und eine Sachverhaltsschilderung sind in jedem Fall weiterzuleiten.
7. Der Beauftragte bei Missbrauchsverdacht nimmt auch solche Hinweise auf, in denen der Beschuldigte nicht im haupt- oder ehrenamtlichen Dienst des Bistums Limburg steht oder stand. Der Beauftragte bei Missbrauchsverdacht vermittelt sodann den Kontakt zu den zuständigen Stellen.
8. Der Beauftragte bei Missbrauchsverdacht berät die Betroffenen und ggf. deren Angehörige hinsichtlich seelsorgerlicher bzw. therapeutischer Unterstützung und hilft bei der Vermittlung.
9. Das Bistum Limburg stellt einen Seelsorger zur Ver-

fügung, sofern ein Betroffener den Wunsch äußert, ein seelsorgerisches Gespräch zu führen.

B. Einrichtung eines Interventionskreises

10. Für die Vorbereitung der gemäß den Leitlinien durch den Generalvikar zu treffenden Entscheidungen wird ein „Interventionskreis für Verdachtsfälle von sexuellem Missbrauch Minderjähriger und erwachsener Schutzbefohlener durch kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ eingerichtet (nachfolgend: Interventionskreis). Darüber hinaus nimmt sich der Interventionskreis auch sonstiger im kirchlichen Kontext aufgekommener Verdachtsfälle sexualisierter Gewalt an und dient der hier notwendigen Absprache über das weitere Vorgehen.
11. Unter dem Vorsitz des Generalvikars gehören als ständige Mitglieder dem Interventionskreis an:
 - der Abteilungsleiter Kirchliches Recht, dem die Koordination des Interventionskreises obliegt (Kordinator), bei dessen Verhinderung beruft der Generalvikar ad hoc einen anderen Kanonisten und beauftragt ein anderes Mitglied des Interventionskreises mit der Aufgabe der Koordination;
 - der Justitiar (ggf. vertreten durch einen Juristen aus der Abteilung Weltliches Recht in der Zentralstelle);
 - der Leiter der Koordinationsstelle Prävention vor sexualisierter Gewalt (ggf. vertreten durch einen weiteren Präventionsbeauftragten).

Je nach Tätigkeit des Beschuldigten wird der Interventionskreis ergänzt um:

Pastoraler Dienst	Dezernent Personal
Bischöfliches Ordinariat, Bischöfliches Offizialat, Domkapitel, Kirchengemeinden	Dezernent Personal und ggf. zuständiger Fachdezernent bzw. Offizial bzw. Domdekan
Einrichtungen und Verbände im Zuständigkeitsbereich des Dezernates Kinder, Jugend und Familie	Dezernent Kinder, Jugend und Familie oder durch Dezernenten delegierter Mitarbeiter
Einrichtungen und Verbände im Zuständigkeitsbereich des Dezernates Schule und Bildung	Dezernent Schule und Bildung oder durch Dezernenten delegierter Mitarbeiter, zzgl. Dezernent Personal bei gestellten Pastoralpersonal
Einrichtungen und Verbände im Bereich der Caritas	Diözesancaritasdirektor oder durch diesen delegierten Mitarbeiter

C. Information und Untersuchungsverfahren

12. Erhält der Generalvikar über die Beauftragten bei Missbrauchsverdacht oder auf sonstige Weise die Nachricht über das Vorliegen eines Verdachts auf sexuellen Missbrauch eines Minderjährigen oder erwachsenen Schutzbefohlenen durch einen im Dienst der Kirche stehende Person (vgl. Punkt 4), beauftragt er den Koordinator des Interventionskreises mit der Einberufung des Interventionskreises. Auf diese Weise ist auch vorzugehen, wenn der Generalvikar über sonstige im kirchlichen Kontext aufgekommener Verdachtsfälle sexualisierter Gewalt Kenntnis erhält.
13. Der Interventionskreis nimmt eine erste Sichtung des Sachverhaltes vor. Insbesondere bedarf es einer Entscheidung darüber, ob eine Anhörung des Beschuldigten durchgeführt werden kann (vgl. Leitlinien Nr. 22). Weiter berät der Interventionskreis darüber, welche Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen zu ergreifen sind.
14. Der Interventionskreis berät darüber, ob dienst- bzw. arbeitsrechtliche Maßnahmen zu ergreifen sind sowie über die erforderlichen Informations- und Kommunikationsschritte. Hierzu wird zeitnah ein konkreter Ablaufplan für das Notfallmanagement erarbeitet, der die Steuerung der Situation vor Ort regelt. Soweit erforderlich, erfolgt die Information der Öffentlichkeit unter Berücksichtigung von Leitlinie Nr. 54 ausschließlich über die Abteilung Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.
15. Um zum einen den Schutz möglicher Opfer zu gewährleisten und zum anderen die – auch in Fällen des sexuellen Missbrauchs geltende – Unschuldsvermutung zu berücksichtigen, wird der Beschuldigte in der Regel bis zur Klärung der Vorwürfe bei voller Vergütung unter Anrechnung der Urlaubsansprüche freigestellt. Handelt es sich bei dem Beschuldigten um einen Kleriker, kann der Ordinarius gemäß Art. 19 SST konkrete, in c. 1722 CIC genannte Maßnahmen verfügen, wobei die dort genannten Voraussetzungen zu beachten sind.
16. Das Bistum bietet dem Beschuldigten die Vermittlung eines Rechtsbeistandes an und trägt die hiermit verbundenen Kosten bis zum Abschluss des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens auf der Basis der gesetzlichen Gebühren im Rahmen des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes. In dieser Weise ist auch vorzugehen, wenn sich Vorwürfe auf den privaten Bereich des Beschuldigten beziehen. Die Stellung und Finanzierung eines Rechtsbeistandes entfällt, falls der Beschuldigte die Vorwürfe vollumfänglich einräumt.
17. Die Durchführung der Anhörung des Beschuldigten erfolgt in der Regel durch den Koordinator des Interventionskreises als Anhörenden unter Mitwirkung eines Protokollanten. Der Beschuldigte kann eine Person seines Vertrauens, ggf. den bestellten Rechtsbeistand, hinzuziehen. Die Anhörung wird in der Regel aufgezeichnet und ist nach Möglichkeit von allen Beteiligten zu unterschreiben. Der Generalvikar wird durch den Koordinator des Interventionskreises über das Ergebnis des Gesprächs informiert. Der in diesem Fall tätige Beauftragte bei Missbrauchsverdacht wird durch den Koordinator des Interventionskreises über das Ergebnis ebenfalls informiert.
18. Soweit tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer Straftat nach dem 13. Abschnitt oder weiterer sexualbezogener Straftaten des StGB an Minderjährigen oder erwachsenen Schutzbefohlenen vorliegen, leitet der Justitiar nach vorheriger Abstimmung im Interventionskreis die Informationen unverzüglich an die staatlichen Strafverfolgungsbehörden sowie an andere zuständige Behörden weiter. Die Pflicht zur Weiterleitung entfällt nur ausnahmsweise, wenn dies dem ausdrücklichen, schriftlich dokumentierten Wunsch des Betroffenen entspricht und der Verzicht auf eine Mitteilung rechtlich zulässig ist. Die Gründe für den Verzicht auf eine Mitteilung bedürfen einer genauen Dokumentation, die von der betroffenen Person (ggf. seinen Eltern, Personensorgeberechtigten, Betreuer) zu unterzeichnen ist. Die Strafverfolgungsbehörden sind in jedem Fall einzuschalten, wenn weitere Gefährdungen zu befürchten sind oder weitere mutmaßliche Betroffene ein Interesse an der strafrechtlichen Verfolgung der Taten haben könnten.
19. Der Justitiar informiert – soweit rechtlich geboten – andere zuständige Behörden (z. B. Jugendamt, Schulaufsicht). Er hält den Kontakt zu den staatlichen Stellen (Staatsanwaltschaft) während des Ermittlungsverfahrens.
20. Eine seelsorgerische und supervisorische Unterstützung des Beschuldigten kann auf Basis von Freiwilligkeit unabhängig von jeder Schuldfrage erfolgen. Dies gilt auch für die Nachsorge innerhalb der Einrichtung.

D. Der Koordinator des Interventionskreises

21. Der Koordinator des Interventionskreises koordiniert im Auftrag des Generalvikars die Intervention bei Missbrauchsfällen. Er verantwortet das Untersuchungsverfahren und die Anhörungsgespräche mit dem Beschuldigten.
22. Der Koordinator des Interventionskreises ist die zuständige Stelle für die Entgegennahme grundsätzlicher Anfragen zum Thema Missbrauch und informiert über die Verfahrenswege.
23. Der Koordinator des Interventionskreises wird in der Regel durch den Ordinarius zum Voruntersuchungsführer einer ggf. durchzuführenden kirchlichen Voruntersuchung gemäß c. 1717 CIC ernannt. Die Durchführung der Voruntersuchung und der sich anschließenden Schritte erfolgt unter Beachtung der hierzu erlassenen kirchenrechtlichen Bestimmungen.
24. Der Koordinator des Interventionskreises ist für die vollständige Dokumentation verantwortlich. Die Ablage von Dokumenten erfolgt in einem hierzu eingerichteten und zugriffsbeschränkten Laufwerk. Die Weiterleitung von Dokumenten und personenbezogenen Daten per E-Mail soll nach Möglichkeit unterbleiben.
25. Der Koordinator des Interventionskreises informiert die zuständigen Personen der betroffenen kirchlichen Rechtsträger über den Stand des laufenden Verfahrens.
26. Der Koordinator nimmt geschäftsführend an den Sitzungen des Beraterstabes teil (Teil E). Er bereitet die Sitzungen vor, beruft die Sitzungen im Auftrag des Generalvikars ein, stellt – in Absprache mit den Beauftragten bei Missbrauchsverdacht – die einzelnen Fälle in anonymisierter Weise vor und führt das Protokoll.

E. Beraterstab sexueller Missbrauch

27. Der gemäß der „Verfahrensordnung zur Durchführung der Leitlinien ‚Zum Vorgehen bei sexuellem Missbrauch Minderjähriger durch Geistliche im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz‘ im Bistum Limburg“ eingerichtete Arbeitsstab sexueller Missbrauch (AsM; vgl. Amtsblatt 2003, 147f.) führt seine Tätigkeit als „Beraterstab sexueller Missbrauch“ (nachfolgend: Beraterstab) gemäß Leitlinien Nr. 7 fort.

28. Unter dem Vorsitz des Generalvikars gehören dem Beraterstab an: die Beauftragten bei Missbrauchsverdacht, psychiatrische Sachverständige, der Personaldezernent, der Justitiar, der Leiter der Koordinationsstelle Prävention vor sexualisierter Gewalt, ein vom Priesterrat benannter Priester, ein vom Diakonenrat benannter Diakon, eine von der Haupt-Mitarbeitervertretung benannte Person. Der Generalvikar kann weitere Sachverständige hinzuziehen. Dem Beraterstab sollen wenigstens zwei Frauen angehören. Der Beraterstab berät vertraulich.
29. Abhängig vom jeweiligen Einzelfall werden einzelne oder mehrere Mitglieder des Beraterstabes konsultiert, die die für den konkreten Fall erforderliche Fachexpertise abbilden. Die Konsultation kann auch im Rahmen einer Telefonkonferenz erfolgen.
30. Darüber hinaus tagt der Beraterstab regelmäßig als Kollegialgremium unter dem Vorsitz des Generalvikars und nimmt die Aufgabe eines systematischen Reflexionsgremiums aller Strukturen und Abläufe bei Missbrauchsaufklärung und Präventionsbemühungen im Bistum wahr.

F. Nachhaltige Aufarbeitung

31. Der Generalvikar beauftragt nach Abstimmung im Interventionskreis die Koordinationsstelle Prävention vor sexualisierter Gewalt mit
 - a. der Umsetzung der Nachsorge,
 - b. der Durchführung begleitender Maßnahmen,
 - c. und der nachhaltigen Präventionsarbeit.

Als begleitende Maßnahmen nach Buchst. b) kommen u. a. in Frage: Information des zuständigen kirchlichen Vorgesetzten, sog. „Intraprävention“ (d. h. supervisorisch-therapeutische Aufarbeitung relevanter Vorkommnisse), Erarbeitung bzw. Überarbeitung von Risikoanalysen, Schutzkonzepten und Verhaltenskodizes an den jeweiligen Einsatzorten, Abschlussgespräch mit den Betroffenen (ggf. mit abschließender Sachstandsinformation, Nachricht über ergriffene Maßnahmen, Initiierung und Begleitung institutioneller Entschuldigung).

32. Der Interventionskreis berät den Ordinarius hinsichtlich geeigneten Maßnahmen zur Wiederherstellung des guten Rufes eines fälschlich Beschuldigten oder Verdächtigten (vgl. Leitlinien Nr. 42).

G. Antrag auf „Leistungen in Anerkennung des Leids“

33. Der Beauftragte bei Missbrauchsverdacht unterstützt die betroffenen Personen bei der Stellung der Anträge auf „Leistungen in Anerkennung des Leids“, nimmt die Anträge entgegen und leitet sie an den Generalvikar zur Einreichung an die Zentrale Koordinierungsstelle beim „Büro für Fragen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger im kirchlichen Bereich“ der Deutschen Bischofskonferenz weiter.
34. Der Koordinator des Interventionskreises unterstützt den Beauftragten bei Missbrauchsverdacht bei der gegebenenfalls erforderlichen Recherche sowie hinsichtlich der Prüfung der Zuständigkeit der Zahlung.
35. Der Beauftragte bei Missbrauchsverdacht leitet die Empfehlung der Zentralen Koordinierungsstelle über die Höhe der Leistung zur Auszahlung an den Koordinator des Interventionskreises weiter, der seinerseits die Auszahlung zur Anweisung durch den Generalvikar vorbereitet.
36. Der Beauftragte bei Missbrauchsverdacht informiert die betroffenen Personen über die Entscheidung über Anerkennungsleistungen und weitere Hilfen.

H. Inkrafttreten

37. Die vorstehende Ordnung tritt zum 01. Oktober 2016 ad experimentum bis zum 30. September 2019 in Kraft.

Limburg, 30. September 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 5570/47355/16/04/1 Bischof von Limburg

Nr. 576 Änderung der Anordnung über das kirchliche Meldewesen

Die Anordnung über das kirchliche Meldewesen (KMAO, Amtsblatt Nr. 1/2006, Seite 224f., zuletzt geändert am 5. Oktober 2010, Amtsblatt Nr. 11/2010, Seite 446), wird wie folgt geändert:

1. In § 5 KMAO wird der 6. Absatz erweitert.
2. Dieser lautet nun wie folgt:

Abs. 6

¹Das Bistum kann die Daten aller Gemeindemitgliederverzeichnisse in seinem Bereich erheben, verarbeiten oder nutzen.

²Das Bistum kann außerdem Daten, die Gemeindemitgliederverzeichnisse anderer Bistümer betreffen und die es seitens einer kommunalen Meldebehörde aus technischen oder organisatorischen Gründen erhält, an die betroffenen Bistümer weiterleiten.

³Dies kann auch von zentralen kirchlichen Rechenzentren besorgt werden.

⁴Die Kirchengemeinde/Pfarrei kann nur die Daten des Gemeindemitgliederverzeichnisses ihres Bereichs erheben, verarbeiten oder nutzen.

⁵Der Generalvikar regelt die Zugriffsberechtigung für das Gemeindemitgliederverzeichnis des Bistums durch Ausführungsvorschrift nach Maßgabe der Prinzipien der KDO, insbesondere dem Prinzip der Erforderlichkeit und der Datensparsamkeit.

⁶Für den Bereich der Kirchengemeinde/Pfarrei regelt dies der Pfarrer bzw. der verantwortliche Leiter.

Limburg, 17. Oktober 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 634M/43176/15/01/1 Bischof von Limburg

Bischöfliches Ordinariat

Nr. 577 Priesterweihen

Der Bischof von Trier, Dr. Stephan Ackermann, hat am 10. Oktober 2016 in der Kirche Sant'Ignazio di Loyola in Campo Marzio in Rom zwei Diakonen der Diözese Limburg die Priesterweihe gespendet:

Johannes Funk aus der Pfarrei St. Ursula, Oberursel, und Nikolaus von Magnis aus der Pfarrei Maria Himmelfahrt im Taunus, Königstein.

Nr. 578 Zählung der sonntäglichen Gottesdienstteilnehmer am 13. November 2016

Gemäß Beschlüssen der Deutschen Bischofskonferenz (vgl. Vollversammlung vom 24. bis 27. Februar 1969, Prot. Nr. 18, und Ständiger Rat vom 27. April 1992, Prot. Nr. 5) werden für die Zwecke der kirchlichen Statistik der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland

die Gottesdienstteilnehmer zwei Mal im Jahr gezählt. Die zweite Zählung findet einheitlich am zweiten Sonntag im November (13. November 2016) statt. Zu zählen sind alle Personen, die an den sonntäglichen Hl. Messen (einschl. Vorabendmesse) teilnehmen. Mitzuzählen sind auch die Besucher der Wort-Gottes- oder Kommuniongottesdienste, die anstelle einer Eucharistiefeier gehalten werden. Zu den Gottesdienstteilnehmern zählen auch die Angehörigen anderer Pfarreien (z. B. Wallfahrer, Seminarteilnehmer, Touristen und Besuchsreisende).

Das Ergebnis der Zählung kann gleich nach dem Zählsonntag über den „Zusatzbogen Gottesdtn“ im e-mip-System eingegeben werden. Das Ergebnis wird dann automatisch in den Erhebungsbogen im nächsten Jahr übernommen.

Nr. 579 Hinweise zur Durchführung der Adveniat-Aktion

Im Advent 2016 stellt Adveniat die Amazonas-Region in den Mittelpunkt seiner Jahresaktion. Das Ökosystem des Amazonas mit seiner großartigen Artenvielfalt ist auch Kulturraum indigener Lebensformen. Doch es wird durch multinationale Energiekonzerne und Landspekulanten, Goldgräber und Holzfäller bedroht. Diese treiben die Einheimischen in die Flucht und richten schwere Umweltschäden an. Vor dem Hintergrund des ökologischen und sozialen Kahlschlags stärkt Adveniat das Selbstbewusstsein und die Rechte der Indigenen.

Für die Adveniat-Aktion 2016 wurden Materialien an die Pfarrämter geschickt. Sie sollen der Vorbereitung von Gottesdiensten im Advent, der Kollekte an Weihnachten sowie der Öffentlichkeitsarbeit in den Gemeinden dienen.

Die Adveniat-Aktion wird am 1. Adventssonntag, dem 27. November 2016, mit einem Gottesdienst im Liebfrauentempel zu München feierlich eröffnet. Der Gottesdienst wird ab 10:00 Uhr als Video-Livestream im Münchner Kirchenradio, auf domradio.de und weltkirche.katholisch.de zu sehen sein.

Für den 1. Adventssonntag am 27. November 2016 bietet es sich an, in den Gemeinden die Plakate auszuhängen, die Opferstöcke mit einem entsprechenden Hinweis aufzustellen und das Aktionsmagazin zur Weihnachtsaktion auszulegen. Für den Pfarrbrief bietet Adveniat Gestaltungshilfen und einen Beileger an. Dem Pfarrbrief kann auch die Opfertüte beigelegt werden. Weitere Hinweise für die Gestaltung des Advents hält

Adveniat auf der Internetseite www.advent-teilen.de bereit.

Am 3. Adventssonntag, dem 11. Dezember 2016, sollen in allen Gottesdiensten einschließlich der Vorabendmesse der Aufruf der deutschen Bischöfe verlesen und die Opfertüten für die Adveniat-Kollekte verteilt werden. Die Gläubigen werden gebeten, ihre Gabe am Heiligabend bzw. am 1. Weihnachtstag mit in den Gottesdienst zu bringen. Sie können ihre Spende auch auf das Kollektenkonto des Bistums überweisen. Auf Zuwendungsbestätigungen für Spenden an Adveniat ist der Hinweis „Weiterleitung an den Bischöfliche Aktion Adveniat e. V.“ zu vermerken.

In allen Gottesdiensten am Heiligabend, auch in den Kinder-Krippenfeiern, sowie in den Gottesdiensten am 1. Weihnachtsfeiertag ist die Kollekte anzukündigen und durchzuführen. Zur Ankündigung der Kollekte eignet sich ein Zitat aus dem Adveniat-Aufruf der deutschen Bischöfe.

Der Ertrag der Kollekte ist von den Pfarreien vollständig auf das Bistumskonto zu überweisen. Wir bitten um Einhaltung dieses Termins, da Adveniat gegenüber den Spendern zu einer zeitnahen Verwendung der Gelder verpflichtet ist. Die Kirchengemeinden sind verpflichtet, die bei den Kollekten an Heiligabend und am 1. Weihnachtstag eingenommenen Mittel vollständig an die Diözese abzuführen. Sobald das Ergebnis der Kollekte vorliegt, sollte es den Gemeindemitgliedern mit einem herzlichen Wort des Dankes bekannt gegeben werden. Adveniat bietet entsprechende Vorlagen für den Pfarrbrief an.

Informationen und Materialien: Bischöfliche Aktion Adveniat e. V., Gildehofstr. 2, 45127 Essen, Tel.: 0201 1756-208, Fax: 0201 1756-111, Website: www.adveniat.de.

Nr. 580 Hinweise zum Weltmissionstag der Kinder („Krippenopfer“)

Mit dem Weltmissionstag der Kinder, der weltweit begangen wird, lädt das Kindermissionswerk „Die Sternsinger“ Kinder in Deutschland ein, durch eine persönliche Gabe die Lebenssituation von Kindern in anderen Kontinenten zu verbessern. Kinder helfen Kindern – mit dieser Aktion geben sie ein lebendiges Beispiel für Solidarität und Hilfsbereitschaft. Aus vielen kleinen Gaben wird eine große Hilfe für Kinder in Not.

Die Kollekte zum Weltmissionstag der Kinder wird gehalten an einem Tag zwischen Weihnachten und Erscheinung des Herrn, den die Pfarreien bestimmen

können (26. Dezember 2016 bis 6. Januar 2017). Hierzu stellt das Kindermissionswerk „Die Sternsinger“ Aktionsplakate, Spendenkästchen, Arbeitshilfen sowie ein Begleitheft für die Kinder bereit.

Wir bitten, die Kollekte zum Weltmissionstag der Kinder auf dem üblichen Weg an die Bistumskasse zu überweisen. Ebenso bitten wir, das „Krippenopfer“, das in vielen Gemeinden üblich ist, als solches zu vermerken. Hierbei ist auf den Unterschied zur Bischöflichen Aktion Adveniat zu achten. Auf die Aktion Dreikönigssingen, die hiervon ebenfalls zu unterscheiden ist, wird in besonderen Ankündigungen hingewiesen.

Die Materialien zum Weltmissionstag der Kinder können kostenlos bezogen werden: Kindermissionswerk Die Sternsinger e. V., Stephanstr. 35, 52064 Aachen, Bestell-Telefon: 0241 4461-44, Bestell-Fax: 0241 4461-88, E-Mail: bestellung@sternsinger.de, Website: www.sternsinger.de.

Nr. 581 Satzung der „Stiftung Wallfahrtskapelle Maria Hilf Beselich“

Mit Wirkung vom 23. Oktober 2012 ist nach staatlicher Anerkennung die „Stiftung Maria Hilf, Beselich-Obertiefenbach“ mit Sitz in Beselich-Obertiefenbach entstanden. Das Bischöfliche Ordinariat Limburg spricht die Errichtung der rechtlich selbständigen kirchlichen Stiftung gemäß § 2 Abs. 3 Stifto i. V. m. c. 1303 §1, 1° CIC aus.

Satzung der „Stiftung Maria Hilf, Beselich-Obertiefenbach“

Präambel

Die Katholische Kirchengemeinde St. Ägidius Obertiefenbach hat eine Wallfahrtskapelle, die der Gottesmutter gewidmet ist und auf den Namen „Maria Hilf“ und zu Ehren der heiligen 14 Nothelfer geweiht wurde. Die Marien-Wallfahrtskapelle auf dem Beselicher Kopf in der hessischen Gemeinde Beselich im Landkreis Limburg-Weilburg stellt einen bedeutenden Wallfahrtsort in der Volksfrömmigkeit der Region dar. Sie ist seit dem Herbst 1802 im Eigentum und Besitz der Katholischen Kirchengemeinde St. Ägidius Obertiefenbach. Weitere sieben Kapellchen der Sieben Schmerzen Mariens an dem Betweg im Wald von Obertiefenbach nach Beselich gehören nach ihrer Fertigstellung im Jahr 1877 zu dem Ensemble der Wallfahrtskirche.

Die Kapelle wurde letztmals im Jahr 2002 durch Spenden der Bevölkerung und mit Unterstützung des Bis-

tums Limburg innen renoviert und größtenteils im ursprünglichen Zustand wieder hergestellt. Hierfür und für die sieben Kapellchen wurden erhebliche Instandhaltungsarbeiten sowie Finanzierungsleistungen insbesondere auch durch die Hilfe des im Jahre 1984 gegründeten „Freundeskreis zur Erhaltung der Kapelle Beselich“ vorgenommen.

Zur dauerhaften Sicherstellung der finanziellen Mittel zum Erhalt dieses Glaubenszeugnisses sieht sich die Kirchengemeinde, in breiter Übereinstimmung mit allen Gläubigen, verpflichtet, eine rechtsfähige kirchliche Stiftung zu errichten, die dauerhaft in der Verwaltung der Kirchengemeinde und der Gläubigen in Obertiefenbach und Niedertiefenbach verankert bleiben soll.

Als anfängliches Stiftungsvermögen soll das zum Zeitpunkt der Errichtung der Stiftung verfügbare Kapital des als „Beselich-Fonds“ separat geführten Sondervermögens der Katholischen Kirchengemeinde St. Ägidius Obertiefenbach eingebracht werden (vgl. § 4 (1)). Dieses Vermögen ist teilweise mit derselben Zweckbindung wie für den Stiftungszweck nach § 2 dieser Satzung versehen.

§ 1 – Name, Rechtsform, Sitz

- (1) Die Stiftung führt den Namen „Stiftung Maria Hilf, Beselich-Obertiefenbach“.
- (2) Sie ist eine rechtsfähige kirchliche Stiftung des bürgerlichen Rechts gemäß §§ 80 ff. BGB der Katholischen Kirchengemeinde St. Ägidius Obertiefenbach.
- (3) Sie hat ihren Sitz in Beselich-Obertiefenbach.
- (4) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 – Stiftungszweck

- (1) Zweck der Stiftung ist die Förderung der Religion und des römisch-katholischen Glaubens und seine öffentliche Bekundung.
- (2) Der Stiftungszweck soll insbesondere verwirklicht werden durch Unterstützung und Förderung der:
 - a) Unterhaltung der Kapelle Maria Hilf und der dazu gehörenden sieben Kapellchen sowie des Betweges,
 - b) Pflege der liturgischen Gegenstände einschließlich der Paramente und Ausstattung der Kapellen,
 - c) Unterhaltung und Erneuerung der Orgel in der Kapelle,
 - d) Pflege der Wallfahrtstradition für dieses Ensemble.

§ 3 – Gemeinnützigkeit und Kirchlichkeit

- (1) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar kirchliche und gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (§§ 51 ff. AO).
- (2) Die Stiftung ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Die Mittel der Stiftung dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden.
- (4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 – Erhaltung des Stiftungsvermögens

- (1) Das Grundstockvermögen der Stiftung beträgt zum Zeitpunkt ihrer Errichtung 250.000 Euro. Das Grundstockvermögen kann durch weitere Zustiftungen des Stifters oder Dritter aufgestockt werden. Zustiftungen sind finanzielle Zuwendungen, Liegenschaften, Gegenstände und andere Vermögenswerte, die der Stiftung mit der entsprechenden Bestimmung übertragen werden.
- (2) Das Grundstockvermögen ist in seinem Wert ungeschmälert zu erhalten und nach den Grundsätzen ordentlicher Wirtschaftsführung ertragreich anzulegen. Vermögensumschichtungen, insbesondere zur Substanzerhaltung, sind zulässig.
- (3) Zustiftungen in das Grundstockvermögen bedürfen der Zustimmung des Kuratoriums und gegebenenfalls der bischöflichen Aufsichtsbehörde gemäß § 13 dieser Satzung.
- (4) Zuwendungen zum Stiftungsvermögen, die nicht zur Erhöhung des Grundstockvermögens bestimmt sind, dürfen ausschließlich zur Erfüllung satzungsgemäßer Zwecke verwendet werden.
- (5) Der Nachweis über die Verwendung der Mittel für den Stiftungszweck ist in einer gesonderten Verwendungsrechnung zu führen.

§ 5 – Verwendung der Vermögenserträge und Zuwendungen

- (1) Die Stiftung erfüllt ihre Aufgaben aus den Erträgen des Grundstockvermögens und des darüber hinausgehenden Stiftungsvermögens sowie aus den Zuwendungen Dritter, soweit diese nicht ausdrücklich als Zustiftungen zur Erweiterung des Grundstockvermögens bestimmt sind.
- (2) Ein Rechtsanspruch Dritter auf Zuwendungen von Stiftungsmitteln besteht nicht.

§ 6 – Organe

- (1) Organe der Stiftung sind der Vorstand und das Kuratorium.
- (2) Die Mitglieder der Stiftungsorgane üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Sie haben Anspruch auf Ersatz der ihnen entstehenden Aufwendungen und Auslagen.
- (3) Die Stiftungsorgane können sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 7 – Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus 7 Personen, dem der Pfarrer der Kirchengemeinde und die Mitglieder des Verwaltungsrates der Katholischen Kirchengemeinde St. Ägidius Obertiefenbach angehören sollen. Der Pfarrer kann durch eine einseitige, unwiderrufliche Willensäußerung erklären, dass er während der folgenden Amtszeit dem Vorstand nicht angehören will.
- (2) Sollte die Kirchengemeinde mit anderen Kirchengemeinden zusammengelegt werden und eine dann größere Gemeinde als Gesamtrechtsnachfolgerin gebildet werden, wählt der Verwaltungsrat der neuen Gemeinde den Vorstand, wobei mindestens die Hälfte des Vorstandes dann aus Mitgliedern der bisherigen Kirchengemeinden St. Ägidius Obertiefenbach oder St. Marien Niedertiefenbach stammen müssen. Vorschlagsberechtigt für eine solche Wahl, die jeweils in zeitlichem Zusammenhang mit der Konstituierung des Verwaltungsrates zu erfolgen hat, sind der Pfarrer, der Pfarrgemeinderat, der Verwaltungsrat und gegebenenfalls örtliche kirchliche Gremien.
- (3) Der Vorsitzende des Vorstandes ist, soweit das Kuratorium keinen abweichenden Beschluss fasst, der jeweilige Pfarrer der Katholischen Kirchengemeinde St. Ägidius Obertiefenbach.
- (4) Der stellvertretende Vorsitzende wird mit einfacher Mehrheit aus der Mitte des Vorstandes gewählt.
- (5) Nach §§ 86 und 26 (2) BGB vertritt der Vorstand die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Dabei gilt § 14 (1) des Gesetzes über die Verwaltung und Vertretung des Kirchenvermögens im Bistum Limburg (KVVG), wonach der Vorsitzende oder sein Stellvertreter und ein weiteres Mitglied des Vorstandes für die Stiftung handeln können.

§ 8 – Aufgaben des Vorstandes

- (1) Der Vorstand verwaltet die Stiftung im Rahmen dieser Satzung und der Vorgaben der Stiftungsaufsicht. Seine Aufgaben sind insbesondere die
 - a) Verwaltung und Erhaltung des Grundstockvermögens,

- b) Verwaltung des darüber hinausgehenden Stiftungsvermögens und die zweckentsprechende Verwendung der Stiftungsmittel,
 - c) Erstellung eines Wirtschaftsplans bis zum 31.10. eines Jahres für das folgende Jahr,
 - d) Führung der Bücher nach den allgemeinen Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung in Anlehnung an die §§ 238 ff. HGB,
 - e) Aufstellung des Jahresabschlusses, bestehend aus Bilanz und Ergebnisrechnung, zum 31.12. jeden Jahres jeweils bis zum 30. Juni des darauf folgenden Jahres,
 - f) Erstellung eines Rechenschaftsberichtes über die Tätigkeit und Mittelverwendung der Stiftung.
- (2) Bei der Verwaltung des Vermögens kann der Vorstand sich der Hilfe des zuständigen Rentamtes des Bischöflichen Ordinariates in Limburg bedienen.
- (3) Eine Abberufung eines Mitglieds des Vorstandes aus wichtigem Grund ist möglich. Hierzu bedarf es eines Beschlusses durch den Vorstand und der Bestätigung durch das Kuratorium.

§ 9 – Kuratorium

- (1) Das Stiftungskuratorium wird durch die Mitglieder des Pfarrgemeinderates der Katholischen Kirchengemeinde St. Ägidius Obertiefenbach gebildet.
- (2) Sollte die Kirchengemeinde mit anderen Kirchengemeinden zusammengelegt werden und eine dann größere Gemeinde als Gesamtrechtsnachfolgerin gebildet werden, wählt der Pfarrgemeinderat der neuen Gemeinde das Stiftungskuratorium, wobei mindestens die Hälfte des Kuratoriums dann aus Mitgliedern der bisherigen Kirchengemeinden St. Ägidius Obertiefenbach oder St. Marien Niedertiefenbach stammen müssen. In diesem Fall besteht das Kuratorium aus 7 Personen. Vorschlagsberechtigt für eine solche Wahl, die in zeitlichem Zusammenhang mit der Konstituierung des Pfarrgemeinderates zu erfolgen hat, sind der Pfarrer, der Pfarrgemeinderat, der Verwaltungsrat und gegebenenfalls örtliche kirchliche Gremien.
- (3) Mitglieder des Kuratoriums dürfen nicht gleichzeitig Mitglied des Stiftungsvorstandes sein. Pfarrgemeinderatsmitglieder die zugleich dem Verwaltungsrat und damit auch dem Vorstand der Stiftung angehören, verlieren ihre Mitgliedschaft im Kuratorium.
- (4) Das Kuratorium wählt den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden mit einfacher Mehrheit aus seiner Mitte.

- (5) Eine Abberufung eines Kuratoriumsmitglieds aus wichtigem Grund ist möglich. Hierzu bedarf es eines Beschlusses durch das Kuratorium.

§ 10 – Aufgaben des Kuratoriums

- (1) Das Kuratorium beschließt über alle grundsätzlichen Fragen, die zum Aufgabenbereich der Stiftung gehören und wacht insbesondere über die satzungsgemäße Verwendung der Stiftungsmittel.
- (2) Zu seinen Aufgaben gehören darüber hinaus insbesondere
- a) Entgegennahme und Genehmigung des Wirtschaftsplans,
 - b) Genehmigung des Jahresabschlusses bis spätestens 30. September des Folgejahres,
 - c) Entgegennahme des Berichts über die Erfüllung des Stiftungszwecks,
 - d) Entlastung des Vorstandes,
 - e) Wahl des Vorsitzenden des Vorstandes (so weit nicht von Amts wegen besetzt, vgl. 7 Abs. 2 dieser Satzung).

§ 11 – Beschlüsse

- (1) Vorstand und Kuratorium beschließen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit Gesetz oder diese Satzung nichts anderes festlegen. Bei Stimmengleichheit gibt jeweils die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (2) Zu Sitzungen des Vorstandes und des Kuratoriums ist jeweils vom Vorsitzenden oder im Verhinderungsfall vom stellvertretenden Vorsitzenden mit einer Ladungsfrist von zwei Wochen einzuladen. Mit der Einladung ist die Tagesordnung den Mitgliedern zu übersenden.
- (3) Über die Beschlüsse von Vorstand und Kuratorium ist ordnungsgemäß Protokoll zu führen.
- (4) Der Vorstand und das Kuratorium sind beschlussfähig, wenn die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Sie sind stets beschlussfähig, wenn zum zweiten Male durch eine neue Einladung zur Sitzung mit der gleichen Tagesordnung geladen und dabei auf diese Folge ausdrücklich hingewiesen worden ist. Darüber hinaus gelten die Bestimmungen des KVVG zu Einladung, Beschlussfähigkeit und Verbindlichkeit in ihrer jeweiligen Fassung.

§ 12 – Anpassung der Stiftung an veränderte Verhältnisse

- (1) Vorstand und Kuratorium können eine Änderung

der Satzung beschließen, wenn ihnen die Anpassung an veränderte Verhältnisse notwendig erscheint und die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Der Stiftungszweck darf dabei in seinem Wesen nicht geändert werden.

- (2) Der Änderungsbeschluss erfordert eine Mehrheit von jeweils zwei Drittel der Mitglieder des Vorstandes und des Kuratoriums.

§ 13 – Stiftungsaufsicht

Kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde ist das Bischöfliche Ordinariat in Limburg. Die kirchlichen und staatlichen stiftungsaufsichtsbehördlichen Genehmigungs- und Zustimmungsbefugnisse sind zu beachten, insbesondere die Stiftungsordnung für das Bistum Limburg nebst Anlagen sowie dem § 33 i. V. m. den §§ 15 bis 22 des Gesetzes über die Verwaltung und Vertretung des Kirchenvermögens im Bistum Limburg (KVVG).

§ 14 – Auflösung der Stiftung

- (1) Vorstand und Kuratorium können die Auflösung der Stiftung beschließen, wenn die Umstände es nicht mehr zulassen, den Stiftungszweck dauernd und nachhaltig zu erfüllen.
- (2) Im Falle der Auflösung der Stiftung gilt § 12 (2) dieser Satzung entsprechend.

§ 15 – Vermögensanfall

Bei der Aufhebung der Stiftung oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks fällt das Stiftungsvermögen an die Katholische Kirchengemeinde St. Ägidius Obertiefenbach, welche es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke, möglichst im Sinne des bisherigen Stiftungszweckes und der Bestimmung dieser Stiftung zu verwenden hat.

Genehmigt vom Bischöflichen Ordinariat Limburg

Limburg, 9. Oktober 2012

Az.: 613E/613/12/02/2

Der Name der Stiftung wurde geändert in „Stiftung Wallfahrtskapelle Maria Hilf Beselich“.

Genehmigt vom Bischöflichen Ordinariat Limburg

Limburg, 19. September 2016

Az.: 613E/44481/16/01/2

Wolfgang Rösch

Generalvikar

Nr. 582 Änderung der Durchführungsverordnung zur Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO-DVO)

Die Durchführungsverordnung zur Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO-DVO) wird wie folgt geändert:

1. Im Einleitungssatz wird „§ 19 der Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO)“ durch „§ 22 der Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO)“ ersetzt.
2. Unter Ziffer IV. wird die Überschrift „Anlage zu § 6 KDO“ ersetzt durch „Anlage 1 zu § 6 KDO“.
3. Zu Ziffer IV. wird eine neue Anlage 2 mit folgendem Wortlaut erlassen:

Anlage 2

1.0 Aufgaben und Ziele dieser Anlage

Diese Anlage regelt den Einsatz von Arbeitsplatzcomputern in kirchlichen Stellen. Sie ist als Ergänzung zu § 6 der Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO) und den zu ihr ergangenen bereichsspezifischen Datenschutzregelungen in ihren jeweils geltenden Fassungen anzusehen.

2.0 Arbeitsplatzcomputer/Datenverarbeitungsanlage

Arbeitsplatzcomputer (APC) im Sinne dieser DVO sind alle selbständigen Systeme der Datenverarbeitung, die von einer kirchlichen Stelle im Sinne des § 1 Abs. 2 KDO zur Erfüllung ihrer Aufgaben genutzt werden.

Sie können als Einzelgerät (Stand-Alone-PC) oder in Verbindung mit anderen APC (Netzwerken) bzw. anderen Systemen als Datenverarbeitungsanlage installiert sein. Als APC sind z.B. auch tragbare Geräte (Laptops bzw. Notebooks oder Netbooks), Tabletcomputer und Mobiltelefone sowie Drucker bzw. Kopierer mit eigener Speichereinheit zu behandeln.

3.0 Allgemeine Grundsätze

3.1 Verantwortlichkeit der Mitarbeiter

Mitarbeiter im Sinne dieser Anlage sind über die in § 2 Abs. 12 KDO genannten Beschäftigten hinaus auch ehrenamtlich für kirchliche Stellen tätige Personen, die APC verwenden.

Jeder Mitarbeiter trägt die datenschutzrechtliche Verantwortung für eine vorschriftsmäßige Ausübung seiner Tätigkeit. Es ist ihm untersagt, personenbezogene Daten zu einem anderen als dem in der jeweils rechtmäßigen Aufgabenerfüllung liegenden Zweck zu verarbeiten oder zu übermitteln.

3.2 Verantwortlichkeit der Dienststellenleiter

- Die jeweils als Dienststellenleiter verantwortliche Person ist durch den Generalvikar oder durch die sonst vorgesetzte Dienststelle zu bestimmen.
- Der Dienststellenleiter legt fest, welche im Sinne der KDO schutzwürdigen Daten auf Datenverarbeitungsanlagen gespeichert und verarbeitet werden.
- Ihm obliegt die zutreffende Einordnung der jeweiligen Daten in die Datenschutzklassen nach diesen Richtlinien.
- Der Dienststellenleiter klärt die Mitarbeiter über die Gefahren, die aus der Nutzung einer Datenverarbeitungsanlage erwachsen, sowie über den möglichen Schaden, der kirchlichen Einrichtungen aus einer Datenschutzverletzung erwachsen kann, auf.
- Der Dienststellenleiter stellt sicher, dass ein Konzept zur datenschutzrechtlichen Ausgestaltung der Datenverarbeitungsanlagen erstellt wird.
- Der Dienststellenleiter kann seine Aufgaben und Befugnisse nach dieser Durchführungsverordnung durch schriftliche Anordnung auf geeignete Mitarbeiter übertragen.

3.3 Technische und organisatorische Maßnahmen

Mit der Eingabe, Speicherung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten auf Anlagen der elektronischen Datenverarbeitung darf erst begonnen werden, wenn die Daten verarbeitende Stelle die nach der Anlage zu § 6 KDO und die nach dieser Richtlinie erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Schutz dieser Daten getroffen hat.

3.4 Mindestanforderungen

Unabhängig vom Grad der Schutzbedürftigkeit der Daten sind dabei zumindest folgende Maßnahmen zu treffen:

- Das nach § 3a Abs. 4 KDO zu führende Verzeichnis hat darüber hinaus den regelmäßigen Nutzer, den Standort und die interne Kennzeichnungs-Nummer zu enthalten.
- Alle bei der Verarbeitung personenbezogener Daten beteiligten Personen haben die Verpflichtungs-

erklärung gemäß § 4 Abs. 2 Satz I KDO abzugeben. Den Mitarbeitern, die die Verpflichtungserklärung unterschrieben haben, sind die jeweils gültige Anordnung über den Kirchlichen Datenschutz, etwaige Verordnungen, Dienstanordnungen oder Dienstvereinbarungen und die in ihrem Arbeitsbereich zu beachtenden bereichsspezifischen Datenschutzregelungen (Schulen, Krankenhäuser, Friedhöfe etc.) in geschäftsüblicher Weise zugänglich zu machen.

- Es ist sicherzustellen, dass auf dienstlich genutzten Anlagen der elektronischen Datenverarbeitung ausschließlich autorisierte Programme zu dienstlichen Zwecken verwendet werden. Die Benutzung privater Programme ist grundsätzlich unzulässig.
- Werden Daten aus den Melderegistern der kommunalen Meldebehörden in kirchlichen Rechenzentren verarbeitet, so orientieren sich die Schutzmaßnahmen an den BSI-ITGrundschutzkatalogen. Rechenzentren im Sinne dieser Vorschrift sind die für den Betrieb von größeren, zentral in mehreren Dienststellen eingesetzten Informations- und Kommunikationssystemen erforderlichen Einrichtungen.

4.0 Datenschutzklassen

- Das Ausmaß der möglichen Gefährdung personenbezogener Daten bestimmt Art und Umfang der Sicherungsmaßnahmen. Zur Erleichterung der Einordnung bedient sich diese Anlage der Definition dreier Datenschutzklassen, die sich aus der Art der zu verarbeitenden Daten ergeben. Dem Dienststellenleiter, der die Einordnung vornimmt, steht es frei, aus Gründen des Einzelfalles die zu verarbeitenden Daten anders einzuordnen als hier vorgesehen. Diese Gründe sollen kurz dokumentiert werden.
- Bei der Einordnung in die einzelnen Datenschutzklassen ist auf die Daten abzustellen, die vom Benutzer bewusst bearbeitet und gespeichert werden.

4.1 Datenschutzklasse I

Zur Datenschutzklasse I gehören personenbezogene Daten, deren Missbrauch keine besonders schwer wiegende Beeinträchtigung des Betroffenen erwarten lässt. Hierzu gehören insbesondere Adressangaben ohne Sperrvermerke, z. B. Berufs-, Branchen oder Geschäftsbezeichnungen.

4.2 Datenschutzklasse II

Zur Datenschutzklasse II gehören personenbezogene Daten, deren Missbrauch den Betroffenen in seiner gesellschaftlichen Stellung oder in seinen wirtschaftlichen

Verhältnissen beeinträchtigen kann. Hierzu gehören z. B. Daten über Mietverhältnisse, Geschäftsbeziehungen sowie Geburts- und Jubiläumsdaten, usw.

4.3 Datenschutzklasse III

Zur Datenschutzklasse III gehören personenbezogene Daten, deren Missbrauch die gesellschaftliche Stellung oder die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betroffenen erheblich beeinträchtigen kann. Hierzu gehören z. B. Daten über kirchliche Amtshandlungen, gesundheitliche Verhältnisse, strafbare Handlungen, religiöse oder politische Anschauungen, die Mitgliedschaft in einer Religionsgesellschaft, arbeitsrechtliche Rechtsverhältnisse, Disziplinarentscheidungen, usw. sowie Adressangaben mit Sperrvermerken.

4.4 Nicht elektronisch zu verarbeitende Daten

Daten, deren Kenntnis dem Beicht- oder Seelsorgegeheimnis unterliegen sowie Daten über die Annahme einer Person an Kindes Statt (Adoptionsgeheimnis) sind in besonders hohem Maße schutzbedürftig. Ihre Ausspähung oder Verlautbarung würde dem Vertrauen in die Verschwiegenheit katholischer Dienststellen und Einrichtungen schweren Schaden zufügen. Daher dürfen diese Daten nicht auf APC verarbeitet werden, es sei denn, es handelte sich um aus dem staatlichen Bereich übernommene Daten.

4.5 Einordnung in die Datenschutzklassen

- Bei der Einordnung der zu speichernden personenbezogenen Daten in die vorgenannten Schutzklassen ist auch deren Zusammenhang mit anderen gespeicherten Daten, der Zweck ihrer Verarbeitung und das anzunehmende Missbrauchsinteresse zu berücksichtigen.
- Die Einordnung spricht der Dienststellenleiter aus; er soll einen etwa bestellten betrieblichen Datenschutzbeauftragten und kann den Diözesandatenschutzbeauftragten dazu anhören.
- Wenn keine Einordnung festgelegt ist, gilt automatisch die Datenschutzklasse III, sofern nicht die Voraussetzungen der Ziffer 4.4 vorliegen.

5.0 Besondere Gefahrenlagen

5.1 Nutzung privater Datenverarbeitungssysteme zu dienstlichen Zwecken

Die Verarbeitung personenbezogener Daten auf privaten Datenverarbeitungssystemen zu dienstlichen Zwe-

cken ist grundsätzlich unzulässig. Unter bestimmten Voraussetzungen kann sie als Ausnahme vom Dienststellenleiter genehmigt werden.

Die Genehmigung erfolgt schriftlich unter Nennung der Gründe. Die Genehmigung kann auch in Form einer Dienstvereinbarung erteilt werden.

5.2 Fremdzugriffe

Der Zugriff aus und von anderen Datenverarbeitungsanlagen durch Externe (z. B. Fremdfirmen, fremde Dienststellen) schafft besondere Gefahren hinsichtlich der Ausspähung von Daten.

Minimalanforderung ist eine Verpflichtung des Externen auf die KDO. Art und Umfang der Zugriffe sind auf ein Mindestmaß zu reduzieren und gesondert zu regeln.

Für die Fernwartung gilt § 8 KDO entsprechend.

Limburg, 17. Oktober 2016
Az.: 555B/17842/15/06/1

Wolfgang Rösch
Generalvikar

Nr. 583 IT-Richtlinien zur Umsetzung von IV. Anlage 2 zu § 6 KDO der Durchführungsverordnung zur Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO-DVO)

Zur Umsetzung von VI. Anlage 2 zu § 6 KDO der Durchführungsverordnung zur Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO-DVO, Amtsblatt 2016, S. 587; Anlage 1 SVR VIII E1) und in Ergänzung der Richtlinie für den Einsatz von Informationstechnik in der Diözese Limburg vom 21. Dezember 2005 (Amtsblatt vom 15. Januar 2006, Nr. 2015, SVR VIII E4) wird gem. § 22 KDO zur Sicherstellung des Datenschutzes folgende Richtlinie erlassen:

Präambel

Die IT-Richtlinien definieren einen Mindeststandard für den kirchlichen Datenschutz. Dieser dient auch dazu, die überdiözesane Zusammenarbeit zu erleichtern (Datenschutzkonformität).

Die zu etablierenden Datenschutzklassen (DSK) sind sowohl auf personenbezogene als auch auf schützenswerte nicht personenbezogene Daten anzuwenden (z. B. auf Buchhaltungsdaten (= DSK II) und Kirchensteuerdaten (= DSK III)).

1. Nach den jeweiligen Datenschutzklassen erforderliche Maßnahmen

Die zum Schutz der Daten erforderlichen Maßnahmen richten sich nach der Einordnung in eine von drei Datenschutzklassen (vgl. KDO-DVO IV. Anlage 2 zu § 6 KDO Pkt. 4.1–4.3).

Die jeweils erforderlichen Maßnahmen sind auch bei Auftragsdatenverarbeitung einzuhalten; die Kontrollierbarkeit der Durchführung der Maßnahmen durch den Auftraggeber ist sicher zu stellen.

2. Maßnahmen in den Datenschutzklassen

2.1 Maßnahmen in Datenschutzklasse I

Zum Schutz der in die Datenschutzklasse I einzuordnenden Daten ist ein Schutzniveau I zu definieren. Dieses setzt mindestens voraus:

- Der Arbeitsplatzcomputer (APC) ist nicht frei zugänglich, z.B.: in einem abschließbaren Gebäude oder unter ständiger Aufsicht.
- Die Anmeldung am APC ist nur nach Eingabe eines benutzerdefinierten Kennwortes möglich.
- Sicherungskopien der Datenbestände sind verschlossen aufzubewahren.
- Vor der Weitergabe eines Datenträgers für einen anderen Einsatzzweck sind die auf ihm befindlichen Daten so zu löschen, dass ihre Wiederherstellung ausgeschlossen ist.
- Nicht öffentlich verfügbare Daten sind nur dann weiter zu geben, wenn sie durch geeignete Schutzmaßnahmen geschützt sind. Die Art und Weise des Schutzes ist vor Ort zu definieren.

2.2 Maßnahmen in Datenschutzklasse II

Zum Schutz der in die Datenschutzklasse II einzuordnenden Daten ist ein Schutzniveau II zu definieren. Dieses setzt mindestens voraus, dass neben dem Schutzniveau I mindestens folgende Voraussetzungen gegeben sind:

- Die Anmeldung am APC ist nur nach Eingabe eines benutzerdefinierten Kennwortes möglich, dessen Erneuerung in regelmäßigen Abständen systemseitig vorgesehen werden muss.
- Das Laden des Betriebssystems der Datenverarbeitungsanlage darf nur mit dem dafür bereit gestellten Betriebssystem erfolgen (Boot-Schutz). Diese BIOS-Einstellung ist durch ein besonderes Passwort

zu sichern, das nur dem Systemverwalter bekannt ist.

- Im Mehrbenutzer- oder Netzwerkbetrieb und bei einer PC/Host-Koppelung ist eine abgestufte Rechteverwaltung erforderlich. Der Anwender sollte keine Administrationsrechte erhalten.
- Sicherungskopien und Ausdrucke der Datenbestände sind vor Fremdzugriff und vor der gleichzeitigen Vernichtung mit den Originaldaten zu schützen.
- Die Daten der Schutzklasse II sind auf zentralen Systemen in besonders gegen unbefugten Zutritt gesicherten Räumen zu speichern, sofern keine begründeten Ausnahmefälle gegeben sind. Die jeweils beteiligten Systeme und Transportwege sind nach dem aktuellen Stand der Technik angemessen zu schützen.
- Eine Speicherung auf mobilen Datenträgern darf nur erfolgen, wenn diese mit einem geeigneten Zugriffsschutz ausgestattet sind.

2.3 Maßnahmen in Datenschutzklasse III

Zum Schutz der in die Datenschutzklasse III einzuordnenden Daten ist ein Schutzniveau III zu definieren. Dieses setzt voraus, dass neben dem Schutzniveau II mindestens folgende Voraussetzungen gegeben sind:

Soweit es unvermeidlich ist, dass Daten der Datenschutzklasse III auf mobilen Geräten und Datenträgern gespeichert werden müssen, sind diese Daten verschlüsselt abzuspeichern. Das Verschlüsselungsverfahren ist nach dem aktuellen Stand der Technik angemessen auszuwählen.

Besonderes Augenmerk muss dabei auf langfristige und nutzerunabhängige Lesbarkeit der zu speichernden Daten gelegt werden. So müssen z. B. bei verschlüsselten Daten die Sicherheit des Schlüssels und die erforderliche Entschlüsselung auch im Datensicherungskonzept berücksichtigt werden.

Anm.: Dies gilt nicht für die Festplatten von Druckern, sofern sichergestellt ist, dass diese nicht von einem Benutzerarbeitsplatz ausgelesen werden können.

3. Maßnahmen zur Datensicherung

Der Dienststellenleiter ist für die Erstellung und Umsetzung eines Datensicherungskonzeptes verantwortlich. Besonderes Augenmerk muss dabei auf die langfristige und nutzerunabhängige Lesbarkeit der zu speichernden Daten in der Datensicherung gelegt werden.

Zum Schutz des personenbezogenen Datenbestandes vor dessen Verlust sind regelmäßige Datensicherungen erforderlich. Dabei sind u. a. folgende Aspekte mit zu berücksichtigen:

3.1 Sicherungskopien der verwendeten Programme

Es sind Sicherungskopien der verwendeten Programme in allen verwendeten Versionen anzulegen und möglichst von den Originaldatenträgern der Programme und den übrigen Datenträgern getrennt aufzubewahren.

3.2 Zeitabstände bei der Datensicherung

Die Datensicherung soll in Umfang und Zeitabstand anhand der entstehenden Auswirkungen eines Verlustes der Daten festgelegt werden.

4. Besondere Gefahrenlagen

4.1 Fernwartung

Eine Fernwartung von APC durch externe Unternehmer schafft besondere Gefahren hinsichtlich der Ausspähung von Daten. Sie darf daher nur erfolgen, wenn der Beginn aktiv seitens des Auftraggebers eingeleitet wurde und der Verlauf sowie das Ende mindestens überprüfbar sind.

4.2 Auftragsdatenverarbeitung

Werden personenbezogene Daten auf zentralen Systemen außerhalb des Geltungsbereiches der Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO) gespeichert, sind die Auftragnehmer auf die KDO zu verpflichten. Ergänzend ist sicher zu stellen, dass der physikalische Speicherort der Daten ausschließlich im Geltungsbereich des BDSG liegt. Sobald eine einheitliche europäische Datenschutzverordnung in Kraft ist, wird auf deren Geltungsbereich abgestellt.

Das Speichern von personenbezogenen Daten in öffentlichen Cloud-Systemen (sog. Public-Clouds) ist grundsätzlich unzulässig.

4.3 Nutzung privater Datenverarbeitungssysteme

Werden im zu genehmigenden Einzelfall personenbezogene Daten auf privaten Datenverarbeitungsanlagen verarbeitet, sind die Nutzer schriftlich auf die Einhaltung dieser IT-Richtlinie zu verpflichten. In dieser Erklärung verpflichten sich die Nutzer, betreffende personenbezogene Daten durch die Dienststelle und

auf deren Anforderung löschen zu lassen. Ergänzend soll dem Nutzer eine spezifische Handlungsanleitung ausgehändigt werden, um den Schutz dieser Daten zu gewährleisten.

Der Dienststelle wird das Recht eingeräumt, die gespeicherten dienstlichen Daten aus wichtigem Grund auch ohne Einwilligung des Nutzers zu löschen und, falls dies unumgänglich ist, die auf dem APC gespeicherten privaten Daten zu löschen.

Der Generalvikar kann spezifische Regelungen erlassen. Die Genehmigung kann auch in einer Dienstvereinbarung geregelt werden.

4.4 Wartungsarbeiten in der Dienststelle durch externe Auftragnehmer

Bei der Durchführung von Wartungsarbeiten innerhalb der Dienststelle ist mit besonderer Sorgfalt darauf zu achten und nach Möglichkeit auch technisch sicherzustellen, dass keine Kopien der personenbezogenen Datenbestände gefertigt werden können. Muss dem Wartungsdienst bei Vornahme der Arbeiten ein Passwort mitgeteilt werden, ist dieses sofort nach deren Beendigung zu ändern.

4.5 Wartungsarbeiten außerhalb der Dienststelle

Die Durchführung von Wartungsarbeiten in den Räumen eines Fremdunternehmens auf Datenträgern mit Daten der DSK III sollte nur in besonderen Ausnahmefällen erfolgen. Das Fremdunternehmen ist vor Beginn der Wartungsarbeiten auf die Einhaltung der KDO zu verpflichten.

4.6 Verschrottung und Vernichtung von Datenträgern

Es sind Maßnahmen bei der Verschrottung bzw. Vernichtung von Datenträgern zu ergreifen, die die Lesbarkeit oder Wiederherstellbarkeit der Datenträger zuverlässig ausschließen.

4.7 Passwortlisten der Systemverwaltung

Der Systemverwalter muss alle nicht zurücksetzbaren Passwörter (z.B. BIOS- und Administrationspasswörter) besonders gesichert aufbewahren.

Limburg, 17. Oktober 2016
Az.: 555B/17842/15/06/1

Wolfgang Rösch
Generalvikar

Nr. 584 Veröffentlichung zum Reformationsgedenken der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland

Erinnerung heilen – Jesus Christus bezeugen, Ein gemeinsames Wort zum Jahr 2017. Gemeinsame Texte 24.16. September 2016.

Der Prozess einer Heilung der Erinnerung („healing of memories“) gehört wesentlich zu den gemeinsamen Initiativen, die dem von der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zum Reformationsgedenken 2017 verabredeten Christusfest Gestalt geben. Der Prozess zielt darauf, miteinander die Kirchenspaltung ehrlich anzuschauen, ihre leidvollen Folgen zu bedenken und Gott und einander um Vergebung für das Versagen auf beiden Seiten zu bitten. In ihrem Gemeinsamen Wort zum Jahr 2017 stellen die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der EKD dieses Vorhaben in den Kontext der gewachsenen ökumenischen Gemeinschaft. Exemplarisch werden Erinnerungsorte beschrieben, die das kollektive Gedächtnis bis heute prägen und belasten können, um von dort aus dankbar auf die Früchte der ökumenischen Bewegung zu schauen, die offenen Fragen in den Blick zu nehmen, die uns heute herausfordern, und Wege in die Zukunft aufzuzeigen.

Neben dem Gemeinsamen Wort haben im Prozess der Heilung der Erinnerung ökumenische Buß- und Versöhnungsgottesdienste eine Schlüsselstelle. Die zentrale Feier eines solchen Gottesdienstes findet am Vorabend des 2. Fastensonntags, also am 11. März 2017, in Hildesheim statt. Die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der EKD regen an, nach dem 11. März 2017 ähnliche Gottesdienste auf regionaler und lokaler Ebene zu feiern. Dazu wird mit dem Gemeinsamen Wort der Gottesdienstentwurf veröffentlicht, der dem Gottesdienst in Hildesheim zugrunde liegen wird.

Bestellung und Download der Broschüre ist auf der Internetseite der Deutschen Bischofskonferenz möglich. Einzelexemplare können Sie beim Referat Ökumene im Bischöflichen Ordinariat Limburg, E-Mail: b.grether@bistumlimburg.de, oder Tel. 06431 295-350 bestellen.

Nr. 585 Druckschriften und Broschüren des Sekretariates der Deutschen Bischofskonferenz

Das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz hat folgende Broschüre herausgegeben:

- „Medienbildung und Teilhabegerechtigkeit. Impulse der Publizistischen Kommission der Deutschen

Bischofskonferenz zu den Herausforderungen der Digitalisierung“ (Arbeitshilfen Nr. 288).

Interessenten können diese Broschüre beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz bestellen, Tel.: 0228 103-205, Fax: 0228 103-330. Die Broschüren werden zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Nr 586 Totenmeldung

Am 1. Oktober 2016 verstarb unser Mitbruder Pfarrer i. R. Josef König im Alter von 89 Jahren in Frankfurt.

Josef König wurde am 21. Juni 1927 in Wiesbaden geboren. Die Jahre seines Erwachsenwerdens waren von den Wirren des Krieges geprägt: 1943 wurde er Luftwaffenhelfer, kam 1944 zum Reichsarbeitsdienst und wurde danach zum Militär eingezogen. Im gleichen Jahr erlitt er eine Verletzung. Nachdem er 1945 aus amerikanischer Gefangenschaft freigekommen war, erwarb er sich seinen Lebensunterhalt als Hilfsarbeiter bei der Eisenbahn. Sein Notabitur aus dem Jahr 1944 musste er nach dem Krieg noch einmal ablegen.

Nach dem Studium der Philosophie und Theologie an der Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt empfing er von Bischof Dr. Wilhelm Kempf am 25. Februar 1951 die Priesterweihe.

Seine ersten Kaplansstellen führten ihn nach Weilburg (1951 bis 1952), Eltville (1952 bis 1955) und Frankfurt-Bornheim (1955 bis 1959). Besonders die Jugendarbeit machte ihm in dieser Zeit besondere Freude, und der Bischof berief ihn für die Jahre 1955 bis 1961 zusätzlich zum Diözesanschar- und Ministrantenseelsorger im Bistum Limburg.

Zum 1. November 1960 wurde Josef König zum Pfarrer der neugegründeten Pfarrei Christ-König in Frankfurt-Praunheim ernannt. Bis zu seinem Ruhestand, 42 Jahre, war er dort mit großem Engagement und mit Freude am Dienst an Gott und den Menschen tätig. In der Leitung seiner Gemeinde prägte er im Laufe der Jahrzehnte einen herausragenden Stil aus, der sein Markenzeichen wurde: menschennah, sozial und gemeindebildend, im Geiste des Konzils und mit viel Humor. Zu Beginn seiner Tätigkeit als Pfarrer legte er mit der Kinderkatechese einen Schwerpunkt auf einen Bereich, der ihm aus früheren Jahren bekannt war, und gab 1968 zusammen mit Professor Bertsch und Pfarrer Anton Kalteier das Buch „Hinführung der Kinder zur Eucharistie und Buße“ heraus.

Der Bischof übertrug Pfarrer König in diesen Jahren weitere verantwortungsvolle Aufgaben: Ab 1969 war er Referent für die Fragen der Küster im Bistum, 1975 bis 1976 übernahm er zusätzlich die Pfarrverwaltung der Pfarrei St. Sebastian in Frankfurt, 1987 bis 1989 auch die der Pfarrei St. Matthias in Frankfurt. Mehrmals war er stellvertretender Dekan des Dekanates Frankfurt West (von 1976 bis 1979, 1985 bis 1989 sowie von 1990 bis 1994). Auch auf Bistumsebene war sein Rat gefragt und anerkannt: Von 1962 bis 1966 war er Mitglied des Liturgischen Rats des Bistums, später begleitete er die Entwicklung der Diözese im Hauptausschuss Kirchliche Dienste des Diözesansynodrates und ab 1980 für eine Amtszeit als berufenes Mitglied in der „Kommission zur Ordnung des Diözesanen Arbeitsrechts“.

Im Januar 1970 wurde Pfarrer König zum geistlichen Beirat der Arbeitsgemeinschaft der Erzieherinnen der katholischen Kindergärten in Frankfurt gewählt und hatte diese Aufgabe 22 Jahre lang inne. So kam er auch in große Nähe zum Caritasverband, in dem er sich große Verdienste erwarb: Von 1987 bis Ende 1998 war er zwölf Jahre lang gewählter Vorsitzender des Caritasrats im Caritasverband Frankfurt und setzte sich mit Nachdruck ein für die Wertschätzung der ehrenamtlichen Arbeit. Ab 1985 trat er mit einem neuen Projekt namens „Urlaub von der Pflege“ hervor: Für jeweils drei Wochen nahm er in den Sommerferien kranke und behinderte Menschen in ambulanter Pflege im Gemeindehaus auf. In der Würdigung dieser und zahlreicher weiterer Verdienste wurde ihm im Jahr 1997 der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Der priesterliche Dienst von Pfarrer König war geprägt durch Überzeugung, Zuversicht und Freude. Der jungen Gemeinde, die er spirituell aufgebaut hatte, wurde er ein guter Hirt und väterlicher Freund. Menschen, die in Not geraten waren, half er auf selbstlose und barmherziger Weise und wurde so zu einem glaubwürdigen Zeugen der Frohen Botschaft.

Zum 1. Juli 2002 trat Pfarrer König in den Ruhestand, den er ebenfalls in Frankfurt-Praunheim verbrachte. Soweit es seine Gesundheit zuließ, übernahm er priesterliche Dienste in den Pfarreien. Sein 65-jähriges Priesterjubiläum konnte er im Februar dieses Jahres feiern.

Wir danken Herrn Pfarrer i. R. Josef König für sein Wirken in unserem Bistum. Wir empfehlen den Verstorbenen dem Gebet der Mitbrüder und dem Gebet aller, mit denen er aus dem Glauben heraus gelebt und für die er gewirkt hat.

Das Requiem wurde am 11. Oktober 2016 in Christ-König in Frankfurt-Praunheim gefeiert. Anschließend erfolgte die Beisetzung auf dem Friedhof in Frankfurt-Praunheim

Nr. 587 Dienstinrichten

Priester

Mit Termin 16. August 2016 bis auf Weiteres wurde Pfarrer Heinz-Walter BARTHENHEIER zum Pfarrverwalter der Pfarrvikarie St. Johannes der Täufer Montabaur-Horresen und Elgendorf ernannt.

Mit Termin 30. September 2016 endete der Dienst von Msgr. Stephen ALKER in der Internationalen englischsprachigen Katholischen Gemeinde St. Leonhard's Frankfurt und der englischsprachigen Katholischen Gemeinde St. Mary's Liederbach.

Mit Termin 1. Oktober 2016 hat der Bischof Pfarrer Steven FORSTER die Internationale englischsprachige Katholische Gemeinde St. Leonhard's Frankfurt und die englischsprachige Katholische Gemeinde St. Mary's Liederbach übertragen.

Mit Termin 4. Oktober 2016 hat der Bischof Kaplan Jan-Gerrit ENGELMANN nach Vorschlag der Vertretung der Jüngeren Priester als Ersatzmitglied in den 13. Priesterrat berufen.

Mit Termin 31. Oktober 2016 endet der Dienst von P. Peter NAHR SVD in der Pfarrei St. Josef Frankfurt.

Mit Termin 1. November 2016 wird Pfarrer Patrick IRANKUNDA mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % als Kooperator in der Pfarrei St. Josef Frankfurt eingesetzt.

Mit Termin 1. November 2016 wird P. Dr. Miron SIKIRIĆ OFM mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % als Pfarrer der kroatischen Gemeinde Wiesbaden eingesetzt.

Mit Termin 1. November 2016 bis 31. August 2017 wird P. Vincenzo Maria TOMAIUOLI CS mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % als Kaplan in der italienischen Gemeinde in Wiesbaden eingesetzt.

Mit Termin 15. November 2016 wird P. Jaison ADAKKAPARAMBANVARGHESE ISCh mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % von der Pfarrei St. Marien/Limburg als Kooperator in die Pfarrei St. Laurentius Nentershaußen versetzt.

Mit Termin 15. November 2016 wird Pfarrer Jimmi GEORGE mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % als Pastoralpraktikant aus dem Pastoralen Raum Montabaur in die Pfarrei St. Marien/Limburg versetzt.

Mit Termin 15. November 2016 wird P. Bibimon VADAKKETHOTTYIL JOSEPH ISch mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % als Pastoralpraktikant im Pastoralen Raum Niedernhausen–Idsteiner Land eingesetzt.

Mit Termin 31. Dezember 2016 endet der Dienst von Tumaini NGONYANI als Kooperator in der Pfarrei Heilig Kreuz Rheingau und im Bistum Limburg.

Hauptamtliche Pastorale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mit Termin 1. September 2016 wurde Schwester Filipa Ivka SMOLJO als Pastorale Mitarbeiterin in der Kroatischen Katholischen Gemeinde Frankfurt eingesetzt.

Weitere Dienstenachrichten

Am 12. Oktober 2016 wurde Herr Christoph SCHEU, Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V., zum Vertreter für die Dienstgeberseite im Bistum Limburg der Regionalkommission Mitte der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes gewählt.



Der Bischof von Limburg			
Nr. 588	Aufruf der deutschen Bischöfe zur Aktion Dreikönigssingen 2017	595	
Nr. 589	Ordnung für den Bischofsrat im Bistum Limburg	596	
Nr. 590	Beschluss der Regionalkommission Mitte vom 1. September 2016	596	
Nr. 591	Beschluss der KODA vom 29. September 2016: Anlage 11 zur AVO – Jubiläumsordnung	607	
Nr. 592	Beschluss der KODA vom 29. September 2016: Anlage 22 zur AVO – Vergütungsrichtlinien für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im kirchlichen Dienst im Bistum Limburg, Besondere Vergütungsrichtlinien	607	
Nr. 593	Beschluss der KODA vom 29. September 2016: § 32 AVO – Zusätzliche Altersversorgung	610	
Nr. 594	Beschluss der KODA vom 29. September 2016: Anlage 22 zur AVO – Vergütungsrichtlinien für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im kirchlichen Dienst im Bistum Limburg, Besondere Vergütungsrichtlinie VR 13	611	
Nr. 595	Beschluss der KODA vom 29. September 2016: Arbeitsvertragsordnung für die Beschäftigten im kirchlichen Dienst in der Diözese Limburg, Ordnung zur Zahlung der Jahressonderzahlung, Ordnung zur Überleitung von Beschäftigten in die Entgeltsystematik des TVöD-VkA, Ordnung zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte	611	
Nr. 596	Beschluss der KODA vom 29. September 2016: Anlage 34 zur AVO – Neufassung der Küstervergütung	614	
Nr. 597	Haushaltsordnung des Bistums Limburg (HOBL)	617	
Bischöfliches Ordinariat			
Nr. 598	Hinweise zur Aktion Dreikönigssingen 2017	623	
Nr. 599	Aufruf zur Kollekte für Afrika: „Be-reitet dem Herrn den Weg“	623	
Nr. 600	Gabe der Erstkommunionkinder und der Gefirmten im Jahr 2017	624	
Nr. 601	Erhöhung der Sustentation	625	
Nr. 602	Neuwahl der Arbeitsrechtlichen Kommissionen: Vertreter/-innen der Mitarbeiter/-innen	625	
Nr. 603	Feier der Zulassung für erwachsene Taufbewerber im März 2017	625	
Nr. 604	Fortbildungsangebote des Theologisch-Pastoralen Instituts in Mainz (TPI)	625	
Nr. 605	Einladungen der schönstättischen Priestergemeinschaften	625	
Nr. 606	Glaubensweg für die Fastenzeit in der Gemeinde der Projektstelle „Wege erwachsenen Glaubens“	626	
Nr. 607	Kardinal-Bertram-Stipendium	626	
Nr. 608	Druckschriften und Broschüren des Sekretariates der Deutschen Bischofskonferenz	627	
Nr. 609	Dienstnachrichten	627	

Der Bischof von Limburg

Nr. 588 Aufruf der deutschen Bischöfe zur Aktion Dreikönigssingen 2017

Liebe Kinder und Jugendliche,
 liebe Verantwortliche in den Gemeinden und Gruppen,
 liebe Schwestern und Brüder!

Zu Beginn des neuen Jahres besuchen die Sternsinger

wieder die Menschen in ihren Häusern und Wohnungen. Sie bringen ihnen den Segen des Mensch gewordenen Gottes und sammeln für Kinderhilfsprojekte weltweit. So werden die Sternsinger selbst zum Segen für Kinder und Familien überall auf der Welt.

Papst Franziskus beschreibt die Welt als unser gemeinsames Haus, um das er sich sorgt. „Laudato si’ – Gelobt seist du, mein Herr“ hat er seine Enzyklika in Anlehnung an den Sonnengesang des heiligen Franz von Assisi

überschrieben. Der Sonnengesang prägt auch die kommende Sternsingeraktion: Die Sternsinger richten ihren Blick auf die von Menschen verursachten Klimaveränderungen und die daraus erwachsenden Bedrohungen der natürlichen Lebensgrundlagen. Sie erinnern damit an unsere Verantwortung für die Schöpfung.

Beispielhaft lernen die Sternsinger Kinder kennen, die in der Trockenregion Turkana im ostafrikanischen Kenia leben. Sie erfahren, was es für das Leben der Menschen dort bedeutet, wenn der Regen ausbleibt, die Böden austrocknen und Menschen und Tiere nicht mehr genug Wasser haben. Deshalb lautet das Motto der nächsten Sternsingeraktion: „Segen bringen, Segen sein. Gemeinsam für Gottes Schöpfung – in Kenia und weltweit!“

Wir bitten Sie herzlich, die Sternsinger nach Kräften zu unterstützen.

Fulda, 22. September 2016 + Dr. Georg Bätzing
Für das Bistum Limburg Bischof von Limburg

Der Ertrag der Aktion Dreikönigssingen (Sternsingeraktion) ist ohne Abzüge dem Kindermissionswerk „Die Sternsinger“ zuzuleiten. Der Aufruf soll den Gemeinden in geeigneter Weise zur Kenntnis gegeben werden.

Limburg, 16. November 2016 Wolfgang Rösch
Az.: 608B/18509/16/01/3 Generalvikar

Nr. 589 Ordnung für den Bischofsrat im Bistum Limburg

1. Der Bischof setzt auf der Grundlage von c. 473 § 4 CIC einen Bischofsrat ein.
2. Der Bischofsrat nimmt, unbeschadet der kurialen und synodalen Beratungswege, folgende Aufgaben wahr:
 - a) Koordination und Absprache von an den Bischof gerichteten Terminanfragen;
 - b) Absprachen über die Beantwortung von an den Bischof gerichteter Post;
 - c) Absprache über die Einordnung von Themen in den Beratungsgang;
 - d) Beratung des Bischofs in sonstigen Fragestellungen.
3. Dem Bischofsrat gehören unter dem Vorsitz des Bischofs der Generalvikar und die Bischofsvikare an.
4. Der Bischofsrat tritt nach Absprache in der Regel einmal im Monat zusammen.

5. Als Protokollant nimmt an den Sitzungen des Bischofsrates der Persönliche Referent des Bischofs teil.
6. Das Protokoll erhalten die Mitglieder des Bischofsrates.
7. Über die vorstehende Ordnung wurden die Plenarkonferenz, der Priesterrat und der Vorstand des Diözesansynodalrats informiert und sie tritt zum 1. Dezember 2016 in Kraft.

Limburg, 15. November 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 2R/55254/16/01/1 Bischof von Limburg

Nr. 590 Beschluss der Regionalkommission Mitte vom 1. September 2016

I. Erhöhung der Regelvergütungen und Tabellenentgelte

1. Übernahme der ab dem 1. Juni 2016 beschlossenen mittleren Werte ab dem 1. Juni 2016

Der Beschluss der Bundeskommission der Arbeitsrechtlichen Kommission vom 16. Juni 2016 wird hinsichtlich aller dort mit dem 1. Juni 2016 wirksam werdenden mittleren Werte zur Entgelt- und Vergütungshöhe mit der Maßgabe übernommen, dass alle dort dazu in Eurobeträgen genannten Werte als neue Entgelt- und Vergütungshöhe für den Bereich der Regionalkommission Mitte zum 1. Juni 2016 festgesetzt werden.

2. Erhöhung 2017

Die Regionalkommission erhöht die Werte zur Vergütung und zum Entgelt mit Ausnahme derer zu Anlage 7 ausgehend von den am 1. Januar 2017 geltenden Vergütungshöhen ab 1. Januar 2017 um weitere 2,35 v.H.

Werden die neue Entgeltordnung und die von der Regionalkommission Mitte dazu festgelegten Vergütungen und Entgelte nicht zum 1. Januar 2017 wirksam, verschiebt sich das Wirksamwerden dieser Erhöhung der Werte auf den Tag, an dem die neue Entgeltordnung und die von der Regionalkommission Mitte dazu festgelegten Vergütungen und Entgelte wirksam werden.

3. Auszubildende und Praktikanten

a. Die Regionalkommission erhöht die Werte für die Vergütung der Auszubildenden nach Abschnitten B II, C II und E der Anlage 7 zu den AVR ausgehend von dem am 1. Januar 2016 geltenden Werten ab 1. Juni 2016 um einen Festbetrag in Höhe von 35,00 Euro, ab dem 1. Januar 2017 um einen weiteren Festbetrag in Höhe von 30,00 Euro.

b. Die Regionalkommission erhöht die Werte für die Vergütung der Praktikanten nach Abschnitt D der Anlage 7 zu den AVR ausgehend von dem am 1. Januar 2016 geltenden Werten ab 1. Juni 2016 um 2,4 v. H. und ab 1. Januar 2017 um weitere 2,35 v. H.

4. Die im Anhang wiedergegebenen Vergütungs- und Entgeltwerte sind Teil dieses Beschlusses.

IV. Abschnitt IV der Anlage 1 zu den AVR

Die Regionalkommission fasst Abschnitt IV der Anlage 1 zu den AVR wie folgt neu:

1. Vergütungsgruppen 2 bis 5b nach Ziffer VI der Anmerkungen zu den Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsgruppen 1 bis 12 der Anlage 2 zu den AVR:

„Bei Dozenten und Lehrkräften der Vergütungsgruppen 2 bis 5b nach Ziffer VI der Anmerkungen zu den Tätigkeitsmerkmalen der Anlage 2 zu den AVR wird die Regelvergütung wie folgt gekürzt:

ab 1. Juni 2016 89,25 Euro .“

2. Vergütungsgruppen 5c bis 8 nach Ziffer VI der Anmerkungen zu den Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsgruppen 1 bis 12 der Anlage 2 zu den AVR:

„Bei Dozenten und Lehrkräften der Vergütungsgruppen 5c bis 8 nach Ziffer VI der Anmerkungen zu den Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsgruppen 1 bis 12 der Anlage 2 zu den AVR wird die Regelvergütung wie folgt gekürzt:

ab 1. Juni 2016 80,34 Euro.“

V. Abschnitt V der Anlage 1 zu den AVR

Die Regionalkommission legt in Abschnitt V Buchstabe C der Anlage 1 zu den AVR die folgenden Werte für die Kinderzulage fest:

„(a) Mitarbeiter, deren Dienstverhältnis vor dem 1. Juli 2008 bestanden hat, erhalten für jedes berücksichtigungsfähige Kind eine Kinderzulage in Höhe von:

ab 1. Juni 2016 112,87 Euro

(b) Die Kinderzulage erhöht sich ab dem 1. Juni 2016 nach folgender Tabelle für

Mitarbeiter nach den Vergütungsgruppen	für das erste zu berücksichtigende Kind	für jedes weitere zu berücksichtigende Kind
VG 12, 11, 10, 9, Kr 1	6,38 Euro	31,88 Euro
VG 9a und Kr 2	6,38 Euro	25,48 Euro
VG 8	6,38 Euro	19,13 Euro.“

VI. Abschnitt XI Abs. (d) der Anlage 1 zu den AVR

Die Regionalkommission legt in Abschnitt XI Abs. (d) der Anlage 1 zu den AVR den folgenden Wert für die Höhe des Einsatzzuschlags im Rettungsdienst fest:

„Der Einsatzzuschlag im Rettungsdienst beträgt

ab 1. Juni 2016 19,28 Euro.“

VII. Anlage 1b zu den AVR

Die Regionalkommission legt in Absatz 2 in § 3 der Anlage 1b zu den AVR die folgenden Werte für die Besitzstandszulage fest:

„Für Mitarbeiter der Vergütungsgruppen	ab 1. Juni 2016
1 bis 2, Kr14, Kr13	133,21 Euro
3 bis 5b, Kr12 bis Kr7	133,21 Euro
5c bis 12, Kr6 bis Kr1	126,88 Euro.“

VIII. Anlagen 2a und 2c zu den AVR

1. Die Regionalkommission legt in Hochziffer 1a in Anlage 2a zu den AVR den folgenden Wert der monatlichen Zulage fest:

„Diese Mitarbeiter erhalten eine monatliche Zulage in Höhe von

ab 1. Juni 2016 62,31 Euro.“

2. Die Regionalkommission legt in Hochziffer 1a in Anlage 2c zu den AVR den folgenden Wert der

monatlichen Zulage als Wert fest:

„Diese Mitarbeiter erhalten eine monatliche Zulage in Höhe von

ab 1. Juni 2016 62,31 Euro.“

IX. Anlage 2b zu den AVR

Die Regionalkommission legt in Anmerkung A zu dem Tätigkeitsmerkmal der Vergütungsgruppe 5b der Anlage 2b zu den AVR folgenden Wert der Vergütungsgruppenzulage fest:

„A Diese Mitarbeiter erhalten nach vierjähriger Bewährung in dieser Ziffer eine monatliche Vergütungsgruppenzulage in Höhe von

ab 1. Juni 2016 152,33 Euro.“

X. Anlage 2d zu den AVR

Die Regionalkommission legt folgende Werte der Vergütungsgruppenzulage als Werte der Anmerkungen A–F zu den Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsgruppen 1a bis 9 der Anlage 2d zu den AVR fest:

„Die Vergütungsgruppenzulage nach den Anmerkungen A–F beträgt in Euro:

ab	A	B	C	D	E	F
1. Juni 2016	103,80	124,57	137,57	152,33	126,95	169,03.“

XI. Anlage 6a zu den AVR

1. Die Regionalkommission legt in § 1 Abs. 1 Satz 2 lit. e) der Anlage 6a zu den AVR den folgenden Wert fest:

„e) für Arbeit zwischen 20.00 Uhr und 6.00 Uhr

ab 1. Juni 2016 1,52 Euro.“

2. Die Regionalkommission legt in § 1 Abs. 1 Satz 2 lit. f) der Anlage 6a zu den AVR den folgenden Wert fest:

„f) für Arbeit an Samstagen in der Zeit von 13.00 Uhr bis 20.00 Uhr

ab 1. Juni 2016 0,76 Euro.“

XII. Anlage 7 zu den AVR

1. Die Regionalkommission legt in § 1 Abs. (a) Satz 2 Abschnitt B II der Anlage 7 zu den AVR die folgenden Werte fest:

„²Sie beträgt

	ab 1. Juni 2016
im ersten Ausbildungsjahr	1.010,69 Euro
im zweiten Ausbildungsjahr	1.072,07 Euro
im dritten Ausbildungsjahr	1.173,38 Euro.“

„²Sie beträgt

	ab 1. Juni 2017
im ersten Ausbildungsjahr	1.040,69 Euro
im zweiten Ausbildungsjahr	1.102,07 Euro
im dritten Ausbildungsjahr	1.203,38 Euro.“

2. Die Regionalkommission legt in § 1 Abs. (a) Satz 2 Abschnitt C II der Anlage 7 zu den AVR die folgenden Werte fest:

„²Sie beträgt

ab 1. Juni 2016	934,91 Euro
ab 1. Januar 2017	964,91 Euro.“

3. Die Regionalkommission legt in § 1 Abs. (a) Satz 2 Abschnitt D der Anlage 7 zu den AVR die folgenden Werte fest:

„²Es beträgt für

	ab 1. Juni 2016
1. Pharmazeutisch-techni. Assistent/inn/en	1.467,53 Euro
2. Masseure und med. Bademeister/innen	1.412,17 Euro
3. Sozialarbeiter/innen	1.686,58 Euro
4. Sozialpädagoge/inn/en	1.686,58 Euro
5. Erzieher/innen	1.467,53 Euro
6. Kinderpfleger/innen	1.412,17 Euro
7. Altenpfleger/innen	1.467,53 Euro
8. Haus- und Familienpfleger/innen	1.467,53 Euro
9. Heilerziehungshelfer/innen	1.412,17 Euro
10. Heilerziehungspfleger/innen	1.527,86 Euro
11. Arbeitserzieher/innen	1.527,86 Euro
12. Rettungsassistent/inn/en	1.412,17 Euro.“

²Es beträgt für

	ab 1. Juni 2017
1. Pharmazeutisch-techni. Assistent/inn/en	1.502,02 Euro
2. Masseure und med. Bademeister/innen	1.445,36 Euro
3. Sozialarbeiter/innen	1.726,21 Euro
4. Sozialpädagoge/inn/en	1.726,21 Euro
5. Erzieher/innen	1.502,02 Euro
6. Kinderpfleger/innen	1.445,36 Euro
7. Altenpfleger/innen	1.502,02 Euro
8. Haus- und Familienpfleger/innen	1.502,02 Euro
9. Heilerziehungshelfer/innen	1.445,36 Euro
10. Heilerziehungspfleger/innen	1.563,76 Euro
11. Arbeitserzieher/innen	1.563,76 Euro
12. Rettungsassistent/inn/en	1.445,36 Euro.“

4. Die Regionalkommission legt in § 1 Abs. 1 Satz 2 Abschnitt E der Anlage 7 zu den AVR die folgenden Werte fest:

„²Es beträgt

	ab 1. Juni 2016
im ersten Ausbildungsjahr	888,26 Euro
im zweiten Ausbildungsjahr	938,20 Euro
im dritten Ausbildungsjahr	984,02 Euro
im vierten Ausbildungsjahr	1.047,59 Euro.

²Es beträgt

	ab 1. Juni 2017
im ersten Ausbildungsjahr	918,26 Euro
im zweiten Ausbildungsjahr	968,20 Euro
im dritten Ausbildungsjahr	1.014,02 Euro
im vierten Ausbildungsjahr	1.077,59 Euro.“

XIII. Anlage 14 zu den AVR

Die Regionalkommission fasst § 7 Absatz 1 Buchstabe a) und Buchstabe b) der Anlage 14 zu den AVR wie folgt neu und legt die folgenden Werte fest:

„(1) Das Urlaubsgeld beträgt

a) für die am 1. Juli vollbeschäftigten Mitarbeiter der Vergütungsgruppen 1 bis 5b der Anlagen 2, 2b und 2d zu den AVR und der Vergütungsgruppen Kr14 bis Kr7 der Anlagen 2a und 2c zu den AVR

ab 1. Juni 2016 300,64 Euro.

b) für die am 1. Juli vollbeschäftigten Mitarbeiter der Vergütungsgruppen 5c bis 12 der Anlagen 2, 2b und 2d zu den AVR und der Vergütungsgruppen Kr6 bis Kr1 der Anlagen 2a und 2c zu den AVR

ab 1. Juni 2016 390,83 Euro.“

XIV. Anlage 31 zu den AVR

1. Die Regionalkommission ändert die Anmerkung zu Absatz 1 des § 2 der Anlage 31 zu den AVR:

Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„§ 2 Regelmäßige Arbeitszeit
(...)“

Anmerkung zu Absatz 1:

Die Mitarbeiter erhalten jeweils jährlich einen Tag Arbeitszeitverkürzung entsprechend der Regelung in § 1b der Anlage 5 zu den AVR. Mit Wegfall des AZV-Tages gemäß § 1b der Anlage 5 zu den AVR entfällt zeitgleich der Anspruch nach Satz 1, frühestens jedoch mit Ablauf des 31.12.2017.“

2. Die Regionalkommission legt in § 14 Absatz 4 Satz 2 der Anlage 31 zu den AVR die folgenden Werte für die Garantiebeträge fest:

„²Beträgt der Unterschiedsbetrag zwischen dem derzeitigen Tabellenentgelt und dem Tabellenentgelt nach Satz 1

in den Entgeltgruppen 1 bis 8 weniger als

ab 1. Juni 2016 57,63 Euro

bzw. in den Entgeltgruppen 9 bis 15 weniger als

ab 01. Juni 2016 92,22 Euro

so erhält der Mitarbeiter während der betreffenden Stufenlaufzeit anstelle des Unterschiedsbetrags einen Garantiebetrug von monatlich

in den Entgeltgruppen 1 bis 8

ab 1. Juni 2016 57,63 Euro

bzw. in den Entgeltgruppen 9 bis 15

ab 1. Juni 2016 92,22 Euro.“

XV. Anlage 32 zu den AVR

in den Entgeltgruppen 1 bis 8

Die Regionalkommission legt in § 14 Absatz 4 der Anlage 32 zu den AVR die folgenden Werte für die Garantiebeträge fest:

ab 1. Juni 2016 57,63 Euro

bzw. in den Entgeltgruppen 9 bis 15

„²Beträgt der Unterschiedsbetrag zwischen dem derzeitigen Tabellenentgelt und dem Tabellenentgelt nach Satz 1

ab 1. Juni 2016 92,22 Euro.“

XVII. In-Kraft-Treten

in den Entgeltgruppen 1 bis 8 weniger als

Dieser Beschluss tritt zum 1. Juni 2016 in Kraft.

ab 1. Juni 2016 57,63 Euro

Für das Bistum Limburg

bzw. in den Entgeltgruppen 9 bis 15 weniger als

ab 1. Juni 2016 92,22 Euro

Limburg, 9. November 2016
Az.: 359H/53157/16/01/8

+ Dr. Georg Bätzing
Bischof von Limburg

so erhält der Mitarbeiter während der betreffenden Stufenlaufzeit anstelle des Unterschiedsbetrags einen Garantiebetrag von monatlich

in den Entgeltgruppen 1 bis 8

ab 1. Juni 2016 57,63 Euro

bzw. in den Entgeltgruppen 9 bis 15

ab 1. Juni 2016 92,22 Euro.“

XVI. Anlage 33 zu den AVR

Die Regionalkommission legt in § 13 Absatz 4 Satz 2 der Anlage 33 zu den AVR die folgenden Werte für die Garantiebeträge fest:

„²Beträgt der Unterschiedsbetrag zwischen dem derzeitigen Tabellenentgelt und dem Tabellenentgelt nach Satz 1

in den Entgeltgruppen 1 bis 8 weniger als

ab 1. Juni 2016 57,63 Euro

bzw. in den Entgeltgruppen 9 bis 15 weniger als

ab 1. Juni 2016 92,22 Euro

so erhält der Mitarbeiter während der betreffenden Stufenlaufzeit anstelle des Unterschiedsbetrags einen Garantiebetrag von monatlich

Anhang Regelvergütung und Tabellenentgelte in den Richtlinien für Arbeitsverträge in den Einrichtungen des Deutschen Caritasverbandes e. V.

Anlage 3 – Regelvergütung, RK Mitte ab 1. Juni 2016

Vergütungsgruppe	Grundvergütungssätze in Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1	4.471,57 €	4.863,18 €	5.254,79 €	5.460,25 €	5.665,67 €	5.871,03 €	6.076,47 €	6.281,88 €	6.487,26 €	6.692,70 €	6.898,11 €	7.086,18 €
1a	4.139,48 €	4.477,37 €	4.815,22 €	5.003,35 €	5.191,48 €	5.379,59 €	5.567,77 €	5.755,86 €	5.944,05 €	6.132,12 €	6.320,26 €	6.404,72 €
1b	3.838,11 €	4.127,95 €	4.417,85 €	4.602,11 €	4.786,44 €	4.970,72 €	5.154,99 €	5.339,29 €	5.523,56 €	5.707,88 €	5.784,66 €	- €
2	3.652,84 €	3.900,44 €	4.148,09 €	4.301,65 €	4.455,22 €	4.608,85 €	4.762,43 €	4.916,01 €	5.069,55 €	5.223,12 €	5.321,08 €	- €
3	3.324,85 €	3.537,93 €	3.751,00 €	3.891,17 €	4.031,29 €	4.171,46 €	4.311,55 €	4.451,69 €	4.591,86 €	4.732,01 €	4.753,11 €	- €
4a	3.102,45 €	3.280,66 €	3.463,05 €	3.585,95 €	3.708,81 €	3.831,64 €	3.954,49 €	4.077,39 €	4.200,23 €	4.317,35 €	- €	- €
4b	2.902,99 €	3.052,12 €	3.201,23 €	3.307,56 €	3.415,05 €	3.522,55 €	3.630,08 €	3.737,59 €	3.845,11 €	3.929,54 €	- €	- €
5b	2.725,89 €	2.847,13 €	2.973,87 €	3.067,03 €	3.156,51 €	3.246,17 €	3.338,29 €	3.430,42 €	3.522,55 €	3.583,98 €	- €	- €
5c	2.539,65 €	2.633,78 €	2.731,13 €	2.812,51 €	2.898,25 €	2.983,96 €	3.069,71 €	3.155,43 €	3.231,83 €	- €	- €	- €
6b	2.410,07 €	2.488,44 €	2.566,83 €	2.622,01 €	2.679,06 €	2.736,19 €	2.795,75 €	2.859,07 €	2.922,48 €	2.969,06 €	- €	- €
7	2.293,30 €	2.358,93 €	2.424,48 €	2.470,84 €	2.517,21 €	2.563,58 €	2.610,24 €	2.658,93 €	2.707,65 €	2.737,91 €	- €	- €
8	2.186,19 €	2.240,58 €	2.294,96 €	2.330,14 €	2.362,12 €	2.394,08 €	2.426,07 €	2.458,06 €	2.490,02 €	2.522,03 €	2.552,40 €	- €
9a	2.116,67 €	2.157,70 €	2.198,71 €	2.230,58 €	2.262,44 €	2.294,33 €	2.326,23 €	2.358,13 €	2.389,98 €	- €	- €	- €
9	2.068,74 €	2.113,48 €	2.158,28 €	2.191,88 €	2.222,24 €	2.252,66 €	2.283,01 €	2.313,41 €	- €	- €	- €	- €
10	1.920,27 €	1.957,06 €	1.993,87 €	2.027,44 €	2.057,80 €	2.088,17 €	2.118,57 €	2.148,97 €	2.169,77 €	- €	- €	- €
11	1.799,31 €	1.845,10 €	1.873,90 €	1.896,31 €	1.918,66 €	1.941,08 €	1.963,44 €	1.985,86 €	2.008,25 €	- €	- €	- €
12	1.723,60 €	1.752,36 €	1.781,18 €	1.803,53 €	1.825,95 €	1.848,31 €	1.870,73 €	1.893,10 €	1.915,48 €	- €	- €	- €

Anlage 3a – Regelvergütung, RK Mitte ab 1. Juni 2016

Vergütungsgruppe	Grundvergütungssätze in Stufe								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Kr 14	4.727,62 €	4.867,93 €	5.008,23 €	5.117,39 €	5.226,52 €	5.335,66 €	5.444,78 €	5.553,94 €	5.663,07 €
Kr 13	4.229,61 €	4.369,91 €	4.510,25 €	4.619,38 €	4.728,48 €	4.837,63 €	4.946,79 €	5.055,91 €	5.165,07 €
Kr 12	3.899,57 €	4.030,27 €	4.160,92 €	4.262,52 €	4.364,18 €	4.465,80 €	4.567,43 €	4.669,04 €	4.770,71 €
Kr 11	3.677,55 €	3.802,96 €	3.928,38 €	4.025,95 €	4.123,48 €	4.221,03 €	4.318,56 €	4.416,10 €	4.513,65 €
Kr 10	3.465,23 €	3.581,59 €	3.697,95 €	3.788,43 €	3.878,94 €	3.969,39 €	4.059,89 €	4.150,37 €	4.240,89 €
Kr 9	3.270,36 €	3.377,92 €	3.485,55 €	3.569,24 €	3.652,95 €	3.736,66 €	3.820,34 €	3.904,03 €	3.987,71 €
Kr 8	3.093,66 €	3.190,43 €	3.288,65 €	3.366,20 €	3.443,76 €	3.521,30 €	3.598,82 €	3.676,39 €	3.753,90 €
Kr 7	2.932,94 €	3.022,36 €	3.111,74 €	3.181,29 €	3.251,16 €	3.322,79 €	3.394,41 €	3.466,04 €	3.537,63 €
Kr 6	2.743,94 €	2.825,88 €	2.907,81 €	2.971,51 €	3.035,26 €	3.098,99 €	3.162,72 €	3.226,44 €	3.291,68 €
Kr 5a	2.655,04 €	2.731,64 €	2.808,24 €	2.867,82 €	2.927,37 €	2.986,98 €	3.046,56 €	3.106,14 €	3.165,70 €
Kr 5	2.593,99 €	2.666,48 €	2.738,95 €	2.795,30 €	2.851,71 €	2.908,06 €	2.964,40 €	3.020,78 €	3.077,17 €
Kr 4	2.483,65 €	2.548,07 €	2.612,50 €	2.662,59 €	2.712,70 €	2.762,80 €	2.812,92 €	2.863,03 €	2.913,12 €
Kr 3	2.381,30 €	2.436,04 €	2.490,80 €	2.533,38 €	2.575,94 €	2.618,53 €	2.661,10 €	2.703,68 €	2.746,26 €
Kr 2	2.204,95 €	2.252,90 €	2.300,90 €	2.338,24 €	2.375,53 €	2.412,87 €	2.450,16 €	2.487,49 €	2.524,81 €
Kr 1	2.116,98 €	2.159,70 €	2.202,41 €	2.235,61 €	2.268,82 €	2.302,03 €	2.335,24 €	2.368,42 €	2.401,65 €

Anlage 31 – Tabellenentgelt Anhang A, RK Mitte ab 1. Juni 2016

	Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
		Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
	15	4.280,05 €	4.748,72 €	4.923,20 €	5.546,38 €	6.020,00 €	6.331,60 €
	14	3.876,23 €	4.299,99 €	4.549,26 €	4.923,20 €	5.496,55 €	5.808,12 €
	13	3.573,37 €	3.963,48 €	4.175,38 €	4.586,64 €	5.159,99 €	5.396,82 €
	12	3.204,27 €	3.552,17 €	4.050,72 €	4.486,96 €	5.047,84 €	5.297,11 €
	11	3.095,36 €	3.427,56 €	3.676,82 €	4.050,72 €	4.592,90 €	4.842,18 €
	10	2.986,43 €	3.302,89 €	3.552,17 €	3.801,47 €	4.275,08 €	4.387,25 €
	9 ¹⁾	2.648,85 €	2.925,94 €	3.071,16 €	3.464,92 €	3.776,53 €	4.025,78 €
	8	2.485,48 €	2.744,42 €	2.865,46 €	2.974,36 €	3.095,36 €	3.171,59 € ²⁾
	7	2.333,03 € ³⁾	2.575,02 €	2.732,33 €	2.853,36 €	2.944,10 €	3.028,81 €
	6	2.289,44 €	2.526,62 €	2.647,62 €	2.762,59 €	2.841,25 €	2.919,91 € ⁴⁾
	5	2.197,47 €	2.423,78 €	2.538,73 €	2.653,69 €	2.738,39 €	2.798,90 €
	4	2.093,40 € ^{5 b)}	2.308,81 €	2.454,02 €	2.538,73 €	2.623,44 €	2.673,03 €
	3 ⁶⁾	2.060,76 €	2.272,49 €	2.333,03 €	2.429,82 €	2.502,44 €	2.568,98 €
	2	1.908,26 €	2.103,09 €	2.163,60 €	2.224,12 €	2.357,19 €	2.496,38 €
	1	- €	1.711,04 €	1.740,08 €	1.776,39 €	1.810,25 €	1.897,38 €
	Für Mitarbeiter im Pflegedienst:						
1)	E9b	- €	- €	3.174,02 €	3.365,23 €	3.602,03 €	3.826,37 €
2)	3.220,01 €						
3)	2.393,52 €						
4)	2.986,43 €						
5)	2.153,91 €						
6)	E3a						
	38,5 Std.	2.032,03 €	2.096,25 €	2.139,68 €	2.171,79 €	2.194,45 €	2.228,45 €
	39 Std.	2.057,21 €	2.122,24 €	2.166,24 €	2.198,77 €	2.221,72 €	2.256,16 €
	40 Std.	2.107,53 €	2.174,24 €	2.219,37 €	2.252,73 €	2.276,27 €	2.311,59 €

Anlage 31 – Tabellenentgelt Anhang B, RK Mitte ab 1. Juni 2016

EG allg. Tabelle (TVÖD)	EG KR (TVÖD)	Zuordnungen Vergütungs- gruppen KR/KR- Verläufe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
			Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
EG 12	12a	12 mit Aufstieg nach 13	- €	- €	4.050,72 €	4.486,96 €	5.047,84 €	5.297,11 €
			- €	- €	- €	nach 2 J. St. 3	nach 3 J. St. 4	- €
EG 11	11b	11 mit Aufstieg nach 12	- €	- €	- €	4.050,72 €	4.592,90 €	4.842,18 €
	11a	10 mit Aufstieg nach 11	- €	- €	3.676,82 €	4.050,72 €	4.592,90 €	- €
			- €	- €	- €	nach 2 J. St. 3	nach 5 J. St. 4	- €
EG 10	10a	9 mit Aufstieg nach 10	- €	- €	3.552,17 €	3.801,47 €	4.275,08 €	- €
			- €	- €	- €	nach 2 J. St. 3	nach 3 J. St. 4	- €
EG 9, EG 9 b	9d	8 mit Aufstieg nach 9	- €	- €	3.464,92 €	3.776,53 €	4.025,78 €	- €
			- €	- €	- €	nach 4 J. St. 3	nach 2 J. St. 4	- €
	9c	7 mit Aufstieg nach 8	- €	- €	3.365,23 €	3.602,03 €	3.826,37 €	- €
			- €	- €	- €	nach 5 J. St. 3	nach 5 J. St. 4	- €
	9b	6 mit Aufstieg nach 7	- €	- €	3.071,16 €	3.464,92 €	3.602,03 €	- €
		7 ohne Aufstieg	- €	- €		nach 5 J. St. 3	nach 5 J. St. 4	- €
	9a	6 ohne Aufstieg	- €	- €	3.071,16 €	3.174,02 €	3.365,23 €	- €
			- €	- €	- €	nach 5 J. St. 3	nach 5 J. St. 4	- €
EG 7, EG 8, EG 9 b	8a	5 a mit Aufstieg nach 6	- €	2.732,33 €	2.865,46 €	2.974,36 €	3.174,02 €	3.365,23 €
		5 mit Aufstieg nach 5a und 6	- €	2.732,33 €	2.865,46 €	2.974,36 €	3.174,02 €	3.365,23 €
		5 mit Aufstieg nach 6	2.575,02 €	2.732,33 €	2.865,46 €	2.974,36 €	3.174,02 €	3.365,23 €
EG 7, EG 8	7a	5 mit Aufstieg nach 5a	- €	2.575,02 €	2.732,33 €	2.974,36 €	3.095,36 €	3.220,01 €
		4 mit Aufstieg nach 5 und 5a	2.393,52 €	2.575,02 €	2.732,33 €	2.974,36 €	3.095,36 €	3.220,01 €
		4 mit Aufstieg nach 5	2.393,52 €	2.575,02 €	2.732,33 €	2.974,36 €	3.095,36 €	- €
EG 4, EG 6	4a	2 mit Aufstieg nach 3 und 4	2.153,91 €	2.308,81 €	2.454,02 €	2.762,59 €	2.841,25 €	2.986,43 €
		3 mit Aufstieg nach 4	2.153,91 €	2.308,81 €	2.454,02 €	2.762,59 €	2.841,25 €	2.986,43 €
		2 ohne Aufstieg	2.153,91 €	2.308,81 €	2.454,02 €	- €	- €	- €
EG 3, EG 4	3a	1 mit Aufstieg nach 2 - 38,5 Std.	2.032,03 €	2.096,25 €	2.139,68 €	2.171,79 €	2.194,45 €	2.228,45 €
		1 mit Aufstieg nach 2 - 39 Std.	2.057,21 €	2.122,24 €	2.166,24 €	2.198,77 €	2.221,72 €	2.256,16 €
		1 mit Aufstieg nach 2 - 40 Std.	2.107,53 €	2.174,24 €	2.219,37 €	2.252,73 €	2.276,27 €	2.311,59 €

Anlage 31 – Stundenentgelttabelle Anhang C, RK Mitte ab 1. Juni 2016

Entgeltgruppe	Stundenentgelt
Kr12a	25,18 €
Kr11b	23,52 €
Kr11a	22,23 €
Kr10a	20,82 €
Kr9d	20,05 €
Kr9c	19,34 €
Kr9b	18,46 €
Kr9a	18,17 €
Kr8a	17,36 €
Kr7a	16,64 €
Kr4a	15,41 €
Kr3a	12,84 €

Anlage 32 – Tabellenentgelt Anhang A, RK Mitte ab 1. Juni 2016

	Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
		Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
	15	4.280,05 €	4.748,72 €	4.923,20 €	5.546,38 €	6.020,00 €	6.331,60 €
	14	3.876,23 €	4.299,99 €	4.549,26 €	4.923,20 €	5.496,55 €	5.808,12 €
	13	3.573,37 €	3.963,48 €	4.175,38 €	4.586,64 €	5.159,99 €	5.396,82 €
	12	3.204,27 €	3.552,17 €	4.050,72 €	4.486,96 €	5.047,84 €	5.297,11 €
	11	3.095,36 €	3.427,56 €	3.676,82 €	4.050,72 €	4.592,90 €	4.842,18 €
	10	2.986,43 €	3.302,89 €	3.552,17 €	3.801,47 €	4.275,08 €	4.387,25 €
	9 ¹⁾	2.648,85 €	2.925,94 €	3.071,16 €	3.464,92 €	3.776,53 €	4.025,78 €
	8	2.485,48 €	2.744,42 €	2.865,46 €	2.974,36 €	3.095,36 €	3.171,59 € ²⁾
	7	2.333,03 € ³⁾	2.575,02 €	2.732,33 €	2.853,36 €	2.944,10 €	3.028,81 €
	6	2.289,44 €	2.526,62 €	2.647,62 €	2.762,59 €	2.841,25 €	2.919,91 € ⁴⁾
	5	2.197,47 €	2.423,78 €	2.538,73 €	2.653,69 €	2.738,39 €	2.798,90 €
	4	2.093,40 € ⁵⁾	2.308,81 €	2.454,02 €	2.538,73 €	2.623,44 €	2.673,03 €
	3 ⁶⁾	2.060,76 €	2.272,49 €	2.333,03 €	2.429,82 €	2.502,44 €	2.568,98 €
	2	1.908,26 €	2.103,09 €	2.163,60 €	2.224,12 €	2.357,19 €	2.496,38 €
	1	- €	1.711,04 €	1.740,08 €	1.776,39 €	1.810,25 €	1.897,38 €
	Für Mitarbeiter im Pflegedienst:						
1)	E9b	- €	- €	3.174,02 €	3.365,23 €	3.602,03 €	3.826,37 €
2)	3.220,01 €						
3)	2.393,52 €						
4)	2.986,43 €						
5)	2.153,91 €						
6)	E3a						
	39 Std.	2.057,21 €	2.122,24 €	2.166,24 €	2.198,77 €	2.221,72 €	2.256,16 €
	40 Std.	2.107,53 €	2.174,24 €	2.219,37 €	2.252,73 €	2.276,27 €	2.311,59 €

Anlage 32 – Tabellenentgelt Anhang B, RK Mitte ab 1. Juni 2016

EG allg. Tabelle (TVÖD)	EG KR (TVÖD)	Zuordnungen Vergütungsgruppen KR/KR-Verläufe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
			Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
EG 12	12a	12 mit Aufstieg nach 13	- €	- €	4.050,72 €	4.486,96 €	5.047,84 €	5.297,11 €
			- €	- €	- €	nach 2 J. St. 3	nach 3 J. St. 4	- €
EG 11	11b	11 mit Aufstieg nach 12	- €	- €	- €	4.050,72 €	4.592,90 €	4.842,18 €
	11a	10 mit Aufstieg nach 11	- €	- €	3.676,82 €	4.050,72 €	4.592,90 €	- €
			- €	- €	- €	nach 2 J. St. 3	nach 5 J. St. 4	- €
EG 10	10a	9 mit Aufstieg nach 10	- €	- €	3.552,17 €	3.801,47 €	4.275,08 €	- €
			- €	- €	- €	nach 2 J. St. 3	nach 3 J. St. 4	- €
EG 9, EG 9 b	9d	8 mit Aufstieg nach 9	- €	- €	3.464,92 €	3.776,53 €	4.025,78 €	- €
			- €	- €	- €	nach 4 J. St. 3	nach 2 J. St. 4	- €
	9c	7 mit Aufstieg nach 8	- €	- €	3.365,23 €	3.602,03 €	3.826,37 €	- €
			- €	- €	- €	nach 5 J. St. 3	nach 5 J. St. 4	- €
	9b	6 mit Aufstieg nach 7	- €	- €	3.071,16 €	3.464,92 €	3.602,03 €	- €
		7 ohne Aufstieg	- €	- €	3.071,16 €	nach 5 J. St. 3	nach 5 J. St. 4	- €
	9a	6 ohne Aufstieg	- €	- €	3.071,16 €	3.174,02 €	3.365,23 €	- €
			- €	- €	- €	nach 5 J. St. 3	nach 5 J. St. 4	- €
EG 7, EG 8, EG 9 b	8a	5a mit Aufstieg nach 6	- €	2.732,33 €	2.865,46 €	2.974,36 €	3.174,02 €	3.365,23 €
		5 mit Aufstieg nach 5a und 6	- €	2.732,33 €	2.865,46 €	2.974,36 €	3.174,02 €	3.365,23 €
		5 mit Aufstieg nach 6	2.575,02 €	2.732,33 €	2.865,46 €	2.974,36 €	3.174,02 €	3.365,23 €
EG 7, EG 8	7a	5 mit Aufstieg nach 5a	- €	2.575,02 €	2.732,33 €	2.974,36 €	3.095,36 €	3.220,01 €
		4 mit Aufstieg nach 5 und 5a	2.393,52 €	2.575,02 €	2.732,33 €	2.974,36 €	3.095,36 €	3.220,01 €
		4 mit Aufstieg nach 5	2.393,52 €	2.575,02 €	2.732,33 €	2.974,36 €	3.095,36 €	- €
EG 4, EG 6	4a	2 mit Aufstieg nach 3 und 4	2.153,91 €	2.308,81 €	2.454,02 €	2.762,59 €	2.841,25 €	2.986,43 €
		3 mit Aufstieg nach 4	2.153,91 €	2.308,81 €	2.454,02 €	2.762,59 €	2.841,25 €	2.986,43 €
		2 ohne Aufstieg	2.153,91 €	2.308,81 €	2.454,02 €	- €	- €	- €
EG 3, EG 4	3a	1 mit Aufstieg nach 2 - 39 Std.	2.057,21 €	2.122,24 €	2.166,24 €	2.198,77 €	2.221,72 €	2.256,16 €
		1 mit Aufstieg nach 2 - 40 Std.	2.107,53 €	2.174,24 €	2.219,37 €	2.252,73 €	2.276,27 €	2.311,59 €

Anlage 32 – Stundenentgelttabelle Anhang C, RK Mitte ab 1. Juni 2016

Entgeltgruppe	Stundenentgelt
Kr12a	25,18 €
Kr11b	23,52 €
Kr11a	22,23 €
Kr10a	20,82 €
Kr9d	20,05 €
Kr9c	19,34 €
Kr9b	18,46 €
Kr9a	18,17 €
Kr8a	17,36 €
Kr7a	16,64 €
Kr4a	15,41 €
Kr3a	12,84 €

Anlage 33 – Tabellenentgelt Anhang A, RK Mitte ab 1. Juni 2016

EG	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
S 18	3.527,94 €	3.645,51 €	4.115,93 €	4.468,71 €	4.997,90 €	5.321,29 €
S 17	3.177,02 €	3.498,52 €	3.880,71 €	4.115,93 €	4.586,29 €	4.862,66 €
S 16	3.097,11 €	3.422,10 €	3.680,80 €	3.998,31 €	4.351,10 €	4.562,78 €
S 15	2.982,92 €	3.292,71 €	3.527,94 €	3.798,41 €	4.233,51 €	4.421,65 €
S 14	2.979,40 €	3.258,94 €	3.520,33 €	3.786,22 €	4.080,23 €	4.286,02 €
S 13	2.948,68 €	3.177,02 €	3.469,13 €	3.704,30 €	3.998,31 €	4.145,30 €
S 12	2.882,60 €	3.168,03 €	3.448,10 €	3.695,05 €	4.000,81 €	4.130,17 €
S 11b	2.780,47 €	3.122,97 €	3.272,34 €	3.648,65 €	3.942,65 €	4.119,04 €
S 11a	2.720,34 €	3.062,86 €	3.211,27 €	3.586,72 €	3.880,71 €	4.057,11 €
S 10	2.651,83 €	2.925,84 €	3.062,86 €	3.469,13 €	3.798,41 €	4.068,86 €
S 9	2.539,52 €	2.826,24 €	3.051,52 €	3.379,20 €	3.686,40 €	3.921,92 €
S 8b	2.539,52 €	2.826,24 €	3.051,52 €	3.379,20 €	3.686,40 €	3.921,92 €
S 8a	2.519,04 €	2.764,80 €	2.959,36 €	3.143,68 €	3.322,88 €	3.509,76 €
S 7	2.463,44 €	2.691,79 €	2.874,48 €	3.057,14 €	3.194,16 €	3.398,57 €
S 6	nicht besetzt					
S 5	nicht besetzt					
S 4	2.315,02 €	2.571,91 €	2.731,76 €	2.840,22 €	2.942,98 €	3.103,07 €
S 3	2.155,18 €	2.420,06 €	2.573,62 €	2.714,63 €	2.779,14 €	2.856,20 €
S 2	2.057,95 €	2.166,43 €	2.246,34 €	2.337,68 €	2.429,01 €	2.520,36 €

Nr. 591 Beschluss der KODA vom 29. September 2016: Anlage 11 zur AVO – Jubiläumsordnung

A) In § 2 der Jubiläumsordnung wird ein neuer Satz 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

In Abweichung zu § 12 AVO werden auch Beschäftigungszeiten bei Arbeitgebern außerhalb des Gebiets des Bistums Limburg, die die Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse anwenden, angerechnet.

B) Die bisherigen Sätze 3 bis 7 werden zu Sätzen 4 bis 8.

C) Die Änderungen treten zum 01.10.2016 in Kraft.

Limburg, 2. November 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 565AH/40931/16/04/6 Bischof von Limburg

Nr. 592 Beschluss der KODA vom 29. September 2016: Anlage 22 zur AVO – Vergütungsrichtlinien für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im kirchlichen Dienst im Bistum Limburg, Besondere Vergütungsrichtlinien

Es wird die folgende besondere Vergütungsrichtlinie in Kraft gesetzt:

VR 27: Beschäftigte in Dienststellen der nicht-schulischen kirchlichen Bildungsarbeit an Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen¹ sowie Beschäftigte in Religionspädagogischen Ämtern und in Bezirksbüros

1. Verwaltungskräfte

Entgeltgruppe 5
Beschäftigte, deren Tätigkeit gründliche Fachkenntnisse erfordert (Hierzu Protokollerklärung Nr. 1).

Entgeltgruppe 6
Beschäftigte, deren Tätigkeit gründliche und vielseitige Fachkenntnisse erfordert (Hierzu Protokollerklärungen Nr. 1 und Nr. 2).

Entgeltgruppe 7
Beschäftigte der Entgeltgruppe 6, deren Tätigkeit mindestens zu einem Fünftel selbständige Leistungen erfordert (Hierzu Protokollerklärung Nr. 3).

¹ Es handelt sich insbesondere um Beschäftigte in den Katholischen Fachstellen für Jugendarbeit, in den Jugendkirchen, in den Katholischen Familienbildungsstellen, in den Fachstellen der Katholischen Erwachsenenbildung oder im akademischen Zentrum Rhabanus Maurus.

Entgeltgruppe 8
Beschäftigte der Entgeltgruppe 6, deren Tätigkeit mindestens zu einem Drittel selbständige Leistungen erfordert (Hierzu Protokollerklärung Nr. 3).

Entgeltgruppe 9
Beschäftigte der Entgeltgruppe 6, deren Tätigkeit selbständige Leistungen erfordert (Hierzu Protokollerklärung Nr. 3).

2. Referentinnen oder Referenten

Entgeltgruppe 9b
Referentinnen oder Referenten mit Hochschulbildung sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben (Hierzu Protokollerklärungen Nr. 4 und Nr. 7).

Entgeltgruppe 10
Referentinnen oder Referenten mit Hochschulbildung, deren Tätigkeit mindestens zu einem Drittel selbständige Leistungen erfordert sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben (Hierzu Protokollerklärungen Nr. 4 und Nr. 7).

Entgeltgruppe 11
Referentinnen oder Referenten mit Hochschulbildung, deren Tätigkeit mindestens zur Hälfte selbständige und vielseitige Leistungen erfordert sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben (Hierzu Protokollerklärungen Nr. 4, Nr. 5 und Nr. 7).

Entgeltgruppe 13
Referentinnen oder Referenten mit wissenschaftlicher Hochschulbildung und entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben (Hierzu Protokollerklärung Nr. 6).

Entgeltgruppe 14
Referentinnen oder Referenten der Entgeltgruppe 13 sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, deren Tätigkeit sich mindestens zu einem Drittel durch besondere Schwierigkeit und Bedeutung oder mindestens zu einem Drittel durch das Erfordernis hochwertiger Leistungen bei besonders schwierigen Aufgaben aus der Entgeltgruppe 13 heraushebt (Hierzu Protokollerklärung Nr. 8).

Entgeltgruppe 15

Referentinnen oder Referenten der Entgeltgruppe 13 sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, deren Tätigkeit sich

- durch besondere Schwierigkeit und Bedeutung sowie
- erheblich durch das Maß der damit verbundenen Verantwortung

aus der Entgeltgruppe 13 heraushebt (Hierzu Protokollerklärung Nr. 8).

3. Referentinnen und Referenten mit Leitungsfunktionen

Entgeltgruppe 12

Referentinnen oder Referenten mit Hochschulbildung deren Tätigkeit mindestens zu einem Viertel selbstständige und vielseitige Leistungen erfordert, denen die Leitung einer Dienststelle übertragen ist sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben (Hierzu Protokollerklärungen Nr. 7 und Nr. 9).

Entgeltgruppe 13

Referentinnen oder Referenten der Entgeltgruppe 12, mit Tätigkeiten von überbezirklicher Bedeutung sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben (Hierzu Protokollerklärungen Nr. 7, Nr. 9 und Nr. 10).

Entgeltgruppe 14

Referentinnen oder Referenten mit wissenschaftlicher Hochschulbildung, denen die Leitung einer Dienststelle mit mehreren Beschäftigten der Entgeltgruppen 5–11 übertragen ist, sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben. Referentinnen und Referenten mit wissenschaftlicher Hochschulbildung, deren Tätigkeit sich zu mindestens einem Viertel durch besondere Schwierigkeit und Bedeutung aus der Entgeltgruppe 13 hervorhebt und denen die Leitung einer Dienststelle übertragen ist, sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben (Hierzu Protokollerklärungen Nr. 6 und Nr. 9).

Entgeltgruppe 15

Leiter/innen von mehreren Dienststellen mit wissenschaftlicher Hochschulbildung sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben (Hierzu Protokollerklärungen Nr. 6 und Nr. 9).

Protokollerklärungen

Nr. 1

Gründliche Fachkenntnisse sind insbesondere:

- Sekretariatstätigkeit (z. B. formelle oder standardisierte Schreiben; Expedition; Ablage; Organisation von Terminvereinbarungen; Erstellung einer Präsentation nach präzisen Vorgaben; Anwendung von Grundkenntnissen in Word, Excel, Outlook; Nutzung und Einbindung von Informationen aus anderen Datenverarbeitungsprogrammen) oder
- Erstellung von Belegungsplänen, Vergabe von Räumlichkeiten an Externe oder
- Rechnungswesen (z. B. Erstellung von Rechnungen, Erstellung von Auszahlungsanordnungen gemäß Vorgabe, Kontrolle von Kontoauszügen, Überwachung der Kostendeckung, Erstellung einer Reisekostenabrechnung) oder
- regelmäßige Betreuung und Koordinierung des Einsatzes von ehrenamtlichen Mitarbeiter/-innen oder
- Führung einer Kasse mit Rechnungsabschluss oder
- Nutzung weiterer Datenverarbeitungsprogramme (z. B. Kufer, Bond, Access, Power-Point, Buchhaltungsprogramm).

Nr. 2

¹Die gründlichen und vielseitigen Fachkenntnisse müssen sich nicht auf das gesamte Gebiet der Verwaltung/des Betriebes, in der/dem der Beschäftigte tätig ist, beziehen. ²Der Aufgabenkreis des Beschäftigten muss aber so gestaltet sein, dass er nur beim Vorhandensein gründlicher und vielseitiger Fachkenntnisse ordnungsgemäß bearbeitet werden kann. ³Vielseitige Fachkenntnisse sind gegeben, wenn drei der in EG 5 geforderten Fachkenntnisse zur Bewältigung der Arbeit erforderlich sind.

Nr. 3

Selbstständige Leistungen i. S. d. Nr. 3 erfordern ein den vorausgesetzten Fachkenntnissen entsprechendes, selbstständiges Erarbeiten eines Ergebnisses unter Entwicklung einer eigenen geistigen Initiative; eine leichte geistige Arbeit kann diese Anforderung nicht erfüllen. Selbstständige Leistungen setzen einen gewissen Gestaltungsspielraum voraus, z. B.:

- Tätigkeiten der EG 5, wenn sie ohne konkrete Einzelanweisungen erledigt werden oder
- Erstellen einer statistischen Auswertung und Entscheidung über die Art der Darstellung oder
- Erstellen einer Power-Point-Präsentation nach Stichworten oder
- Erstellen von Antwortschreiben ohne Vorgabe – formalisierte Schreiben mit nur geringer eigener geistiger Initiative erfüllen diesen Sachverhalt nicht wie

z. B. formelle oder standardisierte Schreiben bzw. Expedition oder

- Kontieren im Rahmen des Kontierungsplans oder
- Zusammenstellen von Unterlagen für Vorgesetzte ohne genaue Vorgaben.

Nr. 4

Selbstständige Leistungen i. S. d. Nr. 4 sind insbesondere:

- Ausarbeitungen (für Veranstaltungen oder Teile davon) zu bestimmten vorgegebenen Themenstellungen oder
- Ausarbeitungen aufgrund einer Evaluation oder
- die Anleitung von Ehrenamtlichen oder
- didaktische Umsetzung von Fachkenntnissen oder
- die Beratung von Ehren- oder Hauptamtlichen im jeweiligen Sachgebiet.

Nr. 5

Vielseitige Leistungen sind gegeben, wenn drei der in EG 10 geforderten selbstständigen Leistungen zur Ausübung der Tätigkeit erforderlich sind.

Nr. 6

Wissenschaftliche Hochschulbildung

¹Eine wissenschaftliche Hochschulbildung liegt vor, wenn das Studium

- a) an einer Universität, pädagogischen Hochschule, Kunsthochschule oder an einer nach Landesrecht anerkannten staatlichen Hochschule (außer Fachhochschulen) mit einer ersten Staatsprüfung, mit einer Magisterprüfung oder mit einer Diplomprüfung beendet worden ist oder
- b) mit einer Masterprüfung beendet wurde.

²Diesen Prüfungen steht eine Promotion oder die Akademische Abschlussprüfung (Magisterprüfung) einer Philosophischen Fakultät nur in den Fällen gleich, in denen die Ablegung einer ersten Staatsprüfung, einer Masterprüfung oder einer Diplomprüfung nach den einschlägigen Ausbildungsvorschriften nicht vorgesehen ist. ³Eine abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung im Sinne des Satz 1 Buchst. a setzt voraus, dass die Abschlussprüfung in einem Studiengang abgelegt wird, der seinerseits mindestens das Zeugnis der Hochschulreife (allgemeine Hochschulreife oder einschlägige fachgebundene Hochschulreife) oder eine andere landesrechtliche Hochschulzugangsberechtigung als Zugangsvoraussetzung erfordert, und für den Abschluss eine Regelstudienzeit von mindestens acht Semester – ohne etwaige Praxissemester, Prüfungssemester o. Ä. – vorschreibt. ⁴Ein Bachelorstudiengang erfüllt diese Voraussetzung auch dann nicht, wenn mehr als sechs Semester für den Abschluss vorgeschrieben sind.

⁵Der Masterstudiengang muss nach den Regelungen des Akkreditierungsrats akkreditiert sein. ⁶Ein Abschluss an einer ausländischen Hochschule gilt als wissenschaftliche Hochschulbildung, wenn er von der zuständigen staatlichen Anerkennungsstelle als dem deutschen Hochschulabschluss gleichwertig anerkannt wurde.

Nr. 7

Hochschulbildung

¹Eine Hochschulbildung liegt vor, wenn von einer Hochschule im Sinne des § 1 HRG ein Diplomgrad mit dem Zusatz „Fachhochschule“ („FH“), ein anderer nach § 18 HRG gleichwertiger Abschlussgrad oder ein Bachelorgrad verliehen wurde. ²Die Abschlussprüfung muss in einem Studiengang abgelegt worden sein, der seinerseits mindestens das Zeugnis der Hochschulreife (allgemeine Hochschulreife oder einschlägige fachgebundene Hochschulreife) oder eine andere landesrechtliche Hochschulzugangsberechtigung als Zugangsvoraussetzung erfordert, und für den Abschluss eine Regelstudienzeit von mindestens sechs Semestern – ohne etwaige Praxissemester, Prüfungssemester o. Ä. – vorschreibt. ³Der Bachelorstudiengang muss nach den Regelungen des Akkreditierungsrats akkreditiert sein. ⁴Dem gleichgestellt sind Abschlüsse in akkreditierten Bachelorausbildungsgängen an Berufsakademien. ⁵Nr. 4 Satz 6 gilt entsprechend. Nr. 6 Satz 6 gilt entsprechend.

Nr. 8

¹Eine Tätigkeit mit besonderer Schwierigkeit und Bedeutung geht über die souveräne Beherrschung eines weit gespannten Wissensgebietes (EG 13) hinaus und liegt insbesondere vor, wenn die oder der Beschäftigte überwiegend auf sich selbst gestellt ist und die oder der Beschäftigte insbesondere folgende Tätigkeitsmerkmale zu erfüllen hat:

- für Ausarbeitungen (z. B. Referate, Vorträge oder andere Seminarinhalte) zielführend eigene Gedanken dahingehend entwickeln, welche Aspekte bei der Bearbeitung der Themenstellung für die Zuhörenden bedeutsam sind oder
- für Ausarbeitungen (z. B. Referate, Vorträge oder andere Seminarinhalte) zielführend eigene Gedanken dahingehend entwickeln, wie das Thema methodisch aufzubereiten ist oder
- bei Seminaren zielführend eigene Gedanken dahingehend entwickeln, wie diese didaktisch aufzubereiten sind oder
- nebenberufliche Referent/-innen anleiten oder
- ehrenamtlich Tätige für den Aufgabenbereich gewinnen, Fortbildungsbedarfe analysieren und anleiten.

²Eine Tätigkeit mit hochwertigen Leistungen bei besonders schwierigen Aufgaben geht über die souveräne

Beherrschung eines weit gespannten Wissensgebietes (EG 13) hinaus und liegt insbesondere vor, wenn die oder der Beschäftigte insbesondere folgende Tätigkeitsmerkmale zu erfüllen hat:

- Durchführung von Seminaren für ein akademisch vorgebildetes Publikum oder
- selbstständige Forschungen auf einem Spezialgebiet oder
- Begutachtung von Leistungen bzw. Abnahme von Prüfungen oder
- selbstständige Herausgabe von Informationen auf akademischem Niveau oder
- Erstellung und/oder wissenschaftliche Betreuung von Ausstellungen
- Vorträge auf akademischem Niveau für ein akademisch vorgebildetes Publikum halten.

³Die in der Entgeltgruppe geforderten Voraussetzungen sind erfüllt, wenn die oder der Beschäftigte mindestens 3 der oben genannten bzw. vergleichbaren Tätigkeitsmerkmale erfüllt.

Nr. 9

Es genügt die Beauftragung mit der Leitung einer Dienststelle (oder falls gefordert mehrerer Dienststellen); insbesondere kommt es nicht darauf an, ob die Leitungstätigkeit mehr als 50 % der Arbeitszeit ausmacht.

Nr. 10

¹Tätigkeiten von überbezirklicher Bedeutung sind z. B. die Vertretung der Dienststelle/des Arbeitsbereiches gegenüber Gremien auf Landesebene oder die Vertretung von Interessen des Bistums gegenüber Zuschussgebern oder die Interessenvertretung gegenüber einer Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen katholischen Büro oder die Interessenvertretung gegenüber den zuständigen Behörden des jeweiligen Bundeslandes. ²Es genügt die Beauftragung mit Tätigkeiten von überbezirklicher Bedeutung; insbesondere kommt es nicht darauf an, ob die Tätigkeiten von überbezirklicher Bedeutung mehr als 50 % der Arbeitszeit ausmachen.

Übergangsregelung

Aufgrund dieser Vergütungsrichtlinie stattfindende Eingruppierungen führen nicht zu Rückgruppierungen.

Inkrafttreten

1. Juli 2016

Limburg, 2. November 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 565AH/40931/16/04/6 Bischof von Limburg

Nr. 593 Beschluss der KODA vom 29. September 2016: § 32 AVO – Zusätzliche Altersversorgung

§ 32 AVO erhält folgenden Wortlaut:

§ 32 Zusätzliche Altersversorgung

- (1) ¹Die Beschäftigten haben Anspruch auf eine zusätzliche Altersversorgung. ²Diese richtet sich nach dem Tarifvertrag über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (ATV-K) in der jeweils geltenden Fassung.
- (2) Der Arbeitgeber hat, zur Realisierung des Anspruchs nach Abs. 1 Satz 1, die Möglichkeit zwischen der ZVK Wiesbaden und der KZVK Köln zu wählen.
- (3) ¹Im Fall der ZVK Wiesbaden richtet sich die Höhe einer etwaigen Beteiligung der Beschäftigten an den Beiträgen zur Kasse nach dem Altersvorsorge-Tarifvertrag Kommunal (ATV-K). ²Den Beitrag der oder des Beschäftigten behält der Arbeitgeber von dem Nettoentgelt ein.
- (4) ¹Im Fall der KZVK Köln richtet sich die Höhe einer etwaigen Beteiligung der Beschäftigten nach folgender Regelung:

²Beiträge bis zur Höhe von 5,2 % trägt der Arbeitgeber allein. ³Einen darüber hinaus gehenden Beitrag zur KZVK tragen Arbeitgeber und Beschäftigte je zur Hälfte. ⁴Von der KZVK sind folgende Beiträge vorgesehen:

2016 und 2017	5,3 %,
2018 und 2019	5,8 %,
2020 und 2021	6,3 %,
2022 und 2023	6,8 %,
2024 und folgende	7,1 %.

⁵Der Arbeitnehmerbeitrag beträgt demnach für die Jahre:

2016 und 2017	0,05 %,
2018 und 2019	0,30 %,
2020 und 2021	0,55 %,
2022 und 2023	0,80 %,
2024 und folgende	0,95 %.

⁶Den Beitrag der oder des Beschäftigten behält der Arbeitgeber von dem Nettoentgelt ein. ⁷Wird nach dem 1. Oktober 2016 der Beitrag gesenkt, reduziert sich der Arbeitnehmerbeitrag um die Hälfte

des Vomhundertsatzes, um den sich der Beitrag reduziert, höchstens in Höhe des zusätzlichen Arbeitnehmerbeitrags gemäß Satz 5.

Übergangsregelung

Vor dem Inkrafttreten noch nicht eingeforderte Beiträge der Beschäftigten zur KZVK werden nicht nachgefordert; bereits einbehaltene Beiträge der Beschäftigten mit den künftigen Forderungen verrechnet.

Inkraftsetzung

1. Oktober 2016

Limburg, 2. November 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 565AH/40931/16/04/6 Bischof von Limburg

Nr. 594 Beschluss der KODA vom 29. September 2016: Anlage 22 zur AVO – Vergütungsrichtlinien für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im kirchlichen Dienst im Bistum Limburg, Besondere Vergütungsrichtlinie VR 13

Die Vergütungsrichtlinie VR 13 wird in Punkt II wie folgt geändert:

Das Datum „31.12.2016“ wird jeweils durch das Datum „31.12.2022“ ersetzt.

Limburg, 2. November 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 565AH/40931/16/04/6 Bischof von Limburg

Nr. 595 Beschluss der KODA vom 29. September 2016: Arbeitsvertragsordnung für die Beschäftigten im kirchlichen Dienst in der Diözese Limburg, Ordnung zur Zahlung der Jahressonderzahlung, Ordnung zur Überleitung von Beschäftigten in die Entgeltsystematik des TVöD-VkA, Ordnung zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte

A) Arbeitsvertragsordnung für die Beschäftigten im kirchlichen Dienst in der Diözese Limburg

- I. Die „Arbeitsvertragsordnung für die Beschäftigten im kirchlichen Dienst in der Diözese Limburg“ wird wie folgt geändert:

§ 16e Absatz 4 Satz 2 AVO wird wie folgt gefasst:

²Beträgt der Unterschiedsbetrag zwischen dem derzeitigen Tabellenentgelt und dem Tabellenentgelt nach Satz 1

- in den Entgeltgruppen 1 bis 8 vom 1. März 2016 an weniger als 57,63 Euro
- in den Entgeltgruppen 9 bis 15 vom 1. März 2016 an weniger als 92,22 Euro

so erhält die oder der Beschäftigte während der betreffenden Stufenlaufzeit anstelle des Unterschiedsbetrages den vorgenannten jeweils zustehenden Garantiebetrug.

II. Ausnahmen vom Geltungsbereich

¹Für Beschäftigte, die spätestens mit Ablauf des 28. April 2016 aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind, gelten die vorstehenden Regelungen nur, wenn sie dies bis 31. Januar 2017 schriftlich beantragen. ²Für Beschäftigte, die spätestens mit Ablauf des 28. April 2016 aufgrund eigenen Verschuldens ausgeschieden sind, gelten die vorstehenden Regelungen nicht.

Inkrafttreten

Die vorstehende Regelung treten mit Wirkung vom 1. März 2016 in Kraft.

B) Ordnung zur Zahlung der Jahressonderzahlung

- I. Die „Ordnung zur Zahlung der Jahressonderzahlung“ (Anlage 4 zur AVO) wird wie folgt gefasst:

(1) Beschäftigte, die am 1. Dezember im Arbeitsverhältnis stehen, haben Anspruch auf eine Jahressonderzahlung, die als Weihnachtsgeld gezahlt wird.

(2) ¹Die Jahressonderzahlung beträgt bei Beschäftigten

in den Kalenderjahren	bis 2016	ab 2017
in den Entgeltgruppen 1 bis 8	90 v. H.	86 v. H.
in den Entgeltgruppen 9 bis 12	80 v. H.	76 v. H.
in den Entgeltgruppen 13 bis 15	60 v. H.	56 v. H.

des der oder dem Beschäftigten in den Kalendermonaten Juli, August und September durchschnittlich gezahlten monatlichen Entgelts; unberücksichtigt bleiben hierbei das zusätzlich für Überstunden und Mehrarbeit gezahlte Entgelt (mit Ausnahme der im Dienstplan vorgesehenen Überstunden und Mehrarbeit), Leistungszulagen, Leistungs- und Erfolgsprämien. ²Der Bemessungssatz bestimmt sich nach

der Entgeltgruppe am 1. September. ³Bei Beschäftigten, deren Arbeitsverhältnis nach dem 30. September begonnen hat, tritt an die Stelle des Bemessungszeitraums der erste volle Kalendermonat des Arbeitsverhältnisses. ⁴In den Fällen, in denen im Kalenderjahr der Geburt des Kindes während des Bemessungszeitraums eine elterngeldunschädliche Teilzeitbeschäftigung ausgeübt wird, bemisst sich die Jahressonderzahlung nach dem Beschäftigungsumfang am Tag vor dem Beginn der Elternzeit.

Protokollerklärungen zu Absatz 2:

1. ¹Bei der Berechnung des durchschnittlich gezahlten monatlichen Entgelts werden die gezahlten Entgelte der drei Monate addiert und durch drei geteilt; dies gilt auch bei einer Änderung des Beschäftigungsumfangs. ²Ist im Bemessungszeitraum nicht für alle Kalendertage Entgelt gezahlt worden, werden die gezahlten Entgelte der drei Monate addiert, durch die Zahl der Kalendertage mit Entgelt geteilt und sodann mit 30,67 multipliziert. ³Zeiträume, für die Krankengeldzuschuss gezahlt worden ist, bleiben hierbei unberücksichtigt. ⁴Besteht während des Bemessungszeitraums an weniger als 30 Kalendertagen Anspruch auf Entgelt, ist der letzte Kalendermonat, in dem für alle Kalendertage Anspruch auf Entgelt bestand, maßgeblich.
2. ¹Abweichend von Absatz 2 Satz 1 beträgt der Bemessungssatz für die Jahressonderzahlung
 - a) im Kalenderjahr 2016
 - in den Entgeltgruppen 1 bis 8
87,89 v. H.
 - in den Entgeltgruppen 9 bis 12
78,13 v. H.
 - in den Entgeltgruppen 13 bis 15
58,59 v. H.
 - b) im Kalenderjahr 2017
 - in den Entgeltgruppen 1 bis 8
82,05 v. H.
 - in den Entgeltgruppen 9 bis 12
72,52 v. H.
 - in den Entgeltgruppen 13 bis 15
53,43 v. H.

²Ab dem Kalenderjahr 2018 beträgt mit dem Wirksamwerden einer allgemeinen Entgeltanpassung der Bemessungssatz

in den Entgeltgruppen 1 bis 8
82,05 v. H. : $[(100 + x) : 100]$,
in den Entgeltgruppen 9 bis 12
72,52 v. H. : $[(100 + x) : 100]$,
in den Entgeltgruppen 13 bis 15
53,43 v. H. : $[(100 + x) : 100]$,

wobei x jeweils dem Vorhundertssatz der allgemeinen Entgeltanpassung im Jahr 2018 entspricht. ³Die nach Satz 2 berechneten Bemessungssätze sind auf zwei Stellen nach dem Komma kaufmännisch zu runden.

- (3) ¹Der Anspruch nach den Absätzen 1 bis 2 vermindert sich um ein Zwölftel für jeden Kalendermonat, in dem Beschäftigte keinen Anspruch auf Entgelt oder Fortzahlung des Entgelts haben. ²Die Verminderung unterbleibt für Kalendermonate,
 1. für die Beschäftigte kein Tabellenentgelt erhalten haben wegen
 - a) Ableistung von Grundwehrdienst oder Zivildienst, wenn sie diesen vor dem 1. Dezember beendet und die Beschäftigung unverzüglich wieder aufgenommen haben,
 - b) Beschäftigungsverboten nach § 3 Abs. 2 und § 6 Abs. 1 MuSchG,
 - c) Inanspruchnahme der Elternzeit nach dem Bundeselterngeld und Elternzeitgesetz bis zum Ende des Kalenderjahres, in dem das Kind geboren ist, wenn am Tag vor Antritt der Elternzeit Entgeltanspruch bestanden hat;
 2. in denen Beschäftigten Krankengeldzuschuss gezahlt wurde oder nur wegen der Höhe des zustehenden Krankengelds ein Krankengeldzuschuss nicht gezahlt worden ist.
- (4) ¹Stand der oder die Beschäftigte nicht im gesamten Kalenderjahr im Arbeitsverhältnis zum Arbeitgeber, werden Zeiten eines Arbeitsverhältnisses zu einem Arbeitgeber im Sinne des § 2 a AVO berücksichtigt, so dass eine Verminderung im Sinne des Absatzes 3 für die entsprechenden Monate unterbleibt. ²Satz 1 gilt

nicht, wenn aus diesem Arbeitsverhältnis ein eigener Anspruch auf Jahressonderzahlung entsteht oder der oder die Beschäftigte auf die Jahressonderzahlung gemäß § 18 Abs. 2 AVO verzichtet hat.

- (5) ¹Die Jahressonderzahlung soll spätestens am 1. Dezember ausgezahlt werden. ²Ein Teilbetrag der Jahressonderzahlung kann zu einem früheren Zeitpunkt ausgezahlt werden.
- (6) ¹Beschäftigte, die bis zum 31. März 2005 Altersteilzeitarbeit vereinbart haben, erhalten die Jahressonderzahlung auch dann, wenn das Arbeitsverhältnis wegen Rentenbezugs vor dem 1. Dezember endet. ²In diesem Fall treten an die Stelle des Bemessungszeitraums gemäß Absatz 2 die letzten drei Kalendermonate vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

II. Ausnahmen vom Geltungsbereich

¹Für Beschäftigte, die spätestens mit Ablauf des 28. April 2016 aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind, gelten die vorstehenden Regelungen nur, wenn sie dies bis 31. Januar 2017 schriftlich beantragen. ²Für Beschäftigte, die spätestens mit Ablauf des 28. April 2016 aufgrund eigenen Verschuldens ausgeschieden sind, gelten die vorstehenden Regelungen nicht.

Inkrafttreten

Die vorstehenden Regelungen treten mit Wirkung vom 1. März 2016 in Kraft.

C) Ordnung zur Überleitung der Beschäftigten in die Entgeltsystematik des TVöD-VkA

- I. Die „Ordnung zur Überleitung der Beschäftigten in die Entgeltsystematik des TVöD-VkA“ (OzÜ; Anlage 24 zur AVO) wird wie folgt geändert:

1. § 8 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird das Datum „29. Februar 2016“ durch das Datum „31. Dezember 2016“ ersetzt.
- b) In Satz 2 wird das Datum „29. Februar 2016“ durch das Datum „31. Dezember 2016“ ersetzt.
- c) Nr. 3 der Protokollerklärung zu Absatz 3 wird gestrichen.

2. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2a Satz 1 wird das Datum „29. Februar 2016“ durch das Datum „31. Dezember 2016“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 Buchst. b Satz 1 und Buchst. c Satz 1 wird jeweils das Datum „29. Februar 2016“ durch das Datum „31. Dezember 2016“ ersetzt.
- c) Die Protokollerklärung zu den Absätzen 2a und 3 wird gestrichen.

3. § 28a wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 8 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

¹Am 1. Januar 2008 aus dem BAT übergeleitete Beschäftigte, denen am 31. Dezember 2012 eine Besitzstandszulage nach § 9 zustand und die

- a) nach der Anlage 22 VR 2 zur AVO in der Entgeltgruppe S 11b eingruppiert sind, erhalten für die Dauer der Zuordnung zur Stufe 6 zusätzlich zu dem Tabellenentgelt der Entgeltgruppe S 11b Stufe 6 eine Zulage

- vom 1. März 2016 bis 31. Januar 2017 in Höhe von 71,68 Euro monatlich,
- ab 1. Februar 2017 in Höhe von 73,36 Euro monatlich;

- b) nach der Anlage 22 VR 2 zur AVO in der Entgeltgruppe S 12 eingruppiert sind, erhalten für die Dauer der Zuordnung zur Stufe 6 zusätzlich zu dem Tabellenentgelt der Entgeltgruppe S 12 Stufe 6 eine Zulage

- vom 1. März 2016 bis 31. Januar 2017 in Höhe von 81,92 Euro monatlich,
- ab 1. Februar 2017 in Höhe von 83,85 Euro monatlich

- bb) In Satz 4 wird die Tabelle wie folgt gefasst:

	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
gültig ab 01.03.2016	2996,79	3225,12	3518,67	3753,86	4047,85	5194,85
gültig ab 01.02.2017	3067,21	3300,91	3601,36	3842,08	4142,97	4293,43

- b) In Absatz 9 Satz 1 wird die Tabelle wie folgt gefasst:

	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5
gültig ab 01.03.2016	3816,04	4233,51	4492,24
gültig ab 01.02.2017	3905,72	4333,00	4597,81

4. Die Tabelle in Nr. 1 Satz 1 der Protokollerklärung zu § 28b Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
gültig ab 01.03.2016	2651,83	2925,84	3062,86	3469,13	3798,41	4068,86
gültig ab 01.02.2017	2714,15	2994,60	3134,84	3550,65	3887,94	4164,48

II. Ausnahmen vom Geltungsbereich

¹Für Beschäftigte, die spätestens mit Ablauf des 28. April 2016 aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind, gelten die vorstehenden Regelungen nur, wenn sie dies bis 31. Januar 2016 schriftlich beantragen. ²Für Beschäftigte, die spätestens mit Ablauf des 28. April 2016 aufgrund eigenen Verschuldens ausgeschieden sind, gelten die vorstehenden Regelungen nicht.

Inkrafttreten

Die vorstehenden Regelungen treten mit Wirkung vom 1. März 2016 in Kraft.

D) Ordnung zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte

- I. Die „Ordnung zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte“ wird wie folgt geändert:

1. Die Protokollerklärung zu § 7 Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Protokollerklärung zu § 7 Absatz 2 Satz 2:

Das Wertguthaben erhöht sich am 1. März 2016 um 2,4 v.H. und am 1. Februar 2017 um weitere 2,35 v. H.“

2. In § 15 Abs. 2 wird das Datum „31. Dezember 2016“ durch das Datum „31. Dezember 2018“ und das Datum „1. Januar 2017“ durch das Datum „1. Januar 2019“ ersetzt.

II. Inkrafttreten

Die vorstehenden Regelungen treten mit Wirkung vom 1. März 2016 in Kraft.

Limburg, 2. November 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 565AH/40931/16/04/6 Bischof von Limburg

Nr. 596 Beschluss der KODA vom 29. September 2016: Anlage 34 zur AVO – Neufassung der Küstervergütung

§ 10 Abs. 12 AVO erhält folgende Fassung:

Die regelmäßigen Arbeitszeiten der Küsterinnen oder Küster zur Ermittlung des Beschäftigungsumfangs richten sich nach der Anlage 34 zur AVO.

Die neue Anlage 34 zur AVO erhält folgende Fassung:

Ordnung zur Ermittlung des Beschäftigungsumfangs von Küsterinnen und Küstern

1. Zur Ermittlung des im Arbeitsvertrag festzulegenden Beschäftigungsumfangs wird von den in Nr. 4 dieser Anlage aufgeführten regelmäßigen Arbeitszeiten ausgegangen. Diese schließen Vor- und Nacharbeiten, die im Zusammenhang mit dem konkreten Dienst stehen, ein und berücksichtigen gelegentliche zeitliche Abweichungen. Sollten die tatsächlich erforderlichen Arbeitszeiten regelmäßig und wesentlich von den in Nr. 3 angegebenen Zeiten abweichen, ist der tatsächliche Arbeitsaufwand zu Grunde zu legen. Ein Dienst wird mit 60 Minuten gewertet. Die Regelungen der §§ 10b und 10c AVO bleiben unberührt.
2. Die Ermittlung des Beschäftigungsumfangs erfolgt durch Addition der innerhalb eines Kalenderjahres zu leistenden Dienste (Gesamtzahl) und Umrechnung auf den Beschäftigungsumfang wie folgt: die ermittelte Gesamtzahl wird durch 260 dividiert und das Ergebnis ins Verhältnis zur durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit eines Vollbeschäftigten (§ 10 Abs. 1 AVO, derzeit 39 Stunden bei 5 Tagen in der Woche) gesetzt.

Beispielrechnung: Gesamtzahl 1.014 Dienste, dividiert durch 260 ergibt 3,9. Die tägliche durch-

schnittliche Arbeitszeit beträgt derzeit 7,8. Das Verhältnis von 3,9 : 7,8 ergibt 0,5. Der Beschäftigungsumfang beträgt 50 %.

3. Die tatsächlichen Kalendertage, an denen der Küster oder die Küsterin zu arbeiten hat und die geplanten Arbeitszeiten der Küsterin/des Küsters sind eigens festzulegen und gesondert zu erfassen. Entstandene Mehrarbeitszeiten sind innerhalb von 12 Monaten nach deren Entstehen in Freizeit auszugleichen.

4. Zeitfaktoren je liturgischem Dienst

Für die Tätigkeiten im unmittelbaren Zusammenhang mit den aufgeführten Gottesdiensten sind bei der Berechnung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit die folgend aufgeführten Zeitfaktoren zugrunde zu legen; der angegebene Faktor ist je regelmäßig stattfindendem liturgischem Dienst mit einer Zeitstunde zu multiplizieren.

Bei der Berechnung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit zugrunde zu legende Dienstzeiten je zu leistendem Dienst:

1. Anzurechnende Dienststeinheiten

1.1 Regelmäßig stattfindende Sonntagsgottesdienste	
1.1.1. Eucharistiefeier	2
1.1.2. zeitlich unmittelbar nachfolgende Eucharistiefeier am gleichen Dienort	1,5
1.1.3. Wort-Gottes-Feier	1,5
1.1.4. Andacht	1
1.2. Regelmäßig stattfindende Werktagsgottesdienste	
1.2.1. Eucharistiefeier	1
1.2.2. Andacht	0,75
1.2.3. Rosenkranz	0,5
1.3. Regelmäßig stattfindende Fest- und Feiertagsgottesdienste	
1.3.1. Kindergottesdienst (z. B. Krippenfeier) am Heiligen Abend (24.12.)	2
1.3.2. Christmette (24.12.)	3
1.3.3. 1. Weihnachtsfeiertag	3
1.3.4. 2. Weihnachtsfeiertag	2
1.3.5. Silvester	2
1.3.6. Hochfest d. Gottesmutter Maria (Neujahr)	2
1.3.7. Fest der Erscheinung des Herrn (6.1.)	2
1.3.8. Darstellung des Herrn (2.2.)	1,5

1.3.9. Spendung des Blasiussegens unmittelbar nach einer Eucharistiefeier	0,5
1.3.10. Aschermittwoch	2
1.3.11. Palmsonntag	2,5
1.3.12. Gründonnerstag	2,5
1.3.13. Karfreitag	3
1.3.14. Osternachtsfeier	6
1.3.15. Ostersonntag	2,5
1.3.16. Ostermontag	2
1.3.17. Erstkommunionfeier	3
1.3.18. Bittgang/Flurprozession	1,5
1.3.19. Christi Himmelfahrt	2
1.3.20. Pfingstmontag	2
1.3.21. Fronleichnam mit Prozession	5
1.3.22. Mariä Aufnahme in den Himmel (15.8.)	2
1.3.23. Allerheiligen (1.11.)	2
1.3.24. Friedhofsgang zu Allerheiligen/Allerseelen	2
1.3.25. Patrozinium	2
1.3.26. Kirchweihfest	2
1.4. Regelmäßig stattfindende Sondergottesdienste	
1.4.1. Kreuzwegandacht	0,75
1.4.2. Maiandacht/Rosenkranzandacht	0,75
1.4.3. Schulgottesdienst	1,5
1.4.4. Hochzeit mit Eucharistiefeier	2
1.4.5. Hochzeit ohne Eucharistiefeier	1,75
1.4.6. Tauffeier	1
1.4.7. Requiem	1,5
1.4.8. Beerdigung	1
1.4.9. Ewige Anbetung	Individuell nach örtl. Gegebenheit

2. Außerliturgischer Dienst

2.1. Regelmäßige Arbeiten	
Sollten die tatsächlich erforderlichen Arbeitszeiten regelmäßig und wesentlich von den hier vorgegebenen Zeiten abweichen, ist der tatsächliche Arbeitsaufwand zu Grunde zu legen.	
	wöchentl. Mindestdienststeinheit
2.1.1. Aufbewahren und Pflege des Inventars, der Kirche und Sakristei, Sicherung der Kostbarkeiten	1

2.1.2. Sorge für das Ewige Licht, Weihwasser, Schmuck des Altars und der Kirche	1
2.1.3. Betreuung des Schriftenstandes, der Schaukästen und der Opferkerzenständer	0,5
2.1.4. Öffnen und Schließen der Kirche und der Nebenräume	0,5
2.1.5. Beobachten des baulichen Zustandes der Kirche, Bedienen und Warten technischer Anlagen	0,5
2.1.6. Dienstgänge soweit sie zur Erledigung der Aufgaben notwendig sind	0,5
2.1.7. Sorge für Ordnung und Sauberkeit in der Kirche (Beaufsichtigen des Reinigungspersonals)	0,5

3. Reinigungsdienste

Der Umfang der Tätigkeit ist im Einzelfall zu ermitteln und in Stunden auszuweisen.	
3.1. Reinigen der Kirche	
3.2. Reinigen, Räumen und Streuen der zur Kirche gehörenden Wege und Straßen sowie der Zugänge zur Kirche gemäß den ortspolizeilichen Vorschriften und Pflege der Außenanlagen.	

4. Sonstige Arbeiten

z.B. Arbeiten im Pfarrbüro (Abrechnen der Kollekte)	
Der Umfang der Tätigkeit ist im Einzelfall zu ermitteln und in Stunden auszuweisen.	

Die Vergütungsrichtlinie wird wie folgt geändert:

Vergütungsrichtlinie VR 9: Küster/innen

Fallgruppe 1:

Küster mit Küsterprüfung bzw. gleichwertiger Fähigkeiten und Erfahrungen BAT VII
nach 3jähriger Bewährung in BAT VII BAT VIb

Küster/Hausmeister mit Küsterprüfung bzw. gleichwertiger Fähigkeiten und Erfahrungen, die überwiegend als Küster eingesetzt sind. BAT VII
nach 3jähriger Bewährung in BAT VII BAT VIb

Fallgruppe 2:

Küster bzw. Küster/Hausmeister mit Küsterprüfung, deren Tätigkeit sich dadurch aus der Fallgruppe 1 heraushebt, dass sie besondere liturgische Aufgaben wahrnehmen BAT VIb
nach 3jähriger Bewährung in BAT VIb BAT Vc

Besondere liturgische Aufgaben sind insbesondere:

- Dienste im Zusammenhang mit regelmäßigen Pontifikalgottesdiensten
- Dienste im Zusammenhang mit hochwertigen, sakralen und historischen Kunstgegenständen an bistumsweit herausgehobenen Kirchen
- Abhalten von Führungen

Küsterprüfung

1. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die oder den Küster/-in unverzüglich nach Dienstbeginn auf Angebote zur Erlangung der Küsterprüfung aufmerksam zu machen. Auf Antrag werden Küster/-innen zu Lehrgängen zur Erlangung der Küsterprüfung abgeordnet.
2. Die Küsterprüfung soll – sofern nicht schon vorhanden – unverzüglich nach Dienstbeginn abgelegt werden. Macht der Arbeitgeber kein Angebot oder ordnet er trotz Antrag nicht innerhalb von drei Monaten nach Antragstellung ab, so gilt die Küsterprüfung als abgelegt.
3. Mit erfolgreichem Ablegen der Küsterprüfung ist der Küster ab dem darauffolgenden Kalendermonat min. in Fallgruppe 1 eingruppiert.

Sind Küster auch als Hausmeister tätig, werden die Tätigkeiten nach Nummer 3, Reinigungsdienste, Abschnitt 3.2 (Anlage 34), in Bezug auf die Eingruppierung zum Beschäftigungsumfang Hausmeister hinzugezählt.

Inkrafttreten: 1. Januar 2017

Übergangsregelung Küsterprüfung:

1. Bei Beschäftigten, die vor dem 30.09.2016 bereits min. ein Jahr als Küster/-in tätig waren, gilt die Prüfung als abgelegt. Küster/-innen, die zwischen dem 01.10.2015 und dem 30.09.2016 begonnen haben, sollen die Prüfung ablegen; im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten dieser Richtlinie werden sie wegen des Fehlens der Prüfung nicht herabgruppiert.

Limburg, 9. November 2016
Az.: 565AH/40931/16/04/6

+ Dr. Georg Bätzing
Bischof von Limburg

Nr. 597 Haushaltsordnung des Bistums Limburg (HOBL)

I. Abschnitt – Allgemeine Bestimmungen

§ 1 – Geltungsbereich

- (1) Diese Haushaltsordnung gilt für die Körperschaften Bistum Limburg und Bischöflicher Stuhl zu Limburg.
- (2) Der Generalvikar kann im Benehmen mit dem Finanzdezernenten die Geltung dieser Haushaltsordnung ganz oder teilweise für weitere unter der Aufsicht des Bistums Limburg stehende kirchliche Körperschaften anordnen.
- (3) Andere als in Absatz 1 genannte diözesane kirchliche Körperschaften können nach eigener entsprechender Beschlussfassung ihr Planungs- und Rechnungswesen sowie ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen dieser Haushaltsordnung ausrichten.

§ 2 – Rechnungsjahr

Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 3 – Zuständigkeit des Finanzdezernenten

Die in dieser Haushaltsordnung festgelegten Zuständigkeiten des Finanzdezernenten kommen ihm auch für den Fall zu, dass er nicht zum Diözesanökonom bestellt ist.

§ 4 – Informationspflichten

- (1) Der Finanzdezernent berichtet unbeschadet etwaig bestehender besonderer Regelungen dem Diözesanbischof, dem Generalvikar, der Finanzkammer und dem Diözesankirchensteuerrat regelmäßig schriftlich über wirtschaftliche Entwicklungen, die das Vermögen der Diözese insgesamt und die Entwicklung der Kirchensteuereinnahmen betreffen. Sofern der Finanzdezernent nicht selbst zum Diözesanökonom bestellt ist, berichtet er auch an den Diözesanökonom.
- (2) Im Falle wesentlicher Ereignisse mit finanzieller Bedeutung oder bei wesentlichen Abweichungen von dem festgestellten Haushaltsplan, welche die Finanzlage der betreffenden Körperschaft beeinträchtigen, unterrichtet der Finanzdezernent unverzüglich die Adressaten gemäß Absatz 1.

II. Abschnitt – Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes

§ 5 – Zusammensetzung und Inhalt des Haushaltsplanes

- (1) Für jedes Rechnungsjahr ist vor dessen Beginn ein Haushaltsplan aufzustellen.
- (2) Der Haushaltsplan dient der Feststellung und Deckung des Finanzbedarfs, der zur Erfüllung der Aufgaben und Verpflichtungen in dem Rechnungsjahr voraussichtlich notwendig ist.
- (3) Der Haushaltsplan gliedert sich in den Ergebnisplan, den Investitionsplan und den Finanzplan.
- (4) Dem Ergebnisplan ist als Anlage und Bestandteil eine Übersicht über die Planstellen der Geistlichen und Beamten sowie über die Stellen der sonstigen Beschäftigten (Stellenplan) beizufügen. Es gilt der Grundsatz der Gesamtveranschlagung aller Stellen im Ergebnisplan, unabhängig von der tatsächlichen Besetzung.
- (5) Der Ergebnisplan beinhaltet alle für das Rechnungsjahr erwarteten Erträge und Aufwendungen.
- (6) Der Investitionsplan beinhaltet alle für das Rechnungsjahr erwarteten Investitionen in das Anlagevermögen.
- (7) Der Finanzplan dient der Zusammenfassung der zahlungswirksamen Positionen des Ergebnisplanes und des Investitionsplanes sowie der Feststellung der daraus resultierenden voraussichtlichen Veränderung des Finanzmittelbestands.
- (8) Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen zur Leistung von Aufwendungen, Ausgaben und Auszahlungen in künftigen Jahren (Verpflichtungsermächtigungen) sind in einer Anlage zum Haushaltsplan, die dessen verbindlicher Bestandteil ist, zu dokumentieren.

§ 6 – Wirkungen des Haushaltsplanes

- (1) Der Haushaltsplan ermächtigt die Verwaltung, Aufwendungen zu verursachen, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen, sofern dies sachlich notwendig und rechtlich zulässig ist.
- (2) Durch den Haushaltsplan werden Ansprüche oder Verpflichtungen weder begründet noch aufgehoben.

§ 7 – Vorläufige Haushaltsführung

Ist zu Beginn des Rechnungsjahres abweichend von § 5 Abs. 1 kein Haushaltsplan aufgestellt, ist die Verwaltung ermächtigt, Aufwendungen, Ausgaben und Auszahlungen zu leisten bzw. Verpflichtungen einzugehen, die

- a. für die Wahrnehmung notwendiger Aufgaben unabweisbar sind,
- b. rechtlich begründete Verpflichtungen erfüllen,
- c. zur Fortsetzung von Bauten, Beschaffungen und sonstigen Leistungen oder zur Gewährung von Zuschüssen für diese Zwecke unabweisbar sind, sofern diese auf der Grundlage der Haushaltswirtschaft der Vorjahre begonnen wurden.

§ 8 – Allgemeine Grundsätze bei der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes

- (1) Die Haushaltswirtschaft ist so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben und ihre ständige Zahlungsbereitschaft gesichert sind.
- (2) Im Rahmen der Haushaltswirtschaft sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.
- (3) Die geplanten Erträge und Einnahmen sind rechtzeitig und vollständig zu erheben; für deren Realisierung ist Sorge zu tragen. Aufwendungen und Ausgaben dürfen nur soweit und nicht eher geleistet werden, als sie zur wirtschaftlichen, effizienten und sparsamen Verwaltung erforderlich sind.
- (4) Der Haushaltsplan soll in Aufstellung und Ausführung mindestens ausgeglichen sein. Der Ergebnishaushalt gilt als ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge mindestens so hoch wie der Gesamtbetrag der Aufwendungen des Rechnungsjahres ist; ein geplantes Defizit muss durch dafür verwendbare Rücklagen gedeckt sein. Investitionen können nur dann durchgeführt werden, wenn die Finanzierung vollständig gesichert ist; dies gilt auch, wenn sich die Durchführung über mehrere Jahre erstreckt.
- (5) Bei der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes dürfen nur die Aufwendungen, Ausgaben und Auszahlungen und nur die Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen zur Leistung von Aufwendungen, Ausgaben und Auszahlungen in künftigen Jahren (Verpflichtungsermächtigungen) berücksichtigt werden, die zur Erfüllung der Aufgaben und Verpflichtungen der Körperschaft notwendig sind. Aus- und Einzahlungen dürfen nur aufgrund schriftlicher Anordnung des Finanzdezernenten oder der von ihm Ermächtigten geleistet oder angenommen werden.
- (6) Bei der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes sind die Rechte Dritter umfassend zu wahren. Dies umfasst insbesondere die Rechte und Zuständigkeiten der Organe und sonstigen Gremien gemäß dem Gesetz über die diözesane Vermögensverwaltung im Bistum Limburg sowie der Anlagegrundsätze des Bistums Limburg und der dazu ergangenen Nebenvorschriften in der jeweils geltenden Fassung. Darüber hinaus sind die Vorgaben des allgemeinen und partikularen einschließlich des diözesanen kirchlichen Rechts sowie des weltlichen Rechts umfassend zu beachten.
- (7) In Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes sind Erträge und Aufwendungen, Einnahmen und Ausgaben sowie Einzahlungen und Auszahlungen grundsätzlich in voller Höhe getrennt voneinander auszuweisen.
- (8) Zweckgebundene Erträge, Einnahmen und Einzahlungen sowie dazugehörige Aufwendungen, Ausgaben und Auszahlungen sind kenntlich zu machen.
- (9) Alle Erträge, Einnahmen und Einzahlungen dienen unbeschadet der Regelung des Absatzes 8 als Deckungsmittel für alle Aufwendungen, Ausgaben und Auszahlungen.
- (10) Gegenseitig deckungsfähig sind Aufwendungen für Besoldungen, Vergütungen, soziale Abgaben und weitere damit in unmittelbarem Zusammenhang stehende Aufwendungen. Darüber hinaus können Aufwendungen und Ausgaben für gegenseitig deckungsfähig erklärt werden, sofern ein sachlicher Zusammenhang besteht. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit ist im Haushaltsplan auszuweisen.
- (11) Nicht in Anspruch genommene Haushaltsmittel können im Rahmen der Regelungen zur Bildung von Rücklagen durch den Finanzdezernenten für übertragbar erklärt werden.

§ 9 – Erstellung und Beratung des Entwurfs des Haushaltsplanes

- (1) Der Finanzdezernent fordert die fachlich Zuständigen zur Abgabe der Bedarfsanmeldungen für

das kommende Rechnungsjahr zu einem von ihm bestimmten Zeitpunkt auf und legt die weiteren allgemeinen Grundsätze der Haushaltsplanung fest.

- (2) Unter Würdigung der Bedarfsanmeldungen stellt der Finanzdezernent den Entwurf des Haushaltsplanes auf. Dazu führt er insbesondere Gespräche mit dem Leiter der Zentralstelle und den Dezernenten zur Erörterung der eingereichten Bedarfsanmeldungen. Soweit die Bedarfsanmeldungen nach einheitlicher Maßgabe durch den Finanzdezernenten zu einer wesentlichen Ausweitung (Zusatzantrag) führen, wird die Einbringung in den weiteren Beratungsgang vereinbart. Sofern ein Dissens zwischen dem Finanzdezernenten und dem fachlich Zuständigen besteht, werden beide Positionen in der kurialen Beratung dargelegt. Die durch den Diözesansynodalrat auf der Grundlage des § 77 Abs. 2 Buchst. b) der Synodalordnung für das Bistum Limburg festgelegten pastoralen Grundsätze sind bei der Erstellung des Entwurfs des Haushaltsplanes zu berücksichtigen.
- (3) Die Dezernentenkonferenz berät die inhaltlichen Schwerpunkte des Entwurfs des Haushaltsplanes und gibt ein Votum zu den durch die fachlich Zuständigen eingereichten Bedarfsanmeldungen ab, sofern diese zu einer wesentlichen Ausweitung führen (Zusatzanträge). Es ist ferner Aufgabe der Dezernentenkonferenz, Empfehlungen zur Veränderung von Schwerpunktsetzungen des Haushaltsplanes abzugeben.
- (4) Dem Finanzdezernenten obliegt die abschließende Aufstellung des Entwurfs des Haushaltsplanes, den er gemäß § 10 in das abschließende Feststellungsverfahren einbringt. Er ist insbesondere berechtigt, die Bedarfsanmeldungen der fachlich Zuständigen abzuändern, wenn er die finanziellen Auswirkungen unter Würdigung der kurialen Beratungen für nicht vertretbar hält. Der fachlich Zuständige, dessen Bedarfsanmeldung durch den Finanzdezernenten geändert wurde, kann verlangen, dass seine ursprüngliche Bedarfsanmeldung dem Diözesankirchensteuerrat bekannt gegeben wird.
- (5) Die Finanzkammer des Bischöflichen Ordinariates berät den durch den Finanzdezernenten aufgestellten Entwurf des Haushaltsplanes und gibt eine Beschlussempfehlung zur Feststellung an den Diözesankirchensteuerrat.

§ 10 – Feststellung des Haushaltsplanes

- (1) Der gemäß § 9 aufgestellte Entwurf des Haushaltsplanes wird dem Diözesankirchensteuerrat durch den Finanzdezernenten vorgelegt. Vor dem Feststellungsbeschluss informiert der Finanzdezernent den Diözesankirchensteuerrat über die Empfehlung der Finanzkammer und gegebenenfalls vorliegende abweichende Voten fachlich Zuständiger gemäß § 9 Abs. 4.
- (2) Dem Diözesankirchensteuerrat obliegt die Feststellung des Haushaltsplanes. Der Feststellungsbeschluss ist Bestandteil des Haushaltsplanes. Der Feststellungsbeschluss und eine Übersicht des Haushaltsplanes sind im Amtsblatt des Bistums Limburg zu veröffentlichen.

§ 11 – Kredite

- (1) Kredite dürfen nur aufgenommen werden, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder aus wirtschaftlichen Gründen unzweckmäßig erscheint.
- (2) Im Haushaltsbeschluss wird bestimmt, bis zu welcher Höhe Kredite aufgenommen werden können.

§ 12 – Haushaltsrechtliche Vermerke

- (1) Aufwendungen, Ausgaben, Auszahlungen, Planstellen und Stellen sind als künftig wegfallend (kw-Vermerk) zu bezeichnen, soweit sie in folgenden Rechnungsjahren voraussichtlich nicht mehr veranschlagt werden. Der kw-Vermerk soll in der Regel kalendermäßig bestimmt werden. Über Änderung und Aufhebung eines kw-Vermerks entscheidet der Diözesankirchensteuerrat.
- (2) Planstellen und Stellen sind als künftig umzuwandeln (ku-Vermerk) zu bezeichnen, soweit sie in folgenden Rechnungsjahren voraussichtlich in Planstellen einer niedrigeren Besoldungsgruppe oder Stellen einer niedrigeren Entgeltgruppe umgewandelt werden können. Der ku-Vermerk soll in der Regel kalender- oder anlassmäßig bestimmt werden. Über Änderung und Aufhebung eines ku-Vermerks entscheidet der Diözesankirchensteuerrat.
- (3) Aufwendungen, Ausgaben, Auszahlungen, Planstellen, Stellen und Verpflichtungsermächtigungen, die aus besonderen Gründen oder erst nach Vorliegen besonderer Voraussetzungen geleistet, eingegangen, besetzt oder zu deren Lasten noch

keine Verpflichtungen eingegangen werden sollen, sind im Haushaltsplan als gesperrt (B-Vermerk) zu bezeichnen. Falls im Sperrvermerk nichts anderes bestimmt ist, wird er durch den Finanzdezernenten bei Vorliegen der Voraussetzungen aufgehoben. Die Aufhebung eines B-Vermerks kann nur schriftlich erfolgen.

§ 13 – Überschreitungen des Haushaltsplanes

- (1) Aufwendungen, Ausgaben oder Auszahlungen, die nicht im Haushaltsplan berücksichtigt sind oder die im Haushaltsplan festgesetzten Beträge überschreiten (über- bzw. außerplanmäßige Vorgänge), bedürfen der vorherigen Zustimmung des Finanzdezernenten. Die Zustimmung soll grundsätzlich nur im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden.
- (2) Über- bzw. außerplanmäßige Vorgänge gemäß Absatz 1 sollen durch Mehrerträge, Mehreinnahmen, Minderaufwendungen, Minderausgaben oder durch zweckgebundene Rücklagen gedeckt sein.
- (3) Jede Planstelle oder Stelle darf maximal mit dem im Stellenplan festgelegten Beschäftigungsumfang besetzt werden; dies gilt auch, wenn eine Stelle mit mehreren Personen besetzt ist. Ebenso darf die Vergütung die Bewertung der Stelle unbeschadet weiterer zu beachtender Rechtsnormen nicht überschreiten. Ausnahmen kann der Finanzdezernent für einen vorübergehenden Zeitraum durch schriftliche Genehmigung zulassen.

§ 14 – Umsetzung von Mitteln, Planstellen und Stellen

- (1) Der Finanzdezernent kann Mittel, Planstellen und Stellen umsetzen, wenn Aufgaben von einem Bereich zum anderen übergehen.
- (2) Eine Planstelle oder Stelle darf mit vorheriger Zustimmung des Finanzdezernenten in einen anderen Bereich umgesetzt werden, wenn dort ein unvorhergesehener und unabweisbarer vordringlicher Personalbedarf besteht. Über den weiteren Verbleib der Planstelle oder Stelle ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 15 – Baumaßnahmen

Im Haushaltsplan für Baumaßnahmen bereitgestellte Mittel dürfen nur in Anspruch genommen bzw. darauf

Verpflichtungen eingegangen werden, wenn die Planungs- bzw. Baufreigabe erteilt ist.

§ 16 – Zuschüsse und Zuweisungen

- (1) Bei Zuschüssen und Zuweisungen an rechtlich selbständige Körperschaften bestimmt der Finanzdezernent, ob und wie die zweckentsprechende Verwendung der bereitgestellten Mittel nachzuweisen ist und regelt, ob und in welcher Weise ein Prüfungsrecht ausgeübt wird.
- (2) Zuschüsse und Zuweisungen sollen grundsätzlich nur auf der Grundlage schriftlicher Bescheide gewährt werden.
- (3) Die Regelungen der Absätze 1 und 2 gelten unabhängig von der Rechtsform des Empfängers und der Art der Zuschüsse bzw. Zuweisungen.

§ 17 – Haushaltssperre

- (1) Wenn die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage es erfordert, kann der Finanzdezernent eine haushaltswirtschaftliche Sperre verfügen. Insbesondere kann er es von seiner Zustimmung abhängig machen, ob Verpflichtungen eingegangen oder Aufwendungen, Ausgaben und Auszahlungen geleistet werden. Auf § 4 Absatz 2 wird ausdrücklich hingewiesen.
- (2) Die betroffenen fachlich Zuständigen sind hierüber durch den Finanzdezernenten zu informieren; sofern die Umstände dies zulassen, soll die Information im Vorfeld erfolgen.

§ 18 – Mittelfristige Finanzplanung

- (1) Der Finanzdezernent stellt jährlich eine mittelfristige Finanzplanung für einen Zeitraum von in der Regel fünf Jahre auf. Er kann hierzu von den fachlich Zuständigen die erforderlichen Informationen und Unterlagen anfordern und diese im Benehmen mit den fachlich Zuständigen abändern.
- (2) Der Finanzdezernent hat den Diözesankirchensteuerrat, die Dezernentenkonferenz und die Finanzkammer über die mittelfristige Finanzplanung zu informieren.

III. Abschnitt – Rücklagen und sonstige Risikovorsorge

§ 19 – Pflichtrücklagen

- (1) Es ist eine Betriebsmittelrücklage zu bilden; sie ist dazu bestimmt, die rechtzeitige Leistung von Aufwendungen im Rahmen des Haushaltsplanes möglichst ohne Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten zu sichern und soll bis zu 10 Prozent der ordentlichen Gesamterträge des zuletzt festgestellten Ergebnishaushalts betragen. Der Betriebsmittelrücklage sollen flüssige Mittel gegenüberstehen.
- (2) Ferner ist eine Ausgleichsrücklage als allgemeiner Vorsorgeposten für den Fall nicht vorhersehbarer Ertrags- oder Einnahmeausfälle bzw. Aufwands- oder Ausgabensteigerungen zu bilden; sie soll mindestens 30 Prozent der in der mittelfristigen Finanzplanung gemäß § 18 angesetzten ordentlichen Gesamterträge des Ergebnishaushalts betragen. Die Ausgleichsrücklage dient der vorübergehenden Finanzierung eines nicht durch laufende ordentliche Erträge, Einnahmen oder Einzahlungen gedeckten Finanzbedarfs; ihr sollen flüssige Mittel oder andere kurzfristig liquidierbare Vermögensgegenstände gegenüberstehen.

§ 20 – Zweckgebundene Rücklagen

- (1) Bei Bedarf sind angemessene Rücklagen für Investitionen und Instandhaltungen, insbesondere in Bezug auf Grundstücke und Gebäude, zu bilden.
- (2) Es können, insbesondere im Zusammenhang mit der Finanzierung baulicher Maßnahmen, Rücklagen für Zuschüsse an Dritte gebildet werden.
- (3) Darüber hinaus können mit Zustimmung des Finanzdezernenten weitere Rücklagen gebildet werden, die hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung und des Zeitrahmens der Verwendung grundsätzlich näher bestimmt sein sollen. Hierunter fallen auch die Mittel gemäß § 8 Absatz 11, zu denen der Finanzdezernent besondere Richtlinien erlassen kann.

§ 21 – Pensions- und Beihilfeverpflichtungen

Für gegenwärtige und zukünftige Pensions- und Beihilfeverpflichtungen ist angemessene Vorsorge zu treffen. Die Bewertung der zu treffenden Vorsorge soll auf der Grundlage jährlich einzuholender versicherungsmathematischer Gutachten erfolgen. Wesentliches Ziel der

Vorsorge ist die vollständige Finanzierung der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen aus den Erträgen des Vorsorgekapitals.

§ 22 – Sonstige Vorsorgeposten

- (1) Für direkt oder indirekt mit dem Kirchenlohnsteuer-Clearing in Verbindung stehende finanzielle Risiken ist angemessene Vorsorge zu treffen.
- (2) Zur Sicherung bzw. Unterstützung der langfristigen Wahrnehmung von Aufgaben und Verpflichtungen können unbeschadet der Rechte Dritter Vorsorgekapitalien in Form von Sondervermögen und Stiftungen errichtet und geführt werden.
- (3) Im Übrigen sind die handelsrechtlichen Bestimmungen zur Risikovorsorge anzuwenden.

IV. Abschnitt – Rechnungslegung und Jahresabschluss

§ 23 – Anwendbarkeit der handelsrechtlichen Vorschriften zur Rechnungslegung

- (1) Die Rechnungslegung hat nach den üblichen handelsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere des ersten und zweiten Abschnitts des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs in der jeweils geltenden Fassung, zu erfolgen.
- (2) Im Hinblick auf die Besonderheiten einer kirchlichen Körperschaft kann in begründeten Fällen auf Anweisung des Finanzdezernenten von den üblichen handelsrechtlichen Bestimmungen abgewichen werden. Die erstmalige Ausübung einer solchen Abweichung bedarf der Zustimmung des Diözesankirchensteuerrates; die Finanzkammer soll dazu eine Empfehlung aussprechen.

§ 24 – Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung

- (1) Die allgemein anerkannten Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung gelten uneingeschränkt; von ihnen darf nicht abgewichen werden.
- (2) Alle Buchungen sind ordnungsgemäß zu belegen.

§ 25 – Nachweis des Vermögens und der Schulden

- (1) Der Nachweis des Vermögens und der Schulden erfolgt im Rahmen einer Bilanz, die zum Ende des Rechnungsjahres aufzustellen ist. Daneben sind

insbesondere in Form von Anlagen-, Rücklagen- und Rückstellungsspiegel ergänzende Nachweise zu führen.

- (2) Für das Finanzanlagevermögen sind zudem die für diesen Bereich erlassenen speziellen Regelungen bindend.

§ 26 – Pflicht zur Aufstellung des Jahresabschlusses

- (1) Der Finanzdezernent ist verpflichtet, spätestens sechs Monate nach Ende des Rechnungsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen, der das Vermögen und die Schulden der Körperschaft einschließlich aller unselbständiger Sondervermögen umfasst.
- (2) Nach Abschluss der Bücher dürfen keine Geschäftsvorfälle mehr für das abgelaufene Rechnungsjahr gebucht werden.

§ 27 – Gliederung des Jahresabschlusses

- (1) Der Jahresabschluss besteht aus Bilanz, Ergebnisrechnung und Anhang.
- (2) Die Gliederung des Jahresabschlusses soll sich an den üblichen handelsrechtlichen Vorschriften orientieren. Die Ergebnisrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufzustellen.

§ 28 – Prüfung des Jahresabschlusses

- (1) Der Jahresabschluss soll grundsätzlich einer den handelsrechtlichen Maßstäben entsprechenden externen Prüfung unterzogen werden.
- (2) Der Diözesankirchensteuerrat beschließt über Art und Umfang der Prüfung des Jahresabschlusses und wählt den Abschlussprüfer. Die Finanzkammer des Bischöflichen Ordinariates unterbreitet dem Diözesankirchensteuerrat hierzu Vorschläge.
- (3) Der geprüfte Jahresabschluss ist durch den Finanzdezernenten zu unterzeichnen.

§ 29 – Beratung und Feststellung des Jahresabschlusses sowie Entlastung

- (1) Der Jahresabschluss und der Bericht des Abschlussprüfers sind dem Diözesankirchensteuerrat und der Finanzkammer des Bischöflichen Ordinariates zeitnah nach Vorlage des Prüfungsberichts vorzulegen.

- (2) Die Finanzkammer des Bischöflichen Ordinariates berät den Jahresabschluss und unterbreitet dem Diözesankirchensteuerrat eine Empfehlung zur Ergebnisverwendung, Feststellung und Entlastung.

- (3) Der Diözesankirchensteuerrat berät den Jahresabschluss und stellt ihn fest; ferner kommt dem Diözesankirchensteuerrat die Beschlussfassung zur Ergebnisverwendung zu.

- (4) Nach erfolgter Feststellung des Jahresabschlusses entscheidet der Diözesankirchensteuerrat über die Entlastung des Finanzdezernenten und Diözesanökonomern.

V. Abschnitt – Sonstige Regelungen

§ 30 – Übernahme von Bürgschaften

Die Übernahme von Bürgschaften bedarf unbeschadet der Zuständigkeiten des Diözesanvermögensverwaltungsrates und des Konsultorenkollegiums im Einzelfall einer Zustimmung der Finanzkammer des Bischöflichen Ordinariates und kommt nur in begründeten Ausnahmefällen in Betracht.

§ 31 – Zustimmungsvorbehalt bei sonstigen Maßnahmen von finanzieller Bedeutung

- (1) Arbeitsverträge und Beamtenernennungen bedürfen der haushaltsrechtlichen Genehmigung des Finanzdezernenten.
- (2) Sonstige Rechtsgeschäfte mit erheblichen finanziellen Auswirkungen, für deren Wirksamkeit unbeschadet etwaiger Rechte des Diözesanvermögensverwaltungsrates und des Konsultorenkollegiums die Zustimmung des Finanzdezernenten erforderlich ist, werden durch eine Richtlinie gemäß § 32 bestimmt.

§ 32 – Erlass von Richtlinien zum Haushaltswesen und zur Rechnungslegung für pfarrliche und nichtpfarrliche Einrichtungen

- (1) Hinsichtlich des Haushaltswesens und der Rechnungslegung der der Aufsicht des Bistums unterstehenden pfarrlichen und nichtpfarrlichen Einrichtungen sind grundsätzlich die vorstehenden Bestimmungen bindend, wobei diese sinngemäß und unbeschadet der geltenden weiteren Rechtsnormen anzuwenden sind.

- (2) Die dazu erforderlichen Richtlinien werden durch den Finanzdezernenten erlassen.

VI. Abschnitt – Schlussbestimmungen

§ 33 – Inkrafttreten

- (1) Diese Haushaltsordnung tritt mit Wirkung zum 1. Januar 2017 in Kraft und ersetzt die Haushaltsordnung i. d. F. vom 14. September 2006 (Amtsblatt des Bistums Limburg 10/2006, Nr. 355). Sie ist für die das Jahr 2016 betreffende Rechnungslegung anzuwenden.
- (2) Die auf der Grundlage der bisherigen Haushaltsordnung erlassenen Nebenvorschriften bleiben in Kraft, bis diese im Rahmen der Zuständigkeiten dieser Haushaltsordnung geändert, neu gefasst oder außer Kraft gesetzt werden.

Limburg, 9. November 2016 + Dr. Georg Bätzing
Az.: 603F/46807/16/03/3 Bischof von Limburg

Bischöfliches Ordinariat

Nr. 598 Hinweise zur Aktion Dreikönigssingen 2017

„Segen bringen – Segen sein. Gemeinsam für Gottes Schöpfung in Kenia und weltweit!“ lautet das Motto der Aktion Dreikönigssingen 2017. Am Beispiel der Turkana, einer extrem trockenen Region im Norden Kenias, lenken die Träger der Aktion – das Kindermissionswerk „Die Sternsinger“ und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) – den Blick auf die Ursachen und Folgen des Klimawandels.

Alle Pfarreien erhalten ein Infopaket mit Materialien zur Vorbereitung: Im Film zur Aktion „Unterwegs für die Sternsinger: Willi in Kenia“ schildert Kinderfilmautor Willi Weitzel das Leben der Menschen und besonders die Situation der Kinder in der Turkana-Region. Das Werkheft zur Aktion Dreikönigssingen 2017 informiert über den Klimawandel und seine Folgen und berichtet von der Arbeit der Projektpartner in Kenia. Neben Ideen für Gruppenstunden, Spielen, Liedern und praktischen Tipps finden die Sternsinger-Verantwortlichen im Werkheft auch den Wettbewerb zur Teilnahme am Sternsingerempfang im Bundeskanzleramt. Die Gottesdienst-Bausteine enthalten Modellvorschläge für eine heilige Messe zum Hochfest Erscheinung des Herrn, eine Wort-Gottes-Feier zum Thema „Schöpfung bewahren“ und katechetische Impulse zur Aktion Dreikönigs-

singen 2017. An die Sternsinger selbst richtet sich das Sternsinger-Magazin „Wasser für die Wüste“, das die Themen der Aktion kindgerecht aufbereitet. Passend zum Thema der aktuellen Aktion hat das Kindermissionswerk in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Katechetenverein eine kindgerechte Fassung der Enzyklika „Laudato si“ publiziert. Alle Materialien sind über die Website www.sternsinger.de oder beim Kindermissionswerk „Die Sternsinger“ bestellbar: Tel. 0241 4461-44, E-Mail: bestellung@sternsinger.de.

Die bundesweite Eröffnung der kommenden Aktion Dreikönigssingen findet am 29. Dezember 2016 in Neumarkt i. d. Oberpfalz (Bistum Eichstätt) statt. Interessierte Sternsingergruppen aus allen Diözesen sind nach vorheriger Anmeldung herzlich willkommen.

Die Spenden-Einnahmen aus der Aktion Dreikönigssingen (Sternsingeraktion) sind gemäß der Bischöflichen Ordnung für die Aktion Dreikönigssingen zeitnah und ohne Abzüge dem Kindermissionswerk „Die Sternsinger“ zuzuleiten. Das Kindermissionswerk als Geschäftsstelle der Aktion Dreikönigssingen in Aachen trägt dafür Sorge, dass die den Sternsingern anvertrauten Spenden über fachkundig begleitete Hilfsprojekte bedürftigen Kindern in aller Welt zugutekommen, und dass die Mittel ebenso wirksam und nachhaltig wie transparent und sparsam verwendet werden.

Kontakt und Information: Kindermissionswerk „Die Sternsinger“, Stephanstr. 35, 52064 Aachen, Tel.: 0241 4461-14, E-Mail: info@sternsinger.de.

Nr. 599 Aufruf zur Kollekte für Afrika: „Bereitet dem Herrn den Weg“

Am 8. Januar 2017 wird in unserer Diözese die traditionelle Kollekte für Afrika (Afrikatag) gehalten.

1891 rief Papst Leo XIII. die Kollekte ins Leben, um Spenden für den Kampf gegen die grausame Menschenjagd der Sklavenhändler auf dem afrikanischen Kontinent zu sammeln.

Heute hilft die Kollekte, einheimische kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszubilden. Hilfe durch die Ausbildung von Menschen, die sich ihr Leben lang in den Dienst ihrer Mitmenschen stellen, ist eine der wirksamsten und nachhaltigsten Formen, Entwicklung zu fördern.

Der Afrikatag 2017 stellt die Versöhnungsarbeit einheimischer Priester in Ruanda vor. 22 Jahre nach dem Völ-

kermord der Hutu an der Tutsi-Minderheit, dem mehr als 800.000 Menschen zum Opfer fielen, geht es um die schmerzliche Aufarbeitung der Vergangenheit und den schweren Weg der Versöhnung zwischen Opfern und Tätern. Wie in Ruanda sind Priester an vielen Orten in Afrika Hoffnungsträger. Um wirksam zu helfen, brauchen sie eine gute Ausbildung und eine umfassende Vorbereitung auf ihre schwierigen Aufgaben. Die Kollekte zum Afrikatag leistet dazu einen wichtigen Beitrag.

Alle Pfarrämter erhalten Anfang Dezember von missio Materialien, die sie bei der Umsetzung der Afrikakollekte unterstützen: Aktionsplakat, Opfertüten zum Auslegen oder als Beilage für den Pfarrbrief, Bausteine zur Gottesdienstgestaltung mit Predigtvorschlag, Gebet zum Afrikatag und weiterführenden Informationen.

Weitere Informationen finden sich unter <http://www.missio-hilft.de/de/aktion/afrikatag/2016/>.

Nr. 600 Gabe der Erstkommunionkinder und der Gefirmten im Jahr 2017

„Mithelfen und Teilen“ – Gabe der Erstkommunionkinder

„Gottes Nähe spüren. Mit Jesus in einem Boot“ – unter dieses Leitwort stellt das Bonifatiuswerk / Diaspora-Kinder- und -Jugendhilfe in diesem Jahr seine Erstkommunionaktion und bittet um die Spende der Erstkommunionkinder. Biblische Grundlage ist die Geschichte von der „Stillung des Seesturms“ (Mk 4,35–41).

Das Bonifatiuswerk veröffentlicht ein Info-Heft mit Anregungen, Projektbeschreibungen und Tipps zur Erstkommunionaktion. Neben Beiträgen bekannter Religionspädagogen und Kinderbuchautoren zum Thema enthält der Erstkommunion-Begleiter Informationen zur Arbeit der Diaspora-Kinder- und -Jugendhilfe und Darstellungen exemplarischer Projekte. Der Versand des Erstkommunion-Paketes (Erstkommunionposter, Begleithefte, Opfertüten, Briefe an die Kommunionkinder usw.) erfolgt bis spätestens Januar 2017. Bereits im Oktober 2016 wurden die Arbeitshefte zum Thema „Gottes Nähe spüren. Mit Jesus in einem Boot“ verschickt.

„Mithelfen durch Teilen“ – Gabe der Gefirmten

Die Firmaktion des Bonifatiuswerkes steht 2017 unter dem Leitwort „Gott nahe zu sein, ist mein Glück.“ (Ps 73,28).

Das Bonifatiuswerk veröffentlicht ein Info-Heft mit Anregungen, Projektbeschreibungen und Tipps zur Firmaktion „Gott nahe zu sein ist mein Glück“. Der „Firmbegleiter 2017“ enthält Informationen zur Arbeit der Diaspora-Kinder- und -Jugendhilfe und Darstellungen exemplarischer Projekte. Der Versand des Firm-Paketes (Firmposter, Begleithefte, Opfertüten, Briefe an die Gefirmten und Meditationsbilder) wird rechtzeitig erfolgen.

Das Bonifatiuswerk der deutschen Katholiken e.V./ Diaspora-Kinder- und -Jugendhilfe

Das Bonifatiuswerk der deutschen Katholiken e.V./ Diaspora-Kinder- und -Jugendhilfe fördert, was zur Begegnung im Glauben und zur Vermittlung der christlichen Botschaft an die neue Generation in extremer Diaspora notwendig ist. Im Sinne einer subsidiären Hilfe unterstützen es in den deutschen, nordeuropäischen und baltischen Diaspora-Gemeinden unter anderem katholische Kinderheime und familienanaloge Wohngruppen, religiöse Elementarerziehung in den katholischen Kindergärten in den neuen Bundesländern, Sakramentenkatechese sowie andere religiöse und diakonische Bildungsmaßnahmen, religiöse Kinderwochen (RKW), katholische Jugend-(verbands)arbeit, internationale religiöse Jugendbegegnungen, kirchliche Initiativen gegen Jugendarbeitslosigkeit, Gewalt und Missbrauch, Straßenkinderprojekte in Nord- und Ostdeutschland sowie Nordeuropa, den ambulanten Kinderhospizdienst in Halle (Saale), Jugendseelsorge in JVs, katholische Jugendbands und katholische Schulseelsorge sowie Studierendenseelsorge.

Die Arbeit basiert ausschließlich auf der Einnahme von Spenden und Gaben der katholischen Solidargemeinschaft. Die deutschen Bischöfe haben die Bedeutung der Förderung der Kinder- und Jugendpastoral in der Diaspora mit der Festlegung der Erstkommunion- und Firmgabe für dieses Anliegen immer wieder sehr deutlich unterstrichen. Deshalb sind die in der Seelsorge Tätigen sowie alle ehrenamtlichen und hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Katechese durch ihre aktive Unterstützung gebeten, diese zentrale Arbeit auch im Jahr 2017 mitzutragen.

Kontakt und Information: Bonifatiuswerk der deutschen Katholiken e.V./Diaspora-Kinder- und -Jugendhilfe, Kamp 22, 33098 Paderborn, Tel.: 05251 2996-53, Fax: 05251 29 96-88, E-Mail: bestellungen@bonifatiuswerk.de, Website: www.bonifatiuswerk.de.

Nr. 601 Erhöhung der Sustentation

Aufgrund der teilweisen Änderung der Sachbezugswerte ab 1. Januar 2017 erhöht sich die Sustentation wie folgt:

Die Sustentation für Kapläne und Praktikanten beträgt ab dem 1. Januar 2017 monatlich 627,09 Euro. Dieser Betrag gliedert sich wie folgt auf:

Vollverpflegung:	432,95 Euro
Reinigung der Wohnräume und anteilige Haushaltsführung:	177,96 Euro
Strom:	16,18 Euro

Nr. 602 Neuwahl der Arbeitsrechtlichen Kommissionen: Vertreter/-innen der Mitarbeiter/-innen

Für die neue Amtszeit 2017 bis 2020 der Bundeskommission beim Deutschen Caritasverband sowie der Regionalkommission Mitte wurden bei der Wahlversammlung der wahlberechtigten Mitarbeitervertretungen am 31. Oktober 2016 im Wilhelm-Kempf-Haus die folgenden Vertreter für das Bistum Limburg gewählt:

Für die Bundeskommission und die Regionalkommission Mitte: Herr Carsten Offers, St. Vincenzstift Rüdesheim.

Für die Regionalkommission Mitte: Herr Winfried Marchner, St. Josefs-Hospital Wiesbaden.

Nr. 603 Feier der Zulassung für erwachsene Taufbewerber im März 2017

Die „Feier der Zulassung zur Taufe“ mit Bischof Dr. Georg Bätzing findet als diözesane Feier am ersten Fastensonntag, 5. März 2017, im Dom zu Limburg statt.

Die Katechumenen versammeln sich um 14:30 Uhr mit den Katechumenatsbegleitern in der Michaelskapelle, um 15:00 Uhr beginnt die Liturgie im Dom. Zur Feier eingeladen sind alle erwachsenen Taufbewerber, die Ostern 2017 getauft werden sollen, die Paten, Verwandte und Freunde der Katechumenen, Vertreter der Pfarreien, aus denen die Taufbewerber kommen sowie alle, die die Katechumenen mit ihrem Gebet begleiten wollen.

Die Pfarrer, die für die Taufvorbereitung zuständig sind bzw. in deren Pfarrei die Taufe gespendet werden soll, sind gebeten, ihre Katechumenen zur „Feier der Zulassung“ bis zum 6. Februar 2017 im Dezernat Pastorale Dienste, Referat Katechese, Tel.: 06431 295-425, E-

Mail: m.haselsteiner@bistumlimburg.de, anzumelden. Weitere Informationen sowie ein Anmeldeformular werden auf Wunsch gerne zugesendet.

Die liturgischen Texte zur „Feier der Zulassung“ finden sich in „Die Feier der Eingliederung Erwachsener in die Kirche“ (Manuskriptaussgabe zur Erprobung), Band 1, Trier 2001, nur zu beziehen über das Deutsche Liturgische Institut (Bestell-Nr. 5269), Postfach 2628, 54216 Trier, E-Mail: dli@liturgie.de.

Nr. 604 Fortbildungsangebote des Theologisch-Pastoralen Instituts in Mainz (TPI)

Das Theologisch-Pastorale Institut in Mainz (TPI) macht auf folgende Fortbildungsveranstaltungen aufmerksam:

- „Genau. Komplett. Verständlich. Der Studientag zur revidierten Einheitsübersetzung“; Zielgruppe: alle pastoralen Berufsgruppen; 23. Januar 2017, 9:30 (Stehkaffee) bis 17:00 Uhr; Hildegard-Forum, Rochusberg 1, 55411 Bingen; Referentin: Dr. Katrin Brockmüller, Direktorin des Katholischen Bibelwerkes;
- „Noah, Mose & Co. Theologische Spurensuche im Film“; Zielgruppe: alle pastoralen Berufsgruppen; 13. bis 15. März 2017; Wilhelm-Kempf-Haus, Wiesbaden-Naurod, Referent: Prof. Dr. Reinhold Zwick, Münster;
- „Auf dem Weg zu einer charismenorientierten Pastoral. Werkstatt für eine Pastoral in größeren Räumen“; Zielgruppe: alle pastoralen Berufsgruppen und Studierende; 14. bis 16. März 2017; Kloster Neustift, Vahrn (Bistum Bozen-Brixen); Referent: P. Dr. Arthur Schmitt CRSA.

Informationen und Anmeldung beim Theologisch-Pastoralen Institut Mainz, Große Weißgasse 15, 55116 Mainz, Tel: 06131 27088-0, E-Mail: info@tpi-mainz.de, Website: www.tpi-mainz.de.

Nr. 605 Einladungen der schönstättischen Priester-gemeinschaften

Die beiden Diözesanpriestergemeinschaften „Schönstatt-Priesterbund“ und „Schönstatt-Institut Diözesanpriester“ laden alle Priesteramtskandidaten (Theologiestudenten, Seminaristen, Diakone) und alle jüngeren Priester zu einem Interessententreffen nach Schönstatt von Sonntag, 1. Januar 2017, 18:00 Uhr, bis Dienstag, 3. Januar 2017, 9:30 Uhr, ein. Ort ist das Priester- und Bildungshaus „Berg Moriah“, 56337 Simmern/Westerwald. (Informationen zur Anreise unter www.mo-

riah.de.) Für Unterkunft und Verpflegung ist gesorgt, Fahrtkosten sind jeweils selber zu tragen. Anmeldung und Information: Pfarrer Bernhard Schmid, Kirchstr. 33, 73054 Eisligen, Tel.: 07161 98433-14 oder -23, E-Mail: bernhard.schmid@sankt-markus-eisligen.de (Schönstatt-Institut Diözesanpriester), oder Pfarrer Christoph Scholten, Kirchplatz 1, 47559 Kranenburg; Tel.: 02826 226, E-Mail: christoph.scholten@web.de (Schönstatt-Priesterbund).

Weiterhin laden die schönstättischen Priestergemeinschaften unter dem Leitwort „...dass wir Christen uns näherkommen.“ von Montag, 7. August, bis Freitag, 11. August 2017, Priester, Priesteramtskandidaten und Diakone zum Karl-Leisner-Pilgermarsch ein. Der dreitägige Pilgerweg durch die niederrheinische Landschaft führt zum Marienwallfahrtsort Kevelaer, wo erstmals alle Übernachtungen stattfinden, zum Haus der Familie Leisner in Kleve und zu seinem Grab in der Märtyrerkrypta des Xantener Domes. Im Gedenkjahr „500 Jahre Reformation“ geht es um den seligen Karl Leisner, um Impulse für die Ökumene, um den mitbrüderlichen Austausch und um das Gebet um geistliche Berufe. Das Vorprogramm beginnt am Montag, 7. August 2017, um 15:30 Uhr im Schönstattzentrum Oermt Marienberg, Rheurder Straße 216, 47661 Issum-Sevelen. Der Karl-Leisner-Pilgermarsch endet am Freitag, 11. August 2016, nach dem Frühstück. Die Wegstrecke beträgt täglich 10 bis 15 km, wobei ein Teilstück mit dem Schlauchboot zurückgelegt wird. Begleitung und Transfers mit dem PKW sind vorhanden. Die Kosten variieren je nach Doppel- oder Einzelzimmer-Belegung. Anmeldung (bis zum 1. Mai 2017) und Kontakt: Pfarrer Armin Haas, Am Kirchberg 3, 97795 Schondra, Tel.: 09747 930709, Fax.: 09747-930715, E-Mail: armin.haas@gmx.de; Pfarrer em. Theo Hoffacker, Emil-Underberg-Str. 3, 46509 Xanten-Marienbaum, Tel.: 02804 8497, E-Mail: theohoffacker@web.de; Pfarrer Christoph Scholten, Kirchplatz 1, 47559 Kranenburg, Tel.: 02826 226, E-Mail: christoph.scholten@web.de.

Nr. 606 Glaubensweg für die Fastenzeit in der Gemeinde der Projektstelle „Wege erwachsenen Glaubens“

Miteinander ins Gespräch kommen und Erfahrungen mit dem Glauben austauschen, das eigene Taufbewusstsein stärken und im Glauben wachsen – das sind u. a. Ziele der Arbeit der Projektstelle „Wege erwachsenen Glaubens (WeG)“ in Vallendar.

Der Glaubensweg „Unterwegs nach Emmaus“ mit den Evangelien des Lesejahres A bietet sich besonders für

die Begleitung der Fastenzeit 2017 an. Hierzu wurden neben einem Teilnehmerheft auch ausgearbeitete Mitarbeiterunterlagen für Gruppentreffen, Predigten und Gottesdienstgestaltung erarbeitet. Ein Probeheft kann kostenlos angefordert werden.

Auf der Website www.glaube-hat-zukunft.de/emmaus finden sich auch Hinweise zu vorbereitenden Veranstaltungen (etwa Workshops, Besinnungstage) und begleitenden Radio- und Fernsehsendungen (z. B. bei bibel-tv und Radio Horeb).

Informationen und Kontakt: WeG-Projektstelle, Postfach 1406, 56174 Vallendar, Tel.: 0261 6402-990, E-Mail: kontakt@weg-vallendar.de.

Nr. 607 Kardinal-Bertram-Stipendium

Die Kardinal-Bertram-Stiftung fördert in Verbindung mit dem Institut für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa e. V. die Erforschung der schlesischen Kirchengeschichte. Das Institut gewährt jährlich zwei Kardinal-Bertram-Stipendien in Höhe von je 2.000 Euro um Forschungsreisen in Archive innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen.

Ausgeschrieben werden zur Bearbeitung 2017 folgende Themen:

- Kunst und Öffentlichkeit im gegenreformatorischen Schlesien; Beratung: Prof. Dr. hab. Jan Harasimowicz, Instytut Historii Sztuki Uwr, ul. Szewska 36, PL-50-139 Wrocław, Tel.: +48 71 375 2973, E-Mail: jharasim@uni.wroc.pl.
- Breslauer Bistumsgeschichtsschreibung außerhalb der Universität; Beratung: Prof. Dr. Rainer Bendel, Mail: bendel.rainer@t-online.de; Dr. Joachim Giela, Ermlandweg 22, 48159 Münster, E-Mail: giela@web.de.
- Die Rundbriefe von Grüssau und Lauban als Mittel der Vertriebenenseelsorge. Sammlung der zerstreuten Gemeinden; Beratung: Dr. Elisabeth Fendl, IVDE, Goethestr. 63, 79100 Freiburg, Tel.: 0761 7044318, E-Mail: elisabeth.fendl@ivde.bwl.de; Dr. Joachim Giela, Ermlandweg 22, 48159 Münster, E-Mail: giela@web.de.

Bewerbungen mit eigenen einschlägigen Themen sind erwünscht. Um ein Kardinal-Bertram-Stipendium können sich Studierende und Absolventen von Hochschulen, insbesondere Theologen und Historiker, bewerben. Bevorzugt werden jüngere katholische Antragsteller. Bewerbungen mit genauer Angabe der Personalien und

des Studienganges sind bis spätestens 28. Februar 2017 zu richten an das Institut für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa e.V., Seelhausgasse 11a, 72070 Tübingen, E-Mail: ikkdos@web.de.

Die Entscheidung über die Zuerkennung trifft das Kuratorium des Kardinal-Bertram-Stipendiums in einer Sitzung Anfang März 2017. Es wählt für jeden Stipendiaten einen Tutor aus. Die Bearbeitung beginnt im Jahr 2017, zunächst mit der Durchsicht der in Bibliotheken vorhandenen Quellen und Literatur, dann durch Reisen in auswärtige Archive. Jeder Stipendiat wird von einem Tutor betreut; dieser zeigt ihm die Problemstellung seines Themas auf, erteilt ihm Ratschläge für die Materialsammlung in den in Frage kommenden Bibliotheken und Archiven, die planvolle und methodische Stoffauswahl sowie die wissenschaftliche Darstellungsform.

Das Manuskript ist bis zum 15. Oktober 2019 dem Institut für ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte e.V. in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Sein Umfang soll in der Regel 150 Schreibmaschinenseiten nicht überschreiten. Die Bewertung geschieht durch den Tutor und einen zweiten Gutachter. Druckreife Manuskripte sind zur evtl. Veröffentlichung in den „Arbeiten zur schlesischen Kirchengeschichte“, im „Archiv für schlesische Kirchengeschichte“ oder in der Reihe „Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands“ vorgesehen. Die Stipendiatsarbeit kann auch nach ihrem Abschluss Grundlage einer theologischen bzw. philosophischen Dissertation bilden.

Nr. 608 Druckschriften und Broschüren des Sekretariates der Deutschen Bischofskonferenz

Das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz hat folgende Broschüre herausgegeben:
Arbeitshilfen

- „Erinnerungskultur und Friedensarbeit. Aktivitäten und Perspektiven der von katholischen Vertriebenen und Aussiedlern aus Mittel- und Osteuropa gegründeten Verbände in der AKVMOE (Arbeitshilfen Nr. 289);
- „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen in unserer Zeit. Arabische Halbinsel“ (Arbeitshilfen Nr. 290).

Interessenten können diese Broschüre beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz bestellen, Tel.: 0228 103-205, Fax: 0228 103-330. Die Broschüren werden zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Nr. 609 Dienstinrichten

Priester

Mit Termin 1. November 2016 hat der Bischof Pfarrer P. Dr. Miron SIKIRIĆ die Kroatische Katholische Gemeinde Wiesbaden übertragen.

Mit Termin 31. Dezember 2016 endet der Dienst von Pfarrer Roberto Veras DA SILVA in den portugiesischsprachigen Katholischen Gemeinden Frankfurt und Wiesbaden.

Mit Termin 1. Januar 2017 wird P. Johnson PUTHUVA CST als Kooperator von der Pfarrei St. Anna Herschbach in die Pfarrei Heilig Kreuz Rheingau versetzt. Mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % wird er in der Krankenhauseelsorge im St.-Josefs-Hospital in Rüdeshelm und mit einem Beschäftigungsumfang von 30 % in der Pfarrei Heilig Kreuz Rheingau eingesetzt.

Mit Termin 1. Januar 2017 bis 28. Februar 2017 wird Pfarrer P. André BERGMANN CS zum Pfarrverwalter der portugiesischsprachigen Katholischen Gemeinde Wiesbaden ernannt.

Mit Termin 1. März 2017 wird Pfarrer Celso José Da ANUNCIACAO mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % als Leiter in der portugiesischsprachigen Katholischen Gemeinde Wiesbaden eingesetzt. Darüber hinaus ist er auch in der portugiesischsprachigen Gemeinde Frankfurt eingesetzt.

Mit Termin 5. März 2017 tritt Pfarrer Paul SCHÄFER, Bad Soden, in den Ruhestand.

Mit Termin 31. August 2017 tritt Pfarrer Michael NIERMANN, Herborn, in den Ruhestand.

Diakone

Mit Termin 31. März 2017 tritt Diakon Bernhard MÜLLER in den Ruhestand. Für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 2017 erhält er einen begrenzten Auftrag für die Pfarrei St. Martin Bad Ems/Nassau.

Mit Termin 30. April 2017 tritt Diakon Georg KERSIECK in den Ruhestand.

Hauptamtliche Pastorale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mit Termin 30. September 2016 hat Frau Magdalena GALIĆ den Dienst als Pastorale Mitarbeiterin in der

Kroatischen Katholischen Gemeinde Frankfurt beendet.

Mit Termin 1. Januar 2017 wird Gemeindereferentin Miriam BOOK mit einem Beschäftigungsumfang von 75 % in die Krankenhausseelsorge im Bürgerhospital Frankfurt versetzt; mit einem Beschäftigungsumfang von 25 % verbleibt sie in der Pfarrei Maria Himmelfahrt im Taunus. Zum 1. Juni 2017 erfolgt der Einsatz mit einem Beschäftigungsumfang von 100 % im Bürgerhospital in Frankfurt.

Mit Termin 1. Januar 2017 wird Pastoralreferentin Simone GERLITZKI mit einem Beschäftigungsumfang von 75 % aus dem Pastoralen Raum Frankfurt-West in die Pfarrei St. Josef Frankfurt am Main versetzt.

Mit Termin 1. Januar 2017 wird die Leitung der Seelsorge am Klinikum Frankfurt-Höchst Pastoralreferent Dr. Thomas HAMMER übertragen.



Der Apostolische Stuhl		
Nr. 610	Botschaft von Papst Franziskus zur Feier des Weltfriedenstag am 1. Januar 2017 – Gewaltfreiheit: Stil einer Politik für den Frieden	632
Deutsche Bischofskonferenz		
Nr. 611	Änderung der Satzung des Verbandes der Diözesen Deutschlands	635
Der Bischof von Limburg		
Nr. 612	Urkunde über die Neuordnung der Katholischen Pfarreien und Kirchengemeinden Sankt Anna-Sankt Raphael Frankfurt-Hausen, Sankt Antonius Frankfurt-Rödelheim, Christ-König Frankfurt-Praunheim, Sankt Elisabeth Frankfurt-Bockenheim und Frauenfrieden Frankfurt-Bockenheim	641
Nr. 613	Urkunde über die Neuordnung der Katholischen Pfarreien und Kirchengemeinden St. Martin Idstein, Maria Königin Niedernhausen, St. Michael Niedernhausen-Oberjosbach und St. Nikolaus-von-Flüe Idstein-Wörsdorf sowie der Pfarrvikarien und Kirchengemeinden St. Martha Niedernhausen-Engenhahn und St. Thomas Waldems-Esch	641
Nr. 614	Urkunde über die Neuordnung der Katholischen Pfarreien und Kirchengemeinden St. Peter in Ketten Montabaur, St. Josef Niederelbert, St. Laurentius Oberelbert mit der Kirchengemeinde St. Johannes der Täufer Welschneudorf, St. Bartholomäus Gackenbach-Kirchähr, St. Margaretha Holler und St. Wendelin Stahlhofen sowie die Katholische Pfarrvikarie und Kirchengemeinde St. Johannes der Täufer Horressen-Elgendorf	642
Nr. 615	Urkunde über die Neuordnung der Katholischen Pfarreien und Kirchengemeinden St. Peter und Paul Arzbach-Kadenbach und St. Anna-St. Rochus Neuhäusel und Simmern sowie der Pfarrvikarie Mariä Himmelfahrt Eitelborn	643
Nr. 616	Urkunde über die Neuordnung der Katholischen Pfarreien und Kirchengemeinden St. Peter und Paul Elsoff, St. Petrus in Ketten Hellenhahn-Schellenberg mit der Kirchengemeinde Mariä Himmelfahrt Neustadt/Ww., Mariä Heimsuchung Höhn, St. Hubertus Rennerod, St. Josef Höhn-Schönberg, St. Kilian Seck mit der Kirchengemeinde Mariä Geburt Irmtraut und St. Matthäus Westernohe	644
Nr. 617	Profanierung der katholischen Kirche St. Johannes in Frankfurt-Goldstein und des darin befindlichen Altars	644
Nr. 618	Profanierung der Kapelle im St.-Marien-Krankenhaus in Frankfurt und des darin befindlichen Altars	645
Bischöfliches Ordinariat		
Nr. 619	Wahlen der Mitarbeitervertretungen im Bistum Limburg 2017	645
Nr. 620	Beschluss der KODA vom 2. Juni 2016: § 10 AVO – Regelmäßige Arbeitszeit und Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage – Korrektur	645
Nr. 621	Druckschriften und Broschüren des Sekretariates der Deutschen Bischofskonferenz	645
Nr. 622	Anbetungstage in Schönstatt	645
Nr. 623	Priesterexerzitien in der Benediktinerabtei Weltenburg	646
Nr. 624	Totenmeldung	646
Nr. 625	Dienstnachrichten	647

Der Apostolische Stuhl

Nr. 610 Botschaft von Papst Franziskus zur Feier des Weltfriedenstages am 1. Januar 2017 – Gewaltfreiheit: Stil einer Politik für den Frieden

1. Am Anfang dieses neuen Jahres übermittle ich allen Völkern und Nationen der Welt, den Staats- und Regierungschefs sowie den Verantwortungsträgern der Religionsgemeinschaften und der verschiedenen Gruppierungen der Zivilgesellschaft meine tief empfundenen Wünsche für den Frieden. Jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind wünsche ich Frieden und bete, dass das Abbild und die Ähnlichkeit Gottes in jedem Menschen uns gestatten, einander als heilige Gaben zu erkennen, die mit einer unermesslichen Würde ausgestattet sind. Respektieren wir vor allem in Konfliktsituationen diese „tiefgründigste Würde“¹ und machen wir die aktive Gewaltfreiheit zu unserem Lebensstil.

Dies ist die Botschaft zum fünfzigsten Weltfriedenstag. In der ersten dieser Botschaften wendete sich der selige Papst Paul VI. an alle Völker – nicht nur an die Katholiken – mit unmissverständlichen Worten: „Es hat sich endlich ganz klar herausgestellt, dass der Friede der einzig wahre Weg menschlichen Fortschritts ist (nicht die Spannungen ehrgeiziger Nationalismen, nicht die gewaltsamen Eroberungen, nicht die Unterdrückungen, die eine falsche zivile Ordnung herbeiführen).“ Er warnte vor der „Gefahr zu glauben, dass die internationalen Streitigkeiten nicht auf dem Weg der Vernunft, d. h. der auf Recht, Gerechtigkeit und Gleichheit gegründeten Verhandlungen zu lösen seien, sondern nur auf dem der Abschreckung und der tödlichen Gewalt“. Mit einem Zitat aus der Enzyklika *Pacem in terris* seines Vorgängers Johannes XXIII. pries er dagegen „den Sinn und die Begeisterung für den auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Liebe gegründeten Frieden“.² Die Aktualität dieser Worte, die heute nicht weniger wichtig und dringlich sind als vor fünfzig Jahren, ist beeindruckend.

Aus diesem Anlass möchte ich näher auf die Gewaltfreiheit als Stil einer Politik für den Frieden eingehen und bitte Gott, uns allen zu helfen, auf die Gewaltfreiheit in der Tiefe unserer Gefühle und persönlichen Werte zurückzugreifen. Mögen unsere Art, in zwischenmenschlichen, gesellschaftlichen und internationalen Beziehungen miteinander umzugehen, von Liebe und Gewaltfreiheit geleitet sein. Wenn die Opfer von Gewalt der Versuchung der Rache zu widerstehen wissen, können sie die glaubhaftesten Leitfiguren in gewaltfreien

Aufbauprozessen des Friedens sein. Möge die Gewaltfreiheit von der Ebene des lokalen Alltags bis zur Ebene der Weltordnung der kennzeichnende Stil unserer Entscheidungen, unserer Beziehungen, unseres Handelns und der Politik in allen ihren Formen sein.

Eine zerbröckelte Welt

2. Das vergangene Jahrhundert ist von zwei mörderischen Weltkriegen verwüstet worden und hat die Bedrohung eines Atomkriegs sowie eine große Anzahl weiterer Konflikte erlebt, während wir heute leider mit einem schrecklichen „stückweisen“ Weltkrieg zu tun haben. Es ist nicht leicht zu erkennen, ob die Welt heute mehr oder weniger gewaltsam ist als gestern und ob die modernen Kommunikationsmittel und die unsere Zeit kennzeichnende Mobilität uns die Gewalt bewusster machen oder ob sie uns mehr an sie gewöhnen.

In jedem Fall verursacht diese Gewalt, die „stückweise“ auf unterschiedliche Arten und verschiedenen Ebenen ausgeübt wird, unermessliche Leiden, um die wir sehr wohl wissen: Kriege in verschiedenen Ländern und Kontinenten; Terrorismus, Kriminalität und unvorhersehbare bewaffnete Übergriffe; Formen von Missbrauch, denen die Migranten und die Opfer des Menschenhandels ausgesetzt sind; Zerstörung der Umwelt. Und wozu das alles? Erlaubt die Gewalt, Ziele von dauerhaftem Wert zu erreichen? Löst nicht alles, was sie erlangt, letztlich nur Vergeltungsmaßnahmen und Spiralen tödlicher Konflikte aus, die allein für einige wenige „Herren des Krieges“ von Vorteil sind?

Die Gewalt ist nicht die heilende Behandlung für unsere zerbröckelte Welt. Auf Gewalt mit Gewalt zu reagieren führt bestenfalls zu Zwangsmigrationen und ungeheuren Leiden, denn große Mengen an Ressourcen werden für militärische Zwecke bestimmt und den täglichen Bedürfnissen der Jugendlichen, der Familien in Not, der alten Menschen, der Kranken, der großen Mehrheit der Erdenbewohner entzogen. Schlimmstenfalls kann sie zum physischen und psychischen Tod vieler, wenn nicht sogar aller führen.

Die Frohe Botschaft

3. Auch Jesus lebte in Zeiten der Gewalt. Er lehrte, dass das eigentliche Schlachtfeld, auf dem Gewalt und Frieden einander begegnen, das menschliche Herz ist: „Von innen, aus dem Herzen der Menschen, kommen die bösen Gedanken“ (Mk 7,21). Doch die Botschaft Christi bietet angesichts dieser Realität die von Grund auf positive Antwort: Er verkündete unermüdlich die

¹ Apostolisches Schreiben *Evangelii gaudium*, 228.

² Botschaft zum ersten Weltfriedenstag, 1. Januar 1968.

bedingungslose Liebe Gottes, der aufnimmt und verzeiht, und lehrte seine Jünger, die Feinde zu lieben (vgl. Mt 5, 44) und „die andere Wange“ hinzuhalten (vgl. Mt 5, 39). Als er die Ankläger der Ehebrecherin daran hinderte, sie zu steinigen (vgl. Joh 8, 1–11), und als er in der Nacht vor seinem Tod Petrus gebot, sein Schwert wieder in die Scheide zu stecken (vgl. Mt 26, 52), zeichnete Jesus den Weg der Gewaltfreiheit vor, den er bis zum Schluss gegangen ist – bis zum Kreuz, durch das er den Frieden verwirklicht und die Feindschaft getötet hat (vgl. Eph 2, 14–16). Wer die Frohe Botschaft Jesu annimmt, weiß daher die Gewalt, die er in sich trägt, zu erkennen und lässt sich von der Barmherzigkeit Gottes heilen. So wird er selbst ein Werkzeug der Versöhnung, entsprechend dem Aufruf des heiligen Franz von Assisi: „Wenn ihr mit dem Mund den Frieden verkündet, so versichert euch, ob ihr ihn auch, ja noch mehr, in eurem Herzen habt!“³

Wahre Jünger Jesu zu sein bedeutet heute, auch seinem Vorschlag der Gewaltfreiheit nachzukommen. Er ist, wie mein Vorgänger Benedikt XVI. sagte, „realistisch, denn er trägt der Tatsache Rechnung, dass es in der Welt zu viel Gewalt, zu viel Ungerechtigkeit gibt; eine solche Situation kann man nur dann überwinden, wenn ihr ein Mehr an Liebe, ein Mehr an Güte entgegengesetzt wird. Dieses „Mehr“ kommt von Gott“.⁴ Und mit großem Nachdruck fügte er hinzu, dass „Gewaltlosigkeit für die Christen nicht ein rein taktisches Verhalten darstellt, sondern eine Wesensart der Person und die Haltung dessen, der so sehr von der Liebe Gottes und deren Macht überzeugt ist, dass er keine Angst davor hat, dem Bösen nur mit den Waffen der Liebe und der Wahrheit entgegenzutreten. Die Feindesliebe bildet den Kern der ‚christlichen Revolution‘.“⁵ Zu Recht wird das Evangelium von der Feindesliebe (vgl. Lk 6, 27) „als die Magna Charta der christlichen Gewaltlosigkeit betrachtet; sie besteht nicht darin, sich dem Bösen zu ergeben [...] sondern darin, auf das Böse mit dem Guten zu antworten (vgl. Röm 12, 17–21), um so die Kette der Ungerechtigkeit zu sprengen.“⁶

Mächtiger als die Gewalt

4. Die Gewaltfreiheit wird manchmal im Sinn von Kapitulation, Mangel an Engagement und Passivität verstanden, aber in Wirklichkeit ist es nicht so. Als Mutter Teresa 1979 den Friedensnobelpreis empfangt, erklär-

te sie ihre Botschaft einer aktiven Gewaltfreiheit ganz deutlich: „In unserer Familie haben wir keine Bomben und Waffen nötig und brauchen nicht zu zerstören, um Frieden zu bringen, sondern wir müssen nur zusammen sein und einander lieben [...] Und so werden wir alles Böse, das es in der Welt gibt, überwinden können.“⁷ Denn die Macht der Waffen ist trügerisch. „Während die Waffenhändler ihre Arbeit tun, gibt es die armen Friedensstifter, die ihr Leben hingeben, nur um einem Menschen und noch einem, noch einem, noch einem zu helfen.“ Für diese Friedensstifter ist Mutter Teresa „ein Symbol, ein Bild aus unserer Zeit“.⁸ Im vergangenen September hatte ich die große Freude, sie heiligzusprechen. Ich habe ihre Verfügbarkeit gelobt, denn „durch die Aufnahme und den Schutz des menschlichen Lebens – des ungeborenen wie des verlassenen und ausgesonderten –“ war sie für alle da. „Sie beugte sich über die Erschöpften, die man am Straßenrand sterben ließ, weil sie die Würde erkannte, die Gott ihnen verliehen hatte. Sie erhob ihre Stimme vor den Mächtigen der Welt, damit sie angesichts der Verbrechen – angesichts der Verbrechen! – der Armut, die sie selbst geschaffen hatten, ihre Schuld erkennen sollten.“⁹ Ihre Reaktion – und damit steht sie für Tausende, ja Millionen von Menschen – war der Einsatz gewesen, großherzig und hingebungsvoll auf die Opfer zuzugehen, jeden verletzten Leib zu berühren und zu verbinden und jedes zerbrochene Leben zu heilen.

Die entschieden und konsequent praktizierte Gewaltfreiheit hat eindrucksvolle Ergebnisse hervorgebracht. Unvergesslich bleiben die von Mahatma Gandhi und Khan Abdul Ghaffar Khan erreichten Erfolge bei der Befreiung Indiens sowie die Erfolge Martin Luther Kings jr. gegen die Rassendiskriminierung. Besonders die Frauen sind oft Vorreiterinnen der Gewaltfreiheit, wie zum Beispiel Leymah Gbowee und Tausende liberianische Frauen, die Gebetstreffen und gewaltlosen Protest (pray-ins) organisiert und so Verhandlungen auf hoher Ebene erreicht haben im Hinblick auf die Beendigung des zweiten Bürgerkriegs in Liberia.

Wir dürfen auch das epochale Jahrzehnt nicht vergessen, das mit dem Sturz der kommunistischen Regime in Europa endete. Die christlichen Gemeinschaften leisteten dazu ihren Beitrag durch inständiges Beten und mutiges Handeln. Einen speziellen Einfluss übten der Dienst und das Lehramt des heiligen Johannes Paul II. aus. In

³ „Leggenda dei tre compagni“: Fonti Francescane, Nr. 1469 (dt. Ausg.: „Dreigefährtenlegende“, Franziskus-Quellen, Kevelaer 2009, S. 644).

⁴ Angelus, 18. Februar 2007.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Mutter Teresa, Ansprache zur Verleihung des Friedensnobelpreises, 11. Dezember 1979.

⁸ Meditation „Der Weg des Friedens“, Kapelle der Domus Sanctae Marthae, 19. November 2015.

⁹ Homilie zur Heiligsprechung der seligen Mutter Teresa von Kalkutta, 4. September 2016.

seinen Gedanken über die Ereignisse von 1989 in der Enzyklika *Centesimus annus* (1991) hat mein Vorgänger hervorgehoben, dass ein epochaler Umbruch im Leben der Völker, der Nationen und der Staaten „durch einen gewaltlosen Kampf erreicht wurde, der nur von den Waffen der Wahrheit und der Gerechtigkeit Gebrauch machte“.¹⁰ Dieser Weg eines politischen Übergangs zum Frieden wurde auch ermöglicht dank „dem gewaltlosen Engagement von Menschen [...], die sich stets geweigert hatten, der Macht der Gewalt zu weichen, und Schritt für Schritt wirksame Mittel zu finden wussten, um von der Wahrheit Zeugnis abzulegen“. Und so kommt Johannes Paul II. zu dem Schluss: „Mögen die Menschen lernen, gewaltlos für die Gerechtigkeit zu kämpfen, in den internen Auseinandersetzungen auf den Klassenkampf zu verzichten und in internationalen Konflikten auf den Krieg.“¹¹

Die Kirche hat sich für die Verwirklichung gewaltfreier Strategien zur Förderung des Friedens in vielen Ländern eingesetzt und sogar die gewaltsamsten Akteure zu Anstrengungen für den Aufbau eines gerechten und dauerhaften Friedens gedrängt.

Dieses Engagement für die Opfer von Ungerechtigkeit und Gewalt ist nicht etwa ein ausschließliches Gut der katholischen Kirche, sondern es gehört zu vielen religiösen Traditionen, für die „Mitleid und Gewaltlosigkeit wesentlich sind und den Weg des Lebens weisen“.¹² Das betone ich mit Nachdruck: „Keine Religion ist terroristisch.“¹³ Die Gewalt ist eine Schändung des Namens Gottes.¹⁴ Werden wir nie müde zu wiederholen, „dass der Name Gottes die Gewalt nie rechtfertigen kann. Allein der Friede ist heilig. Nur der Friede ist heilig, nicht der Krieg!“¹⁵

Die häusliche Atmosphäre als Wurzel für eine gewaltfreie Politik

5. Wenn die Wurzel, der die Gewalt entspringt, das Herz der Menschen ist, dann ist es ganz wesentlich, den Weg der Gewaltfreiheit an erster Stelle innerhalb der Familie zu gehen. Es ist eine Komponente jener Freude der Liebe, die ich im vergangenen März zum Abschluss einer zweijährigen Reflexion der Kirche über

Ehe und Familie in dem Apostolischen Schreiben *Amoris laetitia* dargelegt habe. Die Familie ist der unerlässliche Schmelztiegel, durch den Eheleute, Eltern und Kinder, Brüder und Schwestern lernen, sich zu verständigen und uneigennützig füreinander zu sorgen; hier müssen Spannungen oder sogar Konflikte kraftvoll, aber durch Dialog, Achtung, Suche nach dem Wohl des anderen, Barmherzigkeit und Vergebung überwunden werden.¹⁶ Aus dem Innern der Familie springt die Freude der Liebe auf die Welt über und strahlt in die ganze Gesellschaft aus.¹⁷ Im Übrigen kann sich eine Ethik der Brüderlichkeit und der friedlichen Koexistenz von Menschen und von Völkern nicht auf die Logik der Angst, der Gewalt und der Verslossenheit gründen, sondern muss auf Verantwortung, Achtung und aufrichtigem Dialog beruhen. In diesem Sinn appelliere ich für die Abrüstung sowie für das Verbot und die Abschaffung der Atomwaffen: Die atomare Abschreckung und die Drohung der gesicherten gegenseitigen Zerstörung können kein Fundament für diese Art der Ethik sein.¹⁸ Mit gleicher Dringlichkeit bitte ich, dass die häusliche Gewalt und der Missbrauch von Frauen und Kindern aufhören.

Das Jubiläum der Barmherzigkeit, das im vergangenen November abgeschlossen wurde, war eine Einladung, in die Tiefen unseres Herzens zu schauen und dort das Erbarmen Gottes eindringen zu lassen. Das Jubiläumsjahr hat uns zu Bewusstsein geführt, wie zahlreich und verschieden die Menschen und die gesellschaftlichen Gruppen sind, die mit Gleichgültigkeit behandelt werden, Opfer von Ungerechtigkeit sind und Gewalt erleiden. Sie gehören zu unserer „Familie“, sind unsere Brüder und Schwestern. Darum müssen die Formen einer Politik der Gewaltfreiheit innerhalb der häuslichen Wände ihren Anfang nehmen, um sich dann auf die ganze Menschheitsfamilie auszubreiten. „Das Beispiel der heiligen Therese von Lisieux lädt uns ein, den ‚kleinen Weg‘ der Liebe zu beschreiten, keine Gelegenheit für ein freundliches Wort, für ein Lächeln, für irgendeine kleine Geste zu verpassen, die Frieden und Freundschaft verbreitet. Eine ganzheitliche Ökologie ist auch aus einfachen alltäglichen Gesten gemacht, die die Logik der Gewalt, der Ausnutzung, des Egoismus durchbrechen.“¹⁹

Meine Einladung

6. Der Aufbau des Friedens durch die aktive Gewaltfreiheit ist ein notwendiges Element und entspricht den

¹⁰ Nr. 23.

¹¹ Ebd.

¹² Ansprache bei der interreligiösen Begegnung (3. November 2016).

¹³ Ansprache bei der 3. Internationalen Begegnung der Volksbewegungen (5. November 2016).

¹⁴ Vgl. Ansprache bei der interreligiösen Begegnung mit dem Ratspräsidenten der kaukasischen Muslime und Repräsentanten der anderen Religionsgemeinschaften, Baku (2. Oktober 2016).

¹⁵ Ansprache beim Weltgebetstag für den Frieden, Assisi (20. September 2016).

¹⁶ Vgl. Apostolisches Schreiben *Amoris laetitia*, 90-130.

¹⁷ Vgl. ebd., 133.194.234.

¹⁸ Vgl. Botschaft anlässlich der Wiener Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Kernwaffen (7. Dezember 2014).

¹⁹ Enzyklika *Laudato si'*, 230.

ständigen Bemühungen der Kirche, die Anwendung von Gewalt zu begrenzen durch moralische Normen, durch ihre Teilnahme an den Arbeiten der internationalen Einrichtungen und durch den kompetenten Beitrag vieler Christen zur Ausarbeitung der Gesetzgebung auf allen Ebenen. Jesus selbst bietet uns ein „Handbuch“ dieser Strategie zum Aufbau des Friedens in der sogenannten Bergpredigt an. Die acht Seligpreisungen (vgl. Mt 5, 3–10) skizzieren das Profil des Menschen, den wir als glücklich, gut und authentisch bezeichnen können. Selig, die keine Gewalt anwenden – sagt Jesus –, selig die Barmherzigen, die Friedenstifter, selig, die ein reines Herz haben, die hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit.

Das ist auch ein Programm und eine Herausforderung für die politischen und religiösen Leader, für die Verantwortungsträger der internationalen Einrichtungen und für die Leiter der Unternehmen und der Medien der ganzen Welt: die Seligpreisungen in der Art der Ausübung ihrer Verantwortung anzuwenden. Eine Herausforderung, die Gesellschaft, die Gemeinschaft oder das Unternehmen, für das sie verantwortlich sind, im Stil der Friedenstifter aufzubauen; Barmherzigkeit zu beweisen, indem sie es ablehnen, Menschen auszusondern, die Umwelt zu schädigen oder um jeden Preis gewinnen zu wollen. Das erfordert die Bereitschaft, „den Konflikt zu ertragen, ihn zu lösen und ihn zum Ausgangspunkt für einen neuen Prozess zu machen“.²⁰ In dieser Weise zu wirken, bedeutet, die Solidarität als den Stil zu wählen, Geschichte zu machen und soziale Freundschaft aufzubauen. Die aktive Gewaltfreiheit ist ein Weg, um zu zeigen, dass wirklich die Einheit mächtiger und fruchtbarer ist als der Konflikt. Alles in der Welt ist eng miteinander verbunden.²¹ Gewiss, es kann geschehen, dass die Verschiedenheiten Reibereien erzeugen: Gehen wir sie konstruktiv und gewaltlos an, so dass „die Spannungen und die Gegensätze zu einer vielgestaltigen Einheit führen können, die neues Leben hervorbringt“ und „die wertvollen Möglichkeiten der kollidierenden gegensätzlichen Standpunkte beibehält“.²²

Ich versichere, dass die katholische Kirche jeden Versuch, den Frieden auch durch die aktive und kreative Gewaltfreiheit aufzubauen, begleiten wird. Am 1. Januar 2017 tritt das neue „Dikasterium für den Dienst zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen“ in Funktion. Es wird der Kirche bei der Förderung „der unermesslichen Güter der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung“ immer

wirkungsvoller helfen und sie in ihrer Fürsorge für die Migranten, „die Bedürftigen, die Kranken und die Ausgeschlossenen, die Ausgegrenzten und die Opfer bewaffneter Konflikte und von Naturkatastrophen, die Gefangenen, die Arbeitslosen und die Opfer jeder Form von Sklaverei und Folter“²³ immer durchgreifender unterstützen. Jede Handlung in dieser Richtung, so bescheiden sie auch sei, trägt zum Aufbau einer gewaltfreien Welt bei, und das ist der erste Schritt zur Gerechtigkeit und zum Frieden.

Zum Schluss

7. Wie es der Tradition entspricht, unterzeichne ich diese Botschaft am 8. Dezember, dem Fest der Unbefleckten Empfängnis der seligen Jungfrau Maria. Sie ist die Königin des Friedens. Bei der Geburt ihres Sohnes verherrlichten die Engel Gott und wünschten den Menschen guten Willens Frieden auf Erden (vgl. Lk 2, 14). Bitten wir Maria, uns leitend voranzugehen.

„Alle ersehnen wir den Frieden; viele Menschen bauen ihn täglich mit kleinen Gesten auf; viele leiden und nehmen geduldig die Mühe auf sich, immer wieder zu versuchen, Frieden zu schaffen.“²⁴ Bemühen wir uns im Jahr 2017 mit Gebet und Tat darum, Menschen zu werden, die aus ihrem Herzen, aus ihren Worten und aus ihren Gesten die Gewalt verbannt haben, und gewaltfreie Gemeinschaften aufzubauen, die sich um das gemeinsame Haus kümmern. „Nichts ist unmöglich, wenn wir uns im Gebet an Gott wenden. Alle können ‚Handwerker‘ des Friedens sein.“²⁵

Aus dem Vatikan,
am 8. Dezember 2016

Franziskus

Deutsche Bischofskonferenz

Nr. 611 Änderung der Satzung des Verbandes der Diözesen Deutschlands

In der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands vom 22. August 2016.

Redaktionelle Anmerkung: Änderungen gegenüber der derzeit geltenden Fassung sind kursiv gedruckt.

²⁰ Apostolisches Schreiben Evangelii gaudium, 227.

²¹ Vgl. Enzyklika Laudato si', 16.117.138.

²² Apostolisches Schreiben Evangelii gaudium, 228.

²³ Apostolisches Schreiben in Form eines „Motu proprio“, mit dem das Dikasterium für den Dienst zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen eingerichtet wird (17. August 2016).

²⁴ Regina Coeli, Betlehem (25. Mai 2014).

²⁵ Appell, Assisi (20. September 2016).

§ 1 – Errichtung, Name, Mitgliedschaft

1. Die Erzdiözesen Bamberg, Freiburg, Köln, München und Freising, Paderborn und die Diözesen Aachen, Augsburg, Eichstätt, Essen, Fulda, Hildesheim, Limburg, Mainz, Münster, Osnabrück, Passau, Regensburg, Rottenburg, Speyer, Trier, Würzburg haben sich durch Vertrag vom 4. März 1968 zu dem „Verband der Diözesen Deutschlands“ zusammengeschlossen.

Alle Diözesen und die ihnen gleichgestellten kirchlichen Gebietskörperschaften, deren Oberhirten Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz sind, haben das Recht, durch schriftliche Erklärung ihres Ordinarius dem Verband beizutreten.

Mit Wirkung zum 1. Januar 1991 sind dem Verband die Bistümer Berlin und Dresden-Meißen, die Apostolische Administratur Görlitz und die Bischöflichen Ämter Erfurt-Meiningen, Magdeburg und Schwerin beigetreten.

Seit der darauffolgenden Neuordnung der Bistümer besteht der Verband aus den Erzdiözesen Bamberg, Berlin, Freiburg, Hamburg, Köln, München und Freising, Paderborn und den Diözesen Aachen, Augsburg, Dresden-Meißen, Eichstätt, Erfurt, Essen, Fulda, Görlitz, Hildesheim, Limburg, Magdeburg, Mainz, Münster, Osnabrück, Passau, Regensburg, Rottenburg-Stuttgart, Speyer, Trier, Würzburg.

2. Sitz des Verbandes ist München.

§ 2 – Rechtsstellung, Anwendung der Grundordnung

1. Der Verband der Diözesen Deutschlands ist nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Verfassungsrecht eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.
2. Die Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse findet in ihrer jeweils geltenden, im Amtsblatt des (Erz-)Bistums des jeweiligen Vorsitzenden des Verbandes der Diözesen Deutschlands veröffentlichten Fassung Anwendung.

§ 3 – Aufgaben des Verbandes

1. Der Verband nimmt die Aufgaben wahr, die ihm von der Deutschen Bischofskonferenz im rechtlichen und wirtschaftlichen Bereich übertragen sind, insbesondere:
 - a) Aufstellung und Abwicklung des Haushalts

des Verbandes,

- b) Erwerb und Verwaltung von Beteiligungen,
- c) Aufsicht über die Kirchliche Zusatzversorgungskasse gemäß deren Satzung *und nach näherer Maßgabe von § 16a dieser Satzung*,
- d) Geschäftsführung der Zentral-KODA,
- e) Geschäftsführung der Kommissionen des Verbandes.

2. Auch nimmt der Verband mit Zustimmung der Diözesen rechtliche oder wirtschaftliche Aufgaben wahr, die ihm im überdiözesanen Bereich übertragen werden, insbesondere
 - a) Statistik sowie Beauftragung und Auswertung von Umfragen,
 - b) Vorbereitung und Durchführung der interdiözesanen Kirchenlohnsteuerverrechnung (Clearing-Verfahren),
 - c) Vorbereitung und Durchführung des Finanzausgleichs zwischen den Bistümern.
3. Der Verband beobachtet die Rechtsentwicklung auf den unter Ziff. 1 und 2 aufgeführten Gebieten und gibt erforderlichenfalls Anregungen zur Weiterentwicklung.

§ 4 – Organe

Die Organe des Verbandes sind

- a) die Vollversammlung,
- b) der Verbandsausschuss,
- c) der Verwaltungsrat,
- d) der Geschäftsführer.

§ 5 – Zusammensetzung der Vollversammlung

1. Der Vollversammlung gehören mit Stimmrecht die Diözesanbischöfe oder die Koadjutoren bzw. die Diözesanadministratoren an, wobei sich die Genannten durch besonders schriftlich Bevollmächtigte vertreten lassen können.
2. Jedes stimmberechtigte Mitglied kann einen Berater zuziehen. Vorsitzender der Vollversammlung ist der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz. Bei Verhinderung des Vorsitzenden leitet der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz die Vollversammlung.
3. Die in § 6 Ziff. 1. lit. a) bb) und Ziff. 1 lit b) bb) und cc) der Satzung aufgeführten Mitglieder des Verbandsausschusses nehmen mit beratender Stimme an der Sitzung teil.

4. Die Vertretung eines Mitglieds der Vollversammlung durch ein anderes Mitglied der Vollversammlung ist unzulässig.

§ 6 – Zusammensetzung des Verbandsausschusses

1. Dem Verbandsausschuss gehören an
 - a) mit Stimmrecht
 - aa) aus der Mitte der Vollversammlung des Verbandes: ein Vorsitzender und drei weitere Mitglieder sowie
 - bb) drei Generalvikaredie von der Vollversammlung des Verbandes mit einfacher Mehrheit für die Dauer von 5 Jahren zu berufen sind
 - b) mit beratender Stimme
 - aa) drei auf Vorschlag des Verwaltungsrates von der Vollversammlung des Verbandes für die Dauer von 5 Jahren zu berufende Berater, von denen einer im Benehmen mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken vorgeschlagen wird; von den beiden anderen soll einer Finanzdirektor, der andere Justiziar einer (Erz-)Diözese sein,
 - bb) der Geschäftsführer des Verbandes,
 - cc) der Geschäftsstellenleiter des Verbandes.

Unter den Mitgliedern mit beratender Stimme sollen zwei Laien sein.

Der Verbandsausschuss kann zu Einzelfragen weitere Berater hinzuziehen.

2. Den stellvertretenden Vorsitzenden wählt der Verbandsausschuss aus den stimmberechtigten Mitgliedern gem. Ziff. 1 lit. a) aa).

§ 7 – Zusammensetzung des Verwaltungsrates

1. Jedes Mitglied des Verbandes hat im Verwaltungsrat eine Stimme. Es kann neben einem stimmberechtigten Vertreter einen weiteren Vertreter entsenden.
2. Die im Verbandsausschuss vertretenen Generalvikare, der Geschäftsführer und der Geschäftsstellenleiter des Verbandes sowie der Leiter des Prüfungsamtes nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil. Hinsichtlich der Generalvikare bleibt die Vorschrift der Ziff. 1 unberührt.

3. Den Vorsitz im Verwaltungsrat führt der Vorsitzende des Verbandsausschusses. Den stellvertretenden Vorsitzenden wählt der Verwaltungsrat aus seiner Mitte.

4. Die Vertretung eines Verbandsmitgliedes durch ein anderes ist unzulässig.

§ 8 – entfällt

§ 9 – Geschäftsführer

1. Geschäftsführer des Verbandes ist der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz. Sein Stellvertreter ist der Leiter der Geschäftsstelle.
2. Der Geschäftsführer besorgt die laufenden Geschäfte des Verbandes (Geschäfte der laufenden Verwaltung) und die ihm übertragenen Aufgaben.

Soweit die Entscheidung keinem anderen Organ vorbehalten ist, entscheidet er im Rahmen des genehmigten Haushaltsplanes insbesondere über

- (1) Auswahl und Einstellung der Mitarbeiter, mit Ausnahme der Mitarbeiter des höheren Dienstes,
 - (2) den Abschluss von Rechtsgeschäften,
 - (3) die Vergabe von Mitteln.
3. Der Geschäftsführer kann die Bereichsleiter sowie die Leiter der Dienststellen und Einrichtungen bevollmächtigen, für die laufenden Geschäfte ihres Geschäftsbereichs im Rahmen des genehmigten Haushaltsplanes Willenserklärungen für den Verband abzugeben.

Die Erteilung von Vollmachten im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Veräußerung oder Belastung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten, der Aufnahme von Darlehen sowie für den Abschluss von Anstellungsverträgen ist ausgeschlossen.

§ 10 – Vertretung des Verbandes

Der Verband wird gerichtlich und außergerichtlich durch den Vorsitzenden der Vollversammlung, den Vorsitzenden des Verbandsausschusses oder den Geschäftsführer vertreten. Jeder für sich ist alleinvertretungsberechtigt. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

§ 11 – Aufgaben der Vollversammlung

1. Die Vollversammlung ist für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht nach dieser Satzung anderen Orga-

nen des Verbandes übertragen sind, insbesondere für

- Grundsatzentscheidungen,
- Genehmigung des Haushalts,
- Genehmigung der Verbandsumlage,
- Aufsicht über Geschäftsführung und Verbandsausschuss,
- Neuberufungen in den Verbandsausschuss.

2. Die Vollversammlung entscheidet mit Einstimmigkeit der Mitglieder:

- a) bei Änderungen der Satzung des Verbandes,
- b) bei Verabschiedung und Änderung der Geschäftsordnung und der Haushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung des Verbandes,
- c) bei Auflösung des Verbandes,
- d) bei der Übernahme neuer Aufgaben,
- e) - entfällt -
- f) bei der Errichtung neuer Dienststellen und sonstiger Einrichtungen des Verbandes,
- g) bei der Gewährleistung von Verpflichtungen aus Anstellungsverträgen,
- h) bei Erwerb, Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten über die Höhe von 1 Mio € hinaus,
- i) bei der Gewährung außerplanmäßiger Zuschüsse und Darlehen über die Höhe von 500.000 € hinaus,
- j) bei der Übernahme von Bürgschaften über die Höhe von 500.000 € hinaus,
- k) bei der Aufnahme von Anleihen und der Aufnahme von Darlehen über die Höhe von 5 Mio € hinaus,
- l) bei der Festsetzung der Verbandsumlage,
- m) bei der Verabschiedung des Haushaltsplanes und der Beschlussfassung der Jahresrechnung,
- n) bei einer Änderung des Verteilungsschlüssels für die Umlage auf die einzelnen Diözesen und ihnen gleichgestellten Körperschaften.

3. Die Vollversammlung entscheidet mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder:

- a) über die Prüfung der Jahresrechnung (§ 18) sowie die Auswahl der Prüfungsgesellschaft,
- b) über die Ausweitung bestehender Aufgaben,
- c) in den in § 3 Ziff. 1 lit. c) bis e) aufgeführten Angelegenheiten,
- d) bei Erwerb, Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten bis zur Höhe von 1 Mio €,
- e) bei der Gewährung außerplanmäßiger Zuschüsse und Darlehen bis zu einer Höhe von 500.000 €,

- f) bei der Übernahme von Bürgschaften bis zu einer Höhe von 500.000 €,
 - g) bei der Aufnahme von Darlehen bis zu einer Höhe von 5 Mio €,
 - h) über die Anstellung von Mitarbeitern im Höheren Dienst oder vergleichbaren Vergütungsgruppen,
- sowie in allen übrigen Fällen.

Dies gilt nicht für Wahlen, sofern durch die Geschäftsordnung etwas anderes bestimmt wird.

- 4. Die Beschlussfassung über Angelegenheiten, die nach Ziff. 2 einstimmig zu entscheiden sind, soll durch den Verwaltungsrat nach § 13 Buchstabe b) vorbereitet werden.
- 5. Die Vollversammlung ist beschlussfähig, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Verbandes vertreten sind. Das Verfahren in den Fällen des Erfordernisses der Einstimmigkeit nach Ziff. 2 regelt die Geschäftsordnung.
- 6. Schriftführer der Vollversammlung ist der Geschäftsführer des Verbandes.

§ 12 – Aufgaben des Verbandsausschusses

1. Der Verbandsausschuss hat

- a) die ihm von der Vollversammlung übertragenen Aufgaben wahrzunehmen, insbesondere den Haushalt des Verbandes vorzubereiten,
- b) der Vollversammlung Anregungen zu geben und ihr Vorschläge zu unterbreiten,
- c) Maßnahmen oder Entscheidungen für die Vollversammlung vorzubereiten bzw. Maßnahmen oder Entscheidungen der Vollversammlung umzusetzen,
- d) den Geschäftsführer zu überwachen,
- e) die Maßnahmen zu veranlassen, zu denen die nach § 20

erstatteten Prüfungsberichte Anlass geben.

- 2. In Fällen, in denen nach einstimmiger Auffassung des Verbandsausschusses eine rechtzeitige Beschlussfassung der Vollversammlung nicht möglich oder in denen eine Befassung der Vollversammlung nicht erforderlich erscheint, kann der Verbandsausschuss mit Zustimmung des Vorsitzenden der Vollversammlung Entscheidungen treffen, über die der nächsten Vollversammlung zu berichten ist.

Dabei ist der Verbandsausschuss in jedem Fall an den Haushaltsplan gebunden. Außerdem sind alle Angelegenheiten ausgeschlossen, zu denen nach § 11 Ziff. 2 Einstimmigkeit erforderlich ist.

3. Schriftführer des Verbandsausschusses ist der Geschäftsführer des Verbandes.
4. Der Verbandsausschuss berät den von der Geschäftsstelle aufgestellten und vom Verwaltungsrat beratenen Haushaltsplan und leitet diesen mit seiner Stellungnahme der Vollversammlung zu.

Dasselbe gilt für die Festsetzung oder Veränderung der Verbandsumlage und des Verteilungsschlüssels.

§ 13 – Aufgaben des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat hat die Aufgabe,

- a) die Vollversammlung zu beraten,
- b) Beschlüsse der Vollversammlung, die nach § 11 Ziff. 2 der Einstimmigkeit bedürfen, gemäß § 11 Ziff. 4 vorzubereiten und dabei möglichst Einstimmigkeit zu erreichen. Lässt sich Einstimmigkeit nicht erreichen, so sind die abweichenden Voten mit Begründung der Vollversammlung vorzulegen,
- c) die ihm von der Vollversammlung des Verbandes sonst übertragenen Aufgaben wahrzunehmen.

§ 14 – Vorbereitung der Beratungen des Verbandsausschusses und des Verwaltungsrates

Die Beratungen des Verbandsausschusses und des Verwaltungsrates werden von der Geschäftsstelle vorbereitet.

§ 15 – Kommissionen und Ausschüsse

1. Die Vollversammlung kann Kommissionen einrichten, denen bestimmte Zuständigkeiten zur ständigen Bearbeitung übertragen werden. Die Kommissionen erhalten ihre Arbeitsaufträge über den Geschäftsführer. Anregungsberechtigt sind die Organe des Verbandes. Die Mitglieder der Kommissionen werden von der Vollversammlung jeweils für die Dauer von 5 Jahren berufen. Die Vorsitzenden werden von der Vollversammlung ernannt.
2. Die Vollversammlung kann im Aufgabenbereich jeder Kommission eine oder mehrere Unterkommis-

sionen für bestimmte Sachgebiete der Kommission einrichten. Die Kommission wählt aus ihren Reihen den Vorsitzenden und die Mitglieder der Unterkommission. Der Vorsitzende leitet alle Arbeiten der Unterkommission. Die Unterkommission ist der Kommission verantwortlich.

3. Der Verbandsausschuss kann Ausschüsse mit der Prüfung und Vorbereitung einzelner Beratungsgegenstände beauftragen. Der Auftrag ist in der Regel zeitlich zu befristen. Der Vorsitzende wird vom Verbandsausschuss ernannt.
4. In die Kommissionen, Unterkommissionen und Ausschüsse können auch Mitglieder berufen werden, die den Organen des Verbandes nicht angehören.

§ 16 – Dienststellen und sonstige Einrichtungen des Verbandes

1. Der Verband ist auch Rechtsträger von Dienststellen und Einrichtungen der Deutschen Bischofskonferenz. Über ihre Errichtung als Dienststelle oder sonstige Einrichtung des Verbandes entscheidet die Vollversammlung des Verbandes.
2. Die in der Rechtsträgerschaft des Verbandes stehenden Dienststellen und sonstigen Einrichtungen sind im rechtlichen und wirtschaftlichen Bereich an Weisungen der Organe des Verbandes gebunden.

§ 16a – Aufsicht über die Kirchliche Zusatzversorgungskasse

1. *Der Verband richtet zur Wahrnehmung der Aufsicht über die Kirchliche Zusatzversorgungskasse eine Verbandsaufsicht ein. Über ihre Errichtung als Einrichtung des Verbandes entscheidet die Vollversammlung des Verbandes.*
2. *Die Verbandsaufsicht nimmt die Rechts-, Fach- und Finanzaufsicht über die Kirchliche Zusatzversorgungskasse gemäß deren Satzung und nach näherer Maßgabe einer von der Vollversammlung des Verbandes zu verabschiedenden Ordnung über die Aufgaben einer Verbandsaufsicht wahr. § 16 Abs. 2 findet insoweit keine Anwendung.*
3. *In die Verbandsaufsicht können auch Mitglieder berufen werden, die den Organen des Verbandes nicht angehören.*

4. ¹Der Verband richtet einen KZVK-Ausschuss ein. ²Der KZVK-Ausschuss besteht auf Vorschlag des Verwaltungsrates aus mindestens einem Generalvikar und drei weiteren Mitgliedern. ³Die Mitglieder des KZVK-Ausschusses sind von der Vollversammlung des Verbandes mit einfacher Mehrheit für die Dauer von 5 Jahren zu berufen. ⁴Der KZVK-Ausschuss kann zu Einzelfragen weitere Berater, die nicht den Organen des Verbandes angehören müssen, hinzuziehen. ⁵ Den Vorsitz im KZVK-Ausschuss führt der Vorsitzende, den die Mitglieder des KZVK-Ausschusses aus ihrer Mitte wählen.

5. ¹Der KZVK-Ausschuss hat die nach näherer Maßgabe der Satzung der KZVK und der Ordnung über die Aufgaben einer Verbandsaufsicht festgelegten Maßnahmen und Entscheidungen für die Vollversammlung vorzubereiten bzw. Maßnahmen oder Entscheidungen der Vollversammlung umzusetzen. ²Hierzu gehören insbesondere

- a) die Vorbereitung und Unterstützung der Berufung bzw. Abberufung der Mitglieder der Verbandsaufsicht sowie der Organe der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse,
- b) der Abschluss, die Änderung und Beendigung der Anstellungsverträge mit den Mitgliedern der Verbandsaufsicht,
- c) die Einwilligung zu Nebentätigkeiten und zu anderweitigen Tätigkeiten eines hauptamtlichen Mitglieds der Verbandsaufsicht,
- d) die Festlegung der Höhe der Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen für die nicht hauptamtlichen Mitglieder der Verbandsaufsicht sowie für die Organe der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse.

³In Fällen, in denen nach einstimmiger Auffassung des KZVK-Ausschusses eine rechtzeitige Beschlussfassung der Vollversammlung nicht möglich oder in denen eine Beschlussfassung der Vollversammlung nicht erforderlich erscheint, kann der KZVK Ausschuss mit Zustimmung des Vorsitzenden der Vollversammlung Entscheidungen treffen, über die der nächsten Vollversammlung sowie im Verwaltungsrat zu berichten ist.

6. Die Verbandsaufsicht wird mit den für eine effektive Aufgabenwahrnehmung erforderlichen finanziellen und sachlichen Mitteln ausgestattet.

§ 17 – Haushaltsplan des Verbandes

1. Alle Einnahmen und Ausgaben des Verbandes müs-

sen für jedes Jahr veranschlagt und in den Haushaltsplan eingestellt werden.

2. Ausgaben, die zur Deckung der Kosten bestehender, bereits bewilligter Einrichtungen und zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen des Verbandes erforderlich sind, müssen in den Haushaltsplan eingestellt werden.
3. Der in Einnahmen und Ausgaben auszugleichende Haushaltsplan ist vor Beginn des Haushaltsjahres durch die Vollversammlung zu verabschieden.

4. Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 18 – Rechnungslegung

Über die Verwendung aller Verbandseinnahmen legt der Geschäftsführer im folgenden Haushaltsjahr der Vollversammlung Rechnung.

§ 19 – Haushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung

Das Nähere zum Haushaltsplan, zur Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes, zur Wirtschaftsführung während einer haushaltslosen Zeit und zur Rechnungslegung regelt eine Haushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung.

§ 20 – Prüfung der Jahresrechnung

Die Prüfung der Jahresrechnung des Verbandes, seiner Dienststellen und sonstigen Einrichtungen, sowie die Prüfung der Stellen, die Zuwendungen aus dem Haushalt des Verbandes erhalten, erfolgt aufgrund Beschlusses der Vollversammlung durch das Prüfungsamt oder eine von der Vollversammlung zu bestimmende Prüfungsgesellschaft (§ 11 Ziff. 3 lit. a)).

§ 21 – Auflösung

Bei Auflösung des Verbandes entscheidet die Deutsche Bischofskonferenz darüber, wem und zu welchem Zweck das Vermögen des Verbandes nach Befriedigung sämtlicher Gläubiger und nach Ausgleich aller Verrechnungskosten zufließen soll. Es dürfen dabei nur kirchliche oder gemeinnützige Zwecke berücksichtigt werden.

§ 22 – Geschäftsordnung

Der Verband gibt sich im Rahmen dieser Satzung eine Geschäftsordnung.

§ 23 – Öffentliche Bekanntmachungen

Die Satzung des Verbandes wird einschließlich ihrer Änderungen in den Amtsblättern der den Verband bildenden (Erz-)Diözesen bekannt gemacht. Die Errichtung des Verbandes, seine Satzung, die Namen der Vertretungsberechtigten und Text und Form des Siegels sollen in den zuständigen staatlichen Verkündigungsorganen bekannt gegeben werden.

§ 24 – Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am *1. Januar 2017* in Kraft.

Zu dem gleichen Zeitpunkt tritt die Satzung vom 1. Dezember 1976 *i. d. F. der letzten Änderung vom 25. April 2013* außer Kraft.

Der Bischof von Limburg

Nr. 612 Urkunde über die Neuordnung der Katholischen Pfarreien und Kirchengemeinden Sankt Anna-Sankt Raphael Frankfurt-Hausen, Sankt Antonius Frankfurt-Rödelheim, Christ-König Frankfurt-Praunheim, Sankt Elisabeth Frankfurt-Bockenheim und Frauenfrieden Frankfurt-Bockenheim

1. Nach Anhörung der unmittelbar Beteiligten und des die Aufgaben des Konsultorenkollegiums wahrnehmenden Domkapitels (vgl. c. 515 § 2 CIC i. V. m. c. 501 § 2 CIC und der Partikularnorm der Deutschen Bischofskonferenz zu c. 502 § 3 CIC) werden die Pfarreien Sankt Anna-Sankt Raphael Frankfurt-Hausen, Sankt Antonius Frankfurt-Rödelheim, Christ-König Frankfurt-Praunheim, Sankt Elisabeth Frankfurt-Bockenheim und Frauenfrieden Frankfurt-Bockenheim, die in Bezug auf die Rechtsfähigkeit im weltlichen Rechtsverkehr Körperschaften des öffentlichen Rechts sind und diesbezüglich die Bezeichnung „Kirchengemeinden“ tragen, mit Ablauf des 31. Dezember 2016 aufgehoben und gemäß c. 121 CIC zum 1. Januar 2017 zu einer neuen Pfarrei und Kirchengemeinde vereinigt, die den Namen St. Marien Frankfurt am Main trägt.
2. Das Pfarrgebiet der neuen Pfarrei St. Marien Frankfurt am Main umfasst die Gebiete der bisherigen Pfarreien Sankt Anna-Sankt Raphael Frankfurt-Hausen, Sankt Antonius Frankfurt-Rödelheim, Christ-König Frankfurt-Praunheim, Sankt Elisabeth Frankfurt-Bockenheim und Frauenfrieden Frankfurt-Bockenheim.

3. Die Pfarrkirche der neu errichteten Pfarrei ist die Kirche Frauenfrieden in Frankfurt-Bockenheim. Die Kirchen Sankt Anna mit Sankt Raphael in Frankfurt-Hausen, Sankt Antonius in Frankfurt-Rödelheim, Christ-König in Frankfurt-Praunheim und Sankt Elisabeth in Frankfurt-Bockenheim sind somit weitere Kirchen der neuen Pfarrei.
4. Das gesamte Kirchenvermögen (einschließlich aller Forderungen und Verbindlichkeiten) der bisherigen Pfarreien und Kirchengemeinden Sankt Anna-Sankt Raphael Frankfurt-Hausen, Sankt Antonius Frankfurt-Rödelheim, Christ-König Frankfurt-Praunheim, Sankt Elisabeth Frankfurt-Bockenheim und Frauenfrieden Frankfurt-Bockenheim wird der neuen Pfarrei und Kirchengemeinde St. Marien Frankfurt am Main zugeführt. Dabei bleiben die bisherigen Zweckbindungen von Vermögensmassen bestehen. Die Kirchenbücher der o. g. bisherigen Pfarreien und Kirchengemeinden werden zum 31. Dezember 2016 geschlossen. Die neue Pfarrei und Kirchengemeinde St. Marien Frankfurt am Main legt neue Kirchenbücher an.
5. Die neue Kirchengemeinde St. Marien Frankfurt am Main führt ein Kirchensiegel mit der Aufschrift: Katholische Kirchengemeinde St. Marien Frankfurt am Main – Der Verwaltungsrat. Das Siegel des Pfarramtes lautet: Katholische Pfarrei St. Marien Frankfurt am Main.
6. Diese Urkunde wird zum 1. Januar 2017 wirksam.

Az.: 613E/42702/16/02/1, 613E/27210/16/02/1, 613E/27210/16/02/1, 613E/2546/16/04/1, 613E/44511/16/02/1, 613E/37032/16/02/1

Limburg, 8. Dezember 2016 + Dr. Georg Bätzing
Bischof von Limburg

Nr. 613 Urkunde über die Neuordnung der Katholischen Pfarreien und Kirchengemeinden St. Martin Idstein, Maria Königin Niedernhausen, St. Michael Niedernhausen-Oberjosbach und St. Nikolaus-von-Flüe Idstein-Wörsdorf sowie der Pfarrvikarien und Kirchengemeinden St. Martha Niedernhausen-Engenhahn und St. Thomas Waldems-Esch

1. Nach Anhörung der unmittelbar Beteiligten und des die Aufgaben des Konsultorenkollegiums wahrnehmenden Domkapitels (vgl. c. 515 § 2 CIC i. V. m. c. 501 § 2 CIC und der Partikularnorm der Deutschen Bischofskonferenz zu c. 502 § 3 CIC) werden die Pfarreien St. Martin Idstein, Maria Königin

Niedernhausen, St. Michael Niedernhausen-Oberjosbach und St. Nikolaus-von-Flüe Idstein-Wörsdorf sowie die Pfarrvikarien St. Martha Niedernhausen-Engenhahn und St. Thomas Waldems-Esch, die in Bezug auf die Rechtsfähigkeit im weltlichen Rechtsverkehr Körperschaften des öffentlichen Rechts sind und diesbezüglich die Bezeichnung „Kirchengemeinden“ tragen, mit Ablauf des 31. Dezember 2016 aufgehoben und gemäß c. 121 CIC zum 1. Januar 2017 zu einer neuen Pfarrei und Kirchengemeinde vereinigt, die den Namen St. Martin Idsteiner Land (Sitz: Idstein) trägt.

2. Das Pfarrgebiet der neuen Pfarrei St. Martin Idsteiner Land (Sitz: Idstein) umfasst die Gebiete der bisherigen Pfarreien St. Martin Idstein, Maria Königin Niedernhausen, St. Michael Niedernhausen-Oberjosbach und St. Nikolaus-von-Flüe Idstein-Wörsdorf sowie der bisherigen Pfarrvikarien St. Martha Niedernhausen-Engenhahn und St. Thomas Waldems-Esch.
3. Die Pfarrkirche der neu errichteten Pfarrei ist die Kirche St. Martin in Idstein. Die Kirchen Maria Königin in Niedernhausen, St. Nikolaus-von-Flüe in Idstein-Wörsdorf, St. Martha in Niedernhausen-Engenhahn, St. Michael in Niedernhausen-Oberjosbach und St. Thomas in Waldems-Esch sind somit weitere Kirchen der neuen Pfarrei.
4. Das gesamte Kirchenvermögen (einschließlich aller Forderungen und Verbindlichkeiten) der bisherigen Pfarreien und Kirchengemeinden St. Martin Idstein, Maria Königin Niedernhausen, St. Michael Niedernhausen-Oberjosbach und St. Nikolaus-von-Flüe Idstein-Wörsdorf sowie der Pfarrvikarien und Kirchengemeinden St. Martha Niedernhausen-Engenhahn und St. Thomas Waldems-Esch wird der neuen Pfarrei und Kirchengemeinde St. Martin Idsteiner Land (Sitz: Idstein) zugeführt. Dabei bleiben die bisherigen Zweckbindungen von Vermögensmassen bestehen. Die Kirchenbücher der o. g. bisherigen Pfarreien und Kirchengemeinden werden zum 31. Dezember 2016 geschlossen. Die neue Pfarrei und Kirchengemeinde St. Martin Idsteiner Land (Sitz: Idstein) legt neue Kirchenbücher an.
5. Die neue Kirchengemeinde St. Martin Idsteiner Land (Sitz: Idstein) führt ein Kirchensiegel mit der Aufschrift: Katholische Kirchengemeinde St. Martin Idsteiner Land (Sitz: Idstein) – Der Verwaltungsrat. Das Siegel des Pfarramtes lautet: Katholische Pfarrei St. Martin Idsteiner Land (Sitz: Idstein).

6. Diese Urkunde wird zum 1. Januar 2017 wirksam.

Az.: 613E/43385/16/05/1, 613E/7331/16/02/1, 613E/5822/16/01/1, 613E/4210/16/01/1, 613E/5838/16/03/1, 613E/36747/16/01/1

Limburg, 8. Dezember 2016 + Dr. Georg Bätzing
Bischof von Limburg

Nr. 614 Urkunde über die Neuordnung der Katholischen Pfarreien und Kirchengemeinden St. Peter in Ketten Montabaur, St. Josef Niederelbert, St. Laurentius Oberelbert mit der Kirchengemeinde St. Johannes der Täufer Welschneudorf, St. Bartholomäus Gackebach-Kirchähr, St. Margaretha Holler und St. Wendelin Stahlhofen sowie die Katholische Pfarrvikarie und Kirchengemeinde St. Johannes der Täufer Horressen-Elgendorf

1. Nach Anhörung der unmittelbar Beteiligten und des die Aufgaben des Konsultorenkollegiums wahrnehmenden Domkapitels (vgl. c. 515 § 2 CIC i. V. m. c. 501 § 2 CIC und der Partikularnorm der Deutschen Bischofskonferenz zu c. 502 § 3 CIC) werden die Pfarreien St. Peter in Ketten Montabaur, St. Josef Niederelbert, St. Laurentius Oberelbert mit der Kirchengemeinde St. Johannes der Täufer Welschneudorf, St. Bartholomäus Gackebach-Kirchähr, St. Margaretha Holler und St. Wendelin Stahlhofen sowie die Katholische Pfarrvikarie St. Johannes der Täufer Horressen-Elgendorf, die in Bezug auf die Rechtsfähigkeit im weltlichen Rechtsverkehr Körperschaften des öffentlichen Rechts sind und diesbezüglich die Bezeichnung „Kirchengemeinden“ tragen, mit Ablauf des 31. Dezember 2016 aufgehoben und gemäß c. 121 CIC zum 1. Januar 2017 zu einer neuen Pfarrei und Kirchengemeinde vereinigt, die den Namen St. Peter Montabaur trägt.
2. Das Pfarrgebiet der neuen Pfarrei St. Peter Montabaur umfasst die Gebiete der bisherigen Pfarreien St. Peter in Ketten Montabaur, St. Josef Niederelbert, St. Laurentius Oberelbert mit der Kirchengemeinde St. Johannes der Täufer Welschneudorf, St. Bartholomäus Gackebach-Kirchähr, St. Margaretha Holler und St. Wendelin Stahlhofen sowie der Katholischen Pfarrvikarie St. Johannes der Täufer Horressen-Elgendorf.
3. Die Pfarrkirche der neu errichteten Pfarrei ist die Kirche St. Peter in Ketten in Montabaur. Die Kirchen St. Johannes der Täufer in Horressen, Mariä Geburt in Elgendorf, St. Josef in Niederelbert, St. Laurentius in Oberelbert, St. Johannes Baptist in Welschneu-

dorf, St. Bartholomäus in Gackenbach, St. Margaretha in Holler und St. Wendelin in Stahlhofen sowie die Wallfahrtskirche Unsere Liebe Frau in Wirzenborn und die Kirche beim Karlsheim-Kirchähr in Gackenbach-Kirchähr sind somit weitere Kirchen der neuen Pfarrei.

4. Das gesamte Kirchenvermögen (einschließlich aller Forderungen und Verbindlichkeiten) der bisherigen Pfarreien und Kirchengemeinden St. Peter in Ketten Montabaur, St. Josef Niederelbert, St. Laurentius Oberelbert mit der Kirchengemeinde St. Johannes der Täufer Welschneudorf, St. Bartholomäus Gackenbach-Kirchähr, St. Margaretha Holler und St. Wendelin Stahlhofen sowie der Katholischen Pfarrvikarie und Kirchengemeinde St. Johannes der Täufer Horressen-Elgendorf, wird der neuen Pfarrei und Kirchengemeinde St. Peter Montabaur zugeführt. Dabei bleiben die bisherigen Zweckbindungen von Vermögensmassen bestehen. Die Kirchenbücher der o.g. bisherigen Pfarreien und Kirchengemeinden werden zum 31. Dezember 2016 geschlossen. Die neue Pfarrei und Kirchengemeinde St. Peter Montabaur legt neue Kirchenbücher an.
5. Die neue Kirchengemeinde St. Peter Montabaur führt ein Kirchensiegel mit der Aufschrift: Katholische Kirchengemeinde St. Peter Montabaur – Der Verwaltungsrat. Das Siegel des Pfarramtes lautet: Katholische Pfarrei St. Peter Montabaur.
6. Diese Urkunde wird zum 1. Januar 2017 wirksam.

Az.: 613E/50957/16/02/2, 613E/47152/16/03/1, 613E/5950/16/01/1, 613E/51140/16/02/, 613E/2851/16/01/1, 613E/4019/16/03/1, 613E/6935/16/03/1, 613E/5583/16/02/1

Limburg, 8. Dezember 2016 + Dr. Georg Bätzing
Bischof von Limburg

Nr. 615 Urkunde über die Neuordnung der Katholischen Pfarreien und Kirchengemeinden St. Peter und Paul Arzbach-Kadenbach und St. Anna-St. Rochus Neuhäusel und Simmern sowie der Pfarrvikarie Mariä Himmelfahrt Eitelborn

1. Nach Anhörung der unmittelbar Beteiligten und des die Aufgaben des Konsultorenkollegiums wahrnehmenden Domkapitels (vgl. c. 515 § 2 CIC i. V. m. c. 501 § 2 CIC und der Partikularnorm der Deutschen Bischofskonferenz zu c. 502 § 3 CIC) werden die Pfarreien St. Peter und Paul Arzbach-

Kadenbach und St. Anna-St. Rochus Neuhäusel und Simmern sowie die Pfarrvikarie Mariä Himmelfahrt Eitelborn, die in Bezug auf die Rechtsfähigkeit im weltlichen Rechtsverkehr Körperschaften des öffentlichen Rechts sind und diesbezüglich die Bezeichnung „Kirchengemeinden“ tragen, mit Ablauf des 31. Dezember 2016 aufgehoben und gemäß c. 121 CIC zum 1. Januar 2017 zu einer neuen Pfarrei und Kirchengemeinde vereinigt, die den Namen St. Marien in der Augst (Sitz: Neuhäusel) trägt.

2. Das Pfarrgebiet der neuen Pfarrei St. Marien in der Augst (Sitz: Neuhäusel) umfasst die Gebiete der bisherigen Pfarreien St. Peter und Paul Arzbach-Kadenbach und St. Anna-St. Rochus Neuhäusel und Simmern sowie der bisherigen Pfarrvikarie Mariä Himmelfahrt Eitelborn.
3. Die Pfarrkirche der neu errichteten Pfarrei ist die Kirche St. Anna in Neuhäusel. Die Kirchen St. Peter und Paul Arzbach, Mariä Himmelfahrt in Eitelborn, St. Josef in Kadenbach und St. Rochus in Simmern sind somit weitere Kirchen der neuen Pfarrei.
4. Das gesamte Kirchenvermögen (einschließlich aller Forderungen und Verbindlichkeiten) der bisherigen Pfarreien und Kirchengemeinden St. Peter und Paul Arzbach-Kadenbach und St. Anna-St. Rochus Neuhäusel und Simmern sowie der Pfarrvikarie und Kirchengemeinde Mariä Himmelfahrt Eitelborn wird der neuen Pfarrei und Kirchengemeinde St. Marien in der Augst (Sitz: Neuhäusel) zugeführt. Dabei bleiben die bisherigen Zweckbindungen von Vermögensmassen bestehen. Die Kirchenbücher der o.g. bisherigen Pfarreien und Kirchengemeinden werden zum 31. Dezember 2016 geschlossen. Die neue Pfarrei und Kirchengemeinde St. Marien in der Augst (Sitz: Neuhäusel) legt neue Kirchenbücher an.
5. Die neue Kirchengemeinde St. Marien in der Augst (Sitz: Neuhäusel) führt ein Kirchensiegel mit der Aufschrift: Katholische Kirchengemeinde St. Marien in der Augst (Sitz: Neuhäusel) – Der Verwaltungsrat. Das Siegel des Pfarramtes lautet: Katholische Pfarrei St. Marien in der Augst (Sitz: Neuhäusel).

6. Diese Urkunde wird zum 1. Januar 2017 wirksam.

Az.: 613E/66/16/02/1, 613E/5685/16/02/1, 613E/46903/16/01/1

Limburg, 8. Dezember 2016 + Dr. Georg Bätzing
Bischof von Limburg

Nr. 616 Urkunde über die Neuordnung der Katholischen Pfarreien und Kirchengemeinden St. Peter und Paul Elsoff, St. Petrus in Ketten Hellenhahn-Schellenberg mit der Kirchengemeinde Mariä Himmelfahrt Neustadt/Ww., Mariä Heimsuchung Höhn, St. Hubertus Rennerod, St. Josef Höhn-Schönberg, St. Kilian Seck mit der Kirchengemeinde Mariä Geburt Irmtraut und St. Matthäus Westernohe

1. Nach Anhörung der unmittelbar Beteiligten und des die Aufgaben des Konsultorenkollegiums wahrnehmenden Domkapitels (vgl. c. 515 § 2 CIC i.V.m. c. 501 § 2 CIC und der Partikularnorm der Deutschen Bischofskonferenz zu c. 502 § 3 CIC) werden die Pfarreien St. Peter und Paul Elsoff, St. Petrus in Ketten Hellenhahn-Schellenberg mit der Kirchengemeinde Mariä Himmelfahrt Neustadt/Ww., Mariä Heimsuchung Höhn, St. Hubertus Rennerod, St. Josef Höhn-Schönberg, St. Kilian Seck mit der Kirchengemeinde Mariä Geburt Irmtraut und St. Matthäus Westernohe, die in Bezug auf die Rechtsfähigkeit im weltlichen Rechtsverkehr Körperschaften des öffentlichen Rechts sind und diesbezüglich die Bezeichnung „Kirchengemeinden“ tragen, mit Ablauf des 31. Dezember 2016 aufgehoben und gemäß c. 121 CIC zum 1. Januar 2017 zu einer neuen Pfarrei und Kirchengemeinde vereinigt, die den Namen St. Franziskus im Hohen Westerwald (Sitz: Rennerod) trägt.
2. Das Pfarrgebiet der neuen Pfarrei St. Franziskus im Hohen Westerwald (Sitz: Rennerod) umfasst die Gebiete der bisherigen Pfarreien St. Peter und Paul Elsoff, St. Petrus in Ketten Hellenhahn-Schellenberg mit der Kirchengemeinde Mariä Himmelfahrt Neustadt/Ww., Mariä Heimsuchung Höhn, St. Hubertus Rennerod, St. Josef Höhn-Schönberg, St. Kilian Seck mit der Kirchengemeinde Mariä Geburt Irmtraut und St. Matthäus Westernohe.
3. Die Pfarrkirche der neu errichteten Pfarrei ist die Kirche St. Hubertus in Rennerod. Die Kirchen St. Johannes der Täufer in Waldmühlen, St. Kilian in Seck, St. Mariä Geburt in Irmtraut, St. Petrus in Ketten in Hellenhahn-Schellenberg, Mariä Himmelfahrt in Neustadt/Ww., Mariä Heimsuchung in Höhn, St. Josef in Schönberg, St. Wendelinus in Ailertchen, St. Peter und Paul in Elsoff, St. Johannes der Täufer in Mittelhofen, St. Josef in Oberrod und St. Matthäus in Westernohe sind somit weitere Kirchen der neuen Pfarrei.

4. Das gesamte Kirchenvermögen (einschließlich aller Forderungen und Verbindlichkeiten) der bisherigen Pfarreien und Kirchengemeinden St. Peter und Paul Elsoff, St. Petrus in Ketten Hellenhahn-Schellenberg mit der Kirchengemeinde Mariä Himmelfahrt Neustadt/Ww., Mariä Heimsuchung Höhn, St. Hubertus Rennerod, St. Josef Höhn-Schönberg, St. Kilian Seck mit der Kirchengemeinde Mariä Geburt Irmtraut und St. Matthäus Westernohe wird der neuen Pfarrei und Kirchengemeinde St. Franziskus im Hohen Westerwald (Sitz: Rennerod) zugeführt. Dabei bleiben die bisherigen Zweckbindungen von Vermögensmassen bestehen. Die Kirchenbücher der o.g. bisherigen Pfarreien und Kirchengemeinden werden zum 31. Dezember 2016 geschlossen. Die neue Pfarrei und Kirchengemeinde St. Franziskus im Hohen Westerwald (Sitz: Rennerod) legt neue Kirchenbücher an.
5. Die neue Kirchengemeinde St. Franziskus im Hohen Westerwald (Sitz: Rennerod) führt ein Kirchensiegel mit der Aufschrift: Katholische Kirchengemeinde St. Franziskus im Hohen Westerwald (Sitz: Rennerod) – Der Verwaltungsrat. Das Siegel des Pfarramtes lautet: Katholische Pfarrei St. Franziskus im Hohen Westerwald (Sitz: Rennerod).
6. Diese Urkunde wird zum 1. Januar 2017 wirksam.

Az.: 613E/42319/16/02/1, 613E/3532/16/01/1, 613E/5717/16/01/1, 613E/3900/16/01/1, 613E/6331/16/01/2, 613E/3948/16/01/1, 613E/6574/16/02/1, 613E/4231/16/01/1, 613E/7617/16/02/1

Limburg, 8. Dezember 2016 + Dr. Georg Bätzing
Bischof von Limburg

Bischöfliches Ordinariat

Nr. 617 Profanierung der katholischen Kirche St. Johannes in Frankfurt-Goldstein und des darin befindlichen Altars

Mit Termin 31. Dezember 2016 hat der Bischof gemäß c. 1222 § 2 CIC die katholische Kirche St. Johannes in 60529 Frankfurt, Am Wiesenhof 76a, und gemäß c. 1238 CIC den darin befindlichen Altar für profan erklärt.

Der Priesterrat wurde am 28. November 2016 angehört.

Nr. 618 Profanierung der Kapelle im St.-Marien-Krankenhaus in Frankfurt und des darin befindlichen Altars

Mit Termin 30. Januar 2017 hat der Bischof gemäß c. 1224 § 2 CIC die Kapelle im St.-Marien-Krankenhaus in 60318 Frankfurt, Richard-Wagner-Straße 14, und gemäß c. 1238 CIC den darin befindlichen Altar für profan erklärt.

Nr. 619 Wahlen der Mitarbeitervertretungen im Bistum Limburg 2017

Gemäß § 13 Abs. 1 der Ordnung für die Mitarbeitervertretungen im Bistum Limburg (MAVO) findet in der Zeit vom 1. März bis zum 30. April 2017 die turnusmäßige Neuwahl der Mitarbeitervertretungen (MAVen) im einheitlichen Wahlzeitraum statt.

Alle Dienststellen, Einrichtungen und sonstigen selbstständig geführten Stellen i. S. d. § 1 Abs. 1 MAVO werden hiermit auf ihre Verpflichtung zur Durchführung der Wahl hingewiesen. Eine Ausnahme von dieser Verpflichtung besteht für diejenigen Einrichtungen, in denen nach dem 29. Februar 2016 eine Mitarbeitervertretungswahl erfolgt ist und deren dabei gewählte MAV weiterhin besteht, § 13 Abs. 5 S. 2 MAVO, sowie für diejenigen Einrichtungen, die weniger als fünf wahlberechtigte Mitarbeiter beschäftigen, von denen mindestens drei wählbar sind, § 6 Abs. 1 MAVO.

Es wird besonders darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Wahl gem. § 9 Abs. 4 MAVO der Dienstgeber dem Wahlausschuss eine Liste aller Mitarbeiter vorzulegen hat. Diese Liste hat alle Mitarbeiter der Einrichtung zu enthalten, unabhängig von ihrer Position und Tätigkeit und der Frage, ob sie ein aktives oder passives Wahlrecht zur MAV-Wahl besitzen. Die Entscheidung über die Wählbarkeit einzelner Personen wird durch den Wahlausschuss getroffen.

Die Meldung über das Wahlergebnis, die Zusammensetzung der gem. § 12 Abs. 5 MAVO fortbestehenden Mitarbeitervertretung oder die Mitteilung, dass die Einrichtung die Voraussetzung zur Bildung einer MAV gem. § 6 MAVO nicht erfüllt, ist bis zum 12. Mai 2017 der Haupt-MAV/DiAG, Frau Christina Merkel, Graupfortstr. 5, 65549 Limburg, vorzulegen. Dort wird die weitere Erfassung der MAVen zur Durchführung der Wahl der Haupt-MAV erfolgen.

Weitere Informationen über die Durchführung der Wahl sowie Vordrucke der Wahlprotokolle sind ebenfalls bei

der Haupt-MAV/DiAG unter dieser Adresse oder per E-Mail: c.merkel@mav.bistumlimburg.de oder Fax: 06431 997-305 erhältlich.

Nr. 620 Beschluss der KODA vom 2. Juni 2016: § 10 AVO – Regelmäßige Arbeitszeit und Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage – Korrektur

Der Beschluss der KODA vom 2. Juni 2016, veröffentlicht im Amtsblatt 2016, S. 543 (Nr. 450), wird wie folgt korrigiert:

§ 10 Abs. 3a Satz 4 AVO erhält folgenden Wortlaut:

„Beim Caritasverband Frankfurt e. V., beim Caritasverband für den Bezirk Main-Taunus e. V., beim Haus der Volksarbeit e. V. und beim Arbeitgeber Bistum Limburg kann durch Dienstvereinbarungen von dieser Regelung abgewichen werden.“

Nr. 621 Druckschriften und Broschüren des Sekretariates der Deutschen Bischofskonferenz

Das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz hat folgende Broschüre herausgegeben:

- „Gewaltlosigkeit – Stil einer Politik für den Frieden.“ Welttag des Friedens 2017 (Arbeitshilfen Nr. 291);
- „Zur Freiheit hat uns Christus befreit.“ (Gal 5, 1) Sucht – eine Herausforderung für die Pastoral (Arbeitshilfen Nr. 292);
- Apostolisches Schreiben „Misericordia et misera“ von Papst Franziskus zum Abschluss des Außerordentlichen Heiligen Jahres der Barmherzigkeit. (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 207).

Interessenten können diese Broschüre beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz bestellen, Tel.: 0228 103-205, Fax: 0228 103-330. Die Broschüren werden zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Nr. 622 Anbetungstage in Schönstatt

Vom 26. bis zum 28. Februar 2017 (Fastnachtssonntag, 18:00 Uhr, bis Dienstag, 13:00 Uhr) werden im Bildungs- und Gästehaus Marienau in Schönstatt Tage der Besinnung und der eucharistischen Anbetung für Priester, Diakone und Theologiestudenten angeboten. Das Thema lautet: „Pastoral und Spiritualität.“, Referent ist Pfarrer Kurt Faulhaber, Heidelberg.

Anmeldung: Bildungs- und Gästehaus Marienau, 56179 Vallendar-Schönstatt, Tel. 0261 96262-0.

Nr. 623 Priesterexerzitien in der Benediktinerabtei Weltenburg

Die Benediktinerabtei Weltenburg lädt zu folgenden Priesterexerzitien im Jahr 2017 ein:

- 13. bis 17. März 2017: „Magnificat – Der Lobgesang Mariens als Anregung für das geistliche Leben. Schweigeexerzitien für Priester und Diakone.“ Leitung: Prof. Dr. Ludwig Mödl, München;
- 16. bis 20. Oktober 2017: „Das geistliche Amt (Bischof – Priester – Diakon) und seine Aufgaben in der gegenwärtigen Kirche. Schweigeexerzitien für Priester und Diakone.“ Leitung: Prof. Dr. Ludwig Mödl, München;
- 6. bis 11. November 2017: „Wege zu einer dynamischen Spiritualität: Freundschaft mit Christus. Schweigeexerzitien für Priester und Diakone.“ Leitung: Dr. Wilfried Hagemann, Augsburg/Münster.

Informationen und Kontakt: Benediktinerabtei Weltenburg, Haus St. Georg, 93309 Weltenburg, Tel.: 09441 6757-500.

Nr 624 Totenmeldung

Jesus Christus, unser auferstandener Herr und Erlöser, hat am 11. Dezember 2016 plötzlich und unerwartet unseren Mitbruder Herrn Bezirksdekan Pfarrer Franz-Josef Kremer im Alter von 65 Jahren in Elz zu sich heimgerufen.

Franz-Josef Kremer wurde am 12. Juli 1951 in Wallmerod geboren. Von 1958 bis 1966 besuchte er die dortige Volksschule. Es folgte die zweijährige kaufmännische Berufsfachschule in Westerbürg, wo er die Mittlere Reife erwarb. An der Fachoberschule mit der Fachrichtung „Wirtschaft“ in Limburg legte er im Jahr 1972 die Fachhochschulreife ab und begann im Anschluss daran das Studium der Sozialarbeit an der staatlichen Fachhochschule Frankfurt. Dort erwarb er 1976 den Abschluss eines staatlich anerkannten Sozialarbeiters und die allgemeine Hochschulreife. Unmittelbar danach begann er seine berufliche Tätigkeit als Jugendbildungsreferent beim Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) im Bistum Limburg. Im Juli 1981 wurde ihm das neu eingerichtete Fachreferat „Internationale Friedensarbeit“ beim BDKJ-Diözesanverband Limburg übertragen. Schließlich wechselte er im November 1985 in das Dezernat „Kirchliche Dienste“ im Bischöflichen Ordinariat in Limburg und übernahm mit einer halben Stelle das Referat „Straffälligenseelsorge“. Mit einer weiteren halben Stelle war er als pastoraler Mitarbeiter in der

katholischen Seelsorge in den Justizvollzugsanstalten in Diez beschäftigt.

In dieser Zeit reifte in Franz-Josef Kremer, der seit seiner Jugend in hohem Maße in der eigenen Pfarrei und in kirchlichen Jugendverbänden engagiert war, der Wunsch, Priester zu werden. So begann er zum Wintersemester 1987 im Alter von 36 Jahren das Studium an der philosophisch-theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt und erlangte im Jahr 1992 das Diplom.

Am 25. Juni 1994 wurde er von Bischof Dr. Franz Kamphaus im Limburger Dom zum Priester geweiht.

Seine erste Stelle führte ihn als Kaplan in die Pfarreien bzw. Pfarrvikarien von Hadamar, Niederzeuzheim, Oberweyer, Oberzeuzheim und Steinbach. Im Anschluss daran wurden ihm die Pfarreien St. Johannes der Täufer in Elz und St. Servatius in Offheim anvertraut – ab September 1997 zunächst zur Pfarrverwaltung, ab dem 1. Februar 1998 dann zur Leitung als Pfarrer. Dort fühlte er sich wohl, dort übernahm er Verantwortung und stellte seine Kräfte in den Dienst des Evangeliums. Im gleichen Jahr, 1998, berief ihn der Bischof zum Vorstandmitglied des Caritasverbandes für den Bezirk Limburg. Von November 2005 bis Oktober 2014 war Pfarrer Kremer zusätzlich Priesterlicher Leiter des Pastoralen Raumes Elz und hatte ab dem 1. Oktober 2006 für vier Jahre das Amt des Dekans im Dekanat Hadamar inne. Im Jahr 2010 wurde Pfarrer Kremer vom Bischof zum Bezirksdekan für den Bezirk Limburg berufen und war somit Mitglied der Plenarkonferenz des Bischöflichen Ordinariats, in der er nicht nur dem Bezirk Limburg eine Stimme verlieh, sondern sich auch mit wertvollen Diskussionsbeiträgen und Vorschlägen einbrachte. In diesem Amt wurde er im Oktober 2015 bestätigt.

Pfarrer Kremer wurde nicht müde, dort zu helfen, wo es nötig war. So übernahm er 2013 für ein halbes Jahr zusätzlich die Pfarrverwaltung in Frickhofen, Dorndorf, Langendernbach, Thalheim, Wilsenroth und Dorchheim und die kommissarische Leitung des Pastoralen Raumes Blasiusberg. Den Pfarreien in Lahr, Hausen und Ellar stand er seit Dezember 2014 zusätzlich als Pfarrverwalter vor.

Seine wichtigste Aufgabe verstand Pfarrer Kremer darin, die Menschen mit Gott und untereinander in Verbindung zu bringen und das Miteinander der Pfarreien, deren Gläubige ihm im Laufe der Zeit ans Herz gewachsen waren, zu stärken. In pastoralen Prozessen war er Vermittler, Brückenbauer und umsichtiger Schlichter. Sei-

ne Menschenfreundlichkeit war verbunden mit einem hohen Maß an Einfühlungsvermögen, Herzengüte und der Fähigkeit, den Menschen in ihren Sorgen und Nöten ein offenes Ohr zu schenken und sie im Glauben zu stärken. Seine Freude am Gegenüber und sein Humor kamen ihm dabei sehr zugute, ebenso wie seine Qualifikation und Erfahrung im sozialpädagogischen Bereich.

Wir danken Herrn Pfarrer Kremer für sein Wirken in unserem Bistum. Wir empfehlen den Verstorbenen dem Gebet der Mitbrüder und dem Gebet aller, mit denen er aus dem Glauben heraus gelebt und für die er gewirkt hat.

Das Requiem wurde am 19. Dezember 2016 in der katholischen Kirche in Elz gefeiert. Die Beisetzung erfolgte am gleichen Tag im engsten Familienkreis auf dem Gemeindefriedhof in Wallmerod.

Nr. 625 Dienstinrichten

Priester

Mit Termin 5. Oktober 2016 hat der Generalvikar P. Elmar BUSSE ISch zum Präses des Kolping-Bezirks Unterwesterwald ernannt.

Mit Termin 12. Dezember 2016 bis auf Weiteres wurde Pfarrer Frank-Peter BEULER zum Pfarrverwalter der Pfarreien St. Johannes der Täufer in Waldbrunn-Lahr, St. Laurentius und St. Leonhard in Waldbrunn-Hausen und St. Maximinus in Waldbrunn-Ellar ernannt.

Mit Termin 12. Dezember 2016 bis auf Weiteres wurde Domkapitular Gereon REHBURG zum Pfarrverwalter der Pfarreien St. Johannes der Täufer in Elz und St. Servatius in Offheim ernannt.

Mit Termin 1. Januar 2017 hat der Generalvikar P. Alexander ANTHONY ISch zum Kooperator der Pfarrei St. Franziskus Frankfurt ernannt.

Mit Termin 1. Januar 2017 hat der Generalvikar Kaplan P. Prise ANTONY ISch zum Kaplan der neu errichteten Pfarrei St. Peter Montabaur ernannt.

Mit Termin 1. Januar 2017 wird Fr. Joseph Chidi ANUM-NU aus der Diözese Okigwe/Nigeria mit einem Beschäftigungsumfang von 20 % für die Seelsorge an den englischsprachigen afrikanischen Katholiken in Frankfurt angestellt.

Mit Termin 1. Januar 2017 für die Zeit bis zur Einführung als Pfarrer gemäß c. 517 § 1 CIC hat der Gene-

ralvikar Pfarrer Joachim BRAUN mit dem Titel „Pfarrer“ zum Kooperator der neu errichteten Pfarrei St. Marien Frankfurt am Main.

Mit Termin 1. Januar 2017 hat der Generalvikar P. Joby CHAKKALACKAL CMI zum Kooperator im Pastoralen Raum Biedenkopf ernannt.

Mit Termin 1. Januar 2017 hat der Generalvikar P. Gino GEORGE CMI zum Kooperator im Pastoralen Raum Diez ernannt.

Mit Termin 1. Januar 2017 hat der Generalvikar Kaplan Robert-Jan GINTER zum Kaplan der neu errichteten Pfarrei St. Franziskus im Hohen Westerwald (Sitz: Rennerod) ernannt.

Mit Termin 1. Januar 2017 hat der Generalvikar Kaplan Steffen HENRICH zum Kaplan der neu errichteten Pfarrei St. Peter Montabaur ernannt.

Mit Termin 1. Januar 2017 hat der Generalvikar P. Bibimon Vadakkethottiyil JOSEPH ISch als Pastoralpraktikant in der neu errichteten Pfarrei St. Martin Idsteiner Land (Sitz: Idstein) eingesetzt.

Mit Termin 1. Januar 2017 hat der Generalvikar P. Jijo KACHAPPILLIY CMI zum Kooperator in der Pfarrei St. Martin Lahnstein ernannt.

Mit Termin 1. Januar 2017 hat der Generalvikar Pfarrer Lars KRÜGER mit dem Titel „Pfarrer“ zum Kooperator der neu errichteten Pfarrei St. Martin Idsteiner Land (Sitz: Idstein) ernannt.

Mit Termin 1. Januar 2017 hat der Generalvikar P. Joshy Joseph MANALEL CMI zum Kooperator in der neu errichteten Pfarrei St. Franziskus im Hohen Westerwald (Sitz: Rennerod) ernannt.

Mit Termin 1. Januar bis zum 30. April 2017 hat der Generalvikar P. Shajan MANICKATHAN ISch zum Kooperator in der Pfarrei St. Anna Herschbach ernannt.

Mit Termin 1. Januar 2017 hat der Generalvikar P. Devadas PAUL CMF zum Kooperator der neu errichteten Pfarrei St. Marien Frankfurt am Main ernannt.

Mit Termin 1. Januar 2017 hat der Generalvikar Pfarrer Pablo PELÁEZ mit dem Titel „Pfarrer“ zum Kooperator der neu errichteten Pfarrei St. Franziskus im Hohen Westerwald (Sitz: Rennerod) ernannt.

Mit Termin 1. Januar 2017 wird P. Johnson PUTHUVA CST als Kooperator von der Pfarrei St. Anna Herschbach in die Pfarrei Heilig Kreuz Rheingau versetzt. Mit einem Beschäftigungsumfang von 50 % wird er in der Krankenhausseelsorge im St. Josefs-Hospital Rheingau in Rüdesheim und mit einem Beschäftigungsumfang von 30 % in der Pfarrei Heilig Kreuz Rheingau eingesetzt.

Mit Termin 1. Januar 2017 hat der Generalvikar P. Alban RÜTTENAUER SAC zum Kooperator der neu errichteten Pfarrei St. Marien in der Augst (Sitz: Neuhäusel) ernannt.

Mit Termin 1. Januar 2017 hat der Generalvikar Father Hilary UBAH zum Kooperator in der Pfarrei St. Ursula Oberursel/Steinbach ernannt.

Mit Termin 1. Januar 2017 hat der Generalvikar P. Savio VAZ SAC zum Kooperator der neu errichteten Pfarrei St. Pfarrei Marien in der Augst (Sitz: Neuhäusel) ernannt.

Mit Termin 1. Januar 2017 hat der Generalvikar Pfarrer Bernd WESTERMANN zum Kooperator mit dem Titel „Pfarrer“ der neu errichteten Pfarrei St. Peter Montabaur ernannt.

Mit Termin 29. Januar 2017 hat der Bischof Pfarrer Heinz-Walter BARTHENHEIER die neu errichtete Pfarrei St. Peter Montabaur übertragen. Für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis zur Amtseinführung als Pfarrer wird Pfarrer Barthenheier zum Pfarrverwalter ernannt und vom 1. Januar 2017 bis zu Konstituierung des Verwaltungsrates zum Vermögensverwalter der neuen Kirchengemeinde bestellt.

Mit Termin 29. Januar 2017 hat der Bischof Pfarrer Achim SAHL die neu errichtete Pfarrei St. Franziskus im Hohen Westerwald (Sitz: Rennerod) übertragen. Für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis zur Amtseinführung als Pfarrer wird Pfarrer Sahl zum Pfarrverwalter ernannt und vom 1. Januar 2017 bis zu Konstituierung des Verwaltungsrates zum Vermögensverwalter der neuen Kirchengemeinde bestellt.

Mit Termin 4. Februar 2017 hat der Bischof Pfarrer P. Karl KNOTT SAC die neu errichtete Pfarrei St. Marien in der Augst (Sitz: Neuhäusel) übertragen. Für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis zur Amtseinführung als Pfarrer wird Pfarrer P. Knott SAC zum Pfarrverwalter ernannt und vom 1. Januar 2017 bis zu Konstituierung des Verwaltungsrates zum Vermögensverwalter der neuen Kirchengemeinde bestellt.

Mit Termin 5. Februar 2017 hat der Bischof Pfarrer Kirsten Dominic BRAST die neu errichtete Pfarrei St. Martin Idsteiner Land (Sitz: Idstein) übertragen. Für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis zur Amtseinführung als Pfarrer wird Pfarrer Brast zum Pfarrverwalter ernannt und vom 1. Januar 2017 bis zu Konstituierung des Verwaltungsrates zum Vermögensverwalter der neuen Kirchengemeinde bestellt.

Mit Termin 5. Februar 2017 hat der Bischof Pfarrer Holger DANIEL und Pfarrer Joachim BRAUN gemäß c. 517 § 1 CIC in solidum die neu errichtete Pfarrei St. Marien Frankfurt am Main übertragen. Zum Moderator wird Pfarrer Daniel ernannt. Für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis zur Amtseinführung der Pfarrer wird Pfarrer Daniel zum Pfarrverwalter ernannt. Vom 1. Januar 2017 bis zu Konstituierung des Verwaltungsrates wird Pfarrer Daniel zum Vermögensverwalter der neuen Kirchengemeinde bestellt.

Mit Termin 1. Mai bis 15. August 2017 hat der Generalvikar P. Babu KALATHINGAL ISch zum Kooperator in der Pfarrei St. Anna Herschbach ernannt.

Mit Termin 15. August bis 15. September 2017 hat der Generalvikar P. Joy MADATHUMPEDY ISch zum Kooperator in der Pfarrei St. Anna Herschbach ernannt.

Diakone

Mit Termin 1. Januar 2017 wird João Pinto de ALMEIDA FERREIRA aus der Diözese Viseu als Ständiger Diakon mit Zivilberuf in der Pfarrei St. Jakobus Frankfurt eingesetzt.

Mit Termin 1. Januar 2017 bis 30. April 2017 hat der Generalvikar Diakon im Hauptberuf Georg KERKSIECK in der neu errichteten Pfarrei St. Martin Idsteiner Land (Sitz: Idstein) eingesetzt.

Hauptamtliche Pastorale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mit Termin 1. Januar 2017 wird Pastoralreferent Jody ANTONY aus dem Referat Ministrant(inn)enarbeit in die Jugendkirche crossover in Limburg als Leiter versetzt.

Mit Termin 1. August 2017 wird Gemeindereferentin Beate BENDEL aus der Pfarrei St. Franziskus Kelkheim in die Klinikseelsorge am Klinikum Frankfurt-Höchst versetzt.

Mit Termin 1. November 2017 tritt Gemeindereferentin Claudia KESSLER, Wirges, in den Ruhestand.

Mit Termin 1. November 2017 tritt Gemeindereferentin Edeltrud FIEBIG, Niedernhausen-Engenhahn, in den Ruhestand.

Weitere Dienstinrichten

Mit Termin 1. Januar 2017 bis zur Wiederbesetzung hat der Bischof Herrn Stellvertretenden Dezenten i. K. Johannes WEUTHEN die kommissarische Leitung des Dezenates Pastorale Dienste im Bischöflichen Ordinariat Limburg übertragen.

